

Universität  
Basel

# Das Nachhaltigkeitspotenzial von Politik-Instrumenten

Ein mikroperspektivisches Instrumentarium  
zur Wirkungsanalyse von Einflussfaktoren auf  
Akteur-Handlungen in ihrem Kontext

Dissertation

zur Erlangung der Würde einer Doktorin der Philosophie

vorgelegt der Philosophisch-Historischen Fakultät  
der Universität Basel

von

Anita Brunner Grandy

von

Römerswil/Luzern

Olten, 2018

Originaldokument gespeichert auf dem Dokumentenserver der Universität Basel  
[edoc.unibas.ch](http://edoc.unibas.ch)

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel, auf Antrag von Prof. Dr. Paul Burger, Universität Basel, und Prof. Dr. Michael Pregernig, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Basel, den 16. Januar 2017

Der Dekan

Prof. Dr. Thomas Grob

# Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	IV
Tabellenverzeichnis	IV
Abkürzungen	VI
Bemerkungen zum Gebrauch der Geschlechter im Text	VI
Danksagung	VII
1 Einleitung	1
1.1 Forschungsproblem und Forschungsfragen	2
1.2 Theoretischer Hintergrund und methodisches Vorgehen	5
2 Governance und Nachhaltigkeit	7
2.1 Governance-Begriff	7
2.2 Governance einer nachhaltigen Entwicklung	9
2.3 Unsicherheiten betreffend partizipative/partnerschaftliche Governance- Formen	13
2.4 Beurteilung von Governance-Formen	15
2.4.1 Direkte versus indirekte Erfolgsmessung	15
2.4.2 Bestehende policy-Bewertungsansätze und deren Limits	16
3 Substanzielle Ziele einer nachhaltigen Entwicklung	25
3.1 Verschiedenartigkeit verwendeter substanzieller Nachhaltigkeitsziele	25
3.2 Anforderungen an Nachhaltigkeitsziele als Bewertungsgrundlage nachhaltigkeitsförderlicher Politik-Instrumente	29
3.3 Das integrative Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung von HGF	30
3.3.1 Überblick über das Leitbild	30
3.3.2 Die substanziellen Nachhaltigkeitsregeln von HGF	31
3.4 Zielsystem einer nachhaltigen Entwicklung in Anlehnung an HGF	36
3.4.1 Aufbau des Zielsystems	37
3.4.2 Generelle Ziele und Mindestanforderungen	38
3.4.3 Gewährleistung Grundversorgung und Gesundheitsschutz	39
3.4.4 Gewährleistung elementarer gesellschaftlicher Rechte	40
3.4.5 Bewahrung notwendiger Kapitalien	43
3.4.6 Bewahrung gesellschaftsrelevanter Werte	47
3.4.7 Qualität des Zielsystems	48
4 Handlungsmodell zur Potenzialanalyse von politischen Instrumenten	50
4.1 Anforderungen an den Handlungsansatz als Bewertungsgrundlage nachhaltigkeitsförderlicher Politik-Instrumente	50

4.2	Eignung unterschiedlicher Handlungstheorien als Bewertungsgrundlage	51
4.3	Der akteurzentrierte Institutionalismus von Scharpf	55
4.3.1	Spieltheoretische Konzeptualisierung von Interaktionen	56
4.3.2	Der institutionelle Kontext	57
4.3.3	Akteure und ihre Handlungsorientierungen und Handlungsressourcen	57
4.3.4	Akteurkonstellationen	59
4.3.5	Interaktionsformen	60
4.4	Allgemeines Handlungsmodell in Anlehnung an Scharpf	62
4.4.1	Übersicht über das allgemeine Handlungsmodell	63
4.4.2	Entscheidungsprozess	64
4.4.3	Handlungsergebnis	67
4.4.4	Übersicht über die Einflussgrößen	67
4.4.5	Handlungsressourcen	68
4.4.6	Wahrnehmung	76
4.4.7	Präferenzen	82
4.4.8	Resümee	86
4.5	Implikationen des allgemeinen Handlungsmodells für die policy-Bewertung	86
4.5.1	Einflussnahme auf Akteur-Handlungen mittels politischer Instrumente	86
4.5.2	Erfolgsbedingungen zur Ergebniserzielung	87
4.5.3	Generelle Einflussmöglichkeiten	95
4.5.4	Ansätze der Einflussnahme	98
5	Nachhaltigkeitspotenzial politischer Instrumente	107
5.1	Abbildung der Nachhaltigkeitsziele im allgemeinen Handlungsmodell	107
5.2	Nachhaltigkeitsimplikationen von Zielbeiträgen	109
5.2.1	Begriffsdefinition Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag	110
5.2.2	Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeiträgen je Nachhaltigkeitsziel	110
5.3	Beurteilung des Nachhaltigkeitspotenzials von policy-Instrumenten	116
5.3.1	Definition von Nachhaltigkeitspotenzial	117
5.3.2	Vorgehen bei der Potenzialbestimmung	118
6	Anwendung des Instrumentariums zur Beurteilung des Nachhaltigkeitspotenzials	130
6.1	Fallstudien	130
6.1.1	Zweck und Auswahl der Fallstudien	130
6.1.2	Fallbeschreibungen	131
6.1.3	Methodik	133
6.2	Fallanalyse Zeitbörse Benevol St. Gallen	138



6.2.1	Identifikation der einflussrelevanten Elemente	138
6.2.2	Zuordnung zu Ansätzen der Einflussnahme	142
6.2.3	Auswertung der Erfolgsbedingungen und Aussagen zum Nachhaltigkeitspotenzial	152
6.2.4	Fazit	163
6.3	Fallanalyse Steuererleichterungen für Freiwilligenarbeit	165
6.3.1	Identifikation der einflussrelevanten Elemente	165
6.3.2	Zuordnung zu Ansätzen der Einflussnahme	167
6.3.3	Auswertung der Erfolgsbedingungen und Aussagen zum Nachhaltigkeitspotenzial	174
6.3.4	Fazit	187
7	Diskussion	190
7.1	Erfahrungen mit der Anwendung des Instrumentariums	190
7.2	Würdigung des Instrumentariums im Vergleich	193
7.2.1	Zieldimension	194
7.2.2	Beachtung von Umsetzungsaspekten	195
7.2.3	Anwendungsbereich	197
7.3	Konklusion und Ausblick	198
7.3.1	Anwendungen in Wissenschaft und Praxis	198
7.3.2	Entwicklungs- und Adaptionmöglichkeiten	199
7.3.3	Mikroperspektive als Chance	201
	Literaturverzeichnis	203
	Literaturverzeichnis Fallstudien	213
	Anhang 1: Übersicht Analyseinstrumentarium	219
	Anhang 2: Einflussgrößen von Erfolgsbedingungen	224

## Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Zielsystem einer nachhaltigen Entwicklung in Anlehnung an HGF
- Abbildung 2: Erweitertes Zielsystem einer nachhaltigen Entwicklung in Anlehnung an HGF
- Abbildung 3: Geltungsbereich des Ansatzes des akteurzentrierten Institutionalismus (Scharpf 2006: 85)
- Abbildung 4: Handlungssituation aus der Akteur-Perspektive im allgemeinen Handlungsmodell
- Abbildung 5: Handlungsressourcen als Einflussgrösse auf den Entscheidungsprozess
- Abbildung 6: Wahrnehmung als Einflussgrösse auf den Entscheidungsprozess
- Abbildung 7: Präferenzen als Einflussgrösse auf den Entscheidungsprozess
- Abbildung 8: Politische Einflussnahme auf Handlungsentscheidungen im allgemeinen Handlungsmodell
- Abbildung 9: Einflussnahme auf die erste Erfolgsbedingung
- Abbildung 10: Einflussnahme auf die zweite Erfolgsbedingung
- Abbildung 11: Einflussnahme auf die dritte Erfolgsbedingung
- Abbildung 12: Handeln mit Nachhaltigkeitsimplikationen im allgemeinen Handlungsmodell
- Abbildung 13: Politische Einflussnahme auf Handlungsentscheidungen mit Nachhaltigkeitsimplikationen
- Abbildung 14: Identifikation einflussrelevanter Elemente politischer Instrumente/Settings
- Abbildung 15: Erhebung des Wirkungszusammenhangs mit Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeitrag
- Abbildung 16: Bestimmung der Erfolgsbedingungen

## Tabellenverzeichnis

- Tabelle 1: Die substanziellen Regeln einer nachhaltigen Entwicklung von Kopfmüller et al. (2001: 172)
- Tabelle 2: Analyseschritte zur Einschätzung des Nachhaltigkeitspotenzials
- Tabelle 3: Einflussrelevante Elemente Zeitbörse
- Tabelle 4: Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag im Bereich Grundversorgung mit Bezug zur Zeitbörse
- Tabelle 5: Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag im Bereich elementare gesellschaftliche Rechte mit Bezug zur Zeitbörse
- Tabelle 6: Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag im Bereich Kapitalienbewahrung mit Bezug zur Zeitbörse
- Tabelle 7: Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag im Bereich Wertebewahrung mit Bezug zur Zeitbörse
- Tabelle 8: Zuordnung von Ansätzen der Einflussnahme zu einflussrelevanten Elementen Zeitbörse

Tabelle 9:	Einflussgrößen erste Erfolgsbedingung Zeitbörse
Tabelle 10:	Einflussgrößen zweite Erfolgsbedingung Zeitbörse
Tabelle 11:	Einflussgrößen dritte Erfolgsbedingung Zeitbörse
Tabelle 12:	Einflussrelevante Elemente Steuererleichterung Freiwilligenarbeit
Tabelle 13:	Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag im Bereich Grundversorgung mit Bezug zu Steuererleichterung Freiwilligenarbeit
Tabelle 14:	Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag im Bereich elementare gesellschaftliche Rechte mit Bezug zu Steuererleichterung Freiwilligenarbeit
Tabelle 15:	Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag im Bereich Kapitalienbewahrung mit Bezug zu Steuererleichterung Freiwilligenarbeit
Tabelle 16:	Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag im Bereich Wertebewahrung mit Bezug zu Steuererleichterung Freiwilligenarbeit
Tabelle 17:	Varianten von Steuererleichterungen Freiwilligenarbeit
Tabelle 18:	Einflussgrößen erste Erfolgsbedingung Steuererleichterung Freiwilligenarbeit
Tabelle 19:	Einflussgrößen zweite Erfolgsbedingung Steuererleichterung Freiwilligenarbeit
Tabelle 20:	Einflussgrößen dritte Erfolgsbedingung Steuererleichterung Freiwilligenarbeit

## Abkürzungen

AdE	Ansatz der Einflussnahme
AdEnE	Ansatz der Einflussnahme auf eine nachhaltige Entwicklung
ARE	Bundesamt für Raumentwicklung
BFS	Bundesamt für Statistik
DBG	Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer
DL	Dienstleistung
ESS	European Social Survey
EVS	European Values Study
HGF	Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren
K	Konformität
NEvDL	Für eine nachhaltige Entwicklung vorteilhafte Dienstleistungen
NGO	Nichtregierungsorganisation
NK	Non-Konformität
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
StHG	Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden
SUK	Schweizerische UNESCO-Kommission
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development
UN-DESA	United Nations, Department of Economic and Social Affairs
WaG	Bundesgesetz über den Wald
WCED	World Commission on Environment and Development
WSSD	World Summit on Sustainable Development

## Bemerkungen zum Gebrauch der Geschlechter im Text

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit werden keine geschlechtsspezifischen Inhalte beleuchtet. Falls möglich werden daher Formulierungen verwendet, die beide Geschlechter beinhalten. Ansonsten wird aus stilistischen Gründen meist auf eine Nennung beider Geschlechter verzichtet. Die in einem solchen Fall verwendete männliche Form umfasst dabei beide Geschlechter. Wo die Anforderungen an den Lesefluss es zulassen, sind hingegen sowohl die männliche wie auch die weibliche Formulierung aufgeführt.

## Danksagung

Prof. Dr. Paul Burger danke ich herzlich, dass er mir die Möglichkeit eröffnet hat, die vorliegende Arbeit im Bereich Sustainability Research an der Universität Basel verfassen zu können. Ich bedanke mich sehr für die wertvolle Unterstützung und wissenschaftliche Zusammenarbeit in den letzten Jahren. Dankbar anerkenne ich seine uneingeschränkte Bereitschaft, mir mit seinem grossen Fachwissen und konstruktiven Ideen stets professionell zur Seite gestanden zu haben. Für die anregenden Gespräche und den wertvollen Austausch möchte ich mich auch bei den übrigen Kolleginnen und Kollegen der Sustainability Research Group bedanken.

Prof. Dr. Michael Pregernig, Leiter der Professur für Sustainability Governance an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, bin ich sehr dankbar, dass er sich im Rahmen der grenzüberschreitenden Kooperation der Universitäten in der Region Oberrhein als Korreferent für die Beurteilung dieser Arbeit zur Verfügung gestellt hat.

Ein herzlicher Dank gilt Urs Hohl, ehemaliger Arbeitskollege und Dozent am Institut für Nachhaltige Entwicklung an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften. Mit viel Interesse am Thema hat er die Arbeit durchgelesen; seine Rückmeldung diente mir als wertvolle Anregung bei der Überarbeitung.

Besonderen Dank richte ich an Dr. Andreas Grandy, der in den letzten Jahren mein Vorhaben stets mitgetragen und durch Korrekturlesen und kritische Rückfragen unterstützt hat. Sein verständnisvoller Rückhalt machte mir stets Mut, die Arbeit weiter voranzutreiben. Ein letzter Dank gilt allen, die mich während der Zeit der Erarbeitung der Dissertation begleitet haben und mit denen ich die Freude über den Abschluss der Arbeit teilen darf.



# 1 Einleitung

Genaues Hinschauen kann sich lohnen. Gerade dann, wenn sich dabei herausstellt, dass Gemeinplätze hinterfragt werden müssen, die bis anhin als Orientierung gedient haben. Die vorliegende Arbeit legt dar, dass genaueres Hinschauen angezeigt ist bei der Beurteilung der Wirkungen von auf nachhaltige Entwicklung ausgerichteten sogenannten Governance-Formen. Governance-Formen repräsentieren Settings gesellschaftlicher Steuerungsmechanismen. Verschiedenste solcher Governance-Formen existieren nebeneinander. In der wissenschaftlichen Debatte um deren Erfolgspotenzial liegt der Fokus auf Ausgestaltungsmerkmalen wie Partizipationsmöglichkeiten Betroffener an der Ausarbeitung von Steuerungsinstrumenten, sogenannte Politik-Instrumente, oder dem in den Instrumenten inhärenten Verhaltensspielraum. Dabei genießen Governance-Formen hohen Zuspruch, die auf partizipativen/partnerschaftlichen Strukturen und Verhaltensfreiraum beruhen. Im Rahmen der Diskussion vernachlässigt wird dagegen die Betrachtung der eigentlichen Implementation der Politik-Instrumente mit ihren Wirkungsmechanismen im Kontext. Diesem Defizit ist verschuldet, dass die Frage offen bleibt, ob auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Governance-Formen den an sie gestellten Erwartungen tatsächlich stets gerecht werden. Dabei liegen Anzeichen vor, dass dies nicht zwingend zutrifft. Dass dem Kontext dabei eine Schlüsselrolle zukommt, ist eine ungeprüfte Vermutung, die dieser Arbeit zugrunde liegt. Als Ergebnis präsentiert sie ein in dieser Form neuartiges Instrumentarium zur Messung des Potenzials von Einflussfaktoren in ihrem je eigenen Kontext ein nachhaltiges Verhalten von Akteuren anzustossen. Untersuchungsgegenstand sind dabei die in den Governance-Formen vorliegenden Politik-Instrumente. Das Instrumentarium liefert ein Mittel zur ex ante Beurteilung von politischen Instrumenten bezüglich ihrer wahrscheinlichen Nachhaltigkeitswirkungen und verhilft damit zur Überprüfung der eigentlichen Zielerreichung in verschiedenen Umfeldern. Es eignet sich ebenso zur ex post Identifikation von Wirkungszusammenhängen eines bereits implementierten politischen Instruments mit vorliegenden Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbezug und ermöglicht damit die nachträgliche Zuschreibung der Erfolgswirksamkeit. Durch die Berücksichtigung des gesamten Umfeldes der Akteure eignet sich das Instrumentarium schliesslich zur Eruierung von vorteilhaften und nachteiligen Kontextfaktoren für das Nachhaltigkeitspotenzial verschiedener Arten von politischen Instrumenten.

Im folgenden Kapitel 1.1 wird die Diskussion um den Erfolg verschiedener Governance-Formen einer nachhaltigen Entwicklung kurz umrissen und auf die Abwesenheit geeigneter Instrumentarien zur Beurteilung derer Wirksamkeit als Forschungsproblem hingewiesen.<sup>1</sup> Vor diesem Hintergrund werden die Forschungsfragen formuliert. Im Kapitel 1.2 wird dann auf die verwendeten Literaturstränge hingewiesen sowie die Struktur der Arbeit vorgestellt.

---

<sup>1</sup> Für eine ausführliche Diskussion dieser Thematiken siehe Kapitel 2.

## 1.1 Forschungsproblem und Forschungsfragen

Nachhaltigkeit ist in aller Munde und geniesst als allgemeiner Grundsatz grossen Zuspruch. Allerdings lässt sich eine gewisse Ratlosigkeit und zuweilen auch Beliebigkeit beobachten, wenn es um die konkrete Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung geht. Der Umsetzungsfrage einer nachhaltigen Entwicklung hat sich die Forschung zur Governance (Steuerung) einer nachhaltigen Entwicklung angenommen. Obwohl die entsprechende Literatur sehr heterogen ausgestaltet ist, ist den einzelnen Beiträgen gemeinsam, dass der Fokus zumeist auf partizipativen/partnerschaftlichen Governance-Formen liegt. Diese Governance-Formen zeichnen sich dadurch aus, dass sie über eine rein hierarchische, staatlich diktierte Steuerung hinausgehen und in der Regel zumindest in bestimmten Teilen auf partizipativer Mitwirkung bzw. partnerschaftlicher Zusammenarbeit beruhen. Von derartigen Governance-Strukturen erhofft man sich Fortschritte im Prozess hin zur Nachhaltigkeit. Zuweilen werden Partizipationsmöglichkeiten an Entscheidungsfindungsprozessen als normativen Bestandteil der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung gewertet.<sup>2</sup> Zumeist werden aber instrumentelle Argumente zur Begründung der Bevorzugung partizipativer bzw. partnerschaftlicher Steuerung einer nachhaltigen Entwicklung vorgebracht. Nachhaltigkeitsprobleme werden als äusserst komplex und mit Unsicherheiten behaftet dargestellt, mit der Folge, dass ein einzelner Akteur (z.B. der Staat) mit der Lösungsfindung und -umsetzung überfordert ist.<sup>3</sup> Durch die Steuerung mittels mehrerer Akteure sollen fehlende Ressourcen kompensiert werden. Ebenfalls findet sich in der Literatur die Argumentation, dass gesellschaftliche Entwicklungen vom Verhalten einer Vielzahl von Akteuren mit je eigenen Verantwortlichkeiten abhängen (Stichwort *distributed power*). In einem solchen Umfeld wird nachhaltige Entwicklung nur dann als realisierbar erachtet, wenn die einzelnen Akteure sich auf eine gemeinsame Strategie einigen können.<sup>4</sup> Schliesslich wird Partizipation ebenso als Mittel gesehen, um sicherzustellen, dass legitime Interessen im politischen Prozess angemessen berücksichtigt werden.<sup>5</sup>

An partizipativen/partnerschaftlichen Ansätzen wird jedoch auch Kritik geübt. Zweifel werden geäussert, ob partizipative Steuerungsformen tatsächlich in allen Fällen geeignet sind zur Erzielung einer nachhaltigen Entwicklung. Vorhandene Machtungleichheiten verbunden mit der Gefahr opportunistischen Verhaltens innerhalb partizipativer/partnerschaftlicher Governance-Gruppierungen sind ein oft geäusselter Vorbehalt.<sup>6</sup> Auch wird auf die fehlende demokratische Legitimation beteiligter Akteure und die fehlende Repräsentation nicht politisierter Akteure und zukünftiger Generationen verwiesen.<sup>7</sup> Schliesslich wird die fehlende Berücksichtigung von

---

<sup>2</sup> Siehe z.B. OECD 2001: 103.

<sup>3</sup> Siehe z.B. van Huijstee et al. 2007: 76; Hematti 2002: 32; Ostrom 1990: 10; Elsig & Amalric 2007: 4; Enquete-Kommission 2013: 444; ebenso Beiträge im Rahmen von *reflexive governance* wie z.B. Voss & Kemp 2005; Voss et al. 2006 sowie von *transition management* wie z.B. Loorbach 2007; Loorbach 2010.

<sup>4</sup> Siehe z.B. Voss & Kemp 2006; Kemp et al. 2008; Meadowcroft 2008; Voss et al. 2008; van Huijstee et al. 2007: 76; Elsig & Amalric 2007.

<sup>5</sup> Siehe z.B. OECD 2001: 120; Kemp et al. 2008: 124; Hyden 2001: 19; Elsig 2007: 4.

<sup>6</sup> Siehe z.B. Walker & Shove 2007: 221; Dedeurwaerdere 2005: 4.

<sup>7</sup> Siehe z.B. Driessen & Glasbergen 2002; Figuerora Küpçü 2005; Shirlow & Murtagh 2004.



Umsetzungsaspekten bemängelt.<sup>8</sup> So wird etwa die Durchsetzungskraft partnerschaftlicher Vereinbarungen angezweifelt. In der Literatur wird den partizipativen/partnerschaftlichen Governance-Formen demnach ein grosses Potenzial, aber auch ein gewisses Risiko im Hinblick auf die Erzielung einer nachhaltigen Entwicklung attestiert. Empirisch sind die tatsächlichen Nachhaltigkeitswirkungen solcher Governance-Formen noch weitgehend ungeklärt.<sup>9</sup> Ob das Potenzial oder die Risiken überwiegen und welche Bedingungen dabei eine Rolle spielen, ist somit bis anhin unbeantwortet. Dementsprechend steht auch der Nachweis noch aus, dass partizipative/partnerschaftliche Governance-Formen traditionellen – hierarchischen – Governance-Strukturen punkto Nachhaltigkeitswirkungen tatsächlich (stets) überlegen sind. Zur Klärung dieser Fragen besteht weiterer Forschungsbedarf.

Die vorliegende Arbeit leistet einen Beitrag zur vergleichenden Beurteilung der Nachhaltigkeitsimplikationen verschiedener Governance-Formen in unterschiedlichen Kontexten. Zur Erbringung eines Nachweises von vorteilhaften oder unvorteilhaften Nachhaltigkeitswirkungen verschiedener politischer Einflussfaktoren ist ein entsprechendes Bewertungsverfahren notwendig. Vorliegende Messverfahren nachhaltiger Entwicklung eignen sich jedoch aus verschiedenen Gründen nur ungenügend für die Erbringung der erwünschten Nachhaltigkeitsnachweise.

Zuweilen basieren die den Messverfahren zugrunde gelegten substanziellen Kriterien, welche den normativen Kerngehalt von Nachhaltigkeit darstellen, auf einem sehr einseitigen<sup>10</sup> oder äusserst offen gehaltenen<sup>11</sup> Nachhaltigkeitsverständnis. Während bei Ersterem wichtige Aspekte, welche allgemein als nachhaltigkeitsrelevant angesehen werden, aussen vor bleiben, entbehrt Letzteres eines präzisen und einheitlichen Richtwerts. Aussagekräftige Nachhaltigkeitsbeurteilungen von Governance-Formen sollten dagegen auf der Grundlage von anerkannten Nachhaltigkeitsgrundsätzen mit Leitfunktion beruhen.<sup>12</sup>

Die häufig anzutreffenden Nachhaltigkeitsprüfungen mittels Indikatorensets, welche die substanziellen Zielgrössen einer nachhaltigen Entwicklung abbilden, lassen oftmals keine eindeutige Zuordnung zu bestimmten Massnahmen zu.<sup>13</sup> Ex post Rückschlüsse von vorliegenden Ergebnissen auf ursächliche Faktoren können mit grossen Unsicherheiten behaftet sein. Entsprechende ad-hoc Beurteilungen laufen Gefahr, dass Ursache-Wirkungsbeziehungen nicht richtig interpretiert werden. Um solche Rückschlüsse ziehen zu können, ist ein (theoretisch und empirisch) fundiertes Verständnis von Wirkungszusammenhängen notwendig. Eine entsprechende Fundierung ist ebenso geboten für Beurteilungskriterien, welche ex ante Bewertungen von Governance-Formen zulassen und Eigenschaften dieser Formen in Bezug setzen zu deren Erfolgsaus-

---

<sup>8</sup> Siehe z.B. Bressers 2004; Newig 2011; Musu 2008.

<sup>9</sup> Siehe z.B. Lange 2016; van Huijstee et al. 2007; Heinrichs et al. 2011.

<sup>10</sup> So werden zuweilen einzig ökologische Aspekte von Nachhaltigkeit betrachtet (siehe z.B. Ostrom 1990).

<sup>11</sup> So wird zuweilen Nachhaltigkeit nicht als inhaltlich vorgefasster Begriff verstanden, sondern als nachhaltig wird aufgefasst, was im Politikfindungsprozess als nachhaltig definiert wird (siehe z.B. Bressers 2004).

<sup>12</sup> Siehe folgendes Kapitel 3.2 für die Diskussion unterschiedlicher Nachhaltigkeitsverständnisse.

<sup>13</sup> Vgl. z.B. das Nachhaltigkeit-Indikatorenset der Schweizerischen Eidgenossenschaft (2016) (MONET-Indikatoren) oder der Deutschen Bundesregierung (2016).

sichten.<sup>14</sup> Mitunter beziehen sich Bewertungsverfahren einzig auf einen spezifizierten Kontext, womit diese nicht generalisierbar sind.<sup>15</sup> Manchen Verfahren fehlt zudem ein ausreichender Nachweis der empirischen Anwendbarkeit.<sup>16</sup>

Die genannten Defizite werden im Rahmen der vorliegenden Arbeit angegangen. Erklärtes Ziel dieser Arbeit ist die Schaffung von Grundlagen zur Identifizierung der Nachhaltigkeitsimplikationen verschiedenartiger Governance-Formen in unterschiedlichen Kontexten, wobei sich die Analyse auf die *policy*-Ebene konzentriert, also auf die auf politische Inhalte ausgerichteten handlungsleitenden Instrumente einer Governance-Form. Im Rahmen dieser Analyse werden die *policy*-Instrumente von Governance-Formen auf ihr Nachhaltigkeitspotenzial geprüft. Ein positives Nachhaltigkeitspotenzial wird jenen *policy*-Instrumenten attestiert, welche ein Verhalten begünstigen, das vorteilhafte Beiträge leistet zur Erzielung von Nachhaltigkeit. Eine Bewertung der *policy*-Instrumente soll dabei für jegliche Governance-Formen und Kontexte möglich sein. Folgende Forschungsfrage steht daher im Zentrum:

F1: Was ist ein mögliches geeignetes Verfahren, um das Nachhaltigkeitspotenzial von *policy*-Instrumenten in unterschiedlichen Kontexten zu messen?

Zur Beantwortung dieser Fragestellung muss die Schnittstelle von *policy*-Instrumenten mit Einflussgrößen auf Handlungen von Akteuren und den entsprechenden Handlungsergebnissen unter dem Gesichtspunkt von Nachhaltigkeitszielen näher untersucht werden. Dies erfordert einerseits die Klärung, welche Nachhaltigkeitsziele der Nachhaltigkeitsbeurteilung von *policy*-Instrumenten zugrunde gelegt werden. Damit wird die normative Grundlage bestimmt. Andererseits ist festzulegen, worauf die unterstellten Ursache-Wirkungs-Annahmen von Voraussetzungen mit Ergebnissen basieren. Zur Diskussion stehen verschiedene Handlungsansätze, die die Zusammenhänge zwischen handlungsleitenden Einflussgrößen und dem beobachteten Verhalten beschreiben. Somit stellen sich folgende weitere Teilfragen zur formulierten Forschungsfrage:

F1.1: Was für Nachhaltigkeitsziele sollen der Bewertung von *policy*-Instrumenten zugrunde gelegt werden?

F1.2: Was für ein Handlungsansatz soll der Bewertung von *policy*-Instrumenten zugrunde gelegt werden?

Die erste Teilfrage bezieht sich auf die Frage des Nachhaltigkeitsverständnisses, das einer Bewertung von *policy*-Instrumenten zugrunde gelegt werden soll. Mit der Beantwortung dieser Frage wird festgelegt, wann Konsequenzen, die sich aufgrund eines *policy*-Instrumentes ergeben, als gut oder schlecht zu werten sind. Die zweite Teilfrage betrifft die Frage nach den Wirkungszusammenhängen zwischen *policy*-Instrumenten und den dadurch erwirkten Konsequenzen. Mit der Beantwortung dieser Frage werden die Annahmen festgelegt, die beschreiben, auf welche Art und Weise bestimmte Voraussetzungen die Verhaltensweisen von Akteuren beeinflussen.

<sup>14</sup> Vgl. vorangehende Kritik an partizipativen/partnerschaftlichen Governance-Formen.

<sup>15</sup> Siehe z.B. Stephan & Ahlheim 1996 (Geltungsbereich für umweltpolitische Instrumente); Ostrom 1990 (lokaler Geltungsbereich); Minsch et al. 1998 (Geltungsbereich staatliche Steuerung).

<sup>16</sup> Siehe z.B. Kopfmüller et al. 2001; Minsch et al. 1998; Stephan & Ahlheim 1996.

Damit können allfällige Wirkungsbeziehungen zwischen *policy*-Instrumenten mit Handlungsergebnissen explizit sichtbar gemacht werden. Die Antworten auf diese Teilfragen bilden die Grundlage zur Beantwortung der Hauptfrage. Das Bewertungsverfahren von *policy*-Instrumenten sollte auf einem als geeignet ermittelten Handlungsansatz basieren und auf die festgelegten Nachhaltigkeitsziele ausgerichtet sein.

Zusammengefasst beabsichtigt die vorliegende Arbeit die Ergründung der Zusammenhänge zwischen Governance-Formen bzw. den *policy*-Instrumenten dieser Formen, dem Kontext und Handlungsentscheidungen im Hinblick auf die Zielsetzung einer nachhaltigen Entwicklung; dies vor dem Hintergrund der umstrittenen Nachhaltigkeitswirkungen von partizipativen/partnerschaftlichen Governance-Formen. Dabei nehme ich Abstand von der häufigen Annahme, dass partizipative/partnerschaftliche Governance-Formen generell bessere Resultate zeitigen bei der Zielerreichung. Vielmehr liegt der Arbeit die Vermutung zugrunde, dass entsprechende Governance-Formen traditionellen Formen nicht per se überlegen oder unterlegen sind, sondern je nach Kontext die eine oder die andere Form erfolgreiche Resultate bewirken kann. Im Rahmen dieser Arbeit wird ein Ansatz zur Beurteilung des Nachhaltigkeitspotenzials von *policy*-Instrumenten entwickelt, der ein fundiertes Instrumentarium darstellt, um die mutmasslichen Nachhaltigkeitswirkungen unterschiedlichster *policy*-Instrumente in verschiedenen Kontexten beurteilen und einander gegenüberstellen zu können. Damit leistet diese Arbeit einen Beitrag, um die vermutete Kontextsensitivität von Governance-Formen überprüfen zu können.

## 1.2 Theoretischer Hintergrund und methodisches Vorgehen

Die Beantwortung der Forschungsfragen stützt sich auf verschiedene Literaturstränge. Beigezogen wird zum einen Literatur aus der Nachhaltigkeitsforschung (normative Fundierung sowie Nachhaltigkeits-Governance). Die entsprechende Literatur dient zum Aufzeigen der Forschungslücke (Herleitung/Begründung der Forschungsfrage F1) sowie zur anschliessenden Definition von normativen Nachhaltigkeitszielen, die dieser Arbeit zugrunde gelegt werden (Beantwortung erste Teilfrage F1.1). Zum anderen stützt sich die Arbeit auf Literatur zu Handlungstheorien inklusive Beiträge der spieltheoretischen Forschung sowie der Verhaltensökonomie. Anhand dieser Literatur erfolgt die Diskussion der zweiten Teilfrage (F1.2). Das Vorgehen besteht jeweils darin, die relevanten Beiträge der entsprechenden Literatur aufzuzeigen, deren zugrunde gelegte Annahmen offenzulegen sowie Anwendungsmöglichkeiten und -Grenzen der Forschungsansätze aufzuzeigen. Für die Beantwortung der beiden Teilfragen werden auf Basis dieser Auslegeordnung geeignete Nachhaltigkeitsziele bzw. ein geeigneter Handlungsansatz ausgewählt. Die Auswahl erfolgt anhand von begründeten Anforderungskriterien, die die Anwendbarkeit der Ziele bzw. des Handlungsansatzes im Rahmen von Bewertungsverfahren von *policy*-Instrumenten sicherstellen sowie die Entsprechung mit weiterführenden Ansprüchen gewährleisten sollen. Auf der Grundlage der gewählten Nachhaltigkeitsziele bzw. des gewählten Handlungsansatzes erfolgt eine Weiterentwicklung, so dass diese für die Anwendung im Bewertungsverfahren handhabbar werden. Dazu werden, wo angezeigt, weitere einschlägige Quellen aus den erwähnten Literatursträngen einbezogen. Die Bearbeitung der Hauptfrage – die Ent-

wicklung eines geeigneten Bewertungsverfahrens – baut schliesslich auf diesen vorhergehenden Teil-Ergebnissen in Form eines weiterentwickelten Nachhaltigkeitszielsystems sowie Handlungsansatzes auf und stellt eine Synthese derselben dar. Das theoretisch hergeleitete Bewertungsverfahren wird ferner im Rahmen von Fallstudien auf seine empirische Anwendbarkeit geprüft.

Die Struktur der Arbeit gliedert sich entlang der Forschungsfragen. Zuerst wird der Forschungsbedarf im Detail aufgezeigt und begründet (Kapitel 2). Anschliessend werden die beiden Teilfragen F1.1 und F1.2 bearbeitet (Kapitel 3 und 4). Auf Basis der Ergebnisse aus diesen Kapiteln widmet sich Kapitel 5 der Beantwortung der Hauptfrage F1. Mit dem 5. Kapitel ist der theoretische Teil der Arbeit abgeschlossen. Resultate des theoretischen Teils sind a) ein Set normativer Nachhaltigkeitsziele, b) ein Handlungsmodell einschliesslich eines darauf basierenden Analyse-rasters für die Evaluation von politischen Instrumenten(-Settings) sowie c) ein Verfahren zur Beurteilung des Nachhaltigkeitspotenzials politischer Instrumente (Instrumenten-Settings) im Kontext. Im Kapitel 6 wird das theoretisch entwickelte Bewertungsverfahren schliesslich auf seine praktische Anwendbarkeit im Rahmen zweier Fallstudien erprobt. Kapitel 7 enthält eine Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der Anwendung des Bewertungsverfahrens und es werden die Chancen und Herausforderungen im Hinblick auf zukünftige Einsätze diskutiert.

## 2 Governance und Nachhaltigkeit

Um der Idee einer nachhaltigen Entwicklung zur Umsetzung zu verhelfen, bedarf es des aktiven Zutuns von Akteuren. Meadowcroft weist auf diesen Aspekt hin, indem er betont, dass nachhaltige Entwicklung kein aus eigenem Antrieb auftretendes Phänomen ist, sondern hierzu gezielte Intervention notwendig ist: „*Sustainable development is not a spontaneous social product: it requires goal-directed intervention by governments and other actors*“ (2008: 110). Mit den Möglichkeiten der Steuerung gesellschaftlicher Prozesse befasst sich die Governance-Literatur. In Kapitel 2.1 wird aufgezeigt, was generell unter dem Begriff Governance verstanden wird und anhand welcher Merkmale unterschiedliche Governance-Formen differenziert werden können. In Kapitel 2.2 wird dargelegt, wodurch sich die Beiträge der Literatur zur Governance einer nachhaltigen Entwicklung speziell auszeichnen. Dabei wird auf die Vorrangstellung partizipativer/partnerschaftlicher Governance-Formen verwiesen. Trotz der breiten Unterstützung dieser Formen finden sich in der Literatur auch kritische Stimmen. Darauf wird im Kapitel 2.3 eingegangen. Dieses Kapitel schliesst mit der Feststellung, dass zur Wirksamkeit entsprechender Governance-Formen für die Erzielung einer nachhaltigen Entwicklung noch Forschungsbedarf besteht. Zur Deckung dieses Forschungsbedarfs ist ein geeignetes Instrumentarium zur Wirksamkeitsbeurteilung notwendig. In Kapitel 2.4 wird das Leistungsvermögen bestehender Beurteilungsansätze diskutiert und es werden verschiedene Defizite identifiziert, die der gewünschten Anwendung zur Bewertung und zum Vergleich von Governance-Formen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitswirkungen entgegenstehen. Vor diesem Hintergrund wird für die Erarbeitung eines geeigneten Messinstrumentariums argumentiert.

### 2.1 Governance-Begriff

Trotz bzw. gerade wegen der umfassenden Literatur zu Governance lässt sich keine allgemeingültige Definition für diesen Begriff aufführen. Generell befasst sich die Governance-Forschung mit der Frage nach Steuerungsmöglichkeiten von Gesellschaften. Van Huijstee et al. umschreiben Governance denn auch als „*overall system of steering mechanisms in society*“ (2007: 75). Welche Steuerung durch wen und unter welchen Umständen als Governance bezeichnet wird, variiert allerdings in der Literatur. Verschiedene Autoren weisen auch darauf hin, dass das Verständnis von Governance im Zeitverlauf eine Bedeutungsverschiebung erfahren hat. Wurde vormals darunter in der Regel hierarchische, staatlich getätigte Steuerung mittels Regulierungen und Sanktionen verstanden, ziehen moderne Governance-Ansätze anderweitige Steuerungsformen mit ein (Lafferty 2004b: 5). Als Konsequenz dieser Bedeutungserweiterung des Governance-Begriffs werden im Rahmen der Governance-Literatur mittlerweile insbesondere Formen mit erhöhtem Mitwirkungs- bzw. Handlungsspielraum bei privaten Akteuren (Wirtschaft und Zivilgesellschaft) betrachtet und nicht mehr nur *top-down*-Steuerungsmechanismen von Regierungen. So hält Rhodes (1996) fest, dass die zeitgenössische Verwendung des Begriffs Governance kooperative, netzwerkartige bzw. partizipative/partnerschaftliche Strukturen betrifft.

Rhodes spricht in diesem Zusammenhang auch von ‚neuen‘ Formen von Governance.<sup>17</sup> Der Begriff neue Governance-Formen wird analog von anderen Autoren verwendet. Mayntz (1998) beschreibt neue Governance-Formen als Kooperation staatlicher und nicht-staatlicher Akteure im Rahmen von Netzwerken. Börzel & Risse sprechen im Zusammenhang mit neuen Formen von Steuerung mittels *positive incentives*, *bargaining* und *non-manipulative persuasion*, die im Gegensatz steht zur traditionellen *top-down*-Steuerung mit *threat of sanction* als Durchsetzungsinstrument (2005: 197).

Das Feld untersuchter Governance-Formen ist entsprechend dem erweiterten Governance-Verständnis immens. So können sich die Formen anhand unterschiedlicher Merkmale unterscheiden. Lange et al. (2013) schlagen als Differenzierungsgrösse die Ausgestaltung von Governance-Formen anhand der drei Governance-Ebenen *policy*, *politics* und *polity* vor. Die *policy*-Ebene beschreibt Instrumente, mit denen das Verhalten individueller Akteure von Wirtschaft und Gesellschaft beeinflusst wird, um in der Summe eine erwünschte Entwicklung hinsichtlich bestimmter Ziele anzustossen. Solche Instrumente können als „Handlungskanalisation“ (Schneider & Kenis 1996: 11) verstanden werden, in Rahmen derer „Anreizstrukturen [...] Handlungen motivieren oder Akteure zur Unterlassung bestimmter Handlungstypen veranlassen“ (ebd.: 11-12). *Policy* repräsentiert die inhaltliche Dimension von Politik und steht für etablierte politische Programme bzw. Instrumente als Resultat politischer Prozesse. Weitere Ebenen der Steuerung von Gesellschaften sind die Akteure mit ihren Ressourcen und Interessen, die (oft strategisch taktierend) über die *policy*-Instrumente entscheiden, sowie das System, innerhalb dessen sich diese Akteure bewegen und das ihnen diesbezüglich bestimmte institutionelle Befugnisse zuteilt. Erstere Ebene wird als *politics* bezeichnet, Letztere als *polity*.

Entlang der drei Governance-Ebenen lassen sich Governance-Formen somit unterscheiden anhand der beteiligten Akteure, deren Mitwirkungsrechte sowie den implementierten Steuerungsinstrumenten/-Massnahmen. Eine häufig gemachte Unterscheidung bei den beteiligten Akteuren sind staatliche von nicht-staatlichen Akteuren. Ein Ausschluss nicht-staatlicher Akteure entspricht dem traditionellen Governance-Verständnis. Im Rahmen neuer Governance-Formen findet sich eine Beteiligung nicht-staatlicher neben staatlichen Akteuren ebenso wie der völlige Ausschluss staatlicher Akteure.<sup>18</sup> Mitwirkungsmöglichkeiten von Akteuren können hierarchische Bestimmungsrechte vs. keine Mitwirkungsrechte ebenso umfassen wie Mitwirkungsmöglichkeiten in Form von Konsultationen/Anhörungen, Beteiligung an der Ausarbeitung von möglichen Massnahmen, Mitbestimmungsrechten, Vetorechten, etc. Die hierarchische Ausarbeitung, Entscheidung, Vollstreckung etc. entspricht der traditionellen Governance-Vorstellung. Die Ausübung entsprechender Governance-Aktivitäten im Rahmen von netzwerkartigen, partnerschaftlichen Strukturen betrifft dagegen die neuen Governance-Formen. Schliesslich können verschiedene Governance-Formen unterschiedlichste Steuerungsinstrumente bzw. -Massnah-

<sup>17</sup> Der Begriff ‚neu‘ suggeriert, dass entsprechende Formen erst in der Moderne entstanden sind. Tatsächlich muss aber hervorgehoben werden, dass Partizipation auch historisch bedeutsam ist. So weisen Heinrichs et al. darauf hin, dass „Partizipation [...] untrennbar verknüpft [ist] mit der Geschichte der Demokratie [...]“ (2011: 11).

<sup>18</sup> Allerdings kann der Staat auch indirekt präsent sein und Einfluss ausüben im Sinne von „*governing at arm's length*“ (gewisse Aktivitäten werden gezielt erleichtert oder erschwert oder Akteure handeln „*in the shadow of hierarchy*“) oder durch das Einnehmen einer Meta-Governance-Rolle (Steurer 2013) (vgl. auch Bäckstrand et al. 2010).

men aufweisen. Als ‚klassische‘ *policy*-Instrumente zählen dabei Regulierungen und Sanktionen, während moderne *policy*-Instrumente beispielsweise marktwirtschaftliche Instrumente wie Freiwilligenvereinbarungen, Zertifikatesysteme oder finanzielle Anreize sind. Die drei Ebenen *politics*, *polity* und *policy* sind je nach Governance-Form unterschiedlich ausgestaltet. Neue und traditionelle Elemente können dabei sehr wohl nebeneinander stehen. Beim Beispiel der steuerlichen Anreize steht ein modernes Instrument (*policy*-Ebene) – das den zu steuernden Akteuren im Gegensatz zu rigiden Vorschriften weiterhin Entscheidungsfreiheit zugesteht – einer (traditionell-)hierarchischen Beschlussfassung und Implementation durch den Staat (*politics*- und *polity*-Ebene) gegenüber.

## 2.2 Governance einer nachhaltigen Entwicklung

Innerhalb der Governance-Literatur hat sich ein Teilbereich etabliert, der sich explizit mit Governance im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit befasst. Oft tritt die entsprechende Forschung unter dem Label *Governance for Sustainable Development* oder *Sustainability Governance* auf. Die unter dem Nachhaltigkeits-Governance-Label publizierte Literatur ist dabei äusserst heterogen. Verschiedene Forschungsansätze mit je eigenem Erkenntnisinteresse stehen nebeneinander. Bereits die Einbettung von Nachhaltigkeit in den Forschungsgegenstand weist eine grosse Vielfalt auf. Ebenso divers sind die untersuchten Governance-Designs. Allerdings zeigt sich ein Forschungsschwerpunkt auf partizipativen/partnerschaftlichen Governance-Formen.

Manche Studien stellen den Nachhaltigkeitsbezug her, indem sie Governance hinsichtlich spezifizierter Nachhaltigkeitszielsetzungen (die auch Umsetzungsziele sein können) zum Forschungsgegenstand haben. Die entsprechenden Ziele können eine politische Vorgabe wiedergeben oder anhand einer theoretischen Nachhaltigkeitsdefinition hergeleitet worden sein. Dabei können sowohl ein einzelnes Ziel als auch mehrere Ziele Bestandteil der Zielvorgabe sein. Beispiele für eindimensionale Nachhaltigkeitszielvorgaben sind die Nutzung erneuerbarer Ressourcen, die nicht über die Regenerationsrate hinausgeht (z.B. Ostrom 2009), die Sicherstellung einer guten Gesundheit (z.B. von Schirnding 2005), die Sicherstellung des Lebensunterhalts (z.B. Hyden 2001), die Förderung der Öko-Effizienz von Produkten (z.B. Ruud 2004) oder die Implementierung geschlossener Kreisläufe bei Abwassersystemen (z.B. van Vliet 2006). Eindimensionale Zielvorgaben können, müssen aber nicht zwingend mit einer sektorspezifischen Perspektive einhergehen. Lafferty (2004a), der in seinem Artikel den Fokus auf die Zielsetzung der Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch richtet, weist etwa darauf hin, dass die Integration der Zielsetzung in unterschiedliche Politikfelder als ein Erfolgsfaktor angesehen wird. Eindimensionale Ziele implizieren eine thematische Ausrichtung der Forschungsbeiträge. Umgekehrt schliesst eine thematische Ausrichtung einer Studie mehrdimensionale Zielbetrachtungen nicht aus. Oberlack et al. (2015) erforschten Nachhaltigkeitsaspekte der Waldbewirtschaftung in Indien. Untersuchungsgrössen waren dabei sowohl der Ressourcenerhalt als auch Armutsaspekte. Autoren, welche ihrer Arbeit multiple Zielvorgaben unterstellen, betonen meist die Notwendigkeit, wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Anliegen gemeinsam in Betracht zu ziehen (z.B. Rydin 2010). Zuweilen betonen Autoren, dass Nachhaltigkeit die Umset-

zung verschiedener Ziele beinhaltet, ihr Forschungsbeitrag sich jedoch auf eine einzelne Zielgrösse beschränkt (z.B. Lafferty 2004a).

Demgegenüber finden sich in der Nachhaltigkeits-Governance Literatur auch Beiträge, die den Prozess der Zielfindung bzw. Zielkonkretisierung mit zum Gegenstand haben. Forschungsgegenstand können gesellschaftliche/politische Prozesse sein, die mit der Absicht der Deutungsklä rung der Inhalte einer nachhaltigen Entwicklung als Ausgangslage für weiterführende Umsetzungs massnahmen erfolgen (z.B. Goldstein 2008). Andere Autoren untersuchen unter Nachhaltigkeits-Governance Prozesse der Aushandlung unterschiedlicher Zielvorstellungen bzw. individueller Interessen und der Erarbeitung von Umsetzungs massnahmen unter Orientierung an einer allgemeinen Leitidee oder unkonkreten Vision. Als Leitgedanke dient beispielsweise das Brundtland-Verständnis nachhaltiger Entwicklung bzw. die Vorstellung eines Interessensausgleichs oder einer Balance ökonomischer, ökologischer und sozialer Belange mit dem Ziel der Generierung von *win-win*-Strategien oder *mutual benefits* (z.B. Hemmati 2002; Munda 2008). Meadowcroft spricht von Nachhaltigkeit als normativen Standard „*which requires the balancing of environment, economic activity and social equity [...]*“ (1997: 37). Wobei dieser Standard im Rahmen eines gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses präzisiert wird: „*[...] each generation must take up the challenge anew, determining in what directions their development objectives lie, what constitutes the boundaries of the environmentally possible and the environmentally desirable, and what is their understanding of the requirements of social justice*“ (ebd.: 37). Voss & Kemp formulieren „*long-term viability of socio-ecological systems*“ als Nachhaltigkeits-Leitidee von Governance (2006: 14). Zuweilen verfolgen Autoren in ihren Forschungsbeiträgen zu Nachhaltigkeits-Governance auch Ansätze, die nachhaltige Entwicklung einzig als Prozess der Lösungsfindung zu anstehenden, komplexen gesellschaftlichen Probleme betrachten ohne Referenz auf einen Leitgedanken. So spricht beispielsweise Loorbach von nachhaltiger Entwicklung als „*[...] a common notion referring to those persistent problems in (Western industrialized) societies that can only be dealt with on the very long term (decades or more) through specific types of network and decision-making processes*“ (2010: 161). Als Beispiel eines entsprechenden Ansatzes können Lange & Garrelts (2008) aufgeführt werden, die in Fallstudien den Umgang mit Überschwemmungsrisiken im Kontext der Klimaerwärmung untersuchten.

Bei Forschungsansätzen mit Fokus auf die Zielfindung bilden *polity*- und/oder *politics*-Aspekte die hauptsächliche Untersuchungsebene. Zugrundeliegende Annahme ist hierbei, dass eine geeignete Ausgestaltung von *polity*- und *politics*-Merkmale erfolgsversprechende Aushandlungen bzw. Lösungsfindungen begünstigen kann. Dagegen sind bei Ansätzen, bei denen die Zielvorgabe von Governance definiert ist, ebenso *policy*-Elemente ein häufiger Forschungsgegenstand (z.B. Vermeulen 2002; Bressers 2004; Grundwald 2008). Entsprechend werden auch Einflüsse bestimmter *policy*-Instrumente auf anvisierte Nachhaltigkeitsziele thematisiert.

Wirkungszusammenhänge von Governance-Elementen mit Zielgrössen werden teilweise empirisch belegt oder untersucht (z.B. Newig & Fritsch 2009; Bäckstrand 2010; Newig et al. 2012,). Es finden sich aber ebenso argumentative Begründungen für unterstellte Wirkungszusammenhänge ohne empirische Nachweise (z.B. Rieckmann & Stoltenberg 2011). Zudem können ganze Argumentationsketten vorliegen mit sowohl empirischen als auch argumentativen Elementen.



Garmendia & Stagl (2010) untersuchten z.B. anhand von Fallstudien die Wirkung partizipativer Prozesse auf *social learning*, das sie wiederum anhand theoretischer Ausführungen als Voraussetzung für geeignete Antworten auf die „Bedrohungen für das sozio-ökologische System“ (2010: 1712) betrachteten. Teilweise sind entsprechende Annahmen aber auch nur implizit enthalten, ohne dass explizite Argumente dafür aufgeführt sind.

Die Nachhaltigkeits-Governance-Literatur widmet sich einer Vielzahl unterschiedlicher Governance-Designs. Untersucht werden z.B. Governance-Aktivitäten, die explizit auf bestimmte Levels ausgerichtet sind: international (z.B. Ivanova 2005; Arts 2003; Leibenath et al. 2008), EU (z.B. Bomberg 2004), national (z.B. OECD 2002), regional (z.B. Nischwitz 2007), lokal (z.B. Rydin 2010). Weiter können verschiedene öffentlich-private Formen Untersuchungsgegenstand sein, bei denen Regierungen eine mehr oder weniger tragende Rolle zukommt. Die Designs reichen dabei von reinen Befragungen über unterschiedlichste Arten von Partizipation bzw. Partnerschaft<sup>19</sup> an Ideenfindung, Planung,<sup>20</sup> Ausarbeitung und Implementation von *policy-Instrumenten* (vgl. auch Meadowcroft 2004). Andere Literatur wendet sich der Analyse von Governance-Aktivitäten nicht-staatlicher Akteuren zu (z.B. Arts 2003) mit Partnerschaften zwischen privaten Akteuren Untersuchungsgegenstand, so etwa zwischen Unternehmen und NGOs (z.B. Arts 2002; Austin 2007). Auch freiwillige Zertifikatesysteme (z.B. Visseren-Hamakers & Glasbergen 2007) sind eine Form privater Partnerschaft. Weniger verbindlich als Partnerschaften und teils mit Beteiligung von Regierungsorganisationen sind Netzwerke – auch soziale Netzwerke (z.B. Willard 2009) – welche ebenfalls Potenzial zur Governance von Nachhaltigkeitsaspekten zugesprochen erhalten. Trotz dieser Vielfalt an untersuchten Designs ist den meisten Beiträgen zu Nachhaltigkeits-Governance gemein, dass Formen untersucht werden, die auf Ansätzen beruhen, die von rein staatlich orchestrierter hierarchischer Steuerung absehen.<sup>21</sup> Nebst den bereits erwähnten Begriffen finden sich in der Literatur hierzu auch Ausdrücke wie *multi-stakeholder involvement/-process/-dialogue*, Kooperation, Koalition, Regime, etc. (vgl. auch Huxham 1996: 7).

Der Fokus auf partizipative, partnerschaftliche, etc. Governance-Formen im Rahmen der Nachhaltigkeits-Governance-Forschung ist konform mit dem Postulat der Agenda 21, das die Wichtigkeit von „Beteiligung“ und „Engagement“ aller gesellschaftlichen Gruppen bei der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung unterstreicht (UNCED 1992: 276).<sup>22</sup> An den Folgekonferenzen *World Summit on Sustainable Development* (WSSD) und Rio+20 wurden zudem *multi-stakeholder*-Partnerschaften eine wichtige Funktion bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda zugesprochen (UN-DESA 2016b).

Als Begründung für den Fokus auf partizipative, partnerschaftliche Governance-Formen finden sich in der Literatur zwei Kategorien von Argumenten. So wird ein partizipativer Steuerungs-Ansatz teilweise als normatives Erfordernis der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung

<sup>19</sup> Beispielsweise *public-private partnership* (z.B. Bäckstrand 2010).

<sup>20</sup> Beispielsweise *participatory planning* (z.B. Tippet et al. 2007).

<sup>21</sup> Auf die dominierende Bevorzugung neuer Governance-Formen für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung in der Literatur verweist auch Lange in seiner Dissertation (2016: 22ff).

<sup>22</sup> Vgl. auch UN-DESA 2016a.

angesehen. Dank Beteiligung soll die Legitimität der ausgehandelten Ziele und Massnahmen sichergestellt sein (z.B. OECD 2001: 103). Autoren, welche im Kontext der Nachhaltigkeits-Governance-Forschung normative Argumente für Partizipation vorbringen, tun dies in der Regel unter Verweis auf die politikwissenschaftliche Legitimationsdebatte und berufen sich nicht auf Nachhaltigkeitsanforderungen.

Andere Autoren verfolgen eine instrumentelle Argumentation: Dank dem Einbezug verschiedener Akteure sollen qualitativ bessere Entscheidungen zustande kommen. Ostrom spricht in diesem Zusammenhang Informationsdefizite an, die sich bei hierarchischer Führung nachteilig auswirken können (1990: 10). Elsig & Amalric (2007: 4) erwähnen die oftmals fehlende Expertise der Behörden insbesondere in Entwicklungsländern. Gemäss van Huijstee et al. (2007: 76) erfordert die Komplexität von Nachhaltigkeitsproblemen – die u.a. als *wicked problems* (z.B. van Zeijl-Rozema et al. 2008: 411) oder *persistent problems* (Loorbach 2007) beschrieben werden – für die Lösungsfindung einen partizipativen Ansatz (vgl. auch Enquete-Kommission 2013: 444). Auch im Rahmen wissenschaftlicher Ansätze zu *reflexive governance* (z.B. Voss & Kemp 2005; Voss et al. 2006) und *transition management* (z.B. Loorbach 2007; Loorbach 2010) wird auf gravierende Unsicherheiten verwiesen, die einer fixen autoritativ bestimmten Zielvorgabe zuwiderlaufen und stattdessen eine sorgfältige Abwägung, Kontrolle und Anpassung der Zielfindung und -Umsetzung notwendig machen. Hematti (2002:32) erwähnt als Vorteil der Partizipation für die Lösungsfindung die Breite an Beiträgen und den Einbezug unterschiedlicher Sichtweisen.

Ebenfalls wird als Argument für partizipative Governance-Formen vorgebracht, dass *distributed power/control* unter diversen Akteuren (staatliche Organe, Unternehmen, Konsumenten, Interessensgruppen, Medien, etc.) und der Bedeutungsverlust von Staaten ein Fakt ist, mit dem es umzugehen gilt (Voss & Kemp 2006; Kemp et al. 2008; Meadowcroft 2008; Voss et al. 2008; etc.). Van Huijstee et al. (2007: 76) verweisen darauf, dass das Konzept nachhaltiger Entwicklung die gleichzeitige Berücksichtigung gesellschaftlicher, ökologischer und wirtschaftlicher Anliegen erfordert, die Verantwortlichkeiten hierzu aber über verschiedene gesellschaftliche Sphären verteilt sind. Der Umstand, dass kein einzelner Akteur ein Machtmonopol innehat (Meadowcroft 2008: 111), bringt mit sich, dass eine gezielte Herbeiführung durchgreifender gesellschaftlicher Veränderungen nur möglich wird, wenn alle relevanten Stakeholder im Rahmen einer „kollektiven Strategie“ (Voss & Kemp 2006: 20) zusammenspannen. Neben dem faktischen Machtverlust von Staaten können auch finanzielle Restriktionen die Steuerungsmöglichkeiten von Staaten behindern (Elsig & Amalric 2007: 4).

Mittels Partizipation soll darüber hinaus sichergestellt werden, dass im Rahmen von Interessenausgleichen auch tatsächlich die relevanten Anliegen Berücksichtigung finden. Erst durch den Einbezug von Nichtregierungsorganisationen treten unterschiedliche Interessen und Ansichten zutage und besteht die Möglichkeit zur Aushandlung bestehender Konflikte (OECD 2001: 120). Auch Kemp et al. verweisen auf die Möglichkeit, den in komplexen sozialen Problemen inhärenten Dissens mittels kontinuierlicher, iterativer Deliberation auszuhandeln (Kemp et al. 2008: 124). Möglichkeiten der Mitbestimmung können zudem zur verbesserten Interessenberücksichtigung führen in Fällen, bei denen die Integrität von Regierungen angezweifelt wird (z.B. Hyden 2001: 19; Elsig 2007: 4). Schliesslich können Mitwirkungsmöglichkeiten auch zu einer verbes-

serten Akzeptanz und damit Umsetzungswahrscheinlichkeit von beschlossenen Massnahmen verhelfen (z.B. Enquete-Kommission 2013: 439; Figuerora Küpçü 2005).

### 2.3 Unsicherheiten betreffend partizipative/partnerschaftliche Governance-Formen

Die vorangehend präsentierte Skizze macht deutlich, dass die Nachhaltigkeits-Governance-Forschung sehr heterogen ist. Dies trifft zu sowohl auf die Einbettung von Nachhaltigkeit in den Forschungsgegenstand als auch auf die untersuchten Governance-Formen. Dennoch liegt eine Gemeinsamkeit der Forschung im Fokus auf partizipative bzw. partnerschaftliche Governance-Formen; also Formen, die nicht auf einem hierarchischen Diktat von Verhaltensweisen, sondern auf Mitwirkungsmöglichkeiten einzelner Akteure beruhen. Derartige Governance-Formen gelten allgemein als vielversprechende Ausgangslage zur Erzielung einer nachhaltigen Entwicklung. An dieser optimistischen Einschätzung wird jedoch auch Kritik geübt. Der Vorwurf steht im Raum, dass der tatsächliche Nutzen dieser Formen zu wenig belegt ist. Die genannten Kritikpunkte werden im Folgenden aufgezeigt.

Kritische Anmerkungen zu partizipativen/partnerschaftlichen Governance-Formen finden sich in Bezug auf Machtaspekte. Vorhandene Machtungleichheiten zwischen den Governance-Akteuren leisten opportunistischem Verhalten zugunsten der Machtinhaber Vorschub. Walker & Shove betonen, dass partizipative Governance-Formen weder neutral noch unabhängig von Machtaspekten und strategischem Verhalten sind (2007: 221, unter Bezugnahme auf Bickerstaff & Walker 2005 und Stirling 2006). Dedeurwaerdere merkt an, dass selbstverwaltete Institutionen anfällig sind für Machtübernahmen einzelner: „[...] *self-regulatory institutions remain subjects to takeover by opportunistic individuals [...]*“ (2005: 4). Bei Machtungleichheiten und Opportunismus werden die gepriesenen Vorteile nicht-hierarchischer Steuerungsformen verwischt. Statt dass zwischen den Beteiligten ein Interessensausgleich erzielt wird, werden Eigeninteressen einzelner bedient.

Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf die externen Wirkungen von Governance-Konstrukten. Es stellt sich die Frage, was für Folgen beispielsweise der Ausschluss bestimmter Akteure von der Mitwirkung bei der Bestimmung der inhaltlichen Ausrichtung hat. Mayntz & Scharpf weisen darauf hin, dass es unter Gemeinwohlaspekten nicht nur auf die innerhalb der Gruppe erreichbaren Wohlfahrtseffekte ankommt, sondern auch auf die externen Effekte, die das Verhalten der Gruppenmitglieder für Dritte erzeugt (1995: 22). Dieselben Vorbehalte bringen auch Goverde & Nelissen an: „*It is quite possible that the outcome of a win-win situation can be achieved within policy networks for the parties concerned, but that the products or network management can occasionally have (adverse) effects on groups that are not a part of the network [...]*“ (2002: 40). Aussen vor bleiben können etwa die Interessen zukünftiger Generationen. Lundqvist folgerte aus seinem Fallstudienvergleich, dass es in partizipativen Governance-Prozessen für die Sicherstellung von Zielen, die über Wirtschaftswachstum und Wohlfahrt hinausgehen, einen Akteur braucht, der die Beteiligten auf die Einhaltung solcher Prinzipien verpflichten kann (2004: 124). Der Gefahr der Nicht-Berücksichtigung in Aushandlungs- und Lösungsfindungsprozessen sind auch nicht politisierte bzw. nicht politikinteressierte Akteure aus-

gesetzt. Leroy & van Tatenhove stellten fest, dass im Rahmen bisheriger Fallstudien mit neu ermöglichten Partizipationsplattformen jene Akteure eine zusätzliche Stimme erhielten, die bereits zuvor politisch involviert waren (2002: 171). Fürst bemerkt entsprechend, dass von verschiedener Seite die Befürchtung gehegt wird, dass Governance-Prozesse eine „Veranstaltung unter Eliten“ darstellen (2001: 376). Oft wird in der Literatur darauf verwiesen, dass die bei partizipativen Prozessen oder bei Partnerschaften involvierten Akteure in der Regel nicht demokratisch legitimiert sind und somit auch unklar ist, wessen Interessen sie letztlich vertreten und ob diese repräsentativ sind (z.B. Driessen & Glasbergen 2002; Figuerora Küpçü 2005; Shirlow & Murtagh 2004).

Schliesslich zeigt Bressers (2004) auf, dass mit dem in der Literatur gesetzten Schwerpunkt auf Mitbestimmung und Eigenverantwortung eine Vernachlässigung des Implementationsaspekts einhergeht. Damit liegt jenseits des Untersuchungsbereichs, ob beschlossene Massnahmen tatsächlich auf Akzeptanz stossen und in der vorgesehenen Weise umgesetzt oder aber umgangen oder schlicht ignoriert werden. Der Erfolg einer Massnahme – ob hierarchisch verordnet oder partizipativ vereinbart – hängt letztendlich jedoch von der erfolgreichen Implementation auf Akteur-Ebene ab (ebd.). Auch Newig (2011) verweist auf die Wissenslücke zur Wirkung von *outputs* partizipatorischer Verfahren (*policy*-Instrumente/-Massnahmen) auf die *outcomes* (Wirkung auf eigentliche Zielgrösse). Musu bemerkt, dass das Zustandekommen einer Vereinbarung noch nicht bedeutet, dass diese auch umgesetzt wird und einen markanten Effekt zeitigt (2008: 14).

Angesichts der in der Literatur aufgeführten Kritik an partizipativen/partnerschaftlichen Steuerungsformen im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung lässt sich erahnen, dass der Leistungsnachweis dieser Steuerungsformen noch nicht erbracht ist. Auch Lange verweist unter Bezugnahme auf unterschiedliche Autoren auf die fehlende Evidenz der positiven Erwartungen an solche Steuerungsformen (2016: 26). Van Huijstee et al. lassen sich mit ihrem Hinweis auf den fehlenden Leistungsnachweis partizipativer/partnerschaftlicher Governance-Formen ebenfalls in die Reihe von Kritikern einordnen: *„The concepts ‘partnerships’ and ‘sustainable development’ are more clearly linked discursively than empirically [...] In other words, the widespread assumption that partnerships contribute positively to sustainable development lacks evidence“* (2007: 85) (vgl. auch Heinrichs et al. 2011: 12-13). Die argumentative Begründung von Wirkungszusammenhängen ohne empirische Überprüfung ist dabei mit Schwächen behaftet. Eine Erörterung der Frage nach den Erfolgsaussichten auf rein theoretischer Ebene kann zu widersprüchlichen Folgerungen führen. Beispielsweise finden sich in der Literatur sowohl plausible Argumente, weshalb Partizipation für den Umweltschutz positive Wirkungen erzielt, als auch nachvollziehbare Argumente, weshalb Partizipation für den Umweltschutz nachteilig ist (Newig 2011: 69-70; siehe auch Newig et al. 2011: 31ff).

Allerdings sind auch die Ergebnisse empirischer Studien mit Vorsicht zu interpretieren. Teilweise werden nur gewisse Aspekte der gesamten Argumentationskette empirisch überprüft; etwa ob Partizipation zur Lösungsfindung beiträgt. Aspekte zu allfälligen Externalitäten der vereinbarten Lösung oder zur Erfolgswirksamkeit der Implementierung bleiben dabei aussen vor (vgl. vorhergehend). Die Übertragbarkeit der Resultate ist zudem mit grossen Unsicherheiten behaftet. Ne-

ben Kontextfaktoren, die von Fall zu Fall stark variieren und ergebnisrelevant sein können, wirken sich auch allfällige unterschiedliche Nachhaltigkeitsvorstellungen erschwerend aus. Selbst wenn anvisierte Ziele im Rahmen einer Fallstudie erreicht wurden, trifft die entsprechende Schlussfolgerung nicht zwingend auch für ein anderweitiges Nachhaltigkeitsverständnis zu. Ein nachhaltiges Ressourcenmanagement impliziert beispielsweise nicht gleichzeitig eine faire intragenerative Verteilung.

## 2.4 Beurteilung von Governance-Formen

Die Ausführungen im vorangehenden Kapitel 2.3 haben gezeigt, dass erhebliche Unsicherheiten bestehen betreffend die Nachhaltigkeitswirkungen von partizipativen/partnerschaftlichen Governance-Formen. Die vielgepriesenen Vorteile sind empirisch noch ungenügend untermauert. Die vorgebrachte Kritik an partizipativen/partnerschaftlichen Ansätzen von Nachhaltigkeits-Governance legt den Schluss nahe, dass entsprechende Formen sowohl Chancen wie auch Risiken für die Erzielung einer nachhaltigen Entwicklung beinhalten. Angesichts dieser Unsicherheiten sind eine Überprüfung derer nachhaltigkeitsrelevanten Wirkungen und sodann eine Gegenüberstellung derselben mit jenen traditioneller top-down Politik-Instrumente wünschenswert. Damit liesse sich feststellen, ob partizipative/partnerschaftliche Governance-Formen die an sie gestellten Erwartungen tatsächlich erfüllen können und wie sie im Vergleich zu traditionellen hierarchischen Steuerungsformen abschneiden. Im Folgenden wird diskutiert, in welchem Masse eine Zuordnung von Nachhaltigkeitswirkungen zu Elementen verschiedener Governance-Formen möglich ist, wobei zwischen direkter und indirekter Erfolgsmessung unterschieden wird (Kapitel 2.4.1). In Kapitel 2.4.2 werden anschliessend bestehende Beurteilungsinstrumente vorgestellt und daraufhin untersucht, wie sich diese für den Zweck der Erfolgsbeurteilung der Nachhaltigkeitswirkungen verschiedener Governance-Formen eignen.

### 2.4.1 Direkte versus indirekte Erfolgsmessung

Der Begriff nachhaltige Entwicklung bezieht sich auf eine bestimmte Ausprägung eines gesellschaftlichen Entwicklungspfades. Getrieben werden gesellschaftliche Entwicklungen von ihren einzelnen Mitgliedern in Wechselwirkung mit ihrem (ökologischen, etc.) Umfeld. Aus der Vielzahl von Handlungen der einzelnen Gesellschaftsmitglieder kristallisieren sich auf der aggregierten Ebene die Merkmale einer gesellschaftlichen Entwicklung heraus. Mittels Governance wird versucht, über die Handlungen von Akteuren darauf Einfluss zu nehmen. Im vorangehenden Kapitel 2.1 wurde aufgezeigt, dass sich Governance-Formen durch unterschiedliche Elemente charakterisieren lassen, die jeweils den drei Ebenen von Governance – *polity*, *politics* und *policy* – zuordenbar sind. Die drei Ebenen unterscheiden sich dabei auch in ihrer Art der Einflussnahme auf gesellschaftliche Entwicklungen. Von direkter Einflussrelevanz sind die *policy*-Instrumente von Governance-Formen. Sie bilden Rahmenbedingungen für Handlungen von Privatpersonen, Wirtschaftsakteuren, etc., die in ihrer Summe (aggregiert) als treibende Kraft hinter den gesellschaftlichen Entwicklungen gesehen werden können. Mit der Lancierung eines *policy*-Instruments werden Aktivitäten, die mit bestimmten Entwicklungszielen konform oder non-konform sind, ermöglicht/erleichtert/erforderlich oder verunmöglicht/erschwert/hinfällig. Indirekte Wirkung weisen dagegen die *polity* und *politics*-Ebene von Governance-Formen auf.

Diese beeinflussen politische Handlungen, die in der Festlegung und Anpassung der *policy*-Instrumente münden. Primärer Einflussfaktor auf eine nachhaltige Entwicklung im Rahmen von Governance-Formen sind demnach die *policy*-Instrumente, sekundärer Einflussfaktor die *polity*- und *politics*-Elemente.

Die Beurteilung der Nachhaltigkeitswirkungen einzelner Elemente von Governance-Formen kann somit für *policy*-Instrumente in direkter Weise erfolgen indem geprüft wird, ob *policy*-Instrumente Handlungen beeinflussen, die einer nachhaltigen Entwicklung zuträglich oder abträglich sind. Dagegen wird der Erfolg von *polity*- und *politics*-Bestandteilen indirekt durch die Wirkungen der aus ihnen hervorgegangenen *policy*-Instrumente bestimmt. Ein problembehaftetes Unterfangen ist dagegen, direkt von *polity*- und *politics*-Elementen auf Nachhaltigkeitswirkungen (vice versa) zu schliessen unter Ausschluss der *policy*-Ebene. Wirkungseinschätzungen sollten auf begründete Annahmen zu Wirkungszusammenhängen zwischen Rahmenbedingungen und Akteurhandlungen abgestützt sein. Im vorangehenden Kapitel 2.3 habe ich aufgezeigt, dass Wirkungszusammenhänge zwischen bestimmten *polity/politics*-Strukturen mit den Outcomes darauf basierender *policy*-Instrumente umstritten sind. Zwar werden partizipative/partnerschaftliche Governance-Formen von vielen Autoren als Mittel der Wahl zur Erzielung einer nachhaltigen Entwicklung betrachtet, an den zugrundeliegenden Annahmen wird aber auch Kritik geübt. Wirkungen zwischen *polity-/politics*-Voraussetzungen mit Outcomes sind äusserst komplex. Die bisherigen Forschungsbeiträge konnten noch keine gesicherten Wirkungszusammenhänge nachweisen. Aussagen zu Effekten von *policy*-bildenden Faktoren auf private Akteurhandlungen sind daher zum jetzigen Zeitpunkt mit entsprechend hohen Unsicherheiten belastet. Diese Unklarheit ist denn auch die Ausgangslage für den Wunsch der Überprüfung der tatsächlichen Nachhaltigkeitswirkungen.

Für die Einschätzung des Wirkungspotenzials von Governance-Formen verbleibt daher der primäre Fokus auf die *policy*-Instrumente.<sup>23</sup> Diese stehen in einem direkten Zusammenhang mit privaten Handlungen, die wiederum den Nachhaltigkeitseffekten unmittelbar vorstehen, was die Beurteilung von Wirkungszusammenhängen erleichtert. Anhand eines festgestellten Wirkungspotenzials von *policy*-Instrumenten lassen sich in Folge indirekt Aussagen zum Potenzial der zugehörigen *polity*- und *politics*-Strukturen herleiten.<sup>24</sup>

#### 2.4.2 Bestehende *policy*-Bewertungsansätze und deren Limits

Die Durchführung einer *policy*-Analyse erfolgt anhand eines Bewertungsansatzes. In der Literatur finden sich verschiedene *policy*-Bewertungsansätze im Kontext von Nachhaltigkeit. Dabei kann unterschieden werden zwischen substanziell orientierten und instrumentell orientierten Kriterien von Bewertungsansätzen. Substanzielle Kriterien beschreiben den Zielzustand politischer Interventionen. Instrumentelle Kriterien beinhalten dagegen Aussagen, wie von Ausprägungen eines politischen Instruments auf substanzielle Wirkungen geschlossen werden kann.

---

<sup>23</sup> Die Beurteilung von *politics* bzw. *polity*-Elementen ist einzig dann angezeigt, wenn die Partizipation an der *policy*-Ausarbeitung eine eigenständige Forderung der Nachhaltigkeitszielsetzung darstellt und es diese Forderung zu überprüfen gilt.

<sup>24</sup> Wobei auch da wiederum die Ausprägung von Kontext-Faktoren eine Rolle spielen kann.

Ansätze, die einzig rein substanzielle Kriterien beinhalten, sind auf ex post Nachhaltigkeitsanalysen ausgerichtet. Sie weisen aber Defizite auf, wenn es um die genaue Zuschreibung von Nachhaltigkeitswirkungen zu ursächlichen Faktoren wie politische Interventionen geht. Hier können Ansätze punkten, die zusätzlich instrumentelle Kriterien umfassen. Entsprechende Ansätze erlauben ebenso ex ante Einschätzungen zum Potenzial von politischen Instrumenten, einen nachhaltigen Entwicklungspfad anzustossen.

Substanzielle Nachhaltigkeitskriterien sind notwendige Voraussetzung für die Nachhaltigkeits-Bewertung von *policy*-Instrumenten. Diese Kriterien beschreiben die Merkmale einer nachhaltigen Entwicklung und stellen den normativen Kerngehalt der Nachhaltigkeitsidee dar. Sie sind die Zielgrösse, worauf die *policy*-Instrumente ausgerichtet sein sollten. Eine beliebte Beurteilungsgrösse in der politischen Nachhaltigkeitsdiskussion sind die ‚drei Nachhaltigkeitssäulen‘. Als Zielvorgaben von Nachhaltigkeit dienen wünschenswerte wirtschaftliche, soziale und ökologische Bestimmungsgrössen.<sup>25</sup> Zur Dokumentation des Zielerreichungsgrads einer nachhaltigen Entwicklung finden vielfach Indikatorensets (basierend auf dem Drei-Säulen-Ansatz oder alternativen Grundsätzen) Verwendung.<sup>26</sup> Dabei erfolgt ein Monitoring der Entwicklung dieser Indikatoren über die Zeit. Möglich sind auch aggregierte Indikatoren, die den Zielerreichungsgrad in einem einzigen integrierten Indikator darstellen. Der ökologische Fussabdruck ist ein entsprechendes Beispiel (siehe Wackernagel & Rees 1996). Eine ex post Wirkungsbeurteilung kann aber auch einzig die Überprüfung einer einzelnen im Rahmen der Lancierung eines politischen Instruments definierten Nachhaltigkeits-Zielgrösse umfassen. Solche ex-post Wirkungsanalysen sind für die klassischen top-down Instrumente breit etabliert und bedienen sich meist statistischer Methoden.

Ex post Messungen eignen sich zur Überprüfung, ob allenfalls zusätzliche Massnahmen zur Zielerreichung erforderlich sind, beispielsweise wenn Grenzwerte über- oder unterschritten wurden oder angestrebte Fortschritte nicht erzielt wurden. Problembehaftet ist dagegen die alleinige Verwendung von substanziellen Zielgrössen (bzw. ihrer Indikatoren) für Rückschlüsse auf die Wirksamkeit bestehender politischer Instrumente. Die nachträgliche Zuordnung von Wirkungen zu ihren Ursachen kann Schwierigkeiten bereiten. So bestimmt sich ein Indikator in der Regel aus vielen einzelnen Daten auf der Mikroebene. Eins zu eins von der Ausprägung eines Indikators auf die Wirksamkeit politischer Instrumente dieses Politikfeldes zu folgern, kann daher zu Fehlschlüssen führen. Entsprechende Zuordnungen bedürfen vorgängig einer Analyse, welche der einzelnen Beiträge für eine gute oder schlechte Ausprägung des Indikators bestimmend sind (dies ist umso pointierter der Fall bei aggregierten Indikatoren). In der Folge gilt es dann zu eruieren, ob die vorliegenden politischen Instrumente überhaupt auf diese bestimmten Beiträge abzielen. Möglicherweise sind politische Instrumente erfolgreich oder kontraproduktiv für ihren Teil, was sich aber in der Gesamtsicht, welche ein Indikator abbildet, nicht widerspiegelt. Möglicherweise greifen politische Instrumente aber auch ins Leere. Weiter lässt

---

<sup>25</sup> Der Drei-Säulen-Ansatz sowie verschiedene alternative Ansätze von Nachhaltigkeitszielsetzungen werden in Kapitel 3.1 näher vorgestellt.

<sup>26</sup> Vgl. z.B. das Nachhaltigkeits-Indikatorenset der Schweizerischen Eidgenossenschaft (2016) (MONET-Indikatoren) oder der Deutschen Bundesregierung (2016).

sich ohne weiterführende Analysen nicht ausmachen, aus welchen Gründen ein politisches Instrument eine intendierte Wirkung verfehlt. Eventuell eignet sich das Instrument an sich nicht für den erforderlichen Zweck oder aber die Ausgestaltung ist nicht optimal und kleine Verbesserungen würden allenfalls schon den gewünschten Erfolg bringen. Ebenso lässt sich nur mit einer vertieften Analyse einschätzen, ob eine erwünschte Wirkung allenfalls auch ohne politische Intervention aufgetreten wäre. Denkbar ist auch, dass einzelne Prozesse parallel durch mehrere Ursachen gespeist werden, die zudem womöglich in Wechselwirkung stehen. Eine ad hoc Beurteilung der Wirksamkeit eines politischen Instruments in Bezug auf bestimmte beobachtete Wirkungen birgt in einem solchen Fall das Risiko, dass dem nicht genügend Rechnung getragen wird und die Einflüsse des politischen Instruments über- oder unterschätzt werden. Ferner können bei einer nicht vertieften Wirksamkeitsprüfung die Einflusswirkungen auf Ergebnisse seitens politischer Interventionen aus themenfernen Politikfeldern ausser Acht geraten. Schliesslich treten Nachhaltigkeitswirkungen teilweise erst mit einer beträchtlichen zeitlichen Verzögerung zu einem Interventionszeitpunkt zutage. Unter solchen Umständen können zu frühe Erfolgsmessungen zu Fehlschlüssen führen.

Um solch mangel- bzw. fehlerhaften Wirkungsaussagen vorbeugen zu können, sind fundierte Annahmen zu Wirkungszusammenhängen von politischen Einflussfaktoren mit individuellem Akteurhandeln in einem vorliegenden Kontext notwendig. Entsprechende Annahmen erlauben eine Einschätzung, wie sich politische Interventionen auf das Handeln von Akteuren auswirken, das wiederum zur Ausprägung der Zielerreichung (und ihrer Messindikatoren) beiträgt. Die getroffenen Annahmen bestimmen dabei über die Güte der Wirkungsanalyse. In der Gegenwart solcher Annahmen werden zielgerichtete ex post Zuordnungen von beobachteten Ergebnissen zu ursächlichen Faktoren möglich. Ebenso ermöglicht werden dadurch ex ante Einschätzungen der Wirkungen von politischen Instrumenten. Eine fundierte vorgängige Einschätzung des Erfolgspotenzials hat den Vorteil, dass ausbleibende oder unerwünschte Wirkungen antizipiert und vorsorglich Anpassungen vorgenommen werden können. Beispiele von möglichen unerwünschten Effekten, die allenfalls aufgedeckt werden können, sind Implementationsschwierigkeiten aufgrund mangelnder Akzeptanz, fehlender Bekanntheit oder mangelnder Ressourcen oder die Generierung von Mitnahmeeffekten. Bewertungsgrössen zu politischen Instrumenten, die entsprechende Aussagen beinhalten zu Zusammenhängen zwischen Ausprägungen politischer Instrumente, Kontextfaktoren und Erfolgswirkungen, sind instrumenteller Natur. Sie beanspruchen keine eigenständige Normativität sondern beziehen sich auf die übergeordneten substanziellen Nachhaltigkeitsgrundsätze und haben somit einen umsetzungsorientierten Charakter inne.

Für die Beurteilung der Nachhaltigkeitswirkungen von *policy*-Instrumenten sind Bewertungsansätze vorzuziehen, die instrumentelle Kriterien beinhalten. Diese erlauben es, gezielte Aussagen zum Potenzial von *policy*-Instrumenten, einen nachhaltigen Entwicklungspfad anzustossen, machen zu können. In der Literatur finden sich verschiedene Bewertungsansätze, die instrumentelle Nachhaltigkeitskriterien beinhalten. Folgend wird exemplarisch eine Auswahl solcher Bewertungsansätze vorgestellt. Es sind dies ein Bewertungsinstrument für umweltpolitische Instrumente von Stephan & Ahlheim (1996), die *design principles* von Ostrom (1990) für die Bewertung von Formen des gemeinsamen Ressourcenmanagements, ein Ansatz zur Bewertung



von Institutionen der Enquête-Kommission (Minsch et al. 1998), die instrumentellen Nachhaltigkeitskriterien von Kopfmüller et al. (2001) zur Bewertung institutioneller, politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen sowie die *Contextual Interaction Theory* zur Implementationsanalyse von *policy instruments* (Bressers 2004).

Im Rahmen von Nachhaltigkeitsbeurteilungen kommen unter anderem Bewertungsansätze zum Tragen, die sich auf die Beurteilung politischer Massnahmen in einem einzelnen Politikbereich beschränken, der der Nachhaltigkeitspolitik zugeordnet wird. Exemplarisch wird ein Bewertungsinstrument im Bereich Umweltpolitik herausgegriffen, das von Stephan & Ahlheim (1996) vorgeschlagen wird. Neben dem eigentlichen Ziel der ökologischen Effizienz (Wirksamkeit) sind gemäss Stephan & Ahlheim bei einer Bewertung von umweltpolitischen Massnahmen auch die ökonomische Effizienz sowie fünf weitere Kriterien zu berücksichtigen.<sup>27</sup> Die Kriterien beschreiben teils substanzielle Ziele, teils sind sie aber auch instrumentell orientiert (z.B. das Kriterium Einfachheit, Nachvollziehbarkeit, Transparenz). Der Anwendungsbereich der Kriterien beschränkt sich auf die Beurteilung von umweltpolitischen Instrumenten. Die Autoren stellen das Kriterienset nicht unter das Label der Nachhaltigkeitsbeurteilung. Aufgrund ihrer Ausrichtung lassen sich die substanziell beschaffenen Kriterien allerdings in einen Drei-Säulen-Ansatz einordnen. So bedienen diese Kriterien je einen ökologischen und ökonomischen (ökologische und ökonomische Effizienz) sowie einen sozialen Aspekt (Verteilungswirkung, wobei die Autoren offen lassen, welche Verteilungswirkung anzustreben sei). Die einzelnen instrumentell orientierten Kriterien begründen die Autoren argumentativ, ohne sich auf ein einheitliches übergeordnetes theoretisches Konstrukt zu beziehen. In ihrem Buch zeigen die Autoren einzelne Anwendungsbeispiele auf, gehen dabei aber nicht auf alle ihre Kriterien ein.

Ein bekanntes Beispiel eines Kriteriensets zur Beurteilung der Eignung von (politischen) Rahmenbedingungen zur Erzielung ökologischer Nachhaltigkeit sind die *design principles* von Ostrom (1990). Ostrom benennt in ihrem Werk acht Voraussetzungen als Erfolgsfaktoren für ein nachhaltiges Management lokaler natürlicher Ressourcen. Diese bezeichnet sie als *design principles*.<sup>28</sup> Die *design principles* stellen somit umsetzungsorientierte Kriterien zum übergeordneten Ziel des Ressourcenerhalts dar. Ostrom verwendete zur Herleitung und Begründung der *design principles* eine Strategie, die auf Fallstudienanalysen sowie auf modellbasierten theoretischen Überlegungen beruhte („*strategy of moving back and forth from the world of theory to the world of action*“ (1990: 45)). Neben Ostrom griffen in Folge auch viele weitere Autoren die *design principles* in ihrer eigenen Forschung auf. In einer Metastudie bekräftigten Cox et al. (2010) in Folge die *design principles* grösstenteils, wiesen aber auch auf Kritik hin, insbesondere bezüglich ihrer Unvollständigkeit. Den *design principles* liegt ein Handlungsmodell mit generellem Charakter zugrunde, der Fokus der *design principles* liegt jedoch auf der lokalen Ebene und

<sup>27</sup> Die Kriterien von Stephan & Ahlheim (1996) sind: Ökonomische und ökologische Effizienz; dynamische Anreizwirkung und Flexibilität; Einfachheit, Nachvollziehbarkeit, Transparenz; niedrige Transaktionskosten; Verteilungswirkungen; Bewusstsein und Interessen der Beteiligten.

<sup>28</sup> Die acht *design principles* sind: *Clearly defined boundaries; congruence between appropriation and provision rules and local conditions; collective-choice arrangements; monitoring; graduated sanctions; conflict-resolution mechanisms; minimal recognition of rights to organize; nested enterprises* (Ostrom 1990: 90).

bezieht sich auf kooperative Umgangsformen. Deren Übertragbarkeit auf andere Anwendungen, beispielsweise im internationalen Kontext, ist Gegenstand von Debatten (Cox et al. 2010).

Im Bericht der Enquête-Kommission ‚Schutz des Menschen und der Umwelt‘ des 13. Deutschen Bundestages werden Kriterien zur Beurteilung von Institutionen und institutionellen Reformen vorgestellt. Der Bericht befasst sich mit der Weiterentwicklung von politischen Institutionen hin zu einer Politik der Nachhaltigkeit. Der Fokus liegt damit mehrheitlich auf der staatlichen Ebene. Die Bewertungskriterien beurteilen Institutionen hinsichtlich ihrer Eignung für eine Politik der Nachhaltigkeit. Teile der Kriterien wurden theoretisch hergeleitet und richten sich an folgenden vier von den Autoren identifizierten, institutionellen Problemlösungsstrategien eines nachhaltigen gesellschaftlichen Wandels aus: Partizipation/Selbstorganisation, Reflexivität, Ausgleich und Konfliktregelung sowie Innovation (Minsch et al. 1998: 96).<sup>29</sup> Die Problemlösungsstrategien basieren auf dem akteurtheoretischen Ansatz der allgemeinen *policy*-Analyse. Die anderweitigen Kriterien wurden in einem Expertenworkshop generiert.<sup>30</sup> Die Kriterien beziehen sich teils auf Umsetzungsaspekte, teils aber auch auf substantielle Nachhaltigkeitsinhalte (z.B. das Kriterium der ökologischen, sozialen und ökonomischen Effektivität). Die Publikation beschränkt sich rein auf die Darlegung und Erklärung der Kriterien und beinhaltet keine Anwendungsbeispiele in Bezug auf die gesamten Kriterien.

Ein weiteres Beispiel sind die instrumentellen Nachhaltigkeitskriterien bzw. Regeln von Kopfmüller et al. (2001).<sup>31</sup> Die instrumentellen Regeln wurden im Rahmen des Projekts „Global zukunftsfähige Entwicklung - Perspektiven für Deutschland“ der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF) erarbeitet. Die instrumentellen Regeln zeigen auf, wie das von den Autoren präsentierte integrative und auf Brundtland basierte Zielsystem einer nachhaltigen Entwicklung (die substantiellen Regeln) umgesetzt werden könnte. Die instrumentellen Regeln sind somit das Mittel zum Zweck und werden von den Autoren auch als „WIE-Regeln“ (2001: 173) einer nachhaltigen Entwicklung bezeichnet. „Bei den „Wie-Regeln“ geht es [...] um die Frage, welche institutionellen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen gegeben sein müssten, um eine nachhaltige Entwicklung in die Praxis umzusetzen“ (2001: 171). Kopfmüller et al. äussern sich nur zurückhaltend zu den theoretischen und empirischen Grundlagen, anhand derer die instrumentellen Regeln hergeleitet wurden. Die Geltungsebene der Regeln wird offen gelassen. Anwendungsbeispiele finden sich keine in der Publikation. Hartmuth & Rink weisen darauf hin, dass die Regeln einseitig auf die politischen Rahmenbedingungen auf nationalstaatlicher Ebene ausgerichtet sind: „[...] die instrumentellen Nachhaltigkeitsregeln orientieren sich [...] an den Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung, wie sie auf der nationalen Ebene gegeben sind bzw. sein sollten“ (2003: 18). Inwiefern die Übertragbarkeit auf andere Handlungsfelder möglich ist, bleibt dahingestellt. Hartmuth & Rink (2003) bzw.

---

<sup>29</sup> Die Kriterien sind: Stärkung der Selbstorganisation/Partizipation; Reflexivität; Ausgleich von Konflikten; Stärkung der Innovationsfähigkeit.

<sup>30</sup> Die Kriterien sind: Effektivität (ökologisch, sozial, ökonomisch); Effizienz; Umsetzbarkeit; Legitimation.

<sup>31</sup> Die instrumentellen Regeln sind: Internalisierung externer ökologischer und sozialer Kosten, angemessene Diskontierung, Begrenzung der Verschuldung, faire weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen, Förderung der internationalen Zusammenarbeit, Resonanzfähigkeit der Gesellschaft, Reflexivität der Gesellschaft, Steuerungsfähigkeit, Selbstorganisation, Machtausgleich.

Hartmuth et al. (2008) wendeten die instrumentellen Regeln zwar auch auf kommunaler Ebene an – als konzeptuelle Grundlage ihrer Forschungsprojekte zur Herleitung von kommunalen Nachhaltigkeits-Indikatorensystemen – allerdings in einer adaptierten Form. Sie abstrahierten die Regeln zu lediglich zwei offen formulierten Kategorien: Die ökonomischen Rahmenbedingungen und die politisch-instrumentellen Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Entwicklung.<sup>32</sup>

Im Rahmen der *Contextual Interaction Theory* bietet Bressers (2004) schliesslich einen Ansatz zur Implementationsanalyse von *policy instruments* an. Dieser theoriebasierte Bewertungsansatz richtet den Fokus auf Akteure und ihre Interaktion im Kontext. Relevante Beurteilungsgrössen sind die Motivation, Information und Machtverhältnisse. Der Autor formuliert geeignete Ausprägungen dieser Grössen bei der *target group* wie auch beim *implementer*, die einen Umsetzungserfolg einer politischen Intervention wahrscheinlich machen – sprich, ob das politische Instrument in der vorgesehenen Form angewendet/umgesetzt wird. Bressers nutzt den Bewertungsansatz für die Beurteilung von *policy instruments*, die als Nachhaltigkeitsinstrumente designiert wurden. Obwohl als Nachhaltigkeitsbewertungsansatz beschrieben, stellt das Verfahren keine eigenständigen inhaltlichen Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung. Grundsätzlich kann mit dem Verfahren der Implementationserfolg von Instrumenten bezüglich jedweder politischen Zielvorgabe bewertet werden.

Allen Ansätzen ist eigen, dass sie Kriterien enthalten, die Voraussetzungen beschreiben, unter denen eine nachhaltige Entwicklung bzw. die Umsetzung von Teilzielen derselben wahrscheinlich werden. Die Ansätze von Stephan & Ahlheim (1996) sowie Minsch et al. (1998) enthalten gleichrangig neben solch instrumentell orientierten Kriterien zudem auch substanziell geprägte Kriterien. Die beiden Ansätze vermischen demnach Kriterien bezüglich des Kerngehalts von Nachhaltigkeit mit Kriterien bezüglich Umsetzungsaspekten. Die den Kriterien hinterlegten normativen Grundsätze sind bei den fünf Beispielen unterschiedlicher Natur. Minsch et al. (1998) verfolgen einen Drei-Säulen-Ansatz. Die drei Säulen sind gemeinsam zu berücksichtigen, wobei dem Aushandlungsprozess eine wichtige Rolle zukommt. Implizit dem Drei-Säulen-Ansatz zuordnen lassen sich auch Stephan & Ahlheim (1996), wobei die im Rahmen der drei Säulen zu berücksichtigenden Ziele von ihnen beschrieben werden. Ostrom (1990) ist demgegenüber eine Vertreterin ökologischer Nachhaltigkeit, mit Fokus auf den Erhalt natürlicher Ressourcen. Kopfmüller et al. (2001) verfolgen einen integrativen Nachhaltigkeits-Ansatz, der sich am Kriterium der intra- und intergenerativen Gerechtigkeit orientiert (siehe Kapitel 3). Bressers (2004) dagegen hinterlegt seinem Ansatz keine vordefinierten Nachhaltigkeitsansprüche.

Mit Ausnahme von Stephan & Ahlheim (1996) sowie Bressers (2004) finden sich bei allen vorgestellten Beispielen Beurteilungskriterien bezüglich aller drei Governance-Ebenen – *politics*, *polity* und *policy*. Die entsprechenden Kriterien sind demnach nicht nur rein auf die Beurteilung von *policy*-Instrumenten ausgerichtet, sondern beziehen Aspekte des Politikfindungsprozesses

---

<sup>32</sup> Bleicher & Gross (2010) wendeten in ihrem Forschungsprojekt zur Herleitung von Nachhaltigkeitsindikatoren für die Revitalisierung kontaminierter Standorte das gleiche Forschungsdesign wie Hartmuth & Rink (2003) bzw. Hartmuth et al. (2008) an. Allerdings bezogen sich Bleicher & Gross einzig auf die substanziellen Regeln und liessen die instrumentellen Regeln unberücksichtigt.

mit ein. Die theoretischen Grundlagen der instrumentell ausgerichteten Kriterien sind für die verschiedenen Beispiele unterschiedlich. Alle beziehen sich (zumindest teilweise) auf theoretische Erklärungsansätze als Begründung für erwartetes bzw. beobachtetes Verhalten. Stephan & Ahlheim (1996) sowie Kopfmüller et al. (2001) legen ihre theoretischen Grundlagen dabei allerdings nicht im Detail offen. Ausser Ostrom (1990) und Bressers (2004) berufen sich die vorgestellten Bewertungsansätze nicht auf einen einheitlichen übergeordneten theoretischen Ansatz. Wo ein theoretischer Erklärungsansatz ausbleibt bzw. nicht offengelegt wird, ist die Unterscheidung zwischen substanziellen Nachhaltigkeitskriterien und umsetzungsorientierten Kriterien nicht eindeutig. Zudem ist ungewiss, ob bestimmte Kriterien tatsächlich im Kontext von Nachhaltigkeit relevant sind oder aber anderweitig motiviert sind.

Einige der Ansätze beziehen sich explizit auf bestimmte Bereiche. Stephan & Ahlheim (1996) beschränken sich auf die Bewertung von umweltpolitischen Instrumenten. Ostrom (1990) siedelt ihren Ansatz auf der lokalen Ebene an. Minsch et al. (1998) setzen den Schwerpunkt bei der staatlichen Steuerung, während Ostrom (1990) den Fokus auf kooperative Umgangsformen lokaler Akteure legt. Bei den Regeln von Kopfmüller et al. (2001) lässt sich implizit auf einen nationalen Geltungsbereich schliessen. Der Geltungsbereich der formulierten Kriterien ist für die aufgeführten Beispiele somit auf bestimmte Kontexte beschränkt.

Schliesslich sind nicht alle fünf Ansätze gleichermassen auf ihre empirische Anwendbarkeit geprüft. Für die *design principles* von Ostrom (1990) liegen vielfältige Anwendungsbeispiele sowohl von Ostrom wie auch von anderen Autoren vor. Auch bei Bressers (2004) finden sich Anwendungsbeispiele. Für die übrigen Ansätze bestehen dagegen keine oder nur vereinzelte bzw. unvollständige Anwendungsbeispiele.

Die aufgeführten Beispiele stehen stellvertretend für weitere umsetzungsorientierte Bewertungsansätze nachhaltiger Entwicklung in der Literatur. Sie stehen auch stellvertretend für Unzulänglichkeiten der bestehenden Ansätze bezogen auf die erwünschte Anwendung der Einschätzung von Nachhaltigkeitsimplikationen unterschiedlicher politischer Instrumente. So ist der Ursprung von Kriterien im Rahmen von Ansätzen zur Nachhaltigkeitsbeurteilung nicht immer offengelegt. Damit ist nicht immer klar ersichtlich, ob alle aufgeführten Kriterien Nachhaltigkeitsanforderungen darstellen oder aber auch Kriterien enthalten sind, die weiterführende normative Prinzipien abbilden. Auch wenn anderweitige Anforderungen an Eigenschaften politischer Instrumente durchaus legitim sind und ihre Berechtigung haben, sollte aus einer Nachhaltigkeitsperspektive heraus dennoch ersichtlich sein, welche Kriterien Nachhaltigkeitsansprüche bedienen und welche Kriterien sonstigen normativen Ursprungs sind. Zuweilen werden in den Ansätzen sowohl instrumentelle Kriterien wie auch substanzielle Kriterien gleichrangig nebeneinander aufgeführt, wobei nicht immer ersichtlich ist, welche Kriterien rein instrumentell orientiert sind und welche Kriterien substanziellen Charakter haben. Vor dem Hintergrund der Absicht, die Wirkung auf einen ex post Zustand auch ex ante beurteilen zu können, drängt sich dagegen eine klare Auftrennung der eigentlichen normativen Zielsetzung (Zielgrösse, was soll mit einem politischen Instrument letztlich erreicht werden – im vorliegenden Fall Nachhaltigkeit) und der instrumentellen Umsetzungsanforderungen (welche Bedingungen sind förderlich, um die Zielgrösse – Nachhaltigkeit – zu erwirken) auf. Nachhaltigkeit als Zielgrösse bedarf

hierzu einer genaueren Definition. Den verschiedenen Bewertungsansätzen liegen diesbezüglich unterschiedliche Nachhaltigkeitsgrundsätze zugrunde. Welche Nachhaltigkeitsgrundsätze bei der Nachhaltigkeitsbewertung politischer Instrumente zu bevorzugen sind, ist eine normative Frage. Im folgenden Kapitel 3.2 wird dafür plädiert, auf ein umfassendes und gleichzeitig genügend abgegrenztes Nachhaltigkeitsverständnis abzusetzen, dem weder eine rein biozentrische Sichtweise noch ein Drei-Säulen-Ansatz gerecht werden können.

Bei manchen instrumentellen Nachhaltigkeitsansätzen wird deren theoretische Fundierung nicht im Detail offengelegt. Dieses Defizit erschwert (verunmöglicht) die Nachvollziehbarkeit der anzuwendenden Bewertungskriterien, da vage bleibt, wie Wirkungszusammenhänge zwischen instrumentellen Kriterien (bzw. kriterienkonformen politischen Instrumenten/Rahmenbedingungen) und substanziellen Zielgrößen konkret ausfallen. Die implizit unterstellte Begründung der Kriterien ist einer externen Kontrolle entzogen. Das Unterlassen einer expliziten theoretischen Fundierung birgt zudem das Risiko einer fehlenden Gesamtsicht und damit der Selektivität der Kriterienauswahl. Entsprechendes gilt, wenn zwar eine theoretische Basis besteht, diese sich jedoch aus mehreren, unterschiedlichen, unzusammenhängenden theoretischen Ansätzen konstituiert. Verhindert werden kann eine ungenügende Kohärenz von Kriterien durch eine Einbettung eines instrumentellen Ansatzes in einen übergeordneten einheitlichen theoretischen Rahmen, der eine systematische und begründete Selektion von instrumentellen Kriterien ermöglicht.

Bewertungsansätze entspringen oftmals einem vorliegenden Kontext. Dies ermöglicht zwar eine hohe Spezifität, stellt aber gleichzeitig die Anwendbarkeit und Validität des Instrumentariums in einem anderweitigen Umfeld in Frage. Wünschenswert wäre es dagegen, ein Instrument zur Hand zu haben, das einen universellen Geltungsbereich umfasst und damit keinen aufwändigen Adaptionsbedarf an unterschiedliche Kontexte aufweist. Ein einheitlicher Bewertungsansatz ermöglicht direkte Vergleiche der Nachhaltigkeitsimplikationen unterschiedlicher *policy*-Instrumente, so auch eine Gegenüberstellung von Instrumenten im Rahmen traditioneller Governance-Formen mit Instrumenten im Rahmen neuer Formen. Die vielbeschworene Überlegenheit partizipativer/partnerschaftlicher Governance-Formen kontra traditionelle Politik-Instrumente kann auf diese Weise anhand eines einheitlichen Messkriteriums überprüft werden. Unterschiede in den Wirkungen lassen sich damit nicht auf unterschiedliche Messverfahren zurückführen. Damit beurteilt werden kann ob ein Ansatz universell einsetzbar ist, muss die Kontextsensitivität der Kriterien ersichtlich sein. Der spezifische Einfluss des Kontexts auf die Gültigkeit der Kriterien wird in den instrumentellen Ansätzen jedoch nur bedingt thematisiert. Dadurch können auch die Umstände nicht benannt werden, unter denen kriterienkonforme politische Instrumente tatsächlich zielführend sind. Damit droht Gefahr, dass je nach Situation den Kriterien zugrunde gelegte Annahmen von Wirkungszusammenhängen unzutreffend sind und entsprechende politische Instrumente den erwarteten Effekt nicht zeitigen bzw. unerwünschte Folgen nach sich ziehen. Beispielsweise kann ein Umfeld, das sich günstig auf die von Minsch et al. (1998) geforderte Innovationsfähigkeit auswirkt, sowohl Innovationen hervorbringen, die mit Nachhaltigkeitszielen konform wie auch non-konform sind, oder Massnahmen zur Begrenzung der Verschuldung, wie sie Kopfmüller et al. (2001) als Umsetzungskriterium hinsichtlich intergenerativer Gerechtigkeit definieren, können je nach Kontext intragenerative

Armutsprobleme verschärfen. Eine ungenügende Berücksichtigung des Kontexts kann somit die Validität der definierten instrumentellen Kriterien in Frage stellen. Daher drängt sich eine theoretische Fundierung instrumenteller Ansätze auf, die den weiteren Kontext miteinbezieht und Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Einflussgrößen aufzeigt.

Instrumentelle Bewertungsansätze einer nachhaltigen Entwicklung nehmen oft keine Unterscheidung vor zwischen den verschiedenen Governance-Ebenen. Die Ansätze bedienen gleichzeitig mehrere Ebenen. Da Wirkungszusammenhänge zwischen der *policy* und *politics*-Ebene sowie der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung bislang jedoch kontrovers diskutiert werden und kaum als empirisch gesichert gelten können (siehe Kapitel 2.3), empfiehlt sich bei der Bewertung von Governance-Strukturen die vorläufige Konzentration auf die *policy*-Elemente.

Schliesslich kann als weitere oft anzutreffende Schwäche von instrumentellen Bewertungsansätzen in der Literatur das Fehlen von Anwendungsbeispielen bemängelt werden. Ein Bewertungsansatz stiftet allerdings nur dann Nutzen, wenn er sich auch in der praktischen Anwendung bewährt. Anwendungsbeispiele geben interessierten Nutzer(innen) der Bewertungsansätze Anhaltspunkte, wie die Analyse genau auszuführen ist und welche Aspekte dabei zu beachten sind. Die Erprobung von formulierten Kriterien anhand von Praxisbeispielen wäre somit wünschenswert.

Die fundierte Beurteilung des Nachhaltigkeitspotenzials von partizipativ/partnerschaftlichen gegenüber traditionellen Governance-Formen wurde in diesem Kapitel als Forschungslücke identifiziert. Voraussetzung zur Behebung dieser Forschungslücke ist ein geeigneter Bewertungsansatz. Vorangehend wurden bestehende Bewertungsansätze aus der Literatur vorgestellt und auf deren Defizite verwiesen. Da kein Bewertungsansatz die skizzierten Anforderungen in Gänze erfüllen kann, wird dies in Folge als Anlass genommen zur Ausarbeitung eines adäquaten Bewertungsverfahrens. Entsprechend den gemachten Ausführungen sollte sich ein derartiges Bewertungsverfahren auf die Beurteilung von *policy*-Instrumenten konzentrieren. Die Bewertung der *policy*-Instrumente sollte auf begründete substanzielle Ziele ausgerichtet sein und auf einem umfassenden, theoretisch fundierten Ansatz beruhen, der Wirkungszusammenhänge von Einflussfaktoren mit individuellem Akteurhandeln in vorliegenden Kontexten beschreibt und es damit erlaubt, die Anreize zu bewerten, die von den Instrumenten auf das Handeln von Akteuren ausgehen, das potenziell mit Nachhaltigkeitsimplikationen versehen ist. Zudem sollte das Verfahren an Fallbeispielen getestet worden sein.

### 3 Substanzielle Ziele einer nachhaltigen Entwicklung

Das vorliegende Kapitel hat zum Ziel, die Merkmale einer nachhaltigen Entwicklung zu bestimmen, anhand derer eine Evaluation von *policy*-Instrumenten hinsichtlich ihres Nachhaltigkeitspotenzials durchgeführt werden kann. Entsprechende Merkmale werden als Nachhaltigkeitsziele betitelt. Im Kapitel 3.1 wird aufgezeigt, welche wissenschaftlichen Ansätze zu Nachhaltigkeitszielen sich in der Literatur ausmachen lassen. Dabei wird unterschieden zwischen prozessorientierten Zielen und ergebnisorientierten Zielen, wobei die ergebnisorientierten Ziele nochmals differenziert werden nach ökologisch ausgerichteten Zielen und gerechtigkeitsorientierten Zielen. In Kapitel 3.2 wird für die Wahl eines dieser Ansätze für die eingangs formulierte Zielsetzung argumentiert. Als geeignet wird eine integrative Orientierung der Nachhaltigkeitszielsetzung erachtet, die durch ein auf ein aggregiertes Nachhaltigkeitskriterium ausgerichtetes Zielsystem repräsentiert wird. In Kapitel 3.3 wird das Nachhaltigkeitszielsystem der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF) dargestellt, das dieser Anforderung entspricht. Das HGF-Zielsystem bildet die normative Vorlage für die Bewertungsgrundlage des Nachhaltigkeitspotenzials von *policy*-Instrumenten. Zur Erzielung einer verbesserten Anwendbarkeit für den erwünschten Zweck wird das Zielsystem allerdings nicht unverändert übernommen, sondern neu konfiguriert. Die entsprechende Adaption des Zielsystems erfolgt im Kapitel 3.4.

#### 3.1 Verschiedenartigkeit verwendeter substanzieller Nachhaltigkeitsziele

Nachhaltigkeitsbeurteilungen erfordern eine Orientierung an normativ definierten Nachhaltigkeitszielen – die substanziellen Nachhaltigkeitsziele – die die Merkmale einer nachhaltigen Entwicklung beschreiben. In der Literatur zur Nachhaltigkeits-Governance findet sich eine Vielzahl verschiedener substanzieller Nachhaltigkeitsziele. Teils werden diese Ziele von den Autoren explizit offen gelegt, teils lässt sich indirekt auf die unterstellten Ziele schliessen. Grob lassen sich die verwendeten substanziellen Ziele in zwei Gruppen unterteilen: die prozessorientierten Ziele sowie die ergebnisorientierten Ziele.

Bei den prozessorientierten Zielen liegt der Fokus auf den *polity*- und *politics*-Aspekten der Governance. Nachhaltigkeitsrelevanter Gegenstand ist die Ausgestaltung der Politikformulierungsprozesse, während inhaltliche Aspekte von Prozessergebnissen (die Wirkungen von *policy*-Instrumenten und -Massnahmen) als Zielgrösse zweitrangig behandelt werden. Dahinter steht die Idee, dass geeignete Prozesse zu zufriedenstellenden Ergebnissen führen. Als Begründung für die Ausrichtung auf den Prozess und die Ergebnisoffenheit wird auf die Vielseitigkeit des Nachhaltigkeitsbegriffes verwiesen, die verschiedenste Interpretationen zulässt,<sup>33</sup> sowie auf das Bestehen von *trade-offs*, die einen eindeutig besten Lösungsansatz verhindern. Daraus wird gefolgert, dass nachhaltige Entwicklung besser als Aushandlungsprozess mit der Absicht, eine

---

<sup>33</sup> Dedeurwaerdere verweist etwa auf die von Godard (2003) identifizierte biozentrische, anthropozentrische und ökonomische Interpretation von Nachhaltigkeit (2005: 10).

breit abgestützte Lösung herbeizuführen, denn als Zielzustand zu verstehen sei. Dedeurwaerdere (2005) spricht in diesem Zusammenhang von einem *social learning process*. Glasbergen & Driesen verweisen auf die von ihnen unterstützte „liberale“ Interpretation von Nachhaltigkeit, die ökologische, ökonomische und soziale Aspekte beinhaltet und die sich auszeichnet durch eine „*open-ended normative, political choice*“ (2002: 4). Loorbach interpretiert Nachhaltigkeit als erfolgreichen Umgang mit komplexen Problemen heutiger Industrienationen, wofür langfristig angelegte Problemlösungsstrategien auszuarbeiten sind:

*„Modern industrialized societies are however confronted with many complex and unstructured problems (e.g., in our welfare systems, environment, agriculture, energy, mobility, health care) for which long-term solution strategies need to be developed at the level of the society. We can refer to this as the challenge for (a form of) sustainable development [...]“* (2010: 162).

Nachhaltigkeitscharakterisierungen in der Art von Loorbach lassen offen, welchen Anforderungen die ausgehandelten bzw. ausgearbeiteten Entwicklungspfade genügen müssen. Damit setzen sie sich dem Vorwurf der Anfälligkeit für opportunistisches Verhalten aus.

Im Gegensatz dazu liegt der Fokus bei ergebnisorientierten Zielen nicht bei den prozessorientierten Anforderungen von Lösungsfindungen, sondern bei den Wirkungen von Handlungen. Im Folgenden werden zwei Gruppen ergebnisorientierter Nachhaltigkeitsziele unterschieden: ökologisch orientierte Ansätze sowie anthropozentrische Ansätze.

Ursprünglich bezog sich der Begriff Nachhaltigkeit auf die erhaltende Nutzung von erneuerbaren natürlichen Ressourcen. C. von Carlowitz, der im Jahr 1713 den Begriff „nachhaltende Nutzung“ erstmals schriftlich festhielt, beschrieb damit eine Nutzung natürlicher Ressourcen, die nicht über die natürliche Regenerationsrate hinausgeht. Auch heute noch findet ein solch ökologisch ausgerichtetes Nachhaltigkeitsverständnis, das auf den Erhalt natürlicher Ressourcen oder ganzer Ökosysteme beschränkt ist, viele Anhänger(innen). So misst etwa Ostrom in ihrer Forschung zum lokalen Ressourcenmanagement den Erfolg am langfristigen Fortbestand eines einzelnen lokalen Allmendegutes (siehe z.B. 1990 oder 2009).

Im Rahmen des Berichts ‚*Our Common Future*‘ der World Commission on Sustainable Development (Brundtland-Kommission) wurde der Nachhaltigkeitsbegriff neu gefasst. Das Nachhaltigkeitsverständnis im Bericht der Brundtland-Kommission stellt die menschlichen Bedürfnisse ins Zentrum, wobei speziell die Bedürfnisse armer Bevölkerungsschichten und jene zukünftiger Generationen hervorgehoben werden. Gleichzeitig wird auf die Bedeutung der Umwelt zur Bedürfnisbefriedigung hingewiesen. Das im Brundtland-Bericht unterstellte Nachhaltigkeitsverständnis betrachtet die Umwelt somit weiterhin als wichtiges Nachhaltigkeitselement, geht aber über eine rein ‚ökologische‘ Interpretation von Nachhaltigkeit im Sinne von Carlowitz hinaus und bringt den Gerechtigkeitsaspekt mit hinein. Der Brundtland-Bericht diente der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro im Jahr 1992 als Grundlage und bildete den normativen Rahmen der an der Konferenz beschlossenen Konventionen und Vereinbarungen (Lafferty 2004: 13). Seit der Konferenz in Rio fanden bereits mehrere Nachfolgekongressen statt. Das Nachhaltigkeitsverständnis des Brundtland-Berichts kann als derzeit gültiger Konsens der Staatengemeinschaft aufgefasst werden. Der Brundtland-



Bericht legt der Nachhaltigkeitsdefinition allerdings keine ausformulierten Ziele zugrunde. Im Rahmen der Rio-Konferenz und der Nachfolgekongressen wurden die von Brundtland aufgezeigte Stossrichtung im politischen Diskurs konkretisiert und entsprechende Ziele bzw. Massnahmepakete formuliert (z.B. Agenda 21, Millennium Development Goals und Sustainable Development Goals). Parallel dazu wandte sich ebenfalls die Wissenschaft dem Brundtland-Bericht zu mit dem Ziel einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der vom Bericht aufgeworfenen Idee einer nachhaltigen Entwicklung.

Unter Bezugnahme auf das erweiterte Nachhaltigkeitsverständnis des Brundtland-Berichts und zur weiteren Konkretisierung desselben wurde in der Literatur insbesondere das Drei-Säulen- (oder Dimensionen-/Kreise-) Modell (auch *triple bottom line*) einer nachhaltigen Entwicklung populär. Gemäss dem Drei-Säulen-Ansatz manifestiert sich nachhaltige Entwicklung in jeder der drei Säulen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt, die meist als gleichwertig aufgefasst werden. Zielsetzungen werden separat je Säule definiert; desgleichen erfolgen Massnahmenerarbeitungen und Erfolgskontrollen oft isoliert innerhalb einer Säule. Dabei macht der Drei-Säulen-Ansatz keine klaren Vorgaben betreffend die nachhaltigkeitsrelevanten Inhalte und die Abgrenzung der einzelnen Säulen. Eine solch offene Interpretation nachhaltiger Entwicklung hat den Vorteil, dass sich alle darin wiederfinden können. Sie ist somit breit konsensfähig und damit relativ unumstritten. Als Richtlinie für konkrete Handlungsanleitungen stösst sie jedoch an ihre Grenzen. In die Säulen kann beinahe Beliebiges hineininterpretiert werden, was gerade wünschenswert erscheint. Obwohl das Drei-Säulen-Modell als Konzeptualisierung der Brundtland-Definition intendiert war, scheint fraglich, ob die drei Säulen das Nachhaltigkeitsverständnis von Brundtland tatsächlich abbilden können. Es wird somit auch immer wieder Kritik an diesem Modell geäussert. Lehtonen führt in seinem Aufsatz vier in der Literatur geäusserte, fundamentale Kritikpunkte am Drei-Säulen-Modell auf (2004: 201):

- “[The three-pillar model] would likely reinforce the status quo, by legitimising the existing goals of the society, each government agency finding its own objectives corroborated in the concept of sustainable development.”
- “The model does not give any guidance on how to arbitrate between the unavoidably conflicting objectives of economic rationality (profitability), social justice and ecological equilibrium.”
- “[...] the three-pillar model contributes to strengthening the idea that the economy can be treated as a separate sphere, detached from the social context within which all human activities are embedded.”
- “[...] there are good reasons to believe that the three ‘dimensions’ of sustainable development are not qualitatively equal, but occupy different positions in a hierarchy.”

Der erste Kritikpunkt, den Lehtonen aufführt, ist das Fehlen einer direkt handlungsleitenden Funktion des Drei-Säulen-Modells. Beliebige Zielsetzungen lassen sich mit diesem Modell legitimieren, wodurch eine Beibehaltung des Status quo mit seinen existierenden Zielsetzungen wahrscheinlich wird. Der zweite Kritikpunkt betrifft die Zielkonflikte zwischen den drei Säulen. Das Drei-Säulen-Modell gibt keine Anhaltspunkte, wie mit konfligierenden Zielen zwischen den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft umzugehen ist, was wiederum belie-

bigen Interpretationsspielraum zulässt. Weiter monieren die Autoren die künstliche Trennung der Bereiche Wirtschaft und Gesellschaft. Diese Unterteilung verkennt den Sachverhalt, dass wirtschaftliche Tätigkeiten ein integrierter Bestandteil menschlicher Aktivitäten sind und nicht losgelöst vom gesellschaftlichen Kontext funktionieren. Schliesslich spricht Lehtonen Unsicherheiten bezüglich möglicher Hierarchien der drei Säulen an. So wird in Diskussionen zuweilen explizit oder implizit der Vorrang einer der Säulen unterstellt, wobei sich Argumente für eine Vorrangstellung jeder der drei Säulen finden. Damit lehnt sich dieser Kritikpunkt an die Frage nach dem Umgang mit Zielkonflikten zwischen den Säulen an.

Gegen die kritisierte isolierte Betrachtung der drei Säulen sprechen sich integrierte Ansätze aus. Integrative Ansätze versuchen, die häufig anzutreffende Sektorenpolitik, die sich beim Drei-Säulen-Modell in isolierten Massnahmen zur Zielerreichung innerhalb einer einzelnen Säule manifestiert, hinter sich zu lassen und die Wechselwirkungen von sektorspezifischen Aktivitäten auf anderweitige Gebiete mit zu berücksichtigen. Mit einer solch ganzheitlichen oder eben integrierten Sicht sollen unerwünschte bzw. unerwartete externe Effekte berücksichtigt werden. Integrative Konzepte berufen sich oftmals weiterhin auf den Drei-Säulen-Ansatz, fordern aber explizit die Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen den Säulen bei der Konzipierung bzw. Evaluation von Massnahmen/Projekten etc. (siehe beispielsweise Minsch et al. 1998). Zuweilen wird auch von einem Interessenausgleich oder einer Balance zwischen der ökologischen, ökonomischen und der sozialen Säule gesprochen. Allerdings tragen entsprechende Ansätze den Kritikpunkten von Lehtonen (2004: 201) nur bedingt Rechnung. Insbesondere stellt sich weiterhin die Frage, welche Ziele innerhalb der Säulen legitimierte Nachhaltigkeitsziele sind (erster Kritikpunkt) und damit einhergehend, ob den verschiedenen Säulen nicht eine Zielhierarchie inhärent ist (vierter Kritikpunkt). Obschon mit einer integrierten Betrachtung der Säulen Zielkonflikte offensichtlich zutage treten, fehlen zudem Richtlinien, an denen sich der Interessenausgleich bzw. die ‚Ausbalancierung‘ orientieren sollte (zweiter Kritikpunkt).

Ein Versuch, diese Unzulänglichkeiten zu überwinden, stellt das integrative, Brundtland-basierte Konzept der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF) dar, das von Kopfmüller et al. (2001) ausgearbeitet wurde. In ihrem Konzept werden die verschiedenen Nachhaltigkeitsdimensionen nicht mehr separat aufgeführt und gegeneinander abgegrenzt, sondern integriert betrachtet hinsichtlich eines übergeordneten Nachhaltigkeitsziels (aggregiertes Nachhaltigkeitskriterium). Das Resultat ist ein abgestuft gegliedertes Zielsystem einer nachhaltigen Entwicklung. Damit schufen die Autoren auch klare Orientierungsgrössen bei auftretenden Zielkonflikten. Das übergeordnete Nachhaltigkeitsziel gibt eine Antwort auf die Frage nach dem Zweck nachhaltiger Entwicklung und beruft sich hierbei auf Brundtland.

Eine weitere Gruppe von Nachhaltigkeitsansätzen, die anthropozentrisch begründet werden, sind Kapitalstockansätze. Kapitalstockansätze gehen zurück auf ein Modell, das aus den Arbeiten von Weltbank-Ökonomen hervorging (siehe Serageldin & Steer 1994). Kapitalien werden darin als Grundlage für die Generierung von Wohlfahrt angesehen. Unter Nachhaltigkeit wird die Verpflichtung verstanden, den zukünftigen Generationen dieselben Möglichkeiten zur Wohlfahrtgenerierung zuzugestehen wie den Heutigen. Um dieser Anforderung genügen zu können, müssen die Kapitalstöcke erhalten bleiben (bzw. sogar ausgedehnt werden, um dem Bevölke-

lungswachstum begegnen zu können). Im Weltbank-Modell werden vier Kapitalienarten unterschieden: ökologisches Kapital, Sachkapital (*man-made capital*), Humankapital und Sozialkapital. Je nach Lehrmeinung wird Substitution zwischen den einzelnen Kapitalienarten als zulässig, bedingt zulässig oder unzulässig aufgefasst (Ersteres wird als schwache Nachhaltigkeit bezeichnet, Letzteres als starke Nachhaltigkeit).<sup>34</sup> Die Forderung nach dem Kapitalienershalt stellt ebenfalls ein aggregiertes Nachhaltigkeitskriterium dar, das klare Handlungsrichtlinien bietet. So lässt sich anhand des Kriteriums herleiten, dass die Nutzung einer natürlichen Ressource unter Beachtung der Regenerationsrate zulässig ist. Allerdings muss bei einer Orientierung an schwacher Nachhaltigkeit die Frage geklärt werden, wie eine zulässige Kompensation unterschiedlicher Kapitalienarten auszusehen hat. Während der Brundtland-Definition nachhaltiger Entwicklung die intra- und intergenerative Gerechtigkeit als oberstes Nachhaltigkeitsziel inhärent ist, beschränkt sich die Zielsetzung der Kapitalstockansätze auf den Erhalt von Kapitalien. Aspekte zur Verwendung und Verteilung der Kapitalien – also Aspekte der intragenerativen Gerechtigkeit – bleiben in solchen Ansätzen aussen vor.

Vorangehend wurden die grundlegenden Stossrichtungen von wissenschaftlichen Ansätzen zu Nachhaltigkeitszielen dargestellt. Es wurde unterschieden zwischen prozessorientierten Zielen und ergebnisorientierten Zielen. Bei den ergebnisorientierten Zielen wurden ökologisch ausgerichtete Ansätze und Ansätze mit Fokus auf Gerechtigkeitsaspekte vorgestellt. Modelle in der Tradition von Brundtland sehen sich der intra- und intergenerativen Gerechtigkeit verpflichtet. Allerdings herrscht bei entsprechenden Ansätzen häufig ein sektorales Denken vor und es fehlen die integrative Perspektive sowie die Ausrichtung an einem übergeordneten Nachhaltigkeitskriterium. Ausnahme bildet der vorgestellte Ansatz von HGF. Kapitalstockmodelle weisen ebenfalls eine integrierte Betrachtungsweise mit Ausrichtung an einem Nachhaltigkeitskriterium auf, bedienen jedoch einzig den intergenerativen Gerechtigkeitsgedanken und blenden intragenerative Gerechtigkeitsaspekte aus.

### 3.2 Anforderungen an Nachhaltigkeitsziele als Bewertungsgrundlage nachhaltigkeitsförderlicher Politik-Instrumente

Im vorangegangenen Kapitel wurden verschiedene Ansätze von Nachhaltigkeitszielen vorgestellt. Folgend wird diskutiert, welcher Ansatz sich eignet als Grundlage der Bewertung der Nachhaltigkeitswirkungen von *policy*-Instrumenten.

Als erstes wurden im vorherigen Kapitel prozessorientierte Nachhaltigkeitsziele beschrieben. Derartige Ziele beziehen sich einzig auf die Phase der Ausarbeitung von *policy*-Instrumenten, definieren aber keine Ziele zu deren Wirkungsweisen. Prozessorientierte Ziele eignen sich daher nicht zur Bewertung von Nachhaltigkeitswirkungen entsprechender Instrumente. Ergebnisorientierte Nachhaltigkeitsziele, die die zweite Kategorie der vorgestellten Nachhaltigkeitsziele bilden, definieren im Gegensatz zu den prozessorientierten Ziele substanzielle Anforderungen an den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess. Ergebnisorientierte Nachhaltigkeitsziele eigenen

---

<sup>34</sup> Vgl. beispielsweise Steurer (2001), der in seinem Artikel die Existenz dreier eigenständiger Paradigmen der Nachhaltigkeit identifiziert.

sich daher grundsätzlich zur Beurteilung der Nachhaltigkeitswirkungen von *policy*-Instrumenten.

Ergebnisorientierte Nachhaltigkeitsziele aus der Literatur sind sehr unterschiedlich ausgestaltet. Unter der Forschungsgemeinschaft besteht kein Konsens über die Verwendung bestimmter Ziele. Da die Grundidee von Nachhaltigkeit in erster Linie ein gesellschaftliches Konzept ist, das im globalen Nachhaltigkeitsdiskurs umrissen wird, scheint es mir angezeigt, zur Beurteilung von Nachhaltigkeitswirkungen auf das international anerkannte Nachhaltigkeitsverständnis von Brundtland abzusetzen. Wird als Referenz die Nachhaltigkeitsdefinition des Berichts *Our Common Future* der *World Commission on Sustainable Development* (WCED 1987) herangezogen, dann gehen die Zielsetzungen einer nachhaltigen Entwicklung über den Erhalt (wichtiger) natürlicher Ressourcen bzw. anderweitiger Kapitalien hinaus und beinhalten letztendlich die Erfüllung von Gerechtigkeitsprinzipien. Diesem erweiterten Begriffsverständnis, wie es die Vereinten Nationen heute anwenden, kann die eng gefasste Nachhaltigkeitsauslegung ökologisch orientierter Konzepte nicht genügen. So bleiben soziale Aspekte, die in der Nachhaltigkeitsdiskussion einen prominenten Stellenwert inne halten, aussen vor. Auch Kapitalstockmodelle können den Forderungen von Brundtland nur ungenügend entsprechen. Ihnen fehlt die intragenerative Perspektive.

Nachhaltigkeitsansätze in der Tradition von Brundtland weisen allerdings häufig diverse Schwachpunkte auf. Beliebigkeit der Ziele und eine sektorspezifische Herangehensweise unter Ausblendung möglicher Wechselwirkungen gehört zu den Kritikpunkten, ebenso wie Unklarheit im Umgang mit Zielkonflikten (siehe vorangehend). Den Schwachpunkten kann begegnet werden mit einem integrierten Ansatz, der ein Nachhaltigkeitszielsystem hinsichtlich einer aggregierten Nachhaltigkeitszieldimension im Sinne von Brundtland beinhaltet. Der Nachhaltigkeitsansatz von HGF (Kopfmüller et al. 2001) liefert einen theoretisch fundierten Vorschlag eines Zielsystems, das dieser Anforderung genügen kann. Das entsprechende Zielsystem in Form von Nachhaltigkeitsregeln wurde im Rahmen eines integrativen Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung formuliert. Die Nachhaltigkeitsregeln von HGF werden in der weiterführenden Arbeit als Ausgangslage genommen zur Definition einer Zielfunktion für die Beurteilung des Nachhaltigkeitspotenzials von *policy*-Instrumenten. Im folgenden Kapitel wird der Nachhaltigkeitsansatz von HGF vorgestellt (Kapitel 3.3). Im Anschluss daran erfolgt eine Adaption des Ansatzes, aus der die dieser Arbeit zugrunde gelegten Nachhaltigkeitsziele resultieren (Kapitel 3.4).

### 3.3 Das integrative Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung von HGF

#### 3.3.1 Überblick über das Leitbild

Das integrative Leitbild zur Nachhaltigen Entwicklung von HGF umfasst konstitutive Elemente, Nachhaltigkeitsregeln und Indikatoren. Die konstitutiven Nachhaltigkeitsanforderungen bilden die zentralen Forderungen des Brundtland-Reports und der darin enthaltenen Brundtland-Nachhaltigkeitsdefinition ab (Kopfmüller et al. 2001: 129ff). Die Autoren heben unter Berufung auf den Report die Gerechtigkeitsperspektive für die Konzeption nachhaltiger Entwicklung als konstitutives Element hervor (ebd.: 163). Inter- und intragenerative Gerechtigkeit werden dabei als gleichrangig betrachtet (ebd.: 165). Randbedingungen zum Postulat der inter- und intragene-

rativen Gerechtigkeit sind im Leitbild von Kopfmüller et al. die globale Perspektive und ein anthropozentrischer Ansatz (ebd.: 164). Die konstitutiven Elemente werden von den Autoren „übersetzt“ in drei generelle Ziele der nachhaltigen Entwicklung (ebd.: 164): Die Sicherung der menschlichen Existenz, die Erhaltung des gesellschaftlichen Produktivpotenzials und die Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten der Gesellschaft (ebd.: 165). Zu jedem der drei Ziele formulieren die Autoren Mindestanforderungen. Die drei generellen Ziele mit ihren Mindestanforderungen bilden die substanziellen Nachhaltigkeitsregeln. Im Weiteren enthält das Nachhaltigkeitsleitbild von HGF zehn instrumentelle Regeln, die Anforderungen an die Realisierung der substanziellen Ziele formulieren oder in den Worten von Kopfmüller et al. „den Weg zur Erfüllung der Mindestanforderungen betreffen“ (ebd.: 171). Konkret beschreiben die instrumentellen Regeln die „institutionellen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen“, welche zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung vorliegen sollten (ebd.: 171). Sowohl zu den substanziellen wie auch den instrumentellen Regeln wurden Mess-Indikatoren formuliert, die ein Monitoring der Zielerfüllung erlauben sollen. Im vorliegenden Kapitel sollen einzig die grundlegenden – konstitutiven – Merkmale einer nachhaltigen Entwicklung definiert werden, nicht aber bereits Aussagen zu Realisierungsansätzen gemacht werden. Daher wird im Folgenden das Augenmerk auf den substanziellen Teil des HGF-Ansatzes gerichtet, also jene Nachhaltigkeitsregeln, die die konstitutiven Merkmale einer nachhaltigen Entwicklung beschreiben. Neben den eigentlichen substanziellen Regeln – die den substanziellen Anspruch bereits im Namen tragen – zählen auch zwei instrumentellen Regeln dazu, die einen substanziellen Charakter im Sinne eines der generellen Ziele des HGF-Ansatzes aufweisen und nicht einzig nur als Umsetzungsmassnahme aufgefasst werden können. Die beiden Regeln werden daher in den folgenden Ausführungen ebenfalls unter dem entsprechenden generellen Ziel aufgeführt (Ziel der Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten). Demgegenüber haben manche der substanziellen Regeln trotz des substanziellen Anspruchs eher eine instrumentelle Wertigkeit inne, indem sie als Umsetzungsmassnahme von anderweitigen Regeln angesehen werden können. Dieser Aspekt wird im Kapitel 3.4 diskutiert, wenn es darum geht, aus den vorgestellten Regeln Nachhaltigkeitsziele zur Bewertung von *policy*-Instrumenten herzuleiten.

### 3.3.2 Die substanziellen Nachhaltigkeitsregeln von HGF

Die substanziellen Nachhaltigkeitsanforderungen von Kopfmüller et al. sind unterteilt in drei generelle Ziele mit jeweils fünf Mindestanforderungen in Form von Regeln. Die drei generellen Ziele sind eine notwendige und hinreichende Bedingung für die Erfüllung der konstitutiven Anforderungen (Kopfmüller et al. 2001: 165). Die Mindestanforderungen zu den drei Zielen wurden von den Autoren unter Beiziehung der relevanten Literatur hergeleitet. „Bei der Auswahl, Begründung und konkreten Formulierung dieser Mindestanforderungen wurde auch auf die im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte massgeblichen nationalen und internationalen Deklarationen sowie auf die wissenschaftlichen Debatten und Ausführungen [...] zurückgegriffen“ (ebd.: 166-167). Zu den berücksichtigten Wissenschaftsgebieten gehören u.a. die Gerechtigkeits-theorie, die Systemtheorie, die Ressourcenökonomie, die Wirtschaftsethik und die Institutionentheorie. Die drei generellen Ziele und die dazugehörigen Mindestanforderungen sind in der

Tabelle 1 dargestellt. Die Inhalte dieser substanziellen Nachhaltigkeitsregeln von Kopfmüller et al. (2001) werden nachfolgend näher vorgestellt.

<b>Substanzielle Regeln einer nachhaltigen Entwicklung</b>		
<i>Sicherung der menschlichen Existenz</i>	<i>Erhaltung des gesellschaftlichen Produktivpotenzials</i>	<i>Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten</i>
Schutz der menschlichen Gesundheit	Nachhaltige Nutzung erneuerbarer Ressourcen	Chancengleichheit
Gewährleistung der Grundversorgung	Nachhaltige Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen	Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen
Selbständige Existenzsicherung	Nachhaltige Nutzung der Umwelt als Senke	Erhaltung des kulturellen Erbes und der kulturellen Vielfalt
Gerechte Verteilung der Umweltnutzungsmöglichkeiten	Vermeidung unvertretbarer technischer Risiken	Erhaltung der kulturellen Funktion der Natur
Ausgleich extremer Einkommens- und Vermögensunterschiede	Nachhaltige Entwicklung von Sach-, Human- und Wissenskapital	Erhaltung der sozialen Ressourcen

*Tabelle 1: Die substanziellen Regeln einer nachhaltigen Entwicklung von Kopfmüller et al. (2001: 172)*

### *Sicherung der menschlichen Existenz*

Das erste der drei generellen Ziele ist die ‚Sicherung der menschlichen Existenz‘. Eine notwendige Voraussetzung hierfür ist, dass die menschliche Gesundheit bewahrt bleibt. Der ‚Schutz der menschlichen Gesundheit vor Risiken anthropogen bedingter Umweltbelastung‘ stellt daher die erste Regel zum ersten generellen Ziel dar. Ebenfalls bedingt Existenzsicherung, dass die existenziellen Bedürfnisse befriedigt werden können. Die zweite Regel formuliert daher die ‚Gewährleistung der Grundversorgung‘ als weitere notwendige Bedingung zur Erfüllung des generellen Ziels. Zur Grundversorgung zählen „Ernährung, Kleidung, Wohnung, medizinische Grundversorgung, Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen sowie die Absicherung gegen zentrale Lebensrisiken wie Krankheit, Invalidität und soziale Notlagen“ (Kopfmüller et al. 2001: 167). Die Autoren betonen jedoch, dass in Anlehnung an den Capability-Ansatz die Sicherung der menschlichen Existenz nicht nur in der Sicherung des „nackten Überlebens“ (ebd.: 167) besteht, sondern die bestmögliche Befähigung der Individuen einschliesst, ihr Leben in aktiver und produktiver Weise selbst zu gestalten und nicht von Transferzahlungen abhängig zu sein (ebd.: 167). Die Autoren formulieren daher die ‚selbstständige Existenzsicherung‘ als weitere Regel. Diese verlangt die Möglichkeit, die Existenzsicherung durch eine frei übernommene Tätigkeit (beinhaltet Erwerbsarbeit ebenso wie Versorgungs-, Gemeinschafts- und Eigenarbeit (ebd.: 207)) zu gewährleisten. Eine selbstständige Existenzsicherung erfordert weiter, dass die hierzu notwendigen natürlichen Ressourcen bzw. finanziellen Mittel den Individuen zugestanden werden. Unterziele der Sicherung der menschlichen Existenz sind nach Kopfmüller et al. daher auch die ‚gerechte Verteilung der Umweltnutzungsmöglichkeiten‘ und der ‚Ausgleich extremer Einkommens- und Vermögensunterschiede‘. Hinsichtlich der gerechten Verteilung von Umweltnutzungsmöglichkeiten sehen die Autoren von der Benennung „eines einzigen generell verbindlichen Verteilungskriteriums“ ab (ebd.: 214). Über Verteilungs-

fragen soll im Einzelfall auf Basis eines Kriteriengefüges entschieden werden. Dabei muss sichergestellt werden, dass der Entscheidungsprozess in gerechter Weise durchgeführt wird (prozedurale Gerechtigkeit) (ebd.: 214). Betreffend den Ausgleich extremer Vermögensunterschiede betonen die Autoren die Wichtigkeit der Möglichkeit zur Teilhabe: Die Einkommens- und Vermögensverteilung „muss zumindest insofern gerecht sein, als extreme Armut, die eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unmöglich machen und zur sozialen Exklusion führen würde, ausgeschlossen sein muss“ (ebd.: 168). Die Regel zum Ausgleich von Einkommens- und Vermögensunterschieden sehen die Autoren neben der Chancengleichheit als eine der Ebenen von Verteilungsgerechtigkeit (ebd.: 215). Zum Aspekt der Chancengleichheit wurde eine eigene Regel formuliert (siehe unter nachfolgender Überschrift ‚Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten‘).

#### *Erhaltung des gesellschaftlichen Produktivpotenzials*

Das zweite generelle Ziel einer nachhaltigen Entwicklung ist nach Kopfmüller et al. (2001) die Erhaltung des gesellschaftlichen Produktivpotenzials. Dieses Ziel ist auf das Potenzial zur Befriedigung materieller Bedürfnisse ausgerichtet. Als Regeln ziehen die Autoren die ‚ökologischen Managementregeln‘ heran, die als Überbegriff fungieren für die verschiedenen Interpretationen der *principles of sustainable development* von Pearce und Turner (1990) bzw. Daly (1990).<sup>35</sup> Die entsprechenden Regeln bei Kopfmüller et al. zielen darauf ab, das Naturkapital als essenzielle Grundlage jeglicher Güter- und Dienstleistungsproduktion zu erhalten. Im Weiteren anerkennen die Autoren das Sach-, Human- und Wissenskapital als Produktionsfaktoren und fordern in einer weiteren Regel eine nachhaltige Entwicklung derselben.

Die Regeln ‚nachhaltige Nutzung erneuerbarer Ressourcen‘, ‚nachhaltige Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen‘ und ‚nachhaltige Nutzung der Umwelt als Senke‘ orientieren sich an den ökologischen Managementregeln. Die Operationalisierung der ersten Regel sehen die Autoren für lebende Ressourcen wie auch für die gesamte Artenvielfalt von Ökosystemen (Biodiversität) in der Beachtung des *safe minimum standard*, der die Grenze der Entnahme erneuerbarer Ressourcen signalisiert (Kopfmüller et al. 2001: 220/221). Diese Grenze steht für jene Populationsgrösse, die gewährleistet, dass auch unter Stress eine Regeneration noch möglich ist. Damit eine Regeneration gewährleistet ist, muss die Nutzung dergestalt erfolgen, dass die für das Überleben einer Population notwendigen Umweltbedingungen erhalten bleiben (und so die natürliche Regenerationsrate nicht sinkt). Zur Umsetzung der zweiten Regel schlagen die Autoren vor, eine Nutzung nicht-erneuerbarer Ressourcen in einem solchen Umfang zuzulassen, dass die Reichweite<sup>36</sup> der nachgewiesenen nicht-erneuerbaren Ressourcen über die Zeit erhalten bleibt (ebd.: 227). Die Bestimmung der zu erhaltenden Reichweite soll in Bezug auf einen Stichtag festgelegt werden. Die Umsetzung der Regel erfordert gemäss den Autoren entweder den Ver-

<sup>35</sup> Die generell unter den ökologischen Managementregeln verstandenen *principles of sustainable development* lauten:

- „*Harvesting rates of renewable natural resources should not exceed regeneration rates*
- *Non-renewable resources should be exploited, but at a rate equal to the creation of renewable substitutes*
- *Waste emission should not exceed the assimilative capacities of the receiving environment*“ (Kopfmüller et al. 2001: 63).

<sup>36</sup> Die Reichweite drückt aus, wie lange es unter aktuellen (oder prognostizierten) Fördermengen dauert, bis eine Ressource erschöpft ist.

zucht auf die Ressourcennutzung, die kontinuierliche Effizienzsteigerung in der Nutzung, die Substitution durch erneuerbare Ressourcen oder die Erschliessung neuer Quellen (ebd.: 231). Die dritte Regel verlangt die Beachtung der Assimilationskapazitäten von Ökosystemen, die zur Vermeidung von irreversiblen Schäden nicht überschritten werden dürfen. Die Autoren weisen darauf hin, dass zur Umsetzung dieser Regel nicht nur eine Schadstoffkontrolle vonnöten ist, sondern genauso eine Reduktion von Stoff- und Energieumsätzen (ebd.: 232-233).

Zusätzlich zu den drei ökologischen Managementregeln formulieren die Autoren die Regel ‚Vermeidung unvertretbarer technischer Risiken‘. Durch Technologien verursachte Ereignisse mit katastrophalen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt sollen verhindert werden. Mit dieser Regel beabsichtigen die Autoren eine spezielle Hervorhebung des in den drei Managementregeln nur unterschwellig berücksichtigten Risikoaspekts.

Die letzte Regel des zweiten generellen Ziels ist die ‚nachhaltige Entwicklung von Sach-, Human- und Wissenskapital‘. Für das Sachkapital definieren die Autoren ‚nachhaltig‘ dergestalt, dass mindestens so viel Kapital zur Verfügung stehen muss, wie für die Produktion jener Menge von Gütern und Dienstleistungen nötig ist, die es braucht, um die übrigen substanziellen Regeln zu erfüllen. Sachkapital soll ausserdem möglichst anpassungsfähig gestaltet sein, um zukünftige Umnutzungen aufgrund veränderter Ansprüche zu ermöglichen (Kopfmüller et al. 2001: 242-243). Humankapital beschreibt personengebundene Fähigkeiten und Kenntnisse, während Wissenskapital für nicht personengebundenes Wissen steht. Dem Wissenskapital ordnen die Autoren u.a. Publikationen oder Datenbanken, aber ebenfalls Institutionen, Traditionen und Organisationsstrukturen zu. Bezüglich Human- und Wissenskapital fordern die Autoren die Erhaltung und qualitative Verbesserung des Kapitalstocks. Allerdings fordern die Autoren nicht „die dauerhafte Konservierung aller jemals angehäufter Wissensbestände [...], sondern die Erhaltung bzw. Dokumentation zumindest grundlegender Kompetenzen für wesentliche gesellschaftliche Produktions- und Anwendungsfelder“ (ebd.: 244). Bildung und Wissensgenerierung für eine nachhaltige Entwicklung soll auf den Erwerb von Gestaltungskompetenz ausgerichtet sein. Gefordert wird vorausschauendes vernetztes Denken, interkulturelle Verständigung, Fähigkeit zur Solidarität, etc. (ebd.: 245).

### *Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten*

Als drittes generelles Ziel formulieren die Autoren die Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten der Gesellschaft. Während der Fokus des zweiten generellen Ziels auf den Grundlagen zur Befriedigung materieller Bedürfnisse lag, sehen die Autoren die Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten der Gesellschaft als Erweiterung des zweiten Ziels hinsichtlich der immateriellen Bedingungen für eine menschenwürdige Existenz. Diese umfassen Aspekte wie Integration, Teilhabe, Kommunikation, Bildung, Kontemplation, ästhetische Erfahrung, Freizeit und Erholung (Kopfmüller et al. 2001: 246).

Die Regel ‚Chancengleichheit‘ bildet den Anspruch aller Personen auf die Teilhabe an der Gesellschaft als „Vollbürger“ (Kopfmüller et al. 2001: 247) ab. Unter diesen Anspruch fassen die Autoren die Möglichkeit der Personen, „die subjektiven Freiheitsrechte und politischen Rechte wahrnehmen als auch die eigenen Talente und Lebenspläne verwirklichen zu können“ (ebd.:



247). Chancengleichheit wird von den Autoren in Bezug auf Zugang zu Bildung, Information, Arbeitsmöglichkeiten sowie Ämtern und Positionen gefordert (ebd.: 247). Unter chancengleichem Zugang verstehen die Autoren Diskriminierungsfreiheit bezüglich Merkmalen wie Geschlecht und Ethnie. Ebenso fordert Chancengleichheit die Vermeidung einer systemischen sozialen Exklusion wie etwa Dauerarbeitslosigkeit oder Obdachlosigkeit (ebd.: 247). Der Fokus dieser Regel liegt daher bei traditionell besonders benachteiligten Gruppen (ebd.: 247).

Teilhabe an der Gesellschaft bedingt ebenfalls die Möglichkeit der Gesellschaftsmitglieder zur Mitsprache an gesellschaftlich relevanten Entscheidungen. Die ‚Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen‘ ist daher eine weitere Regel. Den Anspruch auf Teilhabe an Entscheidungsprozessen bewerten die Autoren unter Berufung auf den Nachhaltigkeitsdiskurs und sozialwissenschaftliche sowie politphilosophische Quellen jedoch nicht nur unter normativen, sondern ebenso unter funktionalen Aspekten als erforderlich (Kopfmüller et al. 2001: 251ff). Eine erfolgreiche Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung bedarf demnach einer breiten Abstützung durch die betroffene Bevölkerung.

Ein weiterer Aspekt des generellen Ziels zur Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten der Gesellschaft wird unter die Regel ‚Erhaltung des kulturellen Erbes und der kulturellen Vielfalt‘ gefasst. Hierbei wird der Kultur sowohl ein instrumenteller Charakter bei der sozio-ökonomischen Entwicklung von Gesellschaften wie auch das Innehaben einer eigenständigen Wertigkeit für Personen zugeschrieben. Kultur kann einerseits zur Verwirklichung ökonomischer und sozialer Ziele beitragen. Andererseits definiert die Kultur selbst einen Teil der Bedürfnisse und die Wege der Bedürfnisbefriedigung. Die Autoren unterstellen ein breit gefasstes Kulturverständnis. Kultur zeigt sich unter anderem in der Interaktion der Menschen untereinander und mit ihrer Umwelt und umfasst „nicht nur spektakuläre kulturelle Monumente, sondern auch kulturelle Fähigkeiten und Fertigkeiten des Alltags, sowie das immaterielle, in Traditionen enthaltene kulturelle Gedächtnis [...]“ (Kopfmüller et al. 2001: 257). Die Vielfalt der kulturell bestimmten Konsum- und Produktionsgewohnheiten sowie der kulturellen Praktiken und Werthaltungen sind der Regel gemäss zu erhalten. Eine wichtige Rolle bei der Befriedigung kulturell bestimmter Bedürfnisse wie beispielsweise Naturerfahrung oder Freizeitaktivitäten spielt ebenfalls die Natur. Mit der Regel zur ‚Erhaltung der kulturellen Funktion der Natur‘ – der vierten Regel zum dritten generellen Ziel – tragen die Autoren diesem Umstand Rechnung.

Der Erhalt der Vielzahl verschiedener, nebeneinander existierender Kulturen erfordert wechselseitigen Respekt (Kopfmüller et al. 2001: 258). Gleichzeitig müssen mögliche Widersprüche zwischen kulturellen Praktiken und individualistischen Freiheiten der Menschenrechte ausbalanciert werden (ebd.: 258). Respekt und die Fähigkeit, Interessenskonflikte auszubalancieren, sind somit weitere Tugenden, die eine nachhaltig agierende Gesellschaft aufbringen muss. In der Regel ‚Erhaltung der sozialen Ressourcen‘ findet dieser Aspekt Beachtung. Mit der Bezeichnung ‚soziale Ressourcen‘ beziehen sich die Autoren auf ein Konzept von Empacher & Wehling (1998). Demgemäss umfassen ‚Sozialressourcen‘ Sozialkapital, Kulturkapital und Wissenskapital (bezüglich sozialer und kultureller Sachverhalte). Darauf basierend definieren Kopfmüller et al. die im Rahmen ihres Zielsystems relevante Spezifizierung der sozialen Ressourcen als „Rechts- und Gerechtigkeitssinn, Toleranz, Solidarität und Gemeinwohlorientierung sowie Potenziale der

gewaltfreien Konfliktregelung“ (2001: 268). Die sozialen Ressourcen sollen „den sozialen Zusammenhalt, die Integration der Gesellschaft erhalten und stärken“ (ebd.: 266). „Wesentliche gesellschaftliche Fragen sollen auf der Basis von wechselseitigem Respekt in öffentlichen gesellschaftlichen Diskursen und gemeinsamer politischer Praxis beantwortet und entschieden werden“ (ebd.: 269).

Die beiden als instrumentell deklarierten Regeln ‚Resonanzfähigkeit der Gesellschaft‘ und ‚Steuerungsfähigkeit‘ beschreiben ebenfalls einen Aspekt des generellen Ziels der Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten der Gesellschaft und beinhalten damit auch einen substanziellen Charakter. Resonanzfähigkeit fordern die Autoren „gegenüber Problemen in der Natur- und Anthroposphäre“ (ebd.: 303). Institutionelle Innovationen sollen dazu verhelfen, Signale der Umwelt, die auf nicht-nachhaltige Entwicklungen hinweisen, besser zu erkennen und adäquat darauf zu reagieren (ebd.: 303). Dank dem Erhalt der Steuerungsfähigkeit der Gesellschaft sollen Anpassungen im Lebenswandel der Menschen erwirkt werden können, die notwendig sind, um den Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung gerecht zu werden (ebd. 307).

### 3.4 Zielsystem einer nachhaltigen Entwicklung in Anlehnung an HGF

Vorhergehend wurde der Nachhaltigkeitsansatz von HGF vorgestellt. Mit den substanziellen Nachhaltigkeitszielen sind die Autoren des HGF-Konzepts einer nachhaltigen Entwicklung meiner Ansicht nach dem Anspruch eines integrierten, auf dem Brundtland-Report aufbauenden Zielsystems gerecht geworden. Die substanziellen Regeln sind damit ein geeigneter Ausgangspunkt zur Definition eines Nachhaltigkeitszielsystems als Grundlage der Beurteilung des Nachhaltigkeitspotenzials politischer Instrumente. Die substanziellen Regeln von HGF werden in Folge allerdings nicht eins zu eins übernommen. Stattdessen wird nun ausgehend von den substanziellen HGF-Regeln ein eigenes Zielsystem formuliert, das die Verständlichkeit und Anwendbarkeit im Hinblick auf einen Einsatz im Rahmen der Beurteilung des Nachhaltigkeitspotenzials von politischen Instrumenten garantieren soll. Die normative Substanz des weiterentwickelten Zielsystems bilden dabei die HGF-Regeln. Die Adaption derselben beruht insbesondere auf Anpassungen bezüglich der Relationen der substanziellen HGF-Regeln untereinander. So sind die Regeln des Zielsystems alle gleichrangig nebeneinander gestellt. Aus den Regeln lässt sich teils aber eine gewisse ‚Zielhierarchie‘ herauslesen bzw. lassen sich Regelüberschneidungen feststellen. So erfordert die Gewährleistung der Grundversorgung für zukünftige Generationen eine nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen und anderweitigen Kapitalien. Die Regel ‚Selbstständige Existenzsicherung‘ ist gemäss den Autoren übergeordnetes Ziel zu den Regeln ‚Gerechte Verteilung der Umweltnutzungsmöglichkeiten‘ und ‚Ausgleich extremer Einkommens- und Vermögensunterschiede‘. Gleichzeitig sind ebenso Aspekte der Chancengleichheit der selbstständigen Existenzsicherung zuzuordnen. Weiter impliziert eine konsequente Anwendung der Regel ‚Erhaltung des kulturellen Erbes und der kulturellen Vielfalt‘ die Bewahrung der zugehörigen materiellen bzw. natürlichen Kulturgüter, wobei für Letzteres das Regelsystem eine zusätzliche Regel zum ‚Erhalt der kulturellen Funktion der Natur‘ vorsieht. Auch könnte man noch weitergehend argumentieren, dass der Erhalt des kulturellen Erbes in den verschiedenen

Regeln zur nachhaltigen Nutzung von Kapitalien inhärent ist. So etwa im Wissenskapital, das explizit auch Institutionen und Traditionen umfasst, oder im Sachkapital und im Naturkapital mit den kulturelevanten Artefakten und Naturgütern. Mit einer solchen Auslegung würde sich eine explizite Aufführung der Regel zur Erhaltung des kulturellen Erbes erübrigen. Im angepassten Zielsystem wird daher versucht, Regelüberschneidungen soweit möglich zu vermeiden. In diesem Zusammenhang werden auch Inhalte aus dem Regelsystem der Mindestanforderungen herausgelöst, die einen generellen Charakter aufweisen, und in Konsequenz den generellen Zielen zugeordnet. Neben Überschneidungen finden sich bei manchen Regeln aber auch Doppelfunktionen im Rahmen einer einzelnen Regel. Beispielsweise beschreibt die Regel ‚Partizipation an Entscheidungsprozessen‘ das aus einer Nachhaltigkeitsperspektive unabdingbare normative Recht von Personen zur Teilhabe an relevanten gesellschaftlichen Entscheidungen. Gleichzeitig teilen die Autoren dieser Regel auch einen funktionalen Aspekt zu, der auf die Bewahrung einer funktionsfähigen Gesellschaft abzielt. In solchen Fällen wird im adaptierten Zielsystem versucht, diese Doppelfunktionen aufzutrennen.

Die folgenden Kapitel 3.4.1 bis 3.4.6 führen die Kategorien des angepassten Zielsystems ein und erläutern die zugehörigen Inhalte.

### 3.4.1 Aufbau des Zielsystems

Das im Rahmen dieser Forschungsarbeit angewandte Zielsystem einer nachhaltigen Entwicklung bezweckt eine Beschreibung, wodurch sich Nachhaltigkeit in ihrem Grundsatz auszeichnet. Die Zweiteilung in generelle Ziele und Mindestanforderungen entspricht dem Prinzip von HGF. Allerdings werden einige der Mindestanforderungen von HGF im vorliegenden System den generellen Zielen zugeordnet und umgekehrt generelle Ziele von HGF neu als Mindestanforderungen interpretiert. Ziel ist die konsequente Unterscheidung zwischen den normativen übergeordneten Ansprüchen einer nachhaltigen Entwicklung und den notwendigen Voraussetzungen, die geeignet sind, die übergeordneten Ziele zu verwirklichen. Die Mindestanforderungen sind somit als Konkretisierung der generellen Ziele zu verstehen. Abbildung 1 stellt das in Anlehnung an den Ansatz von HGF entwickelte Zielsystem dar.



Abbildung 1: Zielsystem einer nachhaltigen Entwicklung in Anlehnung an HGF

### 3.4.2 Generelle Ziele und Mindestanforderungen

Der Argumentation von HGF folgend geht das Zielsystem von einem anthropozentrischen Ansatz aus und sieht in der intra- und intergenerativen Gerechtigkeit die Essenz von Nachhaltigkeit. In der Brundtland-Definition wird als Zieldimension von Nachhaltigkeit die Möglichkeit der Bedürfnisbefriedigung aufgeführt (WCED 1987). Kopfmüller et al. (2001) konkretisieren diesen Bedürfnisbegriff, indem sie einerseits existenzielle Bedürfnisse darunter fassen, die Ausdruck sind der Sicherstellung des physischen Überlebens, andererseits aber auch das Verlangen nach einem würdevollen, menschlichen, selbstbestimmten Dasein dazu zählen. Diese Ansprüche sollen dabei gemäss der intra- und intergenerativen Ausrichtung bei jeder heute und zukünftig lebenden Person bedient werden können. Damit ist das übergeordnete Nachhaltigkeitsziel des angepassten Zielsystems umschrieben. Dieses übergeordnete Ziel wird von den generellen Zielen abgebildet (siehe Abbildung 1). Die generellen Ziele unterscheiden zwischen den Ansprüchen heutiger und jenen zukünftiger Generationen. Gemäss den generellen Zielen kennzeichnet sich Nachhaltigkeit dadurch, dass alle gegenwärtig lebenden Personen die Grundlagen für eine menschenwürdige und selbstständige Existenz gesichert sehen und zudem die Grundlagen zur Verfügung stehen, damit ein solches Ergebnis auch in Zukunft erreicht werden kann. Dass die Forderung nach Existenzsicherung im generellen Ziel in einem umfassenden Sinne zu verstehen ist und über die reine physische Überlebenssicherung hinausgeht, wird durch die Attribute ‚menschenwürdig‘ und ‚selbstständig‘ verdeutlicht. Ziel ist letztlich, ein Leben zu garantieren, das einer Person auch lebenswert erscheint, indem nebst der Überlebenssicherung auch grundlegenden menschlichen Bedürfnissen wie Unternehmensfähigkeit, Eigenständigkeit und Zugehörigkeit zur Gesellschaft entsprochen wird.

Die Mindestanforderungen beschreiben die Voraussetzungen, die mindestens zutreffen müssen, damit die generellen Nachhaltigkeitsziele als erfüllt bezeichnet werden können. Die Mindestanforderungen sind in vier Kategorien unterteilt. Die erste Kategorie formuliert die Gewährleistung der Grundversorgung und Gesundheitsschutz als Mindestanforderung zum Ziel der gegenwärtigen Existenzsicherung. Damit zielt diese Kategorie auf die unmittelbare, möglichst leidensfreie physische Überlebenssicherung ab. Die zweite Kategorie von Mindestanforderungen beschreibt die Grundlagen der menschenwürdigen, selbstständigen Existenzsicherung, die über die Gewährleistung einer schlichten Grundversorgung hinausreichen und in Form von zusätzlichen elementaren Rechten zur Verwirklichung dieses generellen Ziels beitragen. Hinter dem umfassenden Anspruch von Existenzsicherung gemäss den Forderungen ‚menschenwürdig‘ und ‚selbstständig‘ stehen Auffassungen von persönlichen Rechten wie Chancengleichheit und Partizipationsmöglichkeiten (näheres dazu siehe Kapitel 3.4.4).

Die erste und zweite Kategorie der Mindestanforderungen beziehen sich auf den Aspekt der intragenerativen Gerechtigkeit. Sie bezwecken, die grundlegenden Bedürfnisse heutiger Personen nach einer menschenwürdigen und selbstständigen Existenzsicherung zu befriedigen. Die dritte und vierte Kategorie von Mindestanforderungen widmen sich dem Aspekt der intergenerativen Gerechtigkeit. Das zugehörige Nachhaltigkeitsziel bezweckt die gegenwärtige Bereitstellung bzw. Bewahrung der Grundlagen zur zukünftigen menschenwürdigen und selbstständigen Existenzsicherung. Die zukünftige Existenzsicherung beinhaltet die zukünftige Grundversor-

gung und Gewährleistung der elementaren gesellschaftlichen Rechte. Grundlage derselben sind die entsprechenden Produktionskapitalien, die zukünftigen Generationen zur Verfügung stehen müssen. Damit dies der Fall ist, braucht es gegenwärtig einen sorgsamen, bewahrenden Umgang mit den relevanten Kapitalien. Zukünftige Generationen müssen die Verteilung der Ressourcen für sich selbst vornehmen. Dennoch können bereits gegenwärtig Grundlagen bereitgestellt werden, damit diese Verteilung im Sinne des generellen Nachhaltigkeitsziels der Sicherung der menschenwürdigen und selbstständigen Existenz vonstattengeht. So können bestimmte Wertesets innerhalb einer Gesellschaft für die Wahrscheinlichkeit einer nachhaltigkeitskonformen Verteilung förderlich sein (siehe Kapitel 3.4.6). Derartige gesellschaftliche Werte beschreiben somit eine weitere Kategorie von Mindestanforderungen für das generelle Nachhaltigkeitsziel der Bereitstellung der Grundlagen für die zukünftige menschenwürdige, selbstständige Existenzsicherung. Diese Kategorie von Mindestanforderungen wird als Bewahrung gesellschaftsrelevanter Werte bezeichnet.

Die folgenden vier Kapitel führen die Inhalte der vier Kategorien von Mindestanforderungen noch weiter aus und zeigen die Verknüpfung mit dem substanziellen Nachhaltigkeitszielsystem von HGF auf.

### 3.4.3 Gewährleistung Grundversorgung und Gesundheitsschutz

Die Intention der Zielkategorie ‚Gewährleistung der Grundversorgung und Gesundheitsschutz‘ liegt in der Sicherstellung des möglichst leidensfreien Überlebens. Dies bedingt, dass essenzielle Bedürfnisse der menschlichen Existenz befriedigt werden. Daneben ist darin auch die Abwesenheit von (vermeidbaren) Gesundheitsrisiken impliziert. Somit lassen sich im Rahmen der Zielkategorie folgende zwei Zielsetzungen unterscheiden:

- Befriedigung essenzieller Bedürfnisse (Nahrung, Unterkunft, Kleidung, Hygiene, medizinische Versorgung, etc.)
- Schutz der persönlichen physischen und psychischen Integrität

Das Ziel der Befriedigung essenzieller Bedürfnisse bezieht sich auf die Regel ‚Gewährleistung der Grundversorgung‘ von HGF. Grundversorgung wird in Anlehnung an die HGF-Regel definiert (siehe Kopfmüller et al. 2001: 167 und Kapitel 3.3.2 Überschrift ‚Sicherung der menschlichen Existenz‘). Unter Grundversorgung gefasst wird eine qualitativ und quantitativ ausreichende Ernährung, sauberes (Trink-)Wasser, den geografischen Verhältnissen angepasste Kleidung und Unterkunft, Aufenthaltsorte, die weitgehendsten Schutz vor relevanten Umwelteinflüssen bieten, Möglichkeiten zur ausreichenden Körperhygiene und medizinische Grundversorgung, die überlebenssichernde Interventionen sicherstellt und ein möglichst normales Leben ermöglicht. Die Gewährleistung der Grundversorgung erfordert die Bereitstellung und den Zugang zu den entsprechenden Gütern und Dienstleistungen, aber auch das Wissen darum, wie Grundbedürfnisse auf geeignete Weise zu befriedigen sind. Der Zugang zu Gütern und Dienstleistungen der Grundversorgung muss hierbei für alle gegenwärtig lebenden Personen, unabhängig von deren persönlichen Eigenschaften und Fähigkeiten, möglich sein. Die Sicherstellung des Zugangs impliziert das Vorhandensein der hierzu notwendigen finanziellen und materiellen Ressourcen.

Die Existenzsicherung kann zudem nur gewährleistet werden, wenn ein Schutz besteht vor Übergriffen, welche die persönliche Gesundheit gefährden. Auf die Notwendigkeit der Gewährleistung der physischen Integrität wird im Regelsystem von HGF insbesondere durch die Regel zum ‚Schutz der Gesundheit vor Risiken anthropogen bedingter Umweltbelastung‘ hingewiesen (vgl. Kapitel 3.3.2 Überschrift ‚Sicherung der menschlichen Existenz‘). Im Rahmen des hier formulierten Ziels wird die Einschränkung bezüglich anthropogen bedingter Umweltbelastung aufgehoben und die Zielsetzung auf alle anthropogen verursachten Wirkungen ausgeweitet. Dabei wird ebenso die psychische Integrität als schützenswert angesehen. Gesundheitsgefährdende Aktivitäten können etwa im Rahmen wirtschaftlicher Tätigkeiten auftreten, beispielsweise durch Produktionsprozesse und darin verwendete Technologien oder durch Umgangsweisen mit Mitarbeitenden, aber auch durch familiäre Gewaltanwendung ebenso wie Gewalt durch Dritte im öffentlichen Raum oder Übergriffe durch staatliche Organe. Der Schutz vor gesundheitsgefährdenden Auswirkungen von Anwendungen von Technologien wird im HGF-Zielsystem durch die Regel zur ‚Vermeidung unvertretbarer technischer Risiken‘ beschrieben. Diese Regel zielt neben dem Schutz von Kapitalien (siehe Kapitel 3.4.5) ebenfalls auf den Schutz des Menschen bzw. seiner Gesundheit ab. Hierbei sei bemerkt, dass der Schutz der Gesundheit eine eigenständige Wertigkeit besitzt und über einen allfälligen Schutz im Rahmen eines sorgsamsten Umgangs mit Humankapital hinausgeht (siehe Kapitel 3.4.5).<sup>37</sup> Der Aspekt der willentlichen Gewaltanwendung wird im HGF-Zielsystem indirekt thematisiert in der Forderung nach einem gesellschaftlichen Zusammenleben, das u.a. auf der Basis von Gerechtigkeitssinn, Solidarität und einer gewaltfreien Konfliktregelung aufbauen soll. Auch wenn die zugehörige Regel (‚Erhaltung der sozialen Ressourcen‘) auf die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft als Ganzes abzielt, so implizieren sie für den Einzelnen einen Schutz vor den vorhergenannten Übergriffen. Ergänzend zu den HGF-Regeln wird hier zusätzlich in die Zielsetzung mit aufgenommen, dass ein Schutz bestehen soll vor fahrlässiger Unterlassung von Schutzmassnahmen vor bekannten natürlichen Risikofaktoren für die Gesundheit.

### 3.4.4 Gewährleistung elementarer gesellschaftlicher Rechte

Hinter der Kategorie der elementaren gesellschaftlichen Rechte steht die Idee von über die Grundversorgung hinausgehenden, für die menschliche Existenzsicherung essenziellen Ansprüchen. Ob und inwiefern solch weitergehende Ansprüche definiert werden, ist auch eine Frage der dem Ansatz zugrunde gelegten Gerechtigkeitsvorstellungen. Im Rahmen der hier definierten Nachhaltigkeitsziele werden die Inhalte der elementaren gesellschaftlichen Rechte aus den substantiellen Regeln von HGF bezogen, weshalb auf weitere Ausführungen zur Einbettung in den Gerechtigkeitsdiskurs an dieser Stelle verzichtet wird.

Dass Existenzsicherung über die reine Grundversorgung hinaus zu gehen hat, lässt sich aus den Zusätzen ‚menschenwürdig‘ und ‚selbstständig‘ des zugehörigen generellen Ziels schliessen.

---

<sup>37</sup> In der praktischen Anwendung dürfte die Forderung nach einem bewahrenden Humankapitalumgang jedoch auch diesen erweiterten Schutzstatus weitgehend abdecken, da einerseits Auswirkungen von Aktivitäten einen ungezielten Charakter aufweisen können und diverse Personengruppen mit unterschiedlichem (und somit potenziell relevanten) Humankapital betroffen können und andererseits die meisten Personen zur Grundgüterproduktion beitragen bzw. ein Beitragspotenzial besitzen und sei es nur in Form von Eigenarbeit (beispielsweise Haus- oder Pflegearbeit).

(Wobei die selbstständige Existenzsicherung bei HGF als Regel und nicht als generelles Ziel formuliert wurde). Eine menschenwürdige und selbstständige Existenzsicherung verlangt für Bereiche, die die eigentliche Existenz betreffen, eine möglichst weitgehende Selbstbestimmung im Privaten. Gleichzeitig sind die Menschen aber auch in gesellschaftliche Konstrukte eingebunden, denen sie sich nicht entziehen können. Insofern bedeutet ‚menschenwürdig‘ und ‚selbstständig‘, dass den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern aktive Mitwirkungsrechte an gesellschaftlichen Aktivitäten zugestanden werden. Diesbezüglich lassen sich aus den Regeln von HGF folgende elementaren gesellschaftlichen Rechte entnehmen:

- Chancengleicher Zugang zu Institutionen, Positionen, Informationen zur Verwirklichung einer selbstständigen und selbstgewählten Existenzsicherung
- Partizipationsmöglichkeit an gesellschaftlichen Aktivitäten
- Partizipationsmöglichkeit an relevanten gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen
- Gerechte Verteilung von Umweltnutzungsmöglichkeiten

Die vier Zielsetzungen im Rahmen der Zielkategorie zur Gewährleistung elementarer gesellschaftlicher Rechte richten den Fokus auf die Ermöglichung individueller Handlungsfreiräume bzw. Mitwirkungsrechte. Die Zielsetzung des chancengleichen Zugangs zu Institutionen, Positionen und Informationen bildet die HGF-Regel zur Chancengleichheit ab. Der chancengleiche Zugang soll unterstützend wirken bei der Verwirklichung von Freiheitsrechten (z.B. Recht auf Berufsfreiheit, Freizügigkeit, Eigentum, Meinungsfreiheit, etc.) sowie der politischen Rechte und er soll die Verwirklichung eigener Talente und Lebenspläne ermöglichen (Kopfmüller et al. 2001: 247 und Kapitel 3.3.2, Überschrift ‚Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten‘). Allerdings können Talente und Lebenspläne sehr vielseitig sein. Dies impliziert, dass die Umsetzung bestimmter Talente und Lebenspläne auch Schaden anrichten kann. Kriminelle Verhaltensweisen sind hierzu ein Beispiel. Verhaltensabsichten, die im Widerspruch zu anderweitigen Nachhaltigkeitszielen stehen, werden daher explizit aus dem vorliegenden Grundsatz des chancengleichen Zugangs zu zugrundeliegenden Informationen, etc. ausgeschlossen. Die Vielfältigkeit möglicher Talente und Lebenspläne bedeutet ebenfalls, dass ein dementsprechender chancengleicher Zugang zu unzähligen Informations- und Bildungsinhalten gewährleistet werden müsste, was angesichts begrenzter Ressourcen nicht realistisch erscheint. Um dieser Problematik zu begegnen, werden der chancengleiche Zugang zu Informations- und Bildungsinhalten zur Umsetzung von Talenten und Lebensplänen, die vielmehr als Freizeitvergnügen denn als Existenzgrundlage gedacht sind, aus der vorliegenden Zielsetzung ausgeschlossen. Die Verwirklichung von Talenten und Lebensplänen wird daher im vorliegenden Ziel als die Verwirklichung einer selbstständigen und selbstgewählten Existenzsicherung konkretisiert. Der Intention der übergeordneten Zielsetzung der menschenwürdigen und selbstständigen Existenzsicherung (siehe Kapitel 3.4.2) wird damit immer noch Folge geleistet. Die wichtige Rolle von Freizeit und Mitwirkungsmöglichkeiten am Gesellschaftsleben wird damit nicht hinfällig, sondern im Recht zur ‚Partizipationsmöglichkeit an gesellschaftlichen Aktivitäten‘ gewürdigt (siehe nachfolgend).

Die Ziele ‚Partizipationsmöglichkeit an gesellschaftlichen Aktivitäten‘ und ‚Partizipationsmöglichkeit an relevanten gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen‘ streben die Zugehörigkeits-

und Mitwirkungsmöglichkeiten in der Gesellschaft an. Das Ziel ‚Partizipationsmöglichkeit an gesellschaftlichen Aktivitäten‘ erschliesst sich indirekt aus dem Regelsystem von HGF. So führen Kopfmüller et al. als Begründung für die Regel zur Chancengleichheit die Möglichkeit zur Verwirklichung von Freiheitsrechten an (2001: 247) (siehe vorangehender Abschnitt). Chancengleicher Zugang zu Bildung, Information, Arbeitsmöglichkeiten, Ämtern und Positionen tragen allerdings nur zu einem Teil der Freiheitsrechte bei. Rechte wie Versammlungsfreiheit oder Religionsfreiheit werden damit noch ungenügend bedient. Diese Stossrichtung von Freiheitsrechten findet nun im Ziel zur Partizipationsmöglichkeit an gesellschaftlichen Aktivitäten ihre Entsprechung. Weiter können die HGF-Regeln zur ‚Erhaltung des kulturellen Erbes und der kulturellen Vielfalt‘ und ‚Erhaltung der kulturellen Funktion der Natur‘ dahingehend interpretiert werden, als dass Kultur, als Teilbereich der Gesellschaft, ein wichtiger Aspekt der menschlichen Existenz darstellt. In den Ausführungen zum diesen Regeln übergeordneten generellen Ziel betonen die Autoren denn auch die Wichtigkeit von Teilhabe und Integration sowie Freizeit und Kontemplation (Kopfmüller et al. 2001: 246 und Kapitel 3.3.2, Überschrift ‚Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten‘). Zudem entspricht das Ziel der ‚Partizipationsmöglichkeit an gesellschaftlichen Aktivitäten‘ dem Kerngehalt der Regel zum ‚Ausgleich extremer Einkommens- und Vermögensunterschiede‘, hinter der die Absicht steht, Armut soweit zu reduzieren, dass mindestens eine aktive Teilhabe am Gesellschaftsleben möglich wird (ebd.: 168/219 und Kapitel 3.3.2, Überschrift ‚Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten‘). Mit dem Ziel zur Partizipationsmöglichkeit rückt somit der Zweck der Teilhabe, wozu Umverteilung als (ein mögliches) Mittel dient, in den Vordergrund.

Das Ziel ‚Partizipationsmöglichkeit an relevanten gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen‘ entspricht der gleichnamigen Regel des HGF Zielsystems und fordert Mitwirkungsrechte an gesellschaftlichen Entscheidungen für Personen, die mit bedeutenden Auswirkungen dieser Entscheidungen konfrontiert werden. Zudem entspricht es dem von Kopfmüller et al. vorgetragenen Anliegen der Sicherstellung politischer Rechte und des Freiheitsrechts der freien Meinungsäußerung (siehe vorhergehend).

Die Zielsetzung der gerechten Verteilung von Umweltnutzungsmöglichkeiten bildet ebenfalls die gleichnamige Regel des HGF-Ansatzes ab. Eine solch gerechte Verteilung geht dabei über die Nutzungsmöglichkeit zur Sicherstellung der Grundversorgung hinaus (diese ist im Ziel der Gewährleistung der Grundversorgung beinhaltet) und macht auch Aussagen über Nutzungsmöglichkeiten für weiterführende Bedürfnisbefriedigungen. Der genaue Verteilungsschlüssel bedarf allerdings eines gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses, der strengen prozeduralen Anforderungen genügen sollte (vgl. Kopfmüller et al. 2001: 214, vgl. und Kapitel 3.3.2 Überschrift ‚Sicherung der menschlichen Existenz‘). Nutzungsrechte können hierbei auf verschiedenen Ebenen definiert werden, letztendlich verlangt die Zielsetzung jedoch auch Aussagen zu den Nutzungsmöglichkeiten einer Einzelperson. Als Randbedingung muss beachtet werden, dass unter Beachtung der intergenerativen Gerechtigkeit eine Nutzung nicht zulasten zukünftiger Generationen gehen darf (siehe Kapitel 3.4.5).



### 3.4.5 Bewahrung notwendiger Kapitalien

Die Gewährleistung der Grundversorgung und der elementaren gesellschaftlichen Rechte ist an das Vorhandensein entsprechender Kapitalien in genügender Quantität und Qualität geknüpft. Kapitalien zeichnen sich dadurch aus, dass sie Potenzial beinhalten, die Befriedigung von Bedürfnissen herbeizuführen. Kapitalien können im Sinne von Produktionskapitalien für die Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen eingesetzt werden, Kapitalien gewährleisten aber beispielsweise auch Rechte oder Traditionen. Kopfmüller et al. (2001) verweisen auf verschiedene Kapitalarten (vgl. Kapitel 3.3), die im Folgenden mit geringfügigen Anpassungen übernommen werden. Ein wichtiges Kapital, da Grundlage vieler anderer Kapitalarten, ist das Naturkapital, das unterteilt werden kann in erneuerbare Ressourcen und nicht-erneuerbare Ressourcen. Weitere Kapitalarten sind das Sach-, das Human- und das Wissenskapital. Das Sachkapital beschreibt Artefakte. Humankapital steht für die individuellen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten. Wissenskapital steht für nicht personengebundenes Wissen und umfasst die in anderweitigen Kapitalansätzen ansonsten häufig separat aufgeführten Institutionen. Bestandteil der Institutionen sind Traditionen und Organisationsstrukturen. Die Autoren des HGF-Ansatzes sprechen weiter der Kultur Produktivpotenzial zu: Einerseits als Voraussetzung zur Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse, andererseits kann Kultur zur Verwirklichung ökonomischer Ziele beitragen. Mit den Institutionen und Traditionen umfasst der weit gefasste Wissenskapitalbegriff allerdings bereits einen Grossteil der Kultur als Produktionsfaktor. Bestandteile der Kultur sind zudem Artefakte und Naturlandschaften. Diese Aspekte sind durch das Sach- und das Naturkapital abgedeckt. Dadurch erübrigt sich das Aufführen von Kultur als eigenständige Kapitalart.

Kapitalien sind generell beschränkt und grösstenteils Abnützungerscheinungen vom Gebrauch unterworfen. Somit beeinflusst der Umgang (Aufbau, Gebrauch, Verbrauch) mit Kapitalien in der Gegenwart die Kapitalienbestände in der Zukunft. Die Verfügbarkeit der für die Gewährleistung der zukünftigen Grundversorgung und der elementaren Rechte notwendigen Kapitalien in Zukunft erfordert daher den Erhalt der diesbezüglich notwendigen Kapitalien in der Gegenwart. Erhalt wird dabei mit ‚Bewahren‘ und gegebenenfalls ‚Ersetzen‘ gleichgestellt. Die Frage stellt sich jedoch, was denn die diesbezüglich notwendigen Kapitalien sind, die es zu erhalten gilt. Vertreter des Kapitalstockansatzes plädieren dabei für den Erhalt aller gegenwärtigen vorhandenen Kapitalien (je Kapitalstock oder in der Summe über alle Kapitalstöcke, vgl. Kapitel 3.1). Ein solch pauschaler Erhalt soll den zukünftigen Generationen dieselben Chancen einräumen wie den gegenwärtigen Generationen. Allerdings hat eine solche Sichtweise auch Defizite. Kapitalien können nicht mehr zeitgemäss sein (z.B. aufgrund des technischen Fortschritts) oder ihr Potenzial zum Nutzenstiften einbüßen aufgrund veränderter Ansprüche oder Umwelteinflüsse. Nicht in jedem Fall dürfte dabei klar sein, was das adäquate Ersatzprodukt wäre, um den Kapitalbestand auf gleichem Niveau zu halten. Im Fall einer zwischen verschiedenen Kapitalarten zulässigen Substitution stellt sich die Problematik der Definition eines adäquaten Ersatzes umso mehr. Das Erhalten von Kapitalien bindet zudem zusätzliche Ressourcen, die wiederum den Erhalt von Kapitalien in anderweitigen Bereichen gefährden können. Aufgrund dieser Defizite gängiger Kapitalstockansätze empfiehlt es sich, eine etwas differenziertere Antwort zu geben auf die Frage, welche Kapitalien zugunsten zukünftiger Generationen zu erhalten sind.

Um zu eruieren, inwiefern Kapitalien erhaltenswert sind, sollte nochmals die eigentliche Absicht hinter dem Ziel vor Augen geführt werden, nämlich, dass zukünftige Generationen die Grundversorgung ihrer Mitglieder und die elementaren gesellschaftlichen Rechte gewährleisten können. Allerdings müssen die zukünftigen Generationen die für die Gewährleistung notwendigen Umsetzungsschritte wie die Produktion von Gütern und Dienstleistungen der Grundversorgung, die Schaffung allseitiger Zugangsmöglichkeiten zu den entsprechenden Gütern oder das Sicherstellen von Rechten selber vornehmen. Was sie dafür letztendlich benötigen sind grundlegende Kapitalien, die ihnen erlauben, mit den diesbezüglichen Anforderungen umzugehen. Solche grundlegenden Kapitalien lassen sich in allen vier Kapitalarten – dem Natur-, Sach-, Human- und Wissenskapital – finden. Eine Übersicht über die Anforderungen an den Erhalt grundlegender Kapitalien je Kapitalart bietet folgende Liste:

- Beachtung der Regenerationsfähigkeit von erneuerbaren Ressourcen und von Ökosystemen
- Erhaltung der Nutzungsmöglichkeit nicht-erneuerbarer Ressourcen
- Beachtung der Assimilationskapazitäten von Ökosystemen
- Erhaltung und Bildung von Sachkapital, das zur Sicherstellung der Grundversorgung und der elementaren gesellschaftlichen Rechte in unmittelbarer und naher Zukunft benötigt wird
- Erhaltung und Bildung von sachbezogenen Wissensinhalten und Fähigkeiten, die der Sicherstellung der Grundversorgung und der elementaren gesellschaftlichen Rechte dienen
- Erhaltung und Errichtung von Organisationsstrukturen und Institutionen, die der Sicherstellung der Grundversorgung und der elementaren gesellschaftlichen Rechte dienen
- Erhaltung von Traditionen, die als gesellschaftliche Anlässe Bestandteil sind von zu gewährleistenden Partizipationsmöglichkeiten

Eine äusserst bedeutsame Stellung hält das Naturkapital inne. Naturkapital fliesst sowohl direkt in die Grundversorgung mit ein (via Nahrungsmittelproduktion, Trinkwasserverfügbarkeit, Sonnenlicht, etc.) wie auch indirekt durch die Bereitstellung natürlicher Rohstoffe für die Produktion von Sachkapital. Aber nicht nur einzelne Naturkapitalien sind für den Menschen von existenzieller Bedeutung, es bestehen weiter vielfältige Abhängigkeiten des Menschen von den Funktionen ganzer Ökosysteme. Auch zur Sicherstellung der elementaren gesellschaftlichen Rechte kann Naturkapital in Form eines kulturellen Wertträgers eine Rolle spielen, womit es Voraussetzung ist für Möglichkeiten der Ausübung kultureller Aktivitäten von Akteuren bzw. zur Befriedigung kultureller Bedürfnisse. Aus diesen Ausführungen lässt sich schliessen, dass Naturkapital multifunktionelle Eigenschaften besitzt und für den Menschen direkt oder indirekt wichtige Grundfunktionen ausübt. Dies spricht für einen besonders schützenswerten Status dieser Kapitalart. Gestützt wird diese Auslegung zusätzlich durch den in den elementaren gesellschaftlichen Rechten enthaltenen Grundsatz der gerechten Nutzungsmöglichkeit der Umwelt, wobei der Gerechtigkeitsaspekt sowohl auf eine intra- wie auch intergenerative Gerechtigkeit absetzt. Daraus folgt eine maximal zulässige Nutzung des Naturkapitals, die auch in Zukunft so fortgeschrieben werden kann, ohne Kapitaleinbussen in Kauf nehmen zu müssen. Was dies be-

deutet, führen die HGF-Regeln zur Nutzung der erneuerbaren und nicht-erneuerbaren Ressourcen aus, auf die im Folgenden abgestützt wird. Im Falle erneuerbarer Ressourcen fordert die Zielsetzung der Bewahrung notwendigen Naturkapitals eine Nutzung, die nicht über die natürliche Regenerationsfähigkeit von Ressourcen und gesamten Ökosystemen hinausgeht, wobei Letzteres den Erhalt der Artenvielfalt (Biodiversität) miteinschliesst (vgl. Kopfmüller et al. 2001: 220/221 und Kapitel 3.3.2 Überschrift ‚Erhaltung des gesellschaftlichen Produktivpotenzials‘). Bei nicht-erneuerbaren Ressourcen sollte sich die Nutzung in einem Umfang bewegen, der gewährleistet, dass die Reichweite der nachgewiesenen nicht-erneuerbaren Ressourcen konstant bleibt (vgl. Kopfmüller et al. 2001: 227 und Kapitel 3.3.2 Überschrift ‚Erhaltung des gesellschaftlichen Produktivpotenzials‘). Nicht-erneuerbare Ressourcen sollen demnach auch zukünftigen Generationen zur Nutzung zur Verfügung stehen. Daher wurde für das vorliegende Zielsystem die Formulierung ‚Erhalt der Nutzungsmöglichkeit nicht-erneuerbarer Ressourcen‘ gewählt. Möglich wird dies entweder durch einen sparsamen Umgang mit der Ressource, die Entdeckung neuer erschliessbarer Quellen, eine kontinuierliche Effizienzsteigerung oder eine Substitution in der Nutzung. Des Weiteren trägt ein konsequentes Recycling zum Erhalt nicht-erneuerbarer Ressourcen bei. Für natürliche Ressourcen, die in ihrer Art einzigartig sind und die eine kulturelle Funktion erfüllen, bedeutet die Forderung nach zukünftiger Nutzungsmöglichkeit die Bewahrung dieser Ressourcen. Damit wird der HGF-Regel zur Erhaltung der kulturellen Funktion der Natur entsprochen, die fordert, „Landschaften von besonders charakteristischer Eigenart und Schönheit zu erhalten“ (Kopfmüller et al. 2001: 262, vgl. auch Kapitel 3.3.2, Überschrift ‚Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten‘). Derartig einzigartige Landschaften sind als nicht-erneuerbare Ressource zu interpretieren, die nicht ersetzbar sind und damit erhaltenswerten Status besitzen. In Betracht gezogen werden muss im Rahmen der Nutzung nicht nur der Rohstoffaspekt des Naturkapitals, sondern auch dessen Senkenaspekt. Eine bewahrende Nutzung von Naturkapital als Senke bedeutet hierbei, dass die Assimilationskapazitäten von Ökosystemen nicht überschritten werden dürfen. Für diesen Aspekt wurde im HGF-Zielsystem eigens die Regel zur ‚nachhaltigen Nutzung der Umwelt als Senke‘ formuliert (vgl. Kapitel 3.3.2, Überschrift ‚Erhaltung des gesellschaftlichen Produktivpotenzials‘).

Welche Arten von Sachkapital im Rahmen des Ziels zur Bewahrung notwendiger Kapitalien zu erhalten sind, bestimmt sich durch ihren (potenziellen) Verwendungszweck. Sachkapital, das in unmittelbarer und mutmasslich auch in naher Zukunft zur Produktion von Gütern und Dienstleistungen der Grundversorgung und zur Sicherstellung zu deren Zugang sowie zur Gewährleistung der elementaren gesellschaftlichen Rechte gebraucht wird, ist unbedingt zu erhalten. Dabei ist zu beachten, dass zur Erreichung dieser Zielsetzung Sachkapital auch indirekt beitragen kann. So wird Sachkapital benötigt bei der Produktion für den Endverbrauch, aber auch bei der Gewinnung von Rohstoffen aus dem Naturkapital sowie bei der Produktion anderweitigen Sachkapitals und bei der Generierung von Wissen und Humankapital. Die Zielsetzung zum Umgang mit Sachkapital lehnt sich an die HGF-Regel zur ‚nachhaltigen Entwicklung von Sach-, Human- und Wissenskapital‘ an. Aspekte der HGF-Regel zur ‚Erhaltung des kulturellen Erbes‘ sind ebenfalls in der Zielsetzung enthalten, indem sie den Erhalt kulturell relevanter Artefakte, die zur Gewährleistung der elementaren gesellschaftlichen Rechte beitragen, impliziert.

Human- und Wissenskapital tragen ebenfalls zur Gewährleistung der Grundversorgung und der elementaren gesellschaftlichen Rechte bei. Die Erfüllung dieser Zielsetzung ist von der Verfügbarmachung entsprechender Güter, Dienstleistungen sowie der Gewährung entsprechender Rechte abhängig, wozu wiederum hierzu erforderliche Kapitalien benötigt werden. In diesem Prozess spielen Wissen und Humankapital eine tragende Rolle. Die Ausübung grundversorgender Verhaltensweisen sowie die Einforderung elementarer gesellschaftlicher Rechte erfordert sachbezogenes Wissen (in Abgrenzung zu Wissen in Form von Strukturen/Institutionen und Traditionen) bzw. Humankapital, wie dies zielführend zu bewerkstelligen ist. Entsprechende Wissensinhalte reichen vom Wissen/von der Kenntnis bzw. der Fähigkeit zur Nahrungszubereitung über die Anwendung von Hygienemaßnahmen bis zur Ausübung des politischen Wahlrechts. Sachbezogenes Wissen und Humankapital ist zudem erforderlich für die Generierung, Verfügbarmachung und Erhaltung von Gütern, Dienstleistungen, Rechten und Kapitalien, die im Rahmen der Grundversorgung und der Gewährleistung elementarer gesellschaftlicher Rechte im Einsatz stehen. Entsprechende Wissens-/Kenntnisinhalte/Fähigkeiten betreffend Generierung dieser Güter etc. beziehen sich auf Prozesse der Produktion von Gütern für den Endverbrauch oder Sachkapitalien, der Bildung von Wissen, Fähigkeiten, Rechten, und Organisationsstrukturen (auf Unternehmensebene und Gesellschaftsebene), der Kultivierung und Gewinnung natürlicher Ressourcen, etc. Wissens-/Kenntnisinhalte/Fähigkeiten betreffend Verfügbarmachung beziehen sich u.a. auf Zugangsmöglichkeiten zu Gütern, etc. und die Funktionsweise bestehender Verteilungsprozesse. Wissens-/Kenntnisinhalte/Fähigkeiten betreffend Erhaltung beziehen sich beispielsweise auf den Unterhalt, die Pflege und die Belastungsgrenzen von Gütern und Kapitalien (inkl. ganzen Ökosystemen) sowie auf (die Vermeidung von) Externalitäten von Aktivitäten auf Güter und Kapitalien. Die aufgezeigte grundlegende Funktion bei der Sicherstellung der Grundversorgung und der elementaren gesellschaftlichen Rechte macht den Erhalt und die Erweiterung entsprechenden sachbezogenen Wissens und Humankapitals sowie die Anpassung an veränderte Bedingungen notwendig, soll der generellen Zielsetzung einer nachhaltigen Entwicklung auch in Zukunft entsprochen werden.

Wissen umfasst nicht nur sachbezogene Wissensinhalte, zum Wissen zählen auch Organisationsstrukturen bzw. Institutionen (Regelungen, Rechte, Pflichten) sowie Traditionen. Organisationsstrukturen und Institutionen koordinieren Prozesse in Unternehmen wie in Gesellschaften. Diese Koordinationsleistung ermöglicht die Ausführung von Produktionsprozessen genauso wie von Allokationsprozessen. Institutionen verantworten ebenso die Sicherstellung von Rechten und tragen Pflichten auf. Zudem können Organisationsstrukturen und Institutionen dazu beitragen, dass Anpassungen an veränderte Umweltbedingungen möglich werden (beispielsweise mittels Entscheidungsmechanismen). Organisationsstrukturen und Institutionen sind somit massgeblicher Bestandteil der Zusammenarbeit bei der Bereitstellung von Gütern, Dienstleistungen und Kapitalien, der Realisierung von (Um-)Verteilung, der Etablierung und Sicherstellung von Rechten, etc. Geeignet ausgestaltete Organisationsstrukturen und Institutionen sind entsprechend auch ein wichtiger Faktor im Rahmen der Gewährleistung der generellen Nachhaltigkeitszielsetzung und daher zu erhalten und nötigenfalls neu zu bilden. Gleichzeitig gilt es die Etablierung von Institutionen zu verhindern, die den zukünftigen Handlungsspielraum zur Gewährleistung der generellen Nachhaltigkeitszielsetzung gefährden.

Die bisherigen Präzisierungen der Zielsetzung der Bewahrung notwendiger Kapitalien bezüglich dem Human- und Wissenskapital sind das Analogon zur HGF-Regel zur ‚nachhaltigen Entwicklung von Sach-, Human- und Wissenskapital‘, die eine ähnliche inhaltliche Ausrichtung aufweist (vgl. Kapitel 3.3.2, Überschrift ‚Erhaltung des gesellschaftlichen Produktivpotenzials‘). Auch abgebildet sind die beiden ‚instrumentellen‘ Regel ‚Resonanzfähigkeit‘, die auf institutionelle Innovationen setzt (vgl. Kapitel 3.3.2, Überschrift ‚Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten‘), und die Regel ‚Steuerungsfähigkeit‘. Ebenfalls dieser Zielkategorie zugeordnet werden kann zudem die HGF-Regel zur ‚Erhaltung des kulturellen Erbes‘. Im Rahmen der Erhaltung der Kapitalien zur Gewährleistung elementarer gesellschaftlicher Rechte gilt es auch, den Fortbestand diesbezüglich relevanter Traditionen, welche Bestandteil des Wissenskapitals einer Gesellschaft sind, sicherzustellen.

#### 3.4.6 Bewahrung gesellschaftsrelevanter Werte

Mit der Zielsetzung der Bewahrung notwendiger Kapitalien sollen für zukünftige Generationen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, die eine Gewährleistung der Grundversorgung und der elementaren gesellschaftlichen Rechte zulassen. Ob zukünftige Generationen ein derartiges Potenzial auch tatsächlich im vorgesehenen Sinne nutzen, liegt in deren Verantwortung. So bestimmen die zukünftigen Generationen über die Verwendung der vorliegenden Kapitalien und die Verteilung der Erzeugnisse. Ebenfalls bestimmen sie darüber, welche der bestehenden Rechte den Gesellschaftsmitgliedern weiterhin zugestanden werden. Dass das Kapital zur Sicherstellung der Grundversorgung verwendet wird und bestehende Rechte im Sinne der elementaren gesellschaftlichen Rechte nicht aufgekündet werden, wird durch das Vorliegen bestimmter Werte wahrscheinlicher. Das Vorliegen entsprechender Werte bedingt den Erhalt bzw. die kontinuierliche Erneuerung derselben. Unter Bezugnahme auf das HGF-Zielsystem wurden verschiedene Werte als relevant identifiziert. Auf dieser Grundlage lässt sich folgende Zielsetzung formulieren, welche die Zielkategorie abbildet:

- Erhaltung und Bildung von Werten der Rücksichtnahme, Solidarität und Toleranz

Die Bereitschaft zur Gewährleistung der Mindestbedingungen einer nachhaltigen Entwicklung kann durch Werte gestärkt werden, die dem im Nachhaltigkeitsansatz inhärenten Fairnessgedanken Rechnung tragen. Im HGF-Zielsystem finden sich unter dem generellen Ziel zur ‚Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten der Gesellschaft‘ Hinweise auf entsprechende Werte. Die sozialen Ressourcen der zugehörigen Regel ‚Erhaltung der sozialen Ressourcen‘ sollen für sozial gerechte Gesellschaften eintreten. Die sozialen Ressourcen umfassen die Werte „Rechts- und Gerechtigkeitssinn, Toleranz, Solidarität und Gemeinwohlorientierung sowie Potenziale der gewaltfreien Konfliktregelung“ (Kopfmüller et al. 2001: 268 und Kapitel 3.3.2, Überschrift ‚Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten‘). Soziale Ressourcen helfen, gesellschaftliche Entscheidungen zu fällen und gemeinschaftlich getragene Aktivitäten zu ermöglichen. Da gesellschaftliche Aushandlungsprozesse aufgrund unterschiedlichster aufeinandertreffender Interessen generell konfliktbeladen sind, stellt eine Entscheidungsfindung hohe Ansprüche an einen respektvollen gegenseitigen Umgang. Eine Stärkung der sozialen Ressourcen hilft, diese Ansprüche zu erfüllen. Auch der funktionale Aspekt der Regel zur ‚Partizipation an relevanten gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen‘ zielt darauf ab, dass

Prozesse der Entscheidungsfindung und darauf basierende Ergebnisse dank Einbeziehung unterschiedlicher Interessen gesellschaftliche Akzeptanz erfahren (siehe Kopfmüller et al. 2001: 251 und Kapitel 3.3.2, Überschrift ‚Bewahrung der Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten‘). Einer fairen Verteilung verpflichtet ist zudem die Regel zur ‚Chancengleichheit‘. Im Rahmen der Zielsetzung zur ‚Bewahrung gesellschaftsrelevanter Werte‘ wird, auf die drei vorgenannten Regeln des HGF-Zielsystems Bezug nehmend, pauschal von gesellschaftsrelevanten Werten gesprochen, die Tugenden umfassen wie Rücksichtnahme, Solidarität und Toleranz.

### 3.4.7 Qualität des Zielsystems

Das in Anlehnung an HGF formulierte Zielsystem bildet die im Brundtland-Verständnis von Nachhaltigkeit geforderte intra- und intergenerative Gerechtigkeit ab. Damit distanziert es sich von rein ökologisch orientierten Nachhaltigkeitsdefinitionen ebenso wie von Nachhaltigkeitsinterpretationen, die einzig auf intergenerative Aspekte absetzen (z.B. Kapitalstockmodelle<sup>38</sup>). Das Zielsystem weist eine integrative Orientierung bezüglich eines aggregierten Nachhaltigkeitskriteriums aus. Das aggregierte Kriterium in Form von zwei generellen Zielen bildet die oberste Stufe des Zielsystems. Die generellen Ziele geben den intra- und intergenerativen Gerechtigkeitsaspekt von Nachhaltigkeit wieder. Die Mindestanforderungen konkretisieren die generellen Ziele. Vorhergehend wurden die Inhalte der Mindestanforderungen im Einzelnen beschrieben. Abbildung 2 zeigt das entsprechende erweiterte Zielsystem auf. Finden die aufgeführten Mindestanforderungen Beachtung, dann kann von einer nachhaltigen Entwicklung gesprochen werden.

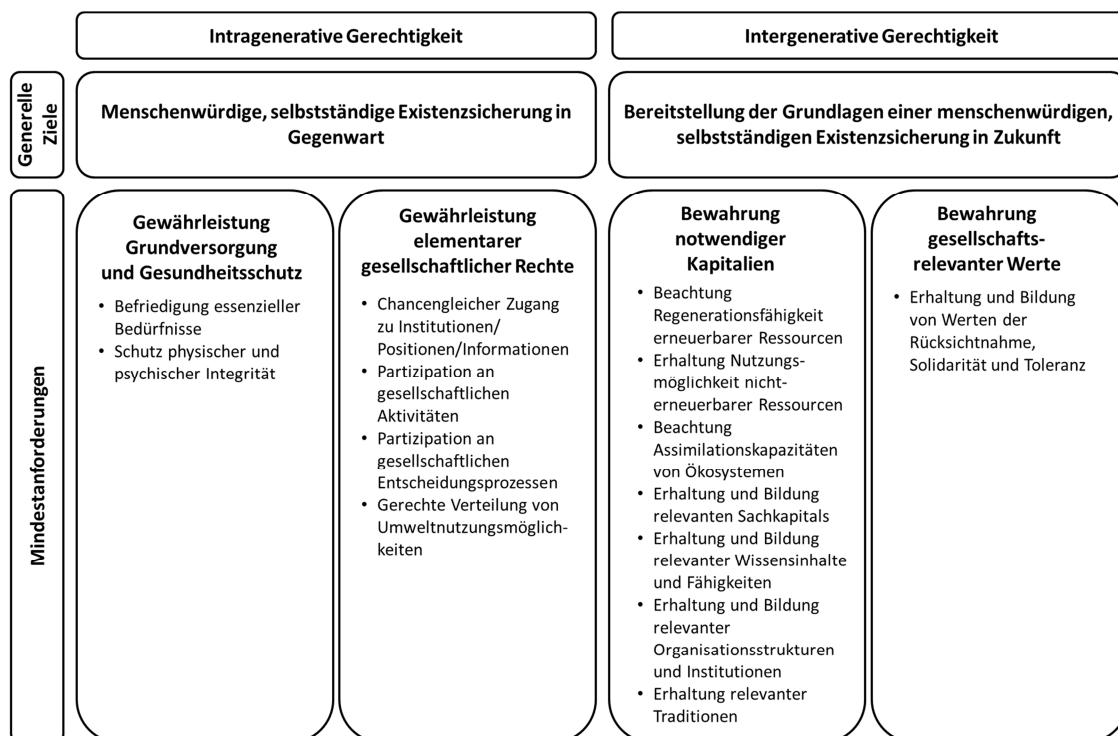


Abbildung 2: Erweitertes Zielsystem einer nachhaltigen Entwicklung in Anlehnung an HGF

<sup>38</sup> Vgl. auch die Konkretisierung von Nachhaltigkeit als Enkeltauglichkeit in der vom Netzwerk Kindergesundheit und Umwelt (2001) formulierten „Kinderagenda für Gesundheit und Umwelt 2001“.

Die abgestufte Gliederung des Zielsystems bietet zum einen den Vorteil, dass damit Beliebigkeit im Umgang mit Nachhaltigkeit vermieden werden kann. Viele Drei-Säulen-Modelle der Nachhaltigkeit kranken an einer ebensolchen Beliebigkeit von Zielsetzungen. Das vorliegende Zielsystem hält dagegen eine klar handlungsleitende Funktion inne. Zum anderen wird durch die abgestufte Gliederung deutlich, dass für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung das gesamte Zielsystem Beachtung finden muss. Umsetzungsmassnahmen haben somit Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Zielgrössen zu berücksichtigen.

Das Zielsystem in seiner vorliegenden Form ist rein substanziell ausgerichtet. D.h., die Zielgrössen repräsentieren die grundlegenden Merkmale einer nachhaltigen Entwicklung in allgemeiner Form. Diese beschreiben weder Anforderungen an erforderliche Umsetzungsinstrumente einer nachhaltigen Entwicklung (*policy*-Aspekt) noch Erfolgsfaktoren für die Ausgestaltung einer erfolgreichen Politikformulierung (*polity*- und *politics*-Aspekt). Damit grenzt sich das Zielsystem gegen ein rein prozessorientiertes Nachhaltigkeitsverständnis ab genauso wie gegen Nachhaltigkeitsansätze, die substanzielle (inhaltliche) Nachhaltigkeitskriterien gleichrangig neben prozessuale Kriterien stellen (vgl. beispielsweise Gibson (2006)). Die rein substanzielle Ausrichtung der formulierten Nachhaltigkeitsziele lässt die Frage nach der geeigneten Realisierung unbeantwortet. Entsprechend findet im Rahmen des vorliegenden Zielsystems auch keine Diskriminierung statt zwischen konkurrierenden Realisierungsansätzen. Damit stellt das Zielsystem eine geeignete Grundlage dar, um verschiedene Lösungsansätze in Form von *policy*-Instrumenten auf ihre Wirkungen bezüglich des normativen Kerngehalts von Nachhaltigkeit zu überprüfen.

Das Zielsystem in der vorliegenden Form erfüllt den Bestimmungszweck der normativen Grundlage für die Nachhaltigkeitspotenzialanalyse von *policy*-Instrumenten. In den folgenden zwei Kapiteln werden im Rahmen der Ausarbeitung eines Instrumentariums zur Analyse des Nachhaltigkeitspotenzials von *policy*-Instrumenten instrumentelle Bedingungen hergeleitet, die für deren Erfolgsaussichten förderlich sind. Damit wird das Zielsystem gleichsam um eine instrumentell orientierte Hierarchiestufe ergänzt, die Voraussetzungen zur Realisierung der substanziellen Ziele beinhaltet.

## 4 Handlungsmodell zur Potenzialanalyse von politischen Instrumenten

Im Kapitel 4 wird ein Instrumentarium entwickelt, das eine Beurteilung der Wirkungen politischer Instrumente ermöglicht. Anhand des Instrumentariums soll das Nachhaltigkeitspotenzial politischer Instrumente eingeschätzt werden. Die Wirkung politischer Instrumente vollzieht sich über die Einflussnahme auf Akteurhandlungen. Das Aggregat der Akteurhandlungen wiederum bestimmt, ob Nachhaltigkeitszielen, wie sie im Kapitel 3 definiert wurden, entsprochen wird oder nicht. Die Ausgangslage für das Beurteilungsinstrumentarium bildet daher ein allgemeines Handlungsmodell, das die Einflussgrössen von Akteurhandlungen beschreibt. Anhand des Handlungsmodells lassen sich Aussagen herleiten, unter welchen Bedingungen die Erzielung eines bestimmten (anvisierten) Ergebnisses wahrscheinlich ist und wie die Einflussgrössen ausgestaltet sein müssen, damit diesen Bedingungen entsprochen wird. Erfolgreiche politische Einflussnahmen zeichnen sich dadurch aus, dass sie auf die optimale Ausgestaltung der Einflussgrössen hinwirken.

Das allgemeine Handlungsmodell wird im vorliegenden Kapitel auf der Grundlage eines Handlungsansatzes aus der Literatur entworfen. Im Kapitel 4.1 werden die Anforderungen formuliert, denen dieser Handlungsansatz entsprechen sollte, um als Grundlage der Bewertung politischer Instrumente dienen zu können. Im Kapitel 4.2 werden verschiedene Handlungsansätze vorgestellt und deren Entsprechung mit den Anforderungen überprüft sowie ein passender Handlungsansatz ausgewählt. Kapitel 4.3 führt die Grundzüge des ausgewählten Handlungsansatzes aus. Im Rahmen des Kapitels 4.4 wird dann das allgemeine Handlungsmodell unter Berufung auf den ausgewählten Handlungsansatz entwickelt. Kapitel 4.5 schlägt die Brücke vom allgemeinen Handlungsmodell zu den Bewertungsinstrumenten für die *policy*-Analyse. In diesem Kapitel werden die Bedingungen für eine erfolgreiche Ergebniserzielung formuliert und die Ansätze der (politischen) Einflussnahme aufgezeigt, die dem Zutreffen dieser Bedingungen förderlich sind.

### 4.1 Anforderungen an den Handlungsansatz als Bewertungsgrundlage nachhaltigkeitsförderlicher Politik-Instrumente

Einschätzungen zum Potenzial von *policy*-Instrumenten zur Lenkung von Handlungen in eine nachhaltige Richtung beruhen auf Vorstellungen über die handlungsleitenden Wirkungsweisen von Rahmenbedingungen. In handlungstheoretischen Ansätzen finden sich solche Vorstellungen abgebildet. Handlungstheoretische Ansätze beschreiben die Wirkungsmechanismen zwischen Handlungsvoraussetzungen und Handlungsergebnissen. Die Bandbreite von Handlungsansätzen ist gross, entsprechend unterschiedlich sind deren Anwendungsmöglichkeiten. Somit steht die Frage im Raum, welcher Handlungsansatz geeignet ist als Grundlage von Prüfungen des Nachhaltigkeitspotenzials unterschiedlicher *policy*-Instrumente. In einem ersten Schritt lege ich daher formelle Anforderungen fest, die definieren, was ein Handlungsansatz genau leisten können muss, um daraus Bewertungsgrössen zur Einschätzung des Nachhaltigkeitspotenzials



von *policy*-Instrumenten herleiten zu können. Mittels dieser Anforderungen können unterschiedliche Ansätze schliesslich auf deren Eignung hin geprüft werden (siehe Kapitel 4.2).

Die erste Anforderung verlangt, dass im Handlungsansatz extern vorgegebene Einflüsse als ein die Handlung mitbestimmender Bestandteil enthalten sind. Diese Forderung ist eine logische Konsequenz aus der Fragestellung nach der Wirkung von *policy*-Instrumenten auf das Akteur-Handeln. So entspricht es dem Verständnis der Governance-Theorie, dass Handlungen durch geeignete Strukturen beeinflusst werden können. Lafferty beschreibt Governance denn auch als „[...] *instruments designed to alter and channel the behavior of individual and collective actors*“ (2004: 5).

Mit der zweiten Anforderung wird gefordert, dass der Handlungsansatz empirischen Erklärungscharakter hat. Das heisst, in Realität beobachtete, situationsspezifische Handlungsentscheidungen sollen anhand des Handlungsansatzes erklärt werden können. Diese Anforderung ist insofern entscheidend, als dass der Ansatz als Grundlage der Herleitung von Bewertungsgrößen für *policy*-Instrumente dient und damit konkreten Anwendungsfällen bezüglich realer Aktivitäten gerecht werden muss. Nur wenn ein Ansatz beobachtbare Aktivitäten tatsächlich erklären kann, lässt er sich auch dazu verwenden, Vermutungen anzustellen zu den Wirkungen verschiedener Ausprägungen handlungsleitender Faktoren auf Ergebnisse.

Schliesslich sollte der Handlungsansatz dem Universalitätsanspruch genügen können. Der Erklärungscharakter soll sich demnach nicht auf ein bestimmtes Umfeld beschränken, sondern der Ansatz sollte auf verschiedenste Kontexte anwendbar sein. So sollten unterschiedliche Handlungssituationen wie z.B. Arten der Aktivitäten oder der Akteure, unterschiedliche Interaktionsformen oder geografische Gegebenheiten durch den Ansatz abgedeckt werden können. Diese dritte Anforderung bezweckt, den in Kapitel 2.4.2 formulierten Universalitätsanspruch an Bewertungskriterien für politische Instrumente, die auf Basis des Handlungsansatzes hergeleitet werden, bedienen zu können, zumal auch die Nachhaltigkeitsziele selbst universelle Gültigkeit einfordern.

Anhand der drei formulierten Anforderungen können nun verschiedene Handlungsansätze auf ihre Eignung als Grundlage zur Herleitung eines Bewertungsinstrumentariums geprüft werden. Im folgenden Kapitel werden daher verschiedene Handlungsansätze beschrieben und den Anforderungen gegenübergestellt.

## 4.2 Eignung unterschiedlicher Handlungstheorien als Bewertungsgrundlage

In der Literatur findet sich eine Vielzahl unterschiedlicher Handlungstheorien. Ein mögliches Unterscheidungsmerkmal ist die den Akteuren und den externen Strukturen zugesprochene Rolle. Grob lassen sich akteurzentrierte, strukturalistische bzw. systemtheoretische Ansätze sowie deren Mischformen unterscheiden.

Akteurzentrierte Ansätze stellen die Entscheidungsfreiheit des Menschen in den Vordergrund (Burns et al. 1985: 4; Zürn 1992: 34). Entscheidungen werden durch individuelle, akteurspezifische Faktoren bestimmt. Akteurzentrierten Ansätzen liegt das Weltbild des methodologischen Individualismus zugrunde. Gesellschaftliche Strukturen werden darin nicht als eigenständige

Grössen aufgefasst, sondern als durch Individuen bestimmte Konstrukte. Die weitaus bekannteste und häufig verwendete akteurzentrierte Theorie ist die *rational choice theory* (Rationalismus). Der Rationalismus geht von rational agierenden Akteuren aus, denen ein zielgerichtetes Handeln unterstellt wird. Burns et al. heben denn auch die Vorsätzlichkeit von Handlungen im Rahmen des Rationalismus hervor: *“The rational choice approach emphasizes the intentional nature of human action and consequently the importance of decision or optimization processes through which an optimal course of action is decided upon, given the individual’s tastes and preferences”* (1985: 8). Nebst dem Rationalismus gibt es anderweitige akteurzentrierte Theorien, die vielmehr die Rolle von „Lernen, Problemlösung und kreativen Prozessen“ in den Vordergrund stellen (Burns et al. 1985: 73). Im Rahmen des Rationalismus (insbesondere utilitaristischer Theorien) wird den Akteuren dagegen oftmals vollständige Informiertheit (über Handlungsoptionen und Folgen) sowie eine konsistente Präferenzordnung zugeschrieben (ökonomische Variante des Rationalismus (Zürn 1992: 78)). Der Vorteil dieser Zuschreibung liegt in der Operationalisierbarkeit. Diese geht allerdings auf Kosten der Realitätsadäquatheit (ebd.: 79). So können etwa widersprüchliche Entscheidungen oder Fehlkalkulationen nicht erklärt werden. Wird von solch strikten Annahmen abgesehen und werden jegliche Arten von Präferenzen zugelassen, geht dagegen die Aussagekraft verloren (Burns et al. 1985: 8). Der Grund hierzu liegt in der Nicht-Beobachtbarkeit individueller rein Akteur-bezogener Präferenzen. Akteurzentrierte Handlungstheorien ignorieren die Tatsache, dass Präferenzen durch äussere Faktoren (wie beispielsweise Traditionen) geprägt sein können. Der Kontext wird in akteurzentrierten Ansätzen (implizit) als vorgegeben aufgefasst. Damit wird ausgeblendet, dass der Kontext die verfügbaren Optionen und möglichen Resultate beeinflussen kann (Burns et al. 1985: 9) und somit das Verhalten je nach Kontext unterschiedlich ausfallen kann (Sabatier 1999: 265).

Die Stärke akteurzentrierter Ansätze liegt in der Möglichkeit zur differenzierten Darstellung von Akteuren. Sie verfügen damit über einen grossen Erklärungsgehalt betreffend Verhaltensweisen, was der zweiten Anforderung aus Kapitel 4.1 entspricht. Dagegen bleibt in akteurzentrierten Ansätzen die Rolle von externen Strukturen unberücksichtigt. Implizit wird von einem vorgegebenen Kontext ausgegangen. Damit werden die erste sowie die dritte Anforderung nicht bedient.

Im Gegensatz zu den akteurzentrierten Ansätzen gehen strukturalistische bzw. institutionalistische Ansätze (Scharpf 2006: 73) von der Aussenbestimmtheit des menschlichen Tuns aus (Zürn 1992: 34). Akteuren wird, wenn überhaupt, einzig eine passive Rolle zugewiesen: *„Social actors are either not found or are faceless automata following iron rules or given roles and functions in a world which they cannot basically change“* (Burns et al. 1985: 4). Das Verhalten von Akteuren wird mittels Strukturen, Systemen, etc. erklärt. Die Entscheidungsfreiheit ist somit sehr eingeschränkt bzw. gar nicht vorhanden (ebd.: 10). Als Beispiel eines strukturalistischen Ansatzes kann der Normativismus gelten, der besagt, dass die Menschen als soziale Wesen stets normativ geleitet handeln (Zürn 1992: 68-69). Strukturalistische bzw. institutionalistische Ansätze handhaben Institutionen, Normen, etc. als exogene Variablen. Allerdings lässt sich damit deren Entstehung und Wandel nicht erklären (Burns et al. 1985: 10; Zürn 1992: 72). Sabatier etwa merkt an, dass Politik durch einzelne Akteure bestimmt wird und somit in der Politikwissenschaft verwendete Modelle, um aussagekräftig zu sein, auf eine differenzierte Darstellung von Akteu-

ren angewiesen sind (Sabatier 1999: 268). Die von strukturalistischen/institutionalistischen Ansätzen eingenommene Makroperspektive hat einen geringen Erklärungsgehalt für konkretes Verhalten (Scharpf 2006: 35) und eignet sich daher schlecht zur Analyse situationsspezifischer Handlungen. Beispielsweise kann abweichendes Verhalten innerhalb derselben Ordnung nicht erklärt werden und eine Prognose von Verhalten unter veränderten Umweltbedingungen ist ebenso wenig durchführbar (Zürn 1992: 72).

Strukturalistische/institutionalistische Ansätze erfüllen die erste Anforderung, die verlangt, dass extern bestimmte Einflüsse als handlungsbestimmender Bestandteil enthalten sind. Durch den Fokus auf den Akteur-Kontext, der als variabel angesehen wird, kann potenziell auch der dritten Anforderung nach dem Universalitätsanspruch entsprochen werden. Mit Institutionen bzw. Strukturen als einzige Erklärungsvariable für Handlungen greifen derartige Ansätze allerdings oft zu kurz bei der Erklärung konkreten Verhaltens. So können sie im Einzelfall Schwierigkeiten aufweisen bei der Deutung einzelner Handlungen. Die strukturalistische/institutionalistische Perspektive weist damit ein Erklärungs-Defizit auf, womit die zweite Anforderung nicht erfüllt ist.

Die dritte Kategorie von Handlungstheorien verbindet den akteurzentrierten mit dem strukturalistischen/institutionellen Ansatz. Solche Theorien unterstellen den Akteuren einen freien Willen und Gestaltungsfähigkeit, anerkennen aber auch den handlungsleitenden Einfluss von extern vorgegebenen Strukturen bzw. Institutionen. Ein Beispiel einer solch umfassenden Theorie sind Burns et al. mit ihrem Ansatz der *actor-system dynamics*. Sie beschreiben die ihrem Ansatz unterstellten Annahmen wie folgt:

*„[...] There are no social structures and cultural forms apart from and above purposefully acting individuals. At the same time, the structures and forms are collective in character. Therefore, human agents and their actions are not totally free – or open to choice – but are constrained to varying degrees by existing social and cultural structures [...]“ (1985: 7).*

Die Autoren anerkennen, dass soziale Strukturen und Kultur von Menschen geformt sind, sie unterstreichen aber gleichzeitig deren kollektiven Charakter.<sup>39</sup> Solche Strukturen erlangen somit eine von den einzelnen Akteuren unabhängige Gültigkeit und sind geeignet, Akteur-Handlungen zu restringieren. Schneider & Kenis heben hervor, dass Akteur-Autonomie stets gewährleistet bleibt. Sie beschreiben die akteurzentrierte institutionelle Perspektive mit „Wahrnehmungsfokussierung, Appellen und Anreizen“, die „an eigensinnige Akteure vermittelt werden und insofern die Autonomie von Akteuren nie vollkommen aufheben können“ (1996: 12). Den Akteuren wird eine „intentionale Variante der Rationalität“ (Zürn 1992: 78) zugeschrieben,

---

<sup>39</sup> Burns et al. weisen damit eine Parallele zu Giddens auf, der „*human social activities*“ als rekursiv ansieht, wobei vergangenes Handeln die Voraussetzung für zukünftiges Handeln bildet: „*In and through their activities agents reproduce the conditions that make these activities possible*“ (1984: 2).

Auch Parsons & Shils (1959) gehen von Akteuren aus, deren Handlungen individuell motiviert sind, die aber gleichzeitig von Normen und Werten beeinflusst werden. Im Gegensatz zu Burns et al. (1985) und Giddens (1984) betrachten Parsons & Shils dagegen die Grundlage der vorherrschenden Normen und Werte im Rahmen der „Kultur“ als extern vorgegeben und nicht durch das soziale System bzw. Akteure beeinflussbar.

welche die Zielerreichung und nicht die Nutzenmaximierung bezweckt. Als Vorteil der Verbindung akteur- und institutionenzentrierter Theorien sieht Scharpf die „grössere Übereinstimmung zwischen den theoretischen Perspektiven und der beobachteten Realität politischer Interaktionen, die von den Strategien zweckgerichteter Akteure bestimmt sind, welche in institutionellen Kontexten handeln, die diese Strategien zugleich ermöglichen und beschränken“ (2006: 73-74).

Die Verknüpfung der Akteur-Perspektive und der institutionell/strukturellen Perspektive ermöglicht es, alle drei Anforderungen von Kapitel 4.1 zu erfüllen. Eine Kombination der beiden Perspektiven kann die jeweiligen Defizite ausgleichen und erlaubt eine differenzierte Sicht auf das intentionale Verhalten von Akteuren unter gleichzeitiger Anerkennung strukturierender Rahmenbedingungen. Der Erklärungsgehalt solcher Modelle ist daher im Allgemeinen gross, ebenso deren Anwendbarkeit.

Ein kombiniertes Modell bietet sich daher an als Ausgangslage für die Herleitung eines Bewertungsinstrumentariums von *policy*-Instrumenten. Verschiedene Autoren verfolgen einen entsprechenden gleichzeitig akteur- und institutionenzentrierten Ansatz. Prominentes Beispiel ist Elinor Ostrom, die zusammen mit Gardner und Walker (1994) das *Institutional Analysis and Development (IAD) Framework* entworfen hat. Den IAD-Ansatz verwendeten sie zur Analyse von Nutzungsregimes bei Allmendegütern. Der IAD-Ansatz umfasst sowohl die Akteure mit ihren Präferenzen, Ressourcen, etc. wie auch die Handlungssituationen (*action situations*), die sich aus den Voraussetzungen für die beteiligten Akteure, den möglichen Strategien und den potenziellen Ergebnissen zusammensetzen (ebd.: 27-29).

Mayntz und Scharpf verfolgten einen ähnlich gelagerten Ansatz, für den sie den Begriff des akteurzentrierten Institutionalismus prägten (1995). Sie nutzten den Ansatz für die Fallstudienanalyse gesellschaftlicher Selbstregulierung und politischer Entscheidungen. Eine weiterentwickelte Version dieses Ansatzes präsentierte Scharpf in seinem Buch *Games real actors play* (1997).<sup>40</sup> Gegenstand dieses Ansatzes sind der institutionelle Kontext, die Akteure, die Akteurkonstellation sowie die Interaktionsformen. Im Gegensatz zu Ostrom et al. (1994) ist der Anwendungsbeereich bei Scharpf (1997) allgemein gehalten und nicht spezifisch auf das Management von *common goods* ausgerichtet. Die Integration von unterschiedlichen institutionellen Kontexten, von individuellen und aggregierten Akteuren mit je eigenen spezifisch ausgestalteten Ressourcenausstattungen, Wahrnehmungen und Präferenzen sowie die Möglichkeiten unterschiedlicher Interessenskonstellationen und Interaktionsformen erlauben einen universellen Einsatz des Handlungsansatzes von Scharpf. Neben der Abbildung von Institutionen und dem guten Erklärungsgehalt erfüllt damit der Ansatz von Scharpf auch die dritte Anforderung des Universalitätsanspruchs. Nachfolgend wird daher der Ansatz von Scharpf als Ausgangslage genommen für die Entwicklung eines allgemeinen Handlungsmodells, das der Ausarbeitung eines Bewertungsinstrumentariums von *policy*-Instrumenten zu Grunde liegen soll. Der Ansatz von Scharpf wird im folgenden Kapitel 4.3 genauer ausgeführt.

---

<sup>40</sup> Deutsche Ausgabe: Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung (2006, 2. Auflage).

### 4.3 Der akteurzentrierte Institutionalismus von Scharpf

Der akteurzentrierte Institutionalismus wurde von Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf im Rahmen ihrer *policy*-Forschung entwickelt und im Buch ‚Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung‘ von 1995 zum ersten Mal unter diesem Namen präsentiert. Eine weiterentwickelte Version dieses Ansatzes legte Scharpf im Jahr 1997 in der Publikation ‚*Games Real Actors Play*‘ vor. Der weiterentwickelte Ansatz wurde von Scharpf in seinen eigenen empirischen Arbeiten angewendet.

Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus dient in der *policy*-Forschung als Erklärungsmodell politischer Entscheidungen. Das erklärte Ziel des Ansatzes ist es, Wissen zu generieren, das mithilft bei der Entwicklung von Problemlösungsstrategien und von Institutionen, die zur „Formulierung und Implementation gemeinwohlorientierter Politik“ beitragen (Scharpf 2006: 85). Beim Ansatz geht es darum, den Prozess aufzuzeigen, den die Akteure in Anbetracht bestehender Probleme durchlaufen, um zu diesbezüglichen Entscheidungen zu gelangen (prozessorientierte *policy*-Forschung) (ebd.: 33). Dabei wird die akteurzentrierte Sichtweise mit einem institutionellen Aspekt ergänzt. „Der Ansatz geht von der Annahme aus, dass soziale Phänomene als das Produkt von Interaktionen zwischen intentional handelnden [...] Akteuren erklärt werden müssen. Diese Interaktionen werden jedoch durch den institutionellen Kontext, in dem sie stattfinden, strukturiert und ihre Ergebnisse dadurch beeinflusst“ (ebd.: 17).

Die Analysegrößen im akteurzentrierten Institutionalismus von Scharpf sind der institutionelle Kontext, die (individuellen, kollektiven und korporativen) Akteure, die Akteurkonstellationen sowie die Interaktionsformen (siehe Abbildung 3, fett herausgestellt). Die Analyse der Entscheidungen erfolgt anhand eines spieltheoretischen Ansatzes.

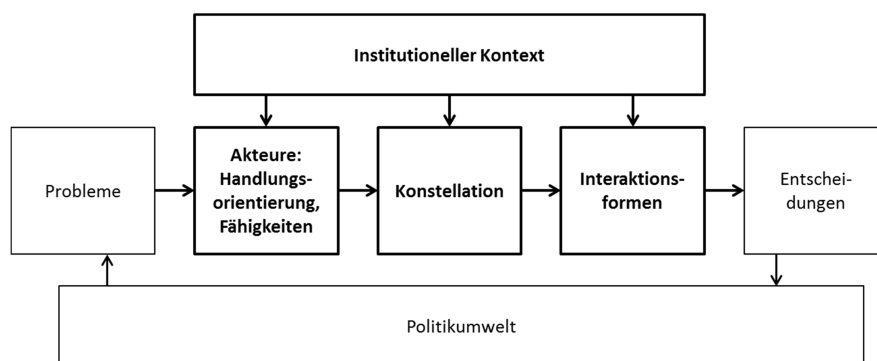


Abbildung 3: Geltungsbereich des Ansatzes des akteurzentrierten Institutionalismus (Scharpf 2006: 85)

Die spieltheoretische Ausrichtung sowie die vier Kategorien von Analysegrößen werden im Folgenden beschrieben mit dem Ziel, die wesentlichen Inhalte herauszuarbeiten und Begriffe zu erläutern, die als Kernelemente in die Entwicklung des allgemeinen Handlungsmodells einfließen, das der Beurteilung des Wirkungspotenzials politischer Instrumente zugrunde gelegt wird. Die Ausführungen beziehen sich auf die deutsche Ausgabe (Scharpf 2006) der Originalversion.

#### 4.3.1 Spieltheoretische Konzeptualisierung von Interaktionen

Scharpf (2006) legt seinem Ansatz spieltheoretische Erklärungsmuster zugrunde. Die Stärken spieltheoretischer Modelle sind aus seiner Sicht deren Eignung Situationen darzustellen, in denen verschiedene Akteure zweckgerichtet handeln und Ergebnisse erzielen, die aus dem Zusammenwirken der Einzelentscheidungen erfolgen. Dabei sind sich die Akteure ihrer Interdependenzen bewusst. Spieltheoretische Konzeptualisierungen zeichnen sich demnach durch die Idee „der strategischen Interaktion zwischen unabhängigen Akteuren“ (Scharpf 2006: 25) aus. Solche Situationen sind Scharpf zufolge charakteristisch für politische Prozesse, an deren Analyse er interessiert ist.

Die Spieltheorie befasst sich mit der Analyse von Handlungen verschiedener Akteure unter bestimmten Ausgangslagen. Die Akteure werden dabei als Spieler bezeichnet. Die Spieler treten sich in der Spielsituation gegenüber, in denen sie die Wahl zwischen verschiedenen Handlungsoptionen (Spielstrategien bzw. Strategieoptionen) haben. Die möglichen Spielergebnisse ergeben sich aus den Kombinationen der Strategieoptionen der einzelnen Spieler. Sie werden in Form von Auszahlungen an die einzelnen Mitspieler dargestellt. Der genaue Gegenstand der Auszahlungen ist dabei abhängig vom verfolgten Ziel der Spieler und muss nicht ein monetärer Wert sein (Lambertini 2011: 14). Spielern wird strategisches Handeln unterstellt. D.h. ausschlaggebend für die Strategiewahl ist die Absicht, eine möglichst hohe Auszahlung zu erzielen, wobei die Antizipation der Strategiewahlen der Mitspieler in den Entscheid miteinbezogen wird. Unter der Annahme strategischen Handelns lassen sich Folgerungen ziehen zu den mutmasslichen Ergebnissen der Spiele. Mathematische Modelle sind die bevorzugte Methodik traditioneller spieltheoretischer Anwendungen. Damit solche Modelle mathematisch überhaupt lösbar sind, werden realitätsferne Annahmen getroffen wie das Vorliegen vollständiger Informiertheit der Spieler sowie das Vorhandensein identischer, vollkommen rationaler und egoistischer Spieler. Für den Einsatz der Spieltheorie in empirisch gestützten Handlungsmodellen ist es dagegen notwendig, von solchen Annahmen abzusehen. In der Realität ist es für Handlungsentscheidungen und damit für das Ergebnis bedeutend, welche Informationen den Akteuren bekannt sind. Je nach Akteur unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten zu Informationen beeinflussen das Ergebnis ebenso wie ungleiche Ressourcenausstattungen oder Befugnisse der Akteure. Auch unterschiedliche Wertvorstellungen und Gesinnungen gegenüber den Mitspielern beeinflussen die Strategiewahl. Der Anwendbarkeit der Spieltheorie tut jedoch die Abwesenheit mathematischer Modellierbarkeit und realitätsferner Annahmen keinen Abbruch:

„Um von der spieltheoretischen Perspektive zu profitieren, müssen Empiriker weder zu Mathematikern werden, noch müssen sie von Akteuren ausgehen, die entweder allwissend sind oder zumindest über unbegrenzte Informationsverarbeitungskapazitäten verfügen. Es genügt, dass die grundlegenden Konzepte des interdependenten strategischen Handelns und der Gleichgewichtsergebnisse explizit und systematisch in unsere Erklärungshypothesen einbezogen werden“ (Scharpf 2006: 26).

Die Einnahme einer spieltheoretischen Perspektive bedeutet demnach die Annahme der strategischen Interaktion als handlungsleitende Maxime von Akteuren, was nicht gleichzeitig die Akzeptanz von uniformen Präferenzen oder vollständiger Informiertheit erforderlich macht. Eine

spieltheoretische Perspektive kann entsprechend auch realitätsnahen Handlungsmodellen zugrunde gelegt werden.

#### 4.3.2 Der institutionelle Kontext

Der institutionelle Kontext beschreibt die institutionellen Strukturen, in die die Akteure bei ihren Handlungen eingebettet sind. Unter Institutionen fasst Scharpf Regelsysteme zusammen, „die in einer Gruppe von Akteuren offenstehende Handlungsverläufe strukturieren“ (Scharpf 2006: 77). Dazu zählen gemäss Scharpf sowohl formale rechtliche Regeln wie auch soziale Normen. Institutionen wirken sich im Ansatz von Scharpf verschiedenartig aus. Sie schränken zum einen die Anzahl der von den Akteuren als wählbar eingestuften Strategieoptionen ein. „Wenn Härte und Gewissheit von Sanktionen hoch genug sind, um die Kosten alternativer Handlungsweisen prohibitiv steigen zu lassen, dann bedeutet das in spieltheoretischen Begriffen, dass die Menge möglicher Strategien auf eine institutionell definierte Teilmenge reduziert wird“ (ebd.: 78). Institutionen beeinflussen ebenfalls die Höhe der Auszahlungen, die mit einzelnen Strategiewahlen verbunden sind. Sie können diese vergrössern oder aber reduzieren (ebd.: 78). Zudem lenken Institutionen Wahrnehmungen und Präferenzen in bestimmte Richtungen und sind somit mitbestimmend, welche Optionen überhaupt als solche wahrgenommen werden und wie diese bewertet werden (ebd.: 79). Aufgrund der strukturierenden Funktion konstituieren Institutionen ebenfalls korporative und kollektive Akteure (siehe Kapitel 4.3.3). Diese Akteure bestehen aus einem Regelrahmen, der die Mitgliedschaften bestimmt, die Kompetenzen und legitimen Handlungsweisen von in deren Namen handelnder Akteure vorschreibt und die geltenden Ziele und Werte definiert (ebd.: 79).

Die aufgeführten Wirkungen von Institutionen reduzieren Unsicherheiten und erleichtern es den Akteuren, das Verhalten ihrer Interaktionspartner besser einschätzen zu können. „Sie ermöglichen es Individuen, ihre ansonsten chaotische Umwelt zu verstehen und die ansonsten unvorhersehbaren – und daher bedrohlichen – Intentionen derjenigen, mit denen sie interagieren müssen, bis zu einem gewissen Grad zu antizipieren. [...] sie sorgen auch für Regelmässigkeiten des menschlichen Verhaltens [...]“ (ebd.: 50). Damit Institutionen diesen Zweck erfüllen können, muss ihre Durchsetzbarkeit gewährleistet sein. Während formale rechtliche Regeln durch das Rechtssystem und den Staatsapparat geahndet werden, werden Normen durch die Gesellschaft sanktioniert (z.B. durch Reputationsverlust, soziale Ächtung, etc.) (ebd.: 77). Dennoch beeinflussen Institutionen Akteurhandlungen nicht deterministisch (ebd.: 83).

Obwohl der institutionelle Kontext als eigenständige Kategorie aufgeführt ist, versteht ihn Scharpf als integraler Bestandteil der übrigen Kategorien ‚Akteure‘, ‚Akteurkonstellationen‘ und ‚Interaktionsformen‘.

#### 4.3.3 Akteure und ihre Handlungsorientierungen und Handlungsressourcen

Scharpf unterscheidet unterschiedliche Arten von Akteuren. Die Individuen als Einzelakteure und komplexe Akteure als Akteur-Aggregate. Zu den Akteur-Aggregaten zählt Scharpf korporative bzw. kollektive Akteure, bei denen die beteiligten Individuen eine gemeinsame Wirkung eines koordinierten Handelns erwarten (2006: 101). Korporative Akteure sind beispielweise Unternehmen. Deren Aktivitäten werden durch Arbeitnehmende ausgeführt und sind auf externe

Nutzniesser ausgerichtet (ebd.: 101). Korporative Akteure sind in der Regel hierarchisch organisiert und werden von den Eigentümern oder von einer in deren Namen agierenden Führung kontrolliert (ebd.: 105). Kollektive Akteure sind dagegen „von den Präferenzen ihrer Mitglieder abhängig [...] und [werden] von diesen kontrolliert“ (ebd.: 101). Es können unterschiedliche Formen kollektiver Akteure auftreten, die sich durch die Art und Weise ihrer Zieldefinition (individuelle Ziele der beteiligten Einzelakteure vs. gemeinsame Ziele bzw. kollektive Zielformulierung) und ihren Organisationsgrad (kaum organisiert vs. formalisierte Entscheidungs-/Führungsstrukturen) unterscheiden (ebd.: 102-106). Die „aggregierte Beschreibung [von Akteuren] lässt sich ausschliesslich durch die unterstellte empirische Ähnlichkeit der individuellen Entscheidungen rechtfertigen“ (Scharpf 2006.: 99). Als Untersuchungsgrösse legitim sind Akteur-Aggregate daher aufgrund ihres gegen aussen einheitlichen Auftretens. Die internen Einzelakteure handeln im Sinne und aus der Perspektive des komplexen Akteurs. Analysen können daher vereinfacht werden, „indem wir eine begrenzte Anzahl grösserer Einheiten als komplexe [...] Akteure mit einheitlichen Handlungsorientierungen und relativ grossen Handlungsressourcen behandeln“ (ebd.: 35).

Die Akteure zeichnen sich durch ihre Handlungsorientierungen und ihre Fähigkeiten bzw. Handlungsressourcen aus (Scharpf 2006: 86). Zur Handlungsorientierung gehören die kognitive Orientierung (Wahrnehmung) sowie die Präferenzen. Handlungsorientierungen „beziehen sich auf die Bewertung des Status quo, auf mögliche Problemursachen, auf die Wirksamkeit und Wünschbarkeit möglicher Handlungsoptionen und der damit verbundenen Ergebnisse“ (ebd.: 87). Handlungsorientierungen „können relativ stabil sein [...], oder sie können durch Lernen oder Argumente verändert werden“ (ebd.: 86). Bei der kognitiven Orientierung handelt es sich um die Interpretation von Tatsachen, die Wahrnehmung von Handlungsoptionen und die Einschätzung wahrscheinlicher Ergebnisse (ebd.: 115). Wahrnehmungen können dem bestmöglichen Wissen entsprechen, unter Umständen aber auch davon abweichen (ebd.: 115). Die Präferenzen gliedert Scharpf in Eigeninteressen, normative Rollenerwartungen, Identitäten und die Interaktionsorientierung. Die verschiedenen Kategorien von Präferenzen müssen bei einem Akteur keinesfalls übereinstimmend sein, möglich sind auch Präferenzen, die zueinander in Konflikt stehen (ebd.: 119). Das Eigeninteresse definiert Scharpf als „grundlegende Präferenzen von Akteuren für Selbsterhaltung, Autonomie und Wachstum“ (ebd.: 117). Was diese Definition für den genauen Gehalt der Eigeninteressen impliziert ist kontextabhängig. Die Eigeninteressen kleiner Unternehmen sind anders als jene grosser Unternehmen und nochmals anders als jene einer NGO. Die normative Rollenerwartung sind die „Erwartungen, die an Inhaber bestimmter Positionen gerichtet sind“ und die „von allen Teilnehmern einer Interaktion geteilt werden“ (ebd.: 118). Die normativen Rollenerwartungen können unterteilt werden in Restriktionen bezüglich konkreter Handlungen sowie in Normen, die den Handlungszweck vorschreiben (Intention hinter den verfolgten Zielen) (ebd.: 118). Die Identität beschreibt die „Definition eigener Interessen und Normen“ (ebd.: 119). Diese können bestimmte Aspekte des Eigeninteresses und der normativen Erwartungen speziell betonen (ebd.: 119). Scharpf beschreibt die Identität auch als „selektive Selbstbeschreibung“ (ebd.: 121). Die Identität gibt Orientierungshilfe bei konfligierenden Präferenzen und erleichtert die Entscheidungsfindung (ebd.: 119). Die Interaktionsorientierungen sind die „relational definierten Präferenzen“ (ebd.: 149). Sie machen Aussagen dar-



über, wie eigene Auszahlungen eines Ergebnisses bewertet werden in Relation zu den Auszahlungen anderweitiger Akteure aus demselben Ergebnis. Je nach Interaktionsorientierung werden demnach ‚objektive‘ Auszahlungen individuell umgewertet (transformiert). Interaktionsorientierungen können unterschiedlichster Ausprägung sein. Scharpf benennt verschiedene häufig auftretenden Interaktionsorientierungen, dazu zählen beispielsweise Individualismus, Solidarität und Wettbewerb (ebd.: 151ff). Individualismus steht für die egoistische Nutzenmaximierung. Als Entscheidungsgrösse relevant sind nur die eigenen Auszahlungen, während jene anderer Akteure nicht (weder positiv noch negativ) berücksichtigt werden (ebd.: 152). Solidarität steht für unumschränkte Kooperation. Die Vorteile anderweitiger Akteure fliessen gleich in die Bewertung ein wie die eigenen Vorteile (ebd.: 152-153). Der Wettbewerb widerspiegelt dagegen eine von Neid geprägte Haltung. Neben den eigenen Auszahlungen fliessen die Gewinne (Verluste) anderer Akteure als eigene Verluste (Gewinne) in die Ergebnisbewertung ein (ebd.: 153).

Die Fähigkeiten sind neben der Handlungsorientierung die zweite Dimension, durch die sich Akteure charakterisieren. Unter Fähigkeiten versteht Scharpf „alle Handlungsressourcen [...], die es einem Akteur ermöglichen, ein Ergebnis in bestimmter Hinsicht und zu einem gewissen Grad zu beeinflussen“ (2006: 86). Fähigkeiten bzw. Handlungsressourcen sind somit die Voraussetzung für praktische Auswirkungen (ebd.: 95). Aufgeführte Beispiele entsprechender Handlungsressourcen sind persönliche Merkmale (physische Stärke, Intelligenz, Human- und Sozialkapital, etc.), materielle Ressourcen (Geld, Land, militärische Macht, etc.), technologische Ressourcen, privilegierter Informationszugang und institutionelle Regeln (Zuweisung von Kompetenzen, Verleihung oder Beschränkung von Partizipationsrechten, Vetorechte, Rechte zur autonomen Entscheidung, etc.) (ebd.: 86). Scharpf verzichtet auf eine allgemeine Klassifikation der Handlungsressourcen, da situationsabhängig ist, welche Faktoren jeweils wirkungsvoll sind (ebd.: 95).

#### 4.3.4 Akteurkonstellationen

Die Akteurkonstellations beschreibt die Spielsituation (vgl. Kapitel 4.3.1). Sie besteht aus den beteiligten Spielern (Akteuren), ihren Strategieoptionen und Präferenzen in Bezug auf das Ergebnis (Scharpf 2006: 87). Die Akteurkonstellations wird in der Spielmatrix abgebildet (ebd.: 87). Die Matrix zeigt die Auszahlungen für die einzelnen Spieler je Kombination von Strategieoptionen der verschiedenen Spieler auf. Die vereinfachte Darstellung komplexer Situationen in spieltheoretischen Matrizen erlaubt es, „extrem unterschiedliche reale Konstellationen auf einem sehr hohen Abstraktionsniveau, aber mit grosser Genauigkeit zu beschreiben und miteinander zu vergleichen“ (ebd.: 88). Akteurkonstellationen zeigen auf, wie die Interessen der Mitspieler einander gegenüberstehen und welche Arten von Interessenskonflikten auftreten. Theoretisch sind unendlich viele Arten von Konstellationen denkbar, Scharpf stellt in seinem Ansatz verschiedene klassische Spielformen dar, die einen hohen Bekanntheitsgrad geniessen.

Die einfachsten Akteurkonstellationen sind das reine Koordinationsspiel und das reine Konfliktspiel. Im reinen Koordinationsspiel sind die Interessen der Spieler einheitlich, die Rangfolge der bewerteten möglichen Ergebnisse ist daher identisch. Da sich die Interessen der Spieler entsprechen, wird im reinen Koordinationsspiel das Spielergebnis jenes mit den höchsten Auszahlungen an die Spieler sein. Im reinen Konfliktspiel sind die Interessen genau entgegengesetzt. Der Ge-

winn eines Spielers entspricht dem Verlust eines anderen Spielers. Diese Art Spiele werden daher auch als Konstantsummenspiele bzw. Nullsummenspiele (bei einer totalen Auszahlung von Null) bezeichnet (ebd.: 130). Solche Spiele haben im Gegensatz zum Koordinationsspiel nicht immer ein eindeutiges Ergebnis.

Beide Spiele sind in der Realität selten anzutreffen (ebd.: 130). Viel eher wird es der Fall sein, dass sich die Interessen teils widersprechen, teils konvergieren (Zürn 1992: 153). Solche Konstellationen werden *mixed-motive-games* genannt. Ein bekanntes *mixed-motive-game*, das Scharpf präsentiert, ist das Gefangenendilemma-Spiel. Dieses Spiel zeichnet sich dadurch aus, dass die Präferenzen der Akteure bezüglich dem besten und dem schlechtesten Ergebnis genau gegenteilig, ansonsten aber deckungsgleich sind. Welches Ergebnis in einem *mixed-motive-game* erzielt wird, bzw. welche Strategiewahlen schliesslich getroffen werden, ist abhängig von der Interaktionsform und dem zugehörigen institutionellen Kontext (siehe Kapitel 4.3.5).

Für die Wahlentscheide ausschlaggebend sind nur die seitens der Spieler angenommenen Spielsituationen und nicht die Situationen, die ein allwissender Aussenstehender beobachten würde. Die Wahrnehmung der Akteure spielt somit eine entscheidende Rolle für die Strategiewahlen. Neben der Wahrnehmung haben auch die Präferenzen einen Einfluss auf die tatsächlich gespielte Konstellation. Für die Strategiewahlen entscheidend sind die aufgrund der individuellen Präferenzen bewerteten Auszahlungen und nicht die ‚realen‘ bzw. ‚physischen‘ Ergebnisse. Von Relevanz ist hier ebenfalls die Interaktionsorientierung der Spieler. Die Interaktionsorientierung bestimmt, inwiefern in die Ergebnisbewertung auch Auszahlungen an Mitspieler mit einfließen. Die Interaktionsorientierung kann den Charakter von Konstellationen verändern. In Anlehnung an Kelley & Thibaut (1978) spricht Scharpf von einer Transformation der Ausgangsmatrix in eine effektive Matrix (2006: 150-151). Bei einer kooperativen Orientierung (Solidarität) wird beispielsweise das Gefangenendilemma-Spiel zu einem reinen Koordinationsspiel, wobei das Spielergebnis dem zweitbeliebtesten Ergebnis der Spieler in der Ausgangsmatrix entspricht.

#### 4.3.5 Interaktionsformen

Interaktionsformen beschreiben die Art und Weise der Interaktion. Scharpf unterscheidet zwischen einseitigem Handeln (nicht-kooperatives Spiel), Verhandlung (kooperatives Spiel), Mehrheitsentscheidung (Abstimmungsspiel) und hierarchischer Steuerung (hierarchisches Spiel).

##### *Einseitiges Handeln*

Einseitiges Handeln bzw. nicht-kooperative Spiele entsprechen der üblichen Annahme in der Spieltheorie. Unter einseitigem Handeln erscheinen drei Arten von Vorgehen als zweckmässig: Die Ausrichtung des Handelns an einem Nash-Gleichgewicht, die Wahl dominanter Strategien sowie die Orientierung an der Maximin-Regel. Strategien, die zu einem Nash-Gleichgewicht führen, zeichnen sich dadurch aus, dass im Ergebnis kein Akteur ein einseitiges Abweichen seiner Strategiewahl als profitabel erachtet. Nash-Gleichgewichte werden identifiziert, indem die Auszahlungen der Akteure, die mit verschiedenen Handlungsoptionen verbunden sind, miteinander verglichen werden. Nash-Gleichgewichte gibt es in reinen und in gemischten Strategien. Bei Nash-Gleichgewichten in reinen Strategien müssen sich die Spieler zwischen den verschiedenen Strategien entscheiden (entweder Strategie A oder aber Strategie B). Nicht alle Spiele

verfügen jedoch über Nash-Gleichgewicht in reinen Strategien. Für alle Spiele existieren hingegen Nash-Gleichgewichte in gemischten Strategien (vgl. Dasgupta & Maskin 1986). Diese kennzeichnen sich dadurch, dass die Spieler mehrere Strategien mit gewissen Wahrscheinlichkeiten wählen (sich also für eine Strategienkombination entscheiden). Für die Prognose von Ergebnissen ist die Aussagekraft von Nash-Gleichgewichten in gemischten Strategien allerdings gering (Scharpf 2006: 176). Die Wahl von Strategien, die zu Nash-Gleichgewichten führen, stellt hohe Informationsanforderungen, da die Spieler Kenntnis haben müssen von den Auszahlungen der Mitspieler. Manche Spiele verfügen über mehrere Nash-Gleichgewichte. Welches Nash-Gleichgewicht als Ergebnis resultiert ist unbestimmt, insofern nicht eines der Nash-Gleichgewichte alle Mitspieler klar besser stellt als die übrigen Gleichgewichte.

Einfachere Lösungswege, die geringere Anforderungen an die Information stellen, sind die Wahl dominanter Strategien. Dominant sind jene Strategien, die alternativen Strategieoptionen stets überlegen sind, egal welche Strategiewahlen die Mitspieler treffen. Wenn eine Strategie als die überlegene hervorsticht, brauchen die Spieler über keine Kenntnisse der Auszahlungen der Mitspieler zu verfügen. Gleichgewichte in dominanten Strategien sind immer auch Nash-Gleichgewichte. Dominante Strategien sind jedoch eher selten anzutreffen (das Gefangenendilemma-Spiel weist allerdings dominante Strategien aus).

Schliesslich können nicht-kooperative Spiele auch mittels der Maximin-Regel gelöst werden. Diese Regel richtet sich an der Maxime der Risikominimierung aus. Die Maximin-Regel zielt darauf ab, die kleinstmögliche Auszahlung möglichst hoch zu halten. Mit der Anwendung der Maximin-Regel bei der Strategiewahl werden womöglich vorteilhaftere Ergebnisse ausgeklammert. Die Maximin-Regel wird somit dann relevant, wenn die Informationslage schlecht ist (ebd.: 80, vgl. auch Zürn 1992: 155), oder bei „reinen Konfliktspielen, bei denen die Annahme berechtigt ist, dass die andere Partei alles tun wird, um meine Interessen zu verletzen“ (Scharpf 2006: 178). Bei reinen Konfliktspielen (Nullsummen- oder Konstantsummenspielen) entspricht die Maximin-Regel ebenfalls dem Nash-Gleichgewicht.

### *Verhandlung*

Bei Verhandlungs- oder Kooperations-Spielen versuchen die Mitspieler, ein Verhandlungsergebnis zu erzielen, das alle Mitspieler besser stellt, als dies bei einseitigem Handeln der Fall wäre. Sie versuchen, Kooperationsgewinne zu erzielen (Scharpf 2006: 202). Kooperatives Handeln zielt darauf ab, das gemeinsame Interesse der Mitspielenden umzusetzen und von der Verwirklichung eigener Vorteile auf Kosten der Mitspieler abzusehen (ebd.: 131). Ergebnisse, die nur eine Vertragspartei besser stellen als bei einer Nichteinigung, werden ausgeschlossen, da angenommen wird, dass kein Verhandlungspartner eine Einigung eingehen wird, die ihn schlechter stellt als ein vertragsloser Zustand. Möglich sind dabei auch das Aushandeln von Kompensationszahlungen oder anderweitigen Entschädigungen für einzugehende Benachteiligungen. Verhandlungen können allerdings dazu neigen, die eingangs vorhandene Verteilung von Vor- und Nachteilen der Akteure zu reproduzieren (ebd.: 209). Obwohl Kooperationsgewinne im Interesse aller Spieler sind, können Verhandlungsergebnisse dennoch bedroht sein durch den Versuch der Erlangung noch grösserer eigener Vorteile durch einseitigen Vertragsbruch auf Kosten der übrigen kooperierenden Vertragsparteien. Dieses Risiko besteht dann, wenn die Kooperationsergebnisse

keine Nash-Gleichgewichte sind (z.B. in Dilemma-Spielen). Die Sicherstellung der Kooperation erfordert demnach Institutionen, die die Verbindlichkeit der Vereinbarungen sicherstellen können (vgl. z.B. die *design principles* von Ostrom 1990).<sup>41</sup> Bestehen keine solchen Institutionen, kann dies bereits vorgängig einen Vertragsabschluss verhindern aufgrund von Zweifel an der Einhaltung getroffener Vereinbarungen (ebd.: 201).

### *Abstimmung und Hierarchie*

Bei Abstimmungsspielen und bei hierarchischen Spielen sieht die Situation wiederum anders aus. Hier liegt die Entscheidungsmacht bei einem klar definierten Akteur (der Mehrheit bzw. der hierarchischen Führung). „Wer seine eigene bevorzugte Lösung durchsetzen kann, wird in die Versuchung geraten, nicht die kooperative Lösung zu wählen [...]“ (Scharpf 2006: 137). In diesen Spielen entsprechen die Ergebnisse somit höchstwahrscheinlich der höchsten Präferenz der Mehrheit bzw. der hierarchischen Führung. Je nach Interaktionsmodus können identische Akteurkonstellationen somit zu gänzlich unterschiedlichen Ergebnissen führen (ebd.: 137).

### *Rolle der Institutionen*

Der institutionelle Rahmen spielt eine entscheidende Rolle, welche Interaktionsform zum Einsatz kommt (Scharpf 2006: 90-91). Institutionen definieren einerseits die genaue Ausgestaltung der Interaktionsformen. Ein Beispiel sind die Verfahrensregeln bei Abstimmungen oder die Unterschriftenregelungen bei Vertragsunterzeichnungen (ebd.: 91). Andererseits bestehen je nach Interaktionsform unterschiedliche Anforderungen an die vorliegenden institutionellen Strukturen (ebd.: 92). Dabei sind anarchische Felder (Abwesenheit von Institutionen) und minimale Institutionen (bestimmte Interessen wie das Recht auf Leben, Freiheit, physische Unversehrtheit und Eigentum sind geschützt (ebd.: 170)) geeignet für einseitiges Handeln, während für anderweitige Interaktionsformen wie Hierarchie oder Verhandlung ein komplexeres Institutionengefüge angemessen ist. So sind „profitable Vereinbarungen“ gemäss Scharpf auf „effektive und institutionell anspruchsvolle institutionelle Arrangements“ angewiesen, „mit deren Hilfe die Risiken des Opportunismus und der unsicheren Zukunft bewältigt werden können“ (ebd.: 231).

## 4.4 Allgemeines Handlungsmodell in Anlehnung an Scharpf

Im Rahmen dieses Kapitels wird ein allgemeines Handlungsmodell entworfen, das dem Instrumentarium zur Einschätzung des Einflusses von *policy*-Instrumenten auf Akteurhandlungen mit Nachhaltigkeitswirkungen zugrunde gelegt wird. Das allgemeine Handlungsmodell bezweckt, die Art und die Wirkungsweise von Einflussgrößen auf das Akteurverhalten darzulegen. Die Kernelemente des allgemeinen Handlungsmodells werden unter Berufung auf die wesentlichen Inhalte des akteurzentrierten Institutionalismus von Scharpf definiert. Während der Handlungsansatz von Scharpf auf Entscheidungssituationen für die Politikformulierung (Festlegung von *policy*-Instrumenten) ausgerichtet ist, liegt der Fokus des allgemeinen Handlungsmodells dage-

---

<sup>41</sup> Bei Zweipersonen-Spielen, die unendlich oft wiederholt gespielt werden, kann Kooperation auch sichergestellt werden durch eine ‚*Tit for Tat*‘-Strategie (Axelrod 1980), bei der Nicht-Kooperation eines Spielers im Folgespiel durch Nicht-Kooperation des Mitspieler bestraft wird, Kooperation dagegen mit Kooperation belohnt wird (Scharpf 2006: 135, unter Bezugnahme auf ein spieltheoretisches ‚Folk-Theorem‘ (allgemein bekannter Lehrsatz der Spieltheorie)).

gen auf nicht-politischen Entscheidungen, wie sie etwa Konsum- und Produktionsentscheidungen darstellen. Damit eignet es sich als Grundlage der Analyse von *policy*-Instrumenten, die als Resultat politischer Aktivitäten auf die Steuerung privater Handlungen abzielen. Anhand des allgemeinen Handlungsmodells lassen sich Aussagen herleiten zu Möglichkeiten der zielgerichteten Einflussnahme auf Akteurhandlungen. Diesen Möglichkeiten wird im anschliessenden Kapitel 4.5 nachgegangen. Policy-Instrumenten kann dann eine zielführende Wirkung nachgesagt werden, wenn sie einer der aufgezeigten Möglichkeiten entsprechen.

#### 4.4.1 Übersicht über das allgemeine Handlungsmodell

Das allgemeine Handlungsmodell basiert auf dem Handlungsansatz von Scharpf (2006) und übernimmt die spieltheoretische Ausrichtung ebenso wie die von Scharpf eingeführte Konzeptualisierung von Akteuren inklusive der Analysegrößen betreffend die handelnden Akteure. Das allgemeine Handlungsmodell stellt die Handlung aus der Perspektive des agierenden Akteurs dar. Der Akteur sieht sich dabei Handlungsoptionen gegenüber, die er einer Wertung unterzieht und deren Umsetzungswahrscheinlichkeiten er einzuschätzen versucht. Auf dieser Grundlage trifft er seinen Handlungsentscheid, der in der Handlungs-Ausführung mit dem Handlungsergebnis mündet. Das Handlungsergebnis kann dabei ebenso vom Verhalten anderer Akteure und von systemischen Einflüssen mitbestimmt werden. Im Rahmen der verschiedenen Bestandteile des Entscheidungsprozesses ist ein Akteur Einflussgrößen unterworfen. Während der Entscheidungsprozess das spieltheoretische Element abbildet, entsprechen die Einflussgrößen den akteurbezogenen Analysegrößen von Scharpf, die er – neben den spieltheoretischen Größen – als Erklärungsvariablen des Zustandekommens von (politischen) Entscheidungen vorschlägt. Eine schematische Darstellung des Modells zeigt Abbildung 4 auf.

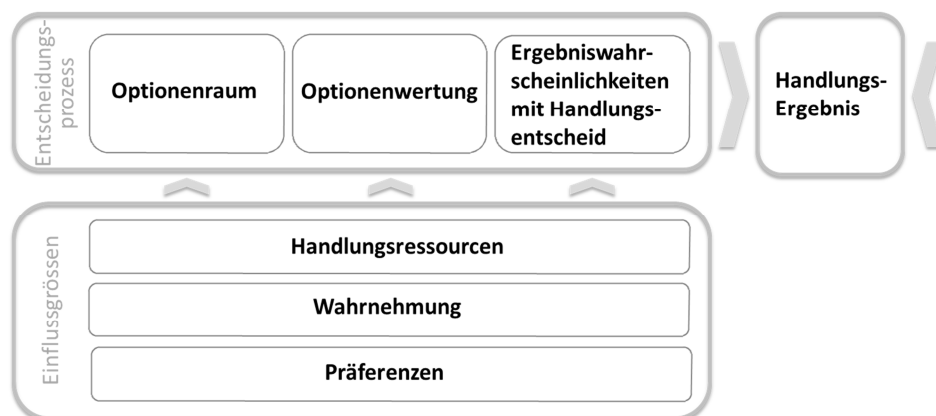


Abbildung 4: Handlungssituation aus der Akteur-Perspektive im allgemeinen Handlungsmodell

Die schematische Darstellung des allgemeinen Handlungsmodells in Abbildung 4 zeigt die für die Analyse von Akteurhandlungen relevanten Untersuchungsgrößen auf. Die genauen Inhalte der Untersuchungsgrößen und deren Zusammenhang mit Wahlentscheidungen werden im Folgenden genauer beschrieben.

#### 4.4.2 Entscheidungsprozess

Der Entscheidungsprozess zeigt die im Rahmen der spieltheoretischen Konzeptualisierung relevanten analytischen Bestandteile, die den Handlungsentscheiden der Akteure zugrunde liegen, auf. Vorläufer des eigentlichen Wahlentscheides und der entsprechenden Umsetzung desselben sind der Optionenraum mit den alternativen Handlungsoptionen sowie die durch die Akteure vorgenommene Wertung der Optionen bzw. deren möglichen Ergebnisse. Die bewerteten Optionen sind Ausgangslage für die Wahlabwägungen, die auf einer Einschätzung der Umsetzungswahrscheinlichkeiten der einzelnen Ergebnisse beruhen, und die sich darauf abstützenden Wahlentscheide der Akteure.

Bei ihren Entscheidungen können die Akteure die einzelnen Bestandteile der Entscheidungsfindung ganz bewusst und allenfalls sogar wiederholt durchlaufen und viel Zeit aufwenden, um einen fundierten Entscheid zu fällen. Bei routinierten Entscheidungen dagegen werden die Bestandteile des Entscheidungsprozesses von den Akteuren nicht bewusst erwogen. Die Akteure stützen sich stattdessen auf bewährte Heuristiken ab, was ihnen ein schnelles Handeln ermöglicht.<sup>42</sup>

##### *Optionenraum*

Der Optionenraum enthält die möglichen (zur Auswahl stehenden, durchführbaren) alternativen Handlungsoptionen – bzw. in spieltheoretischen Begriffen Strategieoptionen – der Akteure in einer Handlungssituation. Strategieoptionen sind Varianten möglicher Verhaltensweisen im Rahmen einer Entscheidungssituation. Strategieoptionen fassen Bündel von Aktivitäten zusammen, die zusammen eine kohärente Verhaltens-Einheit formen und auf anvisierte Ziele ausgerichtet sind. Bei klassischen spieltheoretischen Analysen wird den Akteuren in der Regel einseitiges Handeln unterstellt, damit spielen im Rahmen der Strategieoptionen der Akteure Interaktionsmöglichkeiten wie beispielsweise das Erteilen von Anweisungen oder das Verhandeln mit potenziellen Vertragspartnern keine Rolle. Scharpf (2006) dagegen lässt Interaktionsformen zu, die über das einseitige Handeln hinausreichen (vgl. Kapitel 4.3.5). Die Form der Interaktion ist bei ihm jedoch nicht Bestandteil der Strategieoptionen, sondern wird nachträglich bei der Eruiierung der tatsächlichen Entscheidungsspielräume der Akteure ins Spiel gebracht. Demgegenüber werden im Rahmen des hier präsentierten allgemeinen Handlungsmodells die Interaktionsmöglichkeiten der Akteure bereits ihren Strategieoptionen zugehörig aufgefasst. Dies entspricht der Logik der handelnden Akteure, denn aus ihrer Sicht sind die Interaktionsmöglichkeiten integraler Bestandteil ihrer Optionen und unterschiedliche Interaktionsmöglichkeiten formen entsprechend unterschiedliche Optionen. Da das allgemeine Handlungsmodell den Entscheidungsprozess aus Sicht des handelnden Akteurs darstellt, ist die Integration der Interaktionsmöglichkeiten in die Strategieoptionen entsprechend konsequent. Für eine Integration spricht zudem, dass Interaktionsaspekte für die Akteure bewertungsrelevant sein können. Sei es, die Art der Interaktion an sich oder die mit der Interaktion einhergehenden spezifischen Auswirkungen. So kön-

---

<sup>42</sup> Vgl. beispielsweise „extensives Kaufverhalten“ vs. „habituelles Kaufverhalten“ in Foscht et al. (2015). Während bei Ersterem der kognitive Einsatz der Käufer(innen) sehr gross ist, herrschen bei Letzterem „verfestigte Verhaltensmuster“ vor (ebd.: 175).

nen etwa Präferenzen der Akteure bestehen zugunsten konsensbasierter Entscheidungsfindungen (unabhängig davon, wie die Ergebnisse ausfallen) oder die Folgen einer gewaltsamen Durchsetzung von Interessen wie physische und psychische Beeinträchtigungen können negativ bewertet werden oder Gewaltanwendung wird per se verurteilt. Scharpf abstrahiert hingegen in seinem Ansatz von der möglichen Präsenz solcher spezifisch auf die Interaktionsform bezogener Präferenzen.

### *Optionenwertung*

Die im Optionenraum enthaltenen Strategieoptionen werden durch die Akteure einer Wertung unterzogen. Dabei werden mögliche Ergebnisse der Ausführung einer Strategieoption antizipiert und diese auf deren Attraktivität hin beurteilt. Die bewerteten Optionenräume der Akteure finden ihre Entsprechung in der Akteurkonstellation bei spieltheoretischen Analysen. Die Attraktivität einzelner Ergebnisse wird dabei als Auszahlung ausgewiesen. Die Auszahlung beschreibt, welchen persönlichen Nutzen die Akteure aus einem Ergebnis für sich ziehen. Da die Aktivitäten der Akteure oft interaktiv sind, können mit einer Option verschiedene unterschiedlich bewertete Ergebnisse verbunden sein, je nachdem welches Verhalten mitbeteiligten Akteuren unterstellt wird. Solche Interdependenzen von Akteuren zeigen sich etwa in Fällen, in denen die Akteure in ein Tauschverhältnis treten (Güter oder Arbeitsleistung gegen Geld, etc.), Akteure Hilfestellungen leisten oder Externalitäten von Akteurverhalten bestehen. Das Verhalten von Beteiligten kann Ergebnisse von Akteuren sowohl günstig beeinflussen (z.B. bei kooperativem Verhalten) wie auch ungünstig beeinflussen (z.B. bei unkooperativen Verhalten). Zudem können ebenso unterschiedliche Annahmen zur Ausprägung von unbekannten systemischen bzw. Zufalls-Komponenten dazu führen, dass mit einer einzelnen Option verschieden bewertete Ergebnisse einhergehen. Zufallsfaktoren umfassen mit Unsicherheiten behaftete ergebnisrelevante Ereignisse, die nicht auf das Verhalten Direktbeteiligter zurückzuführen sind. Solche Faktoren sind beispielsweise bedingt durch Naturereignisse, durch politische Einflüsse, durch gesellschaftliche Entwicklungen oder durch Entwicklungen auf den Märkten. Derartige Faktoren sind naturgemäss nicht oder nur mit Unsicherheit prognostizierbar. Im Handlungsansatz von Scharpf sind derartige Abhängigkeiten von untergeordneter Bedeutung und damit vernachlässigbar. Handlungsergebnisse politischer Prozesse sind ausformulierte *policies* und somit rein von Akteuren geschaffene Konstrukte. Für nachhaltigkeitsrelevante Handlungsergebnisse spielt dagegen zumindest teilweise der Einfluss von Zufallsereignissen eine Rolle.

### *Ergebniswahrscheinlichkeiten mit Handlungsentscheid*

Die Handlungsoptionen mit ihren bewerteten möglichen Ergebnissen widerspiegeln die Handlungs- bzw. Entscheidungssituation der Akteure. Innerhalb solcher Situationen wird den Akteuren nun gemäss spieltheoretischer Konzeptualisierung strategisch orientierte Interaktion unterstellt (siehe Kapitel 4.3.1). Den Akteuren wird dabei ein nutzenorientiertes Verhalten unterstellt, wobei das vermutete Verhalten mitbeteiligter Akteure im Handlungsentscheid berücksichtigt wird. Demnach versuchen Akteure, durch ihr Handeln eine möglichst hohe Auszahlung für sich verbuchen zu können, unter Berücksichtigung, dass andere Akteure aus derselben Motivation heraus agieren und damit die erzielten Auszahlungen mitbeeinflussen. Die spieltheoreti-

sche Fundierung fungiert somit als handlungsleitende Maxime, die es erlaubt, überhaupt Vermutungen zum Akteurverhalten aufzustellen und demnach Prognosen wagen zu können.

Scharpf legt die Annahme der strategischen Interaktion seinen Analysen für politisches Handeln zugrunde, für das er eine hohe Plausibilität für die Existenz strategischer Aktion sieht (2006: 24). Die Anwendung dieser Maxime ist jedoch keineswegs auf die Anwendung politischer Aktivitäten beschränkt. Traditionelle spieltheoretische Anwendungen beziehen sich im Gegenteil auf alltägliche Entscheidungssituationen nicht politischer Akteure. Zu solchen Entscheidungssituationen zählen auch private Handlungen mit potenziell relevanten Auswirkungen auf eines oder mehrere der vier Nachhaltigkeitsziele (vgl. Kapitel 3.4). Interaktion spielt beispielsweise eine Rolle bei der Gewährleistung der Grundbedürfnisse, die meistens nicht autark geschieht. Ebenso äussert sich die Gewährleistung persönlicher Rechte im Rahmen von Interaktion. Ein spieltheoretisches Beispiel, das sich dem Nachhaltigkeitsziel der Schonung von Naturkapital zuordnen lässt, ist das Allmendedilemma (in Analogie zum Gefangenendilemma, vgl. Kapitel 4.3.4), das die Nutzungskonkurrenz bei Naturkapital thematisiert. Private Handlungen finden allerdings nicht durchwegs in einem interaktiven Rahmen statt. Die Maxime eines auf möglichst hohe Auszahlungen gerichteten Verhaltens lässt sich jedoch auch für derartige Umstände (nicht-strategisches Spiel (Bieta et al. 2002: 201-202)) problemlos anwenden.

Die Anerkennung der strategischen Interaktion als handlungsleitende Maxime geht dabei nicht gleichzeitig einher mit der Gutheissung häufig getroffener spieltheoretischer Annahmen wie exogen vorgegebene Präferenzen bezüglich Auszahlungen oder vollständige Informiertheit. Im Gegenteil wird im hier entworfenen allgemeinen Handlungsmodell von derartigen Annahmen abgesehen. Der Nutzen wird als ein Akteur-spezifischer Faktor gehandhabt, der alleine durch die individuellen Präferenzen bestimmt wird und sich sowohl auf materielle wie auch immaterielle Aspekte beziehen kann (siehe nachfolgende Ausführungen in Kapitel 4.4.7). Genauso wird nicht von allwissenden Akteuren ausgegangen, sondern eine begrenzte Rationalität unterstellt, die sich nach der individuellen Wahrnehmung der Akteure richtet (siehe nachfolgende Ausführungen in Kapitel 4.4.6).

Die Annahme der strategischen Interaktion bedeutet für den Handlungsentscheid, dass Akteure jene Strategieoption wählen, die ihnen die bestmögliche Auszahlung verspricht, welche angesichts der vermuteten Verhaltensweisen mitbeteiligter Akteure und der Zufallsfaktoren als erzielbar eingeschätzt bzw. deren Verfehlungsrisiko als vertretbar gewertet wird. Die Akteure führen demnach eine Einschätzung der Wahrscheinlichkeiten der Erzielung der wahrgenommenen möglichen Ergebnisse ihrer verschiedenen Handlungsoptionen durch. Wie diese Einschätzung ausfällt, hängt von den vorhandenen Interaktionsmöglichkeiten und Informationen sowie der Risikoakzeptanz bzw. den Risikopräferenzen der Akteure ab. Unter einseitigem Handeln und vollständiger Information prognostiziert die klassische Spieltheorie Strategiewahlen, die in Nash-Gleichgewichtsergebnissen münden (siehe Kapitel 4.3.5). Wird die Annahme der vollständigen Information aufgegeben, dann bewirken hohe Unsicherheiten gekoppelt mit risikoaversen Präferenzen mutmasslich Verhaltensweisen, die potenzielle Verluste minimieren (Maximin-Regel, siehe Kapitel 4.3.5). Interaktionsmöglichkeiten der Akteure können jedoch über das einseitige Handeln hinausgehen. Sind in den Handlungsoptionen der Akteure Möglich-



keiten der einseitigen Einflussnahme auf die Aktivitäten beteiligter Akteure enthalten (Diktat von Verhaltensweisen), wird die Wahl von Strategien vermutet, die die einflussnehmenden Akteure begünstigen. Im Falle einer hierarchischen Anweisung etwa die Hierarchieträger, im Falle der Mehrheitsabstimmung die Mehrheit. Diese können die Ausführung von Strategieoptionen durchsetzen, die zu ihrem präferierten Ergebnis (Auszahlung) führen (siehe Kapitel 4.3.5). Möglicherweise sehen die Strategieoptionen der Akteure keine einseitige Einflussnahme vor, aber es bestehen erfolgsversprechende Verhandlungsmöglichkeiten. Dann werden Strategiewahlen vermutet, von denen die beteiligten Parteien gemeinsam profitieren. Bei ausgeglichenen Machtverhältnissen kann angenommen werden, dass ein Verhandlungsergebnis die Interessen der verschiedenen Beteiligten in etwa gleichmässig berücksichtigt und Vorteile gegenüber einem einseitigen Handeln der Akteure beinhaltet (Kooperationsergebnis). Bei unausgeglichenen Machtverhältnissen der Verhandlungspartner ist dagegen davon auszugehen, dass einige Akteure zumindest teilweise bevorteilt werden (vgl. Kapitel 4.3.5). Nicht immer kann jedoch von erfolgreichen Verhandlungsversuchen ausgegangen werden. Sind die Interessen diametral verschieden (z.B. bei reinen Konfliktspielen), ist eine Einigung auf ein gemeinsam befürwortetes Ergebnis nicht realistisch. Auch zu viele Verhandlungsteilnehmer können die Entscheidungsfindung beeinträchtigen (Transaktionskosten) (siehe z.B. Klijn et al. 1995: 444). Zudem können Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit von Vertragspartnern einen Vertragsabschluss verhindern (vgl. Kapitel 4.3.5).

#### 4.4.3 Handlungsergebnis

An den Handlungsentscheid eines Akteurs zugunsten einer bestimmten Strategieoption schliesst sich die Ausführung der gewählten Option an. Das Handlungsergebnis resultiert aus der Strategieoptionenausführung aller an einer Handlungssituation beteiligter Akteure unter Einwirkung allfälliger Zufallsfaktoren (in der Abbildung 4 angedeutet durch den Pfeil, der von aussen auf das Ergebnis hinweist). Fällt hingegen ein Wahlentscheid auf eine nicht im Optionenraum enthaltene ‚Option‘ (bspw. aufgrund Wahrnehmungsdefizite, siehe nachfolgend Kapitel 4.4.6), dann wird eine Ausführung nicht möglich sein.

#### 4.4.4 Übersicht über die Einflussgrössen

Das allgemeine Handlungsmodell verfolgt den Anspruch, empirische Gegebenheiten abbilden zu können. So unterscheiden sich unterschiedliche Akteure in ihren je eigenen Voraussetzungen, seien es Ausstattungen mit Ressourcen, Interessen oder Wahrnehmungen. Solch unterschiedliche Ausgangslagen haben mutmasslich einen Einfluss auf die ausgeführten Handlungen der jeweiligen Akteure. Durch den Einbezug der akteurbezogenen Untersuchungsgrössen Handlungsressourcen, Wahrnehmung und Präferenzen ermöglicht der Ansatz von Scharpf (2006) die Berücksichtigung vielfältiger empirischer Besonderheiten bei der Analyse von Handlungen. Für das allgemeine Handlungsmodell werden deshalb die entsprechenden Kategorien als Einflussgrössen für Akteurhandlungen übernommen.

Handlungsressourcen, Wahrnehmung und Präferenzen wirken sich dabei unterschiedlich auf Handlungen von Akteuren aus. Handlungsressourcen bestimmen die Fähigkeiten der Akteure zur Einflussnahme auf die Erlangung von Handlungszielen. Die Wahrnehmung bestimmt die

Art und Weise, wie Akteure ihre Umwelt und Möglichkeiten erkennen und Handlungsfolgen abschätzen. Die Präferenzen bewerten dagegen die Wünschbarkeit und Attraktivität von Verhaltensweisen und Ergebnissen. Der institutionelle Kontext als integraler Bestandteil der drei Kategorien Handlungsressourcen, Wahrnehmung und Präferenzen (siehe Kapitel 4.3.2) wird im Gegensatz zu Scharpf (2006) im allgemeinen Handlungsmodell einzig im Rahmen dieser drei Kategorien abgebildet und nicht noch zusätzlich separat aufgeführt.

#### 4.4.5 Handlungsressourcen

Während Scharpf von Akteur-Fähigkeiten spricht und damit „ermöglichende Handlungsressourcen“ meint (2006: 86), wird für das allgemeine Handlungsmodell schlicht der Begriff Handlungsressourcen verwendet. Handlungsressourcen bestimmen definitionsgemäss die Fähigkeiten der Akteure zur Einflussnahme auf die Erlangung von Handlungsergebnissen. Die Handlungsressourcen können dabei sowohl eine ermöglichende, aber auch eine einschränkende Wirkung auf die Aktivitäten der Akteure entfalten.

Handlungsressourcen können auf unterschiedliche Weise auf den Handlungsverlauf der Akteure einwirken. Handlungsressourcen stellen die Grundlage dar jeglicher Ausführung von Tätigkeiten im Rahmen von Strategieoptionen. Die vorliegenden Handlungsressourcen sind damit entscheidendes Element bei der Ausprägung des Optionenraumes. Nur Aktivitäten, die bereits im Optionenraum vorgesehen sind, können in den weiteren Handlungsverlauf einfließen. Alle während einer Handlung relevanten Handlungsressourcen sind damit bereits im Optionenraum angelegt. Im Laufe der Handlung kommt einzelnen dieser Handlungsressourcen jedoch eine besondere Bedeutung zu. So können Handlungsressourcen als elementarer Bestandteil von Strategieoptionen und damit verbundener Ergebnisse für die Akteure bewertungsrelevant sein. Die Art, Ausgestaltung, Menge, etc. von im Rahmen einer Strategieoption eingesetzten Handlungsressourcen können die Auszahlungen der Akteure (ihr eingeschätzter, subjektiver Nutzen durch die Ausführung einer Option) attraktiv oder unattraktiv ausfallen lassen. Handlungsressourcen ist damit je nach Akteur-Präferenzen ein Potenzial zur Erzeugung von ‚Renditen‘ inhärent. Geeignete Handlungsressourcen können zudem die damit ausgestatteten Akteure befähigen, auf das Verhalten mitbeteiligter Akteure Einfluss auszuüben bzw. sich vor dem Verhalten anderer Akteure (oder systemischer Zufälle) zu schützen und auf diese Weise an der Erlangung von Handlungsergebnissen mitwirken.

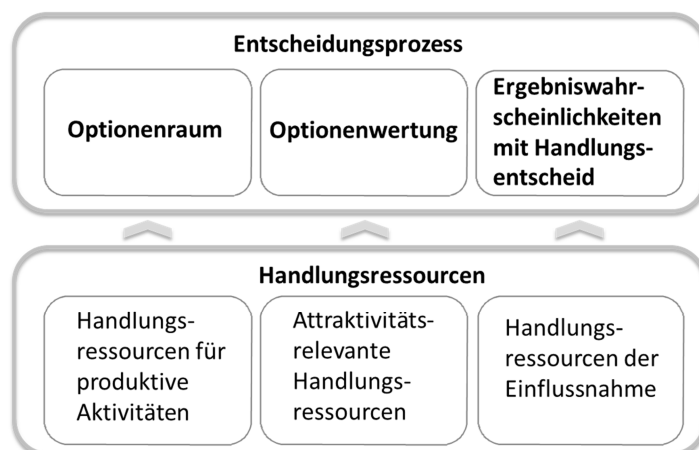


Abbildung 5: Handlungsressourcen als Einflussgrösse auf den Entscheidungsprozess

Im Folgenden werden die Einflusswirkungen der Handlungsressourcen auf Handlungen erläutert. Die Ausführungen erfolgen anhand der drei Bestandteile des Entscheidungsprozesses. Den Optionenraum beeinflussen die Handlungsressourcen dabei aufgrund ihrer Eigenschaft der Ermöglichung bzw. Verhinderung von Aktivitäten. Die Optionenbewertung wird beeinflusst durch Handlungsressourcen, welche für die Akteure eine Attraktivitätsrelevanz aufweisen. Die Risikobeurteilung mit Strategiewahl und Ausführung wird schliesslich durch Handlungsressourcen beeinflusst, die eine Verringerung der Risikoexposition bewirken können.

#### *Handlungsressourcen für produktive Aktivitäten*

Scharpf (2006) richtet das Augenmerk bei Handlungsressourcen auf ihr Potenzial zur Einflussnahme auf andere Akteure. Für die Ergebniserzielung relevant ist allerdings auch ein weiterer Aspekt der Handlungsressourcen, der beim Ansatz von Scharpf eine untergeordnete Bedeutung hat. In einer Handlungssituation, die nicht-politische Entscheidungen zum Inhalt hat, dienen Handlungsressourcen nicht nur zur Interessens- bzw. Machtdurchsetzung, sondern sie sind insbesondere auch Voraussetzung zur Ausführung von unterschiedlichsten produktiven Tätigkeiten im privaten und wirtschaftlichem Rahmen. Handlungsressourcen stellen damit im vorliegenden allgemeinen Handlungsmodell neben dem Machtfaktor ebenfalls einen ‚Produktionsfaktor‘ dar.

Handlungsressourcen im Sinne von ‚Produktionsfaktoren‘ finden ihr Pendant in den Kapitalien im ökonomischen Sinne, die Grundlage bilden für die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen und der damit verbundenen Erzielung eines Gewinns. Üblicherweise in den Wirtschaftswissenschaften betrachtete Kapitalien sind Sachkapitalien, Naturkapitalien sowie Humankapital. Sachkapitalien sind etwa Werkzeuge, Fahrzeuge, Anlagen und Infrastruktur. Zu den Naturkapitalien zählen natürliche Rohstoffe, aber auch natürliche Dienstleistungen wie die Reproduktion oder die Photosynthese (wiederkehrende, prognostizierbare Prozesse). Humankapital repräsentiert persönliche Kenntnisse und Fähigkeiten. Kapitalien spiegeln dabei die Produzentensicht. Das in den Wirtschaftswissenschaften für die Konsumenten verwendete Gegenstück zu den Kapitalien sind die verfügbaren, käuflichen Güter und Dienstleistungen sowie ihre finanziellen Ressourcen, die ihnen den Konsum und die damit verbundene Bedürfnisbefriedigung ermöglichen.

Das ökonomische Verständnis von Produktionsfaktoren blendet jedoch soziale Aspekte aus und greift damit noch zu kurz, um alle ermöglichenden oder verunmöglichenden Faktoren für Handlungsoptionen zu erfassen. Auf die Relevanz sozialer Aspekte als Handlungsvoraussetzung finden sich in der Literatur vielfältige Hinweise. Als ermöglichende Faktoren individueller Zielerreichung werden in der Capabilities-Literatur sowohl Kapitalien im ökonomischen Sinne aufgeführt ebenso wie soziale Faktoren. Umgesetzte Ziele von Akteuren werden von den Autoren dabei als *functionings* bezeichnet und bestehende Möglichkeiten zur Erzielung von *functionings* als *capabilities*. Nussbaum (2000: 84-85) spricht von *capabilities* als persönliche Voraussetzungen in Kombination mit externen Bedingungen wie materielle und soziale Gegebenheiten. Sen (2009: 254-255) erwähnt als *capabilities* Einkommen, Güter, persönliche Faktoren, die physische Umwelt und soziale Faktoren. Lessmann & Rauschmayer (2012: 4) führen die verfügbaren Güter

und Dienstleistungen, inkl. natürlicher Ressourcen, sowie persönliche, soziale und umweltbezogene Faktoren als relevant für die Erzielung von *functionings* auf.

Literatur, welche sich mit Sozialkapital befasst, sieht dieses als Ressource, auf welche Akteure im Umgang untereinander absetzen können. Im Verständnis von Coleman (1990, Kapitel 12) etwa zählen zum Sozialkapital Vertrauenswürdigkeit, verinnerlichte (positive) Normen, Loyalität zu Autorität, Macht, Respekt (Status, Ehre, Anerkennung, Prestige, Reputation), Potenzial für Information, Rechtschaffenheit (Tugend, Güte) und Zuneigung (Liebe, Freundschaft). Sozialkapital ermöglicht damit insbesondere Aktivitäten der Einflussnahme auf das Handeln anderer Akteure,<sup>43</sup> was dem Verständnis von Scharpf entspricht, der Sozialkapital als Beispiel einer Handlungsressource aufführt (2006: 86; vgl. auch Kapitel 4.3.3). Besteht an einen Akteur auf der Grundlage von Sozialkapital eine Verhaltenserwartung, stellt diese dagegen für den Akteur einen Aktionsradius und damit seine produktiven Aktivitäten einschränkende Handlungsressource dar. Des Weiteren können aber auch produktive Tätigkeiten dank Sozialkapital ermöglicht werden. So kann etwa aufgrund von Sozialkapital die Bereitschaft bestehen, Ressourcen wie Sachkapitalien oder Wissen einem anderen Akteur zur Verfügung zu stellen, was einer Erweiterung des individuellen Ressourcenpools des berücksichtigten Akteurs gleichkommt.

Ebenfalls wird in der Literatur die Rolle von Institutionen für Handlungsspielräume diskutiert. Während Sozialkapital auf persönlichen Beziehungen zwischen Akteuren beruht, basieren Institutionen auf unpersönlichen, formellen oder informellen Regelungen, die Verhaltenserwartungen formulieren. Scharpf beispielsweise versteht unter Institutionen Regelsysteme, die „offenstehende Handlungsverläufe strukturieren“ (Scharpf 2006: 77) (vgl. Kapitel 4.3.2). Dieses Begriffsverständnis teilen auch Autoren wie Douglass North oder Elinor Ostrom – beide renommierte Vertreter der Neuen Institutionenökonomie. North versteht unter Institutionen “[...] *formal rules, informal constraints (norms of behavior, conventions, and self-imposed codes of conduct), and the enforcement characteristics of both*” (North 1992: 9). Als formale Regeln gelten gemäss North sowohl juristische Bestimmungen von der Verfassung über die Gesetze bis hin zu den einzelnen Verordnungen wie auch private Absprachen auf freiwilliger Basis (Verträge). Informelle Regeln sind etwa Normen, Sitten, Bräuche, Verhaltenskodizes und allgemeine Verhaltenserwartungen. Solcherart Benimmregelungen können zu unterschiedlichsten Bereichen bestehen und legen z.B. fest, ob man pünktlich zu einem Termin erscheint, welche Kleidung zu welchem Anlass angebracht ist oder welche Verhaltensweisen im öffentlichen Raum akzeptiert sind. Gemäss Ostrom, Gardner & Walker besteht die Wirkungsweise von Regelungen in der Festlegung, welche Aktivitäten oder Resultate „*required, prohibited, or permitted*“ (1994: 38) sind. Institutionen wirken demnach verpflichtend oder berechtigend auf die Akteure. Die Verpflichtung kann darin bestehen, etwas zu müssen bzw. sollen (Gebot) oder etwas unterlassen zu müssen bzw. zu sollen (Verbot). Eine Berechtigung bedeutet dagegen das Recht etwas zu tun (Erlaubnis) oder einzufordern. Solche Regelungen können sich beispielsweise direkt auf Aktivitäten oder bestimmte Ausführungsweisen von Aktivitäten beziehen oder auf die Handhabung, den Besitz, den Zugang etc. von Gütern, welche für Aktivitäten im Einsatz stehen können. Die Regelungen können dabei erleichternd auf die Möglichkeit für die Ausführung von Aktivitäten

---

<sup>43</sup> Siehe unter nachfolgender Überschrift ‚Handlungsressourcen der Einflussnahme‘.

wirken (z.B. uneingeschränkte Ausübungsrechte entsprechender Tätigkeiten, Rechte zum erleichterten Zugang notwendiger Handlungsressourcen, etc.) oder erschwerend/verunmöglichend (z.B. Ausübungsverbote entsprechender Tätigkeiten oder Ausübungsvorschriften (Einschränkung von Zeit, Ort, Materialeinsatz, etc.), erschwerter Zugang zu oder erschwerte Nutzung von notwendigen Handlungsressourcen, etc.). Institutionen sind damit geeignet, Handlungsräume für Akteure zu öffnen bzw. einzuschränken, womit diese ebenfalls als Handlungsressource für produktive Aktivitäten gelten. Zudem können sich Institutionen auf Möglichkeiten der Einflussnahme beziehen, wie sie etwa in Form von Mitbestimmungsrechten vorliegen. Solche Institutionen stellen Handlungsressourcen der Einflussnahme dar.<sup>44</sup>

Handlungsressourcen, die auf sozialen Faktoren beruhen, haben im Reigen der Handlungsressourcen für produktive Aktivitäten einen speziellen Status inne. Sie üben nur dann einen verbindlichen Charakter auf Akteure aus, wenn diese die auf Basis dieser Handlungsressourcen gestellten Ansprüche auch anerkennen. Aus dem Optionenraum ausgeschlossen werden untersagte Aktivitäten damit in jenen Fällen, in denen die betroffenen Akteure die Verhaltenserwartung/Regelung als (ausnahmslos) legitim bewerten.<sup>45</sup> Trifft dies hingegen nicht zu, bleibt die Option der Missachtung der entsprechenden Verhaltenserwartung/Regelung im Optionenraum der Akteure enthalten. Insbesondere bei unverbindlichen, informellen Normen, Sitten etc. dürfte dies oftmals der Fall sein. Anreize setzende Handlungsressourcen können die Einhaltung der Handlungserwartung/Regelung dennoch forcieren.<sup>46</sup> Falls beispielsweise eine Nichteinhaltung prohibitiv hohe Sanktionskosten verursachen würde, werden entsprechende Optionen von den Akteuren im Rahmen ihrer Bewertung als derart unattraktiv gewertet, dass eine Wahl derselben ausser Frage steht (siehe auch Scharpf 2006: 78 bzw. Kapitel 4.3.2). Unsicherheiten bestehen auch in Bezug auf Berechtigungen, welche im Optionenraum enthalten sind. Ob der Einforderung dieser Rechte tatsächlich stattgegeben würde, entscheidet sich erst nachträglich. Auch hier können weiterführende Handlungsressourcen zur Gewährleistung der Rechte beitragen, etwa ebenfalls durch Anreizsetzung oder durch die Möglichkeit der Anrufung eines Gerichts, das einen rechtmässigen Zustand erzwingen kann.<sup>47</sup>

Damit die Ausführung einer Aktivität möglich wird, müssen in der Regel verschiedenartige ermöglichende Handlungsressourcen kombiniert werden unter der Voraussetzung der Abwesenheit verhindernder Handlungsressourcen. So kommen etwa verfügbare Güter und Dienstleistungen zum Einsatz zusammen mit persönlichen Faktoren (z.B. Fähigkeit der Handhabung der Güter) und externen Bedingungen (Berechtigung zur entsprechenden Nutzung der Güter). In der Capabilities-Literatur werden für solche Zusammenhänge z.T. die Begriffe *‘combined capabilities’* (Nussbaum 2000: 84-85) oder *‘conversion factors’* (Lessman & Rauschmayer (2012: 4) (im Sinne von Faktoren, die die Inwertsetzung von materiellen Ressourcen beeinflussen) verwendet. In ökonomischen Begriffen entsprechen Handlungsressourcen, die in solch kombinierter Weise

---

<sup>44</sup> Siehe unter nachfolgender Überschrift ‚Handlungsressourcen der Einflussnahme‘.

<sup>45</sup> Siehe unter Kapitel 4.4.7, Überschrift ‚Präferenzen zur Legitimität von Rechtsanforderungen‘.

<sup>46</sup> Siehe unter nachfolgender Überschrift ‚Attraktivitätsrelevante Handlungsressourcen‘.

<sup>47</sup> Siehe unter nachfolgenden Überschriften ‚Attraktivitätsrelevante Handlungsressourcen‘ und ‚Handlungsressourcen der Einflussnahme‘.

notwendig sind, komplementären Gütern bzw. Ressourcen. Komplementäre Ressourcen sollten aufeinander abgestimmt sein, sonst ist die Zielerreichung gefährdet. Für die Zielerreichung müssen alle hierzu benötigten (komplementären) Handlungsressourcen vorhanden sein. Trifft dies nicht zu, lassen sich die für die Zielerreichung notwendigen Aktivitäten nicht mehr in der erforderlichen Weise ausführen. Um die Relation von unterschiedlichen Ressourcen zu beschreiben, findet sich in der Ökonomie neben den komplementären Ressourcen auch der Begriff der Substitute. Substitutive Handlungsressourcen sind bezogen auf die Erreichung bestimmter Ziele austauschbar. In der Präsenz von Substituten hat der Ausfall oder Neuzuwachs einer Handlungsressource u.U. keine Wirkung auf die Möglichkeit der Zielerreichung. Beispielsweise hat das Nutzungsverbot einer Ressource keine Wirkung auf zugehörige Handlungsmöglichkeiten, wenn ein adäquates Substitut zur Verfügung steht. Im Rahmen von Handlungen können allenfalls ebenso für Aktivitäten benötigte Handlungsressourcen eingetauscht werden gegen bestehende Handlungsressourcen (z.B. Ware gegen Geld) oder es können benötigte Handlungsressourcen unter Einsatz bestehender Handlungsressourcen generiert werden (z.B. Ware unter Verwendung von Rohstoffen, Maschinen und Energieträger). Gegebenenfalls ist für die Ausübung gewisser Aktivitäten auch die Zusammenarbeit mehrerer Akteure notwendig. Die Möglichkeit der Ausführung dieser Aktivitäten hängt dann vom Vorhandensein der benötigten Handlungsressourcen bei allen zur Zusammenarbeit vorgesehenen Akteuren ab.

#### *Attraktivitätsrelevante Handlungsressourcen*

Die Handlungsressourcen bestimmen über die für einen Akteur durchführbaren Aktivitäten und somit über seine Strategieoptionen und die damit potenziell erzielbaren Ergebnisse im Rahmen einer Handlungssituation. Die mittels Strategieoptionen erzielbaren Ergebnisse werden von den Akteuren einer Bewertung unterzogen, die dem Wahlentscheid zugrunde liegt (siehe Kapitel 4.4.2). Dies impliziert, dass die im Rahmen von Strategieoptionen eingesetzten Handlungsressourcen Bestandteil der Strategieoptionenbewertung der Akteure sind.

In welchem Ausmass und in welche Richtung (positiv oder negativ) einzusetzende Handlungsressourcen im Rahmen von Strategieoptionen zu deren Attraktivität beitragen, bestimmen die Präferenzen der Akteure (siehe unter Kapitel 4.4.7). Einzelne spezifische Handlungsressourcen leisten dabei für die Akteure einen gezielten Wertbeitrag und erhöhen oder reduzieren damit die Attraktivität von Ergebnissen im Rahmen der Optionen. Andere Handlungsressourcen können für die Akteure wiederum auch einfach Mittel zum Zweck (Ergebniserzielung) sein, ohne einen spezifisch attraktivitätsförderlichen oder attraktivitätshinderlichen Einfluss auf Ergebnisse auszuüben.

Lässt sich ein Attraktivitätsaspekt eines Ergebnisses auf den Einsatz einer im Rahmen der zugrundeliegenden Strategie vorgesehenen bzw. vorliegenden Handlungsressource zurückführen, dann besteht eine gezielte Beeinflussung der Ergebnisattraktivität durch die entsprechende Handlungsressource. Unterschiedliche Faktoren können dabei den Attraktivitätswert von Handlungsressourcen ausmachen. Beispielsweise können Eigenschaften, Funktionen, Ausstattungen, etc. von Handlungsressourcen für Akteure attraktiv oder unattraktiv sein. Beispiele solcher Eigenschaften sind die Qualität, die technischen Daten, der Komfort, die Materialien oder Farben, etc. von Gebrauchsgütern. Neben den Eigenschaften von Handlungsressourcen kann auch die

aufzuwendende Menge einer Handlungsressource im Rahmen einer Strategieoption deren Attraktivität beeinflussen. Beispielsweise kann die Attraktivität von Strategieoptionen variieren in Abhängigkeit vom zu erbringenden Arbeitsaufwand. Ebenso können die Anforderungen von Regulierungen (institutionelle Handlungsressourcen) sich auf die Attraktivität von Strategieoptionen auswirken, z.B. indem sie die Ausübung von Aktivitäten zeitlich einschränken und dabei attraktive Zeiträume ausschliessen. Demgegenüber können bestehende Regulierungen für Akteure ebenso attraktiv sein. So versprechen Verkehrsregeln die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer. Bei Akteuren, die Präferenzen zur sozialen Anpasstheit hegen,<sup>48</sup> erscheinen Anforderungen von Regelungen oder Normen aber auch rein dadurch ‚attraktiv‘, als dass sie die soziale Normalität wiedergeben. Allerdings können institutionelle Handlungsressourcen auch genau gegenteilig wirken und unangepasstes Verhalten provozieren. Wird etwa eine offizielle Anweisung als ungerecht empfunden oder als Misstrauensvotum verstanden, können dadurch Ergebnisse an Akzeptanz gewinnen, die Ungehorsam implizieren oder die als Kompensation oder als Vergeltung angesehen werden.

Da Strategieoptionen oft aus dem kombinierten Einsatz verschiedener Handlungsressourcen bestehen, kann die Attraktivität einer Handlungsoption auch auf zusammenhängenden Attraktivitätsaspekten von mehreren Handlungsressourcen beruhen. Ein Beispiel ist eine Maschine mit bestimmtem Wirkungsgrad und die dementsprechende Einsatzmenge an Ressourcen sowie der finanzielle Einsatz zur Ersetzung der Ressourcen. Da sich die Attraktivität von Handlungsressourcen stets im Hinblick auf den Einsatz im Rahmen bestimmter Strategieoptionen bzw. hinsichtlich bestimmter Zielsetzungen definiert, kann die Attraktivität einer identischen Handlungsressource von Fall zu Fall erheblich variieren. Beispielsweise kann ein abgelegener Wohnsitz von einem Akteur punkto Erholungswert als attraktiv, punkto Einkaufsmöglichkeit aber als unattraktiv bewertet werden.

Da die Attraktivität von möglichen Ergebnissen von Strategieoptionen Treiber hinter Wahlentscheidungen ist, kann der Attraktivitätseffekt von Handlungsressourcen auch ganz gezielt eingesetzt werden, um bestimmte Strategieoptionen attraktiver oder unattraktiver zu machen und damit auf deren Wahl hinzuwirken bzw. deren Wahl entgegenzuwirken. Derartige Anreizwirkungen beeinflussen die Durchsetzungsfähigkeit bestimmter, für den Urheber der entsprechenden Handlungsressourcen erwünschter Ergebnisse. Institutionell definierte Sanktionen oder auch Belohnungen von vorgegebenen/erwarteten Verhaltensweisen sind ein Beispiel hierzu. So können für bestimmte Verhaltensweisen etwa finanzielle ‚Sanktionen‘ oder ‚Belohnungen‘ vorgesehen sein, wie sie in Form von Bussen bzw. Geldzuwendungen anzutreffen sind. Zudem können Normen der sozialen Sanktionierung oder Belohnung bestehen wie eine für bestimmte Verhaltensweisen üblicherweise entgegengebrachte soziale Anerkennung oder gegenteilig soziale Missgunst. Die Anreizsetzung zielt dabei darauf ab, die Auszahlungen erwünschter Verhaltensweisen zu erhöhen bzw. unerwünschter Verhaltensweisen zu reduzieren. Dies setzt voraus, dass die Akteure die gesetzten Anreize auch dementsprechend als (un-)attraktiv bewerten bzw. dass die Anreize angesichts der vorliegenden Präferenzen genügend ausgeprägt sind.<sup>49</sup> Der Ein-

---

<sup>48</sup> Siehe unter folgendem Kapitel 4.4.7.

<sup>49</sup> Für die Einflusswirkung von Präferenzen siehe unter Kapitel 4.4.7.

satz entsprechender Handlungsressourcen zur Forcierung der Einhaltung von Verhaltenserwartungen, Pflichten, Vereinbarungen, etc. ist dann angezeigt, wenn entgegengesetzte Anreize bestehen. So etwa wenn „Free-riding lohnenswert ist“ (Mayntz & Scharpf 1995: 22), d.h. ein einseitiges Nicht-Einhalten von Abmachungen oder Vorgaben auf Kosten der Mitbeteiligten attraktiv ist (z.B. bei Dilemma-Spielen, siehe Kapitel 4.3.4).

Nicht alle Handlungsressourcen, die in Optionen enthalten sein können, haben dabei auch einen spezifischen Einfluss auf deren Attraktivität. Je nach Präferenzen der Akteure können Handlungsressourcen im Rahmen bestimmter Strategieoptionen auch einfach Mittel zum Zweck (Ergebniserzielung) sein, ohne dass ihnen ein spezieller Attraktivitätsaspekt innewohnt. Ein Beispiel ist der Einsatz von Gebrauchsgütern wie etwa von Besteck zum Essen oder der Einsatz von Gütern mit Standardausstattung, die geeignet sind, die Ziele der Akteure zu bedienen, aber keine ‚Extras‘ bieten. Wobei es wiederum von der Wertung (den Präferenzen) der Akteure abhängt, ob solche ‚Extras‘ im Rahmen von Strategieoptionen deren Attraktivitätswert tatsächlich steigern können. Dass für bestimmte Ergebnisse die eingesetzten Handlungsressourcen oder bestimmte qualitative Aspekte von Handlungsressourcen zweitrangig sein können, darauf weist auch die Theorie zum Kaufverhalten hin. So wird beim limitierten Kaufverhalten ein Kaufentscheid gefällt, sobald ein Produkt den gewünschten Ansprüchen genügt (Foscht et al. 2015: 172). Dabei spielt es für einen Konsumenten keine Rolle, ob allenfalls noch günstigere oder besser ausgestattete Alternativen bestehen.

### *Handlungsressourcen der Einflussnahme*

Mit der Attraktivitätsbewertung von möglichen Ergebnissen im Rahmen von Strategieoptionen wird das von einem Akteur favorisierte Ergebnis (mit der höchsten Auszahlung) offenbart. Die Umsetzbarkeit dieses Ergebnisses ist allerdings ungewiss für den Fall, dass das Verhalten beteiligter Akteure die Ergebniserzielung beeinflusst oder dass systemische Unsicherheiten bestehen, die sich ebenfalls auf das Ergebnis auswirken können. Das Bestehen solcher Verhaltensrisiken oder systemischer Risiken bedingt ein Abschätzen der Wahrscheinlichkeit, ob das Verhalten der beteiligten Akteure sowie der systemischen Komponenten der Erzielung des favorisierten Ergebnisses zudienen oder aber dieses torpedieren. Angesichts solcher Unsicherheiten können bestimmte Handlungsressourcen helfen, den bestehenden Unsicherheiten entgegenzutreten und die Verfehlungswahrscheinlichkeit erwünschter Ergebnisse zu reduzieren (bzw. deren Umsetzungswahrscheinlichkeit zu erhöhen). Dazu zählen einerseits Handlungsressourcen, die Akteure ermächtigen, auf das Verhalten anderer Akteure Einfluss zu nehmen. Andererseits können bestimmte Handlungsressourcen auch die Ergebniserzielung vor eintretenden Risikoereignissen schützen.

Zur Einflussnahme ermächtigende Handlungsressourcen können ihre Besitzer(innen) dazu befähigen, Aktivitäten faktisch zu verhindern, Befehle zu erteilen, Mitsprache auszuüben oder Anreize zu setzen. Akteure können demnach in Besitz von Mitteln sein, die geeignet sind, notwendige Voraussetzungen für die Aktivitäten anderer Akteure zu beseitigen, beispielsweise indem sie die Sperrung notwendiger Zugänge ermöglichen oder benötigte Ressourcen vernichten können. Damit wird der Optionenraum dieser Akteure entsprechend eingeschränkt.



Weiter können Handlungsressourcen Akteure dazu befähigen, ihnen gefällige Verhaltensweisen anderen zu verordnen. Ein solch hierarchisches Machtpotenzial beinhalten beispielsweise Entscheidungsrechte, Kompetenzzuweisungen, Weisungsbefugnisse oder Vetorechte, die einem Akteur oder einer Akteurgruppe zustehen (institutionelle Handlungsressourcen). Auch Sozialkapital kann die Innehabenden befähigen verbindliche Anweisungen zu erteilen.<sup>50</sup> Dies trifft zu, falls ein Akteur auf Loyalität, Respekt, Pflichtbewusstsein, unbedingte Freundschaft oder auf entgegengebrachtes Vertrauen der Beteiligten zählen kann. Möglicherweise ist das Machtpotenzial auch eingeschränkt auf vordefinierte legitime bzw. illegitime Verhaltensaspekte. Ein Beispiel ist eine Einschränkung des freien Bestimmungsrechts über Ausgaben bis zu einer festgelegten Summe. Ebenso fallen spezifische Rechte darunter, die es jemandem (nach Wunsch) ermöglichen, von anderen eine vorbestimmte Leistung einzufordern; beispielsweise das Recht zum Bezug einer Dienstleistung oder das Recht, an einen Ort Einlass zu erhalten.

Eine Einflussnahme auf das Verhalten von Akteuren muss aber nicht zwingend einseitig verordnend sein. Neben Verordnungsmacht können Handlungsressourcen Akteure auch zur Mitbestimmung befähigen. Solche Handlungsressourcen kommen zum Zug im Rahmen von Abstimmungen oder Verhandlungen, die (bestenfalls) zu offiziellen Verträgen oder Vereinbarungen auf inoffizieller Basis führen, welche die Akteure zu bestimmten Verhaltensweisen verpflichten. Abstimmungsrechte oder Mitwirkungsrechte an Verhandlungen sind ein Beispiel von zur Mitbestimmung befähigenden Handlungsressourcen. Eine Mitwirkungsberechtigung bedeutet Gelegenheit, die eigenen Interessen einzubringen. Für ausgeschlossene Akteure können Vereinbarungen dagegen entsprechend nachteilig ausfallen (Goverde & Nelissen 2002: 40). Allerdings ist auch innerhalb einer Verhandlungsgruppe unterschiedliche Verhandlungsmacht der Akteure aufgrund unterschiedlicher Handlungsressourcen möglich. Goverde & Nelissen erwähnen als mögliche einflussrelevante Handlungsressourcen festgeschriebene Rechte, finanzielle Ressourcen oder eine grosse und leicht mobilisierbare Gefolgschaft (ebd.: 29). Unterschiede in der Verfügbarkeit solcher Handlungsressourcen zwischen den Akteuren bestimmen darüber, ob eine Partei als Verhandlungspartner eher autonom agiert oder Allianzen eingeht (ebd.:29). Aufgrund von internen Machtungleichgewichten ist trotz Mitwirkungsrechten möglicherweise der Einfluss bestimmter Akteure sehr beschränkt. Beispielsweise sind Mitwirkungsrechte alleine nicht ausreichend, um Entscheide verbindlich zu beeinflussen, solange ein Akteur weiterhin über die finale Entscheidungsmacht verfügt (vgl. auch Leroy & Van Tatenhove 2002: 170-171). Wie stark die einzelnen Interessen im Rahmen von Verhandlungen berücksichtigt werden, hängt demnach entscheidend von den vorhandenen einflussrelevanten Handlungsressourcen ab. So können diese u.U. verhindern, dass in Verhandlungen die Interessen gleichwertig berücksichtigt werden, sie können aber ebenso die Durchsetzung gemeinsamer Interessen fördern (Agranoff 2001: 317).

Zur Einflussnahme auf Akteurhandlungen ermächtigende Handlungsressourcen können überdies auch Handlungsressourcen sein, welche die Setzung von Anreizen für andere Akteure er-

---

<sup>50</sup> Für das Verständnis vom hier verwendeten Begriff von Sozialkapital siehe unter vorhergehender Überschrift ‚Handlungsressourcen für produktive Aktivitäten‘.

möglichen. Beispielsweise können Mittel vorhanden sein, die sich zur Begünstigung oder Drohung eignen.

Ob die aufgezeigten zur Einflussnahme ermächtigende Handlungsressourcen Wirkung zeigen ist zumeist abhängig von den Präferenzen der Akteure, auf welche Einfluss genommen werden soll.<sup>51</sup> So können Anweisungen, Abstimmungsergebnisse oder Vertragsvereinbarungen u.U. auch missachtet werden, wenn die Weisungsbefugnis, die Abstimmungs- oder Verhandlungsberechtigungen nicht anerkannt und damit als illegitim erachtet werden. Zudem können entsprechende verbindlich erteilte Anweisungen oder ausgehandelte Vertragsergebnisse auch als derart unattraktiv bewertet werden, dass die Anreize zu deren Missachtung gross sind. Der Einsatz von Handlungsressourcen als Anreizmittel ist weiter nur dann erfolgreich, wenn sie sich mit den Vorlieben bzw. Abneigungen der Beeinflussten decken. In solchen Fällen findet sich bei der Anwendung von Handlungsressourcen der Einflussnahme durch einen Akteur ein Pendant bei den attraktivitätsrelevanten Handlungsressourcen für mitbeteiligte Akteure. Zum Beispiel steht den finanziellen Mitteln eines Akteurs (Handlungsressource der Einflussnahme) der effektive Einsatz von Bestechungsgeld gegenüber (attraktivitätsrelevante Handlungsressource).

Die Einflussnahme auf Verhaltensweisen anderweitiger Akteure mittels geeigneter Handlungsressourcen ist eine Möglichkeit zur Durchsetzung von erwünschten Ergebnissen. Eine anderweitige Möglichkeit ist der Einsatz von Handlungsressourcen zum Schutz der erwünschten Ergebnisse vor negativen Einwirkungen von Verhaltensweisen oder von Zufallsfaktoren. Ein solcher Schutz kann sich dabei auf die Vermeidung der Exposition gegenüber Risikofaktoren beziehen oder auf die Reduktion, Kompensation, etc. der negativen Folgen von eintretenden Risikoereignissen. Entsprechenden Schutz vor Verhaltensrisiken können beispielsweise Bestandesgarantien bieten, die Schutz versprechen vor Veränderungen regulatorischer Rahmenbedingungen, oder technische Einrichtungen, die Personen oder deren Eigentum von Übergriffen abschirmen, oder Versicherungen, die die Kosten entsprechender Schäden übernehmen. Auch Gerichte (institutionelle Handlungsressource), vor denen formelle Rechte oder Pflichten einklagbar sind, zählen dazu, indem sie unerwünschte (die Rechte missachtende) Verhaltensweisen anderer Akteure korrigieren. Gegenüber Risiken, die mit systemischen Zufallsfaktoren verbunden sind, reichen die Möglichkeiten von Bauvorschriften bezüglich Risikozonen von Naturgefahren oder präventiven Schutzmassnahmen durch Schutzbauten über Frühwarnsysteme bis zu Versicherungen zur Deckung entstandener Sachschäden oder der Absicherung von Kursrisiken.

#### 4.4.6 Wahrnehmung

Wahrnehmung widerspiegelt die Akteur-spezifische kognitive Orientierung (Scharpf 2006). Wahrnehmung beschreibt die Art, wie ein Akteur seine Umgebung auffasst: was ihm gewahr wird, wie er Wirkungen einschätzt und Ereignisse interpretiert (siehe Kapitel 4.3.3). Die Wahrnehmung stützt sich auf die via Sinnesindrücke aufgenommenen, kognitiv verarbeiteten Informationen (vgl. Gibson 1973), sie kann aber auch Aspekte rein subjektiver Wunschvorstellungen oder innerer Überzeugungen beinhalten, die einer Informationsgrundlage entbehren bzw.

---

<sup>51</sup> Siehe unter vorhergehender Überschrift ‚Handlungsressourcen für produktive Aktivitäten‘ sowie nachfolgend unter Kapitel 4.4.7.

die vorliegende Information in ihrem Sinne umdeuten (vgl. etwa motivierte Wahrnehmung von Voss 2004; siehe auch Jennings et al. 1982).

Grundlage der ‚informationsbasierten‘ Wahrnehmung bildet das Umfeld des Akteurs. Dieses bestimmt, welche Informationen dem Akteur zugänglich sind. Wobei Informationen sowohl verbaler wie auch non-verbaler Art sein können und auf Kommunikation, Beobachtung oder sonstigem Empfinden beruhen können. Bei der Verfügbarkeit von Information für einen Akteur spielen die vorliegenden Institutionen einen wichtigen Part. Institutionen wirken auf die Wahrnehmung von Akteuren, indem diese eine Art institutionellen Filter bilden. Scharpf verweist unter Bezugnahme auf Dearborn & Simon (1958) auf die Organisationsforschung, die aufgezeigt hat, dass die Organisationszugehörigkeit – die mit institutionellen Verpflichtungen einhergeht – die Wahrnehmung selektiv auf bestimmte Phänomene lenkt (2006: 79). Weitere Beispiele institutioneller Beeinflussung von Informationsverfügbarkeit sind Pressefreiheit oder Zensur oder Prozessregelungen wie Mitwirkungsberechtigungen, Anhörungsrechte, etc. Neben Institutionen bestimmen vielfältige weitere Faktoren die Informationsverfügbarkeit. Beispiele sind die Alphabetisierung, die finanziellen und technologischen Mittel zum Zugang zu Medienerzeugnissen, zu Messinstrumenten, etc.

Ob und wie verfügbare Information die Wahrnehmung von Akteuren beeinflusst, ist letztlich jedoch abhängig von der Akteur-spezifischen Informationsverarbeitung, Lernbereitschaft und Offenheit wie auch von den zeitlichen Ressourcen, die Akteure für die Wissensaufnahme und Verarbeitung aufwenden können. Die Vielzahl und Komplexität von Information führt mit sich, dass Akteure sich in ihren Urteilen häufig auf Erfahrungswissen und Vereinfachungen in Form angewandeter Heuristiken stützen (vgl. Kahneman et al. 1982). Dieses Vorgehen hat den Vorteil, dass es die kognitiven und zeitlichen Anforderungen reduziert. Allerdings ist ein entsprechendes Vorgehen fehleranfällig und führt zuweilen Missinterpretationen vorliegender Information und folglich zu Fehleinschätzungen von Sachverhalten (ebd.).<sup>52</sup>

Wahrnehmung nimmt auf alle drei Bestandteile des Entscheidungsprozesses Einfluss (vgl. Abbildung 6). So dient die Wahrnehmung der Erkennung von Möglichkeiten zur Ausführung von Aktivitäten und damit der Absteckung des Optionenraums, sie bewirkt die Erkennung von Ergebnissen mit deren Attraktivitätskomponenten im Rahmen von Strategieoptionen und sie verhilft zur Identifikation der Eintretenswahrscheinlichkeiten von Risikoereignissen und der Möglichkeiten zur Risikoreduktion für die Ergebniserzielung.

---

<sup>52</sup> Im Buch von Kahneman et al. (ed.) (1982) werden verschiedene potenzielle Wahrnehmungsfallen diskutiert, darunter der Fokus auf häufig auftretende oder auffällige Merkmale, die Verallgemeinerung kleiner Fallzahlen oder die Prävalenz von Stereotypen.

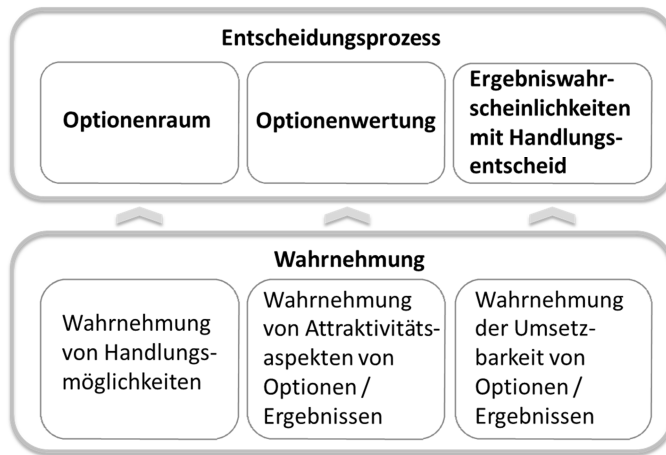


Abbildung 6: Wahrnehmung als Einflussgröße auf den Entscheidungsprozess

Die verschiedenen Einflusswirkungen der Wahrnehmung auf den Entscheidungsprozess im Rahmen von Akteurhandlungen werden im Folgenden genauer ausgeführt.

#### *Wahrnehmung von Handlungsmöglichkeiten*

Handlungsressourcen eröffnen den Akteuren Möglichkeiten zur Ausübung von Aktivitäten. Jedoch nur wenn den Akteuren die Existenz der entsprechenden mit den Handlungsressourcen verbundenen Möglichkeiten auch bewusst ist, sind diese Aktivitäten für die Akteure auch Bestandteil ihres Optionenraumes. Voraussetzung für in Betracht gezogene Handlungsoptionen in einer bestimmten Handlungssituation sind somit neben entsprechenden Handlungsressourcen die Wahrnehmung derselben sowie der sich daraus ergebenden Möglichkeiten für Aktivitäten bzw. Aktivitätenbündel. Wahrnehmung kann dabei Aktivitäten überhaupt erst möglich werden lassen, sie kann aber auch dazu führen, dass Aktivitäten aus dem Optionenraum ausgeschlossen werden, etwa wenn wahrgenommen wird, dass bestimmte Verhaltensweisen vorliegenden Normen widersprechen. Die Wahrnehmung von Optionen kann passiv erfolgen, sie kann von den Akteuren aber auch aktiv betrieben werden durch das Sammeln von Informationen. Insbesondere wenn keine vollends befriedigenden Optionen zur Verfügung stehen,<sup>53</sup> dürften Akteure somit nach weiteren Optionen Ausschau halten.

#### *Wahrnehmung von Attraktivitätsaspekten von Optionen/Ergebnissen*

Grundlage von Wahlentscheidungen bilden die bewerteten möglichen Ergebnisse von Handlungsoptionen. Die Wahrnehmung der möglichen Ergebnisse von Optionen mit ihren bewertungsrelevanten Aspekten ist damit von entscheidender Bedeutung für das Fällen von Wahlentscheidungen. Akteure verfolgen mit ihren Handlungen bestimmte Ziele. Eine Beurteilung, welche Ergebnisse mit Strategieoptionen resultieren können und ob mit diesen die Zielerreichung gewährleistet ist, ist somit wesentlich für ihren Wahlentscheid. Neben der eigentlichen Frage nach der Zielerreichung können aber auch noch anderweitige Faktoren die Attraktivität von Ergebnissen bestimmen. Voraussetzung für eine vorausschauende Berücksichtigung dieser Faktoren in der Ergebnisbewertung ist dabei die Wahrnehmung derselben.

<sup>53</sup> Siehe unter folgendem Kapitel 4.4.7 Überschrift ‚Präferenzen zur Wünschbarkeit von Optionen/Ergebnissen‘.

Zum Treffen eines Wahlentscheides werden mögliche Auswirkungen von Aktivitäten von den Akteuren antizipiert, dies in Anbetracht des Einsatzes vorliegender Handlungsressourcen. Zentral ist dabei die Frage, welche Aktivitäten geeignet sind, die von den Akteuren gesteckten Ziele zu erreichen, und mit welchen Aktivitäten eine Zielverfehlung verbunden ist. Akteurziele können beliebiger Art sein. Ziele betreffen etwa den Besitz materieller Güter, die Generierung von Einkommen oder das Erfahren von Erlebnissen. Je nach Handlungsressourcen, die dabei im Einsatz stehen, können diese die Ergebnisse noch mit zusätzlichen (positiven wie negativen) Attraktivitätskomponenten anreichern.<sup>54</sup> So können sich beispielsweise die Ausstattung oder die Menge einzusetzender Handlungsressourcen auf die von den Akteuren den Strategieoptionen zugeschriebene Attraktivität auswirken. Ebenso können z.B. Normen bestehen, die allenfalls unbeliebte oder gegenteilig hilfreiche Anforderungen an die Durchführung von Aktivitäten stellen. Bei vorliegenden Präferenzen zur sozialen Anpasstheit ist die Wahrnehmung der vorherrschenden sozialen Normen von Bedeutung.<sup>55</sup> Daneben können mit Aktivitäten einhergehend auch anderweitige attraktivitätsrelevante Wirkungen auftreten, die ebenso von den Akteuren erkannt werden müssen, damit sie in die Bewertung einfließen. Beispielsweise können Aktivitäten selber mit Anstrengungen oder Unannehmlichkeiten verbunden sein oder Genussaspekte beinhalten. Es können zudem auch nicht-intendierte ‚Nebenwirkungen‘ von Aktivitäten auftreten wie gesundheitliche Folgen. Hegt ein Akteur Präferenzen, die über Wirkungsaspekte mit persönlicher Betroffenheit hinaus gehen (z.B. bei interaktionsorientierten Präferenzen, siehe unter Kapitel 4.4.7), dann ist für ihn auch die Wahrnehmung von Wirkungen seiner Aktivitäten auf andere Akteure und die Umwelt relevant für seine Entscheidungsfindung.

Die Ergebnisse von Aktivitäten sind u.U. auch vom Verhalten anderweitiger Akteure oder von systemischen Einflüssen abhängig. Eine Wirkungseinschätzung impliziert somit die Wahrnehmung von möglichen Verhaltensoptionen mitbeteiligter Akteure sowie die Wahrnehmung von möglichen systemischen Einflussfaktoren und die Wahrnehmung der Wechselwirkungen von eigenen Aktivitäten mit dem Verhalten anderer oder des Systems. Haben mitbeteiligte Akteure mehrere Strategieoptionen oder sind unterschiedliche Systemwirkungen möglich, bedeutet dies, dass aus einer Strategieoption mehrere verschiedenartige Ergebnisse resultieren können.

Da einzig wahrgenommene Aspekte von Strategieoptionen einer Bewertung unterzogen und damit entscheidungsrelevant sind, führen fehlerhafte Einschätzungen zu einer mangelhaften Entscheidungsgrundlage, die Entscheidungen herbeiführen kann, die allenfalls in ungewollten Ergebnissen münden, die, entgegen der Antizipation, den Intentionen der Akteure widersprechen. Sind davon allerdings wiederkehrende Entscheidungssituationen betroffen, dann kann diese Erfahrung einen Lerneffekt nach sich ziehen, so dass die Akteure im Wiederholungsfall aufgrund der verbesserten Wahrnehmung für sie günstigere Entscheidungen fällen.

---

<sup>54</sup> Siehe unter vorhergehendem Kapitel 4.4.5, Überschrift ‚Attraktivitätsrelevante Handlungsressourcen‘.

<sup>55</sup> Thaler weist auf einen Versuch im UK hin, bei dem die Anzahl beglichener Steuerrechnungen nach der ersten Mahnung gesteigert werden konnte, wenn im Schreiben darauf hingewiesen wurde, dass die Mehrheit der Steuerzahler ihre Steuerschulden fristgerecht beglichen (Thaler 2015: 334-337). Siehe auch unter folgendem Kapitel 4.4.7.

### *Wahrnehmung der Umsetzbarkeit von Optionen/Ergebnissen*

Wahlentscheidungen hängen entscheidend davon ab, wie Akteure die Wahrscheinlichkeit der Erzielung von für sie attraktiven Auszahlungen mit der Wahl einer bestimmten Strategieoption einschätzen. Der Einschätzung dieser Wahrscheinlichkeit liegt die Wahrnehmung der Eigenschaften mitbeteiligter Akteure sowie von möglichen Ausprägungen systemischer Zufallsfaktoren zugrunde. Die Wahrnehmung kann zudem Akteuren dazu verhelfen, die Umsetzungswahrscheinlichkeit bestimmter Ergebnisse zu erhöhen. Dies ist dann der Fall, wenn Beobachtbarkeit von Akteurverhalten die Anwendung von Sanktionen oder Belohnungen ermöglicht oder wenn Akteuren Mittel bekannt sind, die Ergebnisse vor eintretenden Risikoereignissen schützen.

Damit ein Akteur seine Interessen gegenüber den mitbeteiligten Akteuren bestmöglich durchsetzen kann und dabei nicht Gefahr läuft, übervorteilt zu werden, ist die Antizipation deren Verhaltens von Vorteil. Bezüglich des Verhaltens der anderen Akteure bestehen Unsicherheiten (sogenannte Verhaltensrisiken). Die Wahrnehmung der Akteure bestimmt, welche Verhaltensweisen vermutet werden und wie die Zuverlässigkeit dieser Vermutung eingeschätzt wird. Entsprechende Wahrnehmungsaspekte betreffen die Eigenschaften der beteiligten Akteure in Form von deren Präferenzen, Wahrnehmung und Handlungsressourcen. So hat eine Einschätzung zu erfolgen, ob beteiligte Akteure ihre Handlungsmöglichkeiten betreffend einzelne Ergebnisse erkennen und wie gross das Interesse der Akteure an der Erzielung dieser Ergebnisse ist. Persönliche Erfahrungen mit beteiligten Akteuren können Akteuren bei der Einschätzung dieser Faktoren helfen. Fehlen entsprechende Erfahrungswerte, können vorliegende Bräuche und Sitten Hinweise auf mögliche Verhaltensweisen liefern.<sup>56</sup> Liegen geäusserte Verhaltensserklärungen/-absichten vor, bestimmt die Wahrnehmung darüber, ob diese als gesichert angesehen und ernst genommen oder als ‚cheap talk‘<sup>57</sup> abgetan werden. Die Art und Weise der Absichtserklärungen kann dabei die Einschätzung der Seriosität derselben beeinflussen. Vertraglich vereinbarte Verhaltensweisen dürften eher als vertrauenswürdig eingestuft werden als blossе Ankündigungen und schriftliche Vereinbarungen dürften als zuverlässiger gelten als mündliche. Im Falle von Verhandlungssituationen hat eine Einschätzung zu erfolgen, ob die beteiligten Akteure wohlgesinnte, vertrauenswürdige Partner sind, die Kompromisslösungen zustimmen und einhalten, oder ob sie egoistisch motiviert sind und Trittbrettfahrer-Verhalten an den Tag legen. Bestehen verbindliche Verhaltensanforderungen (aufgrund von Normen, Verträgen, autorisierten Anordnungen, etc.), hat eine Einschätzung zu erfolgen, ob diese einem Akteur bekannt sind und ob er diese anerkennt. Bei bestehenden Sanktionsmöglichkeiten ist ein Urteil vonnöten, ob die Sanktionen von den Beteiligten als abschreckend oder vernachlässigbar bewertet werden, bzw. aus der Sicht der potenziell Sanktionierten, ob die angedrohten Sanktionsmöglichkeiten tatsächlich auch ausgeführt würden (ob die Mittel dazu vorhanden sind, ob die Bereitschaft zu sanktionieren tatsächlich gegeben ist, etc.). Bei Belohnungen ist dagegen z.B. die Einschätzung

---

<sup>56</sup> Schelling (1960) verweist etwa auf die Bedeutung von sogenannten *focal points*. Diese stehen für Ergebnisse, die für die Akteure eine besondere Bedeutung aufweisen aufgrund kultureller, traditioneller, etc. Zuschreibungen und daher Anziehungskraft aufweisen (z.B. ein typischer Treffpunkt in einer Stadt).

<sup>57</sup> *Cheap talk* steht für kostenlose, nichtbindende und nichtverifizierbare Kommunikation (Farrell 1987).

relevant, ob diese vom Zielpublikum entsprechend attraktiv gewertet werden bzw. ob die Handlungsressourcen für versprochene Belohnungen tatsächlich vorhanden sind.

In Bezug auf die Umsetzungswahrscheinlichkeit von Sanktionen (Belohnungen) hat die Wahrnehmung zudem eine spezielle Funktion inne: Damit Sanktionen (Belohnungen) glaubwürdig sind und keine leeren Drohungen (Versprechen) darstellen, sollte die Möglichkeit bestehen, entsprechendes Verhalten überhaupt zu identifizieren. Nur bei Beobachtbarkeit von Verhalten ist Kontrolle möglich und Sanktionen (Belohnungen) können überhaupt zum Tragen kommen. Beobachtbarkeit erhöht damit die Umsetzungswahrscheinlichkeit von Sanktionen (Belohnungen), falls diese angezeigt sind. Die Wichtigkeit von Informationsverfügbarkeit als Unterstützung zur Durchsetzung von Verhaltenserwartungen, die mit Sanktionen forciert werden, hebt auch Ostrom hervor: „[...] *sustainable self-organized management can only be successful in a context where efficient communication and social control is possible, allowing for clear mechanisms for monitoring rule conformance and graduated sanctions for enforcing compliance*“ (1998: 8). Mittel, welche die von Ostrom geforderte soziale Kontrolle ermöglichen, sind beispielsweise Bestimmungen zur Förderung der Transparenz oder Kontrollmechanismen.

Neben den mitbeteiligten Akteuren können auch systemische Faktoren das Ergebnis beeinflussen. Je nachdem, wie die systemischen Faktoren ausfallen, haben diese unterschiedliche Auswirkungen auf die erzielten Ergebnisse (sogenanntes Zustandsrisiko). Informationen zu systemischen Risiken können sich auf eine Vielzahl möglicher Systemvariablen beziehen. Welche Variablen von Bedeutung sind, hängt jeweils von der spezifischen Handlungssituation ab. Wie gross die Akteure die Wahrscheinlichkeiten einzelner systemischer Ereignisse einschätzen, hängt wiederum von der Wahrnehmung ab.<sup>58</sup>

Wie sehr die wahrgenommenen Risiken im Wahlentscheid schliesslich Berücksichtigung finden, hängt von der Risikoakzeptanz der Akteure ab. Je nach Risikoakzeptanz können wahrgenommene Risiken von den Akteuren noch als vertretbar oder zu gross bewertet werden.<sup>59</sup> Die vorhandenen Informationen sind dabei mitentscheidend, wie hoch die Risiken eingeschätzt werden. Eine schlechte Informationslage dürfte dabei von den Akteuren tendenziell als hohes Risiko gewertet werden. Allenfalls kann dies jedoch Bemühungen nach sich ziehen, die Informationslage zu verbessern und zu einer adäquateren Risikoeinschätzung zu gelangen. Neben den vorliegenden Informationen können auch subjektive Empfindungen die Wahrnehmung der Risiken beeinflussen. Bieta & Milde unterscheiden z.B. zwischen Optimisten, die Verhaltenserwartungen zugunsten, und Pessimisten, die Verhaltenserwartungen zuungunsten präferierter Ergebnisse hegen (2014).

Die wahrgenommenen Risiken und deren Auswirkungen können manche Akteure allenfalls von der Wahl einer bestimmten Strategieoption abhalten, obwohl diese Strategieoption bei Nichteintreten der Risiken eine vorteilhafte Auszahlung verspricht (vgl. Kapitel 4.3.5). Mit Handlungsressourcen, die Akteure zur Einflussnahme auf die Wahlentscheide Mitbeteiligter ermäch-

---

<sup>58</sup> Slovic et al. (1982) weisen darauf hin, dass die richtige Interpretation von Risiken anspruchsvoll ist und entsprechend hohe Anforderungen an die verständliche Aufbereitung von Information zu Risiken stellt.

<sup>59</sup> Siehe unter folgendem Kapitel 4.4.7.

tigen oder die vor eintretenden systemischen Risikoereignissen schützen,<sup>60</sup> kann die Wahl entsprechender Strategien wiederum attraktiv gemacht werden. Damit diese Wirkung allerdings eintritt – entsprechende Handlungsressourcen also Wahlentscheide ermutigen bzw. auch Einsatz finden – müssen die entsprechenden Mittel/Möglichkeiten den Akteuren bekannt sein und sie müssen deren Wirkung als effektiv einschätzen. Die Wahrnehmung in Bezug auf die vorhandenen risikoreduzierenden Mittel ist damit ebenfalls einflussrelevant für den Wahlentscheid der Akteure.

#### 4.4.7 Präferenzen

Präferenzen beziehen sich auf die „Wünschbarkeit möglicher Handlungsoptionen und der damit verbundenen Ergebnisse“ (Scharpf 2006: 87). Sie unterscheiden sich von Akteur zu Akteur. Präferenzen konstituieren sich teils aus Akteur-eigenen Vorlieben und Überzeugungen, teils aus von aussen herangetragenen Erwartungshaltungen (siehe Kapitel 4.3.3). Dabei stellen Präferenzen keine fixe Grösse dar. Präferenzen sind durch „Lernen oder Argumente“ (Scharpf 2006: 86, vgl. auch Kapitel 4.3.3) beeinflussbar. Werbebotschaften können Präferenzen ebenso beeinflussen wie Modetrends oder Rollenbilder. So wird häufig als gut befunden, was als normal gilt (Prinzip sozialer Bewährtheit) (Werth 2010: 84). Auch tendieren Personen dazu, Verhalten anderer nachzuahmen (*conditional cooperation*).<sup>61</sup> Präferenzen widerspiegeln zudem die individuelle Situation der Akteure. Situationsspezifische Merkmale können sich in unterschiedlichen Bedürfnissen manifestieren. Entsprechende Merkmale sind beispielsweise der Wohnort einer Person (Klimazone, Stadt vs. Land, etc.) oder körperliche Eigenschaften (Krankheiten, Geschlecht, etc.). Je nach Ausprägung dieser Merkmale bestehen unterschiedliche Bedürfnisse und entsprechend unterschiedliche Präferenzen. Während Personen, die sich in den Tropen aufhalten, mutmasslich geringe Präferenzen für Heizungen hegen, trifft das auf Personen in den gemässigten Zonen eher nicht zu. Die Situation, in der sich ein Akteur befindet, bestimmt auch, was als Referenzpunkt seiner Ergebnisbeurteilung herangezogen wird, sprich was er als normal empfindet und was aus seiner Sicht als eine Verbesserung oder Verschlechterung dieses Zustandes zu werten ist (Tversky & Kahneman 1981). Präferenzen können dabei auch einem Muster des abnehmenden (oder zunehmenden) Grenznutzens unterliegen (ersteres wird den Konsumenten in ökonomischen Analysen oft unterstellt). Ein abnehmender Grenznutzen bedeutet, dass je mehr Einheiten einer bestimmten Grösse ein Akteur besitzt, desto geringer sein Nutzenzuwachs mit einer zusätzlichen Einheit ausfällt. Unterliegen z.B. Präferenzen in Bezug auf finanzielle Mittel einem abnehmenden Grenznutzen, dann wiegen Ausgaben umso schwerer, je weniger Geld eine Person besitzt.

Präferenzen können Optionenräume mitabstecken, indem sie (verbindliche) Verhaltenserwartungen akzeptieren oder ablehnen. Präferenzen liegen zudem der Bewertung der möglichen Ergebnisse von Handlungsoptionen zugrunde. Daneben ist für die Wahlentscheide der Akteure auch die Risikowertung relevant, die durch die Risikoakzeptanz (auch Risikopräferenzen) be-

<sup>60</sup> Siehe unter vorhergehendem Kapitel 4.4.5, Überschrift ‚Handlungsressourcen der Einflussnahme‘.

<sup>61</sup> In einer Studie von Fischbacher et al. (2001) erwiesen sich 50 Prozent der Probanden als *conditional cooperative*.



stimmt wird. Präferenzen beeinflussen somit alle drei Bestandteile des Entscheidungsprozesses (siehe Abbildung 7).

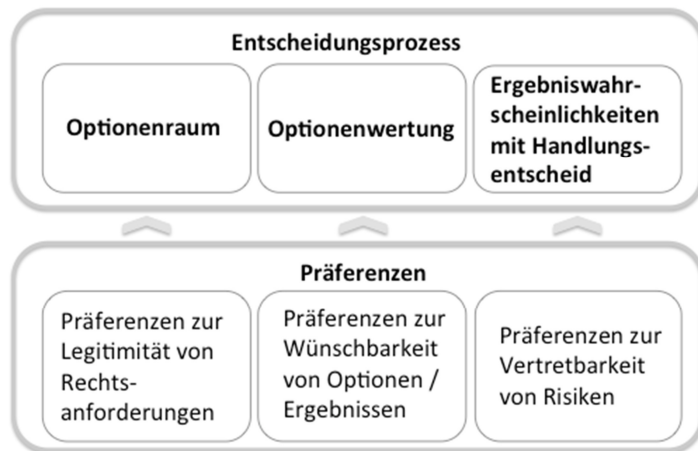


Abbildung 7: Präferenzen als Einflussgrösse auf den Entscheidungsprozess

Die verschiedenen Einflusswirkungen der Präferenzen auf den Entscheidungsprozess im Rahmen von Akteurhandlungen werden im Folgenden genauer ausgeführt.

#### *Präferenzen zur Legitimität von Rechtsanforderungen*

Nur im Optionenraum enthaltene Handlungsoptionen stellen für die Akteure Wahlalternativen dar. Handlungsressourcen und deren Wahrnehmung stecken dabei den Optionenraum ab. Dabei können auch institutionelle Handlungsressourcen mit Verbindlichkeitsanspruch zum Tragen kommen, welche Optionenräume nur dann effektiv einschränken, wenn sie von den Akteuren auch anerkannt werden. Ob Akteure solchen Institutionen Anerkennung entgegenbringen, bestimmt sich durch deren Präferenzen. Derartige Präferenzen definieren, ob eine jeweilige Institution als per se legitim und bedingungslos zu befolgen gilt (ungeachtet irgendwelcher Folgen) oder ob eine Missachtung der Institution allenfalls in Frage kommt. Nur im ersteren Fall ist die Institution relevant für den Ausschluss von Aktivitäten aus dem Optionenraum. Präferenzen, die einen solchen Ausschluss bewirken, sind beispielsweise Präferenzen zum Gehorsam, zur Loyalität, zur Gesetzestreue, etc. Am wahrscheinlichsten dürften solche Präferenzen bestehen bezüglich Institutionen mit Verbindlichkeitsanspruch, während informelle Normen, Sitten, etc. mehr als Verhaltensempfehlung denn als Vorschrift gesehen werden dürften.

(Genügend ausgeprägten) Präferenzen bezüglich der Legitimität von (verbindlichen) institutionell begründeten Anforderungen können deren Durchsetzung möglich machen, auch ohne dass sich die Akteure von der Beachtung derselben eigene Vorteile erhoffen und damit ein Eigeninteresse an deren Einhaltung aufweisen bzw. ohne dass aufwendige Durchsetzungsmechanismen etabliert sein müssen. Bei Vorhandensein entsprechender Präferenzen entfallen alle den Verhaltensanforderungen widersprechende Handlungsoptionen ungeachtet damit verbundener Auszahlungen.

### *Präferenzen zur Wünschbarkeit von Optionen/Ergebnissen*

Die in einer Handlungssituation wahrgenommenen Ergebnisse von Handlungsoptionen werden von den Akteuren einer Bewertung unterzogen. Die Bewertung widerspiegelt die individuelle Einschätzung der Vorteilhaftigkeit/Attraktivität der bewertungsrelevanten Faktoren der Ergebnisse. Die individuelle Einschätzung der Vorteilhaftigkeit/Attraktivität beruht auf den Präferenzen eines Akteurs. Aufgrund der Individualität der Präferenzen ergibt sich bei identischen Strategieoptionen für unterschiedliche Akteure eine je eigene Attraktivität.

Präferenzen können sich auf Ergebnisfaktoren unterschiedlichster Art beziehen. So können beispielsweise je nach Präferenzen verwendete sowie erzielte (oder eingebüsst) Güter und deren Merkmale attraktivitätsrelevant sein. Ebenso können Präferenzen bezüglich finanzieller Aufwendungen und Einnahmen bestehen. Präferenzen können desgleichen auf immaterielle Wirkungen gerichtet sein. Sie bestimmen beispielsweise, was für Aktivitäten oder Gegebenheiten als Genuss gewertet werden oder im Gegenteil als mühselig und unangenehm empfunden werden, oder sie bewerten die Relevanz gesundheitlicher Folgen oder die Bedeutung von Wissens- oder Erfahrungszuwachs. Auf immaterielle Wirkungen bezogene Präferenzen sind aber auch Präferenzen, die sich auf Aspekte der Interaktion mit anderen Akteuren beziehen wie z.B. die Wertschätzung von Aufrichtigkeit, Vertrauenswürdigkeit, Zuverlässigkeit, Hilfsbereitschaft, Unbestechlichkeit, Loyalität, Anpasstheit<sup>62</sup> oder Reziprozität<sup>63</sup> (z.B. kooperatives Verhalten, wenn sich die beteiligten Akteure auch kooperativ verhalten) oder alternativ auch die Gutheisung von Unzuverlässigkeit, Verlogenheit, Gewaltanwendung, Bestechlichkeit, Unangepasstheit, etc. Präferenzen können auch auf Ergebnisaspekte gerichtet sein, die sich bei anderweitigen Akteuren manifestieren – wofür die Interaktionsorientierung als spezielle Präferenzart verantwortlich zeichnet (siehe Kapitel 4.3.3) – aber auch auf das Verhältnis der Renditen unter den Akteuren (Verteilungswirkungen)<sup>64</sup> oder auf Folgen in Bezug auf die umgebende Umwelt.

Wie vorangehend aufgezeigt können sich Präferenzen auf verschiedenste Aspekte von Handlungsergebnissen beziehen. Im Bewertungsprozess werden die verschiedenen, zuweilen widersprüchlichen Präferenzen gegeneinander abgewogen. Das Resultat dieser Abwägungen wird in spieltheoretischen Begriffen als Auszahlung bezeichnet. Sie bezeichnet den ‚Nutzenzuwachs‘ durch die Umsetzung einer Strategieoption für den ausführenden Akteur. Negativ zu Buche schlagen auf Auszahlungen können beispielsweise hohe Kosten oder ein hoher Arbeitsaufwand. Positiv zu Buche schlagen können auf der anderen Seite z.B. erzielte Güter oder Dienstleistungen und Eigenschaften derselben wie eine hohe Qualität. Ein günstiger Zugang zu entsprechen-

<sup>62</sup> Vgl. das Prinzip sozialer Bewährtheit Seite 100 bzw. *conditional cooperation* Seite 104.

<sup>63</sup> Die bekannte ‚Tit for Tat‘-Strategie (Axelrod 1980) beruht beispielsweise auf reziproken Präferenzen.

Fehr & Gächter (2000) zeigen auf, dass in der Gegenwart reziproker Präferenzen explizite materielle Anreize sogar kontraproduktiv auf die Arbeitsmotivation wirken können.

<sup>64</sup> So zeigen diverse Studien, dass Akteure unfaire (benachteiligende) Angebote von Mitspielenden sanktionieren (Falk et al. 2001). Zudem konnten Falk et al. nachweisen, dass eine Minderheit von Spielenden Verteilungen bevorzugen, die zu ihren Gunsten ausfallen (ebd.).

Präferenzen, die auch Auszahlungen anderweitiger Akteure berücksichtigen, werden in der Literatur soziale Präferenzen (*social preferences*) genannt. Für eine Übersicht über Typen sozialer Präferenzen siehe Fehr & Fischbacher (2002).

den Gütern oder Dienstleistungen würden demnach die Auszahlung steigern, da die Kosten tiefer ausfallen. Hegen die Akteure allerdings Präferenzen zugunsten teurerer Güter (weil sie den Preis mit dessen Wertigkeit gleichsetzen<sup>65</sup>), dann trifft allenfalls sogar das Gegenteil zu und ihre Auszahlung nimmt ab. Während im vorangegangenen Beispiel die positiven und negativen Aspekte von Strategieoptionen im Abwägungsprozess miteinander ‚verrechnet‘ werden, ist es ausserdem möglich, dass bestimmte Präferenzen im Abwägungsprozess anderweitige Präferenzen einfach ‚ausstechen‘.<sup>66</sup> Für manche Akteure kann z.B. in einer bestimmten Situation die Missachtung von Verhaltensprinzipien eine zweitrangige Rolle spielen und bis zu einem gewissen Grad irrelevant sein, wenn dadurch die Wunschergebniserzielung ermöglicht wird (im Sinne von ‚der Zweck heiligt die Mittel‘). Andere Akteure verzichten dagegen z.B. auf ein attraktives Angebot, wenn dies der Verrat an einer bestimmten Wertvorstellung bedeuten würde.<sup>67</sup> (Vgl. auch Gesinnungs- vs. Verantwortungs-Ethik von Max Weber (1919 und 1922: 467)).

#### *Präferenzen zur Vertretbarkeit von Risiken*

Neben Präferenzen in Bezug auf Ergebnisse von Strategieoptionen ist an den Wahlentscheidungen der Akteure auch deren Risikoakzeptanz beteiligt. Die Risikoakzeptanz definiert, inwieweit sich die eingeschätzten Verfehlungsrisiken bestimmter anvisierter Ergebnisse auf die Wahlentscheidungen auswirken. Solche Risiken bestehen bezüglich des Verhaltens beteiligter Akteure (Verhaltensrisiken) wie auch bezüglich systemischer Zufallsereignisse (Zustandsrisiken). Die Wahrnehmung der Akteure steuert die Einschätzung dieser Risiken (siehe unter Kapitel 4.4.6). Die Risikoakzeptanz bestimmt in Folge, welche dieser Risiken noch als vertretbar und welche als nicht mehr vertretbar bewertet werden. Die Ausprägungen können sich zwischen sehr risikofreudig bis sehr risikoavers bewegen. Untersuchungen zeigen, dass Leute in der Regel eher risikoavers urteilen und damit risikobehaftete Strategieoptionen meiden (Bieta et al. 2002: 31).<sup>68</sup> Dass Risiken vielfach Aktivitäten verhindern, daraufhin weisen auch Meijer & Hekkert (2008) hin, die in ihrer Studie die Auswirkungen verschiedener Unsicherheiten (von technologischen Entwicklungen über das Verhalten von Lieferanten und Konsumenten bis zu Gesetzesänderungen) auf das Akteur-Verhalten untersuchten. Die Risikoakzeptanz kann in Abhängigkeit der erwarteten Auszahlungen variieren. Ist beispielsweise wie beim Lottospiel das Verlustrisiko zwar hoch, aber der Verlust eher unbedeutend, kann die Aussicht auf einen zwar unwahrscheinlichen, aber im Falle eines Eintretens immens hohen Gewinn das Risiko je nach Vorlieben des Akteurs als vertretbar erscheinen lassen.

---

<sup>65</sup> Preise können von Konsumenten als Information zum Produkt und dessen Qualität interpretiert werden (Werth 2010: 67).

<sup>66</sup> Parsons & Shils sprechen in diesem Fall vom Primat einer bestimmten Werteorientierung (1959: 75).

<sup>67</sup> García-Valiñas et al. (2012: 462) bemerken etwa, dass für Personen, die sich stark mit „grünen Werten“ identifizieren, die Annehmlichkeiten von „Littering“ den Verrat an ihren Werten nicht aufwiegen können.

<sup>68</sup> In der Studie von Kahnemann & Tversky (1979) zeigten die Leute bei einer Wahl zwischen sicheren und unsicheren aber höheren Gewinnen tendenziell ein risikoaverses Verhalten (sie zogen den sicheren Gewinn vor), im Falle einer Wahl zwischen sicheren und unsicheren aber höheren Verlusten dagegen eher ein risikofreudiges Verhalten.

#### 4.4.8 Resümee

Im vorliegenden Kapitel 4.4 wurde auf der Grundlage des Handlungsansatzes von Scharpf (2006) ein allgemeines Modell für (private) Akteurhandlungen entworfen. Das Modell unterscheidet zwischen dem Entscheidungsprozess und diesbezüglichen Einflussgrössen. Der Entscheidungsprozess erklärt, wie Entscheidungen zur Ausübung bestimmter Handlungen zustande kommen. Drei Komponenten wurden dabei als bestimmend angenommen: Der vorhandene Optionenraum, die Wertung der vorliegenden Optionen mit ihren möglichen Ergebnissen sowie die Beurteilung der Wahrscheinlichkeiten der Erzielung bestimmter Ergebnisse, was einer Einschätzung des Verhaltens aller Mitwirkenden und allfälliger Zufallsfaktoren bedarf. Auf dieser Basis wird schliesslich der Handlungsentscheid gefällt, wobei einem Akteur unterstellt wird, dass er ein gemäss seiner Beurteilung möglichst wünschenswertes Ergebnis erzielen möchte. Bei den Einflussgrössen auf den Entscheidungsprozess führt das Modell drei Kategorien auf: die Handlungsressourcen, die Wahrnehmung sowie die Präferenzen. Inhalte aller drei Kategorien können dabei auf jede der einzelnen Komponenten des Entscheidungsprozesses Einfluss nehmen.

Die Einflussgrössen bilden das Einfallstor, über welches steuernd auf Handlungsentscheidungen eingegriffen werden kann. So kann eine Modifikation der Ausprägung der vorliegenden Einflussgrössen Verhaltensanpassungen bewirken. Da Einflussgrössen stets im Verbund wirken, muss bei Veränderungen einzelner Einflussgrössen für die Beurteilung der Wirkung stets der Kontext berücksichtigt werden. Mit dem Aspekt von zielführenden Einflussnahmen in Anbetracht der Wirkungsmechanismen im allgemeinen Handlungsmodell befasst sich das nächste Kapitel.

### 4.5 Implikationen des allgemeinen Handlungsmodells für die policy-Bewertung

Das allgemeine Handlungsmodell aus vorangehendem Kapitel 4.4 wird nachfolgend als Grundlage genommen zur Entwicklung eines Instrumentariums zur Beurteilung des Wirkungspotenzials von *policy*-Instrumenten. In Kapitel 4.5.1 werden die Elemente des Instrumentariums eingeführt. Zum einen umfasst dieses Erfolgsbedingungen, die die Voraussetzungen beschreiben, die im allgemeinen Handlungsmodell eine bestimmte Ergebniserzielung wahrscheinlich machen, zum anderen enthält dieses Ansätze der Einflussnahme, die Möglichkeiten aufzeigen zu einer erfolgsversprechenden Einflussnahme auf Akteurhandlungen zugunsten politisch angestrebter Ergebnisse auf der Grundlage des allgemeinen Handlungsmodells. Kapitel 4.5.2 widmet sich der Herleitung der Erfolgsbedingungen. Im Kapitel 4.5.3 werden die generellen Möglichkeiten erläutert, wie politische Instrumente die Einflussgrössen des allgemeinen Handlungsmodells modifizieren und damit Einfluss auf den Entscheidungsprozess ausüben können. Auf dieser Grundlage werden im Kapitel 4.5.4 die Ansätze der Einflussnahme abgeleitet.

#### 4.5.1 Einflussnahme auf Akteur-Handlungen mittels politischer Instrumente

Zielsetzung politischer Steuerung ist die Einflussnahme auf Akteur-Verhalten zwecks Umsetzung politisch erwünschter Zielvorgaben. Im vorangegangenen Kapitel 4.4 wurden Einflussgrössen auf Akteurhandlungen vorgestellt. Eine erfolgsversprechende Steuerung bedeutet, dass die

implementierten politischen Instrumente oder ganzen Instrumenten-Settings diese Einflussgrößen derart modifizieren, dass durch diese die Akteure zum erwünschten Verhalten bewogen werden. Die Ansprüche, denen die Einflussgrößen genügen müssen, um eine bestimmte Ergebniserzielung wahrscheinlich zu machen, werden durch die Erfolgsbedingungen beschrieben. Sind die politischen Instrumente derart ausgestaltet, dass sie einzelne Einflussgrößen mit den Erfolgsbedingungen hinsichtlich der politischen Zielvorgabe konform werden lassen, entsprechen sie einem sogenannten Ansatz der Einflussnahme zugunsten des politischen Wunschergebnisses. Analog der Vielzahl an Einflussgrößen und deren Wirkungen bestehen auch vielfältige Möglichkeiten zu Ansätzen der Einflussnahme.

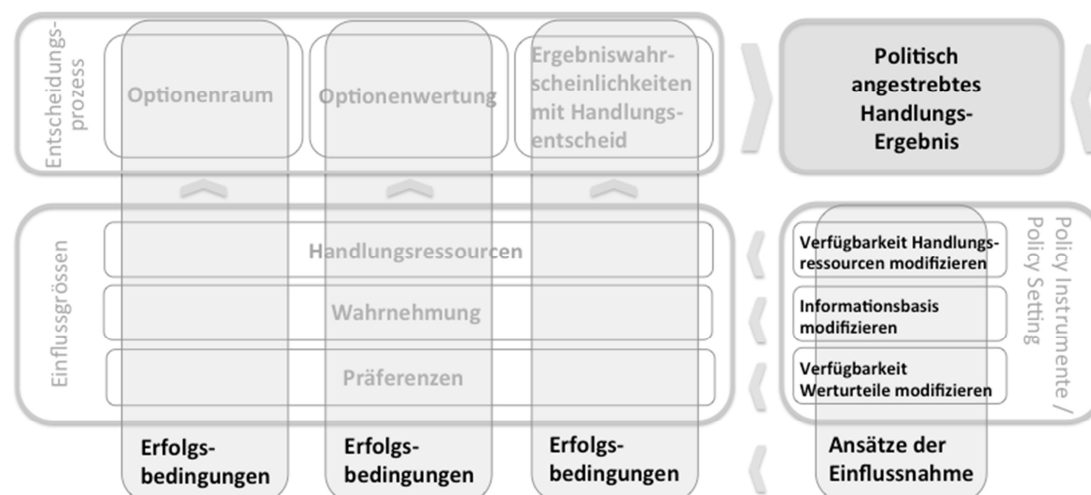


Abbildung 8: Politische Einflussnahme auf Handlungsentscheidungen im allgemeinen Handlungsmodell

In Abbildung 8 sind die Elemente einer erfolgsversprechenden politischen Einflussnahme auf Akteurhandlungen aufgeführt. Im Folgenden werden die Erfolgsbedingungen und die Ansätze der Einflussnahme zugunsten des Wunschergebnisses aus dem allgemeinen Handlungsmodell hergeleitet.

#### 4.5.2 Erfolgsbedingungen zur Ergebniserzielung

Akteurhandlungen sind von einer Vielzahl von Einflussgrößen abhängig. Je nach Ausgestaltung dieser Einflussgrößen sind verschiedene Handlungsverläufe mit unterschiedlichen Ergebnissen wahrscheinlich. Welchen Ansprüchen die Einflussgrößen entsprechen sollten, um eine erfolgsversprechende Ausgangslage für die Erzielung eines ganz bestimmten (Wunsch-)Ergebnisses darzustellen, kann anhand der bisherigen Ausführungen zum Entscheidungsprozess und zu den Wirkungsweisen der diesbezüglichen Einflussgrößen hergeleitet werden.

Die Erzielung eines bestimmten Ergebnisses setzt die Ausführung bestimmter, zielführender Aktivitäten voraus. Dies bedingt, dass entsprechende Aktivitäten unter den bestehenden Voraussetzungen überhaupt durchführbar und damit im Optionenraum enthalten sind (siehe Kapitel 4.4.2). Sind zudem das erwünschte Ergebnis verhindernde (nicht-zielführende) Aktivitäten aus dem Optionenraum ausgeschlossen, reduziert dies gleichzeitig die Möglichkeiten einer Zielverfehlung. Eigentlicher Treiber hinter einem Wahlentscheid ist die Attraktivität der Ergebnisse, die ein Akteur als Resultat seiner Aktivitäten als möglich erachtet. Die Intention eines Akteurs ist dabei die bestmögliche Auszahlung zu erlangen (siehe Kapitel 4.4.2). Ergebnisse mit

vorteilhaften Auszahlungen wirken somit als Attraktor für einen Akteur. Ergebnisse mit unvorteilhaften Auszahlungen wirken dagegen abschreckend. Eine anvisierte, attraktive Auszahlung kann aber nur erlangt werden, wenn diese auch tatsächlich realisiert werden kann angesichts der Verhaltensweisen Mitbeteiligter und Zufallsfaktoren. Für einen Wahlentscheid zugunsten einer im Hinblick auf das politische Wunschergebnis zielführenden Strategie mit einer allfälligen attraktiven Auszahlung sollte demnach deren Umsetzungspotenzial auch als ausreichend erachtet werden und demgegenüber das Umsetzungspotenzial allfälliger anderweitiger attraktiver Auszahlungen alternativer Strategien als unzureichend. Ob Akteure ein Umsetzungspotenzial als ausreichend erachten, hängt einerseits von deren Erwartungen zum Verhalten beteiligter Akteure und systemischer Zufallsfaktoren ab, wodurch eine Einschätzung der Umsetzungswahrscheinlichkeiten verschiedener möglicher Auszahlungen resultiert. Andererseits bestimmt die Risikofreudigkeit der Akteure, ob die eingeschätzten Umsetzungswahrscheinlichkeiten als akzeptabel oder inakzeptabel bewertet werden. Somit sind die Voraussetzungen benannt, die eine erfolgsversprechende Ausgangslage für den Wahlentscheid zugunsten einer zielführenden Option darstellen. Sind mehrere Akteure am Gelingen einer Ergebniserzielung beteiligt, ist notwendig, dass diese Voraussetzungen für alle beteiligten Akteure zutreffen. Nur dann sind die Chancen intakt, dass im Endeffekt das entsprechende Wunschergebnis tatsächlich resultiert. Zusammenfassend lassen sich die Erfolgsbedingungen einer Ergebniserzielung wie folgt formulieren:

Vorhandensein von Handlungsoptionen mit zielführenden Aktivitäten im Optionenraum sowie allfälliger Ausschluss von Handlungsoptionen mit nicht-zielführenden Aktivitäten (1) bei relativer Vorteilhaftigkeit möglicher Auszahlungen zielführender Handlungsoptionen gegenüber möglicher Auszahlungen nicht-zielführender Optionen (2), wobei die Einschätzung und Bewertung der Umsetzungswahrscheinlichkeiten zugunsten der relativ vorteilhaften Auszahlungen zielführender Handlungsoptionen ausfällt (3).

Die aufgeführten Erfolgsbedingungen beschreiben ideale Voraussetzungen im Rahmen eines Entscheidungsprozesses zur Erzielung eines erwünschten Ergebnisses. Das Vorliegen dieser Voraussetzungen bestimmt sich in Abhängigkeit der vorhandenen akteurspezifischen Einflussgrößen in den drei Kategorien Handlungsressourcen, Wahrnehmung und Präferenzen. Die Einflusswirkungen der Einflussgrößen auf den Entscheidungsprozess wurde im Kapitel 4.4 beschrieben. Im Folgenden werden die Erfolgsbedingungen präzisiert, indem aufgezeigt wird, welche Einflussgrößen dazu führen, dass den Erfolgsbedingungen entsprochen wird. Damit werden die einzelnen Komponenten benannt, durch die sich die Erfolgsbedingungen auszeichnen.

#### *(1): Erste Erfolgsbedingung*

Der erste Aspekt der vorhergehend aufgeführten Erfolgsbedingungen besagt, dass die für die Erzielung eines politisch angestrebten Ergebnisses zielführenden Aktivitäten im Optionenraum enthalten sein müssen (und nicht-zielführende Aktivitäten allenfalls ausgeschlossen sind). Diese Anforderung gewährleistet, dass das politische Wunschergebnis überhaupt im Optionenraum der Akteure enthalten ist. Mindestbedingung, dass eine Ergebniserzielung möglich wird, ist, dass alle an einem Ergebnis beteiligten Akteure mindestens die Möglichkeit der Durchführung der notwendigen produktiven Aktivitäten besitzen. Damit wäre ein entsprechendes Ergebnis erzielbar unter der Voraussetzung, dass die Akteure die jeweiligen Aktivitäten auch tatsächlich aus-

führen. Die Möglichkeit für Aktivitäten erfordert die Verfügbarkeit entsprechender benötigter Handlungsressourcen (siehe Kapitel 4.4.5). Da Handlungsressourcen nie isoliert dastehen, sondern stets im Verbund wirken, ist ein geeignetes Set an Handlungsressourcen notwendig, das alle relevanten befähigenden Handlungsressourcen enthält und gleichzeitig keine in letzter Instanz verhindernden Handlungsressourcen umfasst. Zudem müssen die vorhandenen Möglichkeiten zur Ausführung dieser Aktivitäten von den Akteuren wahrgenommen werden (siehe Kapitel 4.4.6). Bestehen institutionell geforderte Ausschlüsse zielführender Aktivitäten, kann die Missachtung dieser Institutionen durch die betroffenen Akteure dazu verhelfen, dass Wunschergebnis-konforme Handlungsoptionen dennoch im Optionenraum enthalten sind (siehe Kapitel 4.4.7). Unerwünschte, bezüglich des Wunschergebnisses nicht-zielführende Handlungsoptionen können aus dem Optionenraum ausgeschlossen werden durch ein Set an Handlungsressourcen, welches Aktivitäten, die dem Wunschergebnis entgegenwirken, verhindert. Bestehen Handlungsressourcen institutioneller Art, die (bzw. mit deren Hilfe) den (der) Handlungsspielraum verbindlich um nicht-zielführende Aktivitäten einschränken (eingeschränkt wird), zeitigt sich der ausschliessende Effekt allerdings nur dann, wenn die Präferenzen der Akteure diese Institutionen als legitim und damit als bedingungslos einzuhalten werten (siehe Kapitel 4.4.7). Voraussetzung ist auch hier wiederum, dass die Akteure überhaupt Kenntnis der Anforderungen haben. Die Abwesenheit nicht-zielführender Optionen aus dem Optionenraum ist zudem möglich, falls den Akteuren die entsprechende Möglichkeit nicht gewahr ist. Sind im Rahmen der Optionenraumbestimmung noch einzig zielführende Handlungsoptionen enthalten, ist damit die Ergebniserzielung bereits vorweg genommen. Anhand der Ausführungen lässt sich der erste Aspekt der Erfolgsbedingung mittels dreier Komponenten präzisieren:

- 1) Vorhandensein von Handlungsoptionen mit zielführenden Aktivitäten im Optionenraum sowie allfälliger Ausschluss von Handlungsoptionen mit nicht-zielführenden Aktivitäten
  - 1a) Verfügbares Set an Handlungsressourcen, welches die Wunschergebniserzielung mittels produktiver Aktivitäten ermöglicht und allenfalls produktive Aktivitäten zur Wunschergebnisverfehlung verhindert
  - 1b) Wahrnehmung der Möglichkeiten zielführender produktiver Aktivitäten sowie allenfalls der verhindernden Faktoren für nicht-zielführende produktive Aktivitäten
  - 1c) Vorliegende Präferenzen der Missachtung bestehender, institutionell definierter, verbindlicher Ausschlüsse zielführender produktiver Aktivitäten sowie allenfalls der Anerkennung bestehender, institutionell definierter, verbindlicher Ausschlüsse nicht-zielführender produktiver Aktivitäten

Die erste Erfolgsbedingung ist zwingende Voraussetzung dafür, dass ein angestrebtes Ergebnis überhaupt erzielt werden kann. Sie muss für alle an diesem Ergebnis beteiligten Akteure erfüllt sein. Allerdings reicht das Vorliegen von Möglichkeiten alleine nicht aus, dass diese auch genutzt werden. Welche Bedingungen dazu beitragen, dass zielführende Handlungsoptionen auch tatsächlich ausgeführt werden, wird im Folgenden diskutiert.

*(2): Zweite Erfolgsbedingung*

Sind Ergebnisse im Entscheidungsspielraum der Akteure enthalten, die dem politisch angestrebten Ergebnis (Wunschergebnis) entsprechen, dann besagt der zweite Aspekt der Erfolgsbedingungen, dass mögliche Auszahlungen dieser Ergebnisse relativ vorteilhaft ausfallen sollten. Die Auszahlungen bilden dabei die aus Akteur-Sicht bewerteten Ergebnisse ab. Somit sollten die Akteure relative Vorlieben hegen für wunschergebniskonforme Ergebnisse gegenüber Ergebnissen aus nicht-zielführenden Handlungsoptionen. Die Attraktivität von Ergebnissen wird von allen drei Einflussgrößen (Handlungsressourcen, Wahrnehmung und Präferenzen) beeinflusst. Die im Rahmen von Handlungsoptionen im Einsatz stehenden bzw. erlangten Handlungsressourcen können die Attraktivität wesentlich mitbestimmen (siehe Kapitel 4.4.5). Es können sogar Handlungsressourcen wie Sanktionen oder Belohnungen bestehen, die im Sinne einer Anreizsetzung bestimmte Verhaltensweisen bewusst attraktiver oder unattraktiver machen sollen. Handlungsressourcen beeinflussen die relative Attraktivität von möglichen Ergebnissen zielführender Optionen vorteilhaft, wenn sie entsprechende Handlungsoptionen mit positiven Attraktivitätskomponenten versehen; beispielsweise wenn sich ein entsprechendes Verhalten finanziell auszahlt. Ebenso kann die relative Attraktivität von Ergebnissen zielführender Handlungsoptionen gesteigert werden durch Handlungsressourcen, welche nicht-zielführende Optionen mit negativen Attraktivitätskomponenten versehen; etwa wenn für entsprechendes Verhalten Sanktionen vorgesehen sind.

Allerdings sind es nicht nur die errungenen oder eingesetzten Handlungsressourcen alleine, welche die Attraktivität von Optionen bzw. deren Ergebnissen ausmachen. Bereits der Erlebniswert an sich kann für Akteure ein Attraktivitätsfaktor sein und dazu führen, dass ein Ergebnis als attraktive Auszahlung aufgefasst wird. Über die Bewertung der Attraktivität von möglichen Ergebnissen urteilen die Präferenzen der Akteure (siehe Kapitel 4.4.7). Eine vorteilhafte Bewertung von Ergebnissen, die dem politischen Wunschergebnis entsprechen, wird durch Präferenzen gespeist, die das Wunschergebnis per se und/oder damit (möglicherweise) einhergehende Wirkungen – wie finanzielle Einkünfte – als attraktiv werten bzw. die Aufwendungen zur entsprechenden Ergebniserzielung (erforderliche Arbeitsleistung, materielle oder finanzielle Einsätze, etc.) als nicht so relevant einstufen. Gleichzeitig bedienen Präferenzen die Wunschergebniserzielung, welche die Wunschergebnisverfehlung oder damit (möglicherweise) einhergehende Wirkungen – wie Sanktionen – als unattraktiv werten bzw. die im Rahmen entsprechender nicht-zielführender Optionen erforderlichen Einsätze als unverhältnismässig beurteilen. Das Urteil beschränkt sich dabei auf Ergebnisse bzw. Ergebnisaspekte, die einem Akteur bekannt sind. Somit spielt die Wahrnehmung ebenfalls eine Rolle. Nur was wahrgenommen wird, kann auch im Rahmen eines Wahlentscheides entsprechend gewürdigt werden (siehe Kapitel 4.4.6). Auf Ergebnisse zielführender Optionen hinwirkende Attraktivitätselemente sollten von den Akteuren daher dementsprechend erkannt werden. Dies führt zur Präzisierung des zweiten Aspekts der Erfolgsbedingungen:

- 2) Relative Vorteilhaftigkeit möglicher Auszahlungen zielführender Handlungsoptionen gegenüber möglicher Auszahlungen nicht-zielführender Optionen



- 2a) Verfügbares Set an Handlungsressourcen, das zielführende Handlungsoptionen gegebenenfalls mit positiven Attraktivitätselementen und/oder nicht-zielführende Handlungsoptionen gegebenenfalls mit negativen Attraktivitätselementen versieht
- 2b) Wahrnehmung vorteilhafter Attraktivitätselemente zielführender Handlungsoptionen und/oder Wahrnehmung unvorteilhafter Attraktivitätselemente nicht-zielführender Handlungsoptionen
- 2c) Vorliegende Präferenzen der Positivwertung möglicher Ergebnisse zielführender Optionen und/oder der Negativwertung möglicher Ergebnisse nicht-zielführender Optionen in Anbetracht damit einhergehender Anforderungen und Wirkungen

Das Zutreffen der zweiten Erfolgsbedingung bedeutet, dass die Einflussgrößen derart ausgestaltet sind, dass Akteure mögliche Auszahlungen von Ergebnissen zielführender Handlungsoptionen solchen nicht-zielführender Optionen vorziehen. Da Akteuren als Handlungsmotivation die Erzielung möglichst vorteilhafter Auszahlungen unterstellt wird, ist die aus Akteur-Sicht relative Vorteilhaftigkeit von politisch erwünschten Ergebnissen Voraussetzung, dass die Wahl einer zielführenden Option überhaupt in Betracht gezogen wird. Aufgrund von möglichen Interdependenzen mit anderen Akteuren und systemischen Faktoren spielt für den definitiven Wahlentscheid der Akteure aber auch noch die Einschätzung der Umsetzbarkeit einer anvisierten Auszahlung eine Rolle. Diesem Punkt widmet sich der nachfolgende letzte Aspekt der Erfolgsbedingungen.

### *(3): Dritte Erfolgsbedingung*

Eine attraktive Auszahlung im Rahmen einer zielführenden Option bzw. eine unattraktive Auszahlung im Rahmen einer nicht-zielführenden Option kann nur dann ihre Anreizwirkung zugunsten des politischen Wunschergebnisses entfalten, wenn die Erzielung der entsprechenden Auszahlung von den Akteuren auch als ausreichend realistisch erachtet wird angesichts der Vermutungen zum Verhalten Mitbeteiligter und systemischer Faktoren. Damit ein Wahlentscheid auf eine zielführende Option fällt, sollten die Akteure zudem das Umsetzungspotenzial von allfälligen attraktiven Auszahlungen nicht-zielführender Optionen als unzureichend erachten. Damit ist die Forderung der dritten Erfolgsbedingung umrissen. Dass der dritten Erfolgsbedingung entsprochen werden kann, bedarf es wiederum einer geeigneten Ausgestaltung der drei Einflussgrößen ‚Handlungsressourcen‘, ‚Wahrnehmung‘ sowie ‚Risikoakzeptanz‘.

Handlungsressourcen können den von den Akteuren befürchteten Umsetzungsdefiziten bestimmter Ergebnisse (Auszahlungen) entgegenwirken, indem sie Akteure zur Einflussnahme ermächtigen oder Schutz vor eintretenden Risikoereignissen versprechen. Für die Wunschergebniserzielung förderlich ist damit die Verfügbarkeit von Handlungsressourcen, welche zur Einflussnahme berechtigen zur Durchsetzung von Aktivitäten, die der Erzielung des Wunschergebnisses bzw. damit einhergehender attraktiver Auszahlungen zuträglich sind, oder von Handlungsressourcen, die das Wunschergebnis mit der attraktiven Auszahlung vor dem Verhalten Mitbeteiligter oder vor systemischen Einflüssen schützen. Beispielsweise sind dies Institutionen, die die Einklagbarkeit vereinbarter finanzieller Entschädigungen für zielkonformes Verhalten ermöglichen. Dagegen sollten keine Handlungsressourcen verfügbar sein, die zur Einflussnahme ermächtigen zur Durchsetzung von Verhaltensweisen, die zur Wunschergebnisverfehlung bzw.

damit einhergehender attraktiver Auszahlungen führen. Dies würde z.B. bedeuten, dass keine Möglichkeit der Bestechung besteht zur Verhinderung der Sanktionierung nicht-zielführenden Verhaltens (was eine ‚Bestechungskultur‘ sowie Bestechungsgeld voraussetzen würde). Ebenso wenig sollten Handlungsressourcen bestehen, mit Hilfe derer eine Verhinderung der Wunschergebnisverfehlung umgangen werden kann oder die attraktive Auszahlungen im Rahmen von Optionen, die zur Wunschergebnisverfehlung führen, vor destruktiven Einflüssen schützen.

Ob handlungstreibende Auszahlungen zugunsten der Wahl von Handlungsoptionen, die auf das Wunschergebnis hinführen, von den Akteuren als umsetzbar angenommen werden, hängt neben den vorliegenden Handlungsressourcen ebenso von der Wahrnehmung der Akteure ab. Relevant ist hierzu die Antizipation von Akteurverhalten und systemischen Risikofaktoren ebenso wie die Wahrnehmung von Handlungsressourcen, die zur Einflussnahme auf Akteurverhalten ermächtigen oder Schutz bieten vor Risikoereignissen (siehe Kapitel 4.4.6). Die diesbezügliche Informationsverfügbarkeit kann sich dabei auf die wahrgenommene Umsetzbarkeit auswirken, etwa wenn eine schlechte Informationslage dazu führt, dass ein hohes Verfehlungsrisiko bzw. Umsetzungsdefizit einer bestimmten Auszahlung befürchtet wird. Die Wahrnehmung der Akteure wirkt sich dann förderlich auf die Wahl von für das Wunschergebnis zielführenden Handlungsoptionen aus, wenn das wahrgenommene Umsetzungsdefizit von mit diesen Optionen einhergehenden attraktiven Auszahlungen als ausreichend gering eingeschätzt wird. Ausreichend gering bedeutet in diesem Zusammenhang, dass ein Akteur bereit ist, das wahrgenommene Restrisiko der Verfehlung zu akzeptieren gemäss dessen Risikoakzeptanz (siehe nachfolgend). Ebenso förderlich für die Wahl zielführender Handlungsoptionen ist ein als ausreichend gering wahrgenommenes Umsetzungsdefizit von *unattraktiven* Auszahlungen, die potenziell mit *nicht*-zielführenden Optionen einhergehen. In einem solchen Fall befürchten Akteure unattraktive Auszahlungen als Resultat der Ausführung von Aktivitäten, die dem Wunschergebnis entgegenhandeln. Dies ist gleichbedeutend mit als zu hoch eingeschätzten Umsetzungsdefiziten allfälliger attraktiver Auszahlungen, die potenziell mit nicht-zielführenden Optionen einhergehen. Auch hier definiert die Risikoakzeptanz, welche Umsetzungsdefizite die Akteure bereit sind, noch oder nicht mehr einzugehen.

Für die Wahlentscheide der Akteure ist dabei nicht wesentlich, wie gross die *effektiven* Umsetzungsdefizite sind. Es zählt einzig die diesbezügliche Wahrnehmung der Akteure. Beispielsweise brauchen keine real existierenden Durchsetzungsmöglichkeiten von Sanktionen auf ‚Fehlverhalten‘ vorzuliegen, wenn die Akteure die Durchsetzung der Sanktion als realistisch wahrnehmen. Entsprechend kann z.B. aber auch aufgrund einer schlechten Informationsverfügbarkeit ein hohes Umsetzungsdefizit von Auszahlungen im Rahmen zielführender Handlungsoptionen befürchtet werden, auch wenn dies faktisch gar nicht der Fall ist. Damit Akteure Wahlentscheidungen für zielführende Handlungsoptionen treffen, müssen somit ausreichend kleine *vermutete* Umsetzungsdefizite von zugunsten dieser Optionen wirkenden handlungstreibenden Auszahlungen vorliegen.

Allerdings kann es u.U. angezeigt sein, dass die Wahlentscheide von Akteuren sich nicht nur auf vermutete Umsetzungsdefizite abstützen, sondern dass Akteure die Umsetzungsrisiken auch tatsächlich realistisch einschätzen. Dies ist dann der Fall, wenn vorliegende Umsetzungsdefizite

die Wunschergebniserzielung substanziell gefährden und ein Akteur diesbezügliche Gegenmassnahmen treffen sollte, ohne diese die Ergebniserzielung (und die damit verbundene attraktive Auszahlung) unwahrscheinlich würde. Gegenmassnahmen dienen etwa dazu, andere Akteure zu bestimmten Verhalten zu bewegen oder Schutzvorkehrungen zu treffen. Voraussetzung dafür ist eine adäquate Antizipation des Risikoausmasses ebenso wie die Wahrnehmung geeigneter Handlungsressourcen der Risikoreduktion. Eine entsprechende Risikoreduktion ist in jenen Fällen angebracht, in denen Risiken nicht unabdingbarer (inhärenter) Bestandteil von zielführenden Optionen sind (also gar keine zielführenden risikoreduzierten Alternativen bestehen).

Als weitere Form der Wahrnehmung hat die Beobachtbarkeit von Akteurverhalten einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit der Wahl zielführender Handlungsoptionen. Beobachtbarkeit von fehlbaren/korrekten Akteurverhalten ermöglicht ein Eingreifen zur Durchsetzung von konformem Verhalten (oder zur Korrektur von non-konformem Verhalten), etwa indem Sanktionierung zum Tragen kommen kann. Wie weit Beobachtbarkeit tatsächlich gewährleistet sein muss, um einen präventiven Verhaltens-Effekt zu erzielen, hängt dabei wiederum von der Wahrnehmung der zu beobachtenden Akteure ab. Eine vermeintliche Beobachtbarkeit aus Sicht dieser Akteure kann ausreichend sein, um erwünschtes Verhalten zu erwirken (siehe vorangehend).

Schliesslich spielt auch noch die Risikoakzeptanz eine Rolle, was die Wirksamkeit handlungstreibender Auszahlungen zugunsten des Wunschergebnisses anbelangt. Da in Anbetracht von Unsicherheiten keine verlässliche Erzielung bestimmter Ergebnisse angenommen werden kann, bestimmt die Risikoakzeptanz darüber, welche Unsicherheiten von den Akteuren als tragbar akzeptiert werden. Vorbehalte gegenüber nicht-zielführenden Handlungsoptionen werden bestärkt durch Risikopräferenzen, die die gewährte Wahrscheinlichkeit, dass allfällige attraktive Auszahlungen, die mit nicht-zielführenden Optionen verbunden sind, tatsächlich erzielt werden, als unzureichend werten (und damit das Verfehlungsrisiko als zu gross eingeschätzt wird). Die Risikoakzeptanz der Akteure sollte sich zudem ebenso wenig auf Risiken erstrecken, welche das Wunschergebnis in seiner Substanz treffen können und unwiderruflich sind (und damit eine Verfehlung des Wunschergebnisses verursachen), sofern gleichwertige aber risikoreduzierte Optionen vorhanden sind. Bei zwei alternativen hinsichtlich des Wunschergebnisses zielführenden Optionen mit diesbezüglich unterschiedlicher Risikoexposition – wobei ein Eintreten des Risikoereignisses eine unwiderrufliche Wunschergebnisverfehlung bewirkt – ist somit eine Wahl der risikoreduzierten Option angezeigt, selbst wenn das Risiko als gering gilt und allfällige Auszahlungen der risikobehafteten Option für einen Akteur attraktiver ausfallen, insoweit das Risikoereignis nicht eintritt (z.B. weil die Option der Risikovermeidung mit Mehraufwand verbunden ist (Berücksichtigung von Schutzmassnahmen, etc.)). Eine entsprechende Risikoakzeptanz taxiert demnach die risikobehaftete Option als bedenklich. Sollten dagegen keine gleichwertigen risikoreduzierten Optionen zugunsten des Wunschergebnisses vorhanden sein, dann sollten die unvermeidbaren Risiken durch die Akteure wiederum akzeptiert werden. Ein Beispiel für Risiken als inhärenter Bestandteil einer Option ist das Vorhaben der Entwicklung von Medikamenten für bestimmte Krankheiten. Dem diesbezüglichen Forschungsprozess ist stets das Risiko inhärent, dass die Entwicklung erfolglos verläuft. Ebenso wirkt es sich positiv auf die Wunschergebniserzielung aus, wenn Verfehlungsrisiken akzeptiert werden auf vorteilhaften

Auszahlungen, welche potenziell mit dem Wunschergebnis einhergehen, jedoch nicht essenzieller Bestandteil desselben sind (z.B. eine finanzielle Entschädigung für konformes Verhalten).

Mittels der vorangegangenen Ausführungen lässt sich nun der dritte Aspekt der Erfolgsbedingungen präzisieren:

- 3) Einschätzung und Bewertung der Umsetzungswahrscheinlichkeiten fällt zugunsten der relativ vorteilhaften Auszahlungen zielführender Handlungsoptionen aus
  - 3a) Verfügbares Set an Handlungsressourcen, das Akteure bei Bedarf zur Einflussnahme ermächtigt zur Durchsetzung von Handlungsoptionen, die auf das Wunschergebnis (mit attraktiv bewerteter Auszahlung) hinführen, und Einflussnahmen verhindert zur Durchsetzung von Handlungsoptionen, die auf die Wunschergebnisverfehlung (mit attraktiv bewerteter Auszahlung) hinführen, sowie Set an Handlungsressourcen, das das (attraktiv bewertete) Wunschergebnis bei Bedarf vor destruktiven Einflüssen schützt bzw. die (attraktiv bewertete) Wunschergebnisverfehlung verhindernden Eingriffen preisgibt
  - 3b) Antizipation von Akteur-Verhalten und systemischen Risikoereignissen sowie Wahrnehmung von Möglichkeiten/Hindernissen der Einflussnahme zur Durchsetzung von Handlungsoptionen und von Möglichkeiten/Hindernissen des Schutzes von Ergebnissen (mit attraktiv bewerteter Auszahlung) vor destruktiven Einflüssen dahingehend, dass die Risiken für ein substanzielles Umsetzungsdefizit des Wunschergebnisses sowie entsprechende Gegenmassnahmen ausreichend bekannt sind und dass das vermutete Umsetzungsdefizit des Wunschergebnisses (mit attraktiv bewerteter Auszahlung) bzw. einer im Falle der Wahl nicht-zielführender Optionen möglichen unattraktiven Auszahlung als ausreichend gering eingeschätzt wird
  - 3c) Ausreichende Beobachtbarkeit von Akteurverhalten zur Anwendung von belohnenden bzw. sanktionierenden/verhindernden Massnahmen bei Aktivitäten zugunsten bzw. zuungunsten des Wunschergebnisses (mit attraktiv bewerteter Auszahlung), sowie fehlende Beobachtbarkeit von Akteurverhalten zur Anwendung von sanktionierenden/verhindernden bzw. belohnenden Massnahmen bei Aktivitäten zugunsten bzw. zuungunsten des Wunschergebnisses (mit attraktiv bewerteter Auszahlung)
  - 3d) Inakzeptanz von vermeidbaren, unwiderruflichen Risiken durch die entscheidenden Akteure in Bezug auf die substanzielle Wunschergebniserzielung. Akzeptanz von nicht-vermeidbaren Risiken der Wunschergebniserzielung sowie Akzeptanz gewahrter Risiken auf attraktiven Auszahlungen, die nicht-substanzielle Aspekte des Wunschergebnisses abbilden. Als unzureichend bewertete wahrgenommene Wahrscheinlichkeit, dass attraktive Auszahlungen nicht zielführender Optionen umgesetzt werden

Das Zutreffen der dritten Erfolgsbedingung bedeutet, dass Auszahlungen im Zusammenhang mit auf das politische Wunschergebnis hinführenden Optionen für die Akteure nicht nur relativ attraktiv ausfallen, sondern dass die Akteure diese Auszahlungen auch als ausreichend umsetz-

bar einschätzen. Nur so ist es wahrscheinlich, dass Akteure ihr Handeln im Hinblick auf diese Auszahlungen ausrichten und damit das Wunschergebnis erzielt werden kann.

Mit der dritten Erfolgsbedingung sind nun die Ausprägungen von Einflussgrössen definiert, die eine erfolgsversprechende Ausgangslage für Handlungsabläufe darstellen, die in einem (politisch) erwünschten Ergebnis münden. Ist die Ausprägung der Einflussgrössen auf Akteurhandlungen dagegen dergestalt, dass einer oder mehreren der Erfolgsbedingungen nicht entsprochen wird, dann wird die Erzielung des Wunschergebnisses unwahrscheinlich. Hier versuchen *policy*-Interventionen anzusetzen. Mittels politischer Instrumente sollen die Einflussgrössen derart umgestaltet werden, dass eine Ergebniserzielung neu möglich wird. Wie eine erfolgsversprechende Einflussnahme auf die Erfolgsbedingungen mittels politischer Instrumente möglich ist, wird im Folgenden diskutiert.

#### 4.5.3 Generelle Einflussmöglichkeiten

Die Ausprägungen der Einflussgrössen bestimmen über die Wahrscheinlichkeiten der Erzielung bestimmter Ergebnisse. Um überprüfen zu können, ob die Ausgestaltung der Einflussgrössen für die Erzielung eines Wunschergebnisses förderlich ist, wurden drei generelle Erfolgsbedingungen formuliert, die weiter präzisiert wurden mittels der Benennung geeigneter Einflussgrössen, die die einzelnen Komponenten der Erfolgsbedingungen ausmachen. Treffen alle Erfolgsbedingungen auf ein Ergebnis zu, dann wird dieses Ergebnis als wahrscheinliches Resultat einer Handlungssituation erwartet. Um ein politisch erwünschtes Ergebnis zu erzielen, empfiehlt es sich somit, die Einflussgrössen derart zu modifizieren, dass deren Ausprägung den Erfolgsbedingungen bezüglich des Wunschergebnisses entspricht. Eine solche Modifikation kann durch den Einsatz politischer Instrumente erzielt werden (siehe Abbildung 8). Nachfolgend wird zuerst die Möglichkeit der Einflussnahme politischer Instrumente auf einzelne Einflussgrössen in allgemeiner Form diskutiert, um anschliessend erfolgsversprechende Ansätze der Einflussnahme zugunsten von Wunschergebnissen herzuleiten (Kapitel 4.5.4).

Im allgemeinen Handlungsmodell werden als Einflussgrössen auf Akteurhandlungen drei Einflusskategorien unterschieden: Handlungsressourcen, Wahrnehmung und Präferenzen. Politische Instrumente können auf alle drei Kategorien einwirken und damit eine Modifikation der Einflussgrössen erwirken. Ein politisches Instrument kann beispielsweise Handlungsressourcen (wie Güter oder Entscheidungsrechte) generieren. Durch die Vermittlung von Information kann die Wahrnehmung erweitert werden. Geht vom Instrument ein Appell aus (Aufforderung etwas zu tun oder zu unterlassen), dann stellt dies eine Wertungsgrösse dar. Im Folgenden werden die Möglichkeiten im Rahmen der drei Kategorien diskutiert.

##### *Einflussnahme auf Handlungsressourcen*

Die Kategorie der Handlungsressourcen wird durch politische Instrumente modifiziert, indem diese für bestimmte Akteure einzelne Handlungsressourcen verfügbar machen oder die Verfügbarkeit von Handlungsressourcen aufheben. Verfügbarkeit heisst dabei nicht nur, dass beispielsweise eine materielle Ressource existiert, sondern sie muss effektiv im Handlungsressourcen-Portfolio eines Akteurs enthalten sein. Dies bedeutet, dass ein Akteur die Ressource (rechtmässig) besitzt oder über die Mittel und Möglichkeiten verfügt, diese erwerben zu können oder

nutzen zu dürfen.<sup>69</sup> Erst die Verfügbarkeit für einen Akteur macht Sachkapital etc. zu eigentlichen Handlungsressourcen. Für die Gewährleistung der Verfügbarkeit müssen demnach auch verschiedene Handlungsressourcen zusammenspielen. Verfügbare Handlungsressourcen stehen den Akteuren bereit für die konkrete Nutzung, Anwendung bzw. Ausübung. Während ‚Verfügbarkeit‘ die Freiwilligkeit der Nutzung suggeriert, trifft dies im Falle von institutionellen Forderungen nicht zu. ‚Verfügbarkeit‘ steht in diesem Fall dann vielmehr für die Betroffenheit eines Akteurs von der Regelung, also der Notwendigkeit, sich dieser (gegebenenfalls) unterwerfen zu müssen. Für die konkrete Anwendung einer verfügbaren Handlungsressource für bestimmte Zwecke ist schliesslich ebenso die Verfügbarkeit komplementärer Handlungsressourcen (siehe Kapitel 4.4.5) relevant genauso wie die Wahrnehmung der entsprechenden Möglichkeiten durch die Akteure. Die Verfügbarkeit von Handlungsressourcen wird für bestimmte Akteure modifiziert z.B. durch die Bereitstellung oder Aufhebung von Sachgütern/Infrastruktur, durch die Formulierung entsprechender Zugangsrechte oder die Etablierung von Zugangserleichterungen/-erschwerungen oder mittels Implementierung/Aufhebung institutioneller Verhaltensvorschriften. Zudem kann es auch zu einer Modifikation verfügbarer Handlungsressourcen kommen aufgrund von vorliegenden Komplementaritäten. Verhaltensvorschriften oder die Lancierung neuer Technologien können etwa bewirken, dass für deren Beachtung/Nutzung Handlungsressourcen bei den verpflichteten bzw. nutzungswilligen Akteuren gebunden werden und nicht mehr für alternative Aktivitäten zur Verfügung stehen (z.B. teure Investitionen erforderlich sind, die finanzielle Mittel binden). Alternativ kann beispielsweise die öffentliche Bereitstellung gewisser Güter deren Kauf überflüssig machen und damit finanzielle Mittel für die ehemaligen Käufer(innen) freigeben. Mit der Modifikation von Handlungsressourcen durch politische Instrumenten können je nach Art der betroffenen Handlungsressourcen produktive Aktivitäten unterstützt oder behindert, die Attraktivität von Handlungsoptionen beeinflusst und die Einflussmöglichkeiten auf das Umsetzungspotenzial von Auszahlungsaspekten gefördert oder reduziert werden. Beispiele derartiger politischer Instrumente sind ordnungspolitische Instrumente wie Verbote von Aktivitäten oder Gebote zur Ausführung bestimmter Tätigkeiten, marktwirtschaftliche Instrumente wie Steuern oder Subventionen auf definierten Gütern und Dienstleistungen, die Lancierung von Infrastrukturmassnahmen, die Durchführung von Bildungsmassnahmen (Schulen, Universitäten, etc.) oder die Lancierung von Verhaltenskodizes (z.B. Kampagne mit der Aufforderung zum Recycling).

Die Einflusswirkungen, welche von neu (nicht mehr) verfügbaren Handlungsressourcen ausgehen, werden bestimmt durch die Art/Ausgestaltung der betroffenen Handlungsressourcen. Je nach Spezifizierung können Handlungsressourcen im Rahmen unterschiedlichster Aktivitäten zum Einsatz kommen oder aber sie finden nur für ganz bestimmte Tätigkeiten Verwendung. Geld ist ein Beispiel einer äusserst vielseitig verwendbaren Handlungsressource, die u.a. auch dazu dient, anderweitige Handlungsressourcen zu erwerben, die dann wiederum unterschiedlich einsetzbar sind. Auch allgemeines Humankapital wie die Kenntnis von (Fremd-)Sprachen ist

---

<sup>69</sup> Gebrauchsgüter müssen nicht zwingend Eigentum eines Nutzers sein. Darauf basiert auch die ganze Bewegung der *Sharing Economy*, die auf die geteilte Nutzung von Ressourcen absetzt. Auch Heck & Rogers (2014) verweisen im Rahmen der Diskussion um zukünftige Steigerungen der Ressourceneffizienz auf entsprechende Muster der Ressourcennutzung.

eine vielseitig einsetzbare Handlungsressource. Spezifische Handlungsressourcen sind im Gegensatz dazu z.B. betriebsinterne Kenntnisse, die einzig im Rahmen betriebsinterner Prozesse von Bedeutung sind. Durch die Modifikation der Handlungsressourcen von Akteuren wird somit die Ausübung von Aktivitäten (produktiver oder beeinflussender Art) tangiert. Jeder Handlungsressource können zudem je nach Akteur-Präferenzen Attraktivitätskomponenten für bestimmte Aktivitäten bzw. deren Ergebnisse inhärent sein.

#### *Einflussnahme auf Wahrnehmung*

Wahrnehmung beruht zu einem grossen Teil auf erworbenem Wissen und angeeigneten Kenntnissen auf der Basis verfügbarer Informationen (vgl. Kapitel 4.4.6). Entsprechend kann Wahrnehmung „durch Lernen oder Argumente verändert werden“ (Scharpf 2006: 86). Eine von aussen herbeigeführte Einwirkung auf die Wahrnehmung der Akteure ist somit über die Modifikation der Verfügbarkeit von Informationen möglich, welche neue Lernprozesse ermöglichen (oder bestehende Lernmöglichkeiten verunmöglichen) oder die Kenntnisnahme von Argumenten fördern (oder behindern).

Eine entsprechende Modifikation der Informationsverfügbarkeit stellt die Veränderung der Bedingungen für das eigenständige Generieren von Erkenntnissen dar (mittels Möglichkeiten der Aneignung von Erfahrungen, Möglichkeiten der Beobachtung, etc.). Ebenso bedeutet der Eingriff in den Zugang zu bereits aufbereiteten Informationen eine veränderte Informationsverfügbarkeit. Solche Modifikationen der Informationsverfügbarkeit lassen sich herbeiführen durch die Bereitstellung oder die Aufhebung von Informationsinhalten bzw. deren Informationsträger (z.B. Broschüren, Bücher, Websites, Datenbanken, Ausbildungsgänge, etc.). So können etwa in Form einer staatlichen Informationskampagne bestimmte Informationen via verschiedene Informationsträger wie Plakate und Fernsehen unter die Bevölkerung gebracht werden. Weiter kann der Zugang zu bestehenden Informationsträgern oder zu Informanten, Meinungsträgern erleichtert oder erschwert werden. Mittel zur Beeinflussung des Informationszugangs sind beispielsweise formale Zugangsberechtigungen, technische Hilfsmittel sowie Schulungen im Umgang mit denselben, Schulung im Umgang mit Daten, Lesehilfen, etc.

Verfügbare Information beeinflusst allerdings nur dann die Wahrnehmung, wenn sie von den Adressaten auch aufgenommen und kognitiv verarbeitet wird. Gerade bei routinierten Entscheidungsprozessen, die sich durch eine geringe kognitive Beteiligung auszeichnen,<sup>70</sup> ist die Wahl der Informationsübermittlung entscheidend, um tatsächlich Aufmerksamkeit zu erlangen und allfällige Verhaltensanpassungen erwirken zu können. Zudem können bestehendes Erfahrungswissen bzw. sonstige Überzeugungen eine grosse Beständigkeit aufweisen und Resistenzen gegenüber neuer Information bewirken. Diese wird dann entweder ignoriert, zu seinen Gunsten uminterpretiert oder als unzuverlässig taxiert (vgl. Kahneman et al. 1982). Demgegenüber kann sich eine Behinderung der Kenntnisnahme einer Information nur dann sicher auf die lange Frist auf Handlungsentscheide auswirken, wenn sich die Information den Akteuren nicht anderweitig erschliesst, etwa durch Lernprozesse im Rahmen wiederkehrender Handlungssituationen.

---

<sup>70</sup> Siehe unter vorhergehendem Kapitel 4.4.2 und Kapitel 4.4.6.

Wohin gehend der Einfluss politischer Instrumente mit potenziellen Auswirkungen auf Akteur-Wahrnehmungen zielt, ist abhängig von der Art der betroffenen Information(en). Politische Instrumente können etwa gezielt nur auf sehr spezifische Informationen ausgerichtet sein (z.B. Informationskampagne zur Schädlichkeit des Rauchens) oder aber ungerichtet eine Vielzahl von Informationen betreffen (z.B. freier Internetzugang in einem Stadtgebiet). Identische Informationen können zudem u.U. für gänzlich entgegengesetzte Verhaltensweisen dienen, beispielsweise zur Ausübung seriöser Tätigkeiten oder für kriminelle Machenschaften. Weiter können die betroffenen Informationen für die Akteure direkt verwertbar sein für ihre Handlungen oder sie bedürfen noch eines zusätzlichen Interpretationsschrittes (z.B. wenn aus beobachteten vergangenen Verhaltensmustern Schlüsse für zukünftige Ereignisse gezogen werden).

#### *Einflussnahme auf Präferenzen*

Analog zur Wahrnehmung sind auch Präferenzen durch „Lernen oder Argumente“ (Scharpf 2006: 86) beeinflussbar (vgl. Kapitel 4.4.7). Während bei der Wahrnehmung die Lernprozesse auch auf der Basis neutraler Informationen stattfinden, stützen sich Lernprozesse bezüglich Präferenzen auf normativ aufgeladene Informationen ab. Solche Informationen vermitteln den Akteuren Werthaltungen. Sie beinhalten direkt – unter Umständen unterstützt durch rationale Argumente – oder indirekt (via Suggestion) den Appell etwas wertzuschätzen, gutzuheissen, zu tolerieren, zu unterstützen, abzulehnen, zu missbilligen, etc. Modifikationen an der Verfügbarkeit werthaltiger Informationen durch politische Instrumente lassen sich analog jenen zur Wahrnehmung durchführen. So können werthaltige Informationsinhalte bzw. die entsprechenden Informationsträger bereitgestellt oder aufgehoben werden oder es kann der Zugang zu diesen Informationsträgern, der Zugang zu Informanten, Meinungsträgern oder zu Möglichkeiten der eigenständigen Erkenntnisgenerierung erleichtert oder erschwert werden. Entsprechende Informationsinhalte können dabei verbal (z.B. Werbeslogan) oder nonverbal (z.B. Werbebilder, Rollenmodelle), aufbereitet oder interpretationsbedürftig, etc. sein.

#### **4.5.4 Ansätze der Einflussnahme**

Im vorangegangenen Kapitel 4.5.3 wurden die verschiedenen Einflussarten politischer Instrumente auf die Einflussgrößen von Akteurhandlungen allgemein aufgezeigt. Dabei wurde unterschieden zwischen der Modifikation von Handlungsressourcen, von Grundlagen der Wahrnehmung und von Grundlagen der Präferenzen. Eine Beeinflussung von Akteurhandlungen zugunsten des Wunschergebnisses durch politische Instrumente bedient sich dabei dieser allgemeinen Einflussarten, wobei die Modifikation der Einflussgrößen gezielt auf die Erfolgsbedingungen zugunsten des Wunschergebnisses (siehe Kapitel 4.5.2) ausgerichtet ist. Wann eine erfolgsversprechende gezielte Beeinflussung vorliegt, besagen die ‚Ansätze der Einflussnahme‘ (siehe Abbildung 8). Die ‚Ansätze der Einflussnahme‘ zielen dabei auf die einzelnen Komponenten der Erfolgsbedingungen ab. Eine erfolgsversprechende Beeinflussung zeichnet sich dadurch aus, dass bei relevanten Akteuren bestimmte Einflussgrößen neu dem Wunschergebnis zudienen bzw. einer Verhinderung des Wunschergebnisses neu abträglich sind. D.h., die Einflussgrößen tragen zum Zutreffen der Erfolgsbedingungen zugunsten des Wunschergebnisses bei oder zum Nicht-Zutreffen der Erfolgsbedingungen zugunsten der Verfehlung des Wunschergebnisses. Die ‚Ansätze der Einflussnahme‘ unterscheiden sich nach Kategorien von Einflussgrößen einerseits und



der Wirkung auf die drei Erfolgsbedingungen andererseits. Trifft ein ‚Ansatz der Einflussnahme‘ auf ein politisches Instrument zu (Instrument weist Konformität mit einem der Ansätze auf), dann ist diesem Instrument grundsätzlich ein positiver Einfluss auf die Erzielung des Wunschergebnisses inhärent. Widerspricht dagegen ein politisches Instrument einem ‚Ansatz der Einflussnahme‘ (Instrument weist Non-Konformität auf), dann besteht grundsätzlich ein negativer Einfluss auf die Erzielung des Wunschergebnisses. Non-Konformität liegt vor, wenn die im Ansatz formulierte Bedingung auf die Verfehlung des Wunschergebnisses zutrifft anstelle des Wunschergebnisses. Folgend werden die ‚Ansätze der Einflussnahme‘ formuliert.

#### *Einflussnahme auf die erste Erfolgsbedingung*

Die Ansätze der Einflussnahme bezüglich der ersten Erfolgsbedingung sind darauf ausgerichtet, dass auf das Wunschergebnis hinführende Aktivitäten im Optionenraum relevanter Akteure enthalten sind, auf die Wunschergebnisverfehlung hinführende Aktivitäten hingegen aus dem Optionenraum ausgeschlossen sind. Eine entsprechende Einflussnahme kann mittels Modifikation von Handlungsressourcen, Wahrnehmung oder Präferenzen vonstattengehen (siehe Abbildung 9).

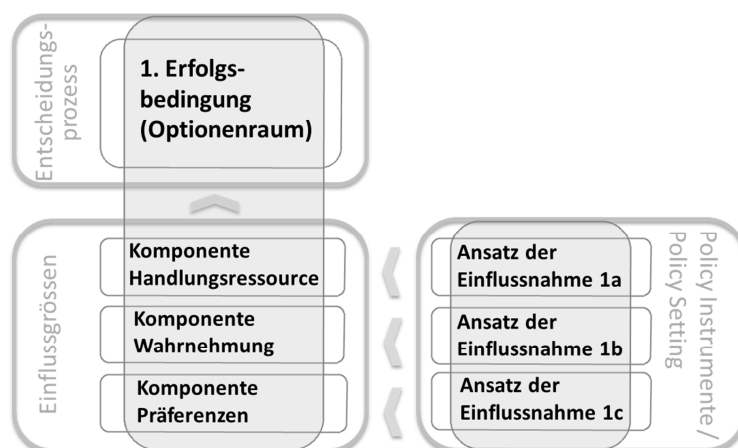


Abbildung 9: Einflussnahme auf die erste Erfolgsbedingung

Eine Modifikation an der Kategorie der Handlungsressourcen mittels politischer Instrumente kann vorgenommen werden durch Eingriffe in die Verfügbarkeit von Handlungsressourcen. Sei es direkt, indem Handlungsressourcen implementiert oder aufgehoben werden oder indirekt durch Veränderungen deren Zugänglichkeit oder Nutzbarkeit oder durch die Errichtung oder Aufhebung von Anforderungen, die Handlungsressourcen für bestimmte Zwecke binden (siehe Kapitel 4.5.3). Damit eine entsprechende Modifikation dem Wunschergebnis zudient, sollten vorgenommene Eingriffe die Verfügbarkeit von Handlungsressourcen unterstützen, die wesentlicher Bestandteil produktiver Aktivitäten von Akteuren zugunsten des Wunschergebnisses sind oder aber die produktive Aktivitäten behindern, die dem Wunschergebnis entgegenhandeln. Der Verfügbarkeit sollte dagegen entgegengewirkt werden für jene Handlungsressourcen, die im Gegenteil produktive Aktivitäten zugunsten des Wunschergebnisses behindern oder die dem Wunschergebnis entgegenhandelnde produktive Aktivitäten mitemöglichen.

Dies führt zu folgender Formulierung des entsprechenden Ansatzes der Einflussnahme:

- 1a) Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von Handlungsressourcen, die wesentlicher Bestandteil produktiver Aktivitäten zur Wunschergebniserzielung (-Verfehlung) sind oder die produktive Aktivitäten zur Wunschergebnisverfehlung (-Erzielung) behindern.

Nebst den Handlungsressourcen ist im Rahmen der ersten Erfolgsbedingung auch die Wahrnehmung relevant. Die Wahrnehmung der Akteure kann beeinflusst werden durch Eingriffe in die den Akteuren verfügbare Information, beispielsweise durch die Bereitstellung/Verbreitung oder Zensur von Information, durch die Förderung oder Unterbindung des Informationszugangs sowie die Unterstützung oder Behinderung von Lernprozessen (siehe Kapitel 4.5.3). Eine für das Wunschergebnis günstige Beeinflussung der Wahrnehmung bedeutet dabei die Förderung verfügbarer Information zu bestehenden Möglichkeiten produktiver Aktivitäten, die Bestandteil des Wunschergebnisses sind. Ebenso wirkt sich Information vorteilhaft aus, welche auf Faktoren hinweist, die produktive Aktivitäten unterbinden, die dem Wunschergebnis entgegenhandeln. Weiter kann die Behinderung der Verfügbarkeit von Information zu bestehenden Möglichkeiten für produktive Aktivitäten, die dem Wunschergebnis entgegenhandeln, einen positiven Einfluss auf die Erzielung des Wunschergebnisses ausüben. Wirkung zeigen kann ebenso die Eindämmung von (Des-)Information zu Faktoren, die produktive Aktivitäten zur Wunschergebniserzielung als ausgeschlossen aufzeigen. Dies trifft zu für jene Fälle, in denen die entsprechende Information unsachlich ist oder sich auf Verhaltensvorschriften bezieht, die Aktivitäten nur dann faktisch verhindern können, wenn die Vorschriften auch wahrgenommen werden.

Der zugehörige Ansatz der Einflussnahme lässt sich anhand der Ausführungen wie folgt formulieren:

- 1b) Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von Information, die auf bestehende Möglichkeiten für auf das Wunschergebnis (die Wunschergebnisverfehlung) hinführende produktive Aktivitäten hinweist oder die auf die Wunschergebnisverfehlung (das Wunschergebnis) hinführende produktive Aktivitäten als ausgeschlossen bekundet (obwohl dies nicht zwingend zutrifft).

Schliesslich kann auch die Modifikation von Präferenzen einen günstigen Einfluss auf einen Wunschergebnis-freundlichen Optionenraum ausüben. Dies ist dann der Fall, wenn normative Information verfügbar gemacht wird, welche eine verbindliche Einschränkung von das Wunschergebnis verhindernden produktiven Aktivitäten rechtfertigt, verbindliche Einschränkungen von auf das Wunschergebnis hinzielenden produktiven Aktivitäten dagegen aberkennen. Die gleiche Wirkung hat demnach die Unterbindung normativer Information, die gegenteilige Werte transferiert und die Legitimität derartiger Einschränkungen beanstandet bzw. anerkennt. Mit Massnahmen zur Ausweitung oder Einschränkung der Verfügbarkeit entsprechender Informationen können politische Instrumente in positiver oder negativer Weise Einfluss nehmen auf die Wunschergebniserzielung.

Zusammenfassend lässt sich daraus folgender Ansatz der Einflussnahme formulieren:

- 1c) Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von werthaltiger Information, die befürwortende Meinungen, Einschätzungen, Appelle, etc. wiedergibt zur Illegitimi-

tät verbindlicher institutionell definierter Ausschlüsse von produktiven Aktivitäten der Wunschergebniserzielung (-Verfehlung) oder zur Legitimität verbindlicher Ausschlüsse von produktiven Aktivitäten der Wunschergebnisverfehlung (-Erzielung).

#### *Einflussnahme auf die zweite Erfolgsbedingung*

Ziel der Einflussnahme politischer Instrumente betreffend die zweite Erfolgsbedingung ist die relative Attraktivitätssteigerung von zielführenden (auf das Wunschergebnis hinzielenden) Handlungsoptionen gegenüber nicht-zielführenden Handlungsoptionen. Dies kann mittels einer Einflussnahme auf Handlungsressourcen, Wahrnehmung oder Präferenzen geschehen (siehe Abbildung 10).

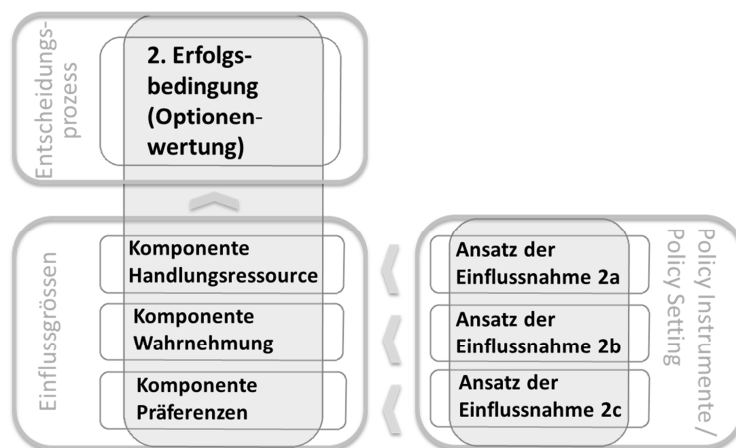


Abbildung 10: Einflussnahme auf die zweite Erfolgsbedingung

Mittels Unterstützung der Verfügbarkeit von Handlungsressourcen, die zielführenden Handlungsoptionen positive bzw. akzeptanzförderliche Attraktivitätskomponenten hinzufügen, kann der zweiten Erfolgsbedingung zugeeignet werden. Denselben Effekt hat die Behinderung der Verfügbarkeit von Handlungsressourcen, die für negative bzw. akzeptanzhinderliche Attraktivitätskomponenten zielführender Optionen stehen. Entsprechend gegenteilig sollte mit Handlungsressourcen umgegangen werden, die attraktivitäts-/akzeptanzförderlich sind für eine Verfehlung des Wunschergebnisses. Zur Beurteilung der Attraktivität müssen dabei die Präferenzen der angesprochenen Zielgruppen (Akteure) berücksichtigt werden.

Der Ansatz der Einflussnahme bezüglich attraktivitätsrelevanter Handlungsressourcen lautet demnach wie folgt:

- 2a) Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von Handlungsressourcen, die (nicht-) zielführende Handlungsoptionen mit positiven/akzeptanzförderlichen Attraktivitätselementen versehen oder die nicht-zielführende (zielführende) Handlungsoptionen mit negativen/akzeptanzhinderlichen Attraktivitätselementen versehen.

Auch Wahrnehmung spielt eine Rolle im Rahmen der zweiten Erfolgsbedingung. Eine entsprechende Einflussnahme politischer Instrumente zugunsten des Wunschergebnisses mittels Beeinflussung der Wahrnehmung liegt vor, wenn diese zur Verfügbarkeit beitragen von Informationen zu vorteilhaften Attraktivitätsmomenten zielführender Handlungsoptionen bzw. zu vorteil-

haften Ergebnissen im Rahmen dieser Optionen. Ebenfalls positiv kann sich die Verfügbarkeit von Information auswirken, die negative Attraktivitätskomponenten von nicht-zielführenden Handlungsoptionen bzw. allfällige unvorteilhafte Ergebnisse, die mit diesen Optionen resultieren können, bekanntgibt. Demgegenüber können auch Instrumente, die unterbindend auf die Verfügbarkeit von Information wirken, einen günstigen Einfluss auf die Wunschergebniserzielung ausüben, falls davon Inhalte betroffen sind, die auf jeweils gegenteilige Attraktivitätsaspekte aufmerksam machen.

Der entsprechende Ansatz der Einflussnahme lautet daher wie folgt:

- 2b) Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von Information, die auf vorteilhafte Attraktivitätselemente (nicht-) zielführender Handlungsoptionen bzw. möglicher Ergebnisse dieser Optionen hinweist oder die auf unvorteilhafte Attraktivitätselemente nicht-zielführender (zielführender) Handlungsoptionen bzw. möglicher Ergebnisse dieser Optionen hinweist.

Schliesslich können Informationen nicht nur neutral über für Akteure attraktive oder unattraktive Möglichkeiten informieren, sondern sie können auch Werte transferieren. Damit nehmen sie Einfluss auf die Akteur-Präferenzen. Dabei bedienen jene politischen Instrumente die zweite Erfolgsbedingung hinsichtlich des Wunschergebnisses, die der Verfügbarkeit von werthaltiger Information zudienen, welche das Wunschergebnis bzw. darauf hinzielende Aktivitäten mit deren Wirkungen positiv wertet und entsprechend eine Verfehlung des Wunschergebnisses bzw. darauf hinzielende Aktivitäten mit deren Wirkungen als schlecht beurteilt. Einen analogen Effekt hat die Behinderung der Verfügbarkeit von normativer Information, die genau gegenteilige Werthaltungen propagiert.

Folgender Ansatz der Einflussnahme führt die aufgezeigten Punkte aus:

- 2c) Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von werthaltiger Information, die befürwortende Meinungen, Einschätzungen, Appelle, etc. wiedergibt zur Vorteilhaftigkeit des Wunschergebnisses (der Wunschergebnisverfehlung) und darauf hinführender Aktivitäten mit deren Wirkungen oder zur Unvorteilhaftigkeit der Wunschergebnisverfehlung (des Wunschergebnisses) und darauf hinführender Aktivitäten mit deren Wirkungen.

### *Einflussnahme auf die dritte Erfolgsbedingung*

Die Ansätze der Einflussnahme, die sich auf die dritte Erfolgsbedingung richten, zielen darauf ab, dass zugunsten des Wunschergebnisses handlungstreibende Auszahlungen ihre Wirkung entfalten können angesichts bestehender vermuteter Risikofaktoren bzw. dass das Wunschergebnis nicht durch vermeidbare Risiken gefährdet wird. Dazu kann eine Modifikation von Handlungsressourcen (Einflussmittel) dienen genauso wie von Wahrnehmung oder von Präferenzen (siehe Abbildung 11).

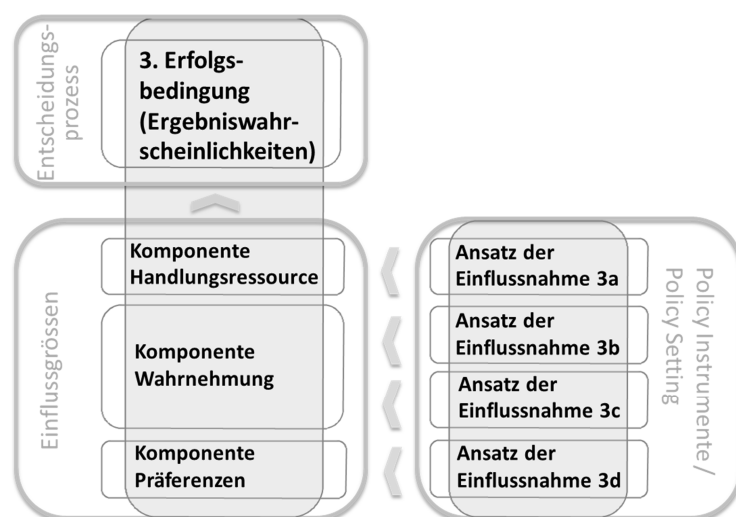


Abbildung 11: Einflussnahme auf die dritte Erfolgsbedingung

Eine Einflussnahme zugunsten des Wunschergebnisses ist möglich mittels Förderung der Verfügbarkeit von Handlungsressourcen, die zur Durchsetzung des Wunschergebnisses und damit einhergehender attraktiver Auszahlungen angesichts von Risikofaktoren verhelfen, indem sie Akteure ermächtigen, auf das Verhalten Mitbeteiligter entsprechenden Einfluss auszuüben, oder indem sie das Wunschergebnis und die attraktiven Auszahlungen vor sich ereignenden destruktiven Einflüssen schützen. Dagegen sollten verfügbare Handlungsressourcen einer Ermächtigung zur Durchsetzung der Wunschergebnisverfehlung und damit einhergehender attraktiver Auszahlungen entgegenwirken. Der Wunschergebniserzielung zuträglich ist zudem die Behinderung der Verfügbarkeit von gegenteilig wirksamen Handlungsressourcen. Also Handlungsressourcen, die zur Durchsetzung bzw. zum Schutz der Wunschergebnisverfehlung und darauf hinwirkender Auszahlungen verhelfen.

Dies führt zu folgender Formulierung des entsprechenden Ansatzes der Einflussnahme:

- 3a) Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von Handlungsressourcen, die Akteure zur Einflussnahme ermächtigen zur Durchsetzung von Handlungsoptionen, die auf das Wunschergebnis (die Wunschergebnisverfehlung) mit zugehöriger attraktiver Auszahlung hinführen oder die Einflussnahmen von Akteuren zur Durchsetzung von Handlungsoptionen, die auf die Wunschergebnisverfehlung (das Wunschergebnis) mit zugehöriger attraktiver Auszahlung hinführen, verhindern.

Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von Handlungsressourcen, die das Wunschergebnis (die Wunschergebnisverfehlung) mit zugehöriger attraktiver Auszahlung vor den Auswirkungen sich ereignender destruktiver Einflüsse schützen oder die die Wunschergebnisverfehlung (das Wunschergebnis) mit zugehöriger attraktiver Auszahlung den Auswirkungen sich ereignender destruktiver Einflüsse preisgeben.

Neben Handlungsressourcen kann auch eine Modifikation der Wahrnehmung mittels Förderung der Informationsverfügbarkeit die Wahlwahrscheinlichkeit von zielführenden Handlungsoptionen positiv beeinflussen. Verfügbarkeit von Information ist dann von Vorteil, wenn die Information dazu beiträgt, das (vermutete) Umsetzungsdefizit des Wunschergebnisses und einer damit einhergehenden attraktiven Auszahlung zu reduzieren. Ebenso günstig auf das Wunscher-

gebnis wirkt sich aus, wenn aufgrund der Information die Umsetzungswahrscheinlichkeit einer möglichen unattraktiven Auszahlung im Falle der Wahl einer nicht-zielführenden Option als wahrscheinlicher eingeschätzt wird. Weiter kann Information dazu verhelfen, effektiv bestehende Umsetzungsdefizite bezüglich substanzieller Wunschergebnisaspekte auszuräumen, was wiederum der Wunschergebniserzielung zuträglich ist. Dies ist der Fall, wenn über Verfehlungswahrscheinlichkeiten informiert wird – etwa durch Hinweise zur Antizipation von Akteur-Verhalten und systemischen Risikoereignissen – sowie über Möglichkeiten, die zugrundeliegenden Risiken auszuräumen bzw. Unabhängigkeit von diesen Risiken zu schaffen. Eine ungenügende Informationsverfügbarkeit kann zudem Auslöser eines vermuteten (befürchteten oder erhofften) Umsetzungsdefizits sein. Informationen können demnach auch in einem solchen Fall Gegensteuer geben. Ein befürchtetes Umsetzungsdefizit attraktiver, mit dem Wunschergebnis einhergehender Auszahlungen wird reduziert durch Hinweise auf Eintretenswahrscheinlichkeiten von Verfehlungsrisiken dieser Auszahlung, falls dadurch die Anwendung geeigneter Massnahmen der Risikoreduzierung möglich wird oder falls sich die Befürchtung als ungerechtfertigt erweist. Auch Informationen zu bestehenden Möglichkeiten der entsprechenden Risikoreduktion tragen somit zur Reduktion des Umsetzungsdefizits bei. Ein erhofftes Umsetzungsdefizit unattraktiver, mit der Verfehlung des Wunschergebnisses einhergehender Auszahlungen wird reduziert durch Informationsverfügbarkeit zu bestehenden Faktoren, welche die unvorteilhafte Auszahlung wahrscheinlich werden lassen, und zur Abwesenheit von Möglichkeiten, welche die unvorteilhaften Auszahlungen abwenden helfen. Die Beihilfe zur Verfügbarkeit von Information kann demnach die Wahlwahrscheinlichkeit zielführender Handlungsoptionen stärken, wenn damit geeignete Informationsinhalte transferiert werden. Ungünstige Informationsinhalte können dagegen erwünschte Wahlentscheidungen torpedieren. Dann ermöglicht eine Behinderung der Informationsverfügbarkeit Gegensteuer. Ein entsprechender Fall liegt vor bei Informationen, die die vermuteten Umsetzungsdefizite von attraktiven Auszahlungen im Rahmen zielführender Optionen oder von unattraktiven Auszahlungen im Rahmen nicht-zielführender Optionen erhöhen.

Die vorangegangenen Ausführungen lassen sich in folgendem Ansatz der Einflussnahme festhalten:

- 3b) Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von Information, die Hinweise liefert zur Antizipation von Akteur-Verhalten und systemischen Risikoereignissen sowie zu Möglichkeiten/Hindernissen der Sicherstellung des Wunschergebnisses/der Wunschergebnisverfehlung mit zugehöriger attraktiver Auszahlung, insofern die Information dazu beiträgt, das vermutete bzw. effektive Umsetzungsdefizit des Wunschergebnisses (der Wunschergebnisverfehlung) mit zugehöriger attraktiver Auszahlung zu reduzieren oder die vermutete Umsetzungswahrscheinlichkeit einer unattraktiven Auszahlung der Wunschergebnisverfehlung (des Wunschergebnisses) zu erhöhen.

Die Wahrscheinlichkeit der Wahl zielführender Handlungsoptionen wird ebenfalls beeinflusst durch die Möglichkeit des Informationszugangs zu ausgeführtem Akteurverhalten (Beobachtbarkeit). Eine Verbesserung der Beobachtbarkeit durch verbesserte Informationsverfügbarkeit ist dann günstig für ein Wunschergebnis, wenn die Information dazu dient, Aktivitäten zuguns-

ten des Wunschergebnisses und damit einhergehender attraktiver Auszahlungen zu honorieren bzw. Aktivitäten zu sanktionieren oder zu verhindern, die auf die Wunschergebnisverfehlung hinzielen. Bestehen demgegenüber Bestrebungen, erstere Aktivitäten zu sanktionieren oder zu verhindern und Letztere zu belohnen, kann eine Behinderung der Beobachtbarkeit die Umsetzbarkeit der Bestrebungen erschweren und damit Wunschergebnis-konforme Verhaltensweisen schützen.

- 3c) Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Beobachtbarkeit von Akteurverhalten zur Anwendung von belohnenden bzw. sanktionierenden/verhindernden Massnahmen bei Aktivitäten, die auf das Wunschergebnis bzw. die Wunschergebnisverfehlung (die Wunschergebnisverfehlung bzw. das Wunschergebnis) mit zugehöriger attraktiver Auszahlung hinführen.

Schliesslich kann sich auch eine Beeinflussung der Risikoakzeptanz darauf auswirken, ob handlungstreibende Auszahlungen zugunsten des Wunschergebnisses ihre Wirkung entfalten und ob im Endeffekt tatsächlich für die Wunschergebniserzielung geeignete Handlungsoptionen ergriffen werden. Die Wahl geeigneter Optionen wird gefördert durch die Verfügbarkeit von normativer Information, die Risiken als unvertretbar wertet, welche die Wunschergebniserzielung in ihrer Substanz gefährden und im Falle des Eintreffens irreversibel sind, es sei denn, die Risiken sind inhärenter Bestandteil zielführender Strategien. In diesem Fall sollten die Risiken als vertretbar propagiert werden. Ebenso förderlich für die Wahl wunschergebniskonformer Optionen ist verfügbare normative Information, die Risikofreudigkeit gutheisst bezüglich des Verfehlungsrisikos von mit dem Wunschergebnis einhergehen vorteilhaften Auszahlungen, ohne dass das Risiko das Wunschergebnis in seiner Substanz tangiert. Dagegen sollte verfügbare Information den Respekt fördern vor allfälligen unvorteilhaften Auszahlungen, die mit non-konformen Optionen einhergehen. Politische Instrumente, welche die Verfügbarkeit entsprechender Information unterstützen, üben demnach einen förderlichen Effekt auf die Wunschergebniserzielung aus. Förderlich für erwünschte Wahlentscheidungen kann ausserdem die Behinderung der Verfügbarkeit von normativer Information sein, die gegenteilige Ausrichtungen der Risikoakzeptanz propagiert, die zur leichtfertigen Gefährdung der Wunschergebniserzielung führt bzw. die für die Wahl von nicht-zielführenden Strategieoptionen spricht.

Dies führt zu folgendem erfolgsversprechendem Ansatz der Einflussnahme in Bezug auf Risikoakzeptanz:

- 3d) Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von werthaltiger Information, die befürwortende Meinungen, Einschätzungen, Appelle, etc. wiedergibt zur Unvertretbarkeit (Akzeptanz) von Risiken, welche das Wunschergebnis substanziell gefährden, insoweit Risikofaktoren nicht inhärenter Bestandteil von zielführenden Strategieoptionen sind, oder zur Akzeptanz (Unvertretbarkeit) von Risiken, die inhärenter, unvermeidlicher Bestandteil von zielführenden Strategieoptionen sind.

Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von werthaltiger Information, die befürwortende Meinungen, Einschätzungen, Appelle, etc. wiedergibt zur Akzeptanz (Unvertretbarkeit) von Risiken, die mit dem Wunschergebnis einhergehende vorteilhafte Auszahlungen gefährden, ohne das Wunschergebnis substanziell zu tangieren, oder

zur Unzulänglichkeit (Hinlänglichkeit) der Wahrscheinlichkeit, dass mit der Wunschergebnisverfehlung einhergehende unvorteilhafte Auszahlungen nicht umgesetzt werden.

In den vorangegangenen Ausführungen wurden zehn verschiedene Ansätze der Einflussnahme zugunsten eines politischen Wunschergebnisses ausgewiesen. Die Ansätze der Einflussnahme beschreiben dabei vorteilhafte Einflüsse auf das Vorliegen der Erfolgsbedingungen zugunsten eines Wunschergebnisses (siehe Kapitel 4.5.2). Entspricht ein politisches Instrument einem dieser Ansätze, kann grundsätzlich von einer positiven Einflussnahme zugunsten des Wunschergebnisses ausgegangen werden. Allerdings reicht dies nicht aus zur Bejahung der Wirksamkeit des entsprechenden Instruments. Eine Wunschergebnis-Erzielung wird dann wahrscheinlich, wenn die drei Erfolgsbedingungen hinsichtlich des Wunschergebnisses zutreffen. Da die Wirkung politischer Instrumente in der Regel einzig einzelne Aspekte von Erfolgsbedingungen betrifft, erfordert dies, dass die anderweitigen Aspekte der Erfolgsbedingungen ebenfalls korrespondieren und die gesamthafte Wirkung schliesslich auf das politische Wunschergebnis hinzielt. Steht den Akteuren z.B. aufgrund einer politischen Intervention eine für die Wunschergebniserzielung notwendige Handlungsressource neu zur Verfügung, sollten den Akteuren ebenso die notwendigen Komplementärgüter verfügbar sein und die neue Möglichkeit muss bekannt sein. Zudem sollte die entsprechende Strategieoption attraktiv sein. Trifft dies nicht zu, verfehlt die politische Intervention ihre Wirkung. Ebenso besteht die Möglichkeit, dass sich die Einflusswirkung eines politischen Instruments im Kontext der Erfolgsbedingungen als überflüssig erweist. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn den Akteuren bereits gleichwertige Substitute zu den mittels politischer Intervention zur Verfügung gestellten Handlungsressourcen verfügbar sind. Dies trifft ebenso zu, wenn Informationskampagnen den Akteuren bereits bekannte Fakten vermitteln oder Subventionen für Investitionen gewährt werden, die bereits ohne die finanziellen Zuwendungen für die Akteure lukrativ zu tätigen sind (Mitnahmeeffekt). Um demnach das tatsächliche Wirkungspotenzial von politischen Instrumenten überprüfen zu können, hat eine Überprüfung und Gegenüberstellung der Erfolgsbedingungen zur Wunschergebniserzielung mit sowie ohne Berücksichtigung des Einflusses des politischen Instruments zu erfolgen.

Im vorliegenden Kapitel wurden die Grundlagen gelegt zur Überprüfung der Wirksamkeit von *policy*-Instrumenten auf politisch erwünschte Ergebnisse. Wie eine entsprechende Wirksamkeitsanalyse genau aussehen kann, wird im folgenden Kapitel aufgezeigt. Als politisch erwünschte Ergebnisgrösse fungieren dabei die Nachhaltigkeitsziele aus Kapitel 3.



## 5 Nachhaltigkeitspotenzial politischer Instrumente

Mit dem in Kapitel 3 entwickelten Nachhaltigkeitszielsystem und dem Instrumentarium aus dem allgemeinen Handlungsmodell aus Kapitel 4 bestehen nun die Grundlagen, um Potenzial-Einschätzungen von *policy*-Instrumenten zur Lenkung von Handlungen in Richtung Nachhaltigkeit vornehmen zu können. Während die Nachhaltigkeitsziele von Kapitel 3 die Zielgrösse darstellen, woraufhin politische Interventionen überprüft werden sollen, bildet das Instrumentarium von Kapitel 4 das Gerüst, an dem sich die Ausführung der entsprechenden Prüfung orientiert. Ziel des vorliegenden Kapitels 5 ist es aufzuzeigen, wie anhand dieser Bausteine eine Einschätzung des Nachhaltigkeitspotenzials vorgenommen werden kann.

In Kapitel 5.1 wird aufgezeigt, wie die Integration von Nachhaltigkeitszielen in das allgemeine Handlungsmodell auf genereller Ebene aussehen kann. Da Ergebnisse im allgemeinen Handlungsmodell spezifische Handlungssituationen abbilden, die Nachhaltigkeitsziele sich dagegen auf eine aggregierte Ebene beziehen, wird ein Übersetzungsschritt notwendig. Diese Übersetzungsleistung erfolgt in Kapitel 5.2. Dort wird ausgehend von den formulierten Nachhaltigkeitszielen diskutiert, durch welche Merkmale sich Ergebnisse von Handlungssituationen auszeichnen um diesen Zielen zuträglich oder aber abträglich zu sein. Mit diesem Übersetzungsschritt liegen die Voraussetzungen für die eigentliche Einschätzung des Nachhaltigkeitspotenzials von *policy*-Instrumenten vor. Welche Analyseschritte notwendig sind, um diese Einschätzung vornehmen zu können, wird in Kapitel 5.3 beschrieben. Basis dazu bildet das allgemeine Handlungsmodell aus Kapitel 4.

### 5.1 Abbildung der Nachhaltigkeitsziele im allgemeinen Handlungsmodell

Das in Kapitel 4 entwickelte allgemeine Handlungsmodell beschreibt den Entscheidungsprozess in einer Handlungssituation mit den zugehörigen Einflussgrössen. Daraus wurden Erfolgsbedingungen abgeleitet für die Erzielung eines Wunschergebnisses sowie darauf abstützend Ansätze der Einflussnahme zugunsten eines Wunschergebnisses formuliert. Mit diesem Instrumentarium lässt sich die potenzielle Wirksamkeit politischer Instrumente hinsichtlich einer politischen Zielsetzung prüfen. Bisher wurde von dieser Zielsetzung stets nur pauschal als politisch erwünschtes/anvisiertes Ergebnis oder Wunschergebnis gesprochen. Mit der Integration von Nachhaltigkeitszielen in das Handlungsmodell wird die Ergebniskomponente nun konkretisiert. Erwünscht ist demnach ein Ergebnis, dass mit den Nachhaltigkeitszielen aus Kapitel 3 – Gewährleistung der Grundversorgung, Gewährleistung elementarer gesellschaftlicher Rechte, Bewahrung notwendiger Kapitalien und Bewahrung gesellschaftsrelevanter Werte – kompatibel ist. Die Nachhaltigkeitsziele formulieren allerdings Anforderungen auf einer aggregierten Ebene. Die Ergebnisse im Rahmen des allgemeinen Handlungsmodells bilden dagegen die Ebene einzelner Akteure ab. Die Nachhaltigkeit gesellschaftlicher Entwicklungen lässt sich erst als Resultat der Vielzahl von Einzelhandlungen beurteilen. Ein Ergebnis aus einer Handlungssituation im allgemeinen Handlungsmodell kann daher nur einen Beitrag zum aggregierten Ergebnis leisten, nicht aber für sich alleine genommen Nachhaltigkeit erwirken. Entsprechend wird im Folgen-

den von Ergebnissen gesprochen, die einen Nachhaltigkeits*beitrag* beinhalten. Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeiträgen können dabei den Nachhaltigkeitszielen nicht nur zudienend sein – also einen positiven Beitrag leisten – sondern ebenfalls den Nachhaltigkeitszielen entgegenlaufen – und damit einen negativen Nachhaltigkeitsbeitrag leisten. Abbildung 12 zeigt einen entsprechenden Handlungsstrang auf.

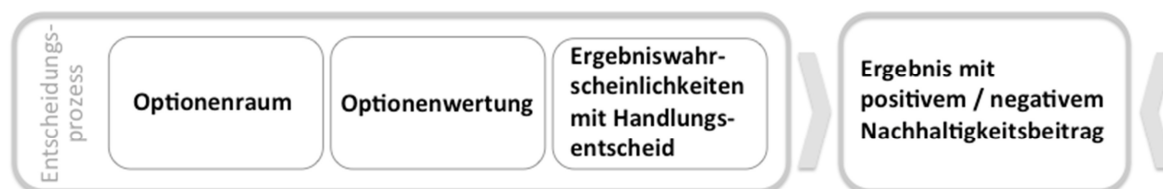


Abbildung 12: Handeln mit Nachhaltigkeitsimplikationen im allgemeinen Handlungsmodell

Abbildung 12 zeigt eine Handlung, die in ein Ergebnis mit positivem oder negativem Nachhaltigkeitsbeitrag mündet. Die Handlung umfasst dabei den Entscheidungsprozess mit der anschließenden Ausführung der gewählten Handlungsoption, die zum Ergebnis führt (siehe Kapitel 4.4). Elemente des Entscheidungsprozesses sind der vorhandene Optionenraum (Entscheidungsraum), die Wertung der vorliegenden Optionen mit deren möglichen Ergebnissen sowie die Einschätzung der Wahrscheinlichkeiten für die Erzielung der möglichen Ergebnisse und der darauf basierende eigentliche Wahlentscheid. Ob Ergebnisse mit positivem oder negativem Nachhaltigkeitsbeitrag resultieren, wird demnach bestimmt durch die Verfügbarkeit von Handlungsoptionen mit potenziell positiven oder negativen Nachhaltigkeitsimplikationen, der Bewertung entsprechender Optionen und des Wahlentscheides zugunsten oder zuungunsten einzelner Optionen mit anschließender Ausführung der gewählten Option.

Die einzelnen Komponenten des Entscheidungsprozesses sind dabei Einflussgrößen unterworfen. Die Einflussgrößen können je nach Ausgestaltung zugunsten oder zuungunsten einzelner Strategieoptionen ausfallen (Einflussgrößen können auch gar keinen Einfluss auf eine bestimmte Option ausüben). Einzelne Einflussgrößen können dagegen selten alleinig den Wahlentscheid zugunsten einer Option bestimmen. Stattdessen wirken verschiedenste Einflussgrößen zusammen. Wann ein solches Zusammenwirken die Erzielung eines bestimmten Ergebnisses begünstigt, besagen die Erfolgsbedingungen (siehe Kapitel 4.5.2). Je nachdem wie in einem konkreten Fall die Einflussgrößen ausgestaltet sind, sind die Erfolgsbedingungen in nachhaltigkeitsrelevanten Handlungssituationen zugunsten von Ergebnissen mit positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen erfüllt oder aber dasselbe trifft auf alternative Ergebnisse zu, die negative Nachhaltigkeitsbeiträge beinhalten. Die Ausgestaltung der Einflussgrößen kann dabei durch politische Instrumente modifiziert werden. Die Modifikationen können dazu führen, dass Erfolgsbedingungen zugunsten von Ergebnissen mit positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen neu erfüllt oder neu nicht mehr erfüllt werden. In einem solchen Fall sind die politischen Instrumente nachhaltigkeitswirksam bzw. beinhalten Nachhaltigkeitspotenzial. Eine allfällige Nachhaltigkeitswirksamkeit von politischen Instrumenten kann anhand der Ansätze der Einflussnahme zugunsten eines Wunschergebnisses ausgemacht werden (siehe Kapitel 4.5.4). Politische Instrumente, die einem Ansatz der Einflussnahme hinsichtlich Ergebnisse mit positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen entsprechen, üben einen Einfluss aus, der der entsprechenden Ergebniserzielung zugutekommt. Stehen die

Instrumente dagegen im Widerspruch zu Ansätzen der Einflussnahme zugunsten von Ergebnissen mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag, dann wirken sie tendenziell begünstigend auf die Erzielung von Ergebnissen mit negativem Nachhaltigkeitsbeitrag. Die Zusammenhänge zwischen *policy*-Instrumenten, Ansätzen der Einflussnahme zugunsten oder zuungunsten von Ergebnissen mit positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen und den Erfolgsbedingungen zugunsten oder zuungunsten entsprechender Ergebnisse sind in Abbildung 13 aufgezeigt.

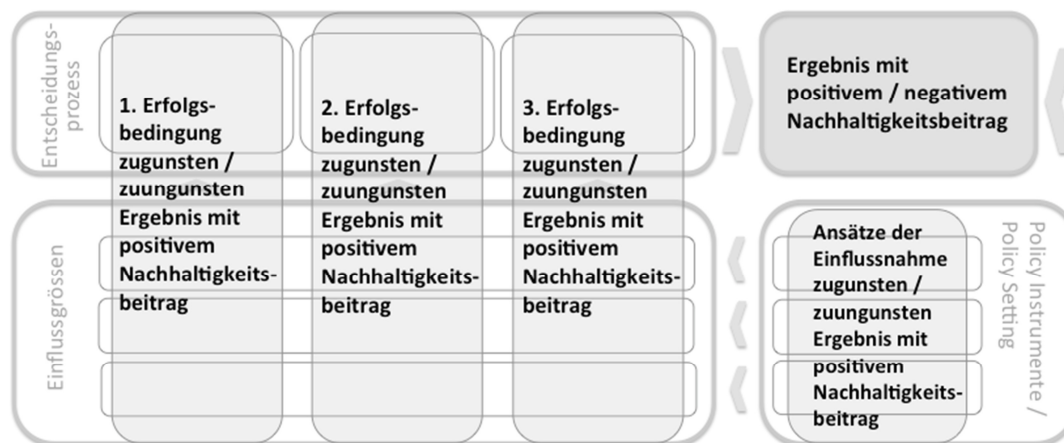


Abbildung 13: Politische Einflussnahme auf Handlungsentscheidungen mit Nachhaltigkeitsimplikationen

Ist die Erzielung von Nachhaltigkeit erklärtes Ziel, sollten die politischen Instrumente gemäss den Ansätzen der Einflussnahme zugunsten von Ergebnissen mit positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen ausgestaltet sein. Damit erhöht sich die Wahrscheinlichkeit der Realisierung entsprechender Ergebnisse. Die folgenden Kapitel 5.2 und 5.3 gehen der Frage nach, wodurch sich Ergebnisse auszeichnen, die einen positiven oder negativen Nachhaltigkeitsbeitrag leisten und wie die Nachhaltigkeitswirksamkeit bzw. das Nachhaltigkeitspotenzial von politischen Instrumenten eingeschätzt werden kann.

## 5.2 Nachhaltigkeitsimplikationen von Zielbeiträgen

Nachhaltigkeit ist ein Ergebnis auf aggregierter Ebene, das erst durch das Zusammenwirken vieler Einzelhandlungen erzielt wird. So ist die Sicherstellung der Grundversorgung der Weltbevölkerung auf unzählige Akteure verteilt. Ebenso ist die Bewahrung notwendiger Kapitalien vom ressourcenschonenden Verhalten vieler Einzelakteure abhängig. Einzelne individuelle oder aggregierte Akteure können stets nur Beiträge zu Teilzielen leisten, z.B. zur Grundversorgung einer einzelnen Person oder zum Erhalt eines bestimmten notwendigen Kapitals. Die Beiträge der einzelnen Akteure können dabei stark variieren. Unterschiedliche Akteure leisten verschieden grosse Beiträge zu unterschiedlichen Teilzielen. In einer arbeitsteiligen Wirtschaft sind diese Unterschiede besonders ausgeprägt. Wie sich die relativ abstrakten vier Nachhaltigkeitsziele auf die Ebene von Akteurhandlungen – Einzelpersonen wie auch komplexe Akteure (vgl. Kapitel 4.3.3) – herunterbrechen lassen, wird im Folgenden diskutiert. Dabei wird zwischen Ergebnissen mit positiven (konstruktiven) und solchen mit negativen (destruktiven) Zielbeiträgen unterschieden, die sich in entsprechenden Handlungssituationen als Gegenpole gegenüberstehen.

### 5.2.1 Begriffsdefinition Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag

Die (aggregierten) Nachhaltigkeitsziele sind für die Handlungsentscheide der Akteure in der Regel nicht von Bedeutung. Akteure orientieren sich in ihren Abwägungen vielmehr an potenziellen Handlungsergebnissen, die sie persönlich betreffen. Über die Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung bestimmt das Aggregat dieser akteurbezogenen Handlungsergebnisse. Einzelne dieser Handlungsergebnisse stehen demnach in einem Bezug zur Nachhaltigkeitszielsetzung. Es sind dies Ergebnisse, die entweder einen Beitrag zur Zielerreichung leisten oder aber zur Zielverfehlung. Im Folgenden wird von ersteren Ergebnissen als Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag gesprochen und von Letzteren als Ergebnisse mit negativem Nachhaltigkeitsbeitrag. Möglicherweise leisten einzelne Ergebnisse sowohl Beiträge zur Zielerreichung wie auch zur Zielverfehlung (z.B. bei vorliegenden Zielkonflikten). Dann liegt eine Ambivalenz der Nachhaltigkeitsbeiträge vor.

### 5.2.2 Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeiträgen je Nachhaltigkeitsziel

Ergebnisse von Akteurhandlungen können Beiträge zur Erreichung der aggregierten Nachhaltigkeitsziele leisten. Durch welche Inhalte sich derartige Zielbeiträge auszeichnen können, wird im Folgenden für die vier Nachhaltigkeitsziele diskutiert.

#### *Gewährleistung der Grundversorgung und Gesundheitsschutz*

Das erste aggregierte Nachhaltigkeitsziel ist eine gewährleistete Grundversorgung sowie der Schutz der Gesundheit für die Gesamtheit der gegenwärtig lebenden Personen. Dieses Ziel stellt die Aggregation der gewährleisteten Grundversorgung und des Gesundheitsschutzes von Einzelpersonen dar. Die Grundversorgung einer Person beinhaltet wiederum verschiedene Aspekte. Im Kapitel 3.4.3 werden die Befriedigung essenzieller Bedürfnisse (Nahrung, Unterkunft, Gesundheitsversorgung, etc.) sowie der Schutz der physischen und psychischen Integrität dazugezählt. Das aggregierte Ziel lässt sich entsprechend in Teilziele bzw. Zielbeiträge unterteilen, die Einzelaspekte der Grundversorgung einzelner Personen umfassen.

Aspekte gewährleisteter Grundversorgung stellen einerseits Ergebnisse dar, die von der Ausübung grundversorgender Tätigkeiten (Tätigkeiten der essenziellen Bedürfnisbefriedigung) zeugen. Sattheit nach einer eingenommenen Mahlzeit oder Sauberkeit nach der Körperpflege z.B. sind Zustände, die Konformität mit Grundversorgungsaspekten der entsprechenden Person ausdrücken und damit Ergebnisse darstellen, die positive Nachhaltigkeitsbeiträge leisten, vorausgesetzt, die grundversorgenden Tätigkeiten wurden freiwillig ausgeführt bzw. in Anspruch genommen. Konformität mit Aspekten der Grundversorgung trifft andererseits ebenfalls zu auf Situationen, die Personen unmittelbar die Ausübung grundversorgender Tätigkeiten bei Bedarf gewährleisten; beispielsweise wenn eine Person in Besitz von Nahrungsvorräten ist oder wenn sie freien Zugang hat zu öffentlichen Gesundheitsleistungen am Wohnort.

Bezüglich des Schutzes der physischen und psychischen Integrität leisten Ergebnisse einen positiven Nachhaltigkeitsbeitrag, die entweder die Abwendung von Risikofaktoren implizieren – durch Unterbindung bestehender Risiken oder durch ein Ausweichen auf risikolose Alternativen (soweit dies überhaupt möglich ist) – oder den Schutz vor den Auswirkungen gesundheitsgefährdender Risikoereignisse gewährleisten. Dies schließt aus, dass Ergebnissen ein positiver

Beitrag zugeschrieben wird, die ein Gesundheitsrisikopotenzial beinhalten, bei denen aber aufgrund von Zufall kein Schadensfall eingetreten ist, während keine oder nur ungenügende Vorkehrungen bestanden haben.

Zusammenfassend lassen sich Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag in Bezug auf Grundversorgung und den Schutz der Gesundheit wie folgt beschreiben:

Ziel 1) Vorliegen der Voraussetzungen für die Möglichkeit zur Sicherstellung der persönlichen Grundversorgung von Personen und zum Schutz ihrer Gesundheit oder die freiwillige Realisierung von Bestandteilen der persönlichen Grundversorgung von Personen und das (weitgehendste) Nicht-Exponiert-Sein von Personen in Bezug auf für ihre Gesundheit risikobehaftete Umstände und Aktivitäten bzw. die Verhinderung von Gesundheitsdefiziten bei Personen.

Demgegenüber sind Ergebnisse, die von der Nichterfüllung bzw. Verfehlung der formulierten positiven Nachhaltigkeitsbeiträge zeugen (im Widerspruch zu diesen Ergebnissen stehen), Ergebnisse mit negativen Nachhaltigkeitsbeiträgen. Also etwa ein unfreiwilliges Hungern aus Mangel an Lebensmitteln oder gesundheitliche Einschränkungen aufgrund eingetretener (potenziell abwendbarer) Gesundheitsrisiken.

#### *Gewährleistung elementarer gesellschaftlicher Rechte*

Hinter dem Nachhaltigkeitsziel der Gewährleistung elementarer gesellschaftlicher Rechte steht die Idee, dass ein menschenwürdiges Dasein Aspekte beinhaltet, die über eine reine Sicherung der physischen Existenz hinausgehen. Relevante elementare gesellschaftliche Rechte wurden in Kapitel 3.4.4 identifiziert. Dies sind: Chancengleicher Zugang zu Institutionen/Positionen/Informationen; Partizipationsmöglichkeiten an gesellschaftlichen Aktivitäten; Partizipationsmöglichkeiten an relevanten gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen; sowie gerechte Verteilung von Umweltnutzungsmöglichkeiten. Das Nachhaltigkeitsziel verlangt, dass sämtliche dieser Rechte allen gegenwärtig lebenden Personen gewährt werden sollen. Teilbeiträge zu diesem aggregierten Ziel lassen sich demnach in die verschiedenen Rechte aufgliedern und bis auf Einzelpersonen herunterbrechen. D.h. Ergebnisse leisten einen positiven Zielbeitrag, wenn sie konform sind mit der Gewährleistung einzelner dieser Rechte für bestimmte Personen. Ergebnisse leisten dagegen einen negativen Zielbeitrag (einen Beitrag zur Zielverfehlung), wenn Non-Konformität vorliegt.

Positiv nachhaltigkeitsrelevante Ergebnisse sind somit Situationen, in denen Personen von einzelnen dieser Rechte aktiv Gebrauch machen, oder aber Situationen, in denen die vorliegenden Bedingungen den Personen die Inanspruchnahme dieser Rechte gewährleisten. Dabei ist die ‚Rechtsgewährleistung‘ nicht nur im Sinne eines formellen oder informellen Rechts zu verstehen, sondern beinhaltet ebenso finanzielle, technische, räumliche, etc. Realisierbarkeit. Aufgegliedert auf die einzelnen elementaren gesellschaftlichen Rechte lassen sich folgende vier Ergebnisgruppen mit positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen unterscheiden:

Ein positiver Nachhaltigkeitsbeitrag ist entsprechend gegeben, wenn für eine Person die Möglichkeit besteht zum diskriminierungsfreien Zugang zu Institutionen/Positionen/Informationen, welche zur Verwirklichung einer selbstständigen und selbstgewählten Existenzsicherung ver-

helfen. Ebenfalls beinhalten Ergebnisse einen positiven Nachhaltigkeitsbeitrag, die von einem diskriminierungsfrei verlaufenen Zugang oder Zugangsversuch zu entsprechenden Institutionen/Positionen/Informationen zeugen. Chancengleichheit ist nicht zwingend gleichbedeutend mit einem garantierten Zugang. So können etwa Positionen in der Regel nur mit einer Person besetzt werden, was für die nichtzugelassenen Personen dennoch keine Verletzung ihres Rechts auf Chancengleichheit bedeutet, wenn im Auswahlverfahren Diskriminierungsfreiheit gewährleistet war. Ebenso wenig kann die Ablehnung eines Zulassungsgesuchs zu einem bestimmten Bildungsinstitut als diskriminierend bezeichnet werden, solange etwa durch die Bewerber(innen) Anforderungen nicht erfüllt werden können, welche in den Inhalten des Ausbildungsganges begründet liegen (bestimmtes erforderliches Vorwissen, bestimmte körperliche Konstitution, etc.), oder zusätzlichen Anforderungen nicht entsprochen werden kann, welche in der Ausrichtung des Ausbildungsganges auf bestimmte Personengruppen begründet liegen (z.B. in der Region wohnhafte Schulkinder). Letzteres ist allerdings nur dann als nicht diskriminierend zu werten, wenn für alle Personengruppen diskriminierungsfreie Zugangsmöglichkeiten zu äquivalenten Bildungseinrichtungen bestehen (z.B. in allen Regionen Schulen bestehen für regional ansässige Schulkinder).

In Bezug auf die Partizipationsmöglichkeit an gesellschaftlichen Aktivitäten oder an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen liegt ein positiver Nachhaltigkeitsbeitrag vor, wenn einer Person die Möglichkeit der Partizipation an einer gesellschaftlichen Aktivität oder einem relevanten Entscheidungsprozess unmittelbar möglich ist (falls sie dies wünscht) bzw. wenn eine Person gemäss ihrem Wunsch an einer gesellschaftlichen Aktivität oder einem relevanten Entscheidungsprozess teilnimmt.

Im Rahmen des Ziels der gerechten Verteilung von Umweltnutzungsmöglichkeiten ist schliesslich ein positiver Nachhaltigkeitsbeitrag erfüllt, wenn für eine Person die Nutzungsmöglichkeit eines fairen Anteils eines Umweltgutes unmittelbar besteht bzw. wenn eine entsprechende Möglichkeit durch die berechtigte Person in Anspruch genommen wird.

Die gemachten Ausführungen lassen sich wie folgt in einer Definition von Ergebnissen mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag bezüglich dem Nachhaltigkeitsziel der Gewährleistung elementarer gesellschaftlicher Rechte zusammenfassen:

Ziel 2) Vorliegen der Voraussetzungen für die Möglichkeit zur freiwilligen Inanspruchnahme der elementaren gesellschaftlichen Rechte von Personen oder Gewährleistung bzw. freiwillige Realisierung der elementaren gesellschaftlichen Rechte.

Ergebnisse, die zum definierten positiven Nachhaltigkeitsbeitrag im Widerspruch stehen, sprich, die Rechte einzelner Personen unterminieren, sind dagegen als Ergebnisse mit negativen Zielbeiträgen zu bezeichnen.

### *Bewahrung notwendiger Kapitalien*

Das Nachhaltigkeitsziel der Bewahrung notwendiger Kapitalien intendiert, die Grundlagen zukünftiger Generationen zu bewahren, die diese benötigen, um ihre Grundversorgung sowie elementare gesellschaftliche Rechte gewährleisten zu können. Unter Bewahrung wird der Erhalt, Unterhalt und allfällige Ersatz von Kapitalien verstanden. Welche Kapitalien dabei als notwen-

dig zu betrachten sind und was die Anforderungen an die Bewahrung sind, ist im Kapitel 3.4.5 beschrieben. Für erneuerbare natürliche Ressourcen sollte die Regenerationsrate nicht überschritten werden, während bei nicht-erneuerbaren Ressourcen die Nutzungsmöglichkeit erhalten bleiben soll. Zudem wird gefordert, dass die Assimilationskapazitäten von Ökosystemen Beachtung finden. Bezüglich Sachkapital ist die Anforderung der Erhalt und die Bildung von Kapitalien, die mittelfristig zur Produktion von Gütern und Dienstleistungen der Grundversorgung und zur Sicherstellung zu deren Zugang sowie zur Gewährleistung der elementaren gesellschaftlichen Rechte benötigt wird (relevantes Sachkapital). Weiter werden der Erhalt und die Bildung von sachbezogenen Wissensinhalten und Fähigkeiten sowie die Erhaltung und Errichtung von Organisationsstrukturen und Institutionen gefordert, welche der Sicherstellung der Grundversorgung und der elementaren gesellschaftlichen Rechte dienen. Schliesslich sollen auch Traditionen erhalten werden, die eine wichtige Funktion erfüllen bei der Bewahrung relevanter gesellschaftlicher Aktivitäten.

Das Nachhaltigkeitsziel bezieht sich auf die integrierte Nutzung der Gesamtheit von Kapitalien durch alle Akteure. Damit ist das Ziel auf aggregierter Ebene angesiedelt. Herunterbrechen lässt sich das aggregierte Ziel auf die Bewahrung einzelner notwendiger Kapitalien oder allenfalls Bestandteile dieser Kapitalien als Teilziele. Die Teilziele liegen damit auch auf der Ebene des Handelns von einzelnen Akteuren. Ein Ergebnis mit einem positiven Nachhaltigkeitsbeitrag ist demnach eines, das von einem bewahrenden Umgang notwendiger Kapitalien(-bestandteile) zeugt; erfolgt dagegen im Widerspruch dazu eine Destruktion notwendiger Kapitalien(-bestandteile), liegt ein Ergebnis mit negativem Nachhaltigkeitsbeitrag vor.

Eindeutigkeit der Nachhaltigkeitsbeiträge von Ergebnissen von Akteurhandeln punkto Kapitalienbewahrung liegt dann vor, wenn sich das Handeln der beteiligten Akteure auf eine Kapitalie bezieht, die unter ihrer Kontrolle liegt. Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag sind demnach z.B. der Unterhalt einer im Sinne des Nachhaltigkeitsziels zu bewahrenden Infrastruktur oder die Bewirtschaftung eines Stücks Land in einem Rahmen, der die natürliche Reproduktion berücksichtigt, oder der Verzicht auf die Nutzung dieses Landstücks, wohingegen gegenteiliges Verhalten Ergebnisse mit negativen Nachhaltigkeitsbeiträgen bedeuten würde (Vernachlässigung des Infrastruktur-Unterhalts oder die Zerstörung der Bodenfruchtbarkeit). Kontrolle kann sich dabei nicht nur auf eine formell übertragene Kontrolle beziehen, Kontrolle über eine Kapitalie besteht bereits dann, wenn es in der Macht der Akteure steht, die Bewahrung der Kapitalie durch ihr Handeln insgesamt zu gewährleisten oder zu verhindern.

Bei Kapitalien, die sich dagegen der Kontrolle von einzelnen Akteuren entziehen, sind die Ergebnisse von Akteurhandlungen nicht immer eindeutig positiv bzw. negativ bewertbar. Dies ist dann der Fall, wenn sich der bewahrende Charakter der Nutzung erst in der Summe der Einzelhandlungen zeigt. Klassisches Beispiel sind globale Umweltgüter. Das Handeln eines einzelnen Akteurs trägt noch nicht zur Überbelastung eines globalen Umweltgutes bei. Erst die zusammengefassten Handlungen bestimmen darüber, ob eine Überbeanspruchung stattfindet oder nicht. Dennoch lässt sich ein bewahrender Kapitalienumgang nur erzielen, wenn auf der Stufe von Einzelakteuren eine zurückhaltende Nutzung erfolgt. Doch welchen Akteuren oder Akteurguppen soll die Verantwortlichkeit in welchem Ausmass zugeordnet werden? Bezüglich

dieser Frage verweisen Kopfmüller et al. (2001) auf die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses. Auf diese Weise kann eine Kapitalie künstlich in Bestandteile zerlegt und diese den Akteuren zum bewahrenden Umgang zugeordnet werden. Resultat eines derartigen Aushandlungsprozesses können z.B. eine Verbrauchsbeschränkung einer nicht erneuerbaren Ressource sein, die Kontingentierung des CO<sub>2</sub>-Austosses oder die Erteilung von Bildungsaufträgen an Bildungsinstitutionen. Mögliche Verteilschlüssel sind beispielsweise Gleichverteilung oder begründete Ungleichverteilung bei hoher Legitimation (z.B. weil ein Akteur der Gesellschaft einen hohen Nutzen bringt). Sind solche Verantwortlichkeiten für Kapitalienbestandteile definiert, bedeutet ein positiver Ergebnisbeitrag, dass die betreffenden Akteure mit dem ihnen zugeteilten Anteil bewahrend umgegangen sind; trifft dies dagegen nicht zu, liegt ein negativer Beitrag vor.

In den meisten Fällen wird es jedoch nicht möglich sein, auf einen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess zurückzugreifen, der die Verantwortlichkeiten für Kapitalienbestandteile definiert. Dann kann eine annäherungsweise Beurteilung des Kapitalienumgangs versucht werden, indem bewertet wird, ob ein der Situation gemäss möglichst vorteilhafter Kapitalienumgang stattfindet. D.h., dass in einer Situation, in der die Bewahrung einer bestehenden Kapitalie auf aggregierter Ebene nicht garantiert ist, die Kapitalie durch die einzelnen Akteure möglichst sorgfältig und sparsam genutzt wird – wobei sparsam sowohl Effizienz wie auch Suffizienz-Aspekte beinhaltet – und die Akteure in die Erneuerung/Reproduktion oder das Recycling dieser Kapitalien investieren. Trifft ein solches Verhalten zu, kann von positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen gesprochen werden. Ist das Gegenteil der Fall (verschwenderisches, unsorgfältiges, etc. Verhalten), liegen dagegen negative Nachhaltigkeitsbeiträge vor. Der Ausdruck ‚möglichst sorgfältig und sparsam‘ deutet an, dass bei einer entsprechenden Beurteilung die Lebensumstände der Akteure zu berücksichtigen sind. Nicht allen Akteuren sind beispielsweise dieselben Technologien verfügbar (bzw. erschwinglich) und nicht alle Akteure sind auf dieselben Hilfsmittel (wie z.B. eine Heizung) angewiesen. Die je eigenen Möglichkeiten der Akteure sind daher zu würdigen.

Ein Beispiel eines positiven Nachhaltigkeitsbeitrags betreffend natürliche Ressourcen ist die zurückhaltende (Suffizienzaspekt) Verwendung emissionsarmer oder ressourceneffizienter (Effizienzaspekt) Geräte (anstelle emissionsreicher und ressourcenintensiver Geräte), womit ein Beitrag zur Schonung von natürlichen Ressourcen als Senke bzw. als Ressourcenlieferant gleistet wird. Relevante positive oder negative Beiträge zur Bewahrung von natürlichen Ressourcen leisten Akteure auch indirekt durch den Kauf von Gütern, die natürliche Ressourcen in verarbeiteter Form enthalten. Ein Beispiel eines positiven Nachhaltigkeitsbeitrags betreffend die Bewahrung von Sachkapital ist die sachgerechte, sorgfältige Nutzung einer im Sinne der Nachhaltigkeitsziele notwendigen öffentlichen Infrastruktur, so dass diese keinen Schaden davonträgt. Ein Beispiel eines Ergebnisses mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag im Umgang mit Human- bzw. Wissenskapital ist die Weiterverbreitung im Sinne der Nachhaltigkeitszielsetzung grundlegender Kenntnisse an Akteure, denen dieses Wissen bis anhin unbekannt war. Zur Bewahrung von Wissen in Form von Strukturen, Institutionen und Traditionen, das geeignet ist zur Güter-Allokation und zur Gewährleistung von Rechten zur Sicherstellung der Nachhaltigkeitsziele, können beispielsweise Massnahmen von Akteuren beitragen, welche entsprechende bestehende Strukturen, etc. formalisieren (durch Verträge, Reglemente, Errichtung von Stiftungen, etc.).



Zur Bewahrung entsprechenden Wissens trägt ebenfalls die Rücksichtnahme auf diese Strukturen/Institutionen im alltäglichen Handeln bzw. die Ausübung erhaltenswerter Traditionen bei (Reproduktion). Entsprechendes Handeln ist dabei in erster Linie Ausdruck von Beiträgen zur Sicherstellung der gegenwärtigen Mindestanforderungen einer nachhaltigen Entwicklung (vgl. die beiden vorangehenden Titel). Als Nebeneffekt werden die zugrundeliegenden Strukturen etc. mit diesem Verhalten gestützt und aufrechterhalten.

Die Zielsetzung der Bewahrung notwendiger Kapitalien bezieht sich allerdings nicht nur auf den Erhalt bzw. Ersatz bereits bestehender Kapitalien, die Zielsetzung fordert ebenso die Neubildung von Kapitalien, inwieweit die Erfüllung der übrigen Nachhaltigkeitsziele dies erfordert. Dies kann der Fall sein, wenn ein verändertes Umfeld neue Erfordernisse stellt. Auch die Neuschaffung von Kapitalien ist oftmals ein Gemeinschaftswerk vieler einzelner Akteur-Aktivitäten. Einen positiven Beitrag leistet demnach, wer einen Schaffensbeitrag an eine erforderliche noch nicht-existente Kapitalie leistet.

Als Kern der vorausgehenden Ausführungen lassen sich Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag hinsichtlich des Ziels der Kapitalienbewahrung wie folgt definieren:

Ziel 3) Realisierung von bewahrendem Umgang (verzichtend, sparsam, sorgfältig, erneuernd, reproduzierend, wiederverwertend) mit erhaltenswerten Kapitalien(-bestandteilen), deren Bewahrung nicht garantiert ist, sowie Schaffensbeitrag zur Bildung von nicht-vorhandenen notwendigen Kapitalien(-bestandteilen).

Die Nichtnutzung einer Kapitalie ist dabei nur in jenen Situationen ein echter Verzicht und damit im Sinne des Nachhaltigkeitsziels der Kapitalienbewahrung ein positiver Zielbeitrag, in denen der Einsatz der entsprechenden Kapitalien potenziell überhaupt vorgesehen bzw. möglich ist. Trifft dies nicht zu, besteht kein Zielbeitrag bezüglich dieser Kapitalie. Eine Handhabung von Kapitalien, auf die die Attribute eines bewahrenden/vorteilhaften Umgangs nicht zutreffen, bedeutet dagegen ein Ergebnis mit negativem Zielbeitrag. Ebenso bedeutet ein negativer Zielbeitrag die Verweigerung zur Leistung eines Beitrags zur Bildung notwendiger Kapitalien.

### *Bewahrung gesellschaftsrelevanter Werte*

Mit dem Ziel der Bewahrung gesellschaftsrelevanter Werte soll zukünftigen Generationen das Potenzial mitgegeben werden, dass sie eine gerechte Verteilung ihrer Ressourcen vornehmen und die elementaren gesellschaftlichen Rechte weiter gewährleisten können. Als einschlägige gesellschaftsrelevante Werte gelten etwa Rücksichtnahme, Solidarität und Toleranz (siehe Kapitel 3.4.6). Diese Werte beziehen sich auf das Zusammenleben in der Gesellschaft. Die Existenz oder Nicht-Existenz dieser gesellschaftsrelevanten Werte kommt daher in der Interaktion von verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren zum Ausdruck. Das (Fort-)Bestehen dieser Werte zeigt sich durch Verhaltensweisen der Gesellschaftsmitglieder, die diesen Werten entsprechen. Ein Nichtbestehen (oder Zerfall) dieser Werte wird dagegen sichtbar durch diesen Werten widersprechende Verhaltensweisen der Gesellschaftsmitglieder. Die Erfüllung des Nachhaltigkeitsziels der Bewahrung gesellschaftsrelevanter Werte zeigt sich demnach in der Aggregation der Verhalten der Gesellschaftsmitglieder in vielen Einzelsituationen, in denen die Werte (oder widersprüchliche Werte) im Akteur-Handeln zum Tragen kommen. Ein Herunterbrechen des

Nachhaltigkeitsziels auf die Ebene einzelner Akteure ist folglich möglich durch die Betrachtung dieser Einzelsituationen. Demnach zeichnen sich Ergebnisse durch einen positiven Beitrag zum Nachhaltigkeitsziel aus, wenn sie von einem mit den gesellschaftsrelevanten Werten konformen Handeln der Akteure zeugen. Konformes Handeln bedingt das Vorliegen von Handlungssituationen, in denen solche Werte überhaupt zum Tragen kommen können. Toleranz kann sich etwa in Situationen offenbaren, die Konfliktpotenzial aufgrund von Meinungsverschiedenheiten bergen. Die elementaren gesellschaftlichen Werte sind auf das Funktionieren und den Zusammenhalt der Gesellschaft als Ganzes ausgerichtet. Alltägliches rücksichtsvolles Verhalten im familiären Rahmen oder im Bekanntenkreis ist somit eher nicht als relevante Handlungssituation zu werten, wobei klare Abgrenzungen nicht möglich sind. Positivbeispiele für ein mit den gesellschaftsrelevanten Werten konformes Handeln sind z.B. solidarische Zuwendungen oder Hilfeleistungen für Benachteiligte oder konstruktive Beiträge zum Dialog im Rahmen gesellschaftlicher Interessenskonflikte. Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag punkto gesellschaftsrelevanter Werte lassen sich somit wie folgt definieren:

Ziel 4) Realisierung von mit wesentlichen gesellschaftsrelevanten Werten (Rücksichtnahme, Solidarität, Toleranz) konformem Handeln.

Ergebnisse mit negativem Nachhaltigkeitsbeitrag punkto gesellschaftsrelevanter Werte sind dagegen Situationen, in denen ein Verhalten gezeigt wird, das diesen Werten widerspricht.

Die Ausführungen im Kapitel 5.2 dienen zur Beschreibung von Handlungsergebnissen, die in einem Bezug zur Nachhaltigkeitszielsetzung stehen, d.h. einen Beitrag leisten zur Erreichung oder Verfehlung der vier Nachhaltigkeitsziele. Das Vorliegen positiver (oder negativer) Nachhaltigkeitsbeiträge von Ergebnissen wurde dabei für die vier Nachhaltigkeitsziele einzeln diskutiert. Tatsächlich können Ergebnisse aus Akteurhandlungen Bezüge zu mehreren der Ziele aufweisen und sowohl positive wie auch negative Zielbeiträge gleichzeitig leisten. Vollumfänglich erzielt wird Nachhaltigkeit dabei einzig mit der Verwirklichung von rein positiv nachhaltigkeitsrelevanten Ergebnissen. Das folgende Kapitel 5.3 geht der Frage nach, wie politische Instrumente auf ihr Potenzial geprüft werden können, dass sie die Erzielung derartiger Wunschergebnisse positiv beeinflussen.

### 5.3 Beurteilung des Nachhaltigkeitspotenzials von policy-Instrumenten

Im Kapitel 4 wurden anhand eines in Anlehnung an den Handlungsansatz von Scharpf (2006) ausgearbeiteten allgemeinen Handlungsmodells mutmassliche Einflussgrößen und deren Wirkungsweisen auf Akteurhandlungen bestimmt. Die Ausprägung der Einflussgrößen bestimmt dabei über die Ergebniswahrscheinlichkeiten. Auf dieser Grundlage wurden drei Erfolgsbedingungen mit jeweils drei bis vier präzisierenden Komponenten eruiert, die beschreiben, welche Ausprägung von Einflussgrößen die Erzielung eines bestimmten (politisch erwünschten) Ergebnisses überhaupt erst möglich bzw. wahrscheinlicher machen. Anschliessend wurde erläutert, wie eine Beeinflussung der Einflussgrößen auszusehen hat, damit die Erfüllung der Erfolgsbedingungen zugunsten eines Wunschergebnisses begünstigt wird. Dies wurde in Ansätzen der Einflussnahme zugunsten des Wunschergebnisses festgehalten. Das allgemeine Handlungsmo-

dell mit den Erfolgsbedingungen und den Ansätzen der Einflussnahme bildet das Instrumentarium zur Beurteilung der potenziellen Wirksamkeit politischer Instrumente. Im Folgenden wird aufgezeigt, wie anhand dieses Instrumentariums die potenzielle Wirkung politischer Instrumente in Bezug auf die Erzielung von Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeiträgen beurteilt werden kann. Damit sollen Aussagen zum Nachhaltigkeitspotenzial politischer Instrumente möglich werden.

### 5.3.1 Definition von Nachhaltigkeitspotenzial

Das Nachhaltigkeitspotenzial als Massstab für die Wirksamkeit von politischen Instrumenten hinsichtlich der vier Nachhaltigkeitsziele bedarf einer genaueren Spezifizierung. Diese wird daher im Folgenden für das in der vorliegenden Arbeit verwendete Verständnis von Nachhaltigkeitspotenzial vorgenommen.

Allgemein zeichnet sich ein positives Nachhaltigkeitspotenzial politischer Instrumente dadurch aus, dass in einem vorliegenden Kontext bei Anwesenheit der politischen Instrumente die Nachhaltigkeitsziele mutmasslich besser erfüllt werden als unter Abwesenheit der Instrumente. Eine entsprechende Vermutung hat sich dabei auf begründete Wirkungszusammenhänge zu stützen. Im konkreten Fall liegt ein substanzielles oder vorbehaltloses positives Nachhaltigkeitspotenzial vor, wenn die Akteure aufgrund der politischen Instrumente mutmasslich eine Neuausrichtung ihres Handelns vornehmen hin zu Ergebnissen mit positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen. Ein nicht-substanzielles oder unter Vorbehalt stehendes positives Potenzial liegt dagegen vor, wenn die politischen Instrumente bei den Akteuren Verhaltensveränderungen bewirken, das Handeln allerdings auch ohne die politischen Instrumente auf die entsprechenden Ergebnisse mit positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen ausgerichtet ist.

Wirkungen politischer Instrumente können Nachhaltigkeitsziele ebenso torpedieren. Trifft dies zu, besteht ein negatives Nachhaltigkeitspotenzial der politischen Instrumente. Allgemein formuliert liegt ein negatives Nachhaltigkeitspotenzial vor, wenn in einem vorliegenden Kontext bei Anwesenheit der politischen Instrumente die Nachhaltigkeitsziele mutmasslich schlechter erfüllt werden als unter Abwesenheit der Instrumente. Im konkreten Fall liegt ein substanzielles oder vorbehaltloses negatives Nachhaltigkeitspotenzial vor, wenn die Akteure aufgrund der politischen Instrumente mutmasslich eine Neuausrichtung ihres Handelns vornehmen weg von Ergebnissen mit positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen. Ein nicht-substanzielles oder unter Vorbehalt stehendes negatives Potenzial liegt dagegen vor, wenn die politischen Instrumente bei den Akteuren Verhaltensveränderungen bewirken, das Handeln allerdings auch ohne die politischen Instrumente auf die entsprechenden Ergebnisse mit negativen Nachhaltigkeitsbeiträgen ausgerichtet ist.

Ein und dasselbe politische Instrument kann bezüglich verschiedener Ergebnisse mit unterschiedlichen Nachhaltigkeitsbeiträgen Einfluss ausüben. Zudem wird der Einfluss in der Regel räumlich, bezüglich bestimmter Akteurgruppen (mit bestimmten Ausstattung von Handlungsressourcen), etc. beschränkt sein. Ein Nachhaltigkeitspotenzial lässt sich demnach stets nur hinsichtlich spezifizierter Ergebnisse und Umfelder attestieren. Einem politischen Instrument

können daher u.U. auch mehrere positive wie auch negative Nachhaltigkeitspotenziale gleichzeitig zugeschrieben werden.

### 5.3.2 Vorgehen bei der Potenzialbestimmung

Bei der Bestimmung des Nachhaltigkeitspotenzials von politischen Instrumenten geht es um die Frage, ob diese potenziell wirksam hinsichtlich der Erzielung von Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeiträgen sind. Richtet sich das Handeln der Akteure mittels der politischen Instrumente neu auf diese Ergebnisse hin aus, dann besteht ein positives Nachhaltigkeitspotenzial politischer Instrumente. Gegenteilig bedeutet eine Abwendung von Ergebnissen mit positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen ein negatives Nachhaltigkeitspotenzial der politischen Instrumente.

Eine Einschätzung der potenziellen Wirksamkeit einzelner politischer Instrumente bzw. ganzer politischer Settings zur Erzielung von anvisierten Ergebnissen lässt sich in drei Schritte unterteilen. Jeder Schritt ist dabei Voraussetzung für den darauf folgenden Schritt. Anvisierte Ergebnisse im Rahmen einer Nachhaltigkeitspotenzialanalyse sind Ergebnisse mit positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen. Tabelle 2 bietet eine Übersicht über die drei Analyseschritte einer Nachhaltigkeitspotenzialanalyse politischer Instrumente/Settings.

Analyseschritte zur Einschätzung des Nachhaltigkeitspotenzials		
<i>Schritte</i>	<i>Vorgehen</i>	<i>Analyseinstrumente</i>
1. Schritt	Identifikation von einflussrelevanten Elementen des Untersuchungsgegenstandes auf Akteurhandlungen ( <i>policy instrument/policy setting</i> )	-
2. Schritt	Einschätzung, ob einflussrelevante Elemente des politischen Instruments/Settings in einem Wirkungszusammenhang mit Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeiträgen stehen können. Nennung der festgestellten potenziellen Wirkungszusammenhänge mit den betreffenden Ergebnissen.	Ansätze der Einflussnahme zugunsten Ergebnisse mit positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen (AdEnE) (Kapitel 4.5.4 und Kapitel 5.2.2)
3. Schritt	Einschätzung des Zutreffens der Erfolgsbedingungen hinsichtlich Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag, die mit dem politischen Instrumente/Setting potenziell in Wechselwirkung stehen, mit und ohne politische Intervention. Herleitung des Nachhaltigkeitspotenzials.	Erfolgsbedingungen zugunsten Ergebnisse mit positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen (Kapitel 4.5.2 und Kapitel 5.2.2) Definition Nachhaltigkeitspotenzial (Kapitel 5.3.1)

Tabelle 2: *Analyseschritte zur Einschätzung des Nachhaltigkeitspotenzials*

Im ersten Schritt einer Nachhaltigkeitspotenzialanalyse werden beim Untersuchungsgegenstand – der ein einzelnes politisches Instrument oder ein ganzes politisches Setting sein kann – die Elemente identifiziert, welche steuernd auf (bestimmte) Akteur-Handlungen einwirken können. Solche einflussrelevanten Elemente sind es, die Akteure zu Verhaltensanpassungen bewegen

können, darunter auch Verhaltensänderungen bezüglich Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeiträgen. So sind es die identifizierten einflussrelevanten Elemente, auf die ein allfälliges Nachhaltigkeitspotenzial des Untersuchungsgegenstandes zurückzuführen ist. Sie bilden demnach die Ausgangslage für die weitere Analyse.

Sind die einflussrelevanten Elemente des Untersuchungsgegenstandes bestimmt, kommt es im zweiten Schritt zu einer Einschätzung, ob mögliche Wirkungszusammenhänge bestehen zwischen den identifizierten Elementen und Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeiträgen. Für diese Einschätzung werden die ‚Ansätze der Einflussnahme zugunsten eines Wunschergebnisses‘ herbeigezogen (siehe Kapitel 4.5.4), wobei als ‚Wunschergebnis‘ die Ergebnisse mit positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen aus Kapitel 5.2.2 eingesetzt werden. Die entsprechenden ‚Ansätze der Einflussnahme zugunsten von Ergebnissen mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag‘ werden AdEnE genannt als Abkürzung für ‚Ansätze der Einflussnahme auf eine Nachhaltige Entwicklung‘. Mögliche Wirkungszusammenhänge von einflussrelevanten Elementen mit Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeitrag bestehen, wenn Konformität oder Non-Konformität mit einem AdEnE festgestellt werden kann. Konformität bedeutet dabei, dass potenziell Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag gefördert werden, Non-Konformität bedeutet, dass potenziell Ergebnisse mit negativem Nachhaltigkeitsbeitrag gefördert werden. Festgestellte potenzielle Wirkungszusammenhänge mit deren Ergebnissen werden festgehalten. Kann beim zweiten Analyseschritt kein entsprechender Wirkungszusammenhang identifiziert werden, kann dem untersuchten Instruments/Settings kein Nachhaltigkeitspotenzial nachgesagt werden. Dann erübrigt sich der dritte Analyseschritt.

Die im zweiten Analyseschritt identifizierten möglichen Wirkungszusammenhänge mit Ergebnissen werden im dritten Analyseschritt auf ihre potenzielle Durchschlagskraft auf die Ergebniserzielung überprüft (die eigentliche Potenzialbestimmung). D.h., es erfolgt eine Einschätzung, ob durch den Einfluss des Instruments/Settings eine Verhaltensänderung für oder wider die betreffenden Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag eintritt. Diese Einschätzung der Verhaltensänderungen erfolgt anhand der in Kapitel 4.5.2 formulierten Erfolgsbedingungen. Hierzu wird das Zutreffen der Erfolgsbedingungen zugunsten der betreffenden Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeiträgen mit und ohne politisches Instrument/Setting eingeschätzt. Aus dem Vergleich der beiden Resultate wird schliesslich mittels der entsprechenden Definition das Nachhaltigkeitspotenzial bestimmt.

Mit der Feststellung des Nachhaltigkeitspotenzials ist die Nachhaltigkeits-Analyse eines politischen Instruments/Settings abgeschlossen. Ein positives Potenzial bedeutet, dass ein politisches Instrument/Setting imstande ist, einen konstruktiven Beitrag zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele zu leisten. Aus einer Nachhaltigkeitsperspektive heraus ist daher das entsprechende Instrument/Setting zu begrüßen. Ein negatives Nachhaltigkeitspotenzial lässt dagegen darauf schliessen, dass ein politisches Instrument/Setting die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele behindert. Das entsprechende Instrument/Setting ist daher aus einer Nachhaltigkeitsperspektive heraus abzulehnen. Bei einem Instrument/Setting, dem ein ambivalentes (sowohl positives wie auch negatives) Nachhaltigkeitspotenzial zugeschrieben wird, besteht punkto Umsetzung von

Nachhaltigkeit Anpassungsbedarf, der darauf abzielen sollte, Aspekte, welche zum negativen Potenzial des Instruments/Settings beitragen, auszumerzen.

Für die Durchführung einer Nachhaltigkeitspotenzialanalyse ist dabei nicht notwendig, dass die politischen Instrumente/Settings tatsächlich eine nachhaltige Entwicklung als (eigentliche) Zielsetzung verfolgen. Eine Analyse des Nachhaltigkeitspotenzials kann ebenso dazu verwendet werden, um allfällige ‚Nebenwirkungen‘ politischer Instrumente/Settings bezüglich Nachhaltigkeitszielen aufzudecken. Das Nachhaltigkeitspotenzial ist dabei unabhängig vom Wirkungspotenzial bezüglich anderweitiger Zielsetzungen. Kein vorhandenes Wirkungspotenzial in Bezug auf Nachhaltigkeitsziele bedeutet daher nicht, dass das politische Instrument/Setting nicht doch ein Wirkungspotenzial bezüglich einer anderen Zielsetzung innehat.

Im Folgenden werden die drei skizzierten Analyseschritte im Detail aufgezeigt und mit Beispielen veranschaulicht.

#### *Erster Schritt: Identifikation einflussrelevanter Elemente*

Beim ersten Schritt der Prüfung des Nachhaltigkeitspotenzials von politischen Instrumenten/Settings erfolgt die Beurteilung, welche Elemente des Untersuchungsgegenstandes (politisches Instrument/politisches Setting) steuernd auf (einzelne) Akteurhandlungen einwirken können. Ein steuernder Eingriff auf Akteurhandlungen besteht dann, wenn in die Ausstattung der handlungsleitenden Einflussgrößen von Akteuren eingegriffen wird, d.h. dass ein Element die Handlungsressourcen, Wahrnehmung oder Präferenzen von Akteuren verändert. Ist ein Element eines politischen Instruments/Settings potenziell geeignet, das zu bewirken, dann besteht eine Einflussrelevanz auf Akteurhandlungen. Eine Einflussrelevanz zeigt sich daran, dass bestimmte Akteure mit diesem Element in Berührung kommen (Betroffenheit von Akteuren). Während bei einem Untersuchungsgegenstand, der einzig aus einem einzelnen politischen Instrument besteht, dieses Instrument auch gleichzeitig als einziges einflussrelevantes Element aufgefasst werden kann, lassen sich bei einem politischen Setting als Untersuchungsgegenstand zumeist mehrere unterschiedliche nebeneinander existierende einflussrelevante Elemente unterscheiden. Beispielsweise kann eine Handlungsressource zur Verfügung gestellt werden, wobei diesbezügliche Nutzungsbestimmungen bestehen und Durchsetzungsmechanismen errichtet sind (vgl. Fallstudie Zeitbörse Kapitel 6.2). Die Erfassung der einzelnen einflussrelevanten Elemente erfordert daher eine detaillierte Erhebung des politischen Settings. Über die Abgrenzung der einzelnen Elemente befindet der Prüfende. Entscheidend ist, dass die Inhalte der unterschiedlichen einflussrelevanten Elemente des Untersuchungsgegenstandes genau beschrieben werden. Auf der Grundlage dieser Beschreibung erfolgt die Einschätzung allfälliger Wirkungszusammenhänge mit Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeitrag im zweiten Analyseschritt (siehe nachfolgend). Abbildung 14 verortet den ersten Analyseschritt im allgemeinen Handlungsmodell.

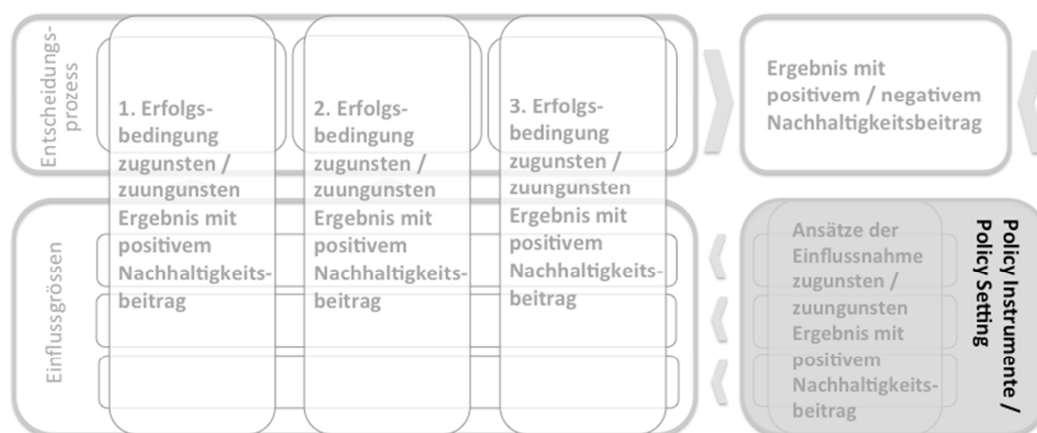


Abbildung 14: Identifikation einflussrelevanter Elemente politischer Instrumente/Settings

Die identifizierten einflussrelevanten Elemente werden im nächsten (zweiten) Analyseschritt konkret auf ihre Einflussrelevanz in Bezug auf Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag geprüft. Der erste Schritt dient damit der Vorsondierung und der Aufgliederung des zu untersuchenden Gegenstandes für die eigentliche Analyse. Der Nachhaltigkeitsfokus tritt erst ab dem zweiten Schritt in Erscheinung.

#### *Zweiter Schritt: Einschätzung potenzieller Wirkungszusammenhänge mit Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeitrag*

Im zweiten Schritt wird geprüft, ob überhaupt ein (vorteilhafter oder unvorteilhafter) Wirkungszusammenhang vorhanden sein könnte zwischen den im ersten Analyseschritt identifizierten einflussrelevanten Elementen des politischen Instruments/Settings und Ergebnissen mit positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen. Dies trifft zu, wenn durch ein Element eine Modifikation einer Einflussgrösse auf Akteurhandlungen stattfindet, die sich förderlich oder hinderlich auf die Erzielung von Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeitrag auswirkt, oder anders gesagt, die förderlicher oder hinderlicher Bestandteil ist für die Erfüllung der Erfolgsbedingungen zur entsprechenden Ergebniserzielung. Kann ein derartiger Wirkungszusammenhang identifiziert werden, ist das zugehörige politische Instrument/Setting geeignet, gegebenenfalls eine Neuausrichtung des Akteurhandelns hin zu oder weg von Ergebnissen mit positiven (negativen) Nachhaltigkeitsbeiträgen zu erwirken. (Ob dies auch tatsächlich zutrifft, wird im dritten Analyseschritt geprüft (siehe unter anschliessendem Titel)).

Zur Identifizierung des Bestehens allfälliger Wirkungszusammenhänge von einflussrelevanten Elementen mit Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeitrag können die ‚Ansätze der Einflussnahme zugunsten eines Wunschergebnisses‘ aus Kapitel 4.5.4 herangezogen werden. Diese Ansätze der Einflussnahme beschreiben die verschiedenen Arten von Wirkungszusammenhängen von Einflussgrößen mit ‚Wunschergebnissen‘. Als ‚Wunschergebnis‘ werden die im Kapitel 5.2.2 formulierten Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag eingesetzt. Die entsprechenden ‚Ansätze der Einflussnahme zugunsten von Ergebnissen mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag‘ werden AdEnE genannt (Abkürzung für ‚Ansätze der Einflussnahme auf eine nachhaltige Entwicklung‘). Nur wenn ein einflussrelevantes Element eine Modifikation einer Einflussgrösse bewirkt im Sinne von oder im Widerspruch zu einem AdEnE, kann von einer potenziellen (positiven bzw. negativen) Wirksamkeit der politischen Intervention punkto der Erzielung einer nachhaltigen

Entwicklung ausgegangen werden. Entsprechend werden die einflussrelevanten Elemente im zweiten Analyseschritt auf ihre Konformität oder gegenteilig Non-Konformität mit den AdEnEs überprüft. Kann weder Konformität noch Non-Konformität mit einem der Ansätze festgestellt werden, kann Unwirksamkeit der politischen Intervention bezüglich einer nachhaltigen Entwicklung angenommen werden, womit sich auch der dritte Analyseschritt erübrigt. Abbildung 15 verortet den zweiten Analyseschritt im allgemeinen Handlungsmodell.

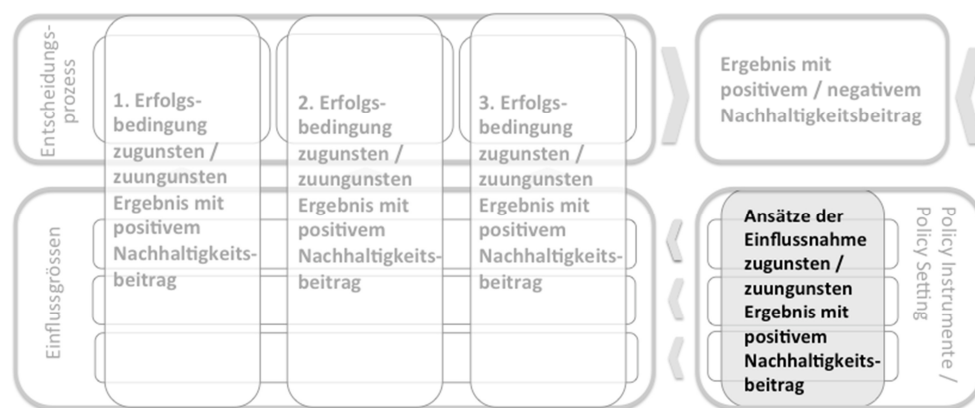


Abbildung 15: Erhebung des Wirkungszusammenhangs mit Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeitrag

Die AdEnEs beziehen sich auf Einflussgrößen, die Einfluss auf die Erzielung von Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeiträgen ausüben. Bei der Konformitätsüberprüfung von einflussrelevanten Elementen auf AdEnEs stellt sich somit grundsätzlich die Frage, inwiefern mit einem Element Einflussgrößen bezüglich bestimmter Aktivitäten und Sachverhalte modifiziert werden (z.B. die zusätzliche Verfügbarkeit einer attraktiven Handlungsressource für Aktivität x oder die Bereitstellung von Informationen zum Thema y). Zum anderen hat eine Einschätzung zu erfolgen, ob diese Aktivitäten und Sachverhalte Bestandteil sein können von Handlungen, die in Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeitrag münden. Dabei müssen alle vier (allgemein formulierten) Zielbeiträge zu Nachhaltigkeitszielen (aus Kapitel 5.2.2) in Betracht gezogen werden.

Das Vorgehen im zweiten Analyseschritt führt zu einer Einschätzung der potenziellen Wirkungszusammenhänge von einzelnen – durch ein einflussrelevantes Element des politischen Instruments/Settings modifizierten – Einflussgrößen mit Ergebnissen. Ein potenzieller Wirkungszusammenhang bedeutet, dass eine modifizierte Einflussgrösse unter geeigneten Voraussetzungen an Handlungen, welche auf Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag hinführen, beteiligt ist. Vom Kontext wird somit weitgehend abstrahiert (der Kontexteinbezug wird im dritten Analyseschritt gemacht, siehe unter anschliessendem Titel). Allerdings gibt es eine Ausnahme. Kontextfaktoren, die unbestrittenermassen für den gesamten Untersuchungsraum einschränkend wirken, sollten bereits im zweiten Analyseschritt einbezogen werden. So können etwa geografische Gegebenheiten gewisse Aktivitäten, die anderswo ausgeübt werden können, verhindern. Damit wird die hypothetische Möglichkeit, dass diese Aktivitäten im Untersuchungsraum zur Ausführung kommen und in entsprechende Ergebnisse einfließen, unterbunden. Ein allfälliger Wirkungszusammenhang von Einflussgrößen mit diesen Aktivitäten wird sich demnach für den Untersuchungsraum nie verwirklichen können. Daher liegt nicht einmal ein potenzieller Wirkungszusammenhang vor. Solange jedoch hypothetisch die Möglichkeit besteht,



dass notwendige Voraussetzungen für einzelne Akteure erfüllt sein können, sollte ein potenzieller Wirkungszusammenhang angenommen werden.

Potenzielle Wirkungszusammenhänge von Einflussgrößen mit Akteurhandlungen können des Weiteren allgemein für alle Akteure in einem Untersuchungsraum gelten oder aber an bestimmte Akteurgruppen geknüpft sein. Handlungsressourcen sind z.B. nur für jene Akteure attraktivitätsrelevant für bestimmte Aktivitäten, bei denen entsprechende Präferenzen bestehen, und Handlungsressourcen für spezifische Bedürfnisse erfüllen ihre Funktion nur bei Akteuren, bei denen diese Bedürfnisse vorliegend sind.

Mit ein und demselben einflussrelevanten Element kann eine Modifikation von Einflussgrößen betreffend unterschiedliche Aktivitäten und Sachverhalte einhergehen. Mit einem einflussrelevanten Element sind somit potenziell viele verschiedene Wirkungszusammenhänge mit unterschiedlichen Nachhaltigkeitsbeiträgen möglich. Wird ein Dorf mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossen, können diese beispielsweise benutzt werden für die Besorgung von Einkäufen zur Grundversorgung (Ziel 1) ebenso wie für die Anreise zu gesellschaftlichen Anlässen (Ziel 2). Mit der Schliessung einer Dorfschule sind einerseits Bildungsaktivitäten und damit Aspekte diesbezüglicher (Nicht-)Diskriminierung betroffen (Ziel 2), anderseits sind mit einem Schulbetrieb auch Aspekte des Kapitalienverbrauchs verbunden (Anreise, Schulgebäude, Schulmaterial, etc.) (Ziel 3).

Die identifizierten potenziellen (positiven oder negativen) Wirkungszusammenhänge von einflussrelevanten Elementen mit Ergebnissen mit (positiven) Nachhaltigkeitsbeiträgen werden als Grundlage für die weitere Analyse festgehalten. Eine adäquate Formulierung der betroffenen Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeiträgen ist dabei entscheidend, damit das Nachhaltigkeitspotenzial im nachfolgenden Analyseschritt korrekt bestimmt werden kann. Nachhaltigkeitsbeiträge im Rahmen des ersten und zweiten Nachhaltigkeitsziels beziehen sich stets auf bestimmte Personen(-gruppen), denen Grundversorgungsaspekte oder Teilhabeaspekte ermöglicht werden. Demnach hat der Fokus bei der Formulierung der entsprechenden Nachhaltigkeitsbeiträge auf diesen Personen(-gruppen) zu sein, wobei allfällige Konkurrenzsituationen zu berücksichtigen sind. Ein adäquat formulierter Ergebnisbeitrag wäre somit beispielsweise der sichergestellte Schulunterricht von Kindern. Dagegen wäre die Formulierung ‚die Dorfschule stellt den Unterricht der Dorfkinder sicher‘ ungeeignet, da für einen positiven Zielbeitrag unerheblich ist, wo bzw. durch wen der Unterricht sicherstellt ist (Dorfschule, Schule in der benachbarten Stadt, Fernunterricht, etc.). Ebenso würde eine solche Formulierung fälschlicherweise ein Ergebnis befürworten, bei dem der Schulunterricht für die Dorfkinder zwar sichergestellt wird, aufgrund einer Konkurrenzsituation um Schulplätze dafür anderweitige Kinder vom Schulunterricht ausgeschlossen werden, was effektiv einem Ergebnis mit negativem Nachhaltigkeitsbeitrag gleichkäme.

Bei Nachhaltigkeitsbeiträgen im Rahmen des dritten Nachhaltigkeitsziels steht der (un-)sorgfältige Umgang mit bestimmten Kapitalien im Vordergrund. Bei der Formulierung der mit einflussrelevanten Elementen im Wirkungszusammenhang stehenden Nachhaltigkeitsbeiträge ist zu berücksichtigen, dass Kapitalien u.U. untereinander substituiert werden können. Betroffene Kapitalien sind dann als Gruppe zu betrachten. Ist z.B. die politische Intervention ein

Verbot der Anwendung von Heizstrahlern im Freien, kann ein potenzieller Wirkungszusammenhang mit dem Nachhaltigkeitsbeitrag ‚sparsamer Verbrauch von Brennstoffen zum Beheizen von Aussenräumen‘ ausgemacht werden (wobei die Nutzung von Heizstrahlern im Freien mutmasslich als nicht energieeffizient und suffizient bewertet werden dürfte, wohingegen ein Verzicht auf die Beheizung im Freien als sorgsamer Umgang mit Ressourcen zu werten wäre). Die Formulierung des entsprechenden Nachhaltigkeitsbeitrags als ‚sparsame Nutzung von Gas‘ ist zu eng gefasst, da den Akteuren Alternativen zu gasbetriebenen Heizstrahlern zur Verfügung stehen können, die sich u.U. in ihrem Nachhaltigkeitsbeitrag nicht von Heizstrahlern unterscheiden (z.B. ölbetriebene Warmluftheizungen). Der Fokus bei der Formulierung der Nachhaltigkeitsbeiträge im Rahmen von Wirkungszusammenhängen bezogen auf das vierte Nachhaltigkeitsziel hat auf der Beachtung der Prinzipien gesellschaftsrelevanter Werte im Rahmen bestimmter Aktivitäten bzw. Handlungssituationen zu liegen. Beispielsweise kann für das Bestehen von Richtlinien für das Verfassen von Beiträgen in einem Onlineforum ein Wirkungszusammenhang mit dem Nachhaltigkeitsbeitrag ‚faire Diskussionen im Onlineforum‘ ausgemacht werden.

Mit der Bestimmung von (Non-)Konformitäten von einflussrelevanten Elementen mit AdEnEs wird ermittelt, welche dieser Elemente Einflussrelevanz auf Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeiträgen innehaben. (Non-)Konformität verweist dabei auf einen vorhandenen Wirkungszusammenhang. Entsprechende einflussrelevante Elemente sind somit potenzielle Träger von Nachhaltigkeitspotenzial. Ob davon ausgegangen werden kann, dass sich der Wirkungszusammenhang tatsächlich auf das Ergebnis durchschlägt und sich damit das Potenzial mutmasslich verwirklicht, wird im Folgenden dritten Analyseschritt untersucht. Stehen einflussrelevante Elemente den AdEnEs dagegen neutral gegenüber, besteht kein Zusammenhang zwischen der Erfüllung von Nachhaltigkeitszielen und diesen Elementen, womit diesen auch kein Nachhaltigkeitspotenzial nachgesagt werden kann.

### *Dritter Schritt: Bestimmung des Nachhaltigkeitspotenzials anhand der Erfolgsbedingungen*

Die Ausführung des dritten Analyseschritts ermöglicht die Einschätzung, ob einem politischen Instrument/Setting bzw. bestimmten Elementen davon ein Nachhaltigkeitspotenzial in irgendeiner Form (positiv oder negativ) inhärent ist. Die Überprüfung des Potenzials erfolgt bezüglich der im zweiten Analyseschritt identifizierten potenziell vom politischen Instrument/Setting (in förderlicher oder hinderlicher Weise) beeinflussten Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag. Die Einschätzung des Nachhaltigkeitspotenzials bedarf der Bestimmung der Erfolgsbedingungen zugunsten dieser Ergebnisse auf der Grundlage der Erfolgsbedingungen zur Ergebniserzielung aus Kapitel 4.5.2. Für alle potenziell betroffenen Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag hat entsprechend eine separate Einschätzung des Vorliegens der Erfolgsbedingungen zu erfolgen. Die Einschätzung der Erfolgsbedingungen wird dabei sowohl mit als auch ohne Einflusswirkung des politischen Instruments/Settings vorgenommen. Durch die Gegenüberstellung dieser beiden Ergebnisse kann mittels der Definition aus Kapitel 5.3.1 ein allfälliges Nachhaltigkeitspotenzial des Instruments/Settings bestimmt werden. Eine Neuausrichtung der drei Erfolgsbedingungen hin zu oder weg von einem Ergebnis mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag unter

Einfluss der politischen Intervention deutet auf ein Nachhaltigkeitspotenzial hin. Abbildung 16 verortet den dritten Analyseschritt im allgemeinen Handlungsmodell.

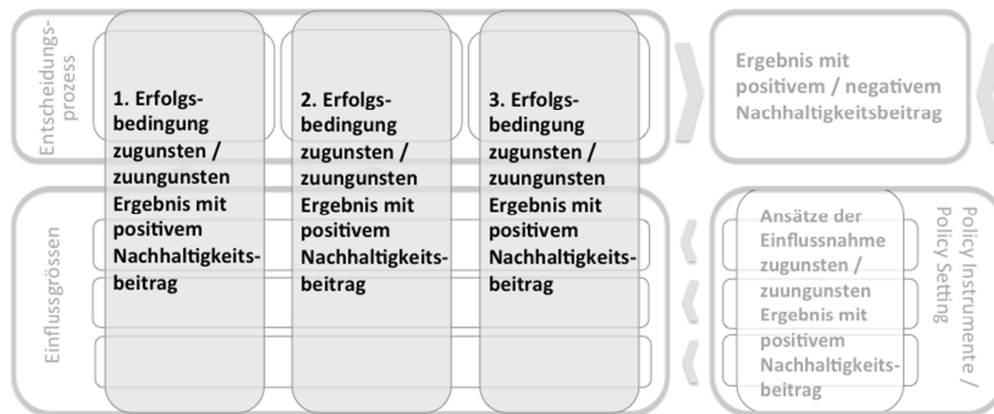


Abbildung 16: Bestimmung der Erfolgsbedingungen

Zur Einschätzung der Erfolgsbedingungen zugunsten der einschlägigen Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag ist als erstes notwendig, die an einer Ergebniserzielung (potenziell) beteiligten Akteure zu bestimmen. Wobei die Akteure über ihre Funktion im Rahmen der Ergebniserzielung benannt werden. Als zweites ist die Ausstattung dieser Akteure mit Einflussgrößen in Bezug auf die untersuchten Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag zu ermitteln. Dies umfasst deren Handlungsressourcen, Wahrnehmung sowie Präferenzen. Ziel der Ermittlung dieser Einflussgrößen ist, beurteilen zu können, ob die Erfolgsbedingungen zugunsten der untersuchten Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag mit und ohne politische Intervention erfüllt sind oder nicht.

Ausgangspunkt der Bestimmung der an einem Ergebnis mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag (allfällig) beteiligten Akteure sind die Akteure, auf die sich die Nachhaltigkeitswirkung der Ergebnisse bezieht. Für die Ziele 1 und 2 sind dies die Akteure, bei denen Teile ihrer Grundversorgung/ihres Gesundheitsschutzes bzw. ihrer Möglichkeit zur Beanspruchung gesellschaftsrelevanter Rechte sichergestellt werden soll. Bei Ziel 3 sind dies die Akteure, die den (un-)verantwortungsvollen Umgang mit Kapitalien verantworten, und bei Ziel 4 sind dies die Akteure, deren Verhalten mit gesellschaftlichen Werten (non-)konform ausfällt. Neben diesen ‚Hauptakteuren‘ sind in der Regel noch weitere Akteure auszumachen, die mit diesen interagieren, auf deren Verhalten reagieren oder davon profitieren bzw. in Mitleidenschaft gezogen werden. Solche weiteren Akteure üben z.B. eine Funktion aus als Helfer, Dienstleister, Kunde, Konkurrent, Stellvertreter, etc. Beim Beispiel der Schliessung einer Dorfschule sind die ‚Hauptakteure‘ die Schulkinder. Beteiligte Akteure sind beispielsweise deren Eltern sowie die Anbieter von Schulbildung und dazugehöriger Produkte/Dienstleistungen. Beim Beispiel des Heizstrahlverbotes sind die Hauptakteure die Anwender von Heizstrahlern bzw. alternativen Heizsystemen wie Privatpersonen oder Restaurantbesitzer. Beteiligte Akteure sind die Nutzniesser der Beheizung wie etwa Restaurantbesucher.

Allenfalls weisen die allgemein formulierten Ergebnisse aus dem zweiten Analyseschritt nur einen sehr geringen Spezifikationsgrad auf. Solche sehr unspezifischen Ergebnisse erschweren die Identifikation beteiligter Akteure bzw. ihrer bezüglich des Ergebnisses relevanten Einfluss-

grössen. Beispielsweise das Ergebnis ‚sorgsame Nutzung von Energieträgern‘, das mit einer Besteuerung eines Energieträgers in Wechselwirkung steht, passt auf unzählige verschiedenartige Nutzungssituationen wie etwa den Verbrauch von Energieträgern zum Heizen, zur Fortbewegung, zur Produktion verschiedenster Güter und Dienstleistungen, etc. In einem solchen Fall ist eine umfassende Analyse des Nachhaltigkeitspotenzials des politischen Instruments kaum realisierbar. Dann empfiehlt sich die Betrachtung einzelner ausgewählter Nutzungsaspekte, die eine teilweise (aber nicht abschliessende) Beurteilung des Nachhaltigkeitspotenzials erlauben.

Nach der Identifikation der Akteure, die im Rahmen der Erzielung der einschlägigen Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag mitwirken, gilt es deren Ausstattung mit Einflussgrössen hinsichtlich dieser Ergebnisse auszumachen. Akteure mit derselben Funktion und mit homogener Ausstattung an relevanten Einflussgrössen werden dabei gemeinsam betrachtet. Unterschiedlich ausgestattete (Gruppen von) Akteure(n) mit derselben Funktion sind jedoch gesondert zu behandeln, da unterschiedliche Ausstattungen mit Einflussgrössen sich auf die Erfolgsbedingungen auswirken können. Die Einschätzung der relevanten Einflussgrössen geschieht dabei mit Blick auf die Bestimmung der (Nicht-)Erfüllung der Erfolgsbedingungen zugunsten des untersuchten Ergebnisses. Somit ist zu ermitteln, ob die Akteure überhaupt über (von ihnen anerkannte) Handlungsressourcen verfügen und entsprechende Handlungsoptionen wahrnehmen, um das Ergebnis umsetzen zu können (1. Erfolgsbedingung). Weiter sind die für die Akteure bestehenden Attraktivitätskomponenten bezüglich dem Ergebnis bzw. dahinführender Aktivitäten mit ihren Wirkungen (in Relation zur Ergebnisverfehlung) zu bestimmen (z.B. finanziell lukrativ vs. verlustreich, mit positiven/negativen Emotionen besetzt, zeitsparend vs. aufwändig, etc.) sowie die diesbezügliche Wahrnehmung der Akteure einzuschätzen (2. Erfolgsbedingung). Schliesslich ist zu beurteilen, ob Akteure über Mittel verfügen, die Attraktivitätsmomente sicherzustellen, und wie sie Durchsetzungsdefizite wahrnehmen und werten (3. Erfolgsbedingung). Dabei ist zu beachten, dass möglicherweise aus der Perspektive der Akteure unterschiedliche Ergebnisse mit variierenden Auszahlungen dem Anspruch des untersuchten Ergebnisses mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag gerecht werden können, was impliziert, dass bei den verschiedenen Ergebnissen unterschiedliche Einflussgrössen (Handlungsressourcen, Präferenzen, Wahrnehmung) relevant sind bzw. mitspielen. Für das Beispiel der Dorfschulschliessung sind Ergebnisse, welche dem Nachhaltigkeitsbeitrag des sichergestellten Schulunterrichts entsprechen, aber aus Akteur-Sicht verschiedenartig sind, z.B. die Möglichkeit zum Schulunterricht im Dorf, zum Schulunterricht in einer anderen Gemeinde, zum Fernunterricht oder zum Homeschooling. Im Beispiel des Heizstrahlerverbots sind aus der Akteursicht betrachtete Ergebnisse, die einen positiven Nachhaltigkeitsbeitrag betreffs sparsamen Verbrauch von Brennstoffen zum Heizen in Aussenräumen leisten, z.B. der gänzliche Verzicht auf die Beheizung von Aussenräumen beim Aufenthalt im Freien, der Verzicht auf die Beheizung von Aussenräumen bei gleichzeitiger Nutzung von Woldecken, der Aufenthalt in Innenräumen, etc. All diese Varianten sind für einen Akteur mit unterschiedlichen Voraussetzungen sowie Kosten und Nutzen verbunden. Im Rahmen der beiden Beispiele sind demnach wesentliche Einflussgrössen, die es auszumachen gilt, im ersteren Fall das Bestehen von Unterrichtsmöglichkeiten von Schulkindern (beinhaltet Fachkompetenz der Unterrichtenden, Transportmöglichkeit zur Schule, notwendige finanzielle Mittel, etc.) sowie die allfällige Existenz eines Schulobligatoriums und

dessen Akzeptanz, weiter die Kenntnis der bestehenden Möglichkeiten durch die Eltern, die Einstellung der Eltern gegenüber Schulbildung und den unterschiedlichen Unterrichtsmöglichkeiten und schliesslich Möglichkeiten der Erzwingung und Verhinderung eines Unterrichtsbesuchs der Kinder Seitens der Eltern oder anderer Akteure. Im letzteren Fall sind wesentliche Einflussgrössen, die zu bestimmen sind, die Verfügbarkeit von Heiztechnologien und entsprechender Brennstoffe für Aussenräume sowie von Alternativen zur Beheizung von Aussenräumen (inkl. der relevanten rechtlichen Bestimmungen), die Kenntnis der Akteure bezüglich der entsprechenden Verfügbarkeiten, die Vorlieben für beheizte Aussenräume und für verschiedene Heiztechnologien, die Sensibilität der Akteure in Bezug auf Ressourcenschonung sowie Durchsetzungsmöglichkeiten relevanter rechtlicher Bestimmungen bzw. die Konsequenzen einer Missachtung derselben inkl. deren Wahrnehmung und Bewertung durch die Akteure.

Nachdem die relevanten Einflussgrössen identifiziert wurden, werden diese mit den Erfolgsbedingungen zugunsten des untersuchten Ergebnisses mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag verglichen. Sind die Einflussgrössen nicht oder nicht genau bekannt, muss mit (begründeten) Annahmen gearbeitet werden. Ergebnisse sind damit unter Vorbehalt der Richtigkeit der Annahmen gültig. Beim Abgleich mit den Erfolgsbedingungen sind alle an den jeweiligen betrachteten Ergebnissen potenziell beteiligten Akteure zu berücksichtigen. Bedingung, dass ein Ergebnis mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag wahrscheinlich wird, ist, dass die Erfolgsbedingungen für eine Gruppe von Akteuren, die das Gelingen des Ergebnisses sicherstellen kann, auf dieses Ergebnis zutreffen. Für die Ergebniserzielung ist es ausreichend, wenn die Erfolgsbedingungen einzig für bestimmte potenziell beteiligte Akteure erfüllt sind, die zusammen das Gelingen des Ergebnisses mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag sicherstellen können. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn unterschiedliche Akteure für ein und denselben ‚Leistungsbeitrag‘ in Frage kommen. Die Erfüllung der Erfolgsbedingungen wird sowohl mit wie auch ohne die Intervention durch das zu beurteilende politische Instruments/Settings geprüft. Bei der Bestimmung der Erfolgsbedingungen unter Berücksichtigung des Einflusses des politischen Instruments/Settings nimmt man eine unveränderte Ausstattung der Akteure mit Handlungsressourcen an (Ceteris-Paribus-Bestimmung) mit Ausnahme der durch das politische Instrument erwirkten Modifikationen der Einflussgrössen. Für politische Instrumente/Settings wird dann eine durchschlagende Wirkung auf Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeiträgen vermutet, wenn die Erfolgsbedingungen im Vergleich von erfüllt zu nicht-erfüllt oder umgekehrt wechseln. Für einen derartigen Wechsel braucht es in der Regel das Zusammenspiel mit bestehenden Einflussgrössen. Die Inkraftsetzung eines Gesetzes muss z.B. durch die Existenz einer durchsetzungsfähigen Behörde garantiert werden können, zudem müssen die Akteure über die zur Ausführung des Gesetzes notwendigen Hilfsmittel verfügen.

Bei der Überprüfung der relevanten Einflussgrössen im Beispiel der Schulschliessung tritt möglicherweise zutage, dass ein durchsetzbares Schulobligatorium und/oder die Unterstützung der Schulbildung durch die Eltern bestehen, die Mittel und Kapazitäten vorhanden sind, um die Kinder in die Dorfschule zu schicken bzw. ihnen eine alternative Schulbildung zukommen zu lassen, und die Eltern über die diesbezüglichen Möglichkeiten informiert sind. In einem solchen Fall sind die Erfolgsbedingungen zugunsten eines sichergestellten Schulunterrichts für Schulkinder mit und ohne politische Intervention erfüllt. Stellt sich dagegen für die Einflussgrössen

heraus, dass ohne Dorfschule die Mittel und Kapazitäten für einen alternativen Schulunterricht nicht gegeben sind (z.B. keine Transportmöglichkeit in eine weiter entfernte Schule besteht, die finanziellen Mittel für eine Privatschule nicht vorhanden sind, die übrigen Schulen über keine ausreichenden Kapazitäten verfügen, etc.), dann sind die Erfolgsbedingungen mit der politischen Intervention (Schulschliessung) nicht mehr erfüllt und es kommt zur Diskriminierung beim Schulbesuch. Möglicherweise ist die Situation auch dergestalt, dass die Mittel und Kapazitäten für Schulbildung mit und ohne Dorfschule vorhanden sind, jedoch kein Schulobligatorium besteht und die Eltern Schulunterricht als überflüssig bewerten. Dann kommt es sowohl mit als auch ohne politische Intervention zur Verhinderung des Schulbesuches der entsprechenden Kinder (Nichterfüllung der Erfolgsbedingungen). Die politische Intervention übt darauf keinen Einfluss aus.

Für das Beispiel des Heizstrahlerverbots zeigt die Bestimmung der Einflussgrössen allenfalls, dass die potenziellen Nutzer von Heizsystemen im Aussenbereich in zwei Gruppen unterteilt werden müssen, die sich in ihrer Sensibilisierung bezüglich Sparsamkeit beim Ressourcenverbrauch unterscheiden. Einerseits können eventuell sensibilisierte Akteure ausgemacht werden, die aus eigener Überzeugung auf eine Beheizung verzichten. Die Erfolgsbedingungen zugunsten sparsamen Verbrauchs von Brennstoffen zum Heizen in Aussenräumen treffen für diese Gruppe somit zu. Ein Verbot für Heizstrahler ändert nichts an der entsprechenden Situation. Auf der anderen Seite stehen die nicht-sensibilisierten Akteure. Falls diese über günstige Technologien zur Beheizung von Aussenräumen verfügen und beheizte Aussenräume als angenehm empfinden bzw. beheizte Aussenräume für Restaurantbesitzer höhere Gewinne versprechen, sind die Erfolgsbedingungen nicht erfüllt, womit Aussenräume durch diese Akteure mutmasslich beheizt werden. Bei einem Verbot von Heizstrahlern stellt ein Ausweichen auf anderweitige Technologien eine Alternative dar. Stehen jedoch keine alternativen Heizsysteme für Aussenräume zur Verfügung oder bewerten diese die Akteure als zu teuer, kann ein Verbot allenfalls ein Beheizen von Aussenräumen verhindern. Ein Restaurantbesitzer wird dabei Mehraufwände für alternative Heiztechnologien abwägen gegen vermutete Mindereinnahmen aufgrund ausbleibender Gäste im Aussenbereich, wenn keine Wärmequelle verfügbar ist. Dabei kann er auch in Erwägung ziehen, Mindereinnahmen etwas abzuschwächen beispielsweise mit dem Angebot von wärmenden Wolldecken. Alternativ kann ein Akteur auch erwägen, das Verbot zu missachten. Dabei wird er allfällige negative Konsequenzen, die er bei einer Entdeckung zu erwarten hat, abwägen mit seiner Einschätzung der Eintretenswahrscheinlichkeit einer Entdeckung. Voraussetzung für ein Eintreten ist dabei die Beobachtbarkeit des Fehlverhaltens. Weiter können auch Durchsetzungsmöglichkeiten wie die Beschlagnahmung von verwendeten Heizkörpern einen (weiteren) Einsatz derselben verhindern. Während somit im Falle von empfindlichen Bussen oder der Möglichkeit einer Beschlagnahmung illegal eingesetzte Heizkörper die Durchsetzbarkeit des Verbots bei Restaurants plausibel erscheint, da diese aufgrund ihres öffentlichen Charakters gut kontrollierbar sind, kann die Durchsetzbarkeit bei Privatpersonen allenfalls angezweifelt werden, da Beobachtbarkeit erschwert ist. Die Wirksamkeit eines Verbots betreffs sparsamen Ressourcenverbrauchs würde sich dann auf einzelne Restaurants beschränken.

Ist die Erfüllung der Erfolgsbedingungen zugunsten eines einschlägigen Ergebnisses mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag anhand der vorliegenden Einflussgrössen mit und ohne Berücksich-

tigung der Einflusswirkungen des politischen Instruments/Settings eingeschätzt, lässt sich daraus das Nachhaltigkeitspotenzial des entsprechenden Instruments/Setting hinsichtlich dieses Ergebnisses bestimmen. Ein positives Potenzial liegt vor, falls die Erfolgsbedingungen mit vorliegendem politischen Instrument/Setting neu erfüllt werden. Ein negatives Potenzial liegt dagegen vor, wenn die Erfolgsbedingungen mit dem politischen Instrument/Setting neu nicht mehr erfüllt sind. Falls kein Unterschied in der Erfüllung der Erfolgsbedingungen festgestellt werden kann, liegt entweder kein Potenzial vor oder aber ein nicht-substanzielles Potenzial. Eine Situation mit einem nicht-substanziellem Potenzial (oder Potenzial unter Vorbehalt) liegt vor, wenn das politische Instrument zwar Beachtung findet, die Erfolgsbedingungen sich aber einzig aus reiner Akteur-Sicht auf ein neues Ergebnis ausrichten, aus einer Nachhaltigkeitsperspektive die Ergebnisse allerdings mit und ohne politische Intervention substanziell gleichwertig sind (denselben positiven/negativen Nachhaltigkeitsbeitrag leisten) (z.B. bei Mitnahmeeffekten). Bei der Gesamtwürdigung eines Instruments/Settings hinsichtlich verschiedener Nachhaltigkeitsziele zeigt sich möglicherweise, dass ein Instrument hinsichtlich einiger Nachhaltigkeitsbeiträge positives Potenzial aufweist, hinsichtlich anderer dagegen ein Negatives. Dem Instrument/Setting kann in einem solchen Fall insgesamt kein rein positives oder negatives, hingegen ein ambivalentes Potenzial zugeschrieben werden.

## 6 Anwendung des Instrumentariums zur Beurteilung des Nachhaltigkeitspotenzials

### 6.1 Fallstudien

#### 6.1.1 Zweck und Auswahl der Fallstudien

Absicht der vorliegenden Arbeit ist die Ausarbeitung eines Instrumentariums zur Beurteilung des Nachhaltigkeitspotenzials von politischen Instrumenten. Im vorangehenden theoretischen Teil wurde auf Basis eines Handlungsmodells und normativer Überlegungen zur Nachhaltigkeit ein entsprechendes Instrumentarium entwickelt. Im vorliegenden empirischen Teil wird dieses in der praktischen Anwendung erprobt und anhand von Praxisbeispielen auf die Anwendbarkeit geprüft. Nur wenn sich die Fruchtbarkeit des Instrumentariums wenigstens exemplarisch zeigen lässt, kann die Arbeit dem Anspruch gerecht werden, ein geeignetes Mittel zur Beurteilung des Nachhaltigkeitspotenzials politischer Instrumente auf den Weg zu bringen.

Das in den Kapiteln 4 und 5 erarbeitete Instrumentarium bezweckt, eine Einschätzung von Nachhaltigkeitswirkungen verschiedenartiger *policy* Instrumente in unterschiedlichen Kontexten zu ermöglichen. Der Fokus der Analyse richtet sich dabei auf die Rahmenbedingungen von Akteur-Handlungen und deren Modifikation durch die politischen Instrumente, wobei die Frage im Zentrum steht, ob mit der politischen Intervention Handlungen angestoßen werden, die den Zielsetzungen einer nachhaltigen Entwicklung förderlich sind. Dahinter steht das Verständnis von nachhaltiger Entwicklung als Aggregat einer Vielzahl von Nachhaltigkeitsbeiträgen einzelner Akteure.

Die Anwendbarkeit auf eine Vielfalt von politischen Instrumenten ist ein Anspruch des Instrumentariums. Dieser Anspruch geht aus dem Sachverhalt hervor, dass eine Vielzahl unterschiedlicher Governance-Formen existiert, die für sich reklamieren, nachhaltigkeitsförderlich zu sein. Das Instrumentarium soll dazu verwendet werden können, die Nachhaltigkeitspotenziale unterschiedlicher Formen zu ermitteln und einander gegenüberzustellen. Damit soll er ebenfalls zur Klärung der Frage beitragen, ob traditionelle, staatlich-hierarchische Governance-Formen zur Erzielung einer nachhaltigen Entwicklung anderweitigen, von zivilgesellschaftlichen Akteuren (mit-)gestalteten Governance-Formen unterlegen sind, wie dies in der Literatur oft propagiert wird (vgl. Kapitel 2). Entsprechend wurden Fallbeispiele ausgewählt, die Vertretungen unterschiedlicher Governance-Ausrichtungen repräsentieren. Die eine Fallstudie widmet sich einem regionalen, im Rahmen einer Stiftung initiierten Programm, während die andere Fallstudie einen ‚top-down-Ansatz‘ untersucht, der ein bundesweites Anreizinstrument vorsah. Erstere Fallstudie bezieht sich auf ein bestehendes Governance-Setting und repräsentiert damit eine ex post-Analyse. Die zweite Fallstudie hat dagegen einen nicht umgesetzten Gesetzesvorschlag zum Inhalt, womit diese eine ex ante-Analyse darstellt. Die beiden ausgewählten Fallbeispiele beziehen sich auf die Schweiz und sind demselben Themenbereich – der Freiwilligenarbeit – zugehörig. Die Wahl dieser Beispielfälle ermöglicht trotz Verschiedenheit der Instrumente eine direkte



Gegenüberstellung der ermittelten Nachhaltigkeitspotenziale. Für die Wahl der Fallbeispiele ausschlaggebend war das Potenzial, das diese boten zum Austesten des Bewertungsinstrumentariums, während thematische Argumente eine untergeordnete Rolle spielten. Ein vorliegender Anspruch, dass die zu prüfenden Instrumente einer nachhaltigen Entwicklung dienlich sind, wurde jedoch vorausgesetzt. Beide Fallbeispiele verfolgen die Förderung von Freiwilligenarbeit als Ziel. Die Verbindung von Freiwilligenarbeit mit Nachhaltigkeit kann mit der unterstützenden Funktion begründet werden, die Freiwilligenarbeit für die Gesellschaft ausübt. Freiwilligenarbeit kann als Ersatz fungieren für unerschwingliche oder nicht verfügbare privatwirtschaftliche oder staatliche Dienstleistungen. Von den geleisteten Beiträgen profitieren (bedürftige) Einzelpersonen, aber auch die Gesellschaft, die in ihrer sozialen Kohäsion gestärkt wird. Damit kann Freiwilligenarbeit ein Mittel sein zur Umsetzung des Ziels einer nachhaltigen Entwicklung. Die regional verortete Fallstudie wurde zudem als ‚Best-Practice‘-Beispiel einer nachhaltigen Regionalentwicklung ausgezeichnet (siehe Kapitel 6.1.2).

### 6.1.2 Fallbeschreibungen

Die beiden untersuchten Fallbeispiele sind (1) die Zeitbörse von Benevol St. Gallen, die eine Plattform darstellt zum Tausch von nachbarschaftlichen Dienstleistungen, sowie (2) die in der politischen Diskussion immer wieder eingebrachte Idee von Steuererleichterungen für Freiwilligenarbeit.

#### *Zeitbörse der Benevol St. Gallen*

Die erste Fallstudie behandelt die Zeitbörse. Die Zeitbörse ist ein Netzwerk bestehend aus Privatpersonen, die untereinander Arbeitsleistung gegen Arbeitsleistung tauschen.<sup>71</sup> Leitung und Organisation, welche auf professioneller Basis ausgeführt wird, obliegt der Stiftung Benevol St. Gallen. Benevol St. Gallen ist eine Plattform für Freiwilligenarbeit des kantonalen Schweizerischen Roten Kreuzes. Die im Rahmen der Zeitbörse angebotenen Dienstleistungen sind vielfältiger Natur. Die Zeitbörse versteht sich als Vermittlerin. Privatpersonen soll die Möglichkeit gegeben werden, ihre Fähigkeiten im informellen Rahmen anderen Personen zugutekommen zu lassen. Soziale Aspekte werden dabei ebenfalls als wichtig erachtet. Im Rahmen der Fallanalyse nicht berücksichtigt wird das weiterführende Angebot der Zeitbörse zum Tausch von Wohnraum gegen Arbeitsleistung (Benewohnen).

Das Konzept der Zeitbörse steht nicht alleine da. Gleichartige oder ähnliche Projekte finden sich weltweit vielerorts. Nicht nur für den Tausch von Zeit bzw. Dienstleistungen, auch für die Ausleihe oder die gemeinsame Nutzung von Gütern und Geld existieren (mehrheitlich internetbasierte) Plattformen.<sup>72</sup> Für diese alternative Art des Wirtschaftens bzw. Konsumierens findet der Begriff Sharing Economy Verwendung. Von der Sharing Economy verspricht man sich auch Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung von Gesellschaften. So erhofft man sich etwa durch das Teilen von Gütern die Einsparung von Ressourcen. Die Zeitbörse der Benevol St. Gallen ist beim Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) als Best Practice Beispiel für informelle Bildung für

<sup>71</sup> Siehe Website der Zeitbörse: <http://www.benevol-sg.ch/zeitboerse> (Benevol St. Gallen 2016).

<sup>72</sup> Für einen Überblick von Tauschbörsen in der Schweiz, Österreich und Deutschland siehe Website za:rt: <http://www.zart.org/> (ZA:RT 2016).

eine Nachhaltige Entwicklung aufgeführt (ARE & SUK 2009: 21-23). Unter informeller Bildung bezieht sich das ARE auf ein von der United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) propagiertes Verständnis, das darunter die beiläufige Aneignung von Wissen und Fähigkeiten im alltäglichen Leben versteht (ARE & SUK 2009: 2). Einen Bezug der Zeitbörse zur nachhaltigen Entwicklung sieht das ARE neben der bildungsförderlichen Funktion ebenso im Zuwachs an sozialen Netzwerken sowie in einem ökologischen Beitrag aufgrund der Unterstützung einer „Wirtschaft der kurzen Wege“ (ebd.: 21).

### *Steuererleichterungen für Freiwilligenarbeit*

Die bundesweite Förderung der Freiwilligenarbeit in der Schweiz wurde bereits mehrfach in den politischen Diskurs eingebracht. Im Jahr 2000 wurde in einer als Postulat überwiesenen Motion (Nr. 00.3211 (Die Bundesversammlung 2000)) ein Bericht gefordert zum Stand der Freiwilligenarbeit und der vorliegenden Förderstrukturen seitens des Bundes und der Möglichkeiten für Unterstützungsmassnahmen des Freiwilligensektors. In einer kurz darauf eingereichten parlamentarischen Initiative (Nr. 00.418 (Die Bundesversammlung 2001a)) wurde die Schaffung bestimmter Rechte für die gemeinnützige Vereinsarbeit gefordert, wie beispielsweise die Möglichkeit der Beurlaubung zur Wahrnehmung von Vertretungspflichten. Die Initiative fand allerdings keine Mehrheit im Parlament. Ein Postulat im Jahr 2007 (Nr. 07.3718 (Die Bundesversammlung 2009)) verlangte vom Bundesrat, diverse Massnahmen zur Förderung von Freiwilligenarbeit zu prüfen, insbesondere die Schaffung einer Ansprechstelle auf Bundesebene. Das Postulat wurde dann aber abgeschrieben, da es zu lange hängig war.

Im Rahmen der Diskussionen zur Förderung von Freiwilligenarbeit wurde ebenfalls die Idee von Steuererleichterungen aufgeworfen. Entsprechende Bemühungen auf Kantonsebene wurden mit Verweis auf die Unvereinbarkeit mit dem Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden verhindert (BFS 2004: 23-24). Auf Bundesebene wurden im Jahr 2011 zwei Motionen eingereicht, die die Einführung von Steuerabzügen für Freiwilligenarbeit zugunsten juristischer Personen mit gemeinnützigen Zwecken verlangen (Motionen Nr. 11.3636 (Die Bundesversammlung 2012) und Nr. 11.3083 (Die Bundesversammlung 2011)). Der Bundesrat empfahl die Motionen zur Ablehnung, da er im Bereich der Freiwilligenarbeit keinen Handlungsbedarf ortete und einzig einen hohen Mitnahmeeffekt und beträchtliche Schwierigkeiten beim Vollzug einer entsprechenden Bestimmung vermutete. Das Parlament lehnte die beiden Motionen in Folge auch ab. Im Jahr 2013 wurde eine weitere Motion eingereicht, die eine Revision der Steuergesetze verlangt, so dass Aufwendungen für die Ausübung gemeinnütziger Arbeit auf Bundes- und Kantonsebene abzugsfähig werden (Motion Nr. 13.3466 (Die Bundesversammlung 2015)). Begründet wurde die Forderung der Motion mit der wichtigen Unterstützung für das Gemeinwesen, das von Freiwilligenarbeit ausgeht. Zudem wiesen die Motionäre darauf hin, dass im Gegensatz zu Aufwendungen im Rahmen der Ausübung von Freiwilligenarbeit finanzielle Zuwendungen für gemeinnützige Organisationen abzugsfähig sind. Die Motion erwähnt ebenfalls ein Postulat aus dem Jahr 2001, das eine generelle Abzugsfähigkeit von Aufwendungen im Rahmen gemeinnütziger Arbeit verlangte und vom Nationalrat angenommen wurde (Postulat Nr. 01.3004 (Die Bundesversammlung 2001b)). Das Postulat wies wiederum einen Bezug auf zur bereits erwähnten parlamentarische Initiative aus dem Jahr 2000, die

unter anderem auch die Möglichkeit des Abzugs persönlicher Aufwendungen für gemeinnützige Arbeit von den Steuern vorsah. Der Bundesrat sprach sich in all diesen parlamentarischen Vorstössen gegen die Einführung entsprechender Steuererleichterungen aus. Die Argumentation stützte sich dabei ebenfalls auf das Fehlen eines Handlungsbedarfes und die inhärenten Umsetzungsschwierigkeiten (etwa Abgrenzungs- und Bewertungsprobleme). Im Verlaufe der vorliegenden Fallstudienbearbeitung wurde die Motion mit Einreichungsjahr 2013 abgeschrieben, da sie über zwei Jahre hängig blieb. Damit bleibt die Umsetzung der inhaltlichen Forderung (vorerst) aus. Für die Bearbeitung der Fallstudie spielt dieser Umstand keine Rolle. Das Bewertungsinstrumentarium ist darauf ausgerichtet, ex ante Nachhaltigkeitseinschätzung von *policy* Instrumenten vornehmen zu können, deren Implementation ist für dessen Anwendung keine Bedingung. Eine entsprechende Nachhaltigkeitseinschätzung kann angesichts der immer wieder betonten Wichtigkeit von Freiwilligenarbeit und der regelmässig auf der politischen Agenda erscheinenden Forderung nach deren Unterstützung wertvolle Hinweise liefern, ob entsprechende Anliegen aus einer Nachhaltigkeitsperspektive zu befürworten sind.

### 6.1.3 Methodik

Die Fallbeispiele dienen der Erprobung des Instrumentariums zur Bestimmung des Nachhaltigkeitspotenzials von *policy*-Strukturen aus Kapitel 5. Die Durchführung der Fallstudien entsprach der im Kapitel 5 vorgeschlagenen Vorgehensweise. Im ersten Analyseteil erfolgte die Identifikation der auf Akteurhandlungen einflussrelevanten Bestandteile des zu untersuchenden *policy*-Settings (Zeitbörse) bzw. *policy*-Instruments (Motion Steuerbegünstigung). Im zweiten Teil wurde untersucht, ob die einschlägigen Einflussgrössen für bestimmte Akteure in einem Wirkungszusammenhang mit Ergebnissen mit positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen stehen könnten. Bei festgestellten potenziellen Wirkungszusammenhängen wurde im dritten Analyseteil der Kontext berücksichtigt durch die Einschätzung des (Nicht-)Zutreffens der Erfolgsbedingungen für die Erzielung von Ergebnissen mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag. Dazu erfolgte eine Einschätzung der für die Erfolgsbedingungen relevanten Einflussgrössen auf Akteurhandlungen mit wie auch ohne Einbezug der politischen Instrumente. Aus diesem Vergleich liessen sich Aussagen zu deren Nachhaltigkeitspotenzial herleiten.

Das im Rahmen der Analyse verwendete Datenmaterial basierte auf öffentlich zugänglichen schriftlichen Quellen. Berücksichtigt wurden Quellen von der und über die Zeitbörse sowie Quellen zu politischen Vorstössen zur Freiwilligenarbeit und zu Freiwilligenarbeit im Allgemeinen. Die drei Analyseteile des Instrumentariums zur Bestimmung des Nachhaltigkeitspotenzials weisen einen aufbauenden Charakter auf. Somit flossen jeweils die Resultate eines Analyseteils in den folgenden Analyseschritt als Datengrundlage mit ein.

#### *Erster Analyseschritt*

Zweck von Analyseschritt 1 war die Identifikation und Beschreibung der auf Akteurhandlungen einflussrelevanten Elemente des politischen Instruments bzw. Settings inklusive der Benennung der betroffenen Akteure. Dies erforderte eine Recherche zur genauen Ausgestaltung des Settings (Zeitbörse) bzw. Instruments (Motion Freiwilligenarbeit). Grundlage dazu bildeten Dokumente, die die Ausgestaltung und Funktionsweise des Settings/Instruments zum Inhalt hatten.

Die berücksichtigten Dokumente für die erste Fallstudie waren schriftliche Quellen zur Zeitbörse, deren Urheber die Zeitbörse selbst waren (Primärliteratur). Die Dokumente wurden ausschliesslich über die Website der Zeitbörse bezogen. Die Quellen waren namentlich:

- Website der Zeitbörse: <http://www.benevol-sg.ch/>
- Folgende über die Website zugängliche Dokumente:
  - > Flyer
  - > Jugendflyer
  - > Cyclos - Schritt - für - Schritt (Anleitung zur Nutzung von Cyclos)
  - > Merkblatt za:rt (Merkblatt netzwerkübergreifendes Tauschen)

Diese Quellen wurden einer Inhaltsanalyse unterzogen. Die entsprechende Auswertung orientierte sich dabei am Analysekriterium der potenziellen Betroffenheit von Akteuren durch Bestandteile des Untersuchungsgegenstandes. Eine potenzielle Betroffenheit wurde vermutet, wenn sich einem Bestandteil des Untersuchungsgegenstandes ein betroffener Akteur zuordnen liess (was bedeutet, dass ein Akteur aufgrund des Instruments (eines Instrumentenbestandteils) etwas (nicht mehr) darf/kann/muss/soll/weiss/kennt etc.). Als mögliche betroffene Akteure wurden Akteure ausserhalb des ‚instrumentgestaltenden‘ Akteurs (Organisatoren der Zeitbörse bzw. politische Gremien) definiert. Ausgenommen waren somit interne Regelungen zur Organisation, zu den Pflichten etc. des ‚instrumentgestaltenden‘ Akteurs, solange derartige Bestimmungen keinen direkten Bezug zu ‚externen‘ Akteuren aufwiesen. Dagegen wurden beispielsweise Regelungen zur Umsetzung/Durchsetzung von Bestimmungen gegenüber externen Akteuren seitens der Organisatoren als potenziell einflussrelevanter Aspekt des Untersuchungsgegenstands gewertet. Textstellen, die Hinweise auf potenziell einflussrelevante Instrumentenbestandteile enthielten, wurden in einer Tabelle erfasst und mit Hinweisen zu den betroffenen Akteuren versehen. Im Anschluss wurden die erfassten Inhalte einer induktiven Gruppierung unterzogen: Es erfolgte eine Zuordnung zu einzelnen Stichworten mit einer Zusammenfassung der Inhalte. Die Stichworte wurden anschliessend zur Verbesserung der Übersichtlichkeit noch Themengruppen zugeordnet.

Für die zweite Fallstudie bildete der Text zur Motion Nr. 13.3466 die Grundlage zur Identifikation der Einflussrelevanz. Da Motionen keine ausgearbeiteten Gesetzesentwürfe enthalten, mussten Annahmen getroffen werden, mit welchen Inhalten eine entsprechend ausgearbeitete Gesetzesgrundlage ausgestaltet sein könnte. Dies betraf einerseits Annahmen, für welche Art von Freiwilligenarbeit Steuererleichterungen zugelassen würden, und andererseits wie die Steuererleichterung ausgestaltet sein würde. Zur Herleitung der Annahmen dienten Literatur zu Freiwilligenarbeit (für Definitionen von Freiwilligenarbeit) und die Steuergesetze des Bundes (für Arten von Steuererleichterungen). Als Ergebnis wurde ein möglicher Gesetzestext, welcher der Forderung der Motion entspricht, formuliert. Die eigentliche Identifikation der Einflussrelevanz basierte in Folge auf dieser hypothetischen Formulierung gemäss dem Analysekriterium der potenziellen Betroffenheit von Akteuren.

*Zweiter Analyseschritt*

Die im Analyseschritt eins identifizierten einflussrelevanten Elemente (Settingbestandteile der Zeitbörse bzw. Gesetzestext zur Steuerbegünstigung von Freiwilligenarbeit) wurden im zweiten Analyseschritt auf allfällige Wirkungszusammenhänge mit Ergebnissen mit positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen untersucht. Ein allfälliger Wirkungszusammenhang wurde als zutreffend bewertet, wenn (Non-)Konformität eines einflussrelevanten Elements mit einem oder mehreren AdEnE(s) ausgemacht werden konnte (siehe Kapitel 4.5.4 und Anhang 1). Die entsprechenden AdEnEs fungierten damit als Kriterien zur Beurteilung des Bestehens relevanter Wirkungszusammenhänge.

Für eine Überprüfung des Bestehens relevanter Wirkungszusammenhänge musste einerseits beurteilt werden, inwieweit durch einflussrelevante Elemente eine Modifikation stattfindet von:

- dienlichen/hinderlichen Handlungsressourcen betreffend die Ausübung bestimmter produktiver Aktivitäten (lässt Rückschlüsse auf AdEnE 1a zu)
- Handlungsressourcen betreffend die Attraktivität bestimmter Aktivitäten/Sachverhalte (lässt Rückschlüsse auf AdEnE 2a zu)
- von Handlungsressourcen zur Durchsetzung bestimmter Aktivitäten/Sachverhalte (lässt Rückschlüsse auf AdEnE 3a zu)
- verfügbarer (werthaltiger) Information zu bestimmten Sachverhalten (lässt Rückschlüsse auf AdEnE 1b, 2b, 3b und 3c bzw. 1c, 2c und 3d zu).

Bei entsprechenden festgestellten Modifikationen erfolgte andererseits eine Prüfung, ob diese sich konform, non-konform oder neutral verhalten zu einem Ansatz der Einflussnahme in Bezug auf Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag. Als Ergebnis der Analyse wurden die einflussrelevanten Elemente aufgeführt mit einem allfällig identifizierten potenziellen Wirkungszusammenhang und dem betreffenden Ergebnis mit Nachhaltigkeitsbeitrag (inkl. Zuordnung zu AdEnE).

Bei Elementen, bei denen Konformität mit einem AdEnE vorlag, wurde dies als Möglichkeit gedeutet, dass sie ein positives Nachhaltigkeitspotenzial beinhalten und demnach u.U. aktiv zum Ziel einer nachhaltigen Entwicklung beitragen können. Lag dagegen eine Non-Konformität vor (d.h. Bedingungen werden gefördert, die für Ergebnisse förderlich sind, die in einem inhaltlichen Widerspruch zu einem Ergebnis mit einem positiven Nachhaltigkeitsbeitrag stehen), galt dies als Hinweis, dass das Element das Risiko eines negativen Nachhaltigkeitspotenzials und damit der Torpedierung von Nachhaltigkeitszielen in sich trägt. War dagegen kein Zusammenhang mit den Ansätzen der Einflussnahme auszumachen (Neutralität, also weder Konformität noch Non-Konformität), so liess sich dem Element kein inhärentes Nachhaltigkeitspotenzial zuschreiben. In einem solchen Fall erübrigte sich der Einbezug dieses Elements in die weitere Analyse (Schritt drei).

Bei der Eruierung von Wirkungszusammenhängen wurden für den Untersuchungsraum allgemeingültige Rahmenbedingungen (wie beispielsweise geltende Gesetze) als vorausgesetzt berücksichtigt. Für einen Untersuchungsraum aufgrund der Rahmenbedingungen generell nicht-realizable Wirkungszusammenhänge eines Instruments mit Akteur-Aktivitäten/Handlungsergebnissen wurden damit bereits zum Vornherein ausgeschlossen. Nicht offensichtliche bzw.

nicht bekannte oder eindeutig definierte potenzielle Wirkungszusammenhänge von Elementen mit Akteur-Aktivitäten bzw. Handlungsergebnissen erforderten dagegen eine entsprechende Literaturrecherche.

Ein entsprechender Recherchebedarf zeigte sich bei der ersten Fallstudie in zweierlei Hinsicht. Einerseits mussten die im Rahmen des Tauschnetzwerkes ausgetauschten Dienstleistungen genauer präzisiert werden, um deren Rolle im Rahmen von Ergebnissen mit positiven oder negativen Nachhaltigkeitsbeiträgen besser beurteilen zu können. Andererseits stellte sich die Frage, ob von gewissen im Rahmen der Zeitbörse implementierten Handlungsressourcen eine Attraktivitätswirkung ausging (Tauschnetzwerk per se, Anforderungen an die Mitgliedschaft, Tauschtreffs, etc.). Zur Präzisierung der Art getauschter Dienstleistungen wurde auf die Marktzeitung der Zeitbörse zurückgegriffen (Primärquelle). Zur Beurteilung der Attraktivitätswirkungen wurden die Medienartikel auf der Website der Zeitbörse berücksichtigt (mit Ausnahme der Artikel betreffend das Programm „BeneWohnen“) (Sekundärquellen). Die Prüfung der Quellen erfolgte anhand einer Dokumentenanalyse. Das angewendete Analysekriterium war der Hinweis eines Textinhalts auf eine mögliche (Non-)Konformität oder Neutralität eines einflussrelevanten Elements mit einem AdEnE. Bei der Marktzeitung wurde demnach nach Hinweisen gesucht, auf welche Aktivitäten der Akteure sich die einflussrelevanten Settingbestandteile der Zeitbörse beziehen. Bei der Sichtung der Medienartikel zur Zeitbörse wurde nach Hinweisen gesucht, ob den einschlägigen Handlungsressourcen ein bestimmter Attraktivitätsaspekt innewohnt bzw. ob sie für bestimmte Aktivitäten oder Sachverhalte attraktivitätsförderlich oder attraktivitätshemmend sind.

Bei der zweiten Fallstudie bestanden Informationsdefizite bezüglich der Einsatzgebiete von freiwilligen Tätigkeiten sowie bezüglich der Motivationseffekte von Subventionszahlungen auf freiwillige geleistete unentgeltliche Arbeitseinsätze. Im Gegensatz zur ersten Fallstudie konnte bei der zweiten Fallstudie nur auf Sekundärliteratur zurückgegriffen werden. Zur Bestimmung der Einsatzgebiete von Freiwilligentätigkeit wurden neben dem Motionstext verschiedene schweizerische und europäische Studien mit Bezug zu Freiwilligenarbeit gesichtet.<sup>73</sup> Zur Klärung von Motivationseffekten wurde Literatur zu Motivationsfaktoren von Freiwilligenarbeit mit Fokus auf finanzielle Anreize konsultiert. Die Prüfung der Quellen erfolgte wiederum anhand einer Dokumentenanalyse. Das angewendete Analysekriterium war die Identifikation von Hinweisen, auf welche Einsatzgebiete sich die für Steuerbegünstigung vorgesehene Freiwilligenarbeit erstreckt und ob finanziellen Zuwendungen für Freiwilligenarbeit ein relevanter Attraktivitätsaspekt innewohnt.

### *Dritter Analyseschritt*

Der dritte Analyseschritt diente dazu aufzuzeigen, wie Kontextfaktoren die potenzielle Durchschlagskraft identifizierter potenzieller Wirkungszusammenhänge aus Analyseteil zwei auf Ergebnisse beeinflussen. So ist ein politisches Instrument nie alleiniger Einflussfaktor auf Akteurhandlungen, sondern stets Teil eines ganzen Sets von Einflussgrößen, die sich gegenseitig hinsichtlich eines angestrebten Ergebnisses bedingen oder bestärken, aber gegebenenfalls auch wi-

---

<sup>73</sup> Berücksichtigt wurden: BFS 2015; Stadelmann-Steffen et al. (2010); ESS 2006/2008/2010/2012/2014; EVS 2008.

dersprechen können. Ob dabei die Einflussgrößen insgesamt die Erzielung eines angestrebten Ergebnisses wahrscheinlich machen, lässt sich anhand der Erfolgsbedingungen ermitteln (siehe Kapitel 4.5.2 und Anhang 1). Ist die Ausprägung der Einflussgrößen dergestalt, dass alle drei Erfolgsbedingungen hinsichtlich dieses Ergebnisses erfüllt sind, ist die Wahrscheinlichkeit der Erzielung dieses Ergebnisses hoch. Sind dagegen mit den vorliegenden Einflussgrößen einzelne oder alle Erfolgsbedingungen nicht erfüllt, kann eine Ergebnisverfehlung vermutet werden. Ein politisches Instrument ist dann potenziell durchschlagend für die Ergebniserzielung, wenn es die entscheidenden Elemente liefert, welche das Nicht-Zutreffen der drei Erfolgsbedingungen in ein Zutreffen kehrt (*vice versa*). Da im Analyseschritt zwei potenzielle Wirkungszusammenhänge der einflussrelevanten Elemente mit einer Vielzahl von Ergebnissen mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag identifiziert wurden, wurde eine Auswahl getroffen, bezüglich der die Erfolgsbedingungen bestimmt wurden. Die Auswahl fiel auf Ergebnisse, die in beiden Fallstudien auftraten.

Um das Vorliegen der Erfolgsbedingungen zu den ausgewählten Ergebnissen beurteilen zu können, wurden als erstes die Akteure bezeichnet, die sich für die Ergebniserzielung verantwortlich zeigten. Anschliessend wurde eine Einschätzung der Ausstattung der Akteure mit für die Erfolgsbedingungen bezüglich der untersuchten Ergebnisse relevanten Einflussgrößen vorgenommen. Relevante Einflussgrößen umfassten:

- Vorliegende/fehlende, von den Akteuren anerkannte Handlungsressourcen, die zur Ausführung produktiver Aktivitäten zur Erzielung der untersuchten Ergebnisse genutzt werden können,<sup>74</sup> die zwingende Vorschriften bezüglich der untersuchten Ergebnisse machen oder die die Ergebniserzielung behindern können (1. Erfolgsbedingung)
- Wahrnehmung der Möglichkeiten zur Ergebniserzielung/-Verfehlung (1. Erfolgsbedingung)
- Bestehende Attraktivitätsmomente bzw. Präferenzen bezüglich (möglicher Varianten) der Ergebniserzielung (2. Erfolgsbedingung)
- Wahrnehmung der Attraktivitätsmomente (2. Erfolgsbedingung)
- Vorliegende Handlungsressourcen der Einflussnahme für/wider die Ergebniserzielung und die Erzielung damit einhergehender Attraktoren (3. Erfolgsbedingung)
- Wahrnehmung der Realisierbarkeit der Ergebnisse und damit einhergehender Attraktoren (beinhaltet Wahrnehmung der Möglichkeiten der Einflussnahme) sowie Beobachtbarkeit von Verhalten, das Eingriffe provoziert zur Sicherstellung/Verhinderung der Erzielung der Ergebnisse und damit einhergehender Attraktoren (3. Erfolgsbedingung)
- Bereitschaft, Verfehlungsrisiken einzugehen (3. Erfolgsbedingung)

Die Einschätzung der Einflussgrößen bezog sich einerseits auf die vorliegenden Größen ohne Berücksichtigung der Einflusswirkung der untersuchten politischen Instrumente. Andererseits wurde dieser Einschätzung die Veränderung, die sich durch die einflussrelevanten untersuchten Elemente der Fallbeispiele ergab, nebenangestellt. Grundlage für Letzteres waren die identifizierten Einflussgrößen aus Analyseschritt zwei. Die diesen Einflussgrößen zugeordneten Ansät-

---

<sup>74</sup> Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass bestimmte Ergebnisse auf verschiedene Weisen mit unterschiedlichen Handlungsressourcen erzielt werden können.

ze der Einflussnahme bzw. deren Nummerierung wiesen dabei auf die von den Einflussgrössen betroffenen Erfolgsbedingungen hin (1 stand für 1. Erfolgsbedingung, etc.).

Da der Fokus der untersuchten Handlungen auf Freiwilligenarbeit lag, bildete die Grundlage der Einschätzung der Einflussgrössen eine Inhaltsanalyse von Literatur zu Freiwilligenarbeit allgemein. Analysekriterium bei der Sichtung der Literatur war der Hinweis eines Textinhalts auf notwendige sowie vorliegende/fehlende Einflussgrössen, die zum Zutreffen oder Nicht-Zutreffen der Erfolgsbedingungen untersuchter Ergebnisse beitrugen. Auf weiterführende detaillierte Recherchen zu spezifischen Einflussgrössen der konkret untersuchten freiwilligen Aktivitäten und zu alternativen Ausführungsweisen dieser Aktivitäten (z.B. bezahlte Arbeitsleistung) wurde aus zeitlichen Gründen verzichtet, da dies einen unverhältnismässigen Aufwand dargestellt hätte. Stattdessen wurden exemplarisch einzelne bekanntermassen vorliegende Einflussgrössen aufgeführt, die eine grosse Relevanz hinsichtlich der Erfolgsbedingungen aufwiesen. Ebenso wurden indirekte Hinweise auf das Vorliegen geeigneter Einflussgrössen aufgeführt, etwa wenn vom Bestehen von Marktangeboten auf das Vorhandensein der für die Realisierung dieser Angebote notwendigen Handlungsressourcen geschlossen wurde. Falls zu relevanten Einflussgrössen keinerlei fundierte (exemplarische) Aussagen gemacht werden konnten, wurden (entsprechend deklarierte) Annahmen aufgeführt.

Anhand der gemachten Einschätzung der vorliegenden (fehlenden) Einflussgrössen konnten Aussagen zum (Nicht-)Zutreffen der Erfolgsbedingungen hinsichtlich der untersuchten Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag gemacht werden – sowohl mit wie auch ohne Einbezug der Einflusswirkung der Fallbeispiele. Daraus konnten Aussagen hergeleitet werden zu den wahrscheinlichen Ergebnissen unter den aufgeführten Einflussgrössen mit und ohne Berücksichtigung der Fallbeispiele und damit zum Wirkungspotenzial bzw. Nachhaltigkeitspotenzial der Fallbeispiele. Dabei wurde folgende Bedingung angewandt (siehe Definition Nachhaltigkeitspotenzial von Kapitel 5.3.1): In ihrem Nachhaltigkeitsbeitrag unterschiedliche Ergebnisse im Vergleich der Erfolgsbedingungen mit und ohne die politischen Einflussgrössen lassen eine Wirkung des politischen Settings/Instruments und damit ein substanzielles (oder vorbehaltloses) Nachhaltigkeitspotenzial vermuten. Fallen die Ergebnisse aus Akteur-Sicht unterschiedlich aus, sind aus einer Nachhaltigkeitsperspektive jedoch gleichwertig (identischer Nachhaltigkeitsbeitrag), dann liegt ein nicht-substanzielles Potenzial bzw. ein Potenzial unter Vorbehalt vor. Ändert sich durch das politische Instrument nichts am mutmasslich erzielten Ergebnis, kann dem Instrument keine Wirkung und damit kein Potenzial nachgesagt werden.

## 6.2 Fallanalyse Zeitbörse Benevol St. Gallen

### 6.2.1 Identifikation der einflussrelevanten Elemente

Im ersten Analyseschritt wurde das Setting der Zeitbörse auf Elemente mit Einflussrelevanz auf Akteur-Handlungen hin untersucht. Dabei zeigte sich, dass verschiedenste Aspekte der Zeitbörse die handlungsleitenden Rahmenbedingungen (Einflussgrössen) bestimmter Akteure modifizieren können. Folgende Tabellen enthalten die identifizierten Elemente (Zeitbörse-Elemente)



mit den jeweils betroffenen Akteuren. Die einzelnen Zeitbörse-Elemente sind unterteilt in fünf Kategorien aufgeführt (Überschriften).

Kernelemente Tauschnetzwerk		
Beschreibung		Betroffene Akteure
<b>Tauschnetzwerk / Regionalgruppen:</b>	Die Zeitbörse Benevol bietet den Mitgliedern Zugang zu einem Netzwerk für den Tausch von Dienstleistungen (DL). Regionalgruppen (Mitgliedergruppen) existieren in St. Gallen, Rorschach, Werdenberg, Herisau, Rapperswil-Obersee-Linth, Wil und Appenzeller Mittelland.	(Potenzielle) Mitglieder
<b>Zeitkonto mit Stellvertreterregelung:</b>	Jedes Mitglied ist in Besitz eines ‚Zeitkontos‘ (im Rahmen der Informatikplattform Cyclos). Geleistete Stunden werden dem Zeitkonto gutgeschrieben, bezogene Stunden werden abgezogen. Auch Schenkungen sind möglich. Die Verrechnung erfolgt durch die Mitglieder oder allfällige Stellvertreter(innen).	Mitglieder/ Tauschpartner (mit und ohne Internetzugang)
<b>Inserateplattformen:</b>	Die Tauschangebote und -nachfragen werden online in Cyclos erfasst (durch die anbietende/nachfragende Person selber oder durch Stellvertreter(innen)). Cyclos ermöglicht das Inserieren sowie die Suche nach Angeboten. Die Tauschinserate sind ebenso über die Homepage einsehbar und werden in eine regelmässig erscheinende Marktzeitung übernommen (jeweils mit Pseudonym).	Mitglieder (mit und ohne Internetzugang)
<b>Cyclos Kontaktierungstool:</b>	Cyclos ermöglicht den Mitgliedern die direkte Kontaktaufnahme mit Inserenten (potenziellen Tauschpartnern).	Mitglieder
<b>Referenzerteilung Cyclos:</b>	Geleistete Dienste können in Cyclos öffentlich bewertet werden.	Mitglieder
<b>Tauschtreffs:</b>	An regelmässig stattfindenden regionalen Tauschtreffs geben die Mitglieder persönlich Nachfragen und Angebote bekannt. Die Treffs dienen dem sozialen Austausch. Mitglieder können Rückmeldung geben zu gemachten Erfahrungen. Interessierte können sich an den Treffs informieren.	Mitglieder und Interessierte
Mitgliedschaft		
Beschreibung		Betroffene Akteure
<b>Anforderungen an Mitgliedschaft:</b>	Mitglieder werden können urteilsfähige, natürliche Personen, die in der Region wohnhaft sind und aktiv DL tauschen möchten sowie deren Haushaltsmitglieder. Schulklassen sowie Jugendliche zwischen 12 und 20 Jahren können ebenfalls Mitglied werden. Ein Mitgliederbeitrags von 30 CHF und ein vierteljährlicher Zeitbeitrag für die Zeitbörse von ¼ h ist erforderlich. Jugendliche bezahlen keinen finanziellen Beitrag.	(Potenzielle) Mitglieder
<b>Beitritt:</b>	Ein Beitritt ist jederzeit möglich mit schriftlicher Beitrittserklärung (Online-Formular). Jugendliche melden sich via Anmeldetalon auf dem Flyer an (mit Unterschrift eines gesetzlichen Vertreters).	Potenzielle Mitglieder
<b>Eintrittsgespräch:</b>	Nach der Beitrittserklärung erfolgt ein Eintrittsgespräch. Bei erfolgreichem Verlauf (Anwärter beabsichtigen nicht-kommerzielle und seriöse Angebote/Nachfragen) erhalten die Beitrittswilligen Zugang zum Netzwerk.	Mitgliederanwärter

<b>Austritt:</b>	Ein Austritt aus der Mitgliedschaft der Zeitbörse ist jederzeit mit schriftlicher Mitteilung an die Geschäftsstelle möglich. Zeit-/Geldschulden (Verpflichtungen) müssen vor dem Austritt beglichen sein.	Mitglieder
<b>Ausschluss:</b>	Die Steuergruppe der Zeitbörse kann ein Mitglied ausschliessen, wenn es gegen die Reglemente und Abmachungen verstösst oder wenn sein Verhalten Zweck und Abläufe der Zeitbörse stört. Gegen den Beschluss der Steuergruppe kann das Mitglied Beschwerde an den Stiftungsrat einlegen.	Mitglieder
<b>Tauschregeln</b>		
<i>Beschreibung</i>		<i>Betroffene Akteure</i>
<b>Legitime Leistungsangebote:</b>	Es können jegliche Art von freiwilligen, nicht kommerziellen (unbezahlten) DL getauscht werden. Unsittliche oder widerrechtliche Angebote sind nicht zulässig. Mitglieder sollten nicht Leistungen aus der eigenen aktuellen Berufstätigkeit anbieten sowie darauf achten, dass nicht gegen standesrechtliche Bestimmungen von Berufsständen verstossen wird.	Mitglieder (Leistungserbringer, Inserenten)
<b>Zeittausch-Prinzip und Spesenregelung:</b>	Leistungen führen zur Zunahme des persönlichen (Zeit-)Kontostands, bezogene Leistungen zur Abnahme. Es gilt ein Tauschverhältnis von 1:1. Die kleinste Tauscheinheit ist 0,25h. Spesenauslagen werden zum Selbstkostenpreis in CHF direkt dem Leistungsbezüger verrechnet. Guthaben/Schulden verfallen nicht.	Mitglieder (Tauschpartner)
<b>Tauschpartner:</b>	Der Zeittausch findet immer zwischen Mitgliedern statt. Leistung und Gegenleistung sind nicht (zwingend) wechselseitig bei denselben Personen. Guthaben sind übertragbar (können verschenkt werden). Es können Leistungen für Nichtmitglieder bezogen werden. Es können Leistungen von Familienmitgliedern angeboten werden.	Mitglieder (Tauschpartner)
<b>Haftbarkeit:</b>	Für die Qualität der Leistung sind die Tauschenden zuständig ebenso wie für allfällige Schäden im Rahmen von Tauschhandlungen. Die Zeitbörse schliesst explizit jegliche Haftung aus.	Mitglieder (Tauschpartner)
<b>Freiwilligkeit Leistungsangebot:</b>	Jeder Tausch ist eine freiwillige Vereinbarung. Niemand ist verpflichtet, seine im Inserat angebotene Leistung im konkreten Fall auszuführen.	Mitglieder
<b>Limit:</b>	Das Kontolimit beläuft sich auf 20h Guthaben/Schulden. Für Jugendliche sind keine Minusstunden erlaubt. Die Leistungserbringung sollte auf 4-6 Stunden pro Woche beschränkt werden.	Mitglieder
<b>Überregionaler Tausch:</b>	Auch überregionale Tauschhandlungen sind möglich mit Netzwerken aus der Schweiz, Deutschland oder Österreich, die der Dachorganisation „za:rt“ angeschlossen sind. Die Kontaktaufnahme für den überregionalen Tausch erfolgt direkt beim Inserenten/Interessenten. Die Tauschbedingungen werden zwischen den Parteien ausgehandelt.	Mitglieder von za:rt angeschlossen Tauschnetzen

Informationsmittel		
Beschreibung		Betroffene Akteure
<b>Homepage:</b> Die Homepage informiert über Sinn und Zweck und Regeln der Zeitbörse sowie über Veranstaltungen der Zeitbörse und enthält Medienberichte über die Zeitbörse.		Interessierte Internetnutzer
<b>Flyer:</b> Die Flyer enthalten Informationen zur Zeitbörse und zu den Möglichkeiten der Mitgliedschaft (wichtigste Spielregeln, Ablauf Tausch, etc.). Die Flyer sind auf Deutsch verfasst.		Interessierte/ Mitglieder
<b>Infoveranstaltungen:</b> Die Zeitbörse führt Infoveranstaltungen bei an einer Teilnahme interessierten Schulklassen durch.		Interessierte Schulklassen
<b>Cyclos-Anleitung:</b> Die Anleitung enthält Nutzungsinformationen zu Cyclos.		Interessierte/ Mitglieder
<b>Merkblatt za:rt:</b> Das Merkblatt enthält Informationen zum überregionalen Tausch.		Interessierte/ Mitglieder
Sonstige Bestimmungen		
Beschreibung		Betroffene Akteure
<b>Mitgliederliste:</b> Die Mitgliederliste enthält Kontaktangaben und Pseudonyme der Mitglieder. Sie ist nur den Mitgliedern bekannt.		Mitglieder
<b>Anlaufstelle:</b> Benevol (die Geschäftsstelle) dient als Anlaufstelle bei schlechten Erfahrungen. Je nachdem schaltet sich die Geschäftsstelle ein.		Mitglieder
<b>Inseratezensur:</b> Mitgliederinserate, die kommerziell ausgerichtet, unsittlich oder widerrechtlich sind, können durch die Geschäftsstelle entfernt werden.		Mitglieder (Inserenten)
<b>Datenverwendung /-Missbrauch:</b> Informationen über Personen, ihre Angebote und Leistungen etc., die durch die Zeitbörse zur Verfügung gestellt werden, dürfen nur für Aktivitäten im Rahmen der Zeitbörse verwendet werden. Ein Missbrauch der Daten wird geahndet.		Mitglieder
<b>Konto der Zeitbörse:</b> Die Zeitbörse verfügt über ein eigenes Zeitkonto, auf das man Zeitguthaben 'spenden' kann. Die Guthaben werden u.a. für Mitglieder mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit verwendet.		Mitglieder mit reduzierter Leistungsfähig- keit/,Zeit- spender'

Tabelle 3: Einflussrelevante Elemente Zeitbörse

Die Kategorie der Kernelemente beschreibt die wesentlichen Inhalte der Zeitbörse für die Abwicklung des Dienstleistungstauschs – dem eigentlichen Zweck der Zeitbörse – von der Suche nach Tauschpartnern über die technische Abwicklung des Tausches bis hin zur Bewertung der Tauschpartner nach erfolgtem Tausch. Unter der Kategorie Mitgliedschaft sind die Anforderungen aufgeführt, die an eine Beteiligung am Zeittausch gestellt werden sowie die Bedingungen eines Austritts oder Ausschlusses. Die Tauschregeln beschreiben die Anforderungen an Tauschgeschäfte. Unter den Informationsmitteln sind jene Elemente zusammengefasst, die über die Zeitbörse und deren Möglichkeiten, Regeln, etc. sowie die Abwicklung des Tauschs informieren. Unter den sonstigen Bestimmungen werden die übrigen identifizierten einflussrelevanten Ele-

mente gefasst, die keiner der anderweitigen Kategorien zuordenbar sind. Insbesondere enthält diese Kategorie auch Elemente, die einen ordentlichen Ablauf des Tauschhandels sicherstellen sollen.

Mit dem ersten Teil der Fallstudienanalyse wurde der vorliegende Untersuchungsgegenstand – die Zeitbörse – auf Elemente hin untersucht, die für externe Akteure einen handlungsleitenden Einfluss ausüben können. Die Identifizierung eines Bestandteils des Zeitbörsesettings als einflussrelevant impliziert, dass von diesem potenziell eine Wirkung auf Handlungsergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeiträgen ausgehen kann. Entsprechend sind es auch diese Zeitbörse-Elemente, die die eigentlichen Träger eines allfälligen Nachhaltigkeitspotenzials sind. Sie bildeten daher die Grundlage für die weitere Analyse, in deren Folge Wirkungszusammenhänge der Zeitbörse-Elemente mit Ergebnissen mit positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen überprüft wurden.

## 6.2.2 Zuordnung zu Ansätzen der Einflussnahme

Im zweiten Teil der Analyse wurde untersucht, ob bei den ermittelten Zeitbörse-Elementen potenzielle Wirkungszusammenhänge bestehen mit Ergebnissen mit positiven oder negativen Nachhaltigkeitsbeiträgen. Ein entsprechender potenzieller Wirkungszusammenhang wurde dann identifiziert, wenn ein Zeitbörse-Element einem Ansatz der Einflussnahme zugunsten von Ergebnissen mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag (AdEnE) zugeordnet werden konnte. Bei der Analyse offenbarten sich diverse solcher potenzieller Wirkungszusammenhänge. Die identifizierten Wirkungszusammenhänge werden im Folgenden dargestellt.

Grundsätzlich weist die Mehrzahl der Zeitbörse-Elemente einen Bezug auf zu denselben Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeiträgen. Der Grund liegt dabei auf der Hand: Da die Zeitbörse den wechselseitigen Austausch von Dienstleistungen bezweckt, sind ihre konstituierenden Elemente auf eben dieses Ziel hin ausgerichtet. Die getauschten Dienstleistungen wiederum können in verschiedene Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeiträgen einfließen. Die Liste der entsprechenden Ergebnisse mit den jeweiligen Tauschleistungen, die dazu beitragen können, ist in untenstehenden Tabellen aufgeführt. Die genannten Dienstleistungen wurden mittels Analyse der Marktzeitung der Zeitbörse identifiziert.

Ziel Grundversorgung	
<i>Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag</i>	<i>Diesbezügliche Dienstleistungsbeiträge</i>
(Vorhandensein der Möglichkeit zum) Konsum von Gütern der Grundversorgung (Nahrungsmittel, Kleidung, elektrisches Licht, etc.)	Besorgung oder Herstellung von Produkten, Instruktion zur Herstellung/Anwendung dieser Produkte, administrative Hilfe bei der Besorgung, Fahrdienste, Unterhalt/Pflege dieser Güter bzw. von für deren Besorgung/Herstellung notwendigen Gütern
(Vorhandensein der Möglichkeit der) Ausführung von Arbeitsleistungen/Aktivitäten der Grundversorgung (Hygienemassnahmen wie Körperpflege oder Putzen, Kochen, Gesundheitsleistungen (insbes. komplementärmedizinische Leistungen, Krankenpflege), Betreuung von Kindern oder Alten)	Ausführung der entsprechenden Dienstleistungen, Instruktionen zur Ausführung dieser Dienstleistungen, Fahrdienste zu Dienstleistungserbringern, Besorgung oder Herstellung für die Ausübung der Dienstleistungen notwendiger Güter, etc.

(Vorhandensein der Möglichkeit der) Vermeidung persönlicher Gesundheitsrisiken (risikoreduziertes Verhalten)	Beratungsleistungen (Ernährung, Medikamenteinsatz, etc.), Fahrtraining, etc.
--	--

Tabelle 4: Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag im Bereich Grundversorgung mit Bezug zur Zeitbörse

Über die Zeitbörse bezogene Dienstleistungen können in unterschiedlicher Weise in Ergebnisse betreffend das Nachhaltigkeitsziel der Sicherstellung der Grundversorgung einfließen. Via Zeitbörse getauschte Dienstleistungen können einerseits direkt grundversorgende Aktivitäten verkörpern, sie können aber andererseits auch Hilfestellungen sein für die Dienstleistungsbezüger(innen) zur selbstständigen Ausführung grundversorgender Aktivitäten und zur Gesundheitsprävention.

### Ziel elementare gesellschaftliche Rechte

<i>Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag</i>	<i>Diesbezügliche Dienstleistungsbeiträge</i>
(Vorhandensein der Möglichkeit zur) chancengleiche(n) Inanspruchnahme von Amtsleistungen	Administrative Hilfeleistungen, Rechtsberatung, Lektorat, Übersetzungen, Fahrdienste, Begleitung, etc.
(Vorhandensein der Möglichkeit für ein) (ausichtsreiches) Bewerben auf Stellen/Absolvieren eines Ausbildungsganges	Dienstleistungsbeiträge hierzu sind: Lektorat, Coaching, Hausaufgabenhilfe, etc.
(Vorhandensein der Möglichkeit der) Inanspruchnahme von chancengleichem Zugang zu Wissen zu diversen Bildungsinhalten im Rahmen inoffizieller Wissensvermittlung	Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten zu unterschiedlichsten Themen/Bereichen
(Vorhandensein der Möglichkeit der) Inanspruchnahme von chancengleichem Zugang zu Bildungsinhalten/Informationen von Medien	Instruktion zum Umgang mit PC/Smartphone, Einrichten von PC-Arbeitsplatz, etc.
(Vorhandensein der Möglichkeit zur) Freizeitgestaltung (Sport, Konzerte, Theater, soziale Kontakte, soziale Netzwerke, etc.)	Fahrdienste, Begleitung, Instruktionen zu Freizeitaktivitäten (Sport, Basteln, etc.), Ausleihe von Freizeitartikeln, Betreuungsdienst für Kinder, Instruktion zur Verwendung moderner Informationstechnologien, Vermittlung von Sprachkenntnissen, etc.
(Vorhandensein der Möglichkeit zum) Ausleben von Traditionen (Teilnahme an traditionellen Anlässen, Geburtstagsfeste, Weihnachtsdekoration anbringen, etc.)	Fahrdienste, Begleitung, Betreuungsdienst für Kinder, Organisation von/Mithilfe bei Anlässen, Herstellung von Gütern wie Dekorationen oder Blumenschmuck, etc.
(Vorhandensein der Möglichkeit zur) öffentliche(n) Meinungsäußerung (an Partizipationsveranstaltungen, im Internet, Leserbriefe, etc.)	Fahrdienste, Begleitung, Betreuungsdienst für Kinder, Instruktion zur Verwendung moderner Informationstechnologien, Lektorat, Vermittlung von Sprachkenntnissen, etc.

Tabelle 5: Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag im Bereich elementare gesellschaftliche Rechte mit Bezug zur Zeitbörse

Auch in Ergebnisse im Rahmen des Nachhaltigkeitsziels der elementaren gesellschaftlichen Rechte können Zeitbörse-Dienstleistungen einfließen. Diese können Personen Hilfestellungen bieten bei der Inanspruchnahme dieser Rechte.

Ziel Kapitalienbewahrung	
<i>Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag</i>	<i>Diesbezügliche Dienstleistungsbeiträge</i>
Bewahrender Umgang mit natürlichen Ressourcen (im Umgang mit Gebrauchsgütern: Pflege und Reparatur von Gebrauchsgütern, Teilen von Gebrauchsgütern, naturnahes Gärtnern, etc.)	Pflege-/Reparaturleistungen, Instruktionen zur Pflege/Reparatur, Instruktionen zum erhaltenden Umgang mit der Natur, Güterverleih, etc.
Bewahrender Umgang mit natürlichen Ressourcen (im Umgang mit Verbrauchsgütern: Umsetzung von Energiesparmassnahmen, energiespar-sames Fahren, etc.)	Energieberatung, Instruktionen zu energiesparsa-mer Fahrweise, etc.
<i>Ergebnisse mit negativem Nachhaltigkeitsbeitrag</i>	<i>Diesbezügliche Dienstleistungsbeiträge</i>
Nicht-bewahrender Umgang mit natürlichen Ressourcen (im Umgang mit Verbrauchsgütern: Ausübung ressourcenintensiver Freizeitaktivität).	Güterverleih, Instruktionen zu Freizeitaktivitäten

Tabelle 6: Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag im Bereich Kapitalienbewahrung mit Bezug zur Zeitbörse

Für das Nachhaltigkeitsziel der Bewahrung von Kapitalien fanden sich Berührungspunkte von Zeitbörse-Dienstleistungen mit der Bewahrung natürlicher Ressourcen. So können getauschte Dienstleistungen den Erhalt von Gebrauchsgütern fördern (durch Reparatur, Unterhalt, etc.), womit Ersatzkäufe verhindert werden können. Weitere Dienstleistungsangebote können Personen bezüglich ihres Ressourcenverbrauchs und des Einflusses ihres Verhaltens auf die Natur sensibilisieren. Die Bewahrung natürlicher Kapitalien ist das einzige Nachhaltigkeitsziel, bei dem auch ein negativer Einfluss von Zeitbörse-Dienstleistungen auf die Zielerreichung identifiziert werden konnte. Gewisse Dienstleistungsangebote, die rein dem persönlichen Vergnügen dienen und damit im Sinne der Nachhaltigkeitsziele entbehrlich sind, implizieren einen ausgesprochen hohen Ressourcenverbrauch. Die Inanspruchnahme einer entsprechenden Dienstleistung kann als nicht-schonender Umgang mit natürlichen Ressourcen gewertet werden.

Ziel Wertebewahrung/-aufbau	
<i>Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag</i>	<i>Diesbezügliche Dienstleistungsbeiträge</i>
Konstruktive Lösungsfindung in schwierigen Situationen	Problemanalyse, Beratung/Unterstützung bei besonderen Schwierigkeiten, Gesprächsvorbereitung/gewaltfreie Kommunikation, etc.
Soziale Kontaktaufnahme mit Anderssprachigen, verständnisvoller Umgang mit anderen Kulturen	Vermittlung von Sprachkenntnissen, Vermittlung von Wissen zu fremden Kulturen

Tabelle 7: Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag im Bereich Wertebewahrung mit Bezug zur Zeitbörse

Auch dem Nachhaltigkeitsziel der Wertebewahrung zudienende Zeitbörse-Dienstleistungen konnten ausgemacht werden. Entsprechende Dienstleistungen vermitteln Personen Fähigkeiten für ein wertschätzendes, gewaltloses Auftreten anderen (fremden) Menschen gegenüber.

Die vorhergehend aufgeführten Ergebnisse, in welche Zeitbörse-Dienstleistungen einfließen können, stehen mit einer Vielzahl von Zeitbörse-Elementen in einem potenziellen Wirkungszusammenhang. In den folgenden Auswertungstabellen wird für jedes im ersten Analyseteil identifizierte Element aufgezeigt, ob und inwiefern ein potenzieller Wirkungszusammenhang mit einem Ergebnis mit Nachhaltigkeitsbeitrag besteht. Dabei wird auch der zugrundeliegende AdEnE benannt. Besteht Konformität mit einem AdEnE, d.h. der Wirkungszusammenhang fällt zugunsten eines Ergebnisses mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag aus, dann ist der AdEnE mit dem Buchstaben ‚K‘ gekennzeichnet. Besteht dagegen Non-Konformität und damit ein Wirkungszusammenhang zuungunsten eines Ergebnisses mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag, ist dem AdEnE ein ‚NK‘ hintenangestellt. Für Dienstleistungen, welche im Rahmen von Ergebnissen im Einsatz stehen, die einen positiven Nachhaltigkeitsbeitrag leisten, also für eine nachhaltige Entwicklung vorteilhafte Dienstleistungen sind, wird die Abkürzung NEvDL gebraucht. Die vorangehende Ergebnisliste zeigt auf, dass ebenso Dienstleistungen getauscht werden können, die in Ergebnisse mit negativen Nachhaltigkeitsbeiträgen einfließen (im Rahmen des Nachhaltigkeitsziels der Kapitalienbewahrung). Dies impliziert, dass ein generell förderlicher Einfluss auf den Austausch von Dienstleistungen gleichzeitig unterstützend wirkt auf Aktivitäten, die Bestandteil sein können von Ergebnissen mit positivem, aber ebenso negativem Nachhaltigkeitsbeitrag. Entsprechende Wirkungszusammenhänge sind damit per se ambivalent (es besteht gleichzeitig Konformität und Non-Konformität). Da jedoch potenziell betroffene Ergebnisse mit negativen Nachhaltigkeitsbeiträgen einzig beim Ziel der Kapitalienbewahrung identifiziert wurden, während potenziell betroffene Ergebnisse mit positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen bei allen Nachhaltigkeitszielen auftreten können und damit tendenziell einen grösseren Anteil aufweisen, beziehen sich die folgend aufgeführten Auswertungstabellen einzig auf den Anteil der NEvDL an den Dienstleistungen, die potenziell über die Zeitbörse getauscht werden (womit der Übersichtlichkeit Rechnung getragen wird). Die Zeitbörse bietet eine Plattform für den Tausch unterschiedlichster Dienstleistungen, die selbstverständlich ebenso zu Ergebnissen ohne jeglichen Nachhaltigkeitsbezug führen können. Entsprechende Dienstleistungen sind jedoch für die Analyse des Nachhaltigkeitspotenzials nicht von Interesse.

Die Auswertungstabellen sind gemäss den Kategorien aus dem Analyseteil eins gegliedert. Die Mehrzahl der Wirkungszusammenhänge bezieht sich dabei auf die zuvor aufgezeigten Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag. Daneben sind ebenfalls einzelne Ergebnisse bzw. entsprechende Wirkungszusammenhänge aufgeführt, die nicht direkt mit dem Dienstleistungsaustausch im Zusammenhang stehen.

#### Kernelemente Tauschnetzwerk

<i>Wirkungszusammenhang mit Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeitrag</i>	<i>AdEnE</i>
<b>Tauschnetzwerk / Regionalgruppen:</b> Das Netzwerk ermöglicht den unkommerziellen Bezug von Dienstleistungen (DL) von unbekannten Personen (über das private Netzwerk hinausgehend). Manche der im Netzwerk angebotenen DL sind NEvDL und	1a K

damit Bestandteil von Handlungsergebnissen, die einen positiven Nachhaltigkeitsbeitrag leisten.

Für gewisse Personen ist das Anbieten/Nachfragen von (NEv)DL über das Zeitbörsenetzwerk speziell attraktiv. Je nach Motivation wird die soziale Komponente des Dienstleistungsaustauschs geschätzt oder der Dienstleistungsaustausch bereitet per se Spass.	2a K
<b>Zeitkonto mit Stellvertreterregelung:</b> Das Zeitkonto ist die buchhalterische Grundlage des vielfältigen Anbietens und Nachfragens nach (NEv)DL im Tauschhandel.	1a K
Das Zeitkonto ist die buchhalterische Grundlage des Verschenkens von Zeitguthaben, welches eine unkonventionelle Form solidarischen Handelns darstellt (4. Nachhaltigkeitsziel).	1a K
Die simple Verrechnungsmöglichkeit von Tauschleistungen über das Zeitkonto fördert die Attraktivität des Angebots/Bezugs von (NEv)DL.	2a K
<b>Inserateplattformen:</b> Die Inserateplattformen machen den Mitgliedern die Angebote/ Nachfrage von/nach (NEv)DL innerhalb des Netzwerkes bekannt.	1b K
Der niederschwellige Zugang zur Lancierung/Suche von Angeboten und die Effizienz des Anbietens/Suchens von DL im Rahmen der Cyclos-Datenbank fördert die Attraktivität des Dienstleistungsaustauschs inkl. NEvDL.	2a K
<b>Cyclos Kontaktierungstool:</b> Das Kontaktierungstool ermöglicht die direkte Kontaktaufnahme von Anbietern/Nachfragern von/nach (NEv)DL.	1a K
Die einfache Kontaktierungsmöglichkeit ist förderlich für die Attraktivität des Angebots/Bezugs von (NEv)DL.	2a K
<b>Referenzerteilung Cyclos:</b> Die Bewertung von Tauschpartnern bietet Zugang zu Information, ob angebotene (NEv)DL in ausreichender Qualität ausgeführt werden und ob potenzielle Tauschpartner Forderungen begleichen und keine ungerechtfertigten Geldforderungen stellen – nur dann ist ein vorteilhaftes Ergebnis gewährleistet. Andernfalls erlaubt die Information ein Ausweichen auf andere DL-Erbringer.	3b K
Der Wahrheitsgehalt der erteilten Bewertungen ist jedoch ungewiss und Desinformation kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden (zu vorteilhafte oder unvorteilhafte Bewertungen).	3b NK
Die Aussicht auf eine schlechte/gute Bewertung (die sich auf Folgeaufträge/-nachfragen auswirken kann) hat einen attraktivitätsmindernden/attraktivitätsförderlichen Einfluss auf die Ausführung qualitativ minderwertiger/hochwertiger (NEv)DL.	2a K
<b>Tauschtreffs:</b> An den Tauschtreffs machen die Mitglieder ihre Angebote/Nachfragen von/nach (NEv)DL bekannt.	1b K
Tauschtreffs werden von einigen Mitgliedern als Ort für soziale Kontakte wertgeschätzt. Eine entsprechend motivierte Tauschtreff-Teilnahme kann den Tausch von (NEv)DL anstossen.	2a K
Die Treffs dienen der Ermittlung von Information zu potenziellen Tauschpartnern. Damit erfüllen sie dieselbe Funktion wie die Referenzerteilung bei Cyclos (siehe dort).	Siehe Referenzerteilung Cyclos
An den Tauschtreffs werden bei Bedarf Informations- und Wissensvermittlung betrieben zu Inhalten, die auch über die Homepage verfügbar sind (siehe unter ‚Homepage‘).	Siehe Homepage



## Mitgliedschaft

<i>Wirkungszusammenhang mit Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeitrag</i>		<i>AdEnE</i>
<b>Anforderungen an Mitgliedschaft:</b>	Die Anforderungen ermöglichen in der Region wohnhaften natürlichen Personen den Tausch von (NEv)DL via Zeitbörsenetzwerk, schliessen aber juristische Personen und nicht in der Region wohnhafte Personen davon aus.	1a K bzw. 1a NK
Ein zu leistender Mitgliederbeitrag übt potenziell einen verhindernden bzw. attraktivitätsmindernden Einfluss auf eine Mitgliedschaft und damit die Teilhabe am Tauschnetzwerk aus. Da der festgesetzte Betrag für den Beitrag sehr gering ist, wird dieser Effekt aber als vernachlässigbar angenommen.		–
Die geografische Einschränkung der Mitgliedschaft und folglich der Tauschtätigkeit verhindert lange Anfahrtswege und damit einen verschwenderischen Umgang mit natürlichen Ressourcen im Rahmen der Anreise zur DL-Erbringung (3. Nachhaltigkeitsziel).		1a K
<b>Beitritt:</b> Die jederzeitige Beitrittsmöglichkeit ermöglicht eine unmittelbare Neumitgliedschaft und damit den Bezug von (NEv)DL.		1a K
Unter der Annahme, dass Schreibkenntnisse bzw. Hilfestellung bei Schwierigkeiten mit der schriftlichen Anmeldung vorliegen, hat die Schriftlichkeits-Anforderung keine Relevanz.		–
<b>Eintrittsgespräch:</b> Das Eintrittsgespräch hilft, die Motivation von Mitgliedschafts-Anwärterinnen und Anwärtern zu überprüfen. Das Gespräch kann Hinweise liefern, ob eine Person (NEv)DL in ausreichender Qualität bereitstellen und Forderungen begleichen sowie keine ungerechtfertigten Forderungen stellen wird. Nur in diesem Fall stiften DL Nutzen und das Attraktivitätsmoment der Zeitbörse bleibt gewahrt. Andernfalls stellt die Information die Grundlage zur Nichtzulassung von Anwärter(innen) dar (siehe nachfolgend).		3b K
Das Gespräch kann auch Hinweise auf geplante widerrechtliche und unseriöse DL-Angebote liefern. Solche DL erwirken teils Ergebnisse, die eine Verfehlung positiver Nachhaltigkeitsbeiträge implizieren wie Gewaltanwendung, Beraubung oder die Vermittlung unwahrer Fakten zum Nachteil der Betroffenen. Davon tangiert sind Nachhaltigkeitsziele wie Grundversorgung, Chancengleichheit oder Partizipation. Das Vorliegen entsprechender Hinweise ist Grundlage der Nichtzulassung von Anwärter(innen) (siehe nachfolgend).		3b K
Das Gespräch kann Hinweise liefern, ob beabsichtigte DL-Angebote eine Konkurrenz zur Erwerbstätigkeit darstellen (ob Tätigkeiten der aktuellen Erwerbstätigkeit angeboten würden). Das Vorliegen entsprechender Hinweise ist Grundlage der Nichtzulassung von Anwärter(innen) (siehe nachfolgend) und damit der Verhinderung ihrer (NEv)DL-Erbringung.		3b NK
Für den Fall, dass eine im Widerspruch zu den Anforderungen der Zeitbörse stehende Motivation festgestellt wird (Angebot widerrechtlicher DL oder der eigenen Berufstätigkeit, etc.), kann nach dem Gespräch die Mitgliedschaft verwehrt werden. Der Person bleibt damit das Erbringen von DL via Zeitbörsenetzwerk untersagt. Diese DL können wiederum für Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag unvorteilhaft oder aber vorteilhaft sein (siehe unter ‚legitime Leistungsangebote‘)		3a K bzw. 3a NK
<b>Austritt:</b> Die einfache Austrittsmöglichkeit macht einen Beitritt und damit Bezüge/Angebote von (NEv)DL via Zeitbörse auch für Personen attraktiv, die nur eine temporäre Mitgliedschaft planen.		2a K

Die Anforderungen an den Austritt verhindern, dass Forderungen nicht beglichen werden und helfen damit das Gleichwertigkeitsprinzip sicherzustellen. Das Gleichwertigkeitsprinzip ist ein wichtiger Motivationsfaktor für den Tausch von (NEv)DL im Zeitbörsenetzwerk.	3a K
<b>Ausschluss:</b> Falls ein zu den Zeitbörse-Anforderungen im Widerspruch stehendes Verhalten festgestellt wird (Angebot widerrechtlicher DL oder der eigenen Berufstätigkeit, etc.), ist die Steuergruppe ermächtigt, die Mitgliedschaft einer Person abzuerkennen, womit dieser das Erbringen von DL via Zeitbörse untersagt wird. Diese DL können wiederum für Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag unvorteilhaft oder aber vorteilhaft sein (siehe unter ‚legitime Leistungsangebote‘) (vgl. auch ‚Eintrittsgespräch‘).	3a K bzw. 3a NK
Ein Ausschluss als Folge von zu den Zeitbörse-Anforderungen widersprüchlichen Verhalten (siehe oben) bedeutet die Unmöglichkeit, von zukünftigen vorteilhaften Tauschleistungen zu profitieren, womit entsprechendes Verhalten an Attraktivität einbüsst.	2a K bzw. 2a NK
<b>Tauschregeln</b>	
<i>Wirkungszusammenhang mit Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeitrag</i>	<i>AdEnE</i>
<b>Legitime Leistungsangebote:</b> Die Bestimmung untersagt den Tausch widerrechtlicher und unsittlicher DL im Rahmen der Zeitbörse. Damit wird auch Ergebnissen entgegengewirkt, die eine Verfehlung positiver Nachhaltigkeitsbeiträge implizieren wie Gewaltanwendung, Beraubung oder die Vermittlung unwahrer Fakten zum Nachteil der Betroffenen. Davon betroffen sind Nachhaltigkeitsziele wie Grundversorgung, Chancengleichheit oder Partizipation.	1a K
Der Ausschluss der aktuellen Berufstätigkeit aus den Leistungsangeboten hat einen hinderlichen Einfluss auf die Anzahl bzw. Vielfalt angebotener (NEv)DL.	1a NK
Der Ausschluss kommerzieller DL macht die Mitgliedschaft und das Anbieten/Nachfragen von (NEv)DL für Personen attraktiv, die die Nicht-Kommerzialisierung unterstützen.	2a K
<b>Zeittausch-Prinzip und Spesenregelung:</b> Das Gleichwertigkeitsprinzip macht das Anbieten/den Bezug von (NEv)DL für Personen attraktiv, die kostengünstige DL schätzen oder die die ‚Andersartigkeit‘ des Zeittausch-Prinzips gutheissen. Allerdings ist dieser Bestimmung die Einschränkung auf leistungsfähige Personen inhärent.	2a K
<b>Tauschpartner:</b> Die Bestimmung zu den Tauschpartnern ist die regulatorische Grundlage des vielfältigen Anbietens und Nachfragens nach (NEv)DL im Tauschhandel.	1a K
Die Bestimmung ist die regulatorische Grundlage des Verschenkens von Zeitguthaben, welches eine unkonventionelle Form solidarischen Handelns darstellt (4. Nachhaltigkeitsziel).	1a K
<b>Haftbarkeit:</b> Die explizite Haftung für eine ausreichende DL-Qualität hat einen attraktivitätsmindernden Einfluss auf die Ausführung qualitativ minderwertiger (NEv)DL. Nur eine ausreichende DL-Qualität gewährleistet ein vorteilhaftes Ergebnis.	2a K
Die Haftungsregelung erlaubt die Forderung von Entschädigung im Falle eines eingetretenen Schadens im Rahmen von Tauschhandlungen.	3a K
<b>Freiwilligkeit Leistungsangebot:</b> Mit der Freiwilligkeit der Leistungserbringung geht zwar das Risiko einher, dass Nachfragen für (NEv)DL ausgeschlagen werden, doch auch unter Abwesenheit der Bestimmung liesse sich kein Zwang zur Leistungserbringung ausmachen.	–

Die Freiwilligkeit der Leistungserbringung impliziert eine geringe Verbindlichkeit und Flexibilität, was die Attraktivität einer Mitgliedschaft erhöhen kann.	2a K
Die Freiwilligkeit der Leistungserbringung ermöglicht die Sanktionierung schlechter ‚Zahlungsmoral‘ durch Nichtberücksichtigung entsprechender Nachfrager. Damit werden für die Anbieter von (NEv)DL vorteilhafte Ergebnisse sichergestellt (‚Bezahlung‘).	3a K
<b>Limit:</b> Mit der Bestimmung wird sichergestellt, dass das Gegenleistungsprinzip und die damit verbundene Attraktivität der Netzwerkteilnehmer für das Anbieten/Nachfragen von (NEv)DL nicht unterlaufen werden kann.	3a K
Die Bestimmung unterbindet allerdings ebenso intensive Tauschaktivitäten von (NEv)DL.	1a NK
<b>Überregionaler Tausch:</b> Die Bestimmung gibt potenziellen Tauschpartnern keinerlei Richtlinien vor.	–

### Informationsmittel

<i>Wirkungszusammenhang mit Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeitrag</i>	<i>AdEnE</i>
<b>Homepage:</b> Die Homepage informiert öffentlich über die Möglichkeiten zum Tausch von (NEv)DL via Zeitbörse. Sie informiert zudem über das Tauschverbot widerrechtlicher und unsittlicher DL im Rahmen der Zeitbörse, die Bestandteil von Ergebnissen mit negativem Nachhaltigkeitsbeitrag sein können (siehe ‚legitime Leistungsangebote‘).	1b K
Die Homepage informiert über die Einschränkungen des Tauschs von (NEv)DL im Rahmen des Konkurrenzverbots (Ausschluss von Leistungsangeboten aus aktueller Berufstätigkeit).	1b NK
Die Homepage vermittelt das Wissen (Handlungsressource), wie die Abwicklung des Tauschs von (NEv)DL via Zeitbörse vonstattengeht.	1a K
Die Homepage informiert über die Vorteile (Attraktivität) des Tauschs von (NEv)DL via Zeitbörse und preist diese an.	2b K 2c K
Die Homepage informiert über Möglichkeiten und Gründe zum Ausschluss aus der Mitgliedschaft und zur Zensur von Inseraten. Sie informiert zudem über Möglichkeiten der Bewertung von Tauschpartnern und der Beanstandung. Damit weist sie auf Verhinderungs-/Sanktionsmöglichkeiten des Angebots von allenfalls für Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag unvorteilhaften DL (siehe unter ‚legitime Leistungsangebote‘) bzw. von DL schlechter Qualität oder von ungerechtfertigten Forderungen hin. Sie verweist damit ebenfalls auf Verhinderungs-/Sanktionsmöglichkeiten des Angebots von (NEv)DL der persönlichen Berufstätigkeit hin (wobei indirekt auch Umgehungsmöglichkeiten ersichtlich sind, etwa indem die Berufstätigkeit nicht offengelegt wird).	3b K bzw. 3b NK
Mit der Information über Möglichkeiten und Gründe zum Ausschluss aus der Mitgliedschaft und zur Zensur von Inseraten und über Bewertungs- und Beanstandungsmöglichkeiten weist die Homepage auf allfällige unattraktive Konsequenzen des Angebots von allenfalls für Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag unvorteilhaften DL (siehe unter ‚legitime Leistungsangebote‘) bzw. von DL schlechter Qualität oder von ungerechtfertigten Forderungen hin. Sie verweist damit ebenfalls auf allfällige unattraktive Konsequenzen des Angebots von (NEv)DL der persönlichen Berufstätigkeit.	2b K bzw. 2b NK
<b>Flyer:</b> Die Flyer informieren öffentlich über die Möglichkeiten zum Tausch von (NEv)DL via Zeitbörse. Sie informieren zudem über das Tauschverbot widerrechtlicher und unsittlicher DL im Rahmen der Zeitbörse, die Bestandteil von Ergebnissen mit negativem Nachhaltigkeitsbeitrag sein können (siehe ‚legitime Leistungsangebote‘).	1b K

Die Flyer informieren über die Einschränkungen des Tauschs von (NEv)DL im Rahmen des Konkurrenzverbots (Ausschluss von Leistungsangeboten aus eigenen aktuellen Berufstätigkeit).	1b NK
Die Flyer informieren öffentlich über die Vorteile (Attraktivität) des Tauschs von (NEv)DL via Zeitbörse und preist diese an.	2b K 2c K
Die Flyer vermitteln rudimentäres Wissen (Handlungsressource), wie die Abwicklung des Tauschs von (NEv)DL, via Zeitbörse vonstattengeht.	1a K
<b>Infoveranstaltungen:</b> Die Infoveranstaltungen dienen analog der Homepage zur Informations- und Wissensvermittlung über die Zeitbörse (siehe unter ‚Homepage‘).	Siehe Homepage
<b>Cyclos-Anleitung:</b> Den Mitgliedern wird Wissen vermittelt über die Abwicklung von (NEv)DL über die Zeitbörse.	1a K
<b>Merkblatt za:rt:</b> Den Mitgliedern wird Wissen vermittelt über die Abwicklung von (NEv)DL im Rahmen des überregionalen Tausches.	1a K
<b>Sonstige Bestimmungen</b>	
<i>Wirkungszusammenhang mit Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeitrag</i>	<i>AdEnE</i>
<b>Mitgliederliste:</b> Die Mitgliederliste macht die mittels Pseudonymen verschlüsselten Angebote/Nachfragen von/nach (NEv)DL der Marktzeitung erst verwertbar.	1b K
<b>Anlaufstelle:</b> Das Vorhandensein einer Anlaufstelle ermöglicht es, Nachbesserungen einzuklagen bei minderwertigen (NEv)DL oder bei ungerechtfertigten Forderungen und ausbleibenden ‚Zahlungen‘.	3a K
Das Vorhandensein einer Anlaufstelle ermöglicht den Verantwortlichen der Zeitbörse die Beobachtbarkeit einer qualitativ schlechten Ausführung von (NEv)DL oder von ungerechtfertigten Forderungen und ausbleibenden ‚Zahlungen‘ (wenn Meldung erfolgt) und damit das Aussprechen von Sanktionen.	3c K
<b>Inseratezensur:</b> Die Zensur kann die Abwicklung von DL über die Zeitbörse verhindern, die widerrechtlich sind (womit auch Ergebnissen entgegengewirkt wird, die eine Verfehlung positiver Nachhaltigkeitsbeiträge implizieren) und welche die Nicht-Kommerzialisierung unterlaufen (über Spesen hinausreichende Geldforderungen stellen) und damit das Attraktivitätsmoment des Zeittauschs zunichtemachen.	3a K
Die Zensur kann die Ausübung von (NEv)DL verhindern, wenn diese im Widerspruch zum Konkurrenzverbot stehen.	3a NK
<b>Datenverwendung/-Missbrauch:</b> Kein direkter Bezug von Missbrauchsaktivitäten zu Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeiträgen.	–
<b>Konto der Zeitbörse:</b> Das Zeitkonto der Zeitbörse ermöglicht das Verschenken von Zeitguthaben an minder Leistungsfähige. Entsprechende Schenkungen stellen eine unkonventionelle Form solidarischen Handelns dar (Spenden von Stunden anstelle von Geld) (4. Nachhaltigkeitsziel).	1a K
Minder leistungsfähige Personen können dank dem Konto (NEv)DL ohne Gegenleistung beziehen.	1a K
<b>Legende:</b> <i>AdEnE: Ansatz der Einflussnahme einer nachhaltigen Entwicklung</i> <i>K: Konformität mit einem AdEnE</i> <i>NEvDL: Für eine nachhaltige Entwicklung vorteilhafte Dienstleistungen</i> <i>NK: Non-Konformität mit einem AdEnE</i>	

Tabelle 8: Zuordnung von Ansätzen der Einflussnahme zu einflussrelevanten Elementen Zeitbörse

Anhand der Auflistung der identifizierten potenziellen Wirkungszusammenhänge bzw. der AdEnEs lässt sich erkennen, dass die verschiedenen Elemente der Zeitbörse in einem Bezug stehen zu Einflussgrößen auf Akteurhandlungen aus allen drei Kategorien (Handlungsressourcen, Wahrnehmung, Präferenzen). Zudem fließen diese Einflussgrößen in alle drei Erfolgsbedingungen ein. Dies ist Ausdruck davon, dass die Zeitbörse ein ganzes Setting von *policy*-Elementen darstellt, das darauf ausgerichtet ist, den Tausch von Dienstleistungen zu fördern, ermöglichen und sicherzustellen. Für die meisten Zeitbörse-Elemente wurde denn auch ein potenzieller Wirkungszusammenhang mit ein und derselben nachhaltigkeitsrelevanten Aktivität festgestellt – nämlich der Ausführung von NEvDL über die Zeitbörse. Einen Einfluss darauf, ob entsprechende Aktivitäten im Optionenraum von Akteuren enthalten sind, kann von Zeitbörse-Elemente ausgehen, die der 1. Erfolgsbedingung zugeordnet sind (Zuordnung von AdEnEs mit der Nummerierung eins). Das Zeitbörsenetzwerk bereitet etwa die soziale Grundlage eines Dienstleistungstausches, während das Zeitkonto die buchhalterische Grundlage bietet und die Tauschregel die regulatorische Grundlage darstellt. Neben diesen (komplementären) Handlungsressourcen für den Dienstleistungstausch gewährleisten die Inserateplattformen, dass die angebotenen und nachgefragten Dienstleistungen von den Akteuren auch wahrgenommen werden können. Manche Elemente der Zeitbörse üben zudem Einfluss auf die (Einschätzung) der Attraktivität der Möglichkeit eines Dienstleistungstausches aus (2. Erfolgsbedingung; entsprechenden Elementen sind AdEnEs mit der Nummerierung zwei zugeordnet). Beispielsweise wohnt dem Zeitkonto ein positiver Attraktivitätsaspekt inne, da dieses eine schnelle, unkomplizierte Abrechnung von Tauschhandlungen gewährleistet. Die Homepage wiederum leistet einen Beitrag, dass mögliche Interessenten sich über die Attraktivitätsaspekte des Dienstleistungstausches im Rahmen der Zeitbörse informieren können. Schliesslich nehmen Zeitbörse-Elemente auch Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, dass es angesichts von Unsicherheiten tatsächlich zu einem Dienstleistungstausch kommt (3. Erfolgsbedingung; entsprechenden Elementen sind AdEnEs mit der Nummerierung drei zugeordnet). Die Anlaufstelle dient etwa als Sicherheit, dass missbräuchliches Verhalten eingeklagt werden kann und die einsehbaren Referenzen in Cyclos helfen, die Vertrauenswürdigkeit von Tauschpartnern einzuschätzen.

Aus der vorhergehenden Tabelle 8 wird ebenfalls ersichtlich, dass ein und dasselbe Zeitbörse-Element mehrere Wirkungszusammenhänge umfassen kann. So werden von einzelnen Elementen etwa auch verschiedene Erfolgsbedingungen und Kategorien von Einflussgrößen bedient. Das Zeitkonto beispielsweise ist eine der Grundlagen für Tauschhandlungen (Handlungsressource für produktive Aktivität; 1. Erfolgsbedingung), dem Zeitkonto wohnt dank der unkomplizierten Verbuchungsmöglichkeit von Tauschhandlungen gleichzeitig ein Attraktivitätsaspekt inne (attraktivitätsrelevante Handlungsressourcen; 2. Erfolgsbedingung). Die Inserateplattformen informieren über angebotene Dienstleistungen (Wahrnehmung von Handlungsmöglichkeit; 1. Erfolgsbedingung) und erleichtern auf diese Weise die Suche nach geeigneten Dienstleistungserbringern bzw. nach Abnehmern (attraktivitätsrelevante Handlungsressource; 2. Erfolgsbedingung).

Bei der Identifikation der Wirkungszusammenhänge von Zeitbörse-Elementen mit Ergebnissen mit positivem oder negativem Nachhaltigkeitsbeitrag zeigten sich Bezüge zu allen vier Nachhaltigkeitszielen (vgl. Kapitel 5): Der durch die Zeitbörse ermöglichte Dienstleistungs-Tausch un-

terstützt Akteure in der Sicherstellung ihrer Grundversorgung oder der Inanspruchnahme grundlegender Rechte. Auch Mittel und Kompetenzen zu ressourcenschonendem Umgang oder zu einem mit gesellschaftsrelevanten Werten konformen Verhalten können dadurch erworben werden. Allerdings bestehen auch gewisse Setting-bedingte Einschränkungen der Ausführung/Inanspruchnahme solch vorteilhafter Dienstleistungen (durch die geografische Begrenzung der Tauschkreise und durch das Konkurrenzverbot). Neben der Ermöglichung vorteilhafter Dienstleistungen bestehen auch Zeitbörse-Elemente zur Verhinderung punkto Nachhaltigkeitswirkung unvorteilhaften Verhaltens. Beispielsweise wird kriminellen Machenschaften im Rahmen des Tauschhandels entgegengewirkt, ebenso verhindert die geografische Begrenzung der Tauschkreise lange ressourcenintensive Anfahrtswege. Dagegen bestehen im Rahmen des Zeitbörse-Settings keine Elemente, die auf die Unterlassung des Tauschs anderweitig (unnötigerweise) ressourcenintensiver Dienstleistungen hinwirken.

Das Vorliegen potenzieller Wirkungszusammenhänge von Zeitbörse-Elementen mit Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeitrag bedeuten, dass von den Elementen eine förderliche oder hinderliche Wirkung auf die entsprechende Ergebniserzielung ausgehen kann. Es besteht ein ‚Potenzial zum Nachhaltigkeitspotenzial‘. Ob identifizierte Wirkungszusammenhänge allerdings tatsächlich einen wesentlichen Einfluss auf die Ergebniserzielung ausüben und sich damit der Zeitbörse ein effektives Nachhaltigkeitspotenzial attestieren lässt, offenbart durch den Einbezug des Kontextes. Dieser Kontextbezug wurde im Rahmen des dritten Analyseschrittes hergestellt.

### 6.2.3 Auswertung der Erfolgsbedingungen und Aussagen zum Nachhaltigkeitspotenzial

Der dritte Analyseteil umfasste eine Beurteilung der Erfolgsbedingungen hinsichtlich ausgewählter Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag aus Analyseteil zwei. Die Auswahl fiel dabei auf Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag im Bereich Grundversorgung, im Bereich Gewährleistung elementarer gesellschaftlicher Rechte in Form von Partizipation an gesellschaftlichen Aktivitäten und im Bereich Erhaltung natürlicher Ressourcen. Exemplarisch wurden für die jeweiligen Ergebnisse eine Einschätzung (möglicherweise) vorliegender oder auch fehlender bestimmender Elemente von Erfolgsbedingungskomponenten (Einflussgrößen) vorgenommen – sowohl ohne wie auch mit Berücksichtigung der Zeitbörse. Darauf basierend wurden Aussagen hergeleitet zur Wirkung des Zeitbörsesettings im Kontext anderweitiger Einflussgrößen und eine entsprechende vorläufige Beurteilung des Nachhaltigkeitspotenzials der Zeitbörse vorgenommen. Der Beurteilung kommt dabei ein vorläufiger Charakter zu. Ziel der Fallstudie war die Erprobung des Bewertungsinstrumentariums und keine umfassende, abschliessende Eruierung des Nachhaltigkeitspotenzials der Zeitbörse. Revidierte Annahmen oder weiterführende Recherchen zu Einflussgrößen liefern zukünftig möglicherweise neue Erkenntnisse, die zu einer angepassten Beurteilungsbasis führen und entsprechend modifizierte Aussagen zum Nachhaltigkeitspotenzial nach sich ziehen können.

#### *Erfolgsbedingungen in Bezug auf Ergebnisse im Bereich Grundversorgung*

Im Bereich der Grundversorgung untersuchte Ergebnisse waren die Ausführung von grundversorgenden Aktivitäten (bzw. das Vorliegen entsprechender Voraussetzungen) wie Hygienemassnahmen (Körperpflege oder Putzen), Kochen, Gesundheitsleistungen (insbes. komplementärme-

dizinische Leistungen, Krankenpflege) sowie Betreuung von Kindern oder Alten (Tätigkeiten der essenziellen Bedürfnisbefriedigung, vgl. Kapitel 3.4.3).

An der Erzielung dieser Ergebnisse können verschiedene Akteure beteiligt sein. In der vorliegenden Analyse wurden zwei Gruppen beteiligter Akteure unterschieden: die Adressaten der grundversorgenden Aktivitäten als eigentliche Hauptakteure sowie allfällige Anbieterinnen und Anbieter von zudienenden Gütern oder Dienstleistungen. Die Rolle der Zeitbörse im Rahmen der betrachteten Ergebnisse definiert sich durch die Plattform, die sie bietet für die Nachfrage bzw. das Angebot entsprechender Dienstleistungen. Dazu gehören beispielsweise grundversorgende Arbeiten wie Kochen oder Pflegen oder Instruktionen zur Ausführung entsprechender Tätigkeiten, aber ebenso Fahrdienste zum Einkaufszentrum oder zum Arzt, etc. (siehe Tabelle 4 aus Analyseteil zwei). Von der Zeitbörse als weiterer eigenständiger Akteur wird in der folgenden Analyse abstrahiert. Es wird angenommen, dass die Zeitbörse über die Ressourcen und den Willen verfügt, ihr Setting aufrecht zu erhalten und weitgehend durchzusetzen.

Ob die Voraussetzungen günstig sind, dass grundversorgende Leistungen ausgeführt werden (können), wurde anhand der für die Erfolgsbedingungen der Ergebniserzielung relevanten vorliegenden bzw. fehlenden Einflussgrößen der Akteure bestimmt. Folgende Tabellen zeigen eine Einschätzung dieser Einflussgrößen unterteilt je Erfolgsbedingung für den aktuellen Fall auf. Der Rahmen, innerhalb dessen die Einschätzung der Einflussgrößen erfolgte, beschränkte sich entsprechend auf den Wirkungskreis der Zeitbörse. Die linke Tabellenspalte bildet dabei die Situation ohne Zeitbörse ab, während die rechte Spalte die Veränderung aufzeigt durch die einflussrelevanten Elemente der Zeitbörse.

### 1. Erfolgsbedingung

#### *Vorliegende / fehlende relevante und anerkannte Handlungsressourcen*

##### *Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Zeitbörse:* Sozialversicherungen gewährleisten nötigenfalls finanzielle Mittel für Versorgung mit elementaren grundversorgenden Leistungen.

Nicht-versicherte, kostenintensive Güter/Leistungen im Grundversorgungsbereich (z.B. Essen im Restaurant) nur für Personen mit ausreichenden finanziellen Mitteln oder Zugang zu Freiwilligenleistung verfügbar.

Vorhandene Netzwerke einzelner Personen sind ein wichtiger Faktor, ob potenziell auf freiwillige Leistungen zurückgegriffen werden kann.<sup>a)</sup>

*...mit Zeitbörse:* Vorhandene Option zum Bezug grundversorgender Freiwilligenleistungen via Zeitbörse für Personen aus dem Einzugsgebiet der Zeitbörse, die zur Erbringung einer Gegenleistung fähig sind.

##### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Entgeltliche Leistungserbringer mit adäquaten Qualifikationen/geeigneter Ausstattung ausreichend vorhanden.

Vorhandensein zeitlicher Ressourcen als kritischer Faktor für Angebot freiwilliger Leistungen im infor-

*...mit Zeitbörse:* Mit der Zeitbörse haben freiwillige Leistungserbringer alternative Plattform für Angebot.

Massgebliche Einschränkung: Berufsausübungsverbot im Rahmen der Zeitbörse. Die-

mellen oder institutionellen Bereich.<sup>b)</sup> (Aufkommen für eigenen Lebensunterhalt, Betreuungspflichten, etc. limitieren zeitliche Ressourcen).

Im Rahmen formeller Freiwilligenarbeit sind auch besondere Qualifikationen gefragt wie Organisationsfähigkeit, Fähigkeit Sitzungen zu leiten, etc.<sup>c)</sup>

Allfällige selber tragbare finanzielle Auslagen im Zusammenhang mit der Ausübung einer freiwilligen Tätigkeit können allenfalls restriktiv wirken (z.B. Reisekosten).

Diverse institutionelle Freiwilligenorganisationen als potenzielle Arbeitgeber vorliegend.

Kosten und zugänglicher Pool an potenziellen Freiwilligen als limitierende Faktoren für Tätigkeit von Freiwilligenorganisationen.<sup>d)</sup>

Allenfalls auch Anbieter mit ungenügender Qualifikation.

se Bestimmung schränkt über Zeitbörse verfügbare Angebote qualifizierter grundversorgender Leistungen ein; vorausgesetzt, Bestimmung wird tatsächlich anerkannt.

### *Wahrnehmung der Möglichkeiten*

#### *Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Zeitbörse:* Ausreichende Kenntnisse, um persönliche elementare Grundversorgung sicherzustellen, werden angenommen.

*...mit Zeitbörse:* Kenntnis der Zeitbörse und ihrer Funktionsweise in der betreffenden Region aufgrund der Medienaktivität und des Infomaterials wahrscheinlich relativ gut (Einschränkung: Deutschsprachigkeit vorausgesetzt).

Bekanntheit von DL-Angeboten im Rahmen des Zeitbörsenetzwerkes gewährleistet.

#### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Kommerzielle Akteure mit geeigneter Kenntnis vorliegend.

Kenntnis von Gelegenheiten zu Freiwilligentätigkeiten steigt mit Bestehen von Informanten im persönlichen Netzwerk.<sup>e)</sup>

*...mit Zeitbörse:* Kenntnis der Zeitbörse und ihrer Funktionsweise in der betreffenden Region aufgrund der Medienaktivität und des Infomaterials wahrscheinlich relativ gut (Einschränkung: Deutschsprachigkeit vorausgesetzt).

Bekanntheit von DL-Nachfragen im Rahmen des Zeitbörsenetzwerkes gewährleistet.

a) Verschiedene Studien sehen das private soziale Netzwerk/die gesellschaftliche Integration oder die Mitgliedschaft in Organisationen und die sich im Rahmen dessen offenbarenden Gelegenheiten für Freiwilligenarbeit als entscheidende Voraussetzung für freiwilliges Engagement (BFS 2008; Freeman 1997; Matsuba et al. 2007; Rehberg 2005; Roose 2010; Ruiter & De Graaf 2006; Wilson 2000).

b) Siehe: BFS 2015: 9; García-Valiñas et al. 2012; Freeman 1997: 156; Plagnol & Huppert 2010: 164; Stadelmann-Steffen et al. 2010: 77-78; Wilson 2000: 220-221. Allerdings kann aufgrund der erforderlichen zeitlichen Ressourcen nicht gefolgert werden, dass weniger Arbeitstätige freiwillig tätig sind als Nicht-Erwerbstätige. Studien weisen darauf hin, dass Freiwilligenarbeit oft durch Erwerbstätige ausgeübt wird (siehe z.B. BFS 2008: 6; Freeman 1997), wobei dieser Umstand durch unterschiedliche ausschlaggebende Faktoren begünstigt wird (siehe z.B. BFS 2008: 6; Freeman 1997; Wilson 2000: 20).



- c) Der Bedarf spezifischer Qualifikationen für institutionalisierte Freiwilligenarbeit wird in Studien als (mit ein) Grund aufgeführt, dass entsprechende Tätigkeiten häufig durch höher Qualifizierte ausgeführt werden. (BFS 2008: 6; Wilson 2000: 220).
- d) Die Rekrutierung von Freiwilligen erfolgt oft über persönliche Beziehungen oder im Rahmen von Mitgliedschaften (vgl. a). Unpersönliche Aufrufe sind dagegen nicht sehr wirkungsvoll (Wilson 2000: 223).
- e) Vgl. a) und d). Personen aus dem persönlichen Netzwerk können generell über Freiwilligenarbeit informieren, sie können konkrete Möglichkeiten anpreisen oder als Vorbild dienen (Wilson verweist etwa auf die Vorbildfunktion von Eltern, die Freiwilligenarbeit leisten (2000: 218)).

*Tabelle 9: Einflussgrößen erste Erfolgsbedingung Zeitbörse*

Anhand der Ausführungen in der Tabelle lässt sich herauslesen, dass grundversorgende Aktivitäten mindestens in ihrer elementarsten (schlichtesten) Form weitgehend sichergestellt werden können, nötigenfalls über den Bezug entsprechender Güter und Dienstleistungen über den Markt und mittels Sozialversicherungsgeldern. Allenfalls besteht für bestimmte Personen auch die Option, grundversorgende Dienstleistungen unentgeltlich von freiwillig Engagierten zu beziehen. Das Vorhandensein eines persönlichen Netzwerkes kann dazu beitragen. Entgegen Marktdienstleistungen, bei denen ein ausreichendes entsprechendes Angebot offensichtlich vorliegt, ist dies bei Freiwilligenarbeit unsicher. Limitierend auf die Option, Freiwilligenarbeit anzubieten, wirken insbesondere zeitliche Restriktionen von Personen. Spezielle Qualifikationen müssen zudem Freiwillige mitbringen, die in der Leitung und Administration institutioneller Freiwilligenorganisationen tätig sind. Unter Einbezug der Zeitbörse ändert sich an der beschriebenen Ausgangslage einzig, dass Personen, die die Mitgliedschaftsanforderungen der Zeitbörse erfüllen, zusätzlich über die Option verfügen, über die Zeitbörse angebotene freiwillige Dienstleistungen der Grundversorgung gegen eine Gegenleistung zu beziehen. Allenfalls finden sich darunter auch Leistungen, die dem Grundversorgungsbereich zugerechnet werden können, für welche jedoch keine Deckung durch eine Sozialversicherung bestehen, wie etwa komplementärmedizinische Leistungen. Die Anforderung einer Gegenleistung kann dabei eine geringere Hürde darstellen für den Bezug entsprechender Dienstleistungen als das Bezahlen der Marktpreise.

## 2. Erfolgsbedingung

### *Bestehende Attraktivitätsmomente bzw. Präferenzen bezüglich (Varianten) gewährleisteter / mangelhafter Grundversorgung*

#### *Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Zeitbörse:* Grundversorgung per se attraktiv.

Präferenzen für Ausführungsvarianten mutmasslich individuell (Bevorzugung Eigenleistung vs. externe Dienstleister, einfache Produkte vs. Luxusgüter, etc.).

*...mit Zeitbörse:* Bezug von Zeitbörse-DL attraktiv für Personen, die speziell soziale Kontakte schätzen, das Tauschprinzip und den nicht-kommerziellen Charakter gutheissen, preisbewusst sind, einen niederschweligen/unkomplizierten Zugang zu DL bevorzugen.

#### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Leistungsmotivation individuell (z.B. finanzielle Entschädigung, Prestige, etc.).<sup>a)</sup>

Als Motivatoren für Freiwilligenarbeit gelten:

*...mit Zeitbörse:* Angebote über Zeitbörse attraktiv für Personen, die speziell das Reziprozitäts-Prinzip, die Zugehörigkeit zu einem sozialen Netzwerk und

> Extrinsische Faktoren wie soziale Anerkennung,<sup>b)</sup> Freundschaften schliessen, Leute treffen, Austausch pflegen,<sup>c)</sup> Erfahrungen sammeln,<sup>d)</sup> (Arbeitsmarkt-)Fähigkeiten entwickeln, das persönliche Netzwerk erweitern,<sup>e)</sup> Selbstwertgefühl stärken,<sup>f)</sup> Belohnungen oder Subventionen/Kostenreduktionen,<sup>g)</sup> sichtbares Resultat/Effektivität des Einsatzes.<sup>h)</sup>

> Intrinsische Faktoren wie Pflichtgefühl,<sup>i)</sup> Fairness-Motive, falls andere auch freiwillig tätig sind/falls man selber auch schon profitiert hat/profitieren wird,<sup>j)</sup> Altruismus/Solidarität gegenüber Angehörigen/Freunden oder Fremden,<sup>k)</sup> persönliche Überzeugungen/Identität (widerspiegeln zumeist ethische/moralische Wertvorstellungen),<sup>l)</sup> Freude am Helfen oder an der Arbeit per se.<sup>m)</sup>

Motivationsförderliche Regelungen auf Bundesebene: Betreuungsgutschrift AHV (die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger wird für Rentenberechnung berücksichtigt (AHVG Art. 29)).

Ob im Rahmen institutionalisierter Freiwilligenarbeit Anreize bestehen wie Spesenentschädigungen, Sitzungsgelder, Versicherungsleistungen, etc. sind von der Freiwilligenorganisation abhängig.

Negativ bewertet werden von manchen Freiwilligen zeitintensive Engagements sowie bindende Verpflichtungen.<sup>n)</sup>

eine geringe Verbindlichkeit schätzen.

Ausschlussbestimmung bei Missachtung Berufsausübungsverbot wirkt sich negativ auf Attraktivität entsprechenden Verhaltens aus.

### *Wahrnehmung der Attraktivitätsmomente*

*Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Zeitbörse:* Bekanntheit zumindest grundlegender Attraktivitätsmomente als wahrscheinlich angenommen.

*...mit Zeitbörse:* Kenntnis der Besonderheiten der Zeitbörse an Kenntnis Zeitbörse geknüpft.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Bekanntheit zumindest grundlegender Attraktivitätsmomente als wahrscheinlich angenommen.

Bekanntheit Attraktivitätsmomente von Freiwilligenarbeit wird gefördert durch Bekanntschaft mit freiwillig Engagierten.<sup>o)</sup>

*...mit Zeitbörse:* Kenntnis der Besonderheiten der Zeitbörse an Kenntnis Zeitbörse geknüpft.

a) Frey (2002) unterscheidet z.B. fünf Typen von Personen, deren Leistungsmotivation sich an je unterschiedlichen Zielen orientiert: an Gelderwerb Interessierte, Statusorientierte, Loyale, Formalisten und Selbstbestimmte (91-94).

b) Siehe: Brühlmeier 2001; García-Valiñas et al. 2012; Meier & Stutzer 2008; Nyborg & Rege 2003; Wilson 2000

c) Siehe: BFS 2008; García-Valiñas et al. 2012; Meier & Stutzer 2008; Plagnol & Huppert 2010; Roose 2010; Wilson 2000

d) Siehe: BFS 2015; García-Valiñas et al. 2012; Matsuba et al. 2007; Rehberg 2005

e) Siehe: Meier & Stutzer 2008; Rehberg 2005; Roose 2010; Wilson 2000

f) Siehe: Frey & Jegen 2001; Matsuba et al. 2007

g) Siehe: Frey & Jegen 2001; Nyborg & Rege 2003; Weesie & Franzen 1998

h) Siehe: García-Valiñas et al. 2012; Nyborg & Rege 2003; Wilson 2000

i) Siehe: Freeman 1997; Matsuba et al. 2007; Ruiter & De Graaf 2006; Wilson 2000

j) Siehe: Freeman 1997; Nyborg & Rege 2003; Weibel & Rota 2002; Wilson 2000

k) Siehe: BFS 2004; Freeman 1997; García-Valiñas et al. 2012; Rehberg 2005; Meier & Stutzer 2008; Wilson 2000

- l) Siehe: García-Valiñas et al. 2012; Matsuba et al. 2007; Nyborg & Rege 2003; Rehberg 2005; Roose 2010; Wilson 2000  
 m) Siehe: BFS 2008 und 2015; Matsuba et al. 2007; Nyborg & Rege 2003; Meier & Stutzer 2008; Rehberg 2005; Wilson 2000  
 n) BFS 2008  
 o) Siehe: Rehberg 2005; Wilson 2000

*Tabelle 10: Einflussgrößen zweite Erfolgsbedingung Zeitbörse*

Die Sicherstellung der eigenen Grundversorgung liegt im Interesse jeder Person, entsprechend attraktiv dürfte das Vorliegen entsprechender Möglichkeiten im Grundsatz bewertet werden. Der Bezug von grundversorgenden Dienstleistungen über die Zeitbörse ist insbesondere für Personen speziell attraktiv, die soziale Kontakte schätzen und preisbewusst sind.

Angebote von der Grundversorgung zudienenden Gütern und Dienstleistungen werden durch unterschiedliche Leistungsmotivation angestossen in Abhängigkeit der Präferenzen der Personen. Während bei Marktleistungen finanzielle Entschädigungen ein wichtiger Faktor sein dürften, sagt die Freiwilligenarbeit Leuten zu, die nicht-monetären Aspekten Wert beimessen. Die Zeitbörse spricht speziell Leute an, die für ihre Leistungserbringung nicht finanziell motiviert sind, aber dennoch das Reziprozitäts-Prinzip schätzen.

### 3. Erfolgsbedingung

#### *Vorliegende Handlungsressourcen der Einflussnahme von Akteuren für / wider gewährleistete Grundversorgung und damit einhergehender Attraktoren*

##### *Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Zeitbörse:* Gegen Bezahlung ist ein Angebot von Gütern/Leistungen auf dem Markt erhältlich.

Allenfalls moralischer Anspruch auf Freiwilligenleistungen durch Angehörige/Freunde (Sozialkapital).<sup>a)</sup>

Qualität von Gütern/Leistungen wird teils von externen Akteuren geprüft/sichergestellt (z.B. Hygienekontrollen, Freiwilligenorganisation bei institutioneller Freiwilligenarbeit). Einklagbarkeit von Mängeln bei Gütern/DL, die über den Markt bezogen werden. Keine externe Qualitätssicherung bei informeller Freiwilligenarbeit.

*...mit Zeitbörse:* Kein Leistungszwang innerhalb der Zeitbörse.

Zeitbörse-Verantwortliche befinden über Mitgliedschaft und Ausschlüsse und leisten damit Qualitätssicherungsbeitrag. Anlaufstelle kann von Mitgliedern als Aufforderung zum Tätigwerden genutzt werden.

##### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Einklagbarer Rechtsanspruch von Marktanbietern auf Bezahlung.

*...mit Zeitbörse:* ‚Einklagbarer‘ Anspruch auf ‚Bezahlung‘ der geleisteten DL im Rahmen der Zeitbörse.

#### *Wahrnehmung der Realisierbarkeit von Grundversorgung / deren Verhinderung und damit einhergehender Attraktoren*

#### *Beobachtbarkeit von Verhalten, das Eingriffe provoziert zur Sicherstellung / Verhinderung von Grundversorgung*

##### *Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Zeitbörse:* Allfällige persönliche Erfahrung, öffentliche Ratings, etc. liefern Informationen zu

*...mit Zeitbörse:* Tauschtreffs und Online-Bewertungen liefern Informationen zur Serio-

einzelnen Anbietern.	sität von Anbietern im Rahmen der Zeitbörse.
<i>Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...</i> ...ohne Zeitbörse: Allfällige persönliche Erfahrung liefert Information zur Zahlungsmoral.	...mit Zeitbörse: Tauschtreffs und Online-Bewertungen liefern Informationen zur Zahlungsmoral von Nachfragern im Rahmen der Zeitbörse.  Information zu Durchsetzungsmöglichkeiten via Website und Tauschtreffs.  Nicht-Offenlegen der Berufstätigkeit verhindert Durchsetzung des Angebotsverbots von Berufstätigkeit.
<b>Risikobereitschaft</b>	
<i>Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...</i> ...ohne Zeitbörse: Bei geringen finanziellen Einsätzen und keinen unwiderruflichen Schäden wird tendenziell hohe Risikobereitschaft vermutet.  Bei Varianten mit hohen finanziellen Risiken und schlechter Informationslage bzw. mit Unsicherheiten behafteten Erfolgsaussichten wird tendenziell geringe Risikobereitschaft vermutet.	...mit Zeitbörse: Verlustrisiko bei ausbleibendem Erfolg bei Zeitbörse-DL ist nicht finanzieller Art, was (bei finanziell schlechter gestellten Personen) auf eine erhöhte Risikoakzeptanz treffen kann.
<i>Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...</i> ...ohne Zeitbörse: Angesichts der Einklagbarkeit finanzieller Forderungen wird eher hohe Risikobereitschaft von Marktanbietern vermutet.	...mit Zeitbörse: Verlustrisiko bei ausbleibender ‚Bezahlung‘ bei Zeitbörse-DL ist nicht finanzieller Art, was auf eine erhöhte Risikoakzeptanz treffen kann.
a) Das Vorhandensein von „social ties“ (Wilson 2000) ist ein wichtiges Einflussmittel um freiwillige Leistungen einzufordern. Wilson erklärt dies damit, dass man Freunde nicht vor den Kopf stossen möchte („[...] we do not want to let our friends down“ (2000: 224)).	

Tabelle 11: Einflussgrößen dritte Erfolgsbedingung Zeitbörse

Der Bezug von Gütern und Dienstleistungen der Grundversorgung in adäquater Qualität über den Markt ist in der Regel gewährleistet. Um auf Freiwilligenarbeit zurückgreifen zu können, sind Personen auf eine entsprechende Bereitschaft potenzieller Freiwilliger angewiesen. Persönliche Beziehungen können dabei der Bereitschaft zuträglich sein. Bei kostenintensiven Gütern/Leistungen im Grundversorgungsbereich, deren Qualität unbekannt ist bzw. deren Erfolgsaussichten ungewiss sind und deren finanzielle Risiken die nachfragenden Personen selber tragen, kann Risikoaversion allenfalls die Nachfrage unterbinden. Solange jedoch kostengünstige bzw. durch Versicherungen gedeckte Alternativen zur Verfügung stehen, beeinträchtigt das die eigentliche Zielerreichung nicht. Bei einer Nutzung der Zeitbörse können die Personen von einem reibungslosen Tauschprozess ausgehen. Da im Rahmen der Zeitbörse keine finanziellen Einsätze getätigt werden müssen, kann allenfalls die Risikoakzeptanz gegenüber teuren, risikobehafteten Leistungen erhöht sein.

Auf der Grundlage der gemachten Einschätzungen vorliegender oder fehlender relevanter Einflussgrößen bezüglich der Erfolgsbedingungen zur Ausführung von grundversorgenden Leistungen lassen sich Aussagen herleiten zum Potenzial der Zeitbörse, das Nachhaltigkeitsziel der Grundversorgung umfassender zu bedienen, als dies unter Abwesenheit der Zeitbörse der Fall wäre. So lässt sich feststellen, dass der Zeittausch im Rahmen der Zeitbörse für gewisse Personen möglich und attraktiv ist. Zudem stellt das Zeitbörsesetting sicher, dass die entsprechenden Attraktivitätsmomente auch tatsächlich gewährleistet sind. Diese Faktoren sind geeignet, einen Tauschhandel im Rahmen der Zeitbörse zu bewirken. Dieser Tauschhandel umfasst ebenso grundversorgende (oder der Grundversorgung zudienende) Leistungen. Allerdings ist dieses Potenzial der Zeitbörse mit einem Vorbehalt zu versehen. Die Zeitbörse dient für manche Akteure als Ersatz für anderweitige Möglichkeiten zur Ausführung der betrachteten grundversorgenden Leistungen. Güter/Leistungen der Grundversorgung lassen sich gegen Entgelt auf dem Markt beziehen, wobei Sozialversicherungen nötigenfalls die finanziellen Mittel gewährleisten. In einem Einzelaspekt kann der Zeitbörse allenfalls dennoch ein vorbehaltloses Nachhaltigkeitspotenzial im Rahmen der Grundversorgung attestiert werden. Das Potenzial bezieht sich auf Leistungen im Grundversorgungsbereich, die nicht über Gelder von Sozialversicherungen finanzierbar sind bzw. zu denen keine finanzierten gleichwertigen Leistung bestehen – inwieweit dies tatsächlich der Fall ist, lässt sich jedoch nicht abschliessend beurteilen. Dies kann gegebenenfalls auf bestimmte über das Netzwerk angebotene (komplementär-)medizinische Dienstleistungen zutreffen. Das Potenzial eröffnet sich, falls entsprechende Leistungen kostenintensiv sind und das Netzwerk an ‚kostengünstigen‘ Freiwilligenleistungen der Zeitbörse bestimmten Personen den Bezug dieser Leistungen überhaupt erst ermöglicht. Dies trifft zu, falls Personen aufgrund finanzieller Restriktionen die notwendigen Ausgaben nicht stemmen können oder Personen angesichts von Unsicherheiten, ob die Dienstleistungen das gewünschte Resultat zeitigen, hohe Ausgaben scheuen (geringe Risikobereitschaft) und falls gleichzeitig im Rahmen des privaten Netzwerks keine Möglichkeit besteht, die Leistungen informell auf freiwilliger Basis zu beziehen.

#### *Erfolgsbedingungen in Bezug auf Ergebnisse im Bereich Partizipation an gesellschaftlichen Aktivitäten*

Untersuchte Ergebnisse im Rahmen des Nachhaltigkeitsziels der Gewährleistung elementarer gesellschaftlicher Rechte in Form von Partizipation an gesellschaftlichen Aktivitäten waren die (Möglichkeiten zur) Partizipation an gesellschaftlichen Aktivitäten in Form von Freizeitgestaltung (Breitensport, Besuch von Konzerten oder Theater, Pflege sozialer Kontakte, Nutzung sozialer Medien, etc.).<sup>75</sup> Die betrachteten involvierten Akteure waren die Nutzniessenden der Partizipation (Freizeitnehmer) sowie allfällige Anbieterinnen und Anbieter von der Partizipation zudienenden Dienstleistungen oder Gütern. In der Ermöglichung zudienender Dienstleistungen liegt auch das allfällige Wirkungspotenzial der Zeitbörse. Über die Zeitbörse getauschte Dienstleistungen können Teil der Ausführung der betreffenden Freizeitaktivitäten sein. Entsprechende Dienstleistungen sind etwa Fahrdienste, Begleitung bei den Freizeitaktivitäten, Instruktionen zu Freizeitaktivitäten (Sport, Basteln, etc.), Ausleihe oder Reparatur von Freizeitartikeln, Betreu-

---

<sup>75</sup> Nicht betrachtet werden Freizeitaktivitäten im Rahmen von Vereinen. Siehe dazu zweite Fallstudie Kapitel 6.3.

ungsdienst für Kinder während dieser Zeit, Instruktion zur Verwendung moderner Informationstechnologien für die Nutzung sozialer Netzwerke, Vermittlung von Sprachkenntnissen, etc.

Die Einschätzung der vorliegenden/fehlenden Einflussgrößen auf die Erfolgsbedingungen der Ergebniserzielung der (Möglichkeiten zur) Partizipation an Freizeitaktivitäten lässt sich grösstenteils aus der Einschätzung im Bereich Grundversorgung (siehe vorangehender Titel) übertragen. Auf die Ausführungen dieser Analogien wird hier verzichtet und einzig auf die wesentlichen identifizierten Unterschiede hingewiesen. Die Einschätzung des Nachhaltigkeitspotenzials bezieht sich wiederum auf die Gesamtheit der Einflussgrößen. Die vollständigen Tabellen sind im Anhang aufgeführt.

Betreffend die erste Erfolgsbedingung besteht ein Unterschied darin, dass im Gegensatz zu elementaren Grundbedürfnissen die Finanzierung von gesellschaftsüblichen Freizeitaktivitäten im Falle von Bedürftigkeit nicht vorgesehen ist. Zudem sind nicht alle ‚Freizeitdienstleistungen‘ auch tatsächlich käuflich. Für ein geselliges Beisammensein etwa oder für Partner beim Ausüben sportlicher Aktivitäten ist ein privates soziales Netzwerk vonnöten. Weiter spielen persönliche Voraussetzungen mit, ob gewisse Freizeitaktivitäten überhaupt ausgeübt werden können (z.B. persönliche Gesundheit).

Betreffend die zweite Erfolgsbedingung wird vermutet, dass Personen grundsätzlich eine positive Haltung gegenüber vorhandenen Möglichkeiten zur Ausübung von Freizeitaktivitäten haben, da Möglichkeiten stets auch Entscheidungsfreiräume bedeuten. Bezüglich der Art der bevorzugten Freizeitaktivitäten dürften allerdings erhebliche individuelle Unterschiede bestehen. Auch können für Personen grundsätzlich attraktive Freizeitaktivitäten mit unattraktiven Aspekten versehen sein wie z.B. hohe Kosten oder eine befürchtete Stigmatisierung im Rahmen der erforderlichen Kompetenzaneignung (z.B. Alphabetisierungskurs, Kurs zur Nutzung moderner Technologien, etc.). Betreffend die dritte Erfolgsbedingung bestehen keine wesentlichen Unterschiede.

Insgesamt lässt sich der Zeitbörse hinsichtlich Ergebnissen mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag in Bezug auf das Nachhaltigkeitsziel der Partizipation an gesellschaftlichen Aktivitäten sowohl ein positives Nachhaltigkeitspotenzial unter Vorbehalt wie auch ein vorbehaltloses positives Wirkungspotenzial attestieren. Ein positives Potenzial unter Vorbehalt hat die Zeitbörse, falls sie einer Person als attraktive Alternative zum Bezug von für die Partizipation an Freizeitaktivitäten hilfreichen Dienstleistungen dient – gegenüber einem Bezug der Dienstleistungen auf dem Markt oder über das private Netzwerk – wobei für die Akteure auch ohne Zeitbörse ausreichend attraktive und als umsetzbar eingeschätzte Möglichkeiten der Teilhabe an Freizeitaktivitäten bestehen.

Ein vorbehaltloses positives Potenzial besteht dagegen, wenn Möglichkeiten eines Bezugs von ‚Freizeitdienstleistungen‘ über das private Netzwerk fehlen, die zwar von Marktleistungen kompensiert werden könnten, diese Option aber aufgrund unerschwinglicher oder zu teuer bewerteter Preise oder emotionaler Hemmschwellen nicht in Frage kommt. Das Zeitbörsenetzwerk kann in diesen Fällen als Äquivalenz zum privaten Netzwerk fungieren und damit die Möglichkeit der Partizipation an bestimmten Freizeitaktivitäten überhaupt erst zu einer valablen Option für diese Personen werden lassen. Darin zeigt sich auch exemplarisch, dass rein hypothetisch

bestehende Handlungsoptionen (etwa ausreichend vorliegende finanzielle Mittel) nicht genügen, um dem Nachhaltigkeitsziel des ‚Vorliegens der Voraussetzungen‘ für Partizipation zu entsprechen. Entsprechende Voraussetzungen sind erst dann wirklich vorliegend, wenn die zugrundeliegende Handlungsoption von der betreffenden Person auch als wählbar eingestuft wird. Ebenso besteht ein vorbehaltloses positives Nachhaltigkeitspotenzial, wenn dank der Zeitbörse ansonsten fehlende Freizeitpartner verfügbar sind. Das ausgedehnte Netzwerk an Kontakten, das die Zeitbörse zur Verfügung stellt, kann absente persönliche Netzwerke kompensieren. In solchen Fällen werden entsprechende Freizeitaktivitäten mittels Zeitbörse überhaupt erst ermöglicht.

#### *Erfolgsbedingungen in Bezug auf Ergebnisse im Bereich Bewahrung natürlicher Ressourcen*

Schliesslich wurde für die Zeitbörse die Wirkung auf Ergebnisse mit positivem oder negativem Nachhaltigkeitsbeitrag im Bereich der Bewahrung natürlicher Ressourcen eingeschätzt. Dabei lag der Fokus auf Ergebnissen der Schonung natürlicher Ressourcen als Bestandteil von Gebrauchsgütern bzw. als Verbrauchsgüter durch Privatpersonen im Haushalt und bei Freizeitaktivitäten. Im diesem Rahmen untersuchte Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag waren betreffend die Schonung von natürlichen Ressourcen als Bestandteil von Gebrauchsgütern der Unterhalt und die Reparatur bestehender Gebrauchsgüter anstelle eines Neukaufes oder der Verzicht auf den Ersatz defekter Gebrauchsgüter oder die geteilte Nutzung von Gebrauchsgütern. Betreffend die Schonung natürlicher Ressourcen als Verbrauchsgüter waren untersuchte Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag die Verwendung ressourceneffizienter Güter (energiesparsam, wassersparsam, etc.) bzw. der Verzicht auf die Ausführung ressourcenintensiver Aktivitäten, falls diese im Sinne der Nachhaltigkeitsziele als verzichtbar gelten (beispielsweise exquisite Freizeitaktivitäten) und zwar unabhängig davon, wie die Ressourceneffizienz der verwendeten Güter innerhalb derselben Güterklasse ausfällt. Ebenfalls in die Untersuchung einbezogene Ergebnisse, welche als ressourceneffizientes Verhalten gewertet wurden, sind die Inanspruchnahme ortsnaher Dienstleistungen (impliziert eine kurze Anreise mit entsprechend geringerem Treibstoffverbrauch) oder der Verzicht auf einen Dienstleistungsbezug (und allfällige Eigenarbeit).

Beteiligte Akteure an diesen Ergebnissen sind auf der einen Seite die Privatpersonen, die Gebrauchsgüter besitzen, pflegen und nutzen sowie Verbrauchsgüter (Dienstleistungen) konsumieren. Auf der anderen Seite sind Akteure an den Ergebnissen beteiligt, die Dienstleistungen ausführen wie Reparaturen oder Unterhaltsarbeiten, die ressourcensparsame oder ressourcenintensive Güter bereitstellen oder die Dienstleistungen ortsnah oder ortsfern anbieten. Im Bereich der Dienstleistungserbringung ist ein allfälliger Nachhaltigkeitsbeitrag des Zeitbörsesettings angesiedelt. Im Rahmen des Zeitbörsesettings getauschte Dienstleistungen wie Pflege- oder Reparaturarbeiten oder entsprechende Wissensvermittlung können den Neukauf von Produkten verhindern helfen, ebenso Dienstleistungen, für welche die benötigten nicht vorhandenen Hilfsmittel mitgebracht werden, oder der temporäre Verleih entsprechender Hilfsmittel. Zudem sind mit der Zeitbörse ortsnahe Dienstleistungen verfügbar. Nebst diesen Tätigkeiten, die im Rahmen von Ergebnissen mit positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen ausgeübt werden, können mittels der Zeitbörse auch Dienstleistungen getätigt werden, die für Ergebnisse mit negativem Nachhaltig-

keitsbeitrag im Einsatz stehen. Dies trifft zu für Dienstleistungen oder den Verleih von Gütern, die ressourcenintensiv in der Ausführung bzw. Nutzung sind.

Bei der Einschätzung der vorliegenden/fehlenden Einflussgrössen auf die Erfolgsbedingungen zeigten sich wiederum weitreichende Analogien zu den Einflussgrössen in Bezug auf Ergebnisse im Bereich Grundversorgung (Tabellen 9-11). Somit werden folgend einzig die wesentlichen Unterschiede beschrieben. Die Einschätzung des Nachhaltigkeitspotenzials bezieht sich dann wiederum auf die Gesamtheit der Einflussgrössen. Die zugehörigen Tabellen sind im Anhang aufgeführt.

Im Gegensatz zu Gütern und Dienstleistungen zur Befriedigung von Grundbedürfnissen sind für ein ressourcenschonendes Verhalten geeignete Güter und Dienstleistungen – als Voraussetzung für das Bestehen der ersten Erfolgsbedingung – nicht zwingend vorliegend. So sind Güter allenfalls nicht ausgerichtet für eine langfristige Nutzung, Reparatur, Recycling etc. und im Gebrauch nicht sparsam/effizient. Der Bezug ortsnaher Dienstleistungen ist ausserdem nur möglich, wenn auch entsprechende Dienstleistungserbringer ortsnah vorhanden sind. Bei Bedürftigkeit kann der Bezug geeigneter Güter, anfallender Reparaturen, ortsnaher Dienstleistende, etc. via Markt gegebenenfalls zu teuer sein. Dabei muss allerdings angemerkt werden, dass ein ressourcenfreundliches Verhalten nicht zwingend mit hohen Kosten verbunden sein muss. Insbesondere steht auch stets die Option zum Verzicht auf eine Ressourcennutzung zur Verfügung, die mit keinerlei finanziellen Aufwendungen verbunden ist. Durch die geografische Einschränkung der Mitgliedschaft wird der Bezug ortsferner Dienstleistungen über das Zeitbörsenetzwerk verhindert, womit die Zeitbörse in diesem Bereich restriktivere Rahmenbedingungen zugunsten ressourcenschonendem Verhalten setzt, als ausserhalb der Zeitbörse gelten (Ausnahme bilden Dienstleistungen, die über Partnernetzwerke getauscht werden).

Vorhandenes Wissen und vorliegende Fähigkeiten zum erhaltenden Umgang mit Gebrauchsgütern (wie eine Reparatur auszuführen ist, wie ein Kleidungsstück geflickt werden kann, etc.) sind mutmasslich individuell. Die Kenntnis entsprechender Dienstleistungserbringer(innen) wird ebenfalls als nicht zwingend vorhanden eingeschätzt, ausser im Kontext des Zeitbörsenetzwerks, bei dem die Bekanntheit von Dienstleistungsangeboten gewährleistet ist. Dagegen kann vermutet werden, dass mindestens eine Erwerbsvariante bekannt ist für den Ersatz eines (defekten) Gebrauchsgutes. Der (ressourcensparsame) Gebrauch von ressourcenverbrauchsrelevanten Gütern in Haushalt und Freizeit setzt die Kenntnis entsprechender Erwerbsmöglichkeiten (bzw. Möglichkeiten zur Miete, etc.) sowie entsprechende Anwenderkenntnisse voraus. Auch hier wird vermutet, dass eine Erwerbs- bzw. Nutzungsvariante bekannt sein dürfte (für Zeitbörsemitglieder insbesondere auch Dienstleistungsangebote im Rahmen des Netzwerks). Diese Kenntnisse umfassen allerdings nicht zwingend auch speziell ressourcensparsame Güter. Von Person zu Person verschieden dürften die Anwenderfähigkeiten entsprechender Güter sein, insbesondere auch das Wissen um eine speziell ressourcenschonende Nutzung. Individuell dürften schliesslich auch die Kenntnisse von ortsnahen vs. ortsfernen Dienstleistenden sein. Im Rahmen des Zeitbörsenetzwerks ist die Bekanntheit entsprechender Dienstleistungsangebote allerdings wiederum vorliegend.



Betreffend die zweite Erfolgsbedingung wird davon ausgegangen, dass Attraktivitätsaspekte ressourcenschonenden oder -verschwenderischen Verhaltens vielschichtig und individuell sind (je nach Zielsetzung, Kostenbewusstsein, etc.). Ein allfälliges Vorliegen ökologischer Präferenzen ist dabei der Attraktivität ressourcenschonender Optionen zuträglich. Allerdings müssen sich in diesem Fall die Personen über die entsprechenden Implikationen der verschiedenen Optionen auch tatsächlich bewusst sein. Die Kenntnis von speziell ressourcensparsamen Gütern ist allenfalls erhöht, falls ein entsprechendes Label vorliegt. Für die ebenfalls ressourcenfreundliche ‚Verzichtsoption‘ wird dagegen angenommen, dass sie als unattraktiv bewertet wird, wenn sie sich der eigentlichen Zielumsetzung der jeweiligen Personen entgegenstellt. Betreffend die dritte Erfolgsbedingung bestehen keine wesentlichen Unterschiede.

Mit der Betrachtung der vorliegenden Einflussgrößen über alle Erfolgsbedingungen im Rahmen der Nachhaltigkeitspotenzialeinschätzung fällt auf, dass ressourcenschonendes Verhalten dann das wahrscheinliche Handlungsergebnis darstellt, wenn entsprechende Optionen von den Akteuren auch favorisiert werden (sei es aus Präferenzen des Umweltschutzes oder weil diese Optionen allenfalls preislich attraktiv sind, etc.). Allerdings kann sich die Auswahl an ressourcenschonenden Optionen im schlechtesten Fall auf die Option zum Verzicht beschränken (Verzicht auf die Nutzung eines Gutes oder den Bezug einer Dienstleistung), was i.d.R. für Akteure nicht sehr attraktiv ist. Allenfalls werden bei manchen dieser Fälle durch die Zeitbörse weitere ressourcenfreundliche Optionen überhaupt verfügbar gemacht. Dies trifft dann zu, wenn einzig dank dem Zeitbörsenetzwerk einer Person geeignete Dienstleistende bekannt sind (z.B. jemand, der spezielles Gut reparieren kann) oder wenn entsprechende Dienstleistungen für eine Person ansonsten unerschwinglich wären. Zudem kann der Einbezug von Zeitbörsedienstleistungen die Attraktivität ressourcenschonender Optionen für manche Personen erhöhen (kostengünstig, Spassfaktor, etc.) und so zum Favoriten erheben (dies kann z.B. zutreffen, wenn der Preis einer Reparatur höher ist als bei einem Neukauf, über die Zeitbörse aber nur Materialkosten anfallen). In diesen Fällen kann der Zeitbörse ein vorbehaltloses Potenzial attestiert werden. Allerdings kann die Zeitbörse ebenso auch ressourcenintensive Optionen erst verfügbar bzw. ausreichend attraktiv machen und damit Verhalten fördern, das in Ergebnisse mit negativem Nachhaltigkeitsbeitrag mündet. Dies bedeutet ein negatives Nachhaltigkeitspotenzial der Zeitbörse. Die vermuteten Nachhaltigkeitswirkungen punkto des Ergebnisses des Erhalts natürlicher Ressourcen sind somit ambivalent.

#### 6.2.4 Fazit

Hauptfunktion der Zeitbörse ist die Bereitstellung eines Rahmens für den Tauschhandel mit Dienstleistungen. Entsprechend der Vielfältigkeit verschiedener Dienstleistungen, die getauscht werden können, können auch vielfältige Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag in einem Bezug zur Zeitbörse stehen. Die Nachhaltigkeitsbeiträge können zudem sowohl positiv wie auch negativ sein. Dies führt mit sich, dass von ein und demselben einflussrelevanten Elementen der Zeitbörse ambivalente Nachhaltigkeitswirkungen ausgehen können. Aufgrund der Vielzahl potenziell betroffener Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeiträgen wurde eine Auswahl getroffen, bezüglich derer das Nachhaltigkeitspotenzial der Zeitbörse genauer analysiert wurde.

Mit der Anwendung des Analyseinstruments am Fallbeispiel der Zeitbörse konnten Nachhaltigkeitspotenziale der Zeitbörse identifiziert werden. In den meisten Fällen ist dieses Potenzial positiv, zum Teil allerdings mit einem Vorbehalt versehen. Mit diesem Resultat ist die Zeitbörse geeignet, einen Beitrag zu leisten zur Erzielung einer nachhaltigen Entwicklung. Anhand der Analyse lassen sich hingegen keine quantitativen Aussagen machen, sprich in welchem Umfang dieses Potenzial auch umgesetzt wird. Die Analyse offenbart indes, dass das Potenzial nicht universell ist, sondern sich auf bestimmte Akteure beschränkt, die spezifische Merkmale aufweisen wie Wohnort in der Region St. Gallen und (mindestens rudimentäre) Deutschkenntnisse sowie bestimmte Präferenzen (positive Einstellung gegenüber unkonventionellen Wirtschaftsformen, Wertschätzung des Reziprozitätsprinzips, etc.).

Die identifizierten Nachhaltigkeitspotenziale stützen sich auf diverse Elemente der Zeitbörse. Erst mit ihrem Zusammenwirken können sie dieses Resultat zeitigen. So erfordert der Dienstleistungsaustausch Plattformen für Angebote und Nachfragen sowie eine technische Umsetzung und diesbezügliche Hilfestellungen. Die Attraktivität des Dienstleistungsaustauschs gewährleisten das Reziprozitätsprinzip, die Benutzerfreundlichkeit der technischen Lösung, etc. Zudem bestehen Elemente, die den einwandfreien Ablauf der Tauschhandlungen sicherstellen sollen. Die verschiedenen Elemente des Zeitbörse-Settings bedienen damit unterschiedliche notwendige Voraussetzungen, damit der Dienstleistungsaustausch für Personen zu einer attraktiven und wählbaren Option wird. Auch bestehen Elemente, die darauf abzielen, den Tausch unerwünschter Dienstleistungen im Sinne von widerrechtlich oder unsittlich zu verhindern. Dem Tausch von unnötig ressourcenintensiven Dienstleistungen wird dagegen im Rahmen des Settings kein Einhalt geboten. Damit wird dem einzigen negativen Nachhaltigkeitspotenzial der Zeitbörse nichts entgegengesetzt.

Die Vorbehalte bei manchen identifizierten Nachhaltigkeitspotenzialen der Zeitbörse beruhen auf dem Umstand, dass über die Zeitbörse bezogene Dienstleistungen in Konkurrenz stehen zu Eigenarbeit, Marktdienstleistungen und Freiwilligenleistungen. Akteure wägen in entsprechenden Entscheidungssituationen zwischen den verschiedenen Alternativen ab. Falls Personen zwar Zeitbörse-Dienstleistungen mit Bezug zu Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeitrag den Vorzug geben, unter Abwesenheit der Zeitbörse aber dieselben Dienstleistungen anderweitig bezogen hätten bzw. die Tätigkeit selbst ausgeführt hätten, fällt das Akteurverhalten zwar unterschiedlich aus, aus einer Nachhaltigkeitsperspektive bleibt das Ergebnis jedoch identisch. Dank der Berücksichtigung der umfassenden Handlungssituationen im Rahmen des Analyseinstrumentariums lassen sich entsprechende Vorbehalte erkennen. Wichtig ist diesbezüglich eine adäquate Ergebnisformulierung im zweiten Analyseschritt (vgl. Kapitel 5.3.2), die nicht bereits Umsetzungsaspekte als Ergebnisteil aufführt (also z.B. ‚Ausführung grundversorgender Aktivitäten‘ und nicht ‚Bezug von Grundversorgungsleistung über die Zeitbörse‘). Die Analyse zeigt auf, dass das Vorliegen eines vorbehaltlosen Potenzials oder eines Potenzials unter Vorbehalt zumeist Akteur-abhängig ist. Entscheidend ist etwa, ob einer Person ausreichend finanzielle Mittel verfügbar sind, ob ein persönliches Netzwerk vorliegt und ob Präferenzen anderweitige Optionen als jene unter Beteiligung der Zeitbörse mit demselben Nachhaltigkeitsbeitrag ebenfalls als valabel bewerten.

Ob die verschiedenen vorhergehend beschriebenen Optionen einer Ergebniserzielung auch tatsächlich vorliegend sind, verantworten neben den eigentlichen Hauptakteuren (Adressaten grundversorgender Aktivitäten, etc.) auch Anbieter(innen) zugehöriger Güter und Dienstleistungen. Folglich wurden diese in der Analyse mitberücksichtigt. Allenfalls könnte man von Marktanbieter(innen) abstrahieren mit dem Argument, dass im Untersuchungsraum genügend Marktangebote bestehen und die Tauschprozesse weitgehend einwandfrei funktionieren. In Bezug auf Angebote im Freiwilligenbereich (so auch Zeitbörse) lassen sich allerdings keine gesicherten analogen Aussagen machen. Eine genaue Betrachtung der Akteure drängte sich damit auch für die Angebotsseite auf. Anhand der entsprechenden Analyse lässt sich erkennen, dass das Bestehen der Zeitbörse den verfügbaren Pool an freiwilligen Leistungserbringer(innen) erhöhen kann dank der speziellen Attraktoren, die sie bietet, wie das Anrecht auf eine Gegenleistung, die Teilhabe an einem sozialen Netzwerk und die geringe Verbindlichkeit.

## 6.3 Fallanalyse Steuererleichterungen für Freiwilligenarbeit

### 6.3.1 Identifikation der einflussrelevanten Elemente

Im ersten Analyseschritt wurde der politische Vorstoss zu Steuererleichterungen für Freiwilligenarbeit auf seine Elemente mit Einflussrelevanz auf Akteurhandlungen geprüft. Der Vorstoss regt eine Gesetzesanpassung an, um Auslagen für Freiwilligenarbeit steuerlich abzugsfähig zu machen. Da dieser Vorstoss allgemein gehalten ist und keine Angaben zur konkreten Umsetzung enthält, wurden hypothetische Überlegungen zu möglichen Ausgestaltungsoptionen einer entsprechenden Steuererleichterung gemacht. Anhand dieser Überlegungen wurden mögliche Varianten eines Gesetzestextes formuliert. Als Grundlage dienten Quellen der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Die formulierten Varianten bilden entsprechend deren Gepflogenheiten ab. Im Unterschied zur Zeitbörse, die ein ganzes Setting von Massnahmen bzw. Bestimmungen darstellt, ist der Untersuchungsgegenstand beim vorliegenden politischen Vorstoss auf diese einzelne Gesetzesanpassung begrenzt. Die Prüfung der Einflussrelevanz beschränkte sich somit auf diese Gesetzesanpassung und erfolgte auf dem vorgeschlagenen möglichen Gesetzestext. Im Folgenden sind die Überlegungen aufgeführt, auf der die Formulierung des Gesetzestextes basiert.

Um beurteilen zu können, bezüglich welcher Tätigkeiten Auslagen steuerlich abzugsfähig sein sollen, ist eine genaue Bestimmung des Begriffs der Freiwilligenarbeit erforderlich. Freiwilligenarbeit (auch freiwilliges Engagement, bürgerschaftliches Engagement, *volunteering*) wird in der Literatur unterschiedlich definiert. Zwar ist ein zentrales Kriterium stets die Freiwilligkeit und Unentgeltlichkeit der erbrachten Leistung, umstritten ist aber u.a., ob eine unentgeltliche Tätigkeit bestimmten Zwecken dienen muss oder an eine Organisation gebunden zu sein hat, um als ‚bürgerschaftliches Engagement‘ zu gelten (Roose 2010: 19; vgl. auch Wilson 2000). Gemäss Plagnol (2014: 6974) unterscheiden viele Studien zwischen formeller und informeller Freiwilligenarbeit, „[...] whereby formal volunteering involves unpaid work for voluntary or charitable organizations. Informal forms of volunteering involve providing help for others outside the family, workplace, or voluntary organizations“. Diese Unterscheidung entspricht der Konzeption im Rahmen des *European Social Survey* (ESS) von 2006, bei dem nach Freiwilligenarbeit in Organisationen einerseits und nicht organisationsgebundenen Hilfeleistungen ausserhalb der Familie

andererseits gefragt wurde. Bezogen auf die Schweiz erfasst das Bundesamt für Statistik (BFS) seit einigen Jahren ebenfalls Daten zur Freiwilligenarbeit.<sup>76</sup> Das BFS unterscheidet diesbezüglich zwischen institutionalisierter und informeller Freiwilligenarbeit. Institutionalisierte Freiwilligenarbeit wird als unbezahlte Tätigkeit im Rahmen von Organisationen oder Institutionen beschrieben. Im Gegensatz zum ESS wird informelle Freiwilligenarbeit aber definiert als unbezahlte Tätigkeiten für Personen, die nicht in demselben Haushalt leben (BFS 2015: 4). Arbeitsleistungen für Angehörige werden mit diesem Verständnis somit nicht kategorisch ausgeschlossen. Dieselbe Unterscheidung wird auch im ‚Freiwilligen-Monitor Schweiz‘ gemacht, einer anderweitigen Schweiz-bezogenen Datenerhebung zur Freiwilligenarbeit. Da mit der Definition von Freiwilligenarbeit des BFS eine offizielle Begriffsbestimmung vorliegt, die, so die Annahme, auch als Referenz für eine allfällige Gesetzesausarbeitung dienen würde, stützt sich der hypothetische Gesetzestext darauf ab.

Neben der Frage, was als Freiwilligenarbeit zählt und damit steuerbegünstigt sein soll, beinhaltet der hypothetische Gesetzestext ebenfalls Annahmen zur Ausgestaltung der entsprechenden Steuerbegünstigung. Dafür wurde auf bestehende Varianten von Steuerabzügen im Bundesgesetz zurückgegriffen.<sup>77</sup> Darin sind teils pauschalisierte Abzüge vorgesehen, teils effektive Abzüge mit allfälligen Ober- und Untergrenzen.

Auf der Grundlage der gemachten Ausführungen wurde folgender Vorschlag einer Gesetzesformulierung ausgearbeitet, die die Forderungen des politischen Vorstosses nach steuerlicher Abzugsfähigkeit von Auslagen für Freiwilligenarbeit beinhaltet. Die aufgeführten Klammern geben Varianten in der genauen Ausgestaltung des Gesetzes wieder. So kann eine Steuerbegünstigung sich nur auf institutionalisierte oder ebenfalls auf informelle Freiwilligenarbeit erstrecken. Zudem ist ein Abzug der effektiven Auslagen denkbar oder ein pauschalisierter Abzug:

Von den steuerbaren Einkünften sind die Auslagen für die Ausführung institutionalisierter (und informeller) Freiwilligenarbeit (pauschalisiert mit bestehender Ober- und evtl. Untergrenze) abzugsfähig.

Der Gesetzesvorschlag wurde daraufhin untersucht, ob er die handlungsleitenden Rahmenbedingungen (Einflussgrößen) bestimmter Akteure modifizieren kann. Das Analysekriterium war dabei die potenzielle Betroffenheit von Akteuren durch die Gesetzesbestimmung. Eine entsprechende Einflussrelevanz konnte bejaht werden für Akteure, welche Freiwilligenarbeit leisten und steuerpflichtig sind. Folgende Tabelle gibt dieses Ergebnis wieder:

Steuererleichterungen	
Beschreibung	Betroffene Akteure
Von den steuerbaren Einkünften sind die Auslagen für die Ausführung institutionalisierter (und informeller) Freiwilligenarbeit (pauschalisiert mit bestehender Ober- und evtl. Untergrenze) abzugsfähig.	Steuerpflichtige Freiwilligenarbeit- Leistende

Tabelle 12: Einflussrelevante Elemente Steuererleichterung Freiwilligenarbeit

<sup>76</sup> Im Rahmen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung seit 1997 (Modul „Unbezahlte Arbeit“) (BFS 2015: 5).

<sup>77</sup> Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG): Artikel 33 & 33a; Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG): Artikel 9.

Aus der Tabelle 12 wird ersichtlich, dass der gesamte Gesetzesinhalt zur Steuererleichterung bei Auslagen im Rahmen der Freiwilligenarbeit Einflussrelevanz auf bestimmte Akteurhandlungen aufweist. Ob sich dieser Einfluss auch auf Tätigkeiten erstreckt, die Bestandteil sind von Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeiträgen, wurde im folgend dargestellten zweiten Analyseschritt untersucht.

### 6.3.2 Zuordnung zu Ansätzen der Einflussnahme

Der zweite Analyseteil umfasste eine Beurteilung der Gesetzesformulierung auf (Non-)Konformität mit AdEnEs und damit einhergehend der Identifikation potenzieller Wirkungszusammenhänge mit Ergebnissen mit positiven oder negativen Nachhaltigkeitsbeiträgen. Für eine Einschätzung der Konformität des Gesetzesvorschlags mit AdEnEs stellte sich einerseits die Frage, welchem Ansatz der Einflussnahme das politische Instrument einer Steuererleichterung für Freiwilligenarbeit zugeordnet werden konnte, und andererseits, ob überhaupt ein Zusammenhang bestand von Freiwilligenarbeit mit Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeitrag. Die Resultate des zweiten Analyseschritts werden folgend dargestellt und erläutert.

Es scheint auf der Hand zu liegen, die Wirkweise der Steuerbegünstigung auf Freiwilligenarbeit als Anreizsetzung zugunsten der Ausübung von Freiwilligenarbeit zu werten (Ansatz der Einflussnahme 2a). Ob finanzielle Zuwendungen, wie sie Steuererleichterungen darstellen, tatsächlich den Akteuren als Motivator dienen, ist allerdings nicht so eindeutig. Generell ist der Zusammenhang zwischen politischen Fördermassnahmen und deren Wirkung auf das Angebot von Freiwilligenarbeit umstritten. Im europäischen Vergleich sind „keineswegs die Länder mit einer ausgeprägten Engagementkultur Vorreiter bei einer Engagement-fördernden Politik“ (Roose 2010: 27). So weist die Schweiz ein hohes Ausmass an Freiwilligenleistungen aus, während einzig geringfügige politische Unterstützungsmassnahmen bestehen (Berhinger 2010). In Tschechien hingegen bestehen ausgeprägte politische Unterstützungsleistungen – so etwa Unkostenerstattungen – während Freiwilligenleistungen nicht sehr verbreitet sind (Roose 2010: 27). Dennoch lässt sich aus der Erkenntnis von Roose (2010) nicht schliessen, dass Engagement-förderliche Politik keinerlei relevanten Einfluss zeitigt. Weiterführende Literatur zu den Wirkungszusammenhängen von politischer Intervention und Freiwilligenleistungen zeichnet diesbezüglich ein uneinheitliches Bild. Im vorliegenden Fall liegt dabei das Interesse speziell auf der potenziellen Wirkung von finanzieller Unterstützung. Frey & Jegen (2001) zeigen in ihrem Artikel auf, dass empirische Evidenz besteht, dass unter gewissen Umständen die intrinsische Motivation ein relevanter Verhaltenstrigger sein kann, wobei der zusätzliche Einsatz von monetären Anreizfaktoren die intrinsische Motivation je nachdem unterstützen (*crowding-in* Effekt) oder aber gegebenenfalls auch unterminieren kann (*crowding-out* Effekt). Entgegen der Intuition wurden somit Fälle nachgewiesen, in denen finanzielle Zuwendungen die Leistung verschlechtern haben. Die Autoren verweisen u.a. auf eine ökonometrische Studie zur Freiwilligenarbeit in der Schweiz, bei der sich zeigte, dass in der Gegenwart von Belohnungen weniger Stunden Freiwilligenarbeit geleistet wurde als ohne jegliche Entschädigungen (ebd.: 141). Als Gründe für einen derartigen Effekt führen Frey & Jegen zwei psychologische Effekte auf: Einerseits kann die Präsenz eines extrinsischen Motivators den Personen das Gefühl vermitteln, dass sie nicht mehr in der Verantwortung stünden (der Preis-Mechanismus regelt das Angebot), an-

dererseits kann ein finanzieller Anreiz den Eindruck entstehen lassen, dass die vorhandene Motivation nicht gewürdigt wird (ebd.: 136). Die Autoren folgern daraus, dass es zu einem *crowding-out* von intrinsischer Motivation kommt, wenn Personen die finanziellen Anreize als Kontrollinstrument wahrnehmen. Dagegen kommt es zu einem *crowding-in* von intrinsischer Motivation, wenn die finanziellen Anreize als unterstützend und anerkennend gewertet werden (ebd.:137). Im Falle einer gewährten Steuererleichterung für geleistete Freiwilligenarbeit dürfte somit eher letztere Bedingung vorliegen. Die Steuererleichterung ist ein Angebot, das wahrgenommen werden kann falls erwünscht und das zur Reduktion (allfälliger) finanzieller Aufwendungen im Rahmen der geleisteten Arbeit gedacht ist und nicht als eigentliche Entschädigung dafür gelten kann. Damit haben entsprechende Steuerbegünstigungen einen unterstützenden Charakter inne.

Auch Nyborg & Rege (2003) gehen in ihrem Artikel u.a. den Wirkungen von öffentlichen Subventionen auf das Angebot von Freiwilligenleistungen nach. Die Autoren diskutieren verschiedene theoretische Modelle und zeichnen deren Wirkungen nach. Dabei zeigt sich, dass je nach angewendetem Modell unterschiedliche Effekte resultieren. Beim Modell des *homo oeconomicus* wird den Akteuren als einzige Motivation für einen Beitrag an einem öffentlichen Gut der Nutzen unterstellt, den sie selber aus diesem Gut ziehen. Dies ist allerdings nicht konsistent mit der Vielzahl von Freiwilligenleistungen, bei denen die bereitgestellten Dienste einzig anderweitigen Personen zugutekommen. Der geringe Anteil an Freiwilligenleistung, der gemäss diesem Modell (mit und ohne öffentliche Subvention) resultieren müsste, wird zudem durch die Empirie nicht gestützt. Die Existenz von Freiwilligenarbeit besser abbilden können dagegen Modelle, die den Akteuren weiterführende Motivatoren zuschreiben. So wird den Individuen wahlweise ein Nutzen der Freiwilligentätigkeit in Form eines guten Gefühls unterstellt („*warm-glow giving*“ (Andreoni 1990)) oder es wird die Existenz von sozialen Normen angenommen, die bei Befolgung zu sozialer Anerkennung führen. Auch gibt es Modelle, die vom Vorhandensein von Fairnessprinzipien ausgehen, die zu reziprokem Verhalten animieren. Für alle diese Annahmen findet sich empirische bzw. experimentelle Evidenz (Nyborg & Rege 2003). Die entsprechenden Modelle prognostizieren fast ausschliesslich eine Steigerung der Einsätze (aber nicht unbedingt der geleisteten Stunden einer bereits freiwillig tätigen Person) bei einer Unterstützung privater Leistungen in Form von Subventionen. Das Resultat in Commitment-Modellen, bei denen die Individuen sich stark verpflichtet fühlen, sich für einen erwünschten Sachverhalt einzusetzen, unabhängig davon, ob der Einsatz honoriert wird, kann dagegen genau konträr sein. Die Einführung einer Subvention führt dann allenfalls dazu, dass die Leute glauben, dass mit der Subvention genügend Freiwillige bereit sind, einen Einsatz zu übernehmen, um den erwünschten Sachverhalt zu gewährleisten, und ihre eigenen Bemühungen somit zurücknehmen. Dieser Effekt bleibt dagegen aus, wenn die Leute davon ausgehen, dass der Subventionsbeitrag rein symbolisch ist. Dies dürfte weitgehend zutreffend sein bei Steuererleichterungen für Auslagen im Rahmen von Freiwilligenarbeit, da diese einzig einen Beitrag zur Kostenreduktion und keine wirkliche Entschädigung für die Leistungserbringung darstellen. Entsprechend würde im Einzelfall ein Einsatz nur dann effektiv reduziert, wenn tatsächlich eine freiwillige Person als Ersatz für das eigene Engagement zur Verfügung stünde. Somit deutet die Literatur darauf hin, dass für die vorliegende Fallstudie, in der Form wie der Gesetzesvorschlag formuliert ist, grundsätzlich

positive Anreize von der politischen Intervention ausgehen bzw. zumindest nicht negative Anreize zu befürchten sind.

Nach der Beurteilung der Frage nach der potenziellen Einflusswirkung einer Steuerbegünstigung auf das Angebot von Freiwilligenarbeit – die vorhergehend ausgeführt wurde – erfolgte im Rahmen des zweiten Analyseschritts eine Einschätzung, ob Freiwilligenarbeit eine Rolle zukommt bei der Erzielung von Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeiträgen. Grundlage dieser Einschätzung bildete eine Literaturrecherche von Studien zu Freiwilligenarbeit. Dabei zeigte sich, dass Freiwilligenarbeit in unterschiedliche Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag einfließen kann. Die Ergebnisse der Literaturrecherche sind in folgenden Tabellen unterteilt nach Nachhaltigkeitszielen und Ergebnissen mit positiven und negativen Nachhaltigkeitsbeiträgen festgehalten.

Ziel Grundversorgung	
<i>Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag</i>	<i>Diesbezügliche freiwillige Arbeitsleistungen</i>
(Vorhandensein der Möglichkeit zum Konsum von Gütern der Grundversorgung (Nahrungsmittel, Kleidung, elektrisches Licht, etc.)	Unentgeltliche Mitarbeit in sozial-karitativen Organisationen, Entwicklungsorganisationen, etc., die im Bereich Grundversorgung tätig sind, unentgeltliche Mitarbeit in Gesundheitsorganisationen. ( <i>Institutionalisierte Freiwilligenarbeit</i> )
(Vorhandensein der Möglichkeit der Ausführung von Arbeitsleistungen/Aktivitäten der Grundversorgung (Hygienemassnahmen wie Körperpflege oder Putzen, Kochen, Gesundheitsleistungen (Krankenpflege), Betreuung von Kindern oder Alten)	Nachbarschaftliche Hilfe im Bereich der Grundversorgung (z.B. Hausarbeiten, Fahrdienste, Kinderbetreuung, Pflege, Ausleihe von Hilfsmitteln). ( <i>Informelle Freiwilligenarbeit</i> )
(Vorhandensein der Möglichkeit der Vermeidung persönlicher Gesundheitsrisiken (risikoreduziertes Verhalten)	

Tabelle 13: *Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag im Bereich Grundversorgung mit Bezug zu Steuererleichterung Freiwilligenarbeit*

Freiwilligenarbeit kann Bestandteil sein der Bereitstellung von Gütern für den grundversorgenden Konsum wie von grundversorgenden Dienstleistungen. Ebenso kann Freiwilligenarbeit zur Förderung von gesundheitsbewusstem Verhalten beitragen.

Ziel elementare gesellschaftliche Rechte	
<i>Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag</i>	<i>Diesbezügliche freiwillige Arbeitsleistungen</i>
(Vorhandensein der Möglichkeit zur Inanspruchnahme von chancengleichem Zugang zu Bildungsinhalten/Informationen)	Unentgeltliche Mitarbeit in Bildungsinstitutionen, unentgeltliche Mitarbeit in sozial-karitativen Organisationen im Bereich Zugang zu Bildung und Information,

nen, Arbeitsstellen, Amtsleistungen	Zugang zu Arbeitsstellen, Verkehr mit Ämtern, Gleichberechtigung (Frauen, Minderheiten) ( <i>Institutionalisierte Freiwilligenarbeit</i> ) Nachbarschaftliche Hilfeleistungen wie Nachhilfe, Hilfe bei der Korrespondenz und Beratung, Mitarbeit in Open-Source Projekten ( <i>Informelle Freiwilligenarbeit</i> )
(Vorhandensein der Möglichkeit zur) Teilnahme an gesellschaftlichen Anlässen oder Freizeitaktivitäten (Sport, Konzerte, Theater, soziale Kontakte, Vereinsmitgliedschaft, etc.)	Unentgeltliche Mitarbeit in sozial-karitativen Organisationen oder Interessensgruppierungen im Bereich Teilhabe, unentgeltliche Mitarbeit in Freizeitvereinen oder bei anderweitigen Veranstaltern (Sport, Kultur, Jugend, etc.) ( <i>Institutionalisierte Freiwilligenarbeit</i> ) Nachbarschaftliche Hilfeleistungen wie Gesellschaft leisten, Organisation von Veranstaltungen (z.B. Quartierfest), Fahrdienste, Kinderbetreuung, Informationsvermittlung ( <i>Informelle Freiwilligenarbeit</i> )
Mitarbeit in einer Freiwilligenorganisation als Form einer gesellschaftlichen Aktivität	Unentgeltliche Mitarbeit in Vereinen, Freiwilligenorganisationen, Interessensverbänden, politischen Parteien, etc. ( <i>Institutionalisierte Freiwilligenarbeit</i> )
(Vorhandensein der Möglichkeit zur) öffentliche(n) Meinungsäußerung	Unentgeltliche Mitarbeit in sozial-karitativen Organisationen im Bereich Teilhabe, unentgeltliche Mitarbeit in Interessensgruppierungen, in politischen Gruppierungen ( <i>Institutionalisierte Freiwilligenarbeit</i> ) Nachbarschaftliche Hilfeleistungen wie Fahrdienste, Hilfe bei der Korrespondenz, Informationen bereitstellen ( <i>Informelle Freiwilligenarbeit</i> )
Ausübung von Interessensvertretung	Unentgeltliche Mitarbeit in Interessensverbänden, politischen Parteien, etc. ( <i>Institutionalisierte Freiwilligenarbeit</i> )
<i>Ergebnisse mit negativem Nachhaltigkeitsbeitrag</i>	<i>Diesbezügliche freiwillige Arbeitsleistungen</i>
Ausgrenzung von Personen von gesellschaftlichen Anlässen oder Freizeitaktivitäten	Unentgeltliche Mitarbeit in Freizeitvereinen oder bei anderweitigen Veranstaltern (Sport, Kultur, Jugend, etc.) ( <i>Institutionalisierte Freiwilligenarbeit</i> ) Nachbarschaftliche Hilfeleistungen wie Organisation von Veranstaltungen (z.B. Quartierfest) ( <i>Informelle Freiwilligenarbeit</i> )

Tabelle 14: *Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag im Bereich elementare gesellschaftliche Rechte mit Bezug zu Steuererleichterung Freiwilligenarbeit*

Bezüglich der Zielsetzung der Sicherstellung der elementaren gesellschaftlichen Rechte kann Freiwilligenarbeit behilflich sein bei der Inanspruchnahme und Einforderung dieser Rechte. Freiwilligenarbeit kann zudem bei der Durchführung von Veranstaltungen, Zusammenkünften,



etc. zum Tragen kommen, die als gesellschaftliche Aktivitäten im Sinne der Nachhaltigkeitszielsetzung zählen. Sehen diese Anlässe diskriminierungsfreien Zugang vor, so fließt das freiwillige Engagement in Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag ein. Wird im Rahmen dieser Anlässe jedoch diskriminiert, dann wirkt das freiwillige Engagement im Gegenteil an Ergebnissen mit negativem Nachhaltigkeitsbeitrag mit.

Weiter kann Freiwilligenarbeit im institutionellen Rahmen per se bereits als Form einer gesellschaftlichen Aktivität und damit als Ausübung eines elementaren gesellschaftlichen Rechts gesehen werden. Ebenso entspricht die Ausübung einer Interessenvertretung z.B. im Rahmen einer unentgeltlichen Parteimitarbeit einer Ausübung des Rechts auf Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen.

Ziel Kapitalienbewahrung	
<i>Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag</i>	<i>Diesbezügliche freiwillige Arbeitsleistungen</i>
Erhaltung natürlicher Ressourcen (je nach Inhalt von Anlässen/Projekten/etc., ressourcensorgsame Freizeitaktivitäten, etc.)	Unentgeltliche Mitarbeit in Umweltorganisationen, Entwicklungsorganisationen mit Umweltprojekten. Unentgeltliche Mitarbeit in Freizeitvereinen. ( <i>Institutionalisierte Freiwilligenarbeit</i> )  Durchführung von Umweltprojekten auf privater Basis, Umweltberatung. Organisation von Freizeitveranstaltungen auf privater Basis. ( <i>Informelle Freiwilligenarbeit</i> )
Erhaltung von Organisationsstrukturen/Institutionen, die der Sicherstellung der Grundversorgung und der elementaren gesellschaftlichen Rechte dienen	Unentgeltliche Mitarbeit in sozial-karitativen Organisationen, Entwicklungsorganisationen, Bildungsorganisationen, Interessensgruppierungen, politischen Parteien, Freizeitvereinen oder bei anderweitigen Freizeitveranstaltern. ( <i>Institutionalisierte Freiwilligenarbeit</i> )  Nachbarschaftliche Hilfeleistungen (Fahrdienste, Kinderbetreuung, Korrespondenz, Informationsvermittlung, Kinderbetreuung, Organisation von Veranstaltungen, etc.). ( <i>Informelle Freiwilligenarbeit</i> )
<i>Ergebnisse mit negativem Nachhaltigkeitsbeitrag</i>	<i>Diesbezügliche freiwillige Arbeitsleistungen</i>
Verschwenderischer/zerstörerischer Verbrauch von natürlichen Ressourcen (bei bestimmten Freizeitaktivitäten)	Unentgeltliche Mitarbeit in Freizeitverein oder bei anderweitigen Freizeitveranstaltern. ( <i>Institutionalisierte Freiwilligenarbeit</i> )  Organisation von Freizeitveranstaltungen auf privater Basis. ( <i>Informelle Freiwilligenarbeit</i> )

Tabelle 15: *Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag im Bereich Kapitalienbewahrung mit Bezug zu Steuererleichterung Freiwilligenarbeit*

Auch im Rahmen des Nachhaltigkeitsziels der Kapitalienbewahrung kann Freiwilligenarbeit eine Rolle spielen. Namentlich bestehen Berührungspunkte von Freiwilligenarbeit mit der Ziel-

setzung der Bewahrung natürlicher Ressourcen. So können Projekte im Bereich Umweltschutz auf dem Engagement von Freiwilligen beruhen. Daneben kann Freiwilligenarbeit aber auch in Ergebnisse mit negativen Nachhaltigkeitsbeiträgen einfließen. Dies trifft insbesondere zu für freiwilliges Engagement im Freizeitbereich. Bestimmte Freizeitaktivitäten implizieren etwa einen äusserst hohen Ressourcenverbrauch oder es werden im Rahmen der Ausübung von Freizeitaktivitäten Eingriffe in fragile Ökosysteme in Kauf genommen, beispielsweise bei Skitouren in Rückzugsgebieten von Wildtieren. Während bestimmte Freizeitaktivitäten belastend auf natürliche Ressourcen wirken, weisen anderweitige Freizeitaktivitäten, die sich als alternative Freizeitoptionen anbieten, wiederum keine negativen Effekte auf natürliche Ressourcen auf. Freizeitaktivitäten, die von einem verschwenderischen oder zerstörerischen Ver-/Gebrauch von natürlichen Ressourcen absehen (z.B. Geringhaltung von Ressourcenverbrauch, Ausweichen auf ungefährdete Gebiete, etc.), werden entsprechend als Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag gewertet.

Des Weiteren bestehen Berührungspunkte von Freiwilligenarbeit mit der Zielsetzung des Erhalts von Organisationsstrukturen und Institutionen, die der Sicherstellung der Grundversorgung und der elementaren gesellschaftlichen Rechte zudienen. Das Fortbestehen von Freiwilligenleistungen im Bereich der Grundversorgung und der elementaren gesellschaftlichen Rechte bedeutet die Aufrechterhaltung von Strukturen zur Sicherstellung der entsprechenden Nachhaltigkeitsziele. Die Erhaltung einer ‚Freiwilligenkultur‘ hilft zur Vermeidung des Aufbaus bzw. der Ausdehnung entsprechender staatlicher Leistungen als Ersatzmassnahme.

Ziel Wertebewahrung/-aufbau	
<i>Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag</i>	<i>Diesbezügliche Dienstleistungsbeiträge</i>
Tätigkeiten und Meinungsäusserung im Sinne der definierten gesellschaftsrelevanten Werte (vgl. Kapitel 3.4.6 und 5.2.2)	Unentgeltliche Mitarbeit in sozial-karitativen Organisationen ( <i>Institutionalisierte Freiwilligenarbeit</i> )
	Leisten von nachbarschaftlichen Hilfeleistungen. Bereitstellung von Informationen, die den einschlägigen Werten entsprechen ( <i>Informelle Freiwilligenarbeit</i> )
<i>Ergebnisse mit negativem Nachhaltigkeitsbeitrag</i>	<i>Diesbezügliche freiwillige Arbeitsleistungen</i>
Tätigkeiten und Meinungsäusserung im Widerspruch zu den definierten gesellschaftsrelevanten Werten (vgl. Kapitel 3.4.6 und 5.2.2)	Unentgeltliche Mitarbeit in Interessensgruppierungen, die Interessen vertreten im Widerspruch zu den definierten gesellschaftsrelevanten Werten ( <i>Institutionalisierte Freiwilligenarbeit</i> )
	Bereitstellung von normativen Informationen (z.B. in Internetforen), die den einschlägigen Werten widersprechen ( <i>Informelle Freiwilligenarbeit</i> )

Tabelle 16: Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag im Bereich Wertebewahrung mit Bezug zu Steuererleichterung Freiwilligenarbeit

Schliesslich kann Freiwilligenarbeit auch einen Bezug aufweisen zum Nachhaltigkeitsziel der Bewahrung gesellschaftsrelevanter Werte. So stellt sozial-karitative, etc. Freiwilligenarbeit, wie sie etwa im Rahmen der Care-Arbeit anzutreffen ist, bereits eine Form von solidarischem Handeln dar, wie sie im Nachhaltigkeitsziel gefordert wird. Allenfalls kann Freiwilligenarbeit aber auch in einem Widerspruch zu den definierten gesellschaftsrelevanten Werten stehen. Beispielsweise dann, wenn im Rahmen eines freiwilligen Engagements Interessen vertreten und Meinungen verbreitet werden, welche diese Werte konfliktieren.

Die vorangehenden Ausführungen demonstrieren, dass eine steuerliche Begünstigung von Freiwilligenarbeit Anreize setzt zugunsten freiwilliger Tätigkeiten und dass Freiwilligenarbeit in Ergebnisse mit positivem oder aber negativen Nachhaltigkeitsbeiträgen einfließen kann. Damit sind potenzielle Wirkungszusammenhänge eines entsprechenden Gesetzes mit nachhaltigkeitsrelevanten Ergebnissen identifiziert. Folgende Tabelle führt die Wirkungszusammenhänge zusammenfassend auf.

Steuererleichterungen für Auslagen für Freiwilligenarbeit	
<i>Wirkungszusammenhang mit Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeitrag</i>	<i>AdEnE</i>
Institutionalisierte und informelle Freiwilligenarbeit kann in diversen Handlungsergebnissen im Einsatz stehen, die einen positiven oder negativen Nachhaltigkeitsbeitrag leisten.	2a K bzw. 2a NK
Die Steuererleichterung wirkt als finanzieller Anreiz förderlich für die Attraktivität von institutionalisierter (und informeller) Freiwilligenarbeit (die mit selber tragbaren finanziellen Aufwendungen verbunden ist).	

Tabelle 17: Varianten von Steuererleichterungen Freiwilligenarbeit

Für die angenommene Gesetzesformulierung wurde somit ein potenzieller Wirkungszusammenhang mit nachhaltigkeitswirksamen Ergebnissen identifiziert. Dieser liegt in der finanziellen Anreizsetzung zur Leistung von Freiwilligenarbeit begründet, die – je nach Rahmen, in dem die Arbeitsleistung stattfindet – verschiedenen Nachhaltigkeitszielen zuträglich oder allenfalls auch abträglich sein kann (AdEnE 2a). Je nachdem, welche Variante der Gesetzesformulierung herangezogen wird, wirkt der finanzielle Anreiz einzig für institutionalisierte oder aber auch für informelle Freiwilligenarbeit. Falls der Abzug auf den effektiven Aufwendungen gewährt wird, bezieht sich die Anreizwirkung nur auf freiwillige Tätigkeiten, mit denen auch selber tragbare finanzielle Lasten verknüpft sind. Bei pauschalisierten Abzügen wirkt der Anreiz dagegen auch für anderweitige Tätigkeiten (da für die Einforderung eines Steuerabzugs einzig der Nachweis einer freiwilligen Tätigkeit, nicht aber der damit verbundenen finanziellen Ausgaben erbracht werden muss). Die Einsparmöglichkeiten bei den Steuern dürften dagegen nicht ausreichend sein, um geleistete finanzielle Aufwendungen im Rahmen von Freiwilligenarbeit tatsächlich kompensieren zu können. Mit und ohne eine entsprechende Gesetzesregelung ist somit Voraussetzung, dass die Freiwilligen über die finanziellen Möglichkeiten verfügen, die Aufwendungen zu leisten. Damit beschränkt sich die Wirkung einer entsprechenden Regelung auf die Förderung der Attraktivität von Freiwilligenarbeit, hingegen kann sie bei Abwesenheit der dazu benötigten finanziellen Mittel Freiwilligenarbeit nicht ermöglichen (AdEnE 1a trifft daher nicht ebenfalls zu). Ob die Anreizwirkung genügend stark ist, um (zusätzliche) Freiwilligenarbeit zu

motivieren und ob anderweitige notwendige Voraussetzungen für entsprechende nachhaltigkeitswirksame Ergebnisse vorliegend sind, wird im folgenden Analyseteil diskutiert.

### 6.3.3 Auswertung der Erfolgsbedingungen und Aussagen zum Nachhaltigkeitspotenzial

Im dritten Analyseteil wurden die Erfolgsbedingungen eingeschätzt. Analog der ersten Fallstudie wurde die Analyse einzig auf eine Auswahl der in Schritt zwei identifizierten Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag angewendet. Die ausgewählten Ergebnisse für die Analyse sind dabei identisch zu jenen der ersten Fallstudie: Die untersuchten Ergebnisse bezogen sich auf die Bereiche Grundversorgung, Partizipation an gesellschaftlichen Aktivitäten und Erhaltung natürlicher Ressourcen. Die Einschätzung der betreffenden Erfolgsbedingungen erlaubte die Formulierung von Aussagen zum Nachhaltigkeitspotenzial von Steuererleichterungen für Aufwendungen im Rahmen von Freiwilligenleistungen. Die Ergebnisse sind im Folgenden dargestellt.

#### *Erfolgsbedingungen in Bezug auf Ergebnisse im Bereich Grundversorgung*

Untersuchte Ergebnisse im Bereich der Grundversorgung betrafen Situationen der Ausführung von Aktivitäten/Arbeitsleistungen im Rahmen der Grundversorgung wie Haushaltsarbeiten, Betreuung, Fahrdienste, etc. (Tätigkeiten zur essenziellen Bedürfnisbefriedigung, vgl. Kapitel 3.4.3) bzw. des Vorliegens entsprechender Voraussetzungen. Ein potenzieller Wirkungszusammenhang einer Steuerbegünstigung für Freiwilligenarbeit mit entsprechenden Situationen wurde im zweiten Analyseschritt für jene Fälle ausgemacht, in denen nachbarschaftliche Hilfe im Bereich Grundversorgung ausgeführt wird oder Freiwilligenarbeit geleistet wird in sozialkaritativen Organisationen, Entwicklungsorganisationen, etc., die im Bereich Grundversorgung tätig sind, oder in Gesundheitsorganisationen. Als an der Grundversorgung beteiligte Akteure wurden sowohl Nachfrager wie auch Anbieter entsprechender Güter und Dienstleistungen in die Analyse einbezogen. Anders als bei der Zeitbörse kann sich der Kreis betroffener Akteure bei den Nachfragern auch ins Ausland erstrecken (da der Tätigkeitsbereich von mittels Freiwilligenarbeit unterstützten Hilfsorganisationen teils im Ausland angesiedelt ist). Entsprechend gehören auch Gebiete, wo Schweizer Hilfsorganisationen tätig sind, mit zum Untersuchungsraum.

Die Einschätzung des Zutreffens der Erfolgsbedingungen hinsichtlich der genannten Ergebnisse bedurfte einer Einschätzung der Ausstattung der Akteure mit für die Ergebniserzielung relevanten Einflussgrössen (Handlungsressourcen, Wahrnehmung, Präferenzen). Die Resultate der Analyse sind in folgenden Tabellen präsentiert. Die linke Spalte enthält die vorliegenden bzw. fehlenden relevanten Einflussgrössen unter Abwesenheit der untersuchten Gesetzesbestimmung, womit der Status quo widerspiegelt wird. In der rechten Spalte sind die Veränderungen aufgeführt, die sich mit der Einführung der untersuchten Gesetzesbestimmung an den Einflussgrössen ergeben.

#### 1. Erfolgsbedingung

##### *Vorliegende / fehlende relevante und anerkannte Handlungsressourcen*

*Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Sozialversicherungen gewährleisten in der Schweiz nötigenfalls finanzielle Mittel für Versorgung mit elementaren grundversor-

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Allenfalls verstärkte Präsenz von Freiwilligen.

genden Leistungen weitgehend.

Vorhandene Netzwerke einzelner Personen sind ein bedeutender Faktor, ob potenziell auch auf freiwillige Leistungen im Grundversorgungsbereich zurückgegriffen werden kann.<sup>a)</sup>

In manchen ausländischen Gebieten sind die finanziellen und/oder materiellen Voraussetzungen für die Sicherstellung der Grundversorgung mutmasslich nicht immer erfüllt. Die Präsenz einer NGO ist allenfalls einzige Gelegenheit zur Realisierung von Bestandteilen der persönlichen Grundversorgung.

---

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* In der Schweiz entgeltliche Leistungserbringer mit adäquaten Qualifikationen/geeigneter Ausstattung ausreichend vorhanden.

Vorhandensein zeitlicher Ressourcen als kritischer Faktor für Angebot freiwilliger Leistungen.<sup>b)</sup> (Aufkommen für eigenen Lebensunterhalt, Betreuungspflichten, etc. limitieren zeitliche Ressourcen).

Im Rahmen formeller Freiwilligenarbeit sind auch besondere Qualifikationen gefragt wie Organisationsfähigkeit, Fähigkeit Sitzungen zu leiten, etc.<sup>c)</sup>

Allfällige selber tragbare finanzielle Auslagen im Zusammenhang mit der Ausübung einer freiwilligen Tätigkeit können allenfalls restriktiv wirken (z.B. Reisekosten, die mit Auslandseinsätzen verbunden sind).

Diverse institutionelle Freiwilligenorganisationen als potenzielle Arbeitgeber vorliegend.

Kosten und zugänglicher Pool an potenziellen Freiwilligen als limitierende Faktoren für Tätigkeit von Freiwilligenorganisationen.<sup>d)</sup>

Allenfalls auch Anbieter mit ungenügender Qualifikation.

---

*Wahrnehmung der Möglichkeiten*

*Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Ausreichende Kenntnisse, um persönliche elementare Grundversorgung sicherzustellen, werden angenommen.

---

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* In der Schweiz kommerzielle Akteure mit geeigneter Kenntnis vorliegend.

Kenntnis von Gelegenheiten zu Freiwilligentätigkeiten

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Allfällige Auslagen für Freiwilligenarbeit werden reduziert, allerdings nur in einem geringen Umfang.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* In Wegleitung zur Steuererklärung wird über Abzugsmöglichkeiten informiert, damit kann Kenntnis unter-

steigt mit Bestehen von Informanten im persönlichen Netzwerk.<sup>e)</sup>

Keine Aussagen zu ausländischen Anbietenden möglich.

a) Verschiedene Studien sehen das private soziale Netzwerk/die gesellschaftliche Integration oder die Mitgliedschaft in Organisationen und die sich im Rahmen dessen offenbarenden Gelegenheiten für Freiwilligenarbeit als entscheidende Voraussetzung für freiwilliges Engagement (BFS 2008; Freeman 1997; Matsuba et al. 2007; Rehberg 2005; Roose 2010; Ruiter & De Graaf 2006; Wilson 2000).

b) Siehe: BFS 2015: 9; García-Valiñas et al. 2012; Freeman 1997: 156; Plagnol & Huppert 2010: 164; Stadelmann-Steffen et al. 2010: 77-78; Wilson 2000: 220-221. Allerdings kann aufgrund der erforderlichen zeitlichen Ressourcen nicht gefolgert werden, dass weniger Arbeitstätige freiwillig tätig sind als Nicht-Erwerbstätige. Studien weisen darauf hin, dass Freiwilligenarbeit oft durch Erwerbstätige ausgeübt wird (siehe z.B. BFS 2008: 6; Freeman 1997), wobei dieser Umstand durch unterschiedliche ausschlaggebende Faktoren begünstigt wird (siehe z.B. BFS 2008: 6; Freeman 1997; Wilson 2000: 20).

c) Der Bedarf spezifischer Qualifikationen für institutionalisierte Freiwilligenarbeit wird in Studien als (mit ein) Grund aufgeführt, dass entsprechende Tätigkeiten häufig durch höher Qualifizierte ausgeführt werden. (BFS 2008: 6; Wilson 2000: 220).

d) Die Rekrutierung von Freiwilligen erfolgt oft über persönliche Beziehungen oder im Rahmen von Mitgliedschaften (vgl. a). Unpersönliche Aufrufe sind dagegen nicht sehr wirkungsvoll (Wilson 2000: 223).

e) Vgl. a) und d). Personen aus dem persönlichen Netzwerk können generell über Freiwilligenarbeit informieren, sie können konkrete Möglichkeiten anpreisen oder als Vorbild dienen (Wilson verweist etwa auf die Vorbildfunktion von Eltern, die Freiwilligenarbeit leisten (2000: 218)).

*Tabelle 18: Einflussgrössen erste Erfolgsbedingung Steuererleichterung Freiwilligenarbeit*

Die als Ausgangslage präsentierte Ausprägung der Einflussgrössen zur ersten Erfolgsbedingung bezüglich Ergebnisse im Bereich Grundversorgung (linke Spalte vorhergehender Tabelle) entspricht mehrheitlich jener im analogen Teil der Zeitbörse-Fallstudie. Die dort gemachten Ausführungen haben entsprechend auch hier Gültigkeit (siehe Seiten 193-194). Ein Unterschied besteht allerdings, da sich der Untersuchungsraum der vorliegenden Fallstudie auf Seiten der Nachfragenden auch auf das Ausland erstreckt. Während für die Schweiz davon ausgegangen werden kann, dass gemäss der Nachhaltigkeitszielsetzung (vgl. Kapitel 3.4.3) essenzielle grundversorgende Aktivitäten mindestens in ihrer elementarsten (schlichtesten) Form sichergestellt werden können, trifft dies für das Ausland nicht zwingend zu. Während für Personen aus der Schweiz eine allenfalls verstärkte Präsenz von Freiwilligen im Grundversorgungsbereich aufgrund einer Steuergutschrift einzig eine weitere Alternative für den Bezug entsprechender Grundversorgungsleistungen darstellt, kann dies für Personen aus dem Ausland allenfalls die einzige vorhandene Option bedeuten.

## 2. Erfolgsbedingung

*Bestehende Attraktivitätsmomente bzw. Präferenzen bezüglich (Varianten) gewährleisteter / mangelhafter Grundversorgung*

*Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*  
*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Grundversorgung per se attraktiv. Präferenzen für Ausführungsvarianten mutmasslich individuell (Bevorzugung Eigenleistung vs. externe Dienstleister, einfache Produkte vs. Luxusgüter, etc.).

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Leistungsmotivation individuell (z.B. finanzielle Entschädigung, Prestige, etc.).<sup>a)</sup>

Als Motivatoren für Freiwilligenarbeit gelten:

> Extrinsische Faktoren wie soziale Anerkennung,<sup>b)</sup> Freundschaften schliessen, Leute treffen, Austausch pflegen,<sup>c)</sup> Erfahrungen sammeln,<sup>d)</sup> (Arbeitsmarkt-)Fähigkeiten entwickeln, das persönliche Netzwerk erweitern,<sup>e)</sup> Selbstwertgefühl stärken,<sup>f)</sup> Belohnungen oder Subventionen/Kostenreduktionen,<sup>g)</sup> sichtbares Resultat/Effektivität des Einsatzes.<sup>h)</sup>

> Intrinsische Faktoren wie Pflichtgefühl,<sup>i)</sup> Fairness-Motive falls andere auch freiwillig tätig sind/falls man selber auch schon profitiert hat/profitieren wird,<sup>j)</sup> Altruismus/Solidarität gegenüber Angehörigen/Freunden oder Fremden,<sup>k)</sup> persönliche Überzeugungen/Identität (widerspiegeln zumeist ethische/moralische Wertvorstellungen),<sup>l)</sup> Freude am Helfen oder an der Arbeit per se.<sup>m)</sup>

Motivationsförderliche Regelungen auf Bundesebene: Betreuungsgutschrift AHV (die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger wird für die Rentenberechnung berücksichtigt (AHVG Art. 29)).

Ob im Rahmen institutionalisierter Freiwilligenarbeit Anreize bestehen wie Spesenentschädigungen, Sitzungsgelder, Versicherungsleistungen, etc. sind von der Freiwilligenorganisation abhängig.

Negativ bewertet werden von manchen Freiwilligen zeitintensive Engagements sowie bindende Verpflichtungen.<sup>n)</sup>

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:*

Minderbelastung bei den Steuern als Motivator für die Aufnahme einer freiwilligen Tätigkeit für Personen, die die verbundenen Aufwendungen für Freiwilligenarbeit anderweitig als zu hoch einschätzen bzw. die eine Anerkennung für ihren Einsatz erwarten.<sup>o)</sup>

Minderbelastung bei den Steuern als Motivator für die Ausweitung freiwilliger Tätigkeiten für Personen, deren Grenznutzen eines zusätzlichen Engagements aufgrund der Kostenreduktion wieder positiv wird.<sup>p)</sup>

Kein Anreiz zur Ausweitung eines persönlichen freiwilligen Engagements besteht bspw. bei Präferenzen im Sinne eines Fairness- oder Commitment-Modells (vgl. Kapitel 6.3.2).

Allenfalls wird Anreizwirkung geschmälert, wenn Möglichkeit der ungerechtfertigten Beanspruchung besteht (geringe Bereitschaft, Gegenleistung zu erbringen für etwas, was andere 'umsonst' beanspruchen können).

*Wahrnehmung der Attraktivitätsmomente**Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Bekanntheit zumindest grundlegender Attraktivitätsmomente als wahrscheinlich angenommen.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:*

Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Bekanntheit zumindest grundlegender Attraktivitätsmomente als wahrscheinlich angenommen.

Bekanntheit Attraktivitätsmomente von Freiwilligenarbeit wird gefördert durch Bekanntschaft mit freiwillig Engagierten.<sup>q)</sup>

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:*

In Wegleitung zur Steuererklärung wird über Abzugsmöglichkeiten informiert, damit kann Kenntnis unterstützt werden.

a) Frey (2002) unterscheidet z.B. fünf Typen von Personen, deren Leistungsmotivation sich an je unterschiedlichen Zielen orientiert: an Gelderwerb Interessierte, Statusorientierte, Loyale, Formalisten und Selbstbestimmte (91-94).

b) Siehe: Brühlmeier 2001; García-Valiñas et al. 2012; Meier & Stutzer 2008; Nyborg & Rege 2003; Wilson 2000

c) Siehe: BFS 2008; García-Valiñas et al. 2012; Meier & Stutzer 2008; Plagnol & Huppert 2010; Roose 2010; Wilson 2000

d) Siehe: BFS 2015; García-Valiñas et al. 2012; Matsuba et al. 2007; Rehberg 2005

- e) Siehe: Meier & Stutzer 2008; Rehberg 2005; Roose 2010; Wilson 2000
- f) Siehe: Frey & Jegen 2001; Matsuba et al. 2007
- g) Siehe: Frey & Jegen 2001; Nyborg & Rege 2003; Weesie & Franzen 1998
- h) Siehe: García-Valiñas et al. 2012; Nyborg & Rege 2003; Wilson 2000
- i) Siehe: Freeman 1997; Matsuba et al. 2007; Ruiter & De Graaf 2006; Wilson 2000
- j) Siehe: Freeman 1997; Nyborg & Rege 2003; Weibel & Rota 2002; Wilson 2000
- k) Siehe: BFS 2004; Freeman 1997; García-Valiñas et al. 2012; Rehberg 2005; Meier & Stutzer 2008; Wilson 2000
- l) Siehe: García-Valiñas et al. 2012; Matsuba et al. 2007; Nyborg & Rege 2003; Rehberg 2005; Roose 2010; Wilson 2000
- m) Siehe: BFS 2008 und 2015; Matsuba et al. 2007; Nyborg & Rege 2003; Meier & Stutzer 2008; Rehberg 2005; Wilson 2000
- n) BFS 2008
- o) Besteht die Steuerbegünstigung einzig für institutionalisierte Freiwilligenarbeit, wirkt der Anreiz nur bezüglich institutionalisierter Freiwilligenarbeit. Bei einem Abzug der effektiven Auslagen wirkt der Anreiz nur bezüglich Tätigkeiten, bei denen auch eigenständig tragbare Kosten anfallen. Bei einem pauschalisierten Abzug sind dagegen auch Tätigkeiten eingeschlossen, bei denen gar keine Spesen anfallen oder deren Spesen vergütet werden.
- p) Ungeachtet der genauen Ausgestaltung der Regelung zur steuerlichen Begünstigung kann der Anreiz allenfalls auch im Sinne einer ‚Quersubvention‘ über verschiedene Arten von Freiwilligenarbeit Wirkung entfalten (auch solche, die nicht direkt von einer Steuerbegünstigung profitieren), solange mindestens eine der geleisteten Arbeiten abzugsberechtigt ist.
- q) Siehe: Rehberg 2005; Wilson 2000

---

*Tabelle 19: Einflussgrößen zweite Erfolgsbedingung Steuererleichterung Freiwilligenarbeit*

Da die Sicherstellung der eigenen Grundversorgung im Interesse jeder Person liegt, dürfte das Vorliegen entsprechender Möglichkeiten im Grundsatz attraktiv bewertet werden. Ein allenfalls für Personen relevanter Attraktivitätsunterschied zwischen dem Bezug von grundversorgenden Leistungen über den Markt und der Inanspruchnahme von Freiwilligenarbeit können die Kosten darstellen, die für Marktleistungen höher ausfallen.

Angebotsseitig sprechen unterschiedliche Attraktivitätsfaktoren der verschiedenen Angebotsvarianten je andere Personen an (vgl. auch Ausführungen bei der Zeitbörse-Fallstudie Seite 196). Eine steuerliche Bevorteilung von Freiwilligenarbeit wirkt für manche Leute als Attraktor für die Aufnahme oder die Ausweitung eines freiwilligen Engagements. Je nach Präferenzen von bereits Freiwilligenarbeit-Leistenden hat eine entsprechende Bevorteilung aber auch keinen Attraktivitätseffekt oder sogar einen negativen. Spielen beispielsweise einzig Fairness-Präferenzen eine Rolle für den Wahlentscheid für Freiwilligenarbeit (vgl. Kapitel 6.3.2), dann lässt sich eine Person zu freiwilligem Engagement bewegen, wenn eine kritische Masse anderer Personen ebenfalls freiwillig tätig ist. Keinen Effekt auf den Wahlentscheid hat dabei ein insgesamt grösseres Einsatzvolumen von Freiwilligenarbeit über diese kritische Masse hinaus. Sind bei Freiwilligen Commitment-Präferenzen vorliegend (vgl. Kapitel 6.3.2), orientieren sich diese Personen daran, ob bestimmte in ihren Augen wichtige Aufgaben erfüllt sind. Werden diesbezügliche Tätigkeiten von anderen übernommen, dann reduzieren Commitment-gesteuerte Freiwillige ihr Engagement entsprechend. Eine politische Intervention zugunsten Freiwilligenarbeit kann sich für diese Personen daher negativ auf die Attraktivität eines Freiwilligeneinsatzes auswirken. Personen mit Commitment-Präferenzen können somit positive Attraktivitätseffekte von Förderinstrumenten für Freiwilligenarbeit neutralisieren. Ausserdem werden allenfalls für gewisse Personen positive Attraktivitätseffekte geschmälert, wenn Steuergutschriften ungerechtfertigt erschlichen werden können. In einem solchen Fall kann die Bereitschaft sinken, für die Beanspruchung entsprechender Vorteile eine Gegenleistung zu erbringen. Je nach genauer Aus-



gestaltung der Gesetzesvorschrift wirkt der Anreiz für institutionalisierte oder auch für informelle Freiwilligenarbeit. Ausserdem können einzig freiwillige Tätigkeiten betroffen sein, die mit selber tragbaren finanziellen Aufwendungen verbunden sind (bei effektiven Abzügen) oder auch anderweitige Tätigkeiten (bei pauschalisierten Abzügen).

### 3. Erfolgsbedingung

#### *Vorliegende Handlungsressourcen der Einflussnahme von Akteuren für / wider gewährleistete Grundversorgung und damit einhergehender Attraktoren*

##### *Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Gegen Bezahlung ist ein Angebot von Gütern/Leistungen auf dem Markt erhältlich.

Allenfalls moralischer Anspruch auf Freiwilligenleistungen durch Angehörige/Freunde (Sozialkapital).<sup>a)</sup>

Qualität von Gütern/Leistungen wird teils von externen Akteuren geprüft/sichergestellt (z.B. Hygienekontrollen, Freiwilligenorganisation bei institutioneller Freiwilligenarbeit). Einklagbarkeit von Mängeln bei Gütern/DL, die über den Markt bezogen werden. Keine externe Qualitätssicherung bei informeller Freiwilligenarbeit.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

##### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Einklagbarer Rechtsanspruch von Marktanbietern auf Bezahlung.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Einforderbarkeit der Steuerbegünstigung, wenn entsprechende Belege vorhanden sind. Einsprachemöglichkeit gewährleistet (DBG Art. 132-135 (im Falle von Bundessteuern)).

Sanktion von Seiten des Staates bei nachgewiesener ungerechtfertigter Beanspruchung von Steuerbegünstigung (DBG Ar. 175 bzw. 186 (im Falle von Bundessteuern)) (Anreizwirkung der Gutschrift allenfalls grösser, wenn Missbrauch effektiv verhindert wird).

#### *Wahrnehmung der Realisierbarkeit von Grundversorgung / deren Verhinderung und damit einhergehender Attraktoren*

#### *Beobachtbarkeit von Verhalten, das Eingriffe provoziert zur Sicherstellung / Verhinderung von Grundversorgung*

##### *Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Allfällige persönliche Erfahrung, öffentliche Ratings, etc. liefern Informationen zu einzelnen Anbietern.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Allfällige persönliche Erfahrung liefert Information zur Zahlungsmoral.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:*

Ob potenziell Begünstigte generell Missbräuche bei der Beanspruchung von Steuergutschriften vermuten, ist abhängig von deren Einschätzung der allgemeinen Steuerehrlichkeit und der Möglichkeiten zur Identifikation ungerechtfertigter Abzüge sowie deren Berichtigung. Dazu sind keine Aussagen für den Einzelfall möglich.

*Risikobereitschaft**Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Bei geringen finanziellen Einsätzen und keinen unwiderflichen Schäden wird tendenziell hohe Risikobereitschaft vermutet.

Bei Varianten mit hohen finanziellen Risiken und schlechter Informationslage bzw. mit Unsicherheiten behafteten Erfolgsaussichten wird tendenziell geringe Risikobereitschaft vermutet.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:*

Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Angesichts der Einklagbarkeit finanzieller Forderungen wird eher hohe Risikobereitschaft von Marktanbietern vermutet.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:*

Keine relevanten Risiken von Freiwilligenarbeit Leistenden betreffend die Steuergutschrift vorliegend.

a) Das Vorhandensein von „*social ties*“ (Wilson 2000) ist ein wichtiges Einflussmittel um freiwillige Leistungen einzufordern. Wilson erklärt dies damit, dass man Freunde nicht vor den Kopf stossen möchte („[...] *we do not want to let our friends down*“ (2000: 224)). Siehe auch: Freeman 1997; Ruiter & De Graaf 2006.

*Tabelle 20: Einflussgrössen dritte Erfolgsbedingung Steuererleichterung Freiwilligenarbeit*

Die Ausprägung der Einflussgrössen betreffend die dritte Erfolgsbedingung entspricht für die Ausgangslage ohne politische Intervention (linke Tabellenspalte) jener der Zeitbörse-Fallstudie. Die dortigen Ausführungen (siehe Seite 197-198) gelten somit hier analog. Mit Vorliegen einer Bestimmung zur steuerlichen Begünstigung von Freiwilligenarbeit stellt sich die Frage, ob ein entsprechender Steuerabzug auch tatsächlich eingefordert werden kann, was in Anbetracht der vorliegenden Institutionen in der Schweiz zu bejahen ist. Die Attraktivitätswirkung einer steuerlichen Begünstigung ist allenfalls geschmälert, wenn ein missbräuchlicher Steuerabzug möglich ist (siehe vorangehend unter der zweiten Erfolgsbedingung). Die bestehenden Ahndungsmöglichkeiten eines Missbrauches wirken allerdings abschreckend auf entsprechendes Verhalten. Dazu, wie angesichts dessen potenzielle Freiwillige die Missbrauchshäufigkeit einschätzen, lässt sich nichts aussagen.

Anhand der Einschätzungen zu relevanten Einflussgrössen bezüglich der Erfolgsbedingungen zur Ausführung von grundversorgenden Leistungen lassen sich Aussagen herleiten zum Nachhaltigkeitspotenzial von steuerlichen Begünstigungen von Aufwendungen im Rahmen von Freiwilligenarbeit. Unter Anwesenheit einer Steuerbegünstigung für Freiwilligenleistungen

kommt ein zusätzlicher Anreizmechanismus für das Angebot von institutionalisierter (und je nach Ausgestaltung der Bestimmung auch informeller) Freiwilligenarbeit ins Spiel. Unverändert bleiben dagegen die übrigen Einflussgrößen auf den Wahlentscheid. Eine wichtige Voraussetzung für das Leisten von Freiwilligenarbeit ist etwa die Verfügbarkeit zeitlicher Ressourcen, was den Pool potenzieller Freiwilliger einschränkt. Freiwilligenorganisationen sehen sich insbesondere auch finanziellen Restriktionen ausgesetzt, welche Arbeitseinsätze limitieren können. Eine steuerliche Bevorteilung ist für potenzielle Freiwillige einzig ein Anreizfaktor unter vielen möglichen. Anreizwirkung erzielt eine Steuerbegünstigung nur dann, wenn diese auch effektiv eingefordert werden kann, wovon ausgegangen werden kann. Die Anreizwirkung würde dagegen geschmälert, wenn das Missbrauchspotenzial als hoch angesehen würde. Insgesamt kann vermutet werden, dass eine steuerliche Begünstigung bei manchen Personen die Bereitschaft für freiwilliges Engagement erhöht. Dem erhöhten Angebot dürfte auch eine entsprechende Nachfrage gegenüberstehen. Unentgeltlichkeit ist für die Nachfrage ein entscheidender Attraktivitätsfaktor. Allerdings fungieren in der Schweiz vermehrt nachgefragte Freiwilligenleistungen im Grundversorgungsbereich einzig als Ersatz für das Erbringen von Eigenleistung oder die Nachfrage über den Markt (wobei Sozialversicherungen das Vorhandensein der entsprechenden finanziellen Mittel garantieren). Es findet somit keine Zunahme der Grundversorgung statt. Entsprechend kann der Steuergutschrift für Freiwilligenarbeit einzig ein Nachhaltigkeitspotenzial unter Vorbehalt nachgesagt werden. Anders verhält es sich bei einem vermehrten Engagement von Personen im Rahmen von international tätigen Freiwilligenorganisationen. Ein Zusatz an Engagement kann allenfalls zu einer Verbesserung der Grundversorgung in bedürftigen Gebieten führen. Dies kann mit einem vorbehaltlosen Nachhaltigkeitspotenzial gleichgesetzt werden. Da internationale Engagements allerdings mit relevanten finanziellen Aufwendungen verbunden sind, dürften die vorliegenden finanziellen Mittel, welche durch eine entsprechende Gesetzesanpassung direkt keine Veränderung erfahren, wiederum limitierend auf zusätzliche Aktivitäten wirken.

#### *Erfolgsbedingungen in Bezug auf Ergebnisse im Bereich Partizipation an gesellschaftlichen Aktivitäten*

Für den Zielaspekt Partizipation an gesellschaftlichen Aktivitäten wurden die Möglichkeiten zur Teilnahme an gesellschaftlichen Anlässen und zur Ausübung von Freizeitaktivitäten u.a. im Rahmen einer (aktiven) Vereinsmitgliedschaft betrachtet. Ein allfälliges Wirkungspotenzial einer Steuerbegünstigung von Freiwilligenarbeit auf diese Ergebnisse liegt im Anreiz begründet, den die Steuerbegünstigung auf die Ausübung eines freiwilligen Engagements ausübt. Sowohl informelle wie auch institutionalisierte Freiwilligenarbeit kann Partizipationsmöglichkeiten schaffen. So basieren viele Veranstaltungen, Anlässe, Zusammenkünfte, etc., die zu gesellschaftlichen Aktivitäten im Sinne der Nachhaltigkeitszielsetzung zählen (z.B. im Bereich Kultur, Sport, etc.), auf dem Engagement von Freiwilligen (Vereine, Ad-hoc-Komitees, etc.). Weiter können durch Freiwillige Hilfestellungen geboten werden, die dem Besuch von Veranstaltungen dienen, etwa Fahrdienste für in ihrer Mobilität eingeschränkte Personen oder Kinder-Betreuungsdienste, die Eltern die Ausübung von ‚kinderfreien‘ Aktivitäten ermöglichen. Freiwilligenarbeit kann aber auch in einem Umfeld stattfinden, das Partizipationsbarrieren schafft: So kann bei (unter Mithilfe von Freiwilligen organisierten) gesellschaftlichen Aktivitäten der

Kreis der Nutzniesser von den Verantwortlichen willkürlich auf erwünschte Zielgruppen eingeschränkt und damit Partizipation verhindert werden.

Für das Gelingen (oder Misslingen) von entsprechender Partizipation spielen verschiedene Akteure zusammen. Die (potenziell) Partizipierenden stehen dabei neben den Anbietern von hierfür zudienenden Dienstleistungen, Gütern, etc. Letztere lassen sich noch unterteilen in Marktanbieter und Freiwilligenanbieter. Freiwilligenanbieter können wiederum Privatpersonen oder Freiwilligenorganisationen (u.a. Vereine) sein.

Im Folgenden wird auf eine tabellarische Auflistung von bestehenden/fehlenden Einflussgrössen betreffend die Erfolgsbedingungen für die Möglichkeit zur Partizipation an Freizeitaktivitäten verzichtet und stattdessen auf die Tabellen unter vorhergehendem Titel (Erfolgsbedingungen in Bezug auf Ergebnisse im Bereich Grundversorgung) verwiesen. Die in den entsprechenden Tabellen aufgeführten Punkte lassen sich auf den vorliegenden Untersuchungsgegenstand übertragen, mit gewissen Ausnahmen, auf die nachfolgend verwiesen wird. Die anschliessende Einschätzung des Nachhaltigkeitspotenzials bezieht sich wiederum auf die Gesamtheit der Einflussgrössen. Die vollständigen Tabellen sind im Anhang aufgeführt.

Ob die für Partizipation benötigten Handlungsressourcen vorliegen, hängt von den individuellen Voraussetzungen der einzelnen Personen ab. So können finanzielle Mittel erforderlich sein (z.B. für Eintrittskarten, Mitgliederbeiträge, Ausrüstung), die von den Personen aufgebracht werden müssen und für welche keine Unterstützungsleistungen bestehen. Gewisse finanzielle Erfordernisse können für einzelne Personen abgedeckt werden, wenn diese Zugriff auf Freiwilligenleistungen haben (z.B. Fahrdienste). Weiter kann eine Partizipation nicht-monetäre Handlungsressourcen erfordern. Ein aktives Mitwirken in einem Sportverein verlangt z.B. ein gewisses Mass an körperlicher Fitness. Allenfalls werden von Veranstaltern auch spezifische Anforderungen gestellt. Einschränkungen können etwa gelten in Bezug auf das Alter, Geschlecht oder spezifische Fähigkeiten.

Vorhandene Möglichkeiten zur Partizipation dürften von Personen grundsätzlich positiv beurteilt werden, da damit stets auch Entscheidungsfreiräume verbunden sind. Die Attraktivität der tatsächlichen Inanspruchnahme spezifischer Partizipationsmöglichkeiten hängt demgegenüber von der Art der Veranstaltung, etc. sowie den individuellen Akteurpräferenzen ab. Allenfalls können an sich attraktive Veranstaltungen, etc. auch mit attraktivitätsmindernden Elementen versehen sein wie hohen Kosten oder potenziellen Anfeindungen durch anderweitige Teilnehmende. Auch auf Seiten der Anbieter von Veranstaltungen, etc. spielen Präferenzen eine Rolle. Veranstalter entscheiden darüber, wer teilnahmeberechtigt ist bzw. wer ausgeschlossen wird. Gerade in Vereinen lässt sich eine Tendenz zu „homogenen Gruppen“ mit inhärenten „Statusbarrieren“ (Zimmer 1996: 69, vgl. auch Grossrieder 2011) feststellen, was Ausdruck sein kann eines Bedürfnisses nach Abgrenzung und Ausschluss alles Fremdartigen.

Im Rahmen der Beurteilung des Wirkungspotenzials lässt sich festhalten, dass eine steuerliche Begünstigung von Freiwilligenarbeit die Attraktivität freiwilliger Tätigkeiten im Bereich Partizipation erhöhen kann. Allerdings sind finanzielle Anreize einzig ein Motivationsfaktor unter verschiedenen. Ob der finanzielle Anreizeffekt im Gefüge der verschiedenen Motivationsfaktoren tatsächlich ausreichend ist, um eine Ausweitung freiwilligen Engagements anzuregen, muss-

te empirisch erhoben werden. Die Wirkung der Steuerbegünstigung ist zudem auf Personen beschränkt, die die Voraussetzungen mitbringen, Freiwilligenarbeit leisten zu können (freie Zeitressourcen, geeignete Fähigkeiten, finanzielle Ressourcen, etc.). Der Effekt der Anreizwirkung kann zudem davon abhängen, wie von den Adressaten das Missbrauchspotenzial eingeschätzt wird. Falls vermutet wird, dass dieses hoch ausfällt, kann dies die Anreizwirkung schmälern.

Ein vermehrtes Angebot an Freiwilligenarbeit hat dann einen realen Effekt, wenn dem Angebot auch eine Nachfrage gegenübersteht. Freiwilligenorganisationen sind für ihr Funktionieren auf freiwillige Mitarbeiter angewiesen und damit dankbare Nachfrager, sofern die Qualifikationen der Anwärter dem Tätigkeitsprofil entsprechen. Die direkten Abnehmer institutioneller wie informeller Freiwilligenarbeit sind allerdings Privatpersonen. Im Bereich Partizipation können Privatpersonen auf Freiwilligenarbeit zurückgreifen, falls sich Freiwillige auf informeller oder institutionalisierter Basis für die Durchführung von Veranstaltungen, Anlässen und dergleichen verantwortlich zeichnen. Entsprechende Angebote werden von Privatpersonen nachgefragt, die diese als ausreichend attraktiv einschätzen und welche die Teilnahme-Anforderungen der Organisatoren erfüllen können. Angebote unter Mitarbeit von Freiwilligen sind zumeist kostengünstig, die finanziellen Anforderungen entsprechend nicht sehr hoch. Zusätzliche Angebote aufgrund von zusätzlich geleisteter Freiwilligenarbeit erhöhen somit die (Möglichkeiten zur) Partizipation. In einem solchen Fall liegt ein vorbehaltloses Nachhaltigkeitspotenzial vor. Voraussetzung ist allerdings, dass die Organisatoren Offenheit aufweisen gegenüber Interessenten und keine „Statusbarrieren“ (Zimmer 1996: 69) errichten. Werden dagegen gewisse Interessenten diskriminiert, generiert dies einen Widerspruch zur Zielsetzung der Partizipation und es liegt ein negatives Nachhaltigkeitspotenzial vor.

Institutionalisierte oder informelle Freiwilligenarbeit kann auch gezielt Einzelpersonen unterstützen, damit diese an gesellschaftlichen Aktivitäten partizipieren können. Vorgängig erwähnte Beispiele sind die Fahrdienste oder Kinderbetreuungsdienste. Entsprechende Freiwilligenleistungen sind ein Ersatz für Leistungen, die über den Markt bezogen werden und unter Umständen teuer zu stehen kommen. Aufgrund dieser Kosten ist allenfalls für gewisse Personen der Einbezug von unentgeltlichen Freiwilligenleistungen die einzige (valable) Option, welche ihnen Partizipation ermöglicht. Eine Zunahme des Angebots an Freiwilligenleistungen aufgrund von Steuerbegünstigungen kann daher die Partizipationsmöglichkeiten von Personen ausweiten. Damit liegt ein vorbehaltloses Nachhaltigkeitspotenzial vor. Allenfalls setzt die Möglichkeit der Inanspruchnahme von unentgeltlichen Hilfeleistungen aber auch einfach Anreize, ohnehin vorhandene Partizipationsmöglichkeiten vermehrt zu nutzen. Dann liegt ein Potenzial unter Vorbehalt vor.

#### *Erfolgsbedingungen in Bezug auf Ergebnisse im Bereich Bewahrung natürlicher Ressourcen*

Es finden sich diverse Berührungspunkte zwischen Freiwilligenarbeit und der Bewahrung natürlicher Ressourcen. Durch (institutionalisierte oder informelle) Freiwilligenarbeit unterstützte Umweltprojekte unterschiedlichster Art können einen Beitrag zum Erhalt natürlicher Ressourcen leisten. Bei den folgend dargestellten Analyse-Ergebnissen wurden von Freiwilligen getragene Projekte betrachtet zur Pflege bzw. dem Erhalt von natürlichen Ressourcen (z.B. Pflege

von Hecken, Waldrand, öffentlichem Park, Magerwiesen, etc.<sup>78</sup>). Die Durchführung dieser Projekte sind Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitsbeitrag. Alternativ kann eine entsprechende Pflege auch von Privaten durchgeführt werden. Das Unterlassen entsprechender Pflegemassnahmen wurde dagegen als Ergebnis mit negativem Nachhaltigkeitsbeitrag gewertet.

Freiwilligenarbeit findet sich häufig im Freizeitsektor. Auch im Freizeitbereich bestehen Berührungspunkte mit der Bewahrung natürlicher Ressourcen. Bei der Analyse wurden diesbezüglich Ergebnisse betrachtet der Schonung natürlicher Ressourcen als Gebrauchsgüter bzw. als Verbrauchsgüter durch Privatpersonen bei Freizeitaktivitäten. Auf zwei Ergebnissen lag im Rahmen dessen das Augenmerk: 1) Im Freien ausgeübte Freizeitaktivitäten können auf fragile natürliche Ressourcen einwirken. Die ressourcenschonende oder aber ressourcenzerstörerische Ausübung von Freizeitaktivitäten im Gelände ist somit ein betrachtetes Ergebnis mit positivem bzw. negativem Nachhaltigkeitsbeitrag. Entsprechende Freizeitaktivitäten können dabei auch im Rahmen von mittels Freiwilligen organisierten Anlässen stattfinden. 2) Einzelne Freizeitaktivitäten sind in ihrer Ausübung äusserst ressourcenintensiv (z.B. Rennwagen fahren). Solcherart Aktivitäten haftet ein nicht-schonender Ressourcenverbrauch und damit ein negativer Nachhaltigkeitsbeitrag an. Alternativ sind andere Freizeitaktivitäten in ihrer Ausübung per se eher ressourcenspar-sam. Solcherart Aktivitäten haftet somit ein bewahrender Umgang mit natürlichen Ressourcen an. Auch im Rahmen von durch Freiwillige getragenen Vereinen können ressourcenintensive bzw. ressourcensparsame Hobbies gepflegt werden oder von Freiwilligen können ressourcenintensive oder aber ressourcensparsame Freizeitaktivitäten angeboten werden.

An den untersuchten Ergebnissen beteiligte Akteure sind im Falle der Pflege von natürlichen Ressourcen die Eigentümer oder Besitzer der zu pflegenden Ressourcen sowie die die Pflege ausführenden Akteure, sofern dies nicht durch die Eigentümer bzw. Besitzer selbst vorgenommen wird. Für den Fall der Schonung natürlicher Ressourcen als Gebrauchsgüter bzw. als Verbrauchsgüter durch Privatpersonen bei Freizeitaktivitäten sind die Freizeitnehmer(innen) beteiligt sowie Freizeitanbieter(innen).

Die vorliegenden bzw. fehlenden Einflussgrössen betreffend die Erfolgsbedingungen zur Erzielung der untersuchten Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag weisen wiederum Analogien auf zu jenen Einflussgrössen in Bezug auf Ergebnisse im Bereich Grundversorgung' (Tabellen 18-20). Folgend werden daher einzig die sich unterscheidenden, nicht übertragbaren Einflussgrössen aufgeführt. Die umfassende Auflistung der Einflussgrössen kann der Tabelle im Anhang entnommen werden. Grundlage der anschliessenden Einschätzung des Nachhaltigkeitspotenzials bildet die Gesamtheit der eingeschätzten Einflussgrössen.

Betreffend die erste Erfolgsbedingung müssen für die Pflege natürlicher Ressourcen finanzielle Ressourcen bei den Eigentümern bzw. Besitzern vorliegend sein für entsprechendes Equipment sowie die Bezahlung der Dienstleistungserbringer, sofern die Arbeit nicht in Eigenregie oder durch Freiwillige ausgeführt wird. Zwar existieren Freiwilligenorganisationen, die im Umweltbereich tätig sind, diese weisen aber beschränkte Kapazitäten auf. Eigenarbeit erfordert wiederum entsprechendes Wissen, was, wenn es sich nicht um entsprechende Fachkräfte handelt,

---

<sup>78</sup> Die Beispiele stammen von der Plattform für Freiwilligenarbeit [www.benevol-jobs.ch](http://www.benevol-jobs.ch).

nicht zwingend vorausgesetzt werden kann. Bestimmte Fachkenntnisse sind ebenfalls Voraussetzung, was die Beurteilung der Notwendigkeit für Pflegemassnahmen betrifft. Die Unterlassung der Pflege natürlicher Ressourcen bindet dagegen keine Handlungsressourcen. Auf geeignete Handlungsressourcen angewiesen sind wiederum alternative Verwendungszwecke einer natürlichen Ressource (z.B. Ausbeutung oder die Zerstörung zwecks alternativer Nutzung des Grundstückes). Sofern ein daraus resultierender finanzieller Ertrag gross genug ist, dürften die Gelder zur Finanzierung der benötigten Handlungsressourcen verfügbar sein. Teils bestehen gesetzliche Verpflichtungen der Eigentümer zur Ressourcenpflege bzw. zum Ressourcenerhalt. So gilt für Waldflächen ein schweizweites Rodungsverbot (WaG Art. 5) und es können kantonal geregelte Unterhaltspflichten bestehen bei Schutzwaldflächen, um deren Funktionsfähigkeit zu erhalten (WaG Art. 20) (vgl. auch Helbling 2010). Zonenpläne schreiben vor, welchen Nutzungen ein Grundstück zugeführt werden darf. Bestimmte Gebiete können ausserdem unter Schutz stehen und deren Bewirtschaftung gänzlich untersagt oder eingeschränkt bzw. mit Auflagen verbunden sein. Die Kenntnis entsprechender Vorschriften bei den betroffenen Personen dürfte mutmasslich individuell sein.

Auch bei den untersuchten Ergebnissen zur Ressourcenschonung bei der Ausübung von Freizeitaktivitäten zeigen sich bestimmte spezifische Merkmale vorliegender Einflussgrössen betreffend die erste Erfolgsbedingung. So sind für die Ausübung von (ressourcenrelevanten) Freizeitaktivitäten im organisierten wie im privaten Rahmen häufig finanzielle Mittel notwendig für benötigte Ausrüstung, Mitgliederbeiträge, etc. Das Vorliegen entsprechender Mittel ist je nach Person unterschiedlich. Die Ausübung bestimmter Freizeitaktivitäten erfordert zudem spezifische Fähigkeiten, welche ebenfalls personenabhängig sind. Allen Personen steht dagegen das öffentliche Gelände (Strassen, Plätze, Parks, Wald, Wiesen, etc.) für die Freizeitgestaltung unentgeltlich zur Verfügung. Allerdings können diesbezügliche Nutzungsvorschriften bestehen (z.B. Fahrverbot, Verbot Wege zu verlassen, etc.). Insbesondere bestehen etwa im Rahmen von Naturschutzgebieten Schutzbestimmungen für besonders fragile Naturlandschaften. Die Anerkennung und die Bekanntheit solcher Vorschriften dürften wiederum von Person zu Person unterschiedlich sein.

Vorliegende Einflussgrössen betreffend die zweite Erfolgsbedingung beziehen sich auf Attraktivitätsaspekte von Ergebnissen. Verglichen mit dem Ergebnis der Möglichkeit zur Grundversorgung ist das Ergebnis Pflege bzw. Erhalt natürlicher Ressourcen für deren Eigentümer(innen) nicht per se attraktiv. Je nach persönlichen Zielsetzungen, Vorlieben, etc. werden Unterschiede in der Bereitschaft zur Pflege/zum Erhalt natürlicher Ressourcen vermutet. So können etwa finanzielle Motive mitspielen ebenso wie die Verbundenheit mit einer bestimmten Landschaft. Finanzielle Aspekte können dabei sowohl für als auch gegen den Erhalt einer natürlichen Ressource sprechen. Natürliche Ressourcen können eine Ernte abwerfen, touristische Einkünfte generieren oder mit Subventionen versehen sein (z.B. ökologische Direktzahlungen). Möglicherweise fällt eine finanzielle Rendite aber auch grösser aus bei einer intensiven Ressourcennutzung, welche den Erhalt längerfristig nicht garantiert, oder bei einer alternativen Verwendung des Grundstückes. Demensprechend finden sich auch bei Anbieter(innen) von Umweltdienstleistungen unterschiedliche Motive (vgl. Tabelle unter dem Titel ‚Erfolgsbedingungen in Bezug auf Ergebnisse im Bereich Grundversorgung‘). Speziell hervorzuheben ist, dass eine umwelt-

freundliche Werthaltung die Bereitschaft zur Leistung von Freiwilligenarbeit in Umweltorganisationen erhöht (García-Valiñas et al. 2012).

Bezüglich der Attraktivität ressourcenrelevanter Freizeitaktivitäten werden ebenfalls von Person zu Person unterschiedliche Präferenzen vermutet. Dabei können unterschiedliche Aspekte eine Rolle spielen: Vom Spassfaktor einer Aktivität an sich bis hin zur Art und Weise derer Ausführung (individuell oder in einer Gruppe, indoor oder outdoor, etc.) oder der damit verbundenen Kosten. Entsprechend können Präferenzen für ressourcenfreundliche Freizeitaktivitäten oder aber ressourcenintensive Freizeitaktivitäten sprechen. Da ressourcenintensive Hobbies tendenziell mit höheren Kosten verbunden sind, sind entsprechende Aktivitäten für kostensen-sible Personen eher unattraktiv. Dagegen sind mit der Nutzung eines fragilen Geländes keinerlei Kosten verbunden (abgesehen von notwendiger Anreise, Ausrüstung, etc.), es sei denn, dabei wird eine Verhaltensvorschrift verletzt und eine Busse erteilt, was sich wiederum negativ auf die Attraktivität auswirkt. Vorliegende Umweltpreferenzen können diese Optionen dennoch als unattraktiv erscheinen lassen. Entsprechende Präferenzen stellen allerdings besondere Anforderungen an die Wahrnehmung der Personen. So sind Implikationen von Freizeitaktivitäten auf natürliche Ressourcen nicht ohne weiteres ersichtlich (z.B. der Rückgang von fossilen Brennstoffen) oder sie sind ersichtlich, werden aber nicht als problematisch wahrgenommen (z.B. das Hinterlassen einer Fahrspur abseits einer Strasse). Um schadhaftes Verhalten als solches zu erkennen, muss eine entsprechende Sensibilisierung des (potenziellen) Verursachers vorliegen.

Schliesslich gilt es noch auf einen Punkt betreffend die dritte Erfolgsbedingung hinzuweisen. So können sowohl für das untersuchte Ergebnis der Pflege/des Erhalt natürlicher Ressourcen wie auch für das Ergebnis der Beanspruchung fragiler natürlicher Ressourcen im Rahmen von Freizeitaktivitäten Verhaltensvorschriften vorhanden sein, deren Missachtung attraktivitätsrelevante Bussen nach sich ziehen können. Voraussetzung hierzu ist allerdings die Beobachtbarkeit entsprechender Aktivitäten. Einzig wenn die betroffenen Personen Beobachtbarkeit annehmen, kann eine drohende Busse abschreckende Wirkung entfalten. Während die Unterlassung von Pflegemassnahmen durch Eigentümer(innen) identifizierbar ist, ist die Beobachtbarkeit von Personen, die Nutzungsvorschriften im Gelände missachten, oft nicht erfüllt. Die Verhinderung schadhaften Verhaltens hat sich in einem solchen Fall auf entsprechenden Sensibilisierungsmassnahmen (siehe vorangehender Abschnitt) oder auf Präferenzen zur Gesetzeskonformität zu stützen (siehe unter Ausführungen zur ersten Erfolgsbedingung).

Aus der Einschätzung der Einflussgrössen lassen sich Aussagen zum Nachhaltigkeitspotenzial einer Steuergutschrift für Auslagen von Freiwilligenarbeit herleiten. Für das untersuchte Ergebnis der Pflege bzw. dem Erhalt natürlicher Ressourcen wie Waldflächen, Hecken, etc. lässt sich ein positives Nachhaltigkeitspotenzial ausmachen. Durch die steuerlichen Anreize kann bei manchen Personen die Bereitschaft steigen, Freiwilligeneinsätze in Umweltprojekten zu leisten. Ein entsprechendes vermehrtes Angebot an Freiwilligen bewirkt eine Zunahme an der Pflege erhaltenswerter natürlicher Ressourcen, falls aufgrund dieses Angebotes die Eigentümer(innen)/Besitzer(innen) ihren natürlichen Ressourcen eine adäquate Pflege zukommen lassen. Dies ist dann der Fall, wenn seitens der Eigentümer(innen)/Besitzer(innen) die Pflege nicht in Eigenleistung erbringen und die Kosten für die entgeltliche Dienstleistungserbringung als



untragbar oder unattraktiv hoch bewertet werden und zudem keine Bevorzugung alternativer Nutzungsweisen der Ressourcen besteht. Für entsprechende Ausgangslagen kann der Steuerbegünstigung ein vorbehaltloses Nachhaltigkeitspotenzial nachgesagt werden. Möglicherweise bewirkt ein vermehrtes Angebot an Freiwilligen aber auch einzig, dass Eigenarbeit oder bezahlte Pflegearbeit durch Freiwilligentätigkeit ersetzt wird, da damit Aufwand eingespart werden kann. Entsprechend ist dem politischen Instrument ebenso ein Potenzial unter Vorbehalt inhärent.

In Bezug auf die untersuchten Ergebnisse im Bereich ressourcenschonenden Freizeitverhaltens kann dagegen ein ambivalentes Nachhaltigkeitspotenzial vermutet werden. Auch die von Freiwilligen getragenen Freizeitangebote können durch die Anreizwirkung einer Steuerbegünstigung für Auslagen im Rahmen von Freiwilligeneinsätzen einen Zuwachs erfahren. Entsprechende Freizeitangebote können dabei unter Umständen einen im Sinne der Nachhaltigkeitszielsetzung sparsamen oder verschwenderischen Ressourcenverbrauch implizieren oder in einem unempfindlichen oder fragilen Gelände durchgeführt werden und dieses im letzteren Fall unnötig belasten. Allerdings zeitigen sich diese Effekte erst dann, wenn einem entsprechenden vermehrten Angebot auch eine zusätzliche Nachfrage gegenübersteht. Dies trifft für Personen zu, die entsprechende Freizeitaktivitäten per se als attraktiv einschätzen und die aufgrund der spezifischen Arrangements neu zu einer Ausübung dieser jeweiligen spezifischen Aktivitäten bewogen werden. Dies kann sein, weil z.B. entsprechende Kosten in einem Verein, etc. tiefer sind, als dies bei einer privaten Ausübung der Aktivitäten oder mit einem kommerziellen Anbieter der Fall wäre, oder weil diesen Angeboten ein zusätzlicher Attraktivitätsaspekt zukommt, etwa in Form eines Gemeinschaftserlebnisses. Für entsprechende Fälle muss der Steuerbegünstigung ein je nachdem positives oder negatives Nachhaltigkeitspotenzial attestiert werden. Dieses Nachhaltigkeitspotenzial steht aber unter Vorbehalt, wenn die Aufnahme der entsprechenden Freizeitaktivitäten in Vereinen, etc. einzig die Ausübung anderweitiger ebenfalls schonender bzw. belastender Freizeitaktivitäten ersetzt. Ferner besteht ein Potenzial unter Vorbehalt für Personen, die ebenfalls von den Möglichkeiten der Ausübung entsprechender Freizeitaktivitäten im Rahmen von Vereinen, etc. angetan sind, dies jedoch einzig ein Ersatz darstellt für deren Ausübung im privaten oder kommerziellen Rahmen.

#### 6.3.4 Fazit

Eine steuerliche Begünstigung auf Auslagen für Freiwilligenarbeit entfaltet ihre potenzielle Wirkung auf Akteurhandeln über den Anzeizeffekt auf die Ausübung eines freiwilligen Engagements. Je nach Ausgestaltung der entsprechenden Gesetzesbestimmung ist davon institutionalisierte oder auch informelle Freiwilligenarbeit betroffen. Bei Abzügen auf den effektiven Auslagen (im Gegensatz zu pauschalisierten Abzügen) beschränkt sich der Effekt zudem auf freiwillige Tätigkeiten, bei denen auch tatsächlich selber tragbare finanzielle Aufwendungen anfallen. Allerdings zeigen Studien, dass ein entsprechender Anzeizeffekt mit Unsicherheiten behaftet ist und entgegen der Intuition die Attraktivität einer freiwilligen Tätigkeit nicht nur erhöhen kann, sondern allenfalls gar keine oder sogar eine negative Wirkung aufweist. Ursächlich dafür sind die Akteur-Präferenzen. Dennoch erscheint es eher nicht plausibel, dass die Bereitschaft für Freiwilligenarbeit aufgrund einer Steuerbegünstigung insgesamt sinkt. Dagegen kann von einem

neutralen bis positivem Anreizeffekt ausgegangen werden (vgl. Kapitel 6.3.2). Ein neutraler Anreizeffekt übt dabei keinen Einfluss auf Akteur-Entscheidungen aus. Unter der Annahme eines neutralen Anreizeffekts lässt sich einer Steuerbegünstigung folglich auch kein Nachhaltigkeitspotenzial attestieren. Die in der Analyse identifizierten Nachhaltigkeitspotenziale basieren somit auf der (ungesicherten) Annahme, dass Akteur-Präferenzen dergestalt ausgerichtet sind, dass die positiven Anreizeffekte überwiegen.

Entsprechend der vielfältigen Einsatzbereiche von Freiwilligenarbeit kann eine steuerliche Entlastung für Auslagen für Freiwilligenarbeit auch mit einer Vielzahl von Handlungssituationen mit Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeitrag in einem potenziellen Wirkungszusammenhang stehen. Bei der Eruierung solcher Wirkungszusammenhänge wurden denn auch Berührungspunkte mit Ergebnissen aus allen vier Bereichen von Nachhaltigkeitszielen festgestellt, wobei die Bevorteilung von Freiwilligenarbeit sowohl zugunsten wie auch zuungunsten von Ergebnissen mit positiven Nachhaltigkeitsbeiträgen ausfallen konnte. Die Vielzahl potenziell betroffener Ergebnisse erforderte eine Auswahl an untersuchten Ergebnissen für die Nachhaltigkeitspotenzialanalyse.

Für alle an der Auswahl beteiligten Ergebnisse konnte unter der Annahme positiver Anreizeffekte (vgl. Kapitel 6.3.2) im Rahmen der Analyse ein Nachhaltigkeitspotenzial einer Steuerbegünstigung identifiziert werden. Somit ist ein entsprechendes Gesetz geeignet, Anpassungen von Akteur-Handlungen zu erwirken betreffend Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag. Zur Verwirklichung dieses Potenzials spielen Kontextfaktoren eine wichtige Rolle. So bestehen etwa Institutionen, die eine Einforderung der Begünstigung auch tatsächlich ermöglichen. Anders als bei der Zeitbörse, die im Rahmen ihres Settings Durchsetzungsmechanismen neu schaffen musste, bestehen bei einer neu eingeführten Steuerbegünstigung bereits staatliche Umsetzungsmechanismen. Das Potenzial beschränkt sich zudem nur auf Akteure, die der Freiwilligenarbeit bereits positiv gegenüberstehen und die verfügbare Zeit aufweisen sowie je nach freiwilliger Tätigkeit auch entsprechende Qualifikationen mitbringen (z.B. für organisatorische oder administrative Arbeiten).

Das identifizierte Nachhaltigkeitspotenzial betrifft sowohl Ergebnisse mit positivem wie auch mit negativem Nachhaltigkeitsbeitrag. Darüber, ob ein positives oder gegenteilig ein negatives Potenzial vorliegt, entscheiden oft die vorliegenden Präferenzen der involvierten Akteure. Die Präferenzen der Veranstalter der von Freiwilligen getragenen Anlässe entscheiden beispielsweise über Diskriminierung oder Nicht-Diskriminierung beim Zugang. Ebenso sind bei der Frage, ob mit einem Mehr an Freiwilligenarbeit im Freizeitbereich vermehrt ressourcenschonende oder ressourcenintensive Freizeitaktivitäten nachgefragt werden, die Präferenzen der Freizeitnehmer von Relevanz. Die pauschale Förderung von Freiwilligenarbeit ist somit kein genügend differenziertes Instrument zur generellen Förderung einer nachhaltigen Entwicklung.

Die Beispiele zeigen auf, dass für das Vorliegen eines Nachhaltigkeitspotenzials im Rahmen der untersuchten Ergebnisse verschiedene Akteure von Bedeutung sind. Zur Bestimmung des Nachhaltigkeitspotenzials sind daher sowohl die Angebotsseite von im Rahmen der Freiwilligenarbeit relevanten Tätigkeiten zu betrachten wie auch die Nachfrageseite. Während die steuerliche Begünstigung direkt auf die Angebotsseite zielt, hat dem Angebot – um einen Effekt zu erzielen –

stets auch eine Nachfrage gegenüberzustehen. Zudem bestimmt die Nachfrageseite darüber, ob ein Potenzial uneingeschränkt gilt oder aber unter Vorbehalt steht. Die Inanspruchnahme von Freiwilligenarbeit ist für die Nachfrager(innen) nur eine Variante zur Zielerreichung. Sind die finanziellen Mittel vorliegend, dann steht ebenfalls die Option zur Nachfrage von Marktleistungen offen. Beim Vorliegen entsprechender Fähigkeiten können gewisse Aktivitäten auch eigenständig ausgeführt werden. Sind bei Vorhandensein dieser Optionen die Präferenzen dergestalt, dass bei Abwesenheit freiwilliger Leistungen auf eine dieser Optionen zurückgegriffen wird, ansonsten aber freiwilligen Leistungen den Vorzug gegeben wird, dann besteht einzig ein Potenzial unter Vorbehalt.

## 7 Diskussion

Eingangs der vorliegenden Arbeit wurde die Frage aufgeworfen, welche Governance-Formen vielversprechend sind für die Erzielung eines nachhaltigen Entwicklungspfads. Während in der Literatur partizipative/partnerschaftliche Formen als Mittel der Wahl gelobt werden, finden sich auch einzelne kritische Stimmen, welche auf Defizite hinweisen und den fehlenden empirischen Wirkungsnachweis anprangern. Tatsächlich ist zurzeit unbestimmt, ob partizipative/partnerschaftliche Governance-Formen eher traditionell-hierarchischen Formen eindeutig überlegen sind punkto Nachhaltigkeitspotenzials. Um entsprechende Aussagen herleiten zu können, braucht es ein geeignetes Analyseinstrumentarium, das sich zur Beurteilung der Nachhaltigkeitsimplikationen von unterschiedlichen Governance-Formen in unterschiedlichen Kontexten eignet. In der Literatur finden sich zurzeit allerdings keine Bewertungsansätze, die diese Aufgabe adäquat erfüllen könnten. Dies wurde als Ausgangspunkt genommen zur Entwicklung eines entsprechenden Instrumentariums im Rahmen der vorliegenden Arbeit. Der Fokus wurde dabei auf die *policy*-Ebene der Governance-Formen und damit die Beurteilung der in den Governance-Formen vorliegenden politischen Instrumente gelegt. Die Kapitel 3-5 widmeten sich der theoretischen Herleitung eines Instrumentariums zur Messung des Nachhaltigkeitspotenzials politischer Instrumente. In Kapitel 6 wurde die praktische Erprobung des entwickelten Instrumentariums an zwei Fallbeispielen aufgezeigt. Im Folgenden erfolgt nun eine Reflexion über das entwickelte Instrumentarium. In Kapitel 7.1 diskutiere ich, wie sich das Instrumentarium in der praktischen Erprobung bewährt hat. In Kapitel 7.2 wird aufgezeigt, wodurch sich das Instrumentarium im Vergleich zu anderweitigen Bewertungsansätzen auszeichnet. In Kapitel 7.3 erfolgt ein Ausblick mit Überlegungen zu Anwendungs- und Entwicklungsmöglichkeiten des Instrumentariums.

### 7.1 Erfahrungen mit der Anwendung des Instrumentariums

Im Kapitel 6 wurde das in der vorliegenden Arbeit entwickelten Instrumentarium an zwei Fallbeispiele angewandt. Diese sind im Themenbereich der Freiwilligenarbeit verortet. Auch wenn als Ergebnis der Fallstudien Aussagen zum Nachhaltigkeitspotenzial von politischen Settings der Förderung von Freiwilligenarbeit gemacht wurden, geschah dies nicht aus der Absicht heraus, einen gezielten Diskussionsbeitrag zu leisten zur Frage nach dem Nutzen von Freiwilligenarbeit und geeigneten Voraussetzungen. Stattdessen dienten die Fallstudien dazu, das entwickelte Instrumentarium an empirischen Fallbeispielen in der Anwendung zu testen. Im Folgenden werden die Erfahrungen mit dem Instrumentarium im Rahmen der Fallstudien diskutiert. Dagegen wird auf die inhaltlichen Ergebnisse der beiden Fallstudien nicht mehr weiter eingegangen.

Die Unterteilung des Bewertungsverfahrens in die drei Analyseschritte hat sich bewährt. Sie hat bei der Bewältigung der Komplexität von Handlungsentscheidungen geholfen und so ermöglicht, die Wirkung einzelner Einflussgrößen im Kontext zu extrahieren. Im Rahmen des ersten Schritts konnte ich mich mit dem Untersuchungsgegenstand (dem Fallbeispiel: Zeitbörse bzw.

Motion) vertraut machen (mittels Identifikation einflussrelevanter Elemente). Der zweite Schritt diente der Verknüpfung der Elemente des Untersuchungsgegenstandes mit der Zielsetzung einer nachhaltigen Entwicklung (anhand der Ansätze der Einflussnahme). Als ungewohnt entpuppte sich die weitgehende Abstraktion des Kontextes im zweiten Analyseschritt. Dieses stufenweise Vorgehen verhinderte jedoch, dass zu viele Aspekte gleichzeitig zu berücksichtigen waren, und stellte insofern eine Erleichterung dar. Der Einbezug des Kontextes erfolgte dann im dritten Analyseschritt (durch die Bestimmung beteiligter Akteure und die Identifikation von Einflussgrößen der Erfolgsbedingungen).

Auch wenn sich die Befolgung der drei Schritte bewährt hat, spricht nichts gegen eine gewisse Durchlässigkeit derselben. So kann es für die Unterscheidung der einflussrelevanten Elemente beim ersten Analyseschritt hilfreich sein, sich bereits die Ansätze der Einflussnahme aus Analyseschritt zwei zu vergegenwärtigen. Auch spricht nichts gegen eine nachträgliche Anpassung der Einteilung der Elemente (z.B. die differenziertere Unterteilung oder aber das Zusammenfassen von Elementen), wenn sich herausstellen sollte, dass damit die Analyse bei Schritt zwei oder drei vereinfacht wird. Weiter empfiehlt es sich, beim zweiten Analyseschritt Kontextfaktoren bereits zu berücksichtigen, die die Verwirklichung potenzieller Wirkungszusammenhänge für den Untersuchungsraum definitiv verunmöglichen (vgl. auch Ausführungen im Kapitel 5.3.2), so dass diese im dritten Analyseschritt nicht unnötigerweise einbezogen werden.

Der erste Analyseschritt stellte keine besonderen Anforderungen. Allerdings unterschied sich der Aufwand bei der Durchführung für die beiden Fallstudien erheblich. Während die Zeitbörse ein ganzes Setting einflussrelevanter Elemente umfasst, die es zu identifizieren und kategorisieren galt, beschränkte sich der Aufwand bei der zweiten Fallstudie auf die Präzisierung der Motionsforderung in Form eines Gesetzes.

Das allgemeine Handlungsmodell mit den Ansätzen der Einflussnahme lieferte eine hilfreiche Struktur, anhand derer potenzielle Wirkungszusammenhänge im zweiten Analyseschritt erkannt werden konnten. Die Ansätze der Einflussnahme zusammen mit den Nachhaltigkeitszielen ermöglichten, entsprechende Wirkungszusammenhänge systematisch und weithin erschöpfend zu erfassen, und verhinderten, dass der Fokus einzig auf offensichtlichen Zusammenhängen lag oder einzig bereits vorgefasste Ideen umfasste. Beispielsweise konnte dank der Gegenüberstellung mit verschiedenen Ansätzen der Einflussnahme erkannt werden, dass eine zur Verfügung gestellte Applikation gleichzeitig für bestimmte Aktivitäten im Einsatz stehen kann, dass ihr ein Attraktivitätsaspekt bezüglich dieser Aktivitäten innewohnt und dass sie ebenso die Wahrnehmung beeinflussen kann (vgl. Anwendung Cyclos der Zeitbörse). Die Zuordnung zu den Ansätzen der Einflussnahme liess sich gut vornehmen, was darauf hinweist, dass diese insgesamt mögliche Wirkungszusammenhänge umfassend beschreiben und zudem gut ausdifferenzieren sind.

Der zweite Analyseschritt barg allerdings einen erheblichen Informationsbedarf für die Identifikation von Akteuraktivitäten im Zusammenhang mit den einflussrelevanten Elementen. Bei beiden Fallbeispielen war das Governance-Setting bzw. -Instrument (im weitesten Sinne) auf die Förderung von Freiwilligenarbeit ausgerichtet. Freiwilligenarbeit ist jedoch ein weiter Begriff und viele Aktivitäten können darunter fallen. Für die Eingrenzung konnte ich im Fall der Zeit-

börse – welche eine ex post Analyse repräsentiert – von der bestehenden Marktzeitung profitieren, die zu einer Übersicht verhalf über verschiedene Kategorien von getauschten Leistungen. Wäre das Potenzial dagegen prospektiv (ex ante) bewertet worden, bevor die Zeitbörse überhaupt lanciert worden wäre, hätte auf alternative Quellen zurückgegriffen werden müssen (z.B. andere Dienstleistungstauschbörsen oder auch eine Umfrage, welche Dienstleistungen angeboten und nachgefragt würden, falls ein entsprechendes Angebot bestünde). Für die zweite Fallstudie – welche eine ex ante Analyse repräsentiert – konnten verschiedene Arten von Freiwilligen-Aktivitäten anhand von Literatur zu Freiwilligenarbeit identifiziert werden. Bei beiden Fallstudien stellte sich heraus, dass die freiwilligen Aktivitäten äusserst vielfältig sein konnten. Demgemäss umfangreich gestaltete sich auch die Zuordnung von Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeitrag zu den identifizierten freiwilligen Aktivitäten. Die Zuordnung erfolgte dabei auf Basis eigener Einschätzung, wobei der Konnex in der Regel auf der Hand lag (z.B. Engagement im Bereich Gleichberechtigung kann bei der Verwirklichung von Chancengleichheit mitwirken). Schwierigkeiten bereitete dagegen das Erkennen einer Beteiligung an Ergebnissen, bei denen dies nicht zutraf; beispielweise die Beteiligung von freiwilligem Engagement im Freizeitbereich an der Degenerierung natürlicher Ressourcen durch Freizeitaktivitäten (zumal Freizeitaktivitäten sehr vielgestaltig sein können). Die jeweilige Überprüfung stets aller (und nicht nur der naheliegendsten) Nachhaltigkeitsziele beim Vornehmen der Zuordnung war hierzu hilfreich. Dennoch lässt sich nicht gänzlich ausschliessen, dass mit den einflussrelevanten Elementen im Zusammenhang stehende Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeitrag unberücksichtigt blieben.

Da die Beurteilung der Erfolgsbedingungen im dritten Analyseschritt aufwändig ist, traf ich eine Auswahl an im zweiten Analyseschritt identifizierten Ergebnissen mit Nachhaltigkeitsbeitrag, bezüglich derer ich die eigentliche Potenzialbeurteilung schliesslich durchführte. Da hinter den Fallstudien die Absicht der Prüfung der Anwendbarkeit des Instrumentariums stand, achtete ich darauf, ein breites Spektrum unterschiedlicher Ergebnisse zu betrachten. So konnte das Instrumentarium an verschiedenartigen Handlungssituationen getestet werden. Ebenso vermittelte diese Breite der betrachteten Ergebnisse einen tieferen Eindruck der vorliegenden Nachhaltigkeitspotenziale des Governance-Settings bzw. -Instruments, auch wenn damit noch kein allumfassendes Bild aller Nachhaltigkeitspotenziale gezeichnet werden konnte.

Im Rahmen des dritten Analyseschritts wurden als erstes die Akteure bezeichnet, die die Ergebniserzielung verantworten. Neben den direkt vom politischen Instrument betroffenen Akteuren galt es abzuwägen, ob weitere Akteure an den untersuchten Ergebnissen beteiligt waren und deren Verhalten mit Unsicherheiten behaftet war, das es entsprechend einzuschätzen galt. Bei den Fallstudien wurden die Zeitbörse bzw. der Staat als berechenbare ergebnisrelevante Akteure eingestuft und ihnen vorliegende Mittel und der Wille unterstellt, die von ihnen erlassenen Bestimmungen durchzusetzen. Damit wurden diese zu externen Faktoren und keiner detaillierteren Analyse mehr unterzogen. Sollten an dieser Annahme allerdings Zweifel bestehen, dann müssten diese Akteure ebenfalls genauer betrachtet werden. Die explizite Berücksichtigung von Akteuren auf der Angebots- wie auch auf der Nachfrageseite von Freiwilligenarbeit erwies sich dagegen als gerechtfertigt. Auch zeigte sich, dass die Akteure auf Angebots- wie auch Nachfra-

geseite keine homogene Gruppe waren, sondern mit unterschiedlichen Einflussgrössen ausgestattet sein konnten, was sich ebenso auf das Analyseergebnis auswirkte.

Die Kontextfaktoren wurden im Rahmen des dritten Analyseschritts unterteilt nach den Dimensionen der drei Erfolgsbedingungen eingeschätzt. Diese Unterteilung liess sich gut handhaben, setzte aber eine fundierte Vertrautheit mit dem Handlungsmodell voraus. Teilweise anspruchsvoll gestaltete sich die Einschätzung der den Akteuren vorliegenden/fehlenden Einflussgrössen auf die drei Erfolgsbedingungen. Neben der Literaturrecherche flossen dabei zum Schliessen bestehender Lücken auch eigene Einschätzungen ein. Voraussetzung hierzu war die Vertrautheit mit der Materie sowie dem Kontext. Dennoch stellen entsprechende Einschätzungen eine einseitige Sichtweise von mir als Einzelperson dar und sind entsprechend mit Vorsicht zu betrachten. Schwierig erwies sich insbesondere die Einschätzung von Akteur-Präferenzen. Mit dem Aufführen verschiedener möglicher Varianten wurde dieser Problematik begegnet. Anhand der verschiedenen Varianten liessen sich Unterschiede im Nachhaltigkeitspotenzial je nach Annahmen zu den Voraussetzungen aufzeigen.

Bei der Beurteilung, ob die Zusammensetzung der Einflussgrössen geeignet ist, bestimmte Wahlentscheide zu erwirken, erwies sich die Unterteilung der drei Erfolgsbedingungen als äusserst hilfreich. Während beispielsweise Einflussgrössen der ersten Erfolgsbedingung die Voraussetzungen für das Vorliegen von Handlungsoptionen hinsichtlich bestimmter Ergebnisse festlegen, bestimmen Einflussgrössen bezüglich der zweiten Erfolgsbedingung die Attraktivität der Optionen für die Akteure. Nur bestehende Optionen sind überhaupt wählbar, aber erst die Attraktivitätsfaktoren bestimmen darüber, ob die Wahl bestimmter Optionen überhaupt erwogen wird. Der dritten Erfolgsbedingung zugehörige Einflussgrössen bringen schliesslich noch den Interaktionsaspekt mit hinein – so verantworten oft mehrere Akteure gemeinsam die erzielten Ergebnisse. Entsprechende Einflussgrössen entscheiden darüber, ob in der Interaktion die Erzielung bestimmter für einzelne Akteure vorteilhafter Ergebnisse überhaupt realistisch ist. Anhand der im dritten Analyseschritt eingeschätzten vorliegenden oder fehlenden Einflussgrössen betreffend die drei Erfolgsbedingungen liessen sich Aussagen zum Vorliegen der Erfolgsbedingungen und folglich zum Nachhaltigkeitspotenzial des politischen Instruments herleiten. Die Definition des Nachhaltigkeitspotenzials lieferte hierzu klare Anweisungen, so dass damit keine Schwierigkeiten verbunden waren.

Insgesamt erwies sich das Verfahren als fruchtbar, aber auch komplex und aufwändig. Zum Aufwand trägt insbesondere der hohe Informationsbedarf bei. Je mehr potenziell betroffene Ergebnisse und involvierte Akteure zudem zu berücksichtigen sind, umso umfangreicher gestaltet sich die Analyse. Dass dieser Aufwand auch den Preis darstellt für die detaillierte Betrachtung von Handlungssituationen, die den Kern des Analyseinstrumentariums darstellen und dessen Stärke ausmachen, wird im Kapitel 7.3 noch weiter ausgeführt.

## 7.2 Würdigung des Instrumentariums im Vergleich

Das in der vorliegenden Arbeit entwickelte Instrumentarium ordnet sich ein in eine Reihe bestehender Ansätze zur Nachhaltigkeitsbewertung von Governance-Formen bzw. politischer

Instrumente. In Kapitel 2.4.2 wurden beispielhaft verschiedene solcher Ansätze vorgestellt. Dass es dennoch zum Entschluss zu einer Neuentwicklung eines Bewertungs-Instrumentariums kam, erklärt sich vor dem Hintergrund der festgestellten Defizite dieser Bewertungsansätze. Im Folgenden wird diskutiert, wodurch sich das neue Instrumentarium verglichen mit den aufgeführten Bewertungsansätzen auszeichnet und weshalb es geeignet ist, deren Defiziten entgegenzutreten. Dabei stehen drei Aspekte im Zentrum, durch welche sich das Instrumentarium hervorhebt: Zum einen weist es eine klar definierte und fundierte Zieldimension aus. Weiter beinhaltet das Instrumentarium den Blick auf Umsetzungsaspekte politischer Interventionen. Schliesslich zeichnet es sich durch einen umfassenden Anwendungsbereich aus, der es auch erlaubt, verschiedenste politische Instrumente in unterschiedlichen Kontexten zu beurteilen und bezüglich ihrer Nachhaltigkeitswirkungen zu vergleichen.

### 7.2.1 Zieldimension

Das auf das Instrumentarium übertragene Nachhaltigkeitsverständnis ist offengelegt. Damit ist klar und transparent, auf welche normativen Prinzipien das Instrumentarium mit seiner Anwendung ausgerichtet ist. Das Instrumentarium gibt definierte Nachhaltigkeitsziele vor. Es unterscheidet sich damit von Bewertungsansätzen, die einzig auf die Überprüfung externer Zielvorgaben ausgerichtet sind (vgl. z.B. Bressers 2004). Durch das Instrumentarium vordefinierte Zielgrössen haben den Vorteil, dass die mit dem Instrumentarium überprüften Nachhaltigkeitsimplikationen unterschiedlicher *policy*-Instrumente vergleichbar werden.

Die Zieldimension des Instrumentariums ist bestimmt durch ein integratives Zielsystem einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne von Brundtland. Damit ist sichergestellt, dass sich die Nachhaltigkeitsanalyse bei Anwendung des Instrumentariums an einem anerkannten und fundierten Nachhaltigkeitsverständnis orientiert. Einem entsprechenden Nachhaltigkeitsverständnis können weder rein biozentrisch orientierte Bewertungsansätze (vgl. Ostrom 1990) noch Drei-Säulen-basierte Ansätze (vgl. Minsch et al. 1998 und Stephan & Ahlheim 1996) gerecht werden. Dank der Orientierung am umfassenden Zielsystem wird bei der Nachhaltigkeitsbewertung politischer Instrumente verhindert, dass diese einzig auf ihren Erfolg bezüglich bestimmten Zwischenzielen überprüft werden, ohne zu bestimmen, ob diese Zwischenziele tatsächlich ihren vorgesehenen Zweck im Hinblick auf das Endziel einer nachhaltigen Entwicklung erfüllen (z.B. ob mit dem Ziel der Förderung von Freiwilligenarbeit auch eine verbesserte Lebensqualität von Personen erzielt wird). Das zugrunde gelegte Zielsystem des Bewertungsinstrumentariums gewährleistet zudem, dass ein politisches Instrument nicht einzig selektiv auf einzelne Nachhaltigkeitswirkungen hin überprüft wird, sondern systematisch alle potenziellen Nachhaltigkeitswirkungen betreffend unterschiedliche Nachhaltigkeitsziele erfasst werden. Damit wird dem Risiko vorgebeugt, dass Wirksamkeitsprüfungen einzig auf naheliegende Zielgrössen im jeweiligen Politikfeld abgesetzt werden, womit ausser Acht gerät, dass ein entsprechendes politisches Instrument allenfalls ebenso anderweitige nachhaltigkeitsrelevante Wirkungen zeitigt. Die Anwendung des Instrumentariums stellt sicher, dass auch allfällige nicht bedachte und gegebenenfalls unerwünschte Nachhaltigkeitswirkungen identifiziert werden.



### 7.2.2 Beachtung von Umsetzungsaspekten

Das vorliegende Instrumentarium richtet den Blick auf die *policy*-Ebene von Governance-Formen und ist entsprechend auf die Beurteilung der Wirkungen politischer Instrumente ausgerichtet. In der Nachhaltigkeits-Governance-Literatur liegt der Fokus dagegen vielmehr auf dem Politikgestaltungsprozess. Partizipationselemente werden dabei grossgeschrieben (vgl. Kapitel 2.2). Von ihnen erhofft man sich die Ausarbeitung allgemein akzeptierter politischer Massnahmen, die einen Ausgleich zwischen divergierenden Interessen schaffen und Lösungen präsentieren für komplexe ökologische und soziale Probleme. Mit der Vorstellung, dass optimal ausgestaltete Politikfindungsprozesse zu allgemein akzeptierten Massnahmen führen, werden mögliche Umsetzungsproblematiken ignoriert bzw. als inexistent betrachtet. Auch Bressers weist auf die unzureichende Thematisierung von Implementationsaspekten hin: „*Most of the debates related to the ‘steering capacity’ of sustainable development fail to address the core problem of the ‘implementability’ of policy instruments. Nearly all attention goes instead to the promotion and discussion of new modes of steering*” (2004: 285). Die Begründungen für die Überlegenheit von ‚neuen‘ sprich partizipativen/partnerschaftlichen Governance-Formen sind oft rein argumentativ. Empirische Belege für den Erfolg entsprechend ausgestalteter Politikfindungsprozesse finden sich nur wenige und widersprüchliche (vgl. Kapitel 2.3). Aufgrund dieses Forschungsdefizits kann somit nicht sicher davon ausgegangen werden, ob Massnahmen, die in entsprechenden Prozessen erarbeitet wurden, auch tatsächlich in der vorgesehenen Form umgesetzt werden. Ein politisches Instrument zeigt allerdings erst mit der erfolgreichen Umsetzung die erhoffte Wirkung. (Unverhoffte) Schwierigkeiten bei der Implementation politischer Nachhaltigkeitsinstrumente können die Realisierung der intendierten Wirkung gefährden. Das Instrumentarium zur Beurteilung von *policy*-Instrumenten zieht dagegen implementationsrelevante Faktoren in die Analyse mit ein und trägt damit dem (vernachlässigten) Implementationsaspekt Rechnung.

Neben der Frage nach einer erfolgreichen Implementierung ist weiter relevant, ob entsprechende politische Instrumente dem Anspruch tatsächlich gerecht werden können, einer nachhaltigen Entwicklung zuträglich zu sein. Möglicherweise sind trotz erfolgreicher Implementierung die Wirkungen gar nicht geeignet eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Dies könnte beispielsweise der Fall sein, wenn im Politikfindungsprozess Machtungleichheiten die Durchsetzung selektiver Interessen ermöglicht haben. Es herrscht zurzeit Unklarheit über gesicherte Wirkungszusammenhänge von Prozessfaktoren politischer Entscheidungsfindung mit dem Ziel der Förderung nachhaltigkeitsfreundlicher Verhaltensweisen. Mit dem alleinigen Fokus auf die Analyse von politischen Instrumenten sieht das vorliegende Instrumentarium damit berechtigterweise davon ab, bei der Betrachtung von Governance-Formen auch *polity*- und *politics*-Aspekte einzubeziehen. Es unterscheidet sich auf diese Weise ebenso von anderen *policy*-Bewertungsansätzen, die mindestens teilweise auch Politikfindungsprozesse in der Bewertung berücksichtigen (z.B. Kopfmüller et al. 2001; Minsch et al. 1998; Ostrom 1990 (vgl. Kapitel 2.4.2)).

Bei der Analyse der Nachhaltigkeitswirkungen von politischen Instrumenten unterscheidet das Instrumentarium zwischen der normativen Zieldimension, die erwünschte sowie unerwünschte Ergebnisse beschreibt (substanzielle Ebene), sowie den Voraussetzungen für die einzelnen han-

delnden Akteure, damit diese zur Erzielung der (un-)erwünschten Ergebnisse beitragen (instrumentelle Ebene). Das Instrumentarium begibt sich damit auf die Mikroebene und beleuchtet die Mechanismen, die spielen, damit Handlungsentscheide mit entsprechenden Handlungsergebnissen zustande kommen. Einzelne von einem politischen Instrument betroffene und anderweitige mitbeteiligte Akteure bestimmen dabei mit ihren Handlungsentscheiden über die Wirksamkeit eines politischen Instruments im Kleinen, wobei deren Handlungen von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst sind. Aus der Summe der einzelnen Handlungsentscheidungen ergibt sich im Endeffekt die Wirkung auf der aggregierten Ebene.

Die vorgenommene Unterscheidung zwischen der substanziellen und instrumentellen Ebene ist dabei eindeutig. Die Beurteilung der Auswirkungen eines politischen Instruments auf die Ziel-dimension erfolgt über die Beurteilung seiner Auswirkungen auf instrumenteller Ebene, wobei eine Einschätzung erfolgt, ob durch das politische Instrument die ‚Erfolgsbedingungen‘ der Zielerreichung vorteilhaft verändert werden. Damit besteht auch eine klare Vorgabe, wie die Wirkungsanalyse zu erfolgen hat. Bei anderen Analyseansätzen finden sich dagegen substanzielle und instrumentelle Kriterien gleichwertig nebeneinandergestellt ohne Anhaltspunkte, in welcher Beziehung diese zueinander stehen und wie deren Beurteilung im Einzelfall genau durchgeführt werden soll (vgl. Minsch et al. 1998 und Stephan & Ahlheim 1996). Die ‚Erfolgsbedingungen‘ beruhen auf einem einheitlichen im Detail ausgeführten theoretischen Ansatz (allgemeines Handlungsmodell). Die zugrunde gelegten Annahmen sind dadurch bekannt und die Funktion der einzelnen Bestandteile des Analyseinstrumentariums wird für die Anwender(innen) nachvollziehbar. Die offengelegte theoretische Verankerung des Instrumentariums verhindert, was bei anderen Bewertungsansätzen im Kapitel 2.4.2 bemängelt wurde, nämlich, dass den Bewertungskriterien ein selektiver Anschein anhaftet (vgl. z.B. Stephan & Alheim 1996 oder Minsch et al. 1998).

Mit seiner Mikroperspektive hebt sich das Instrumentarium von all jenen *policy*-Bewertungsansätzen ab, die anhand von Zielgrößen (beispielsweise Nachhaltigkeitsindikatoren) ex post den Erfolg politischer Interventionen überprüfen, ohne die genauen Wirkungszusammenhänge ins Auge zu fassen. Während bei einer Zielverfehlung die erhoffte Wirkung offensichtlich ausblieb, kann bei einer Zielerreichung dagegen oft nicht zweifelsfrei auf den positiven Einfluss der politischen Intervention geschlossen werden. So können auch andere Faktoren zu diesem Ergebnis beigetragen haben. Das vorliegende Instrumentarium konzentriert sich dagegen auf die Wirkungsmechanismen der politischen Intervention im Kontext und lässt auch Aussagen zu vermuteten Wirkungen unter Abwesenheit einer politischen Intervention zu. Damit lässt sich ex post der spezifische Einfluss der Intervention extrahieren. So kann z.B. festgestellt werden, ob ein politisches Instrument überhaupt eine Wirkung auf nachhaltigkeitsrelevante Ergebnisse ausübt, ob Ergebnisse allenfalls auch ohne politische Intervention erzielt worden wären, ob die Rahmenbedingungen die Stossrichtung der politischen Intervention unterstützen oder gegenteilig behindern oder woran es liegt, dass ein politisches Instrument keinen Erfolg ausweist.

Zusätzlich zu ex post Zuschreibungen von Nachhaltigkeitswirkungen erlaubt die instrumentelle Ebene des Bewertungsinstrumentariums, die Nachhaltigkeitswirkungen politischer Interventio-

nen antizipieren zu können. Auf diese Weise wird eine ex ante Nachhaltigkeitseinschätzung ermöglicht. Das Instrumentarium bietet damit die Chance, bereits vorgängig Defizite bei der Ausgestaltung politischer Instrumente zu erkennen und geeignete Anpassungen vorzunehmen. Ebenso lässt sich das Instrumentarium nutzen, um politische Instrumente hinsichtlich bestimmter Ziele zu entwerfen, indem es Hinweise liefert, welche Einflussgrößen auf Akteur-Handlungen einer Zielerreichung entgegenstehen und auf welche Weise dies korrigiert werden könnte. Auch Bressers (2004) (vgl. Kapitel 2.4.2) verfolgt mit seinem Analyseansatz einen sehr ähnlichen Weg, um ex ante Wirkungseinschätzungen politischer Interventionen vornehmen zu können. Allerdings abstrahiert er von Handlungsressourcen, die nicht im Sinne von Machtmitteln fungieren, womit eine wichtige Einflussgrösse auf Handlungen aussen vor bleibt. Zudem berücksichtigt sein Ansatz einzig den *implementer* sowie die *target group*. Die Fallstudien aus Kapitel 6 haben aber exemplarisch aufgezeigt, dass ebenso anderweitig beteiligte Akteure die Wirksamkeit politischer Instrumente mitverantworten können.

### 7.2.3 Anwendungsbereich

Das Instrumentarium ist nicht auf bestimmte politische Instrumente oder einen spezifischen Kontext ausgerichtet, sondern erlaubt im Gegenteil einen universellen Anwendungsbereich. Das Instrumentarium eignet sich daher für die Anwendung an unterschiedlichsten *policy* Instrumenten verschiedenen Ursprungs. So können etwa Vorschriften ebenso wie Freiwilligenvereinbarungen oder Sensibilisierungskampagnen auf ihr Nachhaltigkeitspotenzial geprüft werden. Somit lassen sich auch Vergleiche der Wirkungen verschiedenartiger Instrumente anstellen. Dagegen finden sich auch Bewertungsansätze, die sich einzig auf bestimmte Instrumente spezialisiert haben. Jener von Stephan und Ahlheim (1996) bezieht sich beispielsweise explizit auf umweltpolitische Instrumente und jener von Ostrom (1990) auf freiwillige Arrangements.

Die Gewährleistung der Anwendbarkeit in unterschiedlichen Kontexten steht im Unterschied zu anderweitigen Bewertungsansätzen, die oftmals einem bestimmten Umfeld zugehörig sind. Der Ansatz von Ostrom (1990) entspringt etwa einem lokalen Kontext, der Ansatz von Kopfmüller et al. (2001) lässt sich der nationalen Ebene zuordnen. Während für diese beiden Ansätze unklar ist, ob und mit welchen allfälligen Anpassungen eine Anwendung in einem anderweitigen Kontext zulässig ist, ist die kontextübergreifende Anwendbarkeit des in der vorliegenden Arbeit entwickelten Instrumentariums sichergestellt. Das Instrumentarium beschreibt umfassende allgemein formulierte Kontextvariablen und deren mögliches Zusammenwirken. Dies erlaubt, das Instrumentarium situativ an die vorliegenden Variablen anzuwenden. Dass vorliegende Kontextvariablen die Wirksamkeit politischer Instrumente entscheidend beeinflussen können, haben unter anderem die beiden Fallstudien aus Kapitel 6 gezeigt. Die Berücksichtigung des vorliegenden Kontextes ist daher unbedingt angezeigt für eine Nachhaltigkeitspotenzialbeurteilung. Kontextvariablen wechselwirken mit politischen Instrumenten und können deren Einfluss fördern (z.B. durch Präferenzen, die getroffene Massnahmen als besonders attraktiv werten), sicherstellen (z.B. durch bestehende Durchsetzungsmittel), aufheben (wenn z.B. komplementäre Handlungsressourcen fehlen (Wissen und Fähigkeiten, finanzielle Mittel, Hilfsgüter, etc.)), verkehren (z.B. durch Fehlwahrnehmung von Warnhinweisen), etc. Dies bedeutet, dass je

nach vorliegenden Rahmenbedingungen identische Instrumente erfolgsgekrönt sein können oder nicht.

Die durchgeführten Fallstudien konnten insgesamt die Anwendbarkeit des Instrumentariums belegen. Damit kann das Instrumentarium auch dem letzten Kritikpunkt standhalten, der im Kapitel 2.4.2 an anderweitige Analyseansätze gerichtet wurde, nämlich der Abwesenheit von Anwendungsbeispielen.

## 7.3 Konklusion und Ausblick

In der vorliegenden Arbeit wurde ein Instrumentarium zur Beurteilung von politischen Instrumenten auf ihre Nachhaltigkeitswirkungen hin entwickelt und in der Anwendung überprüft. Das Instrumentarium zeichnet sich durch seine integrierte Nachhaltigkeitssicht, den umfassenden Anwendungsbereich sowie die Mikroperspektive auf Akteurhandlungen aus. Ausgestattet mit diesen Eigenschaften kann sich das Instrumentarium fruchtbar erweisen sowohl für Beiträge zur wissenschaftlichen Nachhaltigkeits-Governance-Debatte wie auch für Anwendungen in der Praxis.

### 7.3.1 Anwendungen in Wissenschaft und Praxis

Das Instrumentarium eignet sich für die Anwendung an unterschiedlichen politischen Instrumenten in verschiedenen Kontexten. Damit lässt sich mit dem Instrumentarium anknüpfen an die eingangs erwähnte wissenschaftliche Diskussion um die Nachhaltigkeitswirkungen partizipativer/partnerschaftlicher Governance-Formen und ihrer Überlegenheit gegenüber traditionellen Formen. Der breite Anwendungsbereich des Instrumentariums erlaubt es, Vergleiche anzustellen zwischen eher partizipativ/partnerschaftlichen und eher traditionell-hierarchisch geprägten politischen Instrumenten. Dies sowohl innerhalb desselben wie auch zwischen unterschiedlichen Kontexten. Dadurch wird eine Beurteilung ermöglicht, ob partizipativ/partnerschaftliche Governance-Formen ihrer Favoriten-Rolle bei der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung tatsächlich gerecht werden und ob sich dabei Unterschiede zeigen je nach Kontext, in dem sie eingebettet sind.

Eine Anwendung des Instrumentariums ist aber auch vorstellbar im Rahmen von *policy*-Analysen in der Praxis. Es ermöglicht einerseits eine ex ante Einschätzung der zu erwartenden Nachhaltigkeitswirkungen von *policy*-Instrumenten. Das Instrumentarium ermöglicht es, den Forschungsgegenstand umfassend zu betrachten und verhindert, sich von ad-hoc Vermutungen zur Wirkung politischer Instrumente leiten zu lassen. Dank dem Einbezug verschiedenster Einflussgrößen lassen sich auch Stolpersteine feststellen, die erwünschten Wirkungen des Instruments hinderlich sind und die allenfalls weiterführende Massnahmen erfordern, um ein Instrument erfolgreich werden zu lassen. Auch lassen sich mit dem Instrumentarium Mitnahmeeffekte einschätzen. Dank dem integrierten Zielsystem werden zudem nicht intendierte ‚Nebenwirkungen‘ eines politischen Instruments auf eine nachhaltige Entwicklung erkannt. Das Instrumentarium eignet sich aber ebenso für eine ex post Anwendung zur Kontrolle, ob erwünschte oder unerwünschte Wirkungen tatsächlich auf ein bestimmtes politisches Instrument zurückzuführen sind. Weiter können Aussagen gemacht werden, weshalb fehlende Wirkungen ausbleiben,

und auf dieser Basis Verbesserungsmöglichkeiten erarbeitet werden. Schliesslich erfordert die Zieldimension des Instrumentariums, den Blick auch tatsächlich auf die eigentlichen Nachhaltigkeitsziele zu richten und die Beurteilung nicht einzig auf ‚Zwischenziele‘ abzusetzen und sich dabei auf die Annahme zu verlassen, dass diese den Nachhaltigkeitszielen zudienen.

### 7.3.2 Entwicklungs- und Adaptionmöglichkeiten

Die Vorteile, die das Instrumentarium für Anwendungen in der Wissenschaft und Praxis bietet, haben allerdings auch ihren Preis. So haben sich im Rahmen der Anwendung des Instrumentariums die hohe Komplexität sowie der Zeitaufwand verbunden mit dem Informationsbedarf als Herausforderungen herauskristallisiert (vgl. Kapitel 7.1). Die Komplexität stellt hohe Anforderungen an den Prüfenden bei der Handhabung des Instrumentariums. Diesbezügliche fundierte Kenntnisse sind notwendig ebenso wie eine hohe Informationsverarbeitungskapazität. Die Anwendung des Instrumentariums erfordert zudem einen erheblichen Informationsbedarf sowie einen hohen Zeitaufwand. Diese Defizite stehen einer verbreiteten Anwendung in der Wissenschaft, insbesondere aber auch in der Praxis entgegen. Es stellt sich somit die Frage, ob Möglichkeiten bestehen, das Instrumentarium weiterzuentwickeln zur Reduktion von Komplexität und Zeitaufwand, ohne aber dessen Vorteile preiszugeben.

Zur Komplexität und zum Zeitaufwand tragen verschiedene Bestandteile bei. Zum einen ist die Zieldimension, bezüglich der allfällige Nachhaltigkeitswirkungen überprüft werden, äusserst umfassend (vier Nachhaltigkeitsziele, die jeweils wiederum unterschiedliche Aspekte beinhalten). Weiter ist bezüglich dieser Zieldimension eine Vielzahl von möglichen Wirkungszusammenhängen zu prüfen. So gilt es, sowohl die Konformität wie auch die Non-Konformität eines politischen Instruments mit zehn Ansätzen der Einflussnahme in Bezug auf Ergebnisse mit Nachhaltigkeitsbeiträgen zu untersuchen. Entsprechende Wirkungszusammenhänge liegen dabei nicht immer direkt auf der Hand. Beispielsweise kann mit einer politischen Intervention eine Handlungsressource direkt bereitgestellt werden, aber eine Einflussnahme kann ebenso über veränderte Möglichkeiten des Zugangs zu einer bestehenden Handlungsressource führen. Ebenso können Folgeeffekte von politischen Interventionen auftreten, die dann wiederum von Nachhaltigkeitsrelevanz sein können. So können etwa neue verbindliche Anforderungen Ressourcen beanspruchen, die damit alternativen Zwecken entzogen werden (vgl. Kapitel 4.5.3). Schliesslich trägt ebenso zur Komplexität des Instrumentariums bei, dass verschiedene Akteure und eine Vielzahl von Einflussgrössen neben der politischen Intervention sowie diverse Handlungsalternativen zu berücksichtigen sind.

Die im vorhergehenden Abschnitt aufgeführten Aspekte zeigen im Grundsatz auf, wo Ansatzpunkte bestehen zur Reduktion von Komplexität und damit einhergehendem Zeitaufwand: Einerseits können die Systemgrenzen enger gesetzt werden. Andererseits können Annahmen und Generalisierungen den Informationsbedarf senken. Eine Möglichkeit, die Systemgrenzen enger zu setzen, besteht in der Fokussierung auf einzelne statt alle Nachhaltigkeitsziele. Damit wird allerdings dem Anspruch an eine umfassende Nachhaltigkeitsanalyse nicht mehr Rechnung getragen. Selektion impliziert die Gefahr, dass Risiken (oder Chancen) eines Instruments bezüglich der Umsetzung anderweitiger Nachhaltigkeitsziele verkannt werden. Weiter wird die Analyse erleichtert, wenn der Radius der mit einem politischen Instrument möglichen betrachteten

Wechselwirkungen eingeschränkt wird. Beispielsweise können mögliche Folgeeffekte politischer Interventionen ausgeklammert werden. Ebenso kann sich die Analyse etwa nur auf die Aktivitäten im Rahmen der Lancierung einer politischen Intervention beziehen (z.B. Implikationen der Erstellung einer Infrastruktur) oder auf die langfristigen Auswirkungen auf Akteur-Handlungen nach der Implementierung (z.B. Implikationen einer erstellten Infrastruktur). Falls nur auf Ersteres abgesetzt wird, eine erstellte Baute aber beispielsweise das Mobilitätsverhalten von Personen entscheidend beeinflusst, dann würde dies allerdings die Ausblendung eines wichtigen Nachhaltigkeitsaspekts im Zusammenhang mit der Intervention bedeuten. Dasselbe trifft zu, falls nur Letzteres betrachtet wird, aber beispielsweise bereits die Erstellung einer Baute relevante Wirkungen auf das Ökosystem beinhaltet. Weiter kann der Radius der betrachteten Wechselwirkungen beispielsweise auch eingeschränkt werden, wenn nur bestimmte Akteur-Gruppen betrachtet werden. Die Einengung des Radius ist zudem möglich, wenn die Anzahl einbezogener Handlungsalternativen reduziert wird. Dabei besteht jedoch das Risiko, dass durch den Ausschluss von Alternativen das Analyseergebnis verfälscht wird.

Neben der Einengung von Systemgrenzen kann die Komplexität weiter verringert werden durch die Verwendung von Annahmen und Generalisierungen. Die Verwendung von Annahmen reduziert den Informationsbedarf. Die Auswertung von Literatur und/oder Interviews entfällt. Generalisierungen (z.B. bezüglich der Akteur-Präferenzen) ermöglichen, individuelle Akteure zu Akteur-Gruppen zusammenzufassen. Durch Generalisierungen werden Minderheiten ausgeklammert. Dadurch erübrigt sich die Durchführung spezieller Analysen bezüglich dieser Minderheiten. Analyseergebnisse auf Basis von Annahmen und Generalisierungen sollten allerdings zurückhaltend interpretiert werden. Die Richtigkeit der Annahmen und die Einflussrelevanz der Minderheiten auf Ergebnisse bestimmen darüber, ob entsprechende Analyseergebnisse für sich Gültigkeit beanspruchen können oder nicht.

Zusammenfassend kann bemerkt werden, dass sich die Komplexität des Instrumentariums zwar reduzieren lässt, dies aber Zugeständnisse bezüglich der Aussagekraft der Analyseergebnisse impliziert. Inwieweit solche Zugeständnisse angebracht und vertretbar sind, sollte am Einzelfall entschieden werden. Neben der Reduktion von Komplexität und den damit einhergehenden Minderungen der Aussagekraft können allenfalls noch anderweitige Massnahmen die Anwenderfreundlichkeit des Instrumentariums steigern. So kann nicht nur versucht werden, die Komplexität zu reduzieren, sondern diese auch besser bewältigbar zu machen und damit ebenso einen Beitrag zur Reduktion des Zeitaufwands zu leisten. Folgend werden entsprechende Massnahmen vorgeschlagen, die Hinweise geben können, in welche Richtung das Instrumentarium weiterentwickelt werden könnte.

Die Anwendung des Instrumentariums könnte durch einen Leitfaden erleichtert werden. Inhaltlich könnte dieser beispielsweise die einzelnen Analyseschritte kurz und verständlich erklären sowie die zugehörigen Begriffsdefinitionen aufführen, auf wichtige zu beachtende Punkte hinweisen, Beispiele aufzeigen und vorgefertigte Schemen zum Ausfüllen liefern. Eine solcherart geleitete Analyse hilft bei der Orientierung und kann dadurch das Verfahren beschleunigen. Der Zeitaufwand der Analyse hängt zudem von der Datenverfügbarkeit ab. Die Suche bzw. Generierung von Daten kann sich unter Umständen als äusserst zeitintensiv herausstellen. Je besse-

re Daten vorliegen, umso verlässlichere Resultate werden aber erzielt. Um den Zielkonflikt zwischen Aufwand und Datenverfügbarkeit zu entschärfen, können beispielsweise nach einer ersten Literaturauswertung die Analyseschritte zwei und drei in einem Expertenteam durchgespielt werden, das die vorläufigen Resultate reflektiert und die Datenlücken mit einer eigenen Einschätzung füllt. Ein solches Vorgehen kann einen Ersatz darstellen für zeitaufwändige weitere Recherchen oder Datenerhebungen. Verschiedene Personen mit unterschiedlichem Erfahrungshintergrund können eine grössere Varietät von Aspekten des Untersuchungsgegenstandes erkennen sowie blinde Flecken einzelner Personen ausradieren.

Wenn auch die Komplexität des Analyse-Instrumentariums diesem inhärent ist und sich im Grundsatz nicht vermeiden lässt, ohne dessen Kernidee umzustossen, so haben die vorgängigen Vorschläge dennoch gezeigt, dass Ansatzpunkte bestehen, dies Komplexität besser handhabbar zu machen.

### 7.3.3 Mikroperspektive als Chance

Eine Weiterentwicklung des Instrumentariums zur Analyse politischer Instrumente birgt das Potenzial, die Anwenderfreundlichkeit zu steigern. Die Komplexität wird dennoch bestehen bleiben. Diese steht jedoch im Dienste des Erfolgs der untersuchten politischen Instrumente. Das Instrumentarium verhilft zur Überprüfung von Vermutungen zu deren Wirksamkeit. Nur wenn diese Vermutungen sich bewahrheiten, erfüllen politische Instrumente auch tatsächlich ihren eigentlichen Zweck. Entsprechende Vermutungen basieren etwa auf verallgemeinerten Erwartungen aufgrund von (vergangenen) Erfahrungen in vergleichbaren Situationen oder auf abstrahierten theoretischen Überlegungen. Dabei werden jedoch Abstriche gemacht bezüglich der berücksichtigten Informationen. Die Stärke des Instrumentariums dagegen ist das genaue Hinschauen. Es bezieht den Kontext von Handlungsentscheiden mit ein. Dass Kontextvariablen bestimmend sind für Akteurhandlungen, wurde im Kapitel 4 ausführlich theoretisch erläutert und in den Fallstudien im Kapitel 6 empirisch aufgezeigt. Somit können Kontextvariablen Vermutungen zur Wirksamkeit politischer Instrumente umstossen, wenn die bestehenden Voraussetzungen sich von jenen unterscheiden, die den Vermutungen implizit unterstellt sind. Das Instrumentarium ist daher ein wirkungsvolles Mittel, um die Wirksamkeit politischer Instrumente in der Praxis zu prüfen und zu verbessern.

Aus der Einflussrelevanz von Kontextfaktoren folgt, dass identische politische Instrumente je nach Umfeld unterschiedliche Wirkung entfalten können. Für die wissenschaftliche Debatte um die Überlegenheit bestimmter Governance-Formen bedeutet dies, dass die vieldiskutierten Elemente von Partizipation, Partnerschaft oder Hierarchie per se von untergeordneter Relevanz sein können und viel mehr entscheidend ist, auf welche vorliegenden Kontextfaktoren diese Formen treffen und was für Resultate in Folge das entsprechende Zusammenwirken zeitigt. Die Aussicht, pauschalisierende Aussagen zur Güte bestimmter Governance-Formen machen zu können, erscheint demnach als zweifelhaft. Im vorliegenden kontextsensitiven Instrumentarium steckt somit auch ein Aufruf, die Diskussion um Governance-Formen weniger dogmatisch zu führen und stattdessen einen pragmatischen Ansatz zu verfolgen, der das wesentliche Ziel einer nachhaltigen Entwicklung wieder direkt in den Blick fasst.

Genaues Hinschauen bei der Beurteilung politischer Instrumente kann sich lohnen. Nur so wird erkannt, ob sich Vermutungen zu deren Wirksamkeit tatsächlich bewahrheiten. Das vorliegende Instrumentarium zeichnet sich durch genaues Hinschauen aus. Damit eignet es sich, das Nachhaltigkeitspotenzial jeglicher Art von politischen Instrumenten einzuschätzen sowie Schwachpunkte der Wirksamkeit in Bezug auf die Erzielung einer nachhaltigen Entwicklung aufzudecken und Möglichkeiten zur Gegensteuer zu erkennen.



# Literaturverzeichnis

- Arts, B. (2002). 'Green Alliances' of Business and NGOs. New Styles of Self-Regulation or 'Dead-End Roads'? *Corporate Social Responsibility and Environmental Management*, 9(1): 26-36.
- Austin, J. E. (2007). Sustainability Through Partnering: Conceptualizing Partnerships Between Businesses and NGOs. Glasbergen, P., Biermann, F., Mol, A. P.I. (Ed.) (2007). *Partnerships, Governance and Sustainable Development. Reflections on Theory and Practice*. Edward Elgar, Cheltenham: 49-67.
- Axelrod, R. (1980). Effective Choice in the Prisoner's Dilemma. *The Journal of Conflict Resolution*, 24(1): 3-25.
- Bäckstrand, K. (2010). The Legitimacy of Global Public-private Partnerships on Climate and Sustainable Development. Bäckstrand, K., Khan, J., Kronsell, A., Lövbrand, E. (Ed.) (2010). *Environmental Politics and Deliberative Democracy. Examining the Promise of New Modes of Governance*. Edward Elgar, Cheltenham: 85-104.
- Bäckstrand, K., Khan, J., Kronsell, A., Lövbrand, E. (2010). The Promise of New Modes of Environmental Governance. Bäckstrand, K., Khan, J., Kronsell, A., Lövbrand, E. (Ed.) (2010). *Environmental Politics and Deliberative Democracy. Examining the Promise of New Modes of Governance*. Edward Elgar, Cheltenham: 3-27.
- Bieta, V., Kirchhoff, J., Milde, H., Siebe, W. (2002). *Risikomanagement und Spieltheorie. Wie Global Player mit Risiken umgehen müssen*. Galileo Press, Bonn.
- Bieta, V., Milde, H. (2014). Das naive Weltbild der „Modell-Affen“. *Neue Zürcher Zeitung* vom 28.10.2014: 26.
- Bleicher, A., Gross, M. (2010). Sustainability Assessment and the Revitalization of Contaminated Sites: Operationalizing Sustainable Development for Local Problems. *International Journal of Sustainable Development & World Ecology*, 17(1): 57-66.
- Bomberg, E. (2004). Adapting Form to Function?: from Economic to Sustainable Development Governance in the European Union. Lafferty, W. M. (Ed.) (2004). *Governance for Sustainable Development. The Challenge of Adapting Form to Function*. Edward Elgar, Cheltenham, UK: 61-94.
- Börzel, T. A., Risse, T. (2005). Public-Private Partnerships: Effective and Legitimate Tools of Transnational Governance? Grande, E., Pauly, L. W. (Ed.) (2005). *Complex Sovereignty: Re-constituting Political Authority in the Twenty-first Century*. University of Toronto Press, Toronto: 195-216.
- Bressers, H. T.A. (2004). Implementing Sustainable Development: How to Know What Works, Where, When and How. Lafferty, W. M. (Ed.) (2004). *Governance for Sustainable Development. The Challenge of Adapting Form to Function*. Edward Elgar, Cheltenham, UK: 284-318.

- Burns, T. R., Baumgartner, T., Deville, P. (1985). *Man, Decisions, Society. The Theory of Actor-System Dynamics for Social Scientists*. Gordon and Breach Science Publishers, New York.
- Coleman, J. S. (1990). *Foundations of Social theory*. Belknap Press, Cambridge.
- Cox, M., Arnold, G., Villamayor Tomás, S. (2010). A Review of Design Principles for Community-based Natural Resource Management. *Ecology and Society*, 15(4): 38.
- Daly, H. E. (1990). Towards Some Operational Principles of Sustainable Development. *Ecological Economics*, 2(1): 1-6.
- Dasgupta, P., Maskin, E. (1986). The Existence of Equilibrium in Discontinuous Economic Games. *The Review of Economic Studies*, 53(1): 1-41.
- Dedeurwaerdere, T. (2005). The Contribution of Network Governance to Sustainable Development. *Les séminaires de l'Iddri*, n° 13.
- Deutsche Bundesregierung (Ed.) (2016). Erfolgskontrolle: Die Indikatoren. Abrufbar unter: [https://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Nachhaltigkeitsstrategie/1-die-nationale-nachhaltigkeitsstrategie/indikatoren/\\_node.html](https://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Nachhaltigkeitsstrategie/1-die-nationale-nachhaltigkeitsstrategie/indikatoren/_node.html) (Zugriff im August 2016).
- Driessen, P. P.J., Glasbergen, P. (2002). New Directions in Environmental Politics – Concluding Remarks. Driessen, P., Glasbergen, P. (Ed.) (2002). *Greening Society. The Paradigm Shift in Dutch Environmental Politics*. Kluwer Academic Publishers, Dordrecht/Boston/London: 245-262.
- Elsig, M., Amalric, F. (2007). Business and Public-Private Regulation Arrangements: Beyond Corporate Social Responsibility? Paper at the Conference «Non-State Actors as Standard Setters: The Erosion of the Public-Private Divide», February 8-9, 2007 in Basel, Switzerland.
- Enquete-Kommission (Ed.) (2013). *Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“*. Bundestagsdrucksache 17/13300.
- Falk, A., Fehr, E., Fischbacher, U. (2001). Driving Forces of Informal Sanctions. Working Paper No. 59. University of Zürich.
- Farrell, J. (1987). Cheap Talk, Coordination, and Entry. *The RAND Journal of Economics*, 18(1): 34-39.
- Fehr, E., Fischbacher, U. (2002). Why Social Preferences Matter – The Impact of Non-Selfish Motives on Competition, Cooperation and Incentives. *The Economic Journal*, 112(478): C1-C33.
- Fehr, E., Gächter, S. (2000). Fairness and Retaliation: The Economics of Reciprocity. *Journal of Economic Perspectives*, 14(3): 159-182.
- Figuerora Küpçü, M. (2005). *Society. Participation and Engagement*. Ayre, G., Callway, R. (Ed.) (2005). *Governance for Sustainable Development. A Foundation for the Future*. Earthscan, London: 90-107.

- Fischbacher, U., Gächter, S., Fehr, E. (2001). Are People Conditionally Cooperative? Evidence from a Public Goods Experiment. *Economics Letters*, 71(3): 397-404.
- Foscht, T., Swoboda, B., Schramm-Klein, H. (2015). Käuferverhalten. Grundlagen – Perspektiven – Anwendungen. Springer Gabler, Wiesbaden.
- Fürst, D. (2001). Regional Governance – ein neues Paradigma der Regionalwissenschaften? *Raumforschung und Raumordnung*, 59(5-6):370-380.
- Garmendia, E., Stagl, S. (2010). Public Participation for Sustainability and Social Learning: Concepts and Lessons from three Case Studies in Europe. In: *Ecological Economics*, 69(8): 1712–1722.
- Gibson, J. J. (1973). Die Sinne und der Prozess der Wahrnehmung. H. Huber, Bern.
- Gibson, R. B. (2006). Sustainability Assessment: Basic Components of a Practical Approach. *Impact Assessment and Project Appraisal*, 24(3): 170-182.
- Giddens, A. (1984). The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration. Polity Press, Cambridge.
- Glasbergen, P., Driessen, P. (2002). The Paradigm Shift in Environmental Politics – Towards a New Image of the Manageable Society. Driessen, P., Glasbergen, P. (Ed.) (2002). *Greening Society. The Paradigm Shift in Dutch Environmental Politics*. Kluwer Academic Publishers, Dordrecht/Boston/London: 3-25.
- Goldstein, B. E. (2008). The Futility of Reason: Incommensurable Differences Between Sustainability Narratives in the Aftermath of the 2003 San Diego Cedar Fire. Newig, J., Voss, J.-P., Monstadt, J. (Ed.) (2008). *Governance for Sustainable Development. Coping with Ambivalence, Uncertainty and Distributed Power*. Routledge, Abingdon (Oxon)/New York: 35-52.
- Goverde, H. J.M., Nelissen N. J.M. (2002). Networks as a New Concept for Governance. Driessen, P. P.J., Glasbergen, P. (Ed.) (2002). *Greening Society. The Paradigm Shift in Dutch Environmental Politics*. Kluwer Academic Publishers, Dordrecht/Boston/London: 27-45.
- Grunwald, A. (2008). Working Towards Sustainable Development in the Face of Uncertainty and Incomplete Knowledge. Newig, J., Voss, J.-P., Monstadt, J. (Ed.) (2008). *Governance for Sustainable Development. Coping with Ambivalence, Uncertainty and Distributed Power*. Routledge, Abingdon (Oxon)/New York: 53-70.
- Hartmuth, G., Huber, K., Rink, D. (2008). Operationalization and Contextualization of Sustainability at the Local Level. *Sustainable Development*, 16(4): 261–270.
- Hartmuth, G., Rink, D. (2003). Lokale Problemlagen im Licht globaler Normen: Das Integrative Nachhaltigkeitskonzept als Grundlage für ein kommunales Nachhaltigkeits-Informationssystem. *Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis*, 12(3/4): 14-24.
- Heck, S., Rogers, M., Carroll, P. (2014). *Resource Revolution. How to Capture the Biggest Business Opportunity in a Century*. Melcher Media, New York.

- Heinrichs, H., Kuhn, K., Newig, J. (2011). Einleitung: Nachhaltige Gesellschaft – Gestaltung durch Partizipation und Kooperation? Heinrichs, H., Kuhn, K., Newig, J. (Ed.) (2011). Nachhaltige Gesellschaft. Welche Rolle für Partizipation und Kooperation? VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden: 11-14.
- Hemmati, M. (2002). Multi-stakeholder Processes for Governance and Sustainability. Beyond Deadlock and Conflict. Earthscan Publications Ltd, London.
- Huxham, C. (1996). Collaboration and Collaborative Advantage. Huxham, C. (Ed.) (1996). Creating Collaborative Advantage. Sage Publications Ltd, London.
- Hyden, G. (2001). Operationalizing Governance for Sustainable Development. *Journal of Developing Societies*, 17(2): 13-31.
- Ivanova, M. (2005). Environment: The Path of Global Environmental Governance – Form and Function in Historical Perspective. Ayre, G., Callway, R. (Ed.) (2005). Governance for Sustainable Development. A Foundation for the Future. Earthscan, London: 45-72.
- Jennings, D. L., Amabile, T. M., Ross, L. (1982). Informal Covariation Assessment: Data-Based Versus Theory-Based Judgments. Kahneman, D., Slovic, P., Tversky, A. (Ed.) (1982). Judgment under Uncertainty: Heuristics and Biases. Cambridge University Press, Cambridge: 211-230.
- Kahneman, D., Slovic, P., Tversky, A. (Ed.) (1982). Judgment under Uncertainty: Heuristics and Biases. Cambridge University Press, Cambridge.
- Kahneman, D., Tversky, A. (1979). Prospect Theory: An Analysis of Decision under Risk. *Econometrica*, 47(2): 263-292.
- Kelley, H., Thibaut, J. (1978). Interpersonal Relations. A Theory of Interdependence. Wiley-Interscience Publication, New York.
- Kemp, R., Rotmans, J., Loorbach, D. (2008). Assessing the Dutch Energy Transition Policy: How Does it Deal with Dilemmas of Managing Transitions? Newig, J., Voß, J.-P., Monstadt, J. (Ed.) (2008). Governance for Sustainable Development. Coping with Ambivalence, Uncertainty and Distributed power. Routledge, Abingdon (Oxon)/New York: 123-139.
- Klijn, E.-H., Koppenjan, J., Termeer, K. (1995). Managing Networks in the Public Sector: A Theoretical Study of Management Strategies in Policy Networks. *Public Administration*, 73(3): 437-454.
- Kopfmüller, J., Brandl, V., Jörissen, J., Paetau, M., Banse, G., Coenen, R., Grunwald, A. (2001). Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet. Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren, Sigma edition, Berlin.
- Lafferty, W. M. (2004a). From Environmental Protection to Sustainable Development: the Challenge of Decoupling through Sectoral Integration. Lafferty, W. M. (Ed.) (2004). Governance for Sustainable Development. The Challenge of Adapting Form to Function. Edward Elgar, Cheltenham, UK: 191-220.

- Lafferty, W. M. (2004b). Introduction: Form and Function in Governance for Sustainable Development. Lafferty, W. M. (Ed.) (2004). *Governance for Sustainable Development. The Challenge of Adapting Form to Function*. Edward Elgar, Cheltenham, UK: 1-31.
- Lambertini, L. (2011). *Game Theory in the Social Sciences. A Reader-friendly Guide*. Routledge, London.
- Lange, H., Garrelts, H. (2008). Risk Management at the Science – Policy Interface: Two Contrasting Cases in the Field of Flood Protection in Germany. Newig, J., Voss, J.-P., Monstadt, J. (Ed.) (2008). *Governance for Sustainable Development. Coping with Ambivalence, Uncertainty and Distributed power*. Routledge, Abingdon (Oxon)/New York: 71-87.
- Lange, P. (2016). *Sustainability Governance. Exploring the Potential of Governance Modes to Promote Sustainable Development - The Example of Swiss Energy Policy*. University of Basel, Basel.
- Lange, P., Driessen, P. P. J., Sauer, A., Bornemann, B., Burger, P. (2013). Governing Towards Sustainability – Conceptualizing Modes of Governance. *Journal of Environmental Policy & Planning* 15(3): 403-425.
- Lehtonen, M. (2004). The environmental– Social Interface of Sustainable Development: Capabilities, Social Capital, Institutions. *Ecological Economics* 49(2): 199– 214.
- Leibenath, M., Korcelli-Olejniczak, E., Knippschild, R. (2008). *Cross-border Governance and Sustainable Spatial Development. Mind the Gaps!* Springer-Verlag, Berlin/Heidelberg.
- Leroy, P., van Tatenhove, J. P.M. (2002). Environment and Participation – The Shifting Significance of a Double Concept. Driessen, P. P.J., Glasbergen, P. (Ed.) (2002). *Greening Society. The Paradigm Shift in Dutch Environmental Politics*. Kluwer Academic Publishers, Dordrecht/Boston/London: 163-184.
- Lessmann, O., Rauschmayer, F. (2012). Re-Conceptualising Sustainable Development on the Basis of the Capability Approach: a Model and its Difficulties. *UFZ Discussion Paper* 3/2012.
- Loorbach, D. (2007). *Transition Management. New Mode of Governance for Sustainable Development*. International Books, Utrecht.
- Loorbach, D. (2010). Transition Management for Sustainable Development: A Prescriptive, Complexity-based Governance Framework. *Governance: An International Journal of Policy, Administration, and Institutions*, 23(1): 161–183.
- Lundqvist, L. J. (2004). Management by Objectives and Results: a Comparison of Dutch, Swedish and EU Strategies for Realising Sustainable Development. Lafferty, W. M. (Ed.) (2004). *Governance for Sustainable Development. The Challenge of Adapting Form to Function*. Edward Elgar, Cheltenham, UK: 95-127.
- Mayntz, R. (1998). *New Challenges to Governance Theory*. European University Institute, Jean Monnet Chair Paper No 50. Robert Schuman Centre, European University Institute, Florence.

- Mayntz, R., Scharpf, F. W. (1995). *Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung*. Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main.
- Meadowcroft, J. (1997). Planning for Sustainable Development: What Can Be Learned from the Critics?. Kenny, M., Meadowcroft, J. (Ed.) (1997). *Planning Sustainability*. Routledge, London: 12-38.
- Meadowcroft, J. (2004). Participation and Sustainable Development: Modes of Citizen, Community and Organisational Development. Lafferty, W. M. (Ed.) (2004). *Governance for Sustainable Development. The Challenge of Adapting Form to Function*. Edward Elgar, Cheltenham, UK: 162-190.
- Meadowcroft, J. (2008). Who is in Charge here? Governance for Sustainable Development in a Complex World. Newig, J., Voß, J.-P., Monstadt, J. (Ed.) (2008). *Governance for Sustainable Development. Coping with Ambivalence, Uncertainty and Distributed Power*. Routledge, Abingdon (Oxon)/New York: 107-122.
- Meijer, I., Hekkert, M. P. (2008). Managing Uncertainties in the Transition Towards Sustainability: Cases of Emerging Energy Technologies in the Netherlands. Newig, J., Voss, J.-P., Monstadt, J. (Ed.) (2008). *Governance for Sustainable Development. Coping with Ambivalence, Uncertainty and Distributed Power*. Routledge, Abingdon (Oxon)/New York: 89-106.
- Minsch, J., Feindt, P.-H., Meister, H.-P., Schneidewind, U., Schulz, T. (1998). *Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit*. Springer-Verlag, Berlin Heidelberg.
- Munda, G. (2008). Valuation of Sustainable Development Policies: Social Multi-criteria Evaluation. Clini, C., Musu, I., Gullino, M. L. (Ed.) (2008). *Sustainable Development and Environmental Management. Experiences and Case Studies*. Springer, Dordrecht: 33-46.
- Musu, I. (2008). Integrated Environmental Policy in the European Union. Clini, C., Musu, I., Gullino, M. L. (Ed.) (2008). *Sustainable Development and Environmental Management. Experiences and Case Studies*. Springer, Dordrecht: 3-15.
- Netzwerk Kindergesundheit und Umwelt (Ed.) (2001). *Kinderagenda für Gesundheit und Umwelt 2001. Pädiatrische Allergologie in Klinik und Praxis*, 4(4): 28-29.
- Newig, J. (2011). Partizipation und Kooperation zur Effektivitätssteigerung in Politik und Governance? Heinrichs, H., Kuhn, K., Newig, J. (Ed.). *Nachhaltige Gesellschaft. Welche Rolle für Partizipation und Kooperation?* VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden: 65-79.
- Newig, J., Fritsch, O. (2009). Environmental Governance: Participatory, Multi-level – and Effective? In: *Environmental Policy and Governance*, 19(3): 197-214.
- Newig, J., Jäger, N., Challies, E. (2012). Führt Bürgerbeteiligung in umweltpolitischen Entscheidungsprozessen zu mehr Effektivität und Legitimität? *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 22(4): 527-564.

- Newig, J., Kuhn, K., Heinrichs, H. (2011). Nachhaltige Entwicklung durch gesellschaftliche Partizipation und Kooperation? – eine kritische Revision zentraler Theorien und Konzepte. Heinrichs, H., Kuhn, K., Newig, J. (Ed.). Nachhaltige Gesellschaft. Welche Rolle für Partizipation und Kooperation? VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden: 27-45.
- Nischwitz, G. (Ed.) (2007). Regional Governance – Stimulus for Regional Sustainable Development? Oekom Verlag, München.
- North, D. (1992). Transaction Costs, Institutions, and Economic Performance. International Center for Economic Growth, San Francisco.
- Nussbaum, M. C. (2000). Women and Human Development. The Capabilities Approach. Cambridge University Press, Cambridge.
- Oberlack, C., LaHaela Walter, P., Schmerbeck, J., Tiwari, B. K. (2015). Institutions for Sustainable Forest Governance: Robustness, Equity, and Cross-level Interactions in Mawlyngbna, Meghalaya, India. *International Journal of the Commons*, 9(2): 670-697.
- OECD (Ed.) (2001). Sustainable Development. Critical Issues. OECD, Paris.
- OECD (Ed.) (2002). Governance for Sustainable Development. Five OECD Case Studies. OECD, Paris.
- Ostrom, E. (1990). Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action. Cambridge University Press, Cambridge, New York/Port Chester/Melbourne/Sydney.
- Ostrom, E. (1998). A Behavioral Approach to the Rational Choice Theory of Collective Action. Presidential Address, American Political Science Association, 1997. *American Political Science Review*, 92 (1): 1-22.
- Ostrom, E. (2009). A General Framework for Analyzing Sustainability of Social-Ecological Systems. *Science*, 325(5939): 419-422.
- Ostrom, E., Gardner, R., Walker, J. (1994). Rules, Games, and Common-Pool Resources. University of Michigan Press.
- Parsons, T., Shils, E. A. (1959). Values, Motives, and Systems of Action. Parsons, T., Shils, E. A. (Ed.) (1959). *Toward a General Theory of Action*. Harvard University Press, Cambridge: 47-275.
- Pearce, D., Turner, R. (1990). Economics of Natural Resources and the Environment. Harvester/Wheatsheaf, London.
- Rhodes, R. A. W. (1996). The New Governance: Governing without Government. *Political Studies*, 44(4): 652-667.
- Rieckmann, M., Stoltenberg, U. (2011). Partizipation als zentrales Element von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Heinrichs, H., Kuhn, K., Newig, J. (Ed.) (2011). Nachhaltige Gesellschaft. Welche Rolle für Partizipation und Kooperation? VS Verlag, Wiesbaden: 117-131.

- Ruud, A. (2004). Partners for Progress?: the Role of Business in Transcending Business as Usual. Lafferty, W. M. (Ed.) (2004). Governance for Sustainable Development. The Challenge of Adapting Form to Function. Edward Elgar, Cheltenham, UK: 221-245.
- Rydin, Y. (2010). Governing for Sustainable Urban Development. Earthscan Publications Ltd, London.
- Sabatier P. A. (1999). Fostering the Development of Policy Theory. Sabatier, P. A. (Ed.) (1999). Theories of the Policy Process. Westview Press, Boulder.
- Scharpf, F. W. (1997). Games Real Actors Play. Actor-centered Institutionalism in Policy Research. Westview Press, Boulder.
- Scharpf, F. W. (2006). Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. Unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 2000.
- Schelling, T. C. (1960). The Strategy of Conflict. Harvard University Press, Cambridge.
- Schneider, V., Kenis, P. (1996). Verteilte Kontrolle: Institutionelle Steuerung in modernen Gesellschaften. Kenis, P., Schneider, V. (Ed.) (1996). Organisation und Netzwerk: Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und Politik. Campus-Verlag, Frankfurt/Main: 9-43.
- Schweizerische Eidgenossenschaft (Ed.) (2016). Nachhaltige Entwicklung – Indikatoren. Abrufbar unter: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21/02/01.html> (Zugriff im August 2016).
- Sen, A. (2009). The Idea of Justice. Allen Lane, London.
- Serageldin, I., Steer, A. (1994). Epilogue: Expanding the Capital Stock. Serageldin, I., Steer, A. (Ed.) (1994). Making Development Sustainable: From Concepts to Action. The World Bank, Washington, D.C.: 30-32.
- Shirlow, P., Murtagh, B. (2004). Capacity-building, Representation and Intracommunity Conflict. Urban Studies, 41(1): 57-70.
- Slovic, P., Fischhoff, B., Lichtenstein, S. (1982). Facts versus Fears: Understanding Perceived Risk. Kahneman, D., Slovic, P., Tversky, A. (Ed.) (1982). Judgment under Uncertainty: Heuristics and Biases. Cambridge University Press, Cambridge: 463-489.
- Stephan, G., Ahlheim, M. (1996). Ökonomische Ökologie. Springer-Verlag, Berlin/Heidelberg/New York.
- Steurer, R. (2001). Paradigmen der Nachhaltigkeit. Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, 24(4): 537-566.
- Steurer, R. (2013). Disentangling Governance: A Synoptic View of Regulation by Government, Business and Civil Society. Policy Sciences, 46(4): 387-410.
- Thaler, R. H. (2015). Misbehaving. The Making of Behavioral Economics. W. W. Norton & Company, New York/London.



- Tippett, J., Handley, J. F., Ravetz, J. (2007). Meeting the Challenges of Sustainable Development – A Conceptual Appraisal of a New Methodology for Participatory Ecological Planning. *Progress in Planning* 67(1): 9-98.
- Tversky, A., Kahneman, D. (1981). The Framing of Decisions and the Psychology of Choice. *Science*, 211(4481): 453-458.
- UNCED (Ed.) (1992). Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung. Rio de Janeiro, Juni 1992. Abrufbar unter: [http://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/agenda\\_21.pdf](http://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf) (Zugriff im Juni 2016).
- UN-DESA (Ed.) (2016a). Sustainable Development Knowledge Platform. Major Groups and Other Stakeholders. Abrufbar unter: <https://sustainabledevelopment.un.org/majorgroups> (Zugriff im Juni 2016).
- UN-DESA (Ed.) (2016b). Sustainable Development Knowledge Platform. Multi-Stakeholder Partnerships. Abrufbar unter: <https://sustainabledevelopment.un.org/sdinaction> (Zugriff im Juni 2016).
- Van Huijstee, M. M, Francken, M., Leroy, P. (2007). Partnerships for Sustainable Development: a Review of Current Literature. *Environmental Sciences*, 4(2): 75-89.
- Van Vliet, B. (2006). The sustainable Transformation of Sanitation. Voss, J.-P., Bauknecht, D., Kemp, R. (Ed.) (2006). *Reflexive Governance for Sustainable Development*. Edward Elgar, Cheltenham, UK: 337-354.
- Van Zeijl-Rozema, A., Cörvers, R., Kemp, R., Martens, P. (2008). Governance for Sustainable Development: A Framework. *Sustainable Development*, 16(6): 410-421.
- Vermeulen, W. J.V. (2002). The Stubborn Consumer. Driessen, P., Glasbergen, P. (Ed.) (2002). *Greening Society. The Paradigm Shift in Dutch Environmental Politics*. Kluwer Academic Publishers, Dordrecht/Boston/London: 91-111.
- Visseren-Hamakers, I. J., Glasbergen, P. (2007). Partnerships in Forest Governance. *Global Environmental Change*, 17(3-4): 408-419.
- Von Schirnding, Y. (2005). Health: Health and Sustainable Development – Addressing the Challenges Post-Johannesburg. Ayre, G., Callway, R. (Ed.) (2005). *Governance for Sustainable Development. A Foundation for the Future*. Earthscan, London: 144-163.
- Voss, A. (2004). *Motivierte Wahrnehmung. Selektive Aufmerksamkeit und entlastende Umdeutungen bei der Aufnahme valenter Informationen*. Universität Trier, Trier.
- Voss, J.-P., Bauknecht, D., Kemp, R. (Ed.) (2006). *Reflexive Governance for Sustainable Development*. Edward Elgar, Cheltenham, UK.
- Voss, J.-P., Kemp, R. (2005). *Reflexive Governance for Sustainable Development – Incorporating Feedback in Social Problem Solving*. Paper for ESEE Conference, June 14-17, 2005 in Lisbon.

- Voss, J.-P., Kemp, R. (2006). Sustainability and Reflexive Governance: Introduction. Voss, J.-P., Bauknecht, D., Kemp, R. (Ed.) (2006). *Reflexive Governance for Sustainable Development*. Edward Elgar, Cheltenham, UK: 3-28.
- Voss, J.-P., Newig, J., Kastens, B., Monstadt, J., Nölting, B. (2008). Steering for Sustainable Development: a Typology of Problems and Strategies with respect to Ambivalence, Uncertainty and Distributed Power. Newig, J., Voss, J.-P., Monstadt, J. (Ed.) (2008). *Governance for Sustainable Development. Coping with Ambivalence, Uncertainty and Distributed Power*. Routledge, Abingdon (Oxon)/New York: 1-20.
- Wackernagel, M., Rees, W. E. (1996). *Our Ecological Footprint. Reducing Human Impact on the Earth*. New Society Publishers, Gabriola Island.
- Walker, G., Shove, E. (2007). Ambivalence, Sustainability and the Governance of Socio-technical Transitions. *Journal of Environmental Policy & Planning*, 9(3-4): 213-225.
- WCED (Ed.) (1987). *Our Common Future*. Oxford University Press, New York.
- Weber, M. (1919). *Politik als Beruf* (Vortrag von 1919 in München, Kapitel „Gesinnungsethik“ versus „Verantwortungsethik“). Abrufbar unter: <http://www.textlog.de/2296.html> (Zugriff im Dezember 2014).
- Weber, M. (1922). *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Verlag von J.C.B. Mohr, Tübingen.
- Werth, L. (2010). *Psychologie für die Wirtschaft*. Spektrum, Heidelberg.
- Willard, T. (2009). *Social Networking and Governance for Sustainable Development*. International Institute for Sustainable Development (IISD).
- Zürn, M. (1992). *Interessen und Institutionen in der internationalen Politik. Grundlegung und Anwendungen des situationsstrukturellen Ansatzes*. Leske und Budrich, Opladen.

# Literaturverzeichnis Fallstudien

- Andreoni, J. (1990). Impure Altruism and Donations to Public Goods: A Theory of Warm-Glow Giving. *The Economic Journal*. 100(401): 464-477.
- ARE, SUK (Ed.) (2009). Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Gute Beispiele im Bereich Nachhaltige Entwicklung. Abrufbar unter: <http://www.are.admin.ch/themen/nachhaltig/00264/02601/index.html?lang=de> (Zugriff im April 2015).
- Behringer, J. (2010). Engagementpolitik in Österreich und der Schweiz. *Forschungsjournal NSB*. 23(4): 51-62.
- Benevol St. Gallen (Ed.) (2013). 2000 Tage Zeitbörse St. Gallen. Medienmitteilung vom 29.10.2013. Abrufbar unter: [http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/582959/20131029\\_2000+Tage+Zeitbörse+St.Gallen.pdf/19cd564a-949f-4704-886c-c227aba10584](http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/582959/20131029_2000+Tage+Zeitbörse+St.Gallen.pdf/19cd564a-949f-4704-886c-c227aba10584) (Zugriff im August 2015).
- Benevol St. Gallen (Ed.) (2015). Cyclos – Schritt-für-Schritt. Abrufbar unter: [http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/550801/2013\\_Anleitung\\_Cyclos.pdf/3c54f4e4-6606-4bc8-946b-e2cd45011996](http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/550801/2013_Anleitung_Cyclos.pdf/3c54f4e4-6606-4bc8-946b-e2cd45011996) (Zugriff im August 2015).
- Benevol St. Gallen (Ed.) (2015). Kein Geld, aber Zeit? (Flyer der Zeitbörse für Schulen). Abrufbar unter: <http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/550801/Broschüre+Schulen+148x210+def.pdf/7bf8e31a-1ba0-422b-aaed-2ac198644d96> (Zugriff im August 2015).
- Benevol St. Gallen (Ed.) (2015). Marktzeitung Mai 2015. Abrufbar unter: [http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/550801/Marktzeitung\\_Mai+2015.pdf/8cf2c169-40e4-4687-a2fb-728802f5bd6f](http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/550801/Marktzeitung_Mai+2015.pdf/8cf2c169-40e4-4687-a2fb-728802f5bd6f) (Zugriff im August 2015).
- Benevol St. Gallen (Ed.) (2015). Tauschen mit anderen Tauschnetzen via za:rt-Clearing (Merkblatt). Abrufbar unter: [http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/550801/Merkblatt\\_zart.pdf/38d15de1-87e8-4b63-815d-8a533705d6c0](http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/550801/Merkblatt_zart.pdf/38d15de1-87e8-4b63-815d-8a533705d6c0) (Zugriff im August 2015).
- Benevol St. Gallen (Ed.) (2015). Zeitboerse.ch (Flyer der Zeitbörse). Abrufbar unter: [www.benevol-sg.ch/documents/505520/550801/Flyer+zeitboerse.pdf/a7916ba3-8c08-42dd-a4fd-cd82331e6c3c](http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/550801/Flyer+zeitboerse.pdf/a7916ba3-8c08-42dd-a4fd-cd82331e6c3c) (Zugriff im August 2015).
- Benevol St. Gallen (Ed.) (2015/2016). Website der Zeitbörse: <http://www.benevol-sg.ch/zeitboerse> (Zugriff im Zeitraum vom April 2015 bis März 2016).
- BFS (Ed.) (2004). Bericht zur Freiwilligenarbeit in der Schweiz. BFS, Neuchâtel. Abrufbar unter: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/22/publ.html?publicationID=1517> (Zugriff im Januar 2016).
- BFS (Ed.) (2008). Freiwilligenarbeit in der Schweiz. BFS, Neuchâtel. Abrufbar unter: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/22/publ.html?publicationID=3379> (Zugriff im Dezember 2015).

- BFS (Ed.) (2015). Freiwilliges Engagement in der Schweiz 2013/2014. BFS, Neuchâtel. Abrufbar unter: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/22/publ.html?publicationID=6697> (Zugriff im Dezember 2015).
- Brühlmeier, D. (2001). Milizqualität. Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur. 81(7-8): 34-36.
- DBG (Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer) vom 14. Dezember 1990 (Stand am 1. Januar 2016) (SR 642.11).
- Die Bundesversammlung (Ed.) (2000). Freiwilligenarbeit. Motion 00.3211. Curia Vista Geschäftsdatenbank. Abrufbar unter: [http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20003211](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20003211) (Zugriff im Dezember 2015).
- Die Bundesversammlung (Ed.) (2001a). Anerkennung für gemeinnützige Arbeit. Parlamentarische Initiative 00.418. Curia Vista Geschäftsdatenbank. Abrufbar unter: [http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20000418](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20000418) (Zugriff im Dezember 2015).
- Die Bundesversammlung (Ed.) (2001b). Steuerabzüge für gemeinnützige Arbeit. Postulat 01.3004. Curia Vista Geschäftsdatenbank. Abrufbar unter: [http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20013004](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20013004) (Zugriff im Dezember 2015).
- Die Bundesversammlung (Ed.) (2009). Freiwilligenarbeit fördern und anerkennen. Postulat 07.3718. Curia Vista Geschäftsdatenbank. Abrufbar unter: [http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20073718](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20073718) (Zugriff im Dezember 2015).
- Die Bundesversammlung (Ed.) (2011). Steuerabzug für Freiwilligenarbeit. Motion 11.3083. Curia Vista Geschäftsdatenbank. Abrufbar unter: [http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20113083](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20113083) (Zugriff im Dezember 2015).
- Die Bundesversammlung (Ed.) (2012). Ehrenamtliche Tätigkeiten durch Steuerabzüge fördern und würdigen. Motion 11.3636. Curia Vista Geschäftsdatenbank. Abrufbar unter: [http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20113636](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20113636) (Zugriff im Dezember 2015).
- Die Bundesversammlung (Ed.) (2015). Steuerabzüge für Aufwendungen im Zusammenhang mit gemeinnütziger Arbeit. Motion 13.3466. Curia Vista Geschäftsdatenbank. Abrufbar unter: [http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20133466](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20133466) (Zugriff im Zeitraum vom März 2015 bis Dezember 2015).
- Die Südostschweiz (Ed.) (2013). Wenn als Zahlungsmittel Geld statt Zeit angeboten wird. Zeitungsartikel vom 23.04.2013. Abrufbar unter: [http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/582959/20130423\\_Südostschweiz\\_zugesch.pdf/ce81e31e-29fd-4a38-940f-05714082dbce](http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/582959/20130423_Südostschweiz_zugesch.pdf/ce81e31e-29fd-4a38-940f-05714082dbce) (Zugriff im August 2015).
- ESS (Ed.) (2006): ESS3 Appendix A3 Variables and Questions ed. 3.5. Abrufbar unter: [http://www.europeansocialsurvey.org/docs/round3/survey/ESS3\\_appendix\\_a3\\_e03\\_5.pdf](http://www.europeansocialsurvey.org/docs/round3/survey/ESS3_appendix_a3_e03_5.pdf) (Zugriff im Januar 2016).

- ESS (Ed.) (2008): ESS4 Appendix A3 Variables and Questions ed. 5.3. Abrufbar unter: [http://www.europeansocialsurvey.org/docs/round4/survey/ESS4\\_appendix\\_a3\\_e05\\_3.pdf](http://www.europeansocialsurvey.org/docs/round4/survey/ESS4_appendix_a3_e05_3.pdf) (Zugriff im Januar 2016).
- ESS (Ed.) (2010): ESS5 Appendix A6 Variables and Questions ed. 4.0. Abrufbar unter: [http://www.europeansocialsurvey.org/docs/round5/survey/ESS5\\_appendix\\_a6\\_e04\\_0.pdf](http://www.europeansocialsurvey.org/docs/round5/survey/ESS5_appendix_a6_e04_0.pdf) (Zugriff im Januar 2016).
- ESS (Ed.) (2012): ESS5 Appendix A7 Variables and Questions ed. 2.1. Abrufbar unter: [http://www.europeansocialsurvey.org/docs/round6/survey/ESS6\\_appendix\\_a7\\_e02\\_1.pdf](http://www.europeansocialsurvey.org/docs/round6/survey/ESS6_appendix_a7_e02_1.pdf) (Zugriff im Januar 2016).
- ESS (Ed.) (2014): ESS5 Appendix A7 Variables and Questions ed. 1.1. [http://www.europeansocialsurvey.org/docs/round7/survey/ESS7\\_appendix\\_a7\\_e01\\_1.pdf](http://www.europeansocialsurvey.org/docs/round7/survey/ESS7_appendix_a7_e01_1.pdf) (Zugriff im Januar 2016).
- EVS (Ed.) (2008). EVS 2008 Master Questionnaire. Abrufbar unter: <http://www.gesis.org/en/services/data-analysis/survey-data/european-values-study/4th-wave-2008/> (Zugriff im Januar 2016).
- Freeman, R. B. (1997). Working for Nothing: The Supply of Volunteer Labor. *Journal of Labor Economics*. 15(1): S140-S166.
- Frey, B. S. (2002). Wie beeinflusst Lohn die Motivation? Frey, B. S., Osterloh, M. (2002) (Ed.). *Managing Motivation*. Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler GmbH, Wiesbaden: 73-106.
- Frey, B. S., Jegen, R. (2001). Motivational Interactions: Effects on Behaviour. *Annales d'Économie et de Statistique*. 63/64: 131-153.
- García-Valiñas, M. A., Macintyre, A., Torgler, B. (2012). Volunteering, Pro-environmental Attitudes and Norms. *The Journal of Socio-Economics*. 41(4): 455-467.
- Grossrieder, B. (2011). Die Türhüter. *Neue Zürcher Zeitung*. Nr. 60: 19.
- Helbling, A. (2010). Haftungsfragen des Waldeigentümers. *Wald und Holz* 2/2010: 25-27.
- Matsuba M. K., Hart, D., Atkins, R. (2007). Psychological and Social-structural Influences on Commitment to Volunteering. *Journal of Research in Personality* 41(4): 889-907.
- Meier, S., Stutzer, A. (2008). Is Volunteering Rewarding in Itself? *Economica, New Series*. 75(297): 39-59.
- Nyborg, K., Rege, M. (2003). Does Public Policy Crowd out Private Contributions to Public Goods? *Public Choice*. 115(3/4): 397-418.
- Oberland Nachrichten (Ed.) (2011). Ich verschenke Lebenszeit. Zeitungsartikel vom 31.03.2011. Abrufbar unter: [http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/582959/20110331\\_oberland\\_nachrichten.pdf/405eaedc-6be0-450a-b205-9880102cdf3a](http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/582959/20110331_oberland_nachrichten.pdf/405eaedc-6be0-450a-b205-9880102cdf3a) (Zugriff im August 2015).
- Plagnol, A. (2014). Volunteering Motives in Europe. Michalos, A. C. (Ed.). *Encyclopedia of Quality of Life and Well-Being Research*. Springer Netherlands: 6974-6977.

- Plagnol, A., Huppert, F. A. (2010). Happy to Help? Exploring the Factors Associated with Variations in Rates of Volunteering Across Europe. *Social Indicators Research*. 97(2):157-176.
- Rehberg, W. (2005). Altruistic Individualists: Motivations for International Volunteering Among Young Adults in Switzerland. *International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations*. 16(2): 109-122.
- Roose, J. (2010). Bürgerschaftliches Engagement in Europa. Ein Vergleich. *Forschungsjournal NSB*. 23(4): 19-30.
- Ruiter, S., De Graaf, N. D. (2006). National Context, Religiosity and Volunteering: Results from 53 Countries. *American Sociological Review*. 71(2):191-210.
- Schulblatt Kanton SG (Ed.) (2015). "Zeitbörse - Mit Zeit statt mit Geld bezahlen". Artikel der Ausgabe Mai 2015. Abrufbar unter: [http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/582959/20150526\\_SchulblattKtSG+42.pdf/d0cb4d7c-a63a-4232-aa4b-bbdee40f2068](http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/582959/20150526_SchulblattKtSG+42.pdf/d0cb4d7c-a63a-4232-aa4b-bbdee40f2068) (Zugriff im August 2015).
- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB) vom 10. Dezember 1907 (Stand am 1. Januar 2016) (SR 210).
- Stadelmann-Steffen, I., Traunmüller, R., Gundelach, B., Freitag, M. (2010). *Freiwilligen-Monitor Schweiz 2010*. Seismo Verlag, Zürich.
- St. Galler Nachrichten (Ed.) (2013). "Zeit tauschen statt Geld". Zeitungsartikel vom 12.09.2013. Abrufbar unter: [http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/582959/20130912\\_hena\\_f9028faec7.pdf/87bc44b7-c761-409b-83b3-0694ac798475](http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/582959/20130912_hena_f9028faec7.pdf/87bc44b7-c761-409b-83b3-0694ac798475) (Zugriff im August 2015).
- St. Galler Nachrichten (Ed.) (2015). "Zeitbörse" auch für Schulklassen. Zeitungsartikel vom 25.05.2015. Abrufbar unter: <http://st-galler-nachrichten.ch/st-gallen/detail/article/zeitboerse-auch-fuer-schulklassen-0050058/> (Zugriff im August 2015).
- St. Galler Tagblatt (Ed.) (2013). Odd Fellows beschenken Zeitbörse. Zeitungsartikel vom 14.11.2013. Abrufbar unter: <http://st-galler-nachrichten.ch/st-gallen/detail/article/odd-fellows-beschanken-zeitboerse-004763/> (Zugriff im August 2015).
- St. Galler Tagblatt (Ed.) (2013). „Wir sind keine Weltverbesserer“. Zeitungsartikel vom 08.11.2013. Abrufbar unter: [http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/582959/20131108\\_St.Galler\\_Tagblatt\\_Rorschach\\_Region\\_Rorschach+2.pdf/da0d855f-6e36-49cc-bcd2-e2545f775ca9](http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/582959/20131108_St.Galler_Tagblatt_Rorschach_Region_Rorschach+2.pdf/da0d855f-6e36-49cc-bcd2-e2545f775ca9) (Zugriff im August 2015).
- StHG (Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden) vom 14. Dezember 1990 (Stand am 1. Januar 2016) (SR 642.14).
- Tagblatt Online (Ed.) (2008). Zeit ist Zeit. Zeitungsartikel vom 29.03.2008. Abrufbar unter: <http://www.tagblatt.ch/altdaten/tagblatt-alt/tagblattheute/sg/stgallen/tb-st/art742,220291> (Zugriff im August 2015).
- Tagblatt Online (Ed.) (2009). "Benevol erhält deutsche Auszeichnung". Zeitungsartikel vom 04.11.2009. Abrufbar unter: [http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/582959/20091104\\_St.Galler+Tagblatt.pdf/5d1dd802-67f3-4f29-ae5f-75d7330d8999](http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/582959/20091104_St.Galler+Tagblatt.pdf/5d1dd802-67f3-4f29-ae5f-75d7330d8999) (Zugriff im August 2015).

- Tagblatt Online (Ed.) (2014). Neue Treffpunkte für Generationen. Zeitungsartikel vom 15.11.2014. Abrufbar unter: [http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/582959/20141115\\_St.Galler+Tagblatt.pdf/ac198e71-2f13-4d3e-b171-d087fcf7003e](http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/582959/20141115_St.Galler+Tagblatt.pdf/ac198e71-2f13-4d3e-b171-d087fcf7003e) (Zugriff im August 2015).
- WaG (Bundesgesetz über den Wald) vom 4. Oktober 1991 (Stand am 1. Juli 2013) (SR 921.0).
- Weesie, J. Franzen, A. (1998). Cost Sharing in a Volunteer's Dilemma. *The Journal of Conflict Resolution*. 42(5): 600-618.
- Weibel, A., Rota, S. (2002). Fairness als Motivationsfaktor. Frey, B. S., Osterloh, M. (2002) (Ed.). *Managing Motivation*. Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler GmbH, Wiesbaden.
- Wilson, J. (2000). Volunteering. *Annual Review of Sociology*. 26: 215-240.
- ZA:RT (Ed.) (2016). Website von za:rt: <http://www.zart.org/> (Zugriff März 2016).
- Zimmer, A. (1996). Vereine – Basiselement der Demokratie. Eine Analyse aus der Dritte-Sektor-Perspektive. Leske + Budrich, Opladen.
- 20 Minuten (Ed.) (2012). St. Galler Zeitbörse dank der Krise im Aufwind. Zeitungsartikel vom 24.10.2012. Abrufbar unter: [http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/582959/20121024\\_20+minuten.pdf/fa63b02d-1e67-424d-b250-e949ea3e43ba](http://www.benevol-sg.ch/documents/505520/582959/20121024_20+minuten.pdf/fa63b02d-1e67-424d-b250-e949ea3e43ba) (Zugriff im August 2015).

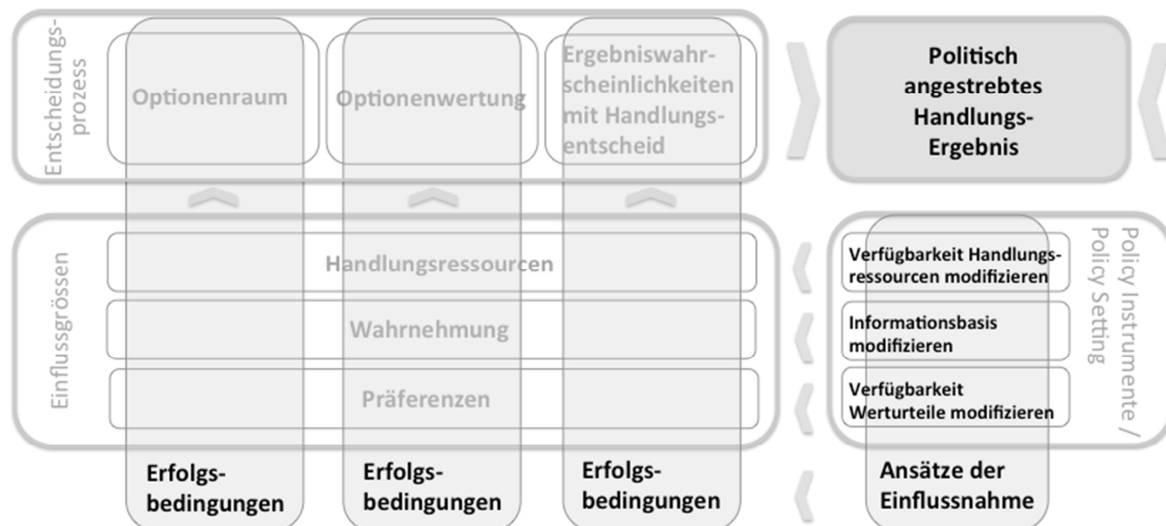




# Anhang 1: Übersicht Analyseinstrumentarium

## Analyseschema

### Politische Einflussnahme auf Handlungsentscheidungen im allgemeinen Handlungsmodell



**Handlungsressourcen:** Bestimmen die Fähigkeiten der Akteure zur Einflussnahme auf die Erlangung von Handlungsergebnissen

**Wahrnehmung:** Art und Weise, wie Akteure ihre Umwelt und Möglichkeiten erkennen und Handlungsfolgen abschätzen

**Präferenzen:** Bewerten die Wünschbarkeit und Attraktivität von Verhaltensweisen und Ergebnissen

### Politische Einflussnahme auf Handlungsentscheidungen mit Nachhaltigkeitsimplikationen



## Ergebnisse mit positivem Nachhaltigkeitspotenzial

- Ziel 1) Vorliegen der Voraussetzungen für die Möglichkeit zur Sicherstellung der persönlichen Grundversorgung von Personen und zum Schutz ihrer Gesundheit oder die freiwillige Realisierung von Bestandteilen der persönlichen Grundversorgung von Personen und das (weitgehendste) Nicht-Exponiert-Sein von Personen in Bezug auf für ihre Gesundheit risikobehaftete Umstände und Aktivitäten bzw. die Verhinderung von Gesundheitsdefiziten bei Personen.
- Ziel 2) Vorliegen der Voraussetzungen für die Möglichkeit zur freiwilligen Inanspruchnahme der elementaren gesellschaftlichen Rechte von Personen oder Gewährleistung bzw. freiwillige Realisierung der elementaren gesellschaftlichen Rechte.
- Ziel 3) Realisierung von bewahrendem Umgang (verzichtend, sparsam, sorgfältig, erneuernd, reproduzierend, wiederverwertend) mit erhaltenswerten Kapitalien(-bestandteilen), deren Bewahrung nicht garantiert ist, sowie Schaffensbeitrag zur Bildung von nicht-vorhandenen notwendigen Kapitalien(-bestandteilen).
- Ziel 4) Realisierung von mit wesentlichen gesellschaftsrelevanten Werten (Rücksichtnahme, Solidarität, Toleranz) konformem Handeln.

## Ansätze der Einflussnahme zugunsten des Wunschergebnisses

- 1a) Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von Handlungsressourcen, die wesentlicher Bestandteil produktiver Aktivitäten zur Wunschergebniserzielung (-Verfehlung) sind oder die produktive Aktivitäten zur Wunschergebnisverfehlung (-Erzielung) behindern.
- 1b) Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von Information, die auf bestehende Möglichkeiten für auf das Wunschergebnis (die Wunschergebnisverfehlung) hinführende produktive Aktivitäten hinweist oder die auf die Wunschergebnisverfehlung (das Wunschergebnis) hinführende produktive Aktivitäten als ausgeschlossen bekundet (obwohl dies nicht zwingend zutrifft).
- 1c) Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von werthaltiger Information, die befürwortende Meinungen, Einschätzungen, Appelle, etc. wiedergibt zur Illegitimität verbindlicher institutionell definierter Ausschlüsse von produktiven Aktivitäten der Wunschergebniserzielung (-Verfehlung) oder zur Legitimität verbindlicher Ausschlüsse von produktiven Aktivitäten der Wunschergebnisverfehlung (-Erzielung).
- 2a) Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von Handlungsressourcen, die (nicht-) zielführende Handlungsoptionen mit positiven/akzeptanzförderlichen Attraktivitätselementen versehen oder die nicht-zielführende (zielführende) Handlungsoptionen mit negativen/akzeptanzhinderlichen Attraktivitätselementen versehen.
- 2b) Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von Information, die auf vorteilhafte Attraktivitätselemente (nicht-) zielführender Handlungsoptionen bzw. möglicher Ergebnisse dieser Optionen hinweist oder die auf unvorteilhafte Attraktivitätselemente nicht-

zielführender (zielführender) Handlungsoptionen bzw. möglicher Ergebnisse dieser Optionen hinweist.

- 2c) Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von werthaltiger Information, die befürwortende Meinungen, Einschätzungen, Appelle, etc. wiedergibt zur Vorteilhaftigkeit des Wunschergebnisses (der Wunschergebnisverfehlung) und darauf hinführender Aktivitäten mit deren Wirkungen oder zur Unvorteilhaftigkeit der Wunschergebnisverfehlung (des Wunschergebnisses) und darauf hinführender Aktivitäten mit deren Wirkungen.
- 3a) Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von Handlungsressourcen, die Akteure zur Einflussnahme ermächtigen zur Durchsetzung von Handlungsoptionen, die auf das Wunschergebnis (die Wunschergebnisverfehlung) mit zugehöriger attraktiver Auszahlung hinführen oder die Einflussnahmen von Akteuren zur Durchsetzung von Handlungsoptionen, die auf die Wunschergebnisverfehlung (das Wunschergebnis) mit zugehöriger attraktiver Auszahlung hinführen, verhindern.
- Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von Handlungsressourcen, die das Wunschergebnis (die Wunschergebnisverfehlung) mit zugehöriger attraktiver Auszahlung vor den Auswirkungen sich ereignender destruktiver Einflüsse schützen oder die die Wunschergebnisverfehlung (das Wunschergebnis) mit zugehöriger attraktiver Auszahlung den Auswirkungen sich ereignender destruktiver Einflüsse preisgeben.
- 3b) Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von Information, die Hinweise liefert zur Antizipation von Akteur-Verhalten und systemischen Risikoereignissen sowie zu Möglichkeiten/Hindernissen der Sicherstellung des Wunschergebnisses/der Wunschergebnisverfehlung mit zugehöriger attraktiver Auszahlung, insofern die Information dazu beiträgt, das vermutete bzw. effektive Umsetzungsdefizit des Wunschergebnisses (der Wunschergebnisverfehlung) mit zugehöriger attraktiver Auszahlung zu reduzieren oder die vermutete Umsetzungswahrscheinlichkeit einer unattraktiven Auszahlung der Wunschergebnisverfehlung (des Wunschergebnisses) zu erhöhen.
- 3c) Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Beobachtbarkeit von Akteurverhalten zur Anwendung von belohnenden bzw. sanktionierenden/verhindernden Massnahmen bei Aktivitäten, die auf das Wunschergebnis bzw. die Wunschergebnisverfehlung (die Wunschergebnisverfehlung bzw. das Wunschergebnis) mit zugehöriger attraktiver Auszahlung hinführen.
- 3d) Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von werthaltiger Information, die befürwortende Meinungen, Einschätzungen, Appelle, etc. wiedergibt zur Unvertretbarkeit (Akzeptanz) von Risiken, welche das Wunschergebnis substanziell gefährden, insoweit Risikofaktoren nicht inhärenter Bestandteil von zielführenden Strategieoptionen sind, oder zur Akzeptanz (Unvertretbarkeit) von Risiken, die inhärenter, unvermeidlicher Bestandteil von zielführenden Strategieoptionen sind.
- Zutun zur Realisierung (Verhinderung) der Verfügbarkeit von werthaltiger Information, die befürwortende Meinungen, Einschätzungen, Appelle, etc. wiedergibt zur Akzeptanz (Unvertretbarkeit) von Risiken, die mit dem Wunschergebnis einhergehende vorteilhafte Auszahlungen gefährden, ohne das Wunschergebnis substanziell zu tangieren, oder zur Unzulänglichkeit (Hinlänglichkeit) der Wahrscheinlichkeit, dass mit der Wunschergebnisverfehlung einhergehende unvorteilhafte Auszahlungen nicht umgesetzt werden.

## Erfolgsbedingungen zugunsten des Wunschergebnisses

- 1) Vorhandensein von Handlungsoptionen mit zielführenden Aktivitäten im Optionenraum sowie allfälliger Ausschluss von Handlungsoptionen mit nicht-zielführenden Aktivitäten
  - 1a) Verfügbares Set an Handlungsressourcen, welches die Wunschergebniserzielung mittels produktiver Aktivitäten ermöglicht und allenfalls produktive Aktivitäten zur Wunschergebnisverfehlung verhindert
  - 1b) Wahrnehmung der Möglichkeiten zielführender produktiver Aktivitäten sowie allenfalls der verhindernden Faktoren für nicht-zielführende produktive Aktivitäten
  - 1c) Vorliegende Präferenzen der Missachtung bestehender, institutionell definierter, verbindlicher Ausschlüsse zielführender produktiver Aktivitäten sowie allenfalls der Anerkennung bestehender, institutionell definierter, verbindlicher Ausschlüsse nicht-zielführender produktiver Aktivitäten
- 2) Relative Vorteilhaftigkeit möglicher Auszahlungen zielführender Handlungsoptionen gegenüber möglicher Auszahlungen nicht-zielführender Optionen
  - 2a) Verfügbares Set an Handlungsressourcen, das zielführende Handlungsoptionen gegebenenfalls mit positiven Attraktivitätselementen und/oder nicht-zielführende Handlungsoptionen gegebenenfalls mit negativen Attraktivitätselementen versieht
  - 2b) Wahrnehmung vorteilhafter Attraktivitätselemente zielführender Handlungsoptionen und/oder Wahrnehmung unvorteilhafter Attraktivitätselemente nicht-zielführender Handlungsoptionen
  - 2c) Vorliegende Präferenzen der Positivwertung möglicher Ergebnisse zielführender Optionen und/oder der Negativwertung möglicher Ergebnisse nicht-zielführender Optionen in Anbetracht damit einhergehender Anforderungen und Wirkungen
- 3) Einschätzung und Bewertung der Umsetzungswahrscheinlichkeiten fällt zugunsten der relativ vorteilhaften Auszahlungen zielführender Handlungsoptionen aus
  - 3a) Verfügbares Set an Handlungsressourcen, das Akteure bei Bedarf zur Einflussnahme ermächtigt zur Durchsetzung von Handlungsoptionen, die auf das Wunschergebnis (mit attraktiv bewerteter Auszahlung) hinführen, und Einflussnahmen verhindert zur Durchsetzung von Handlungsoptionen, die auf die Wunschergebnisverfehlung (mit attraktiv bewerteter Auszahlung) hinführen, sowie Set an Handlungsressourcen, das das (attraktiv bewertete) Wunschergebnis bei Bedarf vor destruktiven Einflüssen schützt bzw. die (attraktiv bewertete) Wunschergebnisverfehlung verhindernden Eingriffen preisgibt
  - 3b) Antizipation von Akteur-Verhalten und systemischen Risikoereignissen sowie Wahrnehmung von Möglichkeiten/Hindernissen der Einflussnahme zur Durchsetzung von Handlungsoptionen und von Möglichkeiten/Hindernissen des Schutzes von Ergebnissen (mit attraktiv bewerteter Auszahlung) vor destruktiven Einflüssen dahingehend, dass die Risiken für ein substanzielles Umsetzungsdefizit des Wunschergebnisses sowie entsprechende Gegenmassnahmen ausreichend bekannt sind und dass das vermutete Umsetzungsdefizit des Wunschergebnisses (mit attraktiv bewerteter Auszahlung) bzw. einer im Falle der Wahl nicht-zielführender Optionen möglichen unattraktiven Auszahlung als ausreichend gering eingeschätzt wird

- 3c) Ausreichende Beobachtbarkeit von Akteurverhalten zur Anwendung von belohnenden bzw. sanktionierenden/verhindernden Massnahmen bei Aktivitäten zugunsten bzw. zuungunsten des Wunschergebnisses (mit attraktiv bewerteter Auszahlung), sowie fehlende Beobachtbarkeit von Akteurverhalten zur Anwendung von sanktionierenden/verhindernden bzw. belohnenden Massnahmen bei Aktivitäten zugunsten bzw. zuungunsten des Wunschergebnisses (mit attraktiv bewerteter Auszahlung)
- 3d) Inakzeptanz von vermeidbaren, unwiderruflichen Risiken durch die entscheidenden Akteure in Bezug auf die substanzielle Wunschergebniserzielung. Akzeptanz von nicht-vermeidbaren Risiken der Wunschergebniserzielung sowie Akzeptanz gewahrter Risiken auf attraktiven Auszahlungen, die nicht-substanzielle Aspekte des Wunschergebnisses abbilden. Als unzureichend bewertete wahrgenommene Wahrscheinlichkeit, dass attraktive Auszahlungen nicht zielführender Optionen umgesetzt werden

# Anhang 2: Einflussgrößen von Erfolgsbedingungen

## Fallstudie Zeitbörse: Erfolgsbedingungen in Bezug auf Ergebnisse im Bereich Grundversorgung

### 1. Erfolgsbedingung

#### *Vorliegende / fehlende relevante und anerkannte Handlungsressourcen*

##### *Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Zeitbörse:* Sozialversicherungen gewährleisten nötigenfalls finanzielle Mittel für Versorgung mit elementaren grundversorgenden Leistungen.

Nicht-versicherte, kostenintensive Güter/Leistungen im Grundversorgungsbereich (z.B. Essen im Restaurant) nur für Personen mit ausreichenden finanziellen Mitteln oder Zugang zu Freiwilligenleistung verfügbar.

Vorhandene Netzwerke einzelner Personen sind ein wichtiger Faktor, ob potenziell auf freiwillige Leistungen zurückgegriffen werden kann.<sup>a)</sup>

*...mit Zeitbörse:* Vorhandene Option zum Bezug grundversorgender Freiwilligenleistungen via Zeitbörse für Personen aus dem Einzugsgebiet der Zeitbörse, die zur Erbringung einer Gegenleistung fähig sind.

##### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Entgeltliche Leistungserbringer mit adäquaten Qualifikationen/geeigneter Ausstattung ausreichend vorhanden.

Vorhandensein zeitlicher Ressourcen als kritischer Faktor für Angebot freiwilliger Leistungen im informellen oder institutionellen Bereich.<sup>b)</sup> (Aufkommen für eigenen Lebensunterhalt, Betreuungspflichten, etc. limitieren zeitliche Ressourcen).

Im Rahmen formeller Freiwilligenarbeit sind auch besondere Qualifikationen gefragt wie Organisationsfähigkeit, Fähigkeit Sitzungen zu leiten, etc.<sup>c)</sup>

Allfällige selber tragbare finanzielle Auslagen im Zusammenhang mit der Ausübung einer freiwilligen Tätigkeit können allenfalls restriktiv wirken (z.B. Reisekosten).

Diverse institutionelle Freiwilligenorganisationen als potenzielle Arbeitgeber vorliegend.

Kosten und zugänglicher Pool an potenziellen Freiwilligen als limitierende Faktoren für Tätigkeit von Freiwilligenorganisationen.<sup>d)</sup>

Allenfalls auch Anbieter mit ungenügender Qualifikation.

*...mit Zeitbörse:* Mit der Zeitbörse haben freiwillige Leistungserbringer alternative Plattform für Angebot.

Massgebliche Einschränkung: Berufsausübungsverbot im Rahmen der Zeitbörse. Diese Bestimmung schränkt über Zeitbörse verfügbare Angebote qualifizierter grundversorgender Leistungen ein; vorausgesetzt, Bestimmung wird tatsächlich anerkannt.

---

### *Wahrnehmung der Möglichkeiten*

---

#### *Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Zeitbörse:* Ausreichende Kenntnisse, um persönliche elementare Grundversorgung sicherzustellen, werden angenommen.

*...mit Zeitbörse:* Kenntnis der Zeitbörse und ihrer Funktionsweise in der betreffenden Region aufgrund der Medienaktivität und des Infomaterials wahrscheinlich relativ gut (Einschränkung: Deutschsprachigkeit vorausgesetzt).

Bekanntheit von DL-Angeboten im Rahmen des Zeitbörsenetzwerkes gewährleistet.

---

#### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Kommerzielle Akteure mit geeigneter Kenntnis vorliegend.

Kenntnis von Gelegenheiten zu Freiwilligentätigkeiten steigt mit Bestehen von Informanten im persönlichen Netzwerk.<sup>e)</sup>

*...mit Zeitbörse:* Kenntnis der Zeitbörse und ihrer Funktionsweise in der betreffenden Region aufgrund der Medienaktivität und des Infomaterials wahrscheinlich relativ gut (Einschränkung: Deutschsprachigkeit vorausgesetzt).

Bekanntheit von DL-Nachfragen im Rahmen des Zeitbörsenetzwerkes gewährleistet.

a) Verschiedene Studien sehen das private soziale Netzwerk/die gesellschaftliche Integration oder die Mitgliedschaft in Organisationen und die sich im Rahmen dessen offenbarenden Gelegenheiten für Freiwilligenarbeit als entscheidende Voraussetzung für freiwilliges Engagement (BFS 2008; Freeman 1997; Matsuba et al. 2007; Rehberg 2005; Roose 2010; Ruiter & De Graaf 2006; Wilson 2000).

b) Siehe: BFS 2015: 9; García-Valiñas et al. 2012; Freeman 1997: 156; Plagnol & Huppert 2010: 164; Stadelmann-Steffen et al. 2010: 77-78; Wilson 2000: 220-221. Allerdings kann aufgrund der erforderlichen zeitlichen Ressourcen nicht gefolgert werden, dass weniger Arbeitstätige freiwillig tätig sind als Nicht-Erwerbstätige. Studien weisen darauf hin, dass Freiwilligenarbeit oft durch Erwerbstätige ausgeübt wird (siehe z.B. BFS 2008: 6; Freeman 1997), wobei dieser Umstand durch unterschiedliche ausschlaggebende Faktoren begünstigt wird (siehe z.B. BFS 2008: 6; Freeman 1997; Wilson 2000: 20).

c) Der Bedarf spezifischer Qualifikationen für institutionalisierte Freiwilligenarbeit wird in Studien als (mit ein) Grund aufgeführt, dass entsprechende Tätigkeiten häufig durch höher Qualifizierte ausgeführt werden. (BFS 2008: 6; Wilson 2000: 220).

d) Die Rekrutierung von Freiwilligen erfolgt oft über persönliche Beziehungen oder im Rahmen von Mitgliedschaften (vgl. a). Unpersönliche Aufrufe sind dagegen nicht sehr wirkungsvoll (Wilson 2000: 223).

e) Vgl. a) und d). Personen aus dem persönlichen Netzwerk können generell über Freiwilligenarbeit informieren, sie können konkrete Möglichkeiten anpreisen oder als Vorbild dienen (Wilson verweist etwa auf die Vorbildfunktion von Eltern, die Freiwilligenarbeit leisten (2000: 218)).

---

## **2. Erfolgsbedingung**

---

### *Bestehende Attraktivitätsmomente bzw. Präferenzen bezüglich (Varianten) gewährleisteter / mangelhafter Grundversorgung*

---

#### *Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Zeitbörse:* Grundversorgung per se attraktiv. Präferenzen für Ausführungsvarianten mutmasslich individuell (Bevorzugung Eigenleistung vs. externe Dienstleister, einfache Produkte vs. Luxusgüter, etc.).

*...mit Zeitbörse:* Bezug von Zeitbörse-DL attraktiv für Personen, die speziell soziale Kontakte schätzen, das Tauschprinzip und den nicht-kommerziellen Charakter gutheissen, preisbewusst sind, einen niederschwelligen/unkomplizierten Zugang zu DL

bevorzugen.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Leistungsmotivation individuell (z.B. finanzielle Entschädigung, Prestige, etc.).<sup>a)</sup>

Als Motivatoren für Freiwilligenarbeit gelten:

> Extrinsische Faktoren wie soziale Anerkennung,<sup>b)</sup> Freundschaften schliessen, Leute treffen, Austausch pflegen,<sup>c)</sup> Erfahrungen sammeln,<sup>d)</sup> (Arbeitsmarkt-)Fähigkeiten entwickeln, das persönliche Netzwerk erweitern,<sup>e)</sup> Selbstwertgefühl stärken,<sup>f)</sup> Belohnungen oder Subventionen/Kostenreduktionen,<sup>g)</sup> sichtbares Resultat/Effektivität des Einsatzes.<sup>h)</sup>

> Intrinsische Faktoren wie Pflichtgefühl,<sup>i)</sup> Fairness-Motive, falls andere auch freiwillig tätig sind/falls man selber auch schon profitiert hat/profitieren wird,<sup>j)</sup> Altruismus/Solidarität gegenüber Angehörigen/Freunden oder Fremden,<sup>k)</sup> persönliche Überzeugungen/Identität (widerspiegeln zumeist ethische/moralische Wertvorstellungen),<sup>l)</sup> Freude am Helfen oder an der Arbeit per se.<sup>m)</sup>

Motivationsförderliche Regelungen auf Bundesebene: Betreuungsgutschrift AHV (die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger wird für Rentenberechnung berücksichtigt (AHVG Art. 29)).

Ob im Rahmen institutionalisierter Freiwilligenarbeit Anreize bestehen wie Spesenentschädigungen, Sitzungsgelder, Versicherungsleistungen, etc. sind von der Freiwilligenorganisation abhängig.

Negativ bewertet werden von manchen Freiwilligen zeitintensive Engagements sowie bindende Verpflichtungen.<sup>n)</sup>

*...mit Zeitbörse:* Angebote über Zeitbörse attraktiv für Personen, die speziell das Reziprozitäts-Prinzip, die Zugehörigkeit zu einem sozialen Netzwerk und eine geringe Verbindlichkeit schätzen.

Ausschlussbestimmung bei Missachtung Berufsausübungsverbot wirkt sich negativ auf Attraktivität entsprechenden Verhaltens aus.

*Wahrnehmung der Attraktivitätsmomente**Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Zeitbörse:* Bekanntheit zumindest grundlegender Attraktivitätsmomente als wahrscheinlich angenommen.

*...mit Zeitbörse:* Kenntnis der Besonderheiten der Zeitbörse an Kenntnis Zeitbörse geknüpft.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Bekanntheit zumindest grundlegender Attraktivitätsmomente als wahrscheinlich angenommen.

Bekanntheit Attraktivitätsmomente von Freiwilligenarbeit wird gefördert durch Bekanntschaft mit freiwillig Engagierten.<sup>o)</sup>

*...mit Zeitbörse:* Kenntnis der Besonderheiten der Zeitbörse an Kenntnis Zeitbörse geknüpft.



- a) Frey (2002) unterscheidet z.B. fünf Typen von Personen, deren Leistungsmotivation sich an je unterschiedlichen Zielen orientiert: an Gelderwerb Interessierte, Statusorientierte, Loyale, Formalisten und Selbstbestimmte (91-94).
- b) Siehe: Brühlmeier 2001; García-Valiñas et al. 2012; Meier & Stutzer 2008; Nyborg & Rege 2003; Wilson 2000
- c) Siehe: BFS 2008; García-Valiñas et al. 2012; Meier & Stutzer 2008; Plagnol & Huppert 2010; Roose 2010; Wilson 2000
- d) Siehe: BFS 2015; García-Valiñas et al. 2012; Matsuba et al. 2007; Rehberg 2005
- e) Siehe: Meier & Stutzer 2008; Rehberg 2005; Roose 2010; Wilson 2000
- f) Siehe: Frey & Jegen 2001; Matsuba et al. 2007
- g) Siehe: Frey & Jegen 2001; Nyborg & Rege 2003; Weesie & Franzen 1998
- h) Siehe: García-Valiñas et al. 2012; Nyborg & Rege 2003; Wilson 2000
- i) Siehe: Freeman 1997; Matsuba et al. 2007; Ruiter & De Graaf 2006; Wilson 2000
- j) Siehe: Freeman 1997; Nyborg & Rege 2003; Weibel & Rota 2002; Wilson 2000
- k) Siehe: BFS 2004; Freeman 1997; García-Valiñas et al. 2012; Rehberg 2005; Meier & Stutzer 2008; Wilson 2000
- l) Siehe: García-Valiñas et al. 2012; Matsuba et al. 2007; Nyborg & Rege 2003; Rehberg 2005; Roose 2010; Wilson 2000
- m) Siehe: BFS 2008 und 2015; Matsuba et al. 2007; Nyborg & Rege 2003; Meier & Stutzer 2008; Rehberg 2005; Wilson 2000
- n) BFS 2008
- o) Siehe: Rehberg 2005; Wilson 2000

### 3. Erfolgsbedingung

#### *Vorliegende Handlungsressourcen der Einflussnahme von Akteuren für / wider gewährleistete Grundversorgung und damit einhergehender Attraktoren*

##### *Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Zeitbörse:* Gegen Bezahlung ist ein Angebot von Gütern/Leistungen auf dem Markt erhältlich.

Allenfalls moralischer Anspruch auf Freiwilligenleistungen durch Angehörige/Freunde (Sozialkapital).<sup>a)</sup>

Qualität von Gütern/Leistungen wird teils von externen Akteuren geprüft/sichergestellt (z.B. Hygienekontrollen, Freiwilligenorganisation bei institutioneller Freiwilligenarbeit). Einklagbarkeit von Mängeln bei Gütern/DL, die über den Markt bezogen werden. Keine externe Qualitätssicherung bei informeller Freiwilligenarbeit.

*...mit Zeitbörse:* Kein Leistungszwang innerhalb der Zeitbörse.

Zeitbörse-Verantwortliche befinden über Mitgliedschaft und Ausschlüsse und leisten damit Qualitätssicherungsbeitrag. Anlaufstelle kann von Mitgliedern als Aufforderung zum Tätigwerden genutzt werden.

##### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Einklagbarer Rechtsanspruch von Marktanbietern auf Bezahlung.

*...mit Zeitbörse:* ‚Einklagbarer‘ Anspruch auf ‚Bezahlung‘ der geleisteten DL im Rahmen der Zeitbörse.

#### *Wahrnehmung der Realisierbarkeit von Grundversorgung / deren Verhinderung und damit einhergehender Attraktoren*

#### *Beobachtbarkeit von Verhalten, das Eingriffe provoziert zur Sicherstellung / Verhinderung von Grundversorgung*

##### *Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Zeitbörse:* Allfällige persönliche Erfahrung, öffentliche Ratings, etc. liefern Informationen zu einzelnen Anbietern.

*...mit Zeitbörse:* Tauschtreffs und Online-Bewertungen liefern Informationen zur Seriosität von Anbietern im Rahmen der Zeitbörse.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Allfällige persönliche Erfahrung liefert Information zur Zahlungsmoral.

*...mit Zeitbörse:* Tauschtreffs und Online-Bewertungen liefern Informationen zur Zahlungsmoral von Nachfragern im Rahmen der Zeitbörse.

Information zu Durchsetzungsmöglichkeiten via Website und Tauschtreffs.

Nicht-Offenlegen der Berufstätigkeit verhindert Durchsetzung des Angebotsverbots von Berufstätigkeit.

*Risikobereitschaft**Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Zeitbörse:* Bei geringen finanziellen Einsätzen und keinen unwiderruflichen Schäden wird tendenziell hohe Risikobereitschaft vermutet.

Bei Varianten mit hohen finanziellen Risiken und schlechter Informationslage bzw. mit Unsicherheiten behafteten Erfolgsaussichten wird tendenziell geringe Risikobereitschaft vermutet.

*...mit Zeitbörse:* Verlustrisiko bei ausbleibendem Erfolg bei Zeitbörse-DL ist nicht finanzieller Art, was (bei finanziell schlechter gestellten Personen) auf eine erhöhte Risikoakzeptanz treffen kann.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Angesichts der Einklagbarkeit finanzieller Forderungen wird eher hohe Risikobereitschaft von Marktanbietern vermutet.

*...mit Zeitbörse:* Verlustrisiko bei ausbleibender ‚Bezahlung‘ bei Zeitbörse-DL ist nicht finanzieller Art, was auf eine erhöhte Risikoakzeptanz treffen kann.

a) Das Vorhandensein von „*social ties*“ (Wilson 2000) ist ein wichtiges Einflussmittel um freiwillige Leistungen einzufordern. Wilson erklärt dies damit, dass man Freunde nicht vor den Kopf stossen möchte („[...] *we do not want to let our friends down*“ (2000: 224)).

## Fallstudie Zeitbörse: Erfolgsbedingungen in Bezug auf Ergebnisse im Bereich Partizipation an gesellschaftlichen Aktivitäten

### 1. Erfolgsbedingung

*Vorliegende / fehlende relevante und anerkannte Handlungsressourcen**Freizeitnehmer...*

*...ohne Zeitbörse:* Handlungsressourcen für Freizeitaktivitäten sind oftmals erwerblich für Personen mit vorliegenden finanziellen Mitteln.

Teils nicht-erwerbliche Handlungsressourcen erforderlich (z.B. Fitness für sportliche Aktivitäten, Freunde/Bekannte für geselliges Beisammensein).

Vorhandene Netzwerke einzelner Personen sind ein wichtiger Faktor, ob potenziell auf freiwillige (anstelle kostenpflichtiger) bzw. auf nicht-erwerbliche Leistungen zurückgegriffen werden kann.<sup>a)</sup>

*...mit Zeitbörse:* Vorhandene Option zum Bezug von ‚Freizeitdienstleistungen‘ (z.B. Sportunterricht, Freizeitbegleitung, Kinderbetreuung während Freizeitaktivität) via Zeitbörse für Personen aus dem Einzugsgebiet der Zeitbörse, die zur Erbringung einer (nicht-monetären) Gegenleistung fähig sind.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Entgeltliche Leistungserbringer mit adäquaten Qualifikationen/geeigneter Ausstattung ausreichend vorhanden.

Vorhandensein zeitlicher Ressourcen als kritischer Faktor für Angebot freiwilliger Leistungen im informellen oder institutionellen Bereich.<sup>b)</sup> (Aufkommen für eigenen Lebensunterhalt, Betreuungspflichten, etc. limitieren zeitliche Ressourcen).

Im Rahmen formeller Freiwilligenarbeit sind auch besondere Qualifikationen gefragt wie Organisationsfähigkeit, Fähigkeit Sitzungen zu leiten, etc.<sup>c)</sup>

Allfällige selber tragbare finanzielle Auslagen im Zusammenhang mit der Ausübung einer freiwilligen Tätigkeit können allenfalls restriktiv wirken (z.B. Reisekosten).

Diverse institutionelle Freiwilligenorganisationen als potenzielle Arbeitgeber vorliegend.

Kosten und zugänglicher Pool an potenziellen Freiwilligen als limitierende Faktoren für Tätigkeit von Freiwilligenorganisationen.<sup>d)</sup>

Allenfalls auch Anbieter mit ungenügender Qualifikation.

*...mit Zeitbörse:* Mit der Zeitbörse haben freiwillige Leistungserbringer alternative Plattform für Angebot.

Massgebliche Einschränkung: Berufsausübungsverbot im Rahmen der Zeitbörse. Diese Bestimmung schränkt über Zeitbörse verfügbare Angebote von qualifizierten ‚Freizeitdienstleistungen‘ ein; vorausgesetzt, Bestimmung wird tatsächlich anerkannt.

*Wahrnehmung der Möglichkeiten**Freizeitnehmer...*

*...ohne Zeitbörse:* Ausreichende Kenntnisse, um einzelne Freizeitaktivitäten ausüben zu können, werden angenommen.

*...mit Zeitbörse:* Kenntnis der Zeitbörse und ihrer Funktionsweise in der betreffenden Region aufgrund der Medienaktivität und des Infomaterials wahrscheinlich relativ gut (Einschränkung: Deutschsprachigkeit vorausgesetzt).

Bekanntheit von DL-Angeboten im Rahmen des Zeitbörsennetzwerkes gewährleistet.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Akteure mit geeigneter Kenntnis vorliegend.

Kenntnis von Gelegenheiten zu Freiwilligentätigkeiten steigt mit Bestehen von Informanten im persönlichen Netzwerk.<sup>e)</sup>

*...mit Zeitbörse:* Kenntnis der Zeitbörse und ihrer Funktionsweise in der betreffenden Region aufgrund der Medienaktivität und des Infomaterials wahrscheinlich relativ gut (Einschränkung: Deutschsprachigkeit vorausgesetzt).

Bekanntheit von DL-Nachfragen im Rahmen des Zeitbörsennetzwerkes gewährleistet.

- a) Verschiedene Studien sehen das private soziale Netzwerk/die gesellschaftliche Integration oder die Mitgliedschaft in Organisationen und die sich im Rahmen dessen offenbarenden Gelegenheiten für Freiwilligenarbeit als entscheidende Voraussetzung für freiwilliges Engagement (BFS 2008; Freeman 1997; Matsuba et al. 2007; Rehberg 2005; Roose 2010; Ruiter & De Graaf 2006; Wilson 2000).
- b) Siehe: BFS 2015: 9; García-Valiñas et al. 2012; Freeman 1997: 156; Plagnol & Huppert 2010: 164; Stadelmann-Steffen et al. 2010: 77-78; Wilson 2000: 220-221. Allerdings kann aufgrund der erforderlichen zeitlichen Ressourcen nicht gefolgert werden, dass weniger Arbeitstätige freiwillig tätig sind als Nicht-Erwerbstätige. Studien weisen darauf hin, dass Freiwilligenarbeit oft durch Erwerbstätige ausgeübt wird (siehe z.B. BFS 2008: 6; Freeman 1997), wobei dieser Umstand durch unterschiedliche ausschlaggebende Faktoren begünstigt wird (siehe z.B. BFS 2008: 6; Freeman 1997; Wilson 2000: 20).
- c) Der Bedarf spezifischer Qualifikationen für institutionalisierte Freiwilligenarbeit wird in Studien als (mit ein) Grund aufgeführt, dass entsprechende Tätigkeiten häufig durch höher Qualifizierte ausgeführt werden. (BFS 2008: 6; Wilson 2000: 220).
- d) Die Rekrutierung von Freiwilligen erfolgt oft über persönliche Beziehungen oder im Rahmen von Mitgliedschaften (vgl. a). Unpersönliche Aufrufe sind dagegen nicht sehr wirkungsvoll (Wilson 2000: 223).
- e) Vgl. a) und d). Personen aus dem persönlichen Netzwerk können generell über Freiwilligenarbeit informieren, sie können konkrete Möglichkeiten anpreisen oder als Vorbild dienen (Wilson verweist etwa auf die Vorbildfunktion von Eltern, die Freiwilligenarbeit leisten (2000: 218)).

## 2. Erfolgsbedingung

### *Bestehende Attraktivitätsmomente bzw. Präferenzen bezüglich (Varianten) gewährleisteter / versagter Partizipation an Freizeitaktivitäten*

#### *Freizeitnehmer...*

*...ohne Zeitbörse:* Vermutlich positive Haltung gegenüber grundsätzlich vorhandener Möglichkeiten zu Freizeitaktivitäten (Entscheidungsfreiraum). Je nach persönlichen Interessen und Vorlieben mutmasslich erhebliche Unterschiede präferierter Freizeitaktivitäten.

Allenfalls aber auch Vorbehalte gegenüber grundsätzlich attraktiv bewerteten Freizeitaktivitäten z.B. wegen hoher Kosten, befürchteter Stigmatisierung im Rahmen der erforderlichen Kompetenzaaneignung (z.B. Alphabetisierungskurs, Kurs zur Nutzung moderner Technologien), etc.

*...mit Zeitbörse:* Bezug von Zeitbörse-DL attraktiv für Personen, die speziell soziale Kontakte schätzen, das Tauschprinzip und den nicht-kommerziellen Charakter gutheissen, preisbewusst sind, einen niederschweligen/unkomplizierten Zugang zu DL bevorzugen.

#### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Leistungsmotivation individuell (z.B. finanzielle Entschädigung, Prestige, etc.).<sup>a)</sup>

Als Motivatoren für Freiwilligenarbeit gelten:

> Extrinsische Faktoren wie soziale Anerkennung,<sup>b)</sup> Freundschaften schliessen, Leute treffen, Austausch pflegen,<sup>c)</sup> Erfahrungen sammeln,<sup>d)</sup> (Arbeitsmarkt-)Fähigkeiten entwickeln, das persönliche Netzwerk erweitern,<sup>e)</sup> Selbstwertgefühl stärken,<sup>f)</sup> Belohnungen oder Subventionen/Kostenreduktionen,<sup>g)</sup> sichtbares Resultat/Effektivität des Einsatzes.<sup>h)</sup>

*...mit Zeitbörse:* Angebote über Zeitbörse attraktiv für Personen, die speziell das Reziprozitäts-Prinzip, die Zugehörigkeit zu einem sozialen Netzwerk und eine geringe Verbindlichkeit schätzen.

Ausschlussbestimmung bei Missachtung Berufsausübungsverbot wirkt sich negativ auf Attraktivität entsprechenden Verhaltens aus.

> Intrinsische Faktoren wie Pflichtgefühl,<sup>i)</sup> Fairness-Motive, falls andere auch freiwillig tätig sind/falls man selber auch schon profitiert hat/profitieren wird,<sup>j)</sup> Altruismus/Solidarität gegenüber Angehörigen/Freunden oder Fremden,<sup>k)</sup> persönliche Überzeugungen/Identität (widerspiegeln zumeist ethische/moralische Wertvorstellungen),<sup>l)</sup> Freude am Helfen oder an der Arbeit per se.<sup>m)</sup> Motivationsförderliche Regelungen auf Bundesebene: Betreuungsgutschrift AHV (die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger wird für Rentenberechnung berücksichtigt (AHVG Art. 29)).

Ob im Rahmen institutionalisierter Freiwilligenarbeit Anreize bestehen wie Spesenentschädigungen, Sitzungsgelder, Versicherungsleistungen, etc. sind von der Freiwilligenorganisation abhängig.

Negativ bewertet werden von manchen Freiwilligen zeitintensive Engagements sowie bindende Verpflichtungen.<sup>n)</sup>

### *Wahrnehmung der Attraktivitätsmomente*

#### *Freizeitnehmer...*

*...ohne Zeitbörse:* Bekanntheit zumindest grundlegender Attraktivitätsmomente als wahrscheinlich angenommen.

*...mit Zeitbörse:* Kenntnis der Besonderheiten der Zeitbörse an Kenntnis Zeitbörse geknüpft.

#### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Bekanntheit zumindest grundlegender Attraktivitätsmomente als wahrscheinlich angenommen.

*...mit Zeitbörse:* Kenntnis der Besonderheiten der Zeitbörse an Kenntnis Zeitbörse geknüpft.

Bekanntheit Attraktivitätsmomente von Freiwilligenarbeit wird gefördert durch Bekanntschaft mit freiwillig Engagierten.<sup>o)</sup>

a) Frey (2002) unterscheidet z.B. fünf Typen von Personen, deren Leistungsmotivation sich an je unterschiedlichen Zielen orientiert: an Gelderwerb Interessierte, Statusorientierte, Loyale, Formalisten und Selbstbestimmte (91-94).

b) Siehe: Brühlmeier 2001; García-Valiñas et al. 2012; Meier & Stutzer 2008; Nyborg & Rege 2003; Wilson 2000

c) Siehe: BFS 2008; García-Valiñas et al. 2012; Meier & Stutzer 2008; Plagnol & Huppert 2010; Roose 2010; Wilson 2000

d) Siehe: BFS 2015; García-Valiñas et al. 2012; Matsuba et al. 2007; Rehberg 2005

e) Siehe: Meier & Stutzer 2008; Rehberg 2005; Roose 2010; Wilson 2000

f) Siehe: Frey & Jegen 2001; Matsuba et al. 2007

g) Siehe: Frey & Jegen 2001; Nyborg & Rege 2003; Weesie & Franzen 1998

h) Siehe: García-Valiñas et al. 2012; Nyborg & Rege 2003; Wilson 2000

i) Siehe: Freeman 1997; Matsuba et al. 2007; Ruiter & De Graaf 2006; Wilson 2000

j) Siehe: Freeman 1997; Nyborg & Rege 2003; Weibel & Rota 2002; Wilson 2000

k) Siehe: BFS 2004; Freeman 1997; García-Valiñas et al. 2012; Rehberg 2005; Meier & Stutzer 2008; Wilson 2000

l) Siehe: García-Valiñas et al. 2012; Matsuba et al. 2007; Nyborg & Rege 2003; Rehberg 2005; Roose 2010; Wilson 2000

m) Siehe: BFS 2008 und 2015; Matsuba et al. 2007; Nyborg & Rege 2003; Meier & Stutzer 2008; Rehberg 2005; Wilson 2000

n) BFS 2008

o) Siehe: Rehberg 2005; Wilson 2000

### 3. Erfolgsbedingung

#### *Vorliegende Handlungsressourcen der Einflussnahme von Akteuren für / wider gewährleisteter Partizipation an Freizeitaktivitäten und damit einhergehender Attraktoren*

##### *Freizeitnehmer...*

*...ohne Zeitbörse:* Gegen Bezahlung ist ein Angebot von Gütern/Leistungen auf dem Markt erhältlich.

Allenfalls moralischer Anspruch auf Freiwilligenleistungen durch Angehörige/Freunde (Sozialkapital).<sup>a)</sup>

Qualität von Gütern/Leistungen wird teils von externen Akteuren geprüft/sichergestellt (z.B. Hygienekontrollen, Freiwilligenorganisation bei institutioneller Freiwilligenarbeit). Einklagbarkeit von Mängeln bei Gütern/DL, die über den Markt bezogen werden. Keine externe Qualitätssicherung bei informeller Freiwilligenarbeit.

*...mit Zeitbörse:* Kein Leistungszwang innerhalb der Zeitbörse.

Zeitbörse-Verantwortliche befinden über Mitgliedschaft und Ausschlüsse und leisten damit Qualitätssicherungsbeitrag. Anlaufstelle kann von Mitgliedern als Aufforderung zum Tätigwerden genutzt werden.

##### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Einklagbarer Rechtsanspruch von Marktanbietern auf Bezahlung.

*...mit Zeitbörse:* ‚Einklagbarer‘ Anspruch auf ‚Bezahlung‘ der geleisteten DL im Rahmen der Zeitbörse.

#### *Wahrnehmung der Realisierbarkeit von Partizipation / deren Verhinderung und damit einhergehender Attraktoren*

#### *Beobachtbarkeit von Verhalten, das Eingriffe provoziert zur Sicherstellung / Verhinderung von Partizipation*

##### *Freizeitnehmer...*

*...ohne Zeitbörse:* Allfällige persönliche Erfahrung, öffentliche Ratings, etc. liefern Informationen zu einzelnen Anbietern.

*...mit Zeitbörse:* Tauschtreffs und Online-Bewertungen liefern Informationen zur Seriosität von Anbietern im Rahmen der Zeitbörse.

##### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Allfällige persönliche Erfahrung liefert Information zur Zahlungsmoral.

*...mit Zeitbörse:* Tauschtreffs und Online-Bewertungen liefern Informationen zur Zahlungsmoral von Nachfragern im Rahmen der Zeitbörse.

Information zu Durchsetzungsmöglichkeiten via Website und Tauschtreffs.

Nicht-Offenlegen der Berufstätigkeit verhindert Durchsetzung des Angebotsverbots von Berufstätigkeit.

#### *Risikobereitschaft*

##### *Freizeitnehmer...*

*...ohne Zeitbörse:* Bei geringen finanziellen Einsätzen und keinen unwiderruflichen Schäden wird tendenziell hohe Risikobereitschaft vermutet.

Bei Varianten mit hohen finanziellen Risiken und schlechter Informationslage bzw. mit Unsicherheiten

*...mit Zeitbörse:* Verlustrisiko bei ausbleibendem Erfolg bei Zeitbörse-DL ist nicht finanzieller Art, was (bei finanziell schlechter gestellten Personen) auf eine erhöhte Risikoakzeptanz treffen kann.

behafteten Erfolgsaussichten wird tendenziell geringe Risikobereitschaft vermutet.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Angesichts der Einklagbarkeit finanzieller Forderungen wird eher hohe Risikobereitschaft von Marktanbietern vermutet.

*...mit Zeitbörse:* Verlustrisiko bei ausbleibender ‚Bezahlung‘ bei Zeitbörse-DL ist nicht finanzieller Art, was auf eine erhöhte Risikoakzeptanz treffen kann.

a) Das Vorhandensein von „*social ties*“ (Wilson 2000) ist ein wichtiges Einflussmittel um freiwillige Leistungen einzufordern. Wilson erklärt dies damit, dass man Freunde nicht vor den Kopf stossen möchte („[...] *we do not want to let our friends down*“ (2000: 224)).

## Fallstudie Zeitbörse: Erfolgsbedingungen in Bezug auf Ergebnisse im Bereich Bewahrung natürlicher Ressourcen

### 1. Erfolgsbedingung

#### *Vorliegende / fehlende relevante und anerkannte Handlungsressourcen*

*Die Ressourcen-Schonung verantwortende Personen...*

*...ohne Zeitbörse:* Vorliegende Güter nicht zwingend für langfristige Nutzung/Reparatur/Recycling angelegt und nicht zwingend sparsam/effizient.

Für ein ressourcenschonendes Verhalten geeignete erhältliche Güter/DL erwerblich für Personen mit vorliegenden finanziellen Mitteln.

Einen verschwenderischen Ressourcenverbrauch implizierende Güter/DL erwerblich für Personen mit vorliegenden finanziellen Mitteln.

Wissen/Fähigkeiten zum Unterhalt/zur Reparatur von Gebrauchsgütern mutmasslich individuell.

Wissen/Fähigkeiten zur Nutzung von ressourcenverbrauchsrelevanten Gütern im Haushalt und in der Freizeit mutmasslich individuell.

Wissen/Fähigkeiten zur ressourcenschonenden Nutzung von Gütern im Haushalt und in der Freizeit mutmasslich individuell.

Verzicht auf Güternutzung/DL-Bezug (ressourcenschonende Variante) erfordert keine spezifischen Handlungsressourcen.

Vorhandene Netzwerke einzelner Personen sind ein wichtiger Faktor, ob potenziell auf freiwillige (anstelle kostenpflichtiger) Leistungen zurückgegriffen werden kann.<sup>a)</sup>

*...mit Zeitbörse:* Vorhandene Option zum Bezug von zu ressourcenschonendem oder -verschwenderischem Verhalten beitragende DL via Zeitbörse für Personen aus dem Einzugsgebiet der Zeitbörse, die zur Erbringung einer (nicht-monetären) Gegenleistung fähig sind.

Ausschluss der Verfügbarkeit von ortsfernen DL mittels Zeitbörse durch geographische Einschränkung der Mitglieder. (Ausnahme bildet die Möglichkeit zum Tausch über Partnernetzwerke).

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Vielzahl von kommerziellen Anbietenden von Gütern/DL für diverse Zwecke, darunter teilweise auch Anbietende von speziell ressourcenschonenden, recycelbaren, etc. Gütern oder von ressourcenschonenden DL.

Vorhandensein zeitlicher Ressourcen als kritischer Faktor für Angebot freiwilliger Leistungen im informellen oder institutionellen Bereich.<sup>b)</sup> (Aufkommen für eigenen Lebensunterhalt, Betreuungspflichten, etc. limitieren zeitliche Ressourcen).

Im Rahmen formeller Freiwilligenarbeit sind auch besondere Qualifikationen gefragt wie Organisationsfähigkeit, Fähigkeit Sitzungen zu leiten, etc.<sup>c)</sup>

Speziell erforderliches Wissen/spezielle Ausrüstung für ressourcenschonende/ressourcenverschwenderische Leistungen beschränken mutmasslich ebenfalls freiwilliges Angebot.

Allfällige selber tragbare finanzielle Auslagen im Zusammenhang mit der Ausübung einer freiwilligen Tätigkeit können allenfalls restriktiv wirken (z.B. Reisekosten).

Diverse institutionelle Freiwilligenorganisationen als potenzielle Arbeitgeber vorliegend.

Kosten und zugänglicher Pool an potenziellen Freiwilligen als limitierende Faktoren für Tätigkeit von Freiwilligenorganisationen.<sup>d)</sup>

Allenfalls auch Anbieter mit ungenügender Qualifikation.

*...mit Zeitbörse:* Mit der Zeitbörse haben freiwillige Leistungserbringer alternative Plattform für Angebot.

Massgebliche Einschränkung: Berufsausübungsverbot im Rahmen der Zeitbörse. Diese Bestimmung schränkt über Zeitbörse verfügbare Angebote qualifizierter ressourcenrelevanter Dienstleistungen ein; vorausgesetzt, Bestimmung wird tatsächlich anerkannt.

*Wahrnehmung der Möglichkeiten**Die Ressourcen-Schonung verantwortende Personen...*

*...ohne Zeitbörse:* Kenntnis von Dienstleistenden für Reparaturen, etc. und von ortsnahen vs. ortsfernen DL mutmasslich individuell.

Kenntnis mindestens einer Erwerbsvariante für den Ersatz bestehender Gebrauchsgüter wird angenommen.

Kenntnis diverser Erwerbsmöglichkeiten von ressourcenverbrauchsrelevanten Gütern im Haushalt und in der Freizeit mutmasslich individuell. Kenntnis von spezifisch ‚ressourcenfreundlichen‘ Gütern entsprechend nicht zwingend.

*...mit Zeitbörse:* Kenntnis der Zeitbörse und ihrer Funktionsweise in der betreffenden Region aufgrund der Medienaktivität und des Infomaterials wahrscheinlich relativ gut (Einschränkung: Deutschsprachigkeit vorausgesetzt).

Bekanntheit von DL-Angeboten im Rahmen des Zeitbörsenetzwerkes gewährleistet.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Akteure mit geeigneter Kenntnis vorliegend.

Kenntnis von Gelegenheiten zu Freiwilligentätigkeiten

*...mit Zeitbörse:* Kenntnis der Zeitbörse und ihrer Funktionsweise in der betreffenden Region aufgrund der Medienakti-



steigt mit Bestehen von Informanten im persönlichen Netzwerk.<sup>e)</sup>

vität und des Infomaterials wahrscheinlich relativ gut (Einschränkung: Deutschsprachigkeit vorausgesetzt).

Bekanntheit von DL-Nachfragen im Rahmen des Zeitbörsenetzwerkes gewährleistet.

a) Verschiedene Studien sehen das private soziale Netzwerk/die gesellschaftliche Integration oder die Mitgliedschaft in Organisationen und die sich im Rahmen dessen offenbaren Gelegenheiten für Freiwilligenarbeit als entscheidende Voraussetzung für freiwilliges Engagement (BFS 2008; Freeman 1997; Matsuba et al. 2007; Rehberg 2005; Roose 2010; Ruiter & De Graaf 2006; Wilson 2000).

b) Siehe: BFS 2015: 9; García-Valiñas et al. 2012; Freeman 1997: 156; Plagnol & Huppert 2010: 164; Stadelmann-Steffen et al. 2010: 77-78; Wilson 2000: 220-221. Allerdings kann aufgrund der erforderlichen zeitlichen Ressourcen nicht gefolgert werden, dass weniger Arbeitstätige freiwillig tätig sind als Nicht-Erwerbstätige. Studien weisen darauf hin, dass Freiwilligenarbeit oft durch Erwerbstätige ausgeübt wird (siehe z.B. BFS 2008: 6; Freeman 1997), wobei dieser Umstand durch unterschiedliche ausschlaggebende Faktoren begünstigt wird (siehe z.B. BFS 2008: 6; Freeman 1997; Wilson 2000: 20).

c) Der Bedarf spezifischer Qualifikationen für institutionalisierte Freiwilligenarbeit wird in Studien als (mit ein) Grund aufgeführt, dass entsprechende Tätigkeiten häufig durch höher Qualifizierte ausgeführt werden. (BFS 2008: 6; Wilson 2000: 220).

d) Die Rekrutierung von Freiwilligen erfolgt oft über persönliche Beziehungen oder im Rahmen von Mitgliedschaften (vgl. a). Unpersönliche Aufrufe sind dagegen nicht sehr wirkungsvoll (Wilson 2000: 223).

e) Vgl. a) und d). Personen aus dem persönlichen Netzwerk können generell über Freiwilligenarbeit informieren, sie können konkrete Möglichkeiten anpreisen oder als Vorbild dienen (Wilson verweist etwa auf die Vorbildfunktion von Eltern, die Freiwilligenarbeit leisten (2000: 218)).

## 2. Erfolgsbedingung

### *Bestehende Attraktivitätsmomente bzw. Präferenzen bezüglich (Varianten) ressourcenschonenden / -verschwenderischen Verhaltens*

#### *Die Ressourcen-Schonung verantwortende Personen...*

*...ohne Zeitbörse:* Je nach Person werden unterschiedliche Präferenzen zu Pflege/Unterhalt/Reparatur von Gebrauchsgütern vs. Neuerwerb angenommen.

Je nach persönlichen Zielsetzungen, Vorlieben und Interessen (Kostenbewusstsein, etc.) werden erhebliche Unterschiede zu präferierten Gütern und deren Nutzungsart bzw. präferierten DL/DL-Erbringer angenommen.

Bei Personen mit pro-Umwelt Präferenzen hat ressourcenschonendes Verhalten gewissen Kredit.

Verzicht auf Güternutzung/DL-Bezug mutmasslich unattraktiv, wenn für eine Person damit Verzicht auf eigentliche Zielerreichung einhergeht.

*...mit Zeitbörse:* Bezug von Zeitbörse-DL attraktiv für Personen, die speziell soziale Kontakte schätzen, das Tauschprinzip und den nicht-kommerziellen Charakter gutheissen, preisbewusst sind, einen niederschweligen/unkomplizierten Zugang zu DL bevorzugen.

#### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Leistungsmotivation individuell (z.B. finanzielle Entschädigung, Prestige, etc.).<sup>a)</sup>

Als Motivatoren für Freiwilligenarbeit gelten:

> Extrinsische Faktoren wie soziale Anerkennung,<sup>b)</sup> Freundschaften schliessen, Leute treffen, Austausch pfe-

*...mit Zeitbörse:* Angebote über Zeitbörse attraktiv für Personen, die speziell das Reziprozitäts-Prinzip, die Zugehörigkeit zu einem sozialen Netzwerk und eine geringe Verbindlichkeit schätzen.

gen,<sup>c)</sup> Erfahrungen sammeln,<sup>d)</sup> (Arbeitsmarkt-)Fähigkeiten entwickeln, das persönliche Netzwerk erweitern,<sup>e)</sup> Selbstwertgefühl stärken,<sup>f)</sup> Belohnungen oder Subventionen/Kostenreduktionen,<sup>g)</sup> sichtbares Resultat/Effektivität des Einsatzes.<sup>h)</sup>

> Intrinsische Faktoren wie Pflichtgefühl,<sup>i)</sup> Fairness-Motive, falls andere auch freiwillig tätig sind/falls man selber auch schon profitiert hat/profitieren wird,<sup>j)</sup> Altruismus/Solidarität gegenüber Angehörigen/Freunden oder Fremden,<sup>k)</sup> persönliche Überzeugungen/Identität (widerspiegeln zumeist ethische/moralische Wertvorstellungen),<sup>l)</sup> Freude am Helfen oder an der Arbeit per se.<sup>m)</sup>

Motivationsförderliche Regelungen auf Bundesebene: Betreuungsgutschrift AHV (die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger wird für Rentenberechnung berücksichtigt (AHVG Art. 29)).

Ob im Rahmen institutionalisierter Freiwilligenarbeit Anreize bestehen wie Spesenentschädigungen, Sitzungsgelder, Versicherungsleistungen, etc. sind von der Freiwilligenorganisation abhängig.

Negativ bewertet werden von manchen Freiwilligen zeitintensive Engagements sowie bindende Verpflichtungen.<sup>n)</sup>

Ausschlussbestimmung bei Missachtung Berufsausübungsverbot wirkt sich negativ auf Attraktivität entsprechenden Verhaltens aus.

### *Wahrnehmung der Attraktivitätsmomente*

#### *Die Ressourcen-Schonung verantwortende Personen...*

*...ohne Zeitbörse:* Bekanntheit zumindest grundlegender Attraktivitätsmomente als wahrscheinlich angenommen.

Kenntnis von ressourcenschonenden Produkten allenfalls erhöht falls entsprechendes Label vorhanden.

Wahrnehmung von Implikationen von Verhaltensweisen auf den Ressourcenerhalt (relevant bei Präferenzen für den Umweltschutz) mutmasslich individuell.

*...mit Zeitbörse:* Kenntnis der Besonderheiten der Zeitbörse an Kenntnis Zeitbörse geknüpft.

#### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Bekanntheit zumindest grundlegender Attraktivitätsmomente als wahrscheinlich angenommen.

Bekanntheit Attraktivitätsmomente von Freiwilligenarbeit wird gefördert durch Bekanntschaft mit freiwillig Engagierten.<sup>o)</sup>

*...mit Zeitbörse:* Kenntnis der Besonderheiten der Zeitbörse an Kenntnis Zeitbörse geknüpft.

a) Frey (2002) unterscheidet z.B. fünf Typen von Personen, deren Leistungsmotivation sich an je unterschiedlichen Zielen orientiert: an Gelderwerb Interessierte, Statusorientierte, Loyale, Formalisten und Selbstbestimmte (91-94).

b) Siehe: Brühlmeier 2001; García-Valiñas et al. 2012; Meier & Stutzer 2008; Nyborg & Rege 2003; Wilson 2000

c) Siehe: BFS 2008; García-Valiñas et al. 2012; Meier & Stutzer 2008; Plagnol & Huppert 2010; Roose 2010; Wilson 2000

d) Siehe: BFS 2015; García-Valiñas et al. 2012; Matsuba et al. 2007; Rehberg 2005

e) Siehe: Meier & Stutzer 2008; Rehberg 2005; Roose 2010; Wilson 2000

f) Siehe: Frey & Jegen 2001; Matsuba et al. 2007

g) Siehe: Frey & Jegen 2001; Nyborg & Rege 2003; Weesie & Franzen 1998

h) Siehe: García-Valiñas et al. 2012; Nyborg & Rege 2003; Wilson 2000

- i) Siehe: Freeman 1997; Matsuba et al. 2007; Ruiter & De Graaf 2006; Wilson 2000  
 j) Siehe: Freeman 1997; Nyborg & Rege 2003; Weibel & Rota 2002; Wilson 2000  
 k) Siehe: BFS 2004; Freeman 1997; García-Valiñas et al. 2012; Rehberg 2005; Meier & Stutzer 2008; Wilson 2000  
 l) Siehe: García-Valiñas et al. 2012; Matsuba et al. 2007; Nyborg & Rege 2003; Rehberg 2005; Roose 2010; Wilson 2000  
 m) Siehe: BFS 2008 und 2015; Matsuba et al. 2007; Nyborg & Rege 2003; Meier & Stutzer 2008; Rehberg 2005; Wilson 2000  
 n) BFS 2008  
 o) Siehe: Rehberg 2005; Wilson 2000

### 3. Erfolgsbedingung

#### *Vorliegende Handlungsressourcen der Einflussnahme von Akteuren für / wider ressourcenschonendes Verhalten und damit einhergehender Attraktoren*

##### *Die Ressourcen-Schonung verantwortende Personen...*

*...ohne Zeitbörse:* Gegen Bezahlung ist ein Angebot von Gütern/Leistungen auf dem Markt erhältlich.

Allenfalls moralischer Anspruch auf Freiwilligenleistungen durch Angehörige/Freunde (Sozialkapital).<sup>a)</sup>

Qualität von Gütern/Leistungen wird teils von externen Akteuren geprüft/sichergestellt (z.B. Hygienekontrollen, Freiwilligenorganisation bei institutioneller Freiwilligenarbeit). Einklagbarkeit von Mängeln bei Gütern/DL, die über den Markt bezogen werden. Keine externe Qualitätssicherung bei informeller Freiwilligenarbeit.

*...mit Zeitbörse:* Kein Leistungszwang innerhalb der Zeitbörse.

Zeitbörse-Verantwortliche befinden über Mitgliedschaft und Ausschlüsse und leisten damit Qualitätssicherungsbeitrag. Anlaufstelle kann von Mitgliedern als Aufforderung zum Tätigwerden genutzt werden.

##### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Einklagbarer Rechtsanspruch von Marktanbietern auf Bezahlung.

Nutzer haften für von ihnen verursachte Schäden an einem geliehenen/gemieteten Objekt.

*...mit Zeitbörse:* ‚Einklagbarer‘ Anspruch auf ‚Bezahlung‘ der geleisteten DL im Rahmen der Zeitbörse.

Haftung für Schäden im Zeitbörsesetting analog ausserhalb Zeitbörsesetting.

#### *Wahrnehmung der Realisierbarkeit ressourcenschonenden / -verschwenderischen Verhaltens und damit einhergehender Attraktoren*

#### *Beobachtbarkeit von Verhalten, das Eingriffe provoziert zur Sicherstellung / Verhinderung ressourcenschonenden Verhaltens*

##### *Die Ressourcen-Schonung verantwortende Personen...*

*...ohne Zeitbörse:* Allfällige persönliche Erfahrung, öffentliche Ratings, etc. liefern Informationen zu einzelnen Anbietern.

*...mit Zeitbörse:* Tauschtreffs und Online-Bewertungen liefern Informationen zur Seriosität von Anbietern im Rahmen der Zeitbörse.

##### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Allfällige persönliche Erfahrung liefert Information zur Zahlungsmoral.

*...mit Zeitbörse:* Tauschtreffs und Online-Bewertungen liefern Informationen zur Zahlungsmoral von Nachfragern im Rahmen der Zeitbörse.

Information zu Durchsetzungsmöglichkeiten

ten via Website und Tauschtreffs.

Nicht-Offenlegen der Berufstätigkeit verhindert Durchsetzung des Angebotsverbots von Berufstätigkeit.

### *Risikobereitschaft*

*Die Ressourcen-Schonung verantwortende Personen...*

*...ohne Zeitbörse:* Bei geringen finanziellen Einsätzen und keinen unwiderruflichen Schäden wird tendenziell hohe Risikobereitschaft vermutet.

Bei Varianten mit hohen finanziellen Risiken und schlechter Informationslage bzw. mit Unsicherheiten behafteten Erfolgsaussichten wird tendenziell geringe Risikobereitschaft vermutet.

*...mit Zeitbörse:* Verlustrisiko bei ausbleibendem Erfolg bei Zeitbörse-DL ist nicht finanzieller Art, was (bei finanziell schlechter gestellten Personen) auf eine erhöhte Risikoakzeptanz treffen kann.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Zeitbörse:* Angesichts der Einklagbarkeit finanzieller Forderungen wird eher hohe Risikobereitschaft von Marktanbietern vermutet.

Angesichts der Einklagbarkeit entstandener Schäden wird eher hohe Risikobereitschaft zum Güterverleih vermutet.

*...mit Zeitbörse:* Verlustrisiko bei ausbleibender ‚Bezahlung‘ bei Zeitbörse-DL ist nicht finanzieller Art, was auf eine erhöhte Risikoakzeptanz treffen kann.

a) Das Vorhandensein von „*social ties*“ (Wilson 2000) ist ein wichtiges Einflussmittel um freiwillige Leistungen einzufordern. Wilson erklärt dies damit, dass man Freunde nicht vor den Kopf stossen möchte („[...] *we do not want to let our friends down*“ (2000: 224)).

## Fallstudie Steuerbegünstigung Freiwilligenarbeit: Erfolgsbedingungen in Bezug auf Ergebnisse im Bereich Grundversorgung

### 1. Erfolgsbedingung

#### *Vorliegende / fehlende relevante und anerkannte Handlungsressourcen*

*Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Sozialversicherungen gewährleisten in der Schweiz nötigenfalls finanzielle Mittel für Versorgung mit elementaren grundversorgenden Leistungen weitgehend.

Vorhandene Netzwerke einzelner Personen sind ein bedeutender Faktor, ob potenziell auch auf freiwillige Leistungen im Grundversorgungsbereich zurückgegriffen werden kann.<sup>a)</sup>

In manchen ausländischen Gebieten sind die finanziellen und/oder materiellen Voraussetzungen für die Sicherstellung der Grundversorgung mutmasslich nicht immer erfüllt. Die Präsenz einer NGO ist allenfalls einzige Gelegenheit zur Realisierung von Bestandteilen der persönlichen Grundversorgung.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Allenfalls verstärkte Präsenz von Freiwilligen.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* In der Schweiz entgeltliche Leistungserbringer mit adäquaten Qualifikationen/geeigneter Ausstattung ausreichend vorhanden.

Vorhandensein zeitlicher Ressourcen als kritischer Faktor für Angebot freiwilliger Leistungen.<sup>b)</sup> (Aufkommen für eigenen Lebensunterhalt, Betreuungspflichten, etc. limitieren zeitliche Ressourcen).

Im Rahmen formeller Freiwilligenarbeit sind auch besondere Qualifikationen gefragt wie Organisationsfähigkeit, Fähigkeit Sitzungen zu leiten, etc.<sup>c)</sup>

Allfällige selber tragbare finanzielle Auslagen im Zusammenhang mit der Ausübung einer freiwilligen Tätigkeit können allenfalls restriktiv wirken (z.B. Reisekosten, die mit Auslandseinsätzen verbunden sind).

Diverse institutionelle Freiwilligenorganisationen als potenzielle Arbeitgeber vorliegend.

Kosten und zugänglicher Pool an potenziellen Freiwilligen als limitierende Faktoren für Tätigkeit von Freiwilligenorganisationen.<sup>d)</sup>

Allenfalls auch Anbieter mit ungenügender Qualifikation.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Allfällige Auslagen für Freiwilligenarbeit werden reduziert, allerdings nur in einem geringen Umfang.

*Wahrnehmung der Möglichkeiten**Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Ausreichende Kenntnisse, um persönliche elementare Grundversorgung sicherzustellen, werden angenommen.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* In der Schweiz kommerzielle Akteure mit geeigneter Kenntnis vorliegend.

Kenntnis von Gelegenheiten zu Freiwilligentätigkeiten steigt mit Bestehen von Informanten im persönlichen Netzwerk.<sup>e)</sup>

Keine Aussagen zu ausländischen Anbietenden möglich.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* In Wegleitung zur Steuererklärung wird über Abzugsmöglichkeiten informiert, damit kann Kenntnis unterstützt werden.

a) Verschiedene Studien sehen das private soziale Netzwerk/die gesellschaftliche Integration oder die Mitgliedschaft in Organisationen und die sich im Rahmen dessen offenbaren Gelegenheiten für Freiwilligenarbeit als entscheidende Voraussetzung für freiwilliges Engagement (BFS 2008; Freeman 1997; Matsuba et al. 2007; Rehberg 2005; Roose 2010; Ruiter & De Graaf 2006; Wilson 2000).

b) Siehe: BFS 2015: 9; García-Valiñas et al. 2012; Freeman 1997: 156; Plagnol & Huppert 2010: 164; Stadelmann-Steffen et al. 2010: 77-78; Wilson 2000: 220-221. Allerdings kann aufgrund der erforderlichen zeitlichen Ressourcen nicht gefolgert werden, dass weniger Arbeitstätige freiwillig tätig sind als Nicht-Erwerbstätige. Studien weisen darauf hin, dass Freiwilligenarbeit oft durch Erwerbstätige ausgeübt wird (siehe z.B. BFS 2008: 6; Freeman 1997), wobei dieser Umstand durch unterschiedliche ausschlaggebende Faktoren begünstigt wird (siehe z.B. BFS 2008: 6; Freeman 1997; Wilson 2000: 20).

c) Der Bedarf spezifischer Qualifikationen für institutionalisierte Freiwilligenarbeit wird in Studien als (mit ein)

Grund aufgeführt, dass entsprechende Tätigkeiten häufig durch höher Qualifizierte ausgeführt werden. (BFS 2008: 6; Wilson 2000: 220).

d) Die Rekrutierung von Freiwilligen erfolgt oft über persönliche Beziehungen oder im Rahmen von Mitgliedschaften (vgl. a). Unpersönliche Aufrufe sind dagegen nicht sehr wirkungsvoll (Wilson 2000: 223).

e) Vgl. a) und d). Personen aus dem persönlichen Netzwerk können generell über Freiwilligenarbeit informieren, sie können konkrete Möglichkeiten anpreisen oder als Vorbild dienen (Wilson verweist etwa auf die Vorbildfunktion von Eltern, die Freiwilligenarbeit leisten (2000: 218)).

## 2. Erfolgsbedingung

### *Bestehende Attraktivitätsmomente bzw. Präferenzen bezüglich (Varianten) gewährleisteter / mangelhafter Grundversorgung*

*Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Grundversorgung per se attraktiv. Präferenzen für Ausführungsvarianten mutmasslich individuell (Bevorzugung Eigenleistung vs. externe Dienstleister, einfache Produkte vs. Luxusgüter, etc.).

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Leistungsmotivation individuell (z.B. finanzielle Entschädigung, Prestige, etc.).<sup>a)</sup>

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Minderbelastung bei den Steuern als Motivator für die Aufnahme einer freiwilligen Tätigkeit für Personen, die die verbundenen Aufwendungen für Freiwilligenarbeit anderweitig als zu hoch einschätzen bzw. die eine Anerkennung für ihren Einsatz erwarten.<sup>a)</sup>

Als Motivatoren für Freiwilligenarbeit gelten:

> Extrinsische Faktoren wie soziale Anerkennung,<sup>b)</sup> Freundschaften schliessen, Leute treffen, Austausch pflegen,<sup>c)</sup> Erfahrungen sammeln,<sup>d)</sup> (Arbeitsmarkt-)Fähigkeiten entwickeln, das persönliche Netzwerk erweitern,<sup>e)</sup> Selbstwertgefühl stärken,<sup>f)</sup> Belohnungen oder Subventionen/Kostenreduktionen,<sup>g)</sup> sichtbares Resultat/Effektivität des Einsatzes.<sup>h)</sup>

> Intrinsische Faktoren wie Pflichtgefühl,<sup>i)</sup> Fairness-Motive, falls andere auch freiwillig tätig sind/falls man selber auch schon profitiert hat/profitieren wird,<sup>j)</sup> Altruismus/Solidarität gegenüber Angehörigen/Freunden oder Fremden,<sup>k)</sup> persönliche Überzeugungen/Identität (wider spiegeln zumeist ethische/moralische Wertvorstellungen),<sup>l)</sup> Freude am Helfen oder an der Arbeit per se.<sup>m)</sup>

Motivationsförderliche Regelungen auf Bundesebene: Betreuungsgutschrift AHV (die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger wird für die Rentenberechnung berücksichtigt (AHVG Art. 29)).

Ob im Rahmen institutionalisierter Freiwilligenarbeit Anreize bestehen wie Spesenentschädigungen, Sitzungsgelder, Versicherungsleistungen, etc. sind von der Freiwilligenorganisation abhängig.

Negativ bewertet werden von manchen Freiwilligen zeitintensive Engagements sowie bindende Verpflichtungen.<sup>n)</sup>

Minderbelastung bei den Steuern als Motivator für die Ausweitung freiwilliger Tätigkeiten für Personen, deren Grenznutzen eines zusätzlichen Engagements aufgrund der Kostenreduktion wieder positiv wird.<sup>p)</sup>

Kein Anreiz zur Ausweitung eines persönlichen freiwilligen Engagements besteht bspw. bei Präferenzen im Sinne eines Fairness- oder Commitment-Modells (vgl. Kapitel 6.3.2).

Allenfalls wird Anreizwirkung geschmälert, wenn Möglichkeit der ungerechtfertigten Beanspruchung besteht (geringe Bereitschaft, Gegenleistung zu erbringen für etwas, was andere 'umsonst' beanspruchen können).

### Wahrnehmung der Attraktivitätsmomente

Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...

...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit: Bekanntheit zumindest grundlegender Attraktivitätsmomente als wahrscheinlich angenommen.

...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit: Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...

...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit: Bekanntheit zumindest grundlegender Attraktivitätsmomente als wahrscheinlich angenommen.

...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit: In Wegleitung zur Steuererklärung wird über Abzugsmöglichkeiten informiert, damit kann Kenntnis unterstützt werden.

Bekanntheit Attraktivitätsmomente von Freiwilligenarbeit wird gefördert durch Bekanntschaft mit freiwillig Engagierten.<sup>q)</sup>

a) Frey (2002) unterscheidet z.B. fünf Typen von Personen, deren Leistungsmotivation sich an je unterschiedlichen Zielen orientiert: an Gelderwerb Interessierte, Statusorientierte, Loyale, Formalisten und Selbstbestimmte (91-94).

b) Siehe: Brühlmeier 2001; García-Valiñas et al. 2012; Meier & Stutzer 2008; Nyborg & Rege 2003; Wilson 2000

c) Siehe: BFS 2008; García-Valiñas et al. 2012; Meier & Stutzer 2008; Plagnol & Huppert 2010; Roose 2010; Wilson 2000

d) Siehe: BFS 2015; García-Valiñas et al. 2012; Matsuba et al. 2007; Rehberg 2005

e) Siehe: Meier & Stutzer 2008; Rehberg 2005; Roose 2010; Wilson 2000

f) Siehe: Frey & Jegen 2001; Matsuba et al. 2007

g) Siehe: Frey & Jegen 2001; Nyborg & Rege 2003; Weesie & Franzen 1998

h) Siehe: García-Valiñas et al. 2012; Nyborg & Rege 2003; Wilson 2000

i) Siehe: Freeman 1997; Matsuba et al. 2007; Ruiter & De Graaf 2006; Wilson 2000

j) Siehe: Freeman 1997; Nyborg & Rege 2003; Weibel & Rota 2002; Wilson 2000

k) Siehe: BFS 2004; Freeman 1997; García-Valiñas et al. 2012; Rehberg 2005; Meier & Stutzer 2008; Wilson 2000

l) Siehe: García-Valiñas et al. 2012; Matsuba et al. 2007; Nyborg & Rege 2003; Rehberg 2005; Roose 2010; Wilson 2000

m) Siehe: BFS 2008 und 2015; Matsuba et al. 2007; Nyborg & Rege 2003; Meier & Stutzer 2008; Rehberg 2005; Wilson 2000

n) BFS 2008

o) Besteht die Steuerbegünstigung einzig für institutionalisierte Freiwilligenarbeit, wirkt der Anreiz nur bezüglich institutionalisierter Freiwilligenarbeit. Bei einem Abzug der effektiven Auslagen wirkt der Anreiz nur bezüglich Tätigkeiten, bei denen auch eigenständig tragbare Kosten anfallen. Bei einem pauschalisierten Abzug sind dagegen auch Tätigkeiten eingeschlossen, bei denen gar keine Spesen anfallen oder deren Spesen vergütet werden.

p) Ungeachtet der genauen Ausgestaltung der Regelung zur steuerlichen Begünstigung kann der Anreiz allenfalls auch im Sinne einer ‚Quersubvention‘ über verschiedene Arten von Freiwilligenarbeit Wirkung entfalten (auch solche, die nicht direkt von einer Steuerbegünstigung profitieren), solange mindestens eine der geleisteten Arbeiten abzugsberechtigt ist.

q) Siehe: Rehberg 2005; Wilson 2000

### 3. Erfolgsbedingung

*Vorliegende Handlungsressourcen der Einflussnahme von Akteuren für / wider gewährleistete Grundversorgung und damit einhergehender Attraktoren*

Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...

...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit: Gegen Bezahlung ist ein Angebot von Gütern/Leistungen auf dem Markt erhältlich.

...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit: Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

Allenfalls moralischer Anspruch auf Freiwilligenleistungen durch Angehörige/Freunde (Sozialkapital).<sup>a)</sup>

Qualität von Gütern/Leistungen wird teils von externen

Akteuren geprüft/sichergestellt (z.B. Hygienekontrollen, Freiwilligenorganisation bei institutioneller Freiwilligenarbeit). Einklagbarkeit von Mängeln bei Gütern/DL, die über den Markt bezogen werden. Keine externe Qualitätssicherung bei informeller Freiwilligenarbeit.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Einklagbarer Rechtsanspruch von Marktanbietern auf Bezahlung.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Einforderbarkeit der Steuerbegünstigung, wenn entsprechende Belege vorhanden sind. Einspruchsmöglichkeit gewährleistet (DBG Art. 132-135 (im Falle von Bundessteuern)).

Sanktion von Seiten des Staates bei nachgewiesener ungerechtfertigter Beanspruchung von Steuerbegünstigung (DBG Art. 175 bzw. 186 (im Falle von Bundessteuern)) (Anreizwirkung der Gutschrift allenfalls grösser, wenn Missbrauch effektiv verhindert wird).

*Wahrnehmung der Realisierbarkeit von Grundversorgung / deren Verhinderung und damit einhergehender Attraktoren*

*Beobachtbarkeit von Verhalten, das Eingriffe provoziert zur Sicherstellung / Verhinderung von Grundversorgung*

*Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Allfällige persönliche Erfahrung, öffentliche Ratings, etc. liefern Informationen zu einzelnen Anbietern.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Allfällige persönliche Erfahrung liefert Information zur Zahlungsmoral.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Ob potenziell Begünstigte generell Missbräuche bei der Beanspruchung von Steuergutschriften vermuten, ist abhängig von deren Einschätzung der allgemeinen Steuerehrlichkeit und der Möglichkeiten zur Identifikation ungerechtfertigter Abzüge sowie deren Berichtigung. Dazu sind keine Aussagen für den Einzelfall möglich.

### *Risikobereitschaft*

*Adressatinnen/Adressaten grundversorgender Aktivitäten...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Bei geringen finanziellen Einsätzen und keinen unwiderruflichen Schäden wird tendenziell hohe Risikobereitschaft vermutet.

Bei Varianten mit hohen finanziellen Risiken und schlechter Informationslage bzw. mit Unsicherheiten

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.



behafteten Erfolgsaussichten wird tendenziell geringe Risikobereitschaft vermutet.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Angesichts der Einklagbarkeit finanzieller Forderungen wird eher hohe Risikobereitschaft von Marktanbietern vermutet.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Keine relevanten Risiken von Freiwilligenarbeit Leistenden betreffend die Steuergutschrift vorliegend.

a) Das Vorhandensein von „social ties“ (Wilson 2000) ist ein wichtiges Einflussmittel um freiwillige Leistungen einzufordern. Wilson erklärt dies damit, dass man Freunde nicht vor den Kopf stossen möchte („[...] we do not want to let our friends down“ (2000: 224)). Siehe auch: Freeman 1997; Ruiter & De Graaf 2006.

## Fallstudie Steuerbegünstigung Freiwilligenarbeit: Erfolgsbedingungen in Bezug auf Ergebnisse im Bereich Partizipation an gesellschaftlichen Aktivitäten

### 1. Erfolgsbedingung

*Vorliegende / fehlende relevante und anerkannte Handlungsressourcen*

*Freizeitnehmer...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Handlungsressourcen für Freizeitaktivitäten sind oftmals erwerblich für Personen mit vorliegenden finanziellen Mitteln (z.B. Eintrittskarte, Mitgliederbeitrag, Ausrüstung, Räumlichkeit, Anreise).

Vorhandene Netzwerke einzelner Personen sind ein wichtiger Faktor, ob potenziell auf freiwillige (anstelle kostenpflichtiger) Leistungen zurückgegriffen werden kann.<sup>a)</sup>

Teils nicht-erwerbliche Handlungsressourcen erforderlich (z.B. Fitness für sportliche Aktivitäten).

Veranstalter/Organisation kann nicht-monetäre Bedingungen an Teilnahme stellen (z.B. Altersgrenze, Geschlecht, Wohnort).

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Allenfalls verstärkte Präsenz von Freiwilligen.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Entgeltliche Leistungserbringer mit adäquaten Qualifikationen/geeigneter Ausstattung vorhanden.

Vorhandensein zeitlicher Ressourcen als kritischer Faktor für Angebot freiwilliger Leistungen.<sup>b)</sup> (Aufkommen für eigenen Lebensunterhalt, Betreuungspflichten, etc. limitieren zeitliche Ressourcen).

Im Rahmen formeller Freiwilligenarbeit sind auch besondere Qualifikationen gefragt wie Organisationsfähigkeit, Fähigkeit Sitzungen zu leiten, etc.<sup>c)</sup>

Allfällige selber tragbare finanzielle Auslagen im Zusam-

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Allfällige Auslagen für Freiwilligenarbeit werden reduziert, allerdings nur in einem geringen Umfang.

menhang mit der Ausübung einer freiwilligen Tätigkeit können allenfalls restriktiv wirken (z.B. Reisekosten, die mit Auslandseinsätzen verbunden sind).

Diverse institutionelle Freiwilligenorganisationen als potenzielle Arbeitgeber vorliegend.

Kosten und zugänglicher Pool an potenziellen Freiwilligen als limitierende Faktoren für Tätigkeit von Freiwilligenorganisationen.<sup>d)</sup>

Allenfalls auch Anbieter mit ungenügender Qualifikation.

### *Wahrnehmung der Möglichkeiten*

#### *Freizeitnehmer...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Ausreichende Kenntnisse, um an einzelnen Anlässen teilnehmen zu können, werden angenommen.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

#### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Kommerzielle Akteure mit geeigneter Kenntnis vorliegend.

Kenntnis von Gelegenheiten zu Freiwilligentätigkeiten steigt mit Bestehen von Informanten im persönlichen Netzwerk.<sup>e)</sup>

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* In Wegleitung zur Steuererklärung wird über Abzugsmöglichkeiten informiert, damit kann Kenntnis unterstützt werden.

a) Verschiedene Studien sehen das private soziale Netzwerk/die gesellschaftliche Integration oder die Mitgliedschaft in Organisationen und die sich im Rahmen dessen offenbarenden Gelegenheiten für Freiwilligenarbeit als entscheidende Voraussetzung für freiwilliges Engagement (BFS 2008; Freeman 1997; Matsuba et al. 2007; Rehberg 2005; Roose 2010; Ruiter & De Graaf 2006; Wilson 2000).

b) Siehe: BFS 2015: 9; García-Valiñas et al. 2012; Freeman 1997: 156; Plagnol & Huppert 2010: 164; Stadelmann-Steffen et al. 2010: 77-78; Wilson 2000: 220-221. Allerdings kann aufgrund der erforderlichen zeitlichen Ressourcen nicht gefolgert werden, dass weniger Arbeitstätige freiwillig tätig sind als Nicht-Erwerbstätige. Studien weisen darauf hin, dass Freiwilligenarbeit oft durch Erwerbstätige ausgeübt wird (siehe z.B. BFS 2008: 6; Freeman 1997), wobei dieser Umstand durch unterschiedliche ausschlaggebende Faktoren begünstigt wird (siehe z.B. BFS 2008: 6; Freeman 1997; Wilson 2000: 20).

c) Der Bedarf spezifischer Qualifikationen für institutionalisierte Freiwilligenarbeit wird in Studien als (mit ein) Grund aufgeführt, dass entsprechende Tätigkeiten häufig durch höher Qualifizierte ausgeführt werden. (BFS 2008: 6; Wilson 2000: 220).

d) Die Rekrutierung von Freiwilligen erfolgt oft über persönliche Beziehungen oder im Rahmen von Mitgliedschaften (vgl. a). Unpersönliche Aufrufe sind dagegen nicht sehr wirkungsvoll (Wilson 2000: 223).

e) Vgl. a) und d). Personen aus dem persönlichen Netzwerk können generell über Freiwilligenarbeit informieren, sie können konkrete Möglichkeiten anpreisen oder als Vorbild dienen (Wilson verweist etwa auf die Vorbildfunktion von Eltern, die Freiwilligenarbeit leisten (2000: 218).

## 2. Erfolgsbedingung

### *Bestehende Attraktivitätsmomente bzw. Präferenzen bezüglich (Varianten) gewährleisteter / versagter Partizipation an Freizeitaktivitäten*

#### *Freizeitnehmer...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Vermutlich positive Haltung gegenüber grundsätzlich vorhandener Möglichkeiten zu Partizipation (Entscheidungsfreiraum). Je nach persönlichen Interessen und Vorlieben mutmasslich

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

erhebliche Unterschiede präferierter Veranstaltungen/Organisationen, etc.

Allenfalls aber auch Vorbehalte gegenüber grundsätzlich attraktiv bewerteten Partizipationsmöglichkeiten z.B. wegen hoher Kosten, befürchteter Anfeindungen durch andere Partizipierende, etc.

#### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Leistungsmotivation individuell (z.B. finanzielle Entschädigung, Prestige, etc.).<sup>a)</sup>

Als Motivatoren für Freiwilligenarbeit gelten:

> Extrinsische Faktoren wie soziale Anerkennung,<sup>b)</sup> Freundschaften schliessen, Leute treffen, Austausch pflegen,<sup>c)</sup> Erfahrungen sammeln,<sup>d)</sup> (Arbeitsmarkt-)Fähigkeiten entwickeln, das persönliche Netzwerk erweitern,<sup>e)</sup> Selbstwertgefühl stärken,<sup>f)</sup> Belohnungen oder Subventionen/Kostenreduktionen,<sup>g)</sup> sichtbares Resultat/Effektivität des Einsatzes.<sup>h)</sup>

> Intrinsische Faktoren wie Pflichtgefühl,<sup>i)</sup> Fairness-Motive, falls andere auch freiwillig tätig sind/falls man selber auch schon profitiert hat/profitieren wird,<sup>j)</sup> Altruismus/Solidarität gegenüber Angehörigen/Freunden oder Fremden,<sup>k)</sup> persönliche Überzeugungen/Identität (widerspiegeln zumeist ethische/moralische Wertvorstellungen),<sup>l)</sup> Freude am Helfen oder an der Arbeit per se.<sup>m)</sup>

Motivationsförderliche Regelungen auf Bundesebene: Betreuungsgutschrift AHV (die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger wird für die Rentenberechnung berücksichtigt (AHVG Art. 29)).

Ob im Rahmen institutionalisierter Freiwilligenarbeit Anreize bestehen wie Spesenentschädigungen, Sitzungsgelder, Versicherungsleistungen, etc. sind von der Freiwilligenorganisation abhängig.

Negativ bewertet werden von manchen Freiwilligen zeitintensive Engagements sowie bindende Verpflichtungen.<sup>n)</sup>

Allenfalls spezielle vorliegende Präferenzen, wer vom Leistungsangebot von Freizeitvereinen profitieren darf.<sup>o)</sup>

#### *Wahrnehmung der Attraktivitätsmomente*

##### *Freizeitnehmer...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Bekanntheit zumindest grundlegender Attraktivitätsmomente als wahrscheinlich angenommen.

##### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Bekanntheit zumindest grundlegender Attraktivitätsmomente als wahr-

##### *...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:*

Minderbelastung bei den Steuern als Motivator für die Aufnahme einer freiwilligen Tätigkeit für Personen, die die verbundenen Aufwendungen für Freiwilligenarbeit anderweitig als zu hoch einschätzen bzw. die eine Anerkennung für ihren Einsatz erwarten.<sup>p)</sup>

Minderbelastung bei den Steuern als Motivator für die Ausweitung freiwilliger Tätigkeiten für Personen, deren Grenznutzen eines zusätzlichen Engagements aufgrund der Kostenreduktion wieder positiv wird.<sup>q)</sup>

Kein Anreiz zur Ausweitung eines persönlichen freiwilligen Engagements besteht bspw. bei Präferenzen im Sinne eines Fairness- oder Commitment-Modells (vgl. Kapitel 6.3.2).

Allenfalls wird Anreizwirkung geschmätert, wenn Möglichkeit der ungerechtfertigten Beanspruchung besteht (geringe Bereitschaft, Gegenleistung zu erbringen für etwas, was andere 'umsonst' beanspruchen können).

##### *...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:*

Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

##### *...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:*

In Wegleitung zur Steuererklä-

scheinlich angenommen.

Bekanntheit Attraktivitätsmomente von Freiwilligenarbeit wird gefördert durch Bekanntschaft mit freiwillig Engagierten.<sup>v)</sup>

rung wird über Abzugsmöglichkeiten informiert, damit kann Kenntnis unterstützt werden.

- a) Frey (2002) unterscheidet z.B. fünf Typen von Personen, deren Leistungsmotivation sich an je unterschiedlichen Zielen orientiert: an Gelderwerb Interessierte, Statusorientierte, Loyale, Formalisten und Selbstbestimmte (91-94).
- b) Siehe: Brühlmeier 2001; García-Valiñas et al. 2012; Meier & Stutzer 2008; Nyborg & Rege 2003; Wilson 2000
- c) Siehe: BFS 2008; García-Valiñas et al. 2012; Meier & Stutzer 2008; Plagnol & Huppert 2010; Roose 2010; Wilson 2000
- d) Siehe: BFS 2015; García-Valiñas et al. 2012; Matsuba et al. 2007; Rehberg 2005
- e) Siehe: Meier & Stutzer 2008; Rehberg 2005; Roose 2010; Wilson 2000
- f) Siehe: Frey & Jegen 2001; Matsuba et al. 2007
- g) Siehe: Frey & Jegen 2001; Nyborg & Rege 2003; Weesie & Franzen 1998
- h) Siehe: García-Valiñas et al. 2012; Nyborg & Rege 2003; Wilson 2000
- i) Siehe: Freeman 1997; Matsuba et al. 2007; Ruiter & De Graaf 2006; Wilson 2000
- j) Siehe: Freeman 1997; Nyborg & Rege 2003; Weibel & Rota 2002; Wilson 2000
- k) Siehe: BFS 2004; Freeman 1997; García-Valiñas et al. 2012; Rehberg 2005; Meier & Stutzer 2008; Wilson 2000
- l) Siehe: García-Valiñas et al. 2012; Matsuba et al. 2007; Nyborg & Rege 2003; Rehberg 2005; Roose 2010; Wilson 2000
- m) Siehe: BFS 2008 und 2015; Matsuba et al. 2007; Nyborg & Rege 2003; Meier & Stutzer 2008; Rehberg 2005; Wilson 2000
- n) BFS 2008
- o) So bilden z.B. Vereine häufig sehr „homogene Gruppen“ mit inhärenten „Statusbarrieren“ (Zimmer 1996: 69; vgl. auch Grossrieder 2011), was Ausdruck sein kann eines Bedürfnisses nach Abgrenzung und Ausschluss alles Fremdartigen.
- p) Besteht die Steuerbegünstigung einzig für institutionalisierte Freiwilligenarbeit, wirkt der Anreiz nur bezüglich institutionalisierter Freiwilligenarbeit. Bei einem Abzug der effektiven Auslagen wirkt der Anreiz nur bezüglich Tätigkeiten, bei denen auch eigenständig tragbare Kosten anfallen. Bei einem pauschalisierten Abzug sind dagegen auch Tätigkeiten eingeschlossen, bei denen gar keine Spesen anfallen oder deren Spesen vergütet werden.
- q) Ungeachtet der genauen Ausgestaltung der Regelung zur steuerlichen Begünstigung kann der Anreiz allenfalls auch im Sinne einer ‚Quersubvention‘ über verschiedene Arten von Freiwilligenarbeit Wirkung entfalten (auch solche, die nicht direkt von einer Steuerbegünstigung profitieren), solange mindestens eine der geleisteten Arbeiten abzugsberechtigt ist.
- r) Siehe: Rehberg 2005; Wilson 2000

### 3. Erfolgsbedingung

*Vorliegende Handlungsressourcen der Einflussnahme von Akteuren für / wider gewährleisteter Partizipation an Freizeitaktivitäten und damit einhergehender Attraktoren*

*Freizeitnehmer...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Gegen Bezahlung ist ein Angebot von Gütern/Leistungen auf dem Markt erhältlich.

Allenfalls moralischer Anspruch auf Freiwilligenleistungen durch Angehörige/Freunde (Sozialkapital).<sup>a)</sup>

Qualität von Gütern/Leistungen wird teils von externen Akteuren geprüft/sichergestellt (z.B. Hygienekontrollen, Freiwilligenorganisation bei institutioneller Freiwilligenarbeit). Einklagbarkeit von Mängeln bei Gütern/DL, die über den Markt bezogen werden. Keine externe Qualitätssicherung bei informeller Freiwilligenarbeit.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Einklagbarer Rechtsanspruch von Marktanbietern auf Bezahlung.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Einforderbarkeit der Steuerbegünstigung, wenn entsprechende Belege vorhanden sind. Einspruchsmöglichkeit gewährleistet (DBG Art. 132-135 (im Falle von Bundessteuern)).

Sanktion von Seiten des Staates bei nachgewiesener ungerechtfertigter Beanspruchung von Steuerbegünstigung (DBG Art. 175 bzw. 186 (im Falle von Bundessteuern)) (Anreizwirkung der Gutschrift allenfalls grösser, wenn Missbrauch effektiv verhindert wird).

*Wahrnehmung der Realisierbarkeit von Partizipation / deren Verhinderung und damit einhergehender Attraktoren*

*Beobachtbarkeit von Verhalten, das Eingriffe provoziert zur Sicherstellung / Verhinderung von Partizipation*

*Freizeitnehmer...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Allfällige persönliche Erfahrung, öffentliche Ratings, etc. liefern Informationen zu einzelnen Anbietern.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Allfällige persönliche Erfahrung liefert Information zur Zahlungsmoral.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Ob potenziell Begünstigte generell Missbräuche bei der Beanspruchung von Steuergutschriften vermuten, ist abhängig von deren Einschätzung der allgemeinen Steuerehrlichkeit und der Möglichkeiten zur Identifikation ungerechtfertigter Abzüge sowie deren Berichtigung. Dazu sind keine Aussagen für den Einzelfall möglich.

*Risikobereitschaft**Freizeitnehmer...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Bei geringen finanziellen Einsätzen und keinen unwiderruflichen Schäden wird tendenziell hohe Risikobereitschaft vermutet.

Bei Varianten mit hohen finanziellen Risiken und schlechter Informationslage bzw. mit Unsicherheiten behafteten Erfolgsaussichten wird tendenziell geringe Risikobereitschaft vermutet.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Angesichts der Einklagbarkeit finanzieller Forderungen wird eher hohe Risikobereitschaft von Marktanbietern vermutet.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Keine relevanten Risiken von Freiwilligenarbeit Leistenden betreffend die Steuergutschrift vorliegend.

a) Das Vorhandensein von „*social ties*“ (Wilson 2000) ist ein wichtiges Einflussmittel um freiwillige Leistungen einzufordern. Wilson erklärt dies damit, dass man Freunde nicht vor den Kopf stossen möchte („[...] *we do not want to let our friends down*“ (2000: 224)). Siehe auch: Freeman 1997; Ruiter & De Graaf 2006.

## Fallstudie Steuerbegünstigung Freiwilligenarbeit: Erfolgsbedingungen in Bezug auf Ergebnisse im Bereich Bewahrung natürlicher Ressourcen

### Die Pflege / Bewahrung natürlicher Ressourcen

#### 1. Erfolgsbedingung

##### *Vorliegende / fehlende relevante und anerkannte Handlungsressourcen*

##### *Eigentümer(innen)/Besitzer(innen) von Umweltgütern...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Für die Ressourcenpflege/den Ressourcenerhalt geeignete Güter/DL erwerblich für Personen mit vorliegenden finanziellen Mitteln.

Wissen um richtige Pflege natürlicher Ressourcen in Eigenarbeit mutmasslich individuell.

Vorhandene Netzwerke einzelner Personen sind ein wichtiger Faktor, ob potenziell auf freiwillige (anstelle kostenpflichtiger) Leistungen zurückgegriffen werden kann.<sup>a)</sup>

Teils gesetzliche Verpflichtung der Eigentümer zur Ressourcenpflege bzw. zum Ressourcenerhalt. So gilt für Waldflächen ein schweizweites Rodungsverbot (WaG Art. 5) und es können kantonale geregelte Unterhaltungspflichten bestehen bei Schutzwaldflächen, um deren Funktionsfähigkeit zu erhalten (WaG Art. 20) (vgl. auch Helbling 2010). Zonenpläne schreiben vor, welchen Nutzungen ein Grundstück zugeführt werden darf. Bestimmte Gebiete können ausserdem unter Schutz stehen und deren Bewirtschaftung gänzlich untersagt oder eingeschränkt bzw. mit Auflagen verbunden sein.

Unterlassung von Pflege erfordert keine speziellen Ressourcen.

Finanzierung notwendiger Handlungsressourcen für nicht-erhaltende Nutzung natürlicher Ressourcen (z.B. Ausbeutung, Vernichtung zwecks alternativen Verwendungszwecks des Bodens, etc.) mutmasslich gesichert, falls der Ertrag die Kosten übersteigt.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Allenfalls verstärkte Präsenz von Freiwilligen.

*Anbietende Pflege-Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Kommerzielle Anbietende von Gütern/DL für die Pflege natürlicher Ressourcen vorliegend.

Vorhandensein zeitlicher Ressourcen als kritischer Faktor für Angebot freiwilliger Leistungen.<sup>b)</sup> (Aufkommen für eigenen Lebensunterhalt, Betreuungspflichten, etc. limitieren zeitliche Ressourcen).

Im Rahmen formeller Freiwilligenarbeit sind auch besondere Qualifikationen gefragt wie Organisationsfähigkeit, Fähigkeit Sitzungen zu leiten, etc.<sup>c)</sup>

Allfällige selber tragbare finanzielle Auslagen im Zusammenhang mit der Ausübung einer freiwilligen Tätigkeit können allenfalls restriktiv wirken (z.B. Reisekosten, die mit Auslandseinsätzen verbunden sind).

Diverse institutionelle Freiwilligenorganisationen als potenzielle Arbeitgeber vorliegend.

Kosten und zugänglicher Pool an potenziellen Freiwilligen als limitierende Faktoren für Tätigkeit von Freiwilligenorganisationen.<sup>d)</sup>

Allenfalls auch Anbieter mit ungenügender Qualifikation.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Allfällige Auslagen für Freiwilligenarbeit werden reduziert, allerdings nur in einem geringen Umfang.

*Wahrnehmung der Möglichkeiten**Eigentümer(innen)/Besitzer(innen) von Umweltgütern...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Kenntnisse zu einzelnen Anbieter von Pflege-Dienstleistungen werden angenommen.

Augenschein vor Ort ermöglicht Kenntnis der Notwendigkeit von landschaftlichen Pflegemassnahmen.

Kenntnis gesetzlicher Verpflichtungen zu Ressourcenpflege/-erhalt mutmasslich individuell.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

*Anbietende Pflege-Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Kommerzielle Akteure mit geeigneter Kenntnis vorliegend.

Kenntnis von Gelegenheiten zu Freiwilligentätigkeiten steigt mit Bestehen von Informanten im persönlichen Netzwerk.<sup>e)</sup>

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* In Begleitung zur Steuererklärung wird über Abzugsmöglichkeiten informiert, damit kann Kenntnis unterstützt werden.

a) Verschiedene Studien sehen das private soziale Netzwerk/die gesellschaftliche Integration oder die Mitgliedschaft in Organisationen und die sich im Rahmen dessen offenbarenden Gelegenheiten für Freiwilligenarbeit als entscheidende Voraussetzung für freiwilliges Engagement (BFS 2008; Freeman 1997; Matsuba et al. 2007; Rehberg 2005; Roose 2010; Ruiter & De Graaf 2006; Wilson 2000).

b) Siehe: BFS 2015: 9; García-Valiñas et al. 2012; Freeman 1997: 156; Plagnol & Huppert 2010: 164; Stadelmann-Steffen et al. 2010: 77-78; Wilson 2000: 220-221. Allerdings kann aufgrund der erforderlichen zeitlichen Ressourcen nicht gefolgert werden, dass weniger Arbeitstätige freiwillig tätig sind als Nicht-Erwerbstätige. Studien weisen darauf hin, dass Freiwilligenarbeit oft durch Erwerbstätige ausgeübt wird (siehe z.B. BFS 2008: 6; Freeman 1997), wobei dieser Umstand durch unterschiedliche ausschlaggebende Faktoren begünstigt wird (siehe z.B. BFS 2008: 6;

Freeman 1997; Wilson 2000: 20).

c) Der Bedarf spezifischer Qualifikationen für institutionalisierte Freiwilligenarbeit wird in Studien als (mit ein) Grund aufgeführt, dass entsprechende Tätigkeiten häufig durch höher Qualifizierte ausgeführt werden. (BFS 2008: 6; Wilson 2000: 220).

d) Die Rekrutierung von Freiwilligen erfolgt oft über persönliche Beziehungen oder im Rahmen von Mitgliedschaften (vgl. a). Unpersönliche Aufrufe sind dagegen nicht sehr wirkungsvoll (Wilson 2000: 223).

e) Vgl. a) und d). Personen aus dem persönlichen Netzwerk können generell über Freiwilligenarbeit informieren, sie können konkrete Möglichkeiten anpreisen oder als Vorbild dienen (Wilson verweist etwa auf die Vorbildfunktion von Eltern, die Freiwilligenarbeit leisten (2000: 218)).

## 2. Erfolgsbedingung

### *Bestehende Attraktivitätsmomente bzw. Präferenzen bezüglich ressourcenerhaltenden Verhaltens*

*Eigentümer(innen)/Besitzer(innen) von Umweltgütern...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Je nach persönlichen Zielsetzungen, Vorlieben und Interessen (finanzielle Rendite, Verbundenheit, etc.) werden Unterschiede in der Bereitschaft zur Pflege/zum Erhalt natürlicher Ressourcen vs. alternativen Nutzungsweisen angenommen.

Bei Personen mit pro-Umwelt Präferenzen hat die Pflege/der Erhalt natürlicher Ressourcen Verhalten gewissen Kredit.

Sanktionen senken mutmasslich Attraktivität der Missachtung von Pflegevorschriften, etc.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

*Anbietende Pflege-Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Leistungsmotivation individuell (z.B. finanzielle Entschädigung, Prestige, etc.).<sup>a)</sup>

Als Motivatoren für Freiwilligenarbeit gelten:

> Extrinsische Faktoren wie soziale Anerkennung,<sup>b)</sup> Freundschaften schliessen, Leute treffen, Austausch pflegen,<sup>c)</sup> Erfahrungen sammeln,<sup>d)</sup> (Arbeitsmarkt-)Fähigkeiten entwickeln, das persönliche Netzwerk erweitern,<sup>e)</sup> Selbstwertgefühl stärken<sup>f)</sup>, Belohnungen oder Subventionen/Kostenreduktionen<sup>g)</sup>, sichtbares Resultat/Effektivität des Einsatzes.<sup>h)</sup>

> Intrinsische Faktoren wie Pflichtgefühl,<sup>i)</sup> Fairness-Motive, falls andere auch freiwillig tätig sind/falls man selber auch schon profitiert hat/profitieren wird,<sup>j)</sup> Altruismus/Solidarität gegenüber Angehörigen/Freunden oder Fremden,<sup>k)</sup> persönliche Überzeugungen/Identität (wider spiegeln zumeist ethische/moralische Wertvorstellungen),<sup>l)</sup> Freude am Helfen oder an der Arbeit per se.<sup>m)</sup>

Motivationsförderliche Regelungen auf Bundesebene: Betreuungsgutschrift AHV (die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger wird für die Rentenberechnung berücksichtigt (AHVG Art. 29)).

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Minderbelastung bei den Steuern als Motivator für die Aufnahme einer freiwilligen Tätigkeit für Personen, die die verbundenen Aufwendungen für Freiwilligenarbeit anderweitig als zu hoch einschätzen bzw. die eine Anerkennung für ihren Einsatz erwarten.<sup>p)</sup>

Minderbelastung bei den Steuern als Motivator für die Ausweitung freiwilliger Tätigkeiten für Personen, deren Grenznutzen eines zusätzlichen Engagements aufgrund der Kostenreduktion wieder positiv wird.<sup>q)</sup>

Kein Anreiz zur Ausweitung eines persönlichen freiwilligen Engagements besteht bspw. bei Präferenzen im Sinne eines Fairness- oder Commitment-Modells (vgl. Kapitel 6.3.2).

Allenfalls wird Anreizwirkung geschmälert, wenn Möglichkeit der ungerechtfertigten Beanspruchung besteht (geringe



Ob im Rahmen institutionalisierter Freiwilligenarbeit Anreize bestehen wie Spesenentschädigungen, Sitzungsgelder, Versicherungsleistungen, etc. sind von der Freiwilligenorganisation abhängig.

Eine umweltfreundliche Werthaltung erhöht die Bereitschaft zur Leistung von Freiwilligenarbeit in Umweltorganisationen.<sup>n)</sup>

Negativ bewertet werden von manchen Freiwilligen zeitintensive Engagements sowie bindende Verpflichtungen.<sup>o)</sup>

Bereitschaft, Gegenleistung zu erbringen für etwas, was andere ‚umsonst‘ beanspruchen können).

### *Wahrnehmung der Attraktivitätsmomente*

*Eigentümer(innen)/Besitzer(innen) von Umweltgütern...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Bekanntheit zumindest grundlegender Attraktivitätsmomente als wahrscheinlich angenommen.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

*Anbietende Pflege-Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Bekanntheit zumindest grundlegender Attraktivitätsmomente als wahrscheinlich angenommen.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* In Wegleitung zur Steuererklärung wird über Abzugsmöglichkeiten informiert, damit kann Kenntnis unterstützt werden.

Bekanntheit Attraktivitätsmomente von Freiwilligenarbeit wird gefördert durch Bekanntschaft mit freiwillig Engagierten.<sup>r)</sup>

a) Frey (2002) unterscheidet z.B. fünf Typen von Personen, deren Leistungsmotivation sich an je unterschiedlichen Zielen orientiert: an Gelderwerb Interessierte, Statusorientierte, Loyale, Formalisten und Selbstbestimmte (91-94).

b) Siehe: Brühlmeier 2001; García-Valiñas et al. 2012; Meier & Stutzer 2008; Nyborg & Rege 2003; Wilson 2000

c) Siehe: BFS 2008; García-Valiñas et al. 2012; Meier & Stutzer 2008; Plagnol & Huppert 2010; Roose 2010; Wilson 2000

d) Siehe: BFS 2015; García-Valiñas et al. 2012; Matsuba et al. 2007; Rehberg 2005

e) Siehe: Meier & Stutzer 2008; Rehberg 2005; Roose 2010; Wilson 2000

f) Siehe: Frey & Jegen 2001; Matsuba et al. 2007

g) Siehe: Frey & Jegen 2001; Nyborg & Rege 2003; Weesie & Franzen 1998

h) Siehe: García-Valiñas et al. 2012; Nyborg & Rege 2003; Wilson 2000

i) Siehe: Freeman 1997; Matsuba et al. 2007; Ruiter & De Graaf 2006; Wilson 2000

k) Siehe: BFS 2004; Freeman 1997; García-Valiñas et al. 2012; Rehberg 2005; Meier & Stutzer 2008; Wilson 2000

l) Siehe: García-Valiñas et al. 2012; Matsuba et al. 2007; Nyborg & Rege 2003; Rehberg 2005; Roose 2010; Wilson 2000

m) Siehe: BFS 2008 und 2015; Matsuba et al. 2007; Nyborg & Rege 2003; Meier & Stutzer 2008; Rehberg 2005; Wilson 2000

n) Siehe: García-Valiñas et al. 2012

o) BFS 2008

p) Besteht die Steuerbegünstigung einzig für institutionalisierte Freiwilligenarbeit, wirkt der Anreiz nur bezüglich institutionalisierter Freiwilligenarbeit. Bei einem Abzug der effektiven Auslagen wirkt der Anreiz nur bezüglich Tätigkeiten, bei denen auch eigenständig tragbare Kosten anfallen. Bei einem pauschalisierten Abzug sind dagegen auch Tätigkeiten eingeschlossen, bei denen gar keine Spesen anfallen oder deren Spesen vergütet werden.

q) Ungeachtet der genauen Ausgestaltung der Regelung zur steuerlichen Begünstigung kann der Anreiz allenfalls auch im Sinne einer ‚Quersubvention‘ über verschiedene Arten von Freiwilligenarbeit Wirkung entfalten (auch solche, die nicht direkt von einer Steuerbegünstigung profitieren), solange mindestens eine der geleisteten Arbeiten abzugsberechtigt ist.

r) Siehe: Rehberg 2005; Wilson 2000

### 3. Erfolgsbedingung

#### *Vorliegende Handlungsressourcen der Einflussnahme von Akteuren für / wider ressourcenerhaltendes Verhalten und damit einhergehender Attraktoren*

*Eigentümer(innen)/Besitzer(innen) von Umweltgütern...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Gegen Bezahlung ist ein Angebot von Pflegeleistungen auf dem Markt erhältlich.

Allenfalls moralischer Anspruch auf Freiwilligenleistungen durch Angehörige/Freunde (Sozialkapital).<sup>a)</sup>

Qualität von Leistungen wird teils von externen Akteuren geprüft/sichergestellt (z.B. Sicherheitskontrollen, Freiwilligenorganisation bei institutioneller Freiwilligenarbeit). Einklagbarkeit von Mängeln bei DL, die über den Markt bezogen wurden. Keine externe Qualitätssicherung bei informeller Freiwilligenarbeit.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

*Anbietende Pflege-Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Einklagbarer Rechtsanspruch von Marktanbietern auf Bezahlung.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Einforderbarkeit der Steuerbegünstigung, wenn entsprechende Belege vorhanden sind. Einsprachemöglichkeit gewährleistet (DBG Art. 132-135 (im Falle von Bundessteuern)).

Sanktion von Seiten des Staates bei nachgewiesener ungerechtfertigter Beanspruchung von Steuerbegünstigung (DBG Art. 175 bzw. 186 (im Falle von Bundessteuern)) (Anreizwirkung der Gutschrift allenfalls grösser, wenn Missbrauch effektiv verhindert wird).

#### *Wahrnehmung der Realisierbarkeit ressourcenerhaltenden / ressourcenvernichtenden Verhaltens und damit einhergehender Attraktoren*

##### *Beobachtbarkeit von Verhalten, das Eingriffe provoziert zur Sicherstellung / Verhinderung ressourcenerhaltenden Verhaltens*

*Eigentümer(innen)/Besitzer(innen) von Umweltgütern...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Allfällige persönliche Erfahrung, öffentliche Ratings, etc. liefern Informationen zu einzelnen Anbietern.

Beobachtbarkeit von Fehlverhalten bei Verletzung von Pflegevorschriften, etc. mutmasslich oft erfüllt.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

*Anbietende Pflege-Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Allfällige persönliche Erfahrung liefert Information zur Zahlungsmoral.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Ob potenziell Begünstigte generell Missbräuche bei der Beanspruchung von Steuergutschriften vermuten, ist abhängig

von deren Einschätzung der allgemeinen Steuerehrlichkeit und der Möglichkeiten zur Identifikation ungerechtfertigter Abzüge sowie deren Berichtigung. Dazu sind keine Aussagen für den Einzelfall möglich.

### *Risikobereitschaft*

#### *Eigentümer(innen)/Besitzer(innen) von Umweltgütern...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Bei geringen finanziellen Einsätzen und keinen unwiderruflichen Schäden wird tendenziell hohe Risikobereitschaft vermutet.

Bei Varianten mit hohen finanziellen Risiken und schlechter Informationslage bzw. mit Unsicherheiten behafteten Erfolgsaussichten wird tendenziell geringe Risikobereitschaft vermutet.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

#### *Anbietende Pflege-Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Angesichts der Einklagbarkeit finanzieller Forderungen wird eher hohe Risikobereitschaft von Marktanbietern vermutet.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Keine relevanten Risiken von Freiwilligenarbeit Leistenden betreffend die Steuergutschrift vorliegend.

a) Das Vorhandensein von „*social ties*“ (Wilson 2000) ist ein wichtiges Einflussmittel um freiwillige Leistungen einzufordern. Wilson erklärt dies damit, dass man Freunde nicht vor den Kopf stossen möchte („[...] *we do not want to let our friends down*“ (2000: 224)). Siehe auch: Freeman 1997; Ruiter & De Graaf 2006.

## Ressourcenschonung bei der Ausübung von Freizeitaktivitäten

### 1. Erfolgsbedingung

#### *Vorliegende / fehlende relevante und anerkannte Handlungsressourcen*

##### *Die Ressourcen-Schonung verantwortende Personen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Handlungsressourcen für ressourcenrelevante Freizeitaktivitäten sind oftmals erwerblich für Personen mit vorliegenden finanziellen Mitteln (z.B. Eintrittskarte, Mitgliederbeitrag, Ausrüstung, Räumlichkeit, Anreise).

Veranstalter/Organisation kann nicht-monetäre Bedingungen an Teilnahme stellen (z.B. Altersgrenze, Geschlecht, Wohnort).

Gelände für Freizeitnutzung steht unentgeltlich zur Verfügung.

Teilweise gesetzliche Nutzungseinschränkungen von Gelände (z.B. Fahrverbot, Verbot Wege zu verlassen, etc.). Manche fragile Naturlandschaften im Rahmen von Naturschutzgebieten geschützt. Anerkennung dieser Einschränkungen mutmasslich individuell.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Allenfalls verstärkte Präsenz von Freiwilligen.

Wissen/Fähigkeiten zur Ausübung ressourcenrelevanter Freizeitaktivitäten mutmasslich individuell.

Verzicht auf Güternutzung/Ausübung Freizeitaktivität (ressourcenschonende Variante) erfordert keine spezifischen Handlungsressourcen.

Vorhandene Netzwerke einzelner Personen sind ein bedeutender Faktor, ob potenziell auf freiwillige Leistungen zurückgegriffen werden kann.<sup>a)</sup>

#### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Vielzahl von kommerziellen und nicht-kommerziellen Anbietenden von Gütern/DL für Freizeitaktivitäten.

Vorhandensein zeitlicher Ressourcen als kritischer Faktor für Angebot freiwilliger Leistungen.<sup>b)</sup> Aufkommen für eigenen Lebensunterhalt, Betreuungspflichten, etc. limitieren zeitliche Ressourcen).

Im Rahmen formeller Freiwilligenarbeit sind auch besondere Qualifikationen gefragt wie Organisationsfähigkeit, Fähigkeit Sitzungen zu leiten, etc.<sup>c)</sup>

Allfällige selber tragbare finanzielle Auslagen im Zusammenhang mit der Ausübung einer freiwilligen Tätigkeit können allenfalls restriktiv wirken (z.B. Reisekosten, die mit Auslandseinsätzen verbunden sind).

Diverse institutionelle Freiwilligenorganisationen als potenzielle Arbeitgeber vorliegend.

Kosten und zugänglicher Pool an potenziellen Freiwilligen als limitierende Faktoren für Tätigkeit von Freiwilligenorganisationen.<sup>d)</sup>

Allenfalls auch Anbieter mit ungenügender Qualifikation.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Allfällige Auslagen für Freiwilligenarbeit werden reduziert, allerdings nur in einem geringen Umfang.

#### *Wahrnehmung der Möglichkeiten*

##### *Die Ressourcen-Schonung verantwortend Personen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Kenntnis diverser Möglichkeiten von ressourcenverbrauchsrelevanten Freizeitaktivitäten mutmasslich individuell.

Kenntnis bestehender Regelung zu Nutzungseinschränkungen von Gelände mutmasslich individuell. Kennzeichnung vor Ort erhöht Kenntnis

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

##### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Kommerzielle Akteure mit geeigneter Kenntnis vorliegend.

Kenntnis von Gelegenheiten zu Freiwilligentätigkeiten steigt mit Bestehen von Informanten im persönlichen Netzwerk.<sup>e)</sup>

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* In Wegleitung zur Steuererklärung wird über Abzugsmöglichkeiten informiert, damit kann Kenntnis unterstützt werden.

- a) Verschiedene Studien sehen das private soziale Netzwerk/die gesellschaftliche Integration oder die Mitgliedschaft in Organisationen und die sich im Rahmen dessen offenbarenden Gelegenheiten für Freiwilligenarbeit als entscheidende Voraussetzung für freiwilliges Engagement (BFS 2008; Freeman 1997; Matsuba et al. 2007; Rehberg 2005; Roose 2010; Ruiter & De Graaf 2006; Wilson 2000).
- b) Siehe: BFS 2015: 9; García-Valiñas et al. 2012; Freeman 1997: 156; Plagnol & Huppert 2010: 164; Stadelmann-Steffen et al. 2010: 77-78; Wilson 2000: 220-221. Allerdings kann aufgrund der erforderlichen zeitlichen Ressourcen nicht gefolgert werden, dass weniger Arbeitstätige freiwillig tätig sind als Nicht-Erwerbstätige. Studien weisen darauf hin, dass Freiwilligenarbeit oft durch Erwerbstätige ausgeübt wird (siehe z.B. BFS 2008: 6; Freeman 1997), wobei dieser Umstand durch unterschiedliche ausschlaggebende Faktoren begünstigt wird (siehe z.B. BFS 2008: 6; Freeman 1997; Wilson 2000: 20).
- c) Der Bedarf spezifischer Qualifikationen für institutionalisierte Freiwilligenarbeit wird in Studien als (mit ein) Grund aufgeführt, dass entsprechende Tätigkeiten häufig durch höher Qualifizierte ausgeführt werden. (BFS 2008: 6; Wilson 2000: 220).
- d) Die Rekrutierung von Freiwilligen erfolgt oft über persönliche Beziehungen oder im Rahmen von Mitgliedschaften (vgl. a). Unpersönliche Aufrufe sind dagegen nicht sehr wirkungsvoll (Wilson 2000: 223).
- e) Vgl. a) und d). Personen aus dem persönlichen Netzwerk können generell über Freiwilligenarbeit informieren, sie können konkrete Möglichkeiten anpreisen oder als Vorbild dienen (Wilson verweist etwa auf die Vorbildfunktion von Eltern, die Freiwilligenarbeit leisten (2000: 218)).

## 2. Erfolgsbedingung

### *Bestehende Attraktivitätsmomente bzw. Präferenzen bezüglich ressourcenerhaltenden Verhaltens*

#### *Die Ressourcen-Schonung verantwortende Personen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Je nach persönlichen Interessen und Vorlieben mutmasslich erhebliche Unterschiede bezüglich der Wertschätzung ressourcenrelevanter Freizeitaktivitäten und der Art ihrer Ausübung (z.B. individuell vs. Gruppe oder indoor vs. outdoor, etc.).

Allfällige Vorbehalte gegenüber (bestimmter Ausübungsweisen) grundsätzlich attraktiv bewerteter, ressourcenrelevanter Freizeitaktivitäten z.B. aufgrund damit verbundener Kosten. Aufgrund des hohen Ressourcenverbrauchs sind ressourcenintensive Freizeitaktivitäten tendenziell mit hohen Kosten verbunden.

Bei Personen mit pro-Umwelt Präferenzen hat ressourcenschonendes Verhalten bei der Freizeitausübung gewissen Kredit.

Verzicht auf (bestimmte Ausübungsweise von) Freizeitaktivität mutmasslich unattraktiv, wenn für eine Person damit Verzicht auf eigentliche Zielerreichung einhergeht.

Sanktionen senken mutmasslich Attraktivität der Missachtung von Nutzungsvorschriften des Geländes.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

#### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Leistungsmotivation individuell (z.B. finanzielle Entschädigung, Prestige, etc.).<sup>a)</sup>

Als Motivatoren für Freiwilligenarbeit gelten:

> Extrinsische Faktoren wie soziale Anerkennung,<sup>b)</sup>

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:* Minderbelastung bei den Steuern als Motivator für die Aufnahme einer freiwilligen Tätigkeit für Personen, die die verbundenen Aufwendungen für

Freundschaften schliessen, Leute treffen, Austausch pflegen,<sup>c)</sup> Erfahrungen sammeln,<sup>d)</sup> (Arbeitsmarkt-)Fähigkeiten entwickeln, das persönliche Netzwerk erweitern,<sup>e)</sup> Selbstwertgefühl stärken,<sup>f)</sup> Belohnungen oder Subventionen/Kostenreduktionen,<sup>g)</sup> sichtbares Resultat/Effektivität des Einsatzes.<sup>h)</sup>

> Intrinsische Faktoren wie Pflichtgefühl,<sup>i)</sup> Fairness-Motive, falls andere auch freiwillig tätig sind/falls man selber auch schon profitiert hat/profitieren wird,<sup>j)</sup> Altruismus/Solidarität gegenüber Angehörigen/Freunden oder Fremden,<sup>k)</sup> persönliche Überzeugungen/Identität (wider spiegeln zumeist ethische/moralische Wertvorstellungen),<sup>l)</sup> Freude am Helfen oder an der Arbeit per se.<sup>m)</sup>

Motivationsförderliche Regelungen auf Bundesebene: Betreuungsgutschrift AHV (die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger wird für die Rentenberechnung berücksichtigt (AHVG Art. 29)).

Ob im Rahmen institutionalisierter Freiwilligenarbeit Anreize bestehen wie Spesenentschädigungen, Sitzungsgelder, Versicherungsleistungen, etc. sind von der Freiwilligenorganisation abhängig. Eine umweltfreundliche Werthaltung erhöht die Bereitschaft zur Leistung von Freiwilligenarbeit in Umweltorganisationen.<sup>n)</sup>

Negativ bewertet werden von manchen Freiwilligen zeitintensive Engagements sowie bindende Verpflichtungen.<sup>o)</sup>

Freiwilligenarbeit anderweitig als zu hoch einschätzen bzw. die eine Anerkennung für ihren Einsatz erwarten.<sup>p)</sup>

Minderbelastung bei den Steuern als Motivator für die Ausweitung freiwilliger Tätigkeiten für Personen, deren Grenznutzen eines zusätzlichen Engagements aufgrund der Kostenreduktion wieder positiv wird.<sup>q)</sup>

Kein Anreiz zur Ausweitung eines persönlichen freiwilligen Engagements besteht bspw. bei Präferenzen im Sinne eines Fairness- oder Commitment-Modells (vgl. Kapitel 6.3.2).

Allenfalls wird Anreizwirkung geschmäler, wenn Möglichkeit der ungerechtfertigten Beanspruchung besteht (geringe Bereitschaft, Gegenleistung zu erbringen für etwas, was andere ‚umsonst‘ beanspruchen können).

### *Wahrnehmung der Attraktivitätsmomente*

#### *Die Ressourcen-Schonung verantwortend Personen...*

...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit: Bekanntheit zumindest grundlegender Attraktivitätsmomente als wahrscheinlich angenommen.

Wahrnehmung von Implikationen von Verhaltensweisen auf den Ressourcenerhalt (relevant bei Präferenzen für den Umweltschutz) mutmasslich individuell.

...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit: Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

#### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit: Bekanntheit zumindest grundlegender Attraktivitätsmomente als wahrscheinlich angenommen.

Bekanntheit Attraktivitätsmomente von Freiwilligenarbeit wird gefördert durch Bekanntschaft mit freiwillig Engagierten.<sup>r)</sup>

...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit: In Wegleitung zur Steuererklärung wird über Abzugsmöglichkeiten informiert, damit kann Kenntnis unterstützt werden.

a) Frey (2002) unterscheidet z.B. fünf Typen von Personen, deren Leistungsmotivation sich an je unterschiedlichen Zielen orientiert: an Gelderwerb Interessierte, Statusorientierte, Loyale, Formalisten und Selbstbestimmte (91-94).

b) Siehe: Brühlmeier 2001; García-Valiñas et al. 2012; Meier & Stutzer 2008; Nyborg & Rege 2003; Wilson 2000

- c) Siehe: BFS 2008; García-Valiñas et al. 2012; Meier & Stutzer 2008; Plagnol & Huppert 2010; Roose 2010; Wilson 2000
- d) Siehe: BFS 2015; García-Valiñas et al. 2012; Matsuba et al. 2007; Rehberg 2005
- e) Siehe: Meier & Stutzer 2008; Rehberg 2005; Roose 2010; Wilson 2000
- f) Siehe: Frey & Jegen 2001; Matsuba et al. 2007
- g) Siehe: Frey & Jegen 2001; Nyborg & Rege 2003; Weesie & Franzen 1998
- h) Siehe: García-Valiñas et al. 2012; Nyborg & Rege 2003; Wilson 2000
- i) Siehe: Freeman 1997; Matsuba et al. 2007; Ruiter & De Graaf 2006; Wilson 2000
- j) Siehe: Freeman 1997; Nyborg & Rege 2003; Weibel & Rota 2002; Wilson 2000
- k) Siehe: BFS 2004; Freeman 1997; García-Valiñas et al. 2012; Rehberg 2005; Meier & Stutzer 2008; Wilson 2000
- l) Siehe: García-Valiñas et al. 2012; Matsuba et al. 2007; Nyborg & Rege 2003; Rehberg 2005; Roose 2010; Wilson 2000
- m) Siehe: BFS 2008 und 2015; Matsuba et al. 2007; Nyborg & Rege 2003; Meier & Stutzer 2008; Rehberg 2005; Wilson 2000
- n) Siehe: García-Valiñas et al. 2012
- o) BFS 2008
- p) Besteht die Steuerbegünstigung einzig für institutionalisierte Freiwilligenarbeit, wirkt der Anreiz nur bezüglich institutionalisierter Freiwilligenarbeit. Bei einem Abzug der effektiven Auslagen wirkt der Anreiz nur bezüglich Tätigkeiten, bei denen auch eigenständig tragbare Kosten anfallen. Bei einem pauschalisierten Abzug sind dagegen auch Tätigkeiten eingeschlossen, bei denen gar keine Spesen anfallen oder deren Spesen vergütet werden.
- q) Ungeachtet der genauen Ausgestaltung der Regelung zur steuerlichen Begünstigung kann der Anreiz allenfalls auch im Sinne einer ‚Quersubvention‘ über verschiedene Arten von Freiwilligenarbeit Wirkung entfalten (auch solche, die nicht direkt von einer Steuerbegünstigung profitieren), solange mindestens eine der geleisteten Arbeiten abzugsberechtigt ist.
- r) Siehe: Rehberg 2005; Wilson 2000

### 3. Erfolgsbedingung

#### *Vorliegende Handlungsressourcen der Einflussnahme von Akteuren für / wider ressourcenerhaltendes Verhalten und damit einhergehender Attraktoren*

##### *Die Ressourcen-Schonung verantwortende Personen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Gegen Bezahlung ist ein Angebot von Gütern/Leistungen auf dem Markt erhältlich.

Allenfalls moralischer Anspruch auf Freiwilligenleistungen durch Angehörige/Freunde (Sozialkapital).<sup>a)</sup>

Qualität von Gütern/Leistungen wird teils von externen Akteuren geprüft/sichergestellt (z.B. Sicherheitskontrollen, Freiwilligenorganisation bei institutioneller Freiwilligenarbeit). Einklagbarkeit von Mängeln bei Gütern/DL, die über den Markt bezogen werden. Keine externe Qualitätssicherung bei informeller Freiwilligenarbeit.

##### *...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:*

Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

##### *Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Einklagbarer Rechtsanspruch von Marktanbietern auf Bezahlung.

##### *...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:*

Einforderbarkeit der Steuerbegünstigung, wenn entsprechende Belege vorhanden sind. Einspruchsmöglichkeit gewährleistet (DBG Art. 132-135 (im Falle von Bundessteuern)).

Sanktion von Seiten des Staates bei nachgewiesener ungerechtfertigter Beanspruchung

von Steuerbegünstigung (DBG Ar. 175 bzw. 186 (im Falle von Bundessteuern)) (Anreizwirkung der Gutschrift allenfalls grösser, wenn Missbrauch effektiv verhindert wird).

---

*Wahrnehmung der Realisierbarkeit ressourcenschonenden / -verschwenderischen Verhaltens und damit einhergehender Attraktoren*

*Beobachtbarkeit von Verhalten, das Eingriffe provoziert zur Sicherstellung / Verhinderung ressourcenschonenden Verhaltens*

---

*Die Ressourcen-Schonung verantwortende Personen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Allfällige persönliche Erfahrung, öffentliche Ratings, etc. liefern Informationen zu einzelnen Anbietern.

Beobachtbarkeit von Fehlverhalten bei Verletzung von Nutzungsvorschriften Gelände ist nicht sichergestellt.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:*  
Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Allfällige persönliche Erfahrung liefert Information zur Zahlungsmoral.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:*  
Ob potenziell Begünstigte generell Missbräuche bei der Beanspruchung von Steuergutschriften vermuten, ist abhängig von deren Einschätzung der allgemeinen Steuer Ehrlichkeit und der Möglichkeiten zur Identifikation ungerechtfertigter Abzüge sowie deren Berichtigung. Dazu sind keine Aussagen für den Einzelfall möglich.

---

*Risikobereitschaft*

---

*Die Ressourcen-Schonung verantwortende Personen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Bei geringen finanziellen Einsätzen und keinen unwiderruflichen Schäden wird tendenziell hohe Risikobereitschaft vermutet.

Bei Varianten mit hohen finanziellen Risiken und schlechter Informationslage bzw. mit Unsicherheiten behafteten Erfolgsaussichten wird tendenziell geringe Risikobereitschaft vermutet.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:*  
Kein Unterschied zu ohne Steuervorteile.

*Anbietende zudienender Güter und Dienstleistungen...*

*...ohne Steuervorteile für Freiwilligenarbeit:* Angebots der Einklagbarkeit finanzieller Forderungen wird eher hohe Risikobereitschaft von Marktanbietern vermutet.

*...mit Steuervorteilen für Freiwilligenarbeit:*  
Keine relevanten Risiken von Freiwilligenarbeit Leistenden betreffend die Steuergutschrift vorliegend.

---

a) Das Vorhandensein von „social ties“ (Wilson 2000) ist ein wichtiges Einflussmittel um freiwillige Leistungen einzufordern. Wilson erklärt dies damit, dass man Freunde nicht vor den Kopf stossen möchte („[...] we do not want to let our friends down“ (2000: 224)). Siehe auch: Freeman 1997; Ruiter & De Graaf 2006.

---